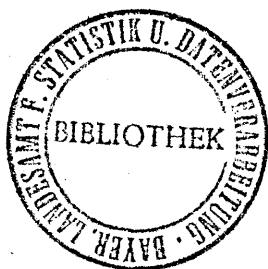


Die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Mehl in Bayern



□ HEFT 103 □
der Beiträge zur Statistik
□ Bayerns □

□ Herausgegeben vom □
Bayer. Statistischen Landesamt



München 1923

J. Lindauersche Universitäts-Buchhandlung (Schöpping)

Druck von J. Gotteswinter, München

Vorwort.

Vorliegendes Werk behandelt die Geschichte der Landesgetreidestelle sowie die Wirksamkeit der Kommunalverbände auf dem Gebiet der Getreidebewirtschaftung. Es gibt zu dem Zweck eine zusammenfassende Darstellung von der Einrichtung und Entwicklung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung in Bayern. Darüber hinaus wird die bayerische Getreidebewirtschaftung im Zusammenhang mit derjenigen im Reich unter Aufzeigung ihrer Erfolge kritisch gewürdigt. Zum Schluß erfolgt noch auf Grund der gemachten Erfahrungen eine Stellungnahme zu den Vorschlägen wegen der künftigen Getreidebewirtschaftung.

Die textlichen Ausführungen werden durch das beigegebene Tabellenwerk näher veranschaulicht, das die bayerische Getreidebewirtschaftung und die dabei maßgebenden Gesichtspunkte zahlenmäßig beleuchtet.

Die Arbeit ist im wesentlichen im August 1922 abgeschlossen. Doch wurde gelegentlich noch auf die Verhältnisse im Wirtschaftsjahr 1922/23 kurz eingegangen.

Verfasser des Werkes, das ich als Vorsitzender der dem Bayer. Statistischen Landesamt angegliederten Landesgetreidestelle veranlaßte, ist der Referent der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, Regierungsrat I. Klasse Dr. Jakob Spitzauer.

München, März 1923.

Bayerisches Statistisches Landesamt

Dr. Zahn

Präsident,

Vorsitzender der Landesgetreidestelle.

Inhaltsverzeichnis.

Textliche Darstellung.

Einleitung.

Entwicklung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung im Reich.

Seite

1. Allgemeine gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung	1
2. Die Beschlagnahme.	
a) Die Beschlagnahme des Brotgetreides und Mehles	3
b) Die Beschlagnahme der Gerste	4
c) Die Beschlagnahme des Hafers	5
3. Vereinheitlichung des Verkehrs mit Getreide durch die Reichsgetreideordnung 1917 und Ablösung der Getreidezwangswirtschaft durch das Umlageverfahren	5

Hauptteil.

I. Die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Mehl in Bayern während der Getreidebeschlagnahme.

1. Allgemeine Organisation der Getreide- und Mehlbewirtschaftung in Bayern	6
2. Errichtung der Landesvermittlungsstelle für Brotgetreide und Mehl	7
3. Ausbau der Landesvermittlungsstelle zur Landesgetreidestelle.	
a) Die Organisation und der Geschäftsgang der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung	9
b) Die Organisation der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, im besonderen	14
c) Die Organisation des Gerstenaufkaufs der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, insbesondere die rechtliche Stellung ihrer Kommissionäre	15
d) Umsatzsteuerpflicht der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung	17
e) Die Beamten und Angestellten der Landesgetreidestelle	18
f) Der Gesamt-Personal- und Sachaufwand der Landesgetreidestelle	19
g) Die Bilanzen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung	20
4. Die übrigen an der Bewirtschaftung des Getreides in Bayern beteiligten zentralen Bewirtschaftungsstellen	21
5. Erfassung und Verteilung des Brotgetreides.	
a) Allgemeines	22
b) Die Bestimmung des Aufkaufs- und Liefersolls der Kommunalverbände und des bayerischen Gesamtaufkaufssolls	23
c) Die Erfassung des Brotgetreides	27
d) Die Ablieferung des Brotgetreides durch die Kommunalverbände	33
e) Die Landesrücklage (Lager- und Mahlvertrag)	33
f) Die Verbrauchsregelung	35
g) Die Brotversorgung der Pfalz	42
h) Die Brotversorgung der Fremden	44
i) Die Brotversorgung der Militärpersonen und der Schutzpolizei	49
k) Sonderzulagen	49
6. Brotstreckung	55
7. Deckung des bayerischen Fehlbedarfs durch die Reichsgetreidestelle und die Einfuhr von Auslandsgetreide	58
8. Ausgabe einer Sonderration an Weizenkochmehl	61
9. Die Gerstenbewirtschaftung in Bayern.	
a) Allgemeines	64
b) Erfassung und Verteilung der Gerste während der ganzen Dauer der öffentlichen Gerstenbewirtschaftung in Bayern	69
c) Die Belieferung der Brauereien mit Gerste	71
d) Die Gerstenzuteilungspreise	71
e) Zusammenfassende Würdigung der bayerischen Gerstenbewirtschaftung	71
10. Die Haferbewirtschaftung in Bayern	74
11. Besondere Erfassungsmaßnahmen.	
a) Der Frühdrusch	79
b) Die Bestandsaufnahmen in den landwirtschaftlichen Betrieben	85
c) Druschtermine und Ablieferungsfristen	85
12. Die Regelung des Verkehrs mit Saatgetreide	85
13. Die Versorgung der gewerblichen Betriebe mit Getreide	92
14. Die Vergütungen der Reichsgetreidestelle für die Tätigkeit der Kommunalverbände zur Förderung der Getreideablieferung.	
a) Die Vergütung für die allgemeine Tätigkeit zur Förderung der Getreideablieferung	93
b) Die Vergütung für die Führung der Wirtschaftskarten	95
15. Die Getreidepreise.	
a) Die Erzeugerpreise für das Verbrauchsgetreide	96
b) Die Preise für das Saatgetreide	102
c) Kurze Würdigung der deutschen Getreidepreispolitik	104
d) Die Preise des Auslandsgetreides	105
16. Die Getreideablieferungsprämien.	
a) Allgemeines	107
b) Die Frühdruschprämien	107
c) Regelung des Ersatzes der Frühdruschprämien	110

	Seite
d) Ablieferungsprämien	117
e) Die Maisprämien	121
17. Die Vermahlung des Getreides	126
18. Feuer- und Transportversicherung des Getreides	139
19. Mehl- und Brotpreise.	
a) Die Grundlagen der Mehlprijsberechnung	144
b) Mischung des Brotmehles	167
c) Abgabepreise für das Mehl	168
d) Die Grundlagen der Brotprijsberechnung	168
e) Der Anteil der Kosten der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, der Landwirtschaft und der beteiligten Gewerbe am Brotprijs	169
f) Die Entwicklung der Mehl- und Brotpreise in den bayerischen Kommunalverbänden seit 1. Dezember 1919	172
g) Besondere Brotverbilligungsaktion in Bayern	173
II. Das Umlageverfahren.	
1. Kurze Entwicklungsgeschichte des Umlageverfahrens	173
2. Das Umlageverfahren selbst.	
a) Allgemeines	177
b) Die Verteilung der Umlage	177
3. Die Aufbringung der Umlage und die Verteilung des Getreides in Bayern	183
4. Die Verbrauchsregelung	191
5. Die Verarbeitung von Getreide zu Branntwein	192
6. Kurze Würdigung des Umlageverfahrens	192
Schluß.	
1. Zusammenfassende Würdigung der bayerischen Getreidebewirtschaftung	194
2. Ausblick in die Zukunft	197

Tabellenwerk.

Tabelle	I. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1907	205
"	II. Die landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Größe (Klein-, Mittel-, Großbetrieb) im Jahre 1907	206
"	III. Anbauflächen in Bayern 1906 bis 1921	205
"	IV. Durchschnittserträge vom Hektar nach Schätzung der Saatenstandsberichterstatte für Bayern und das Reich 1910 bis 1921	205
"	V. Gewichtsfeststellung für Weizen und Roggen der Ernten 1918 bis 1921 aus verschiedenen Bezirken Bayerns	207
"	VI. Brotgetreideaufkauf von 1917 bis 1920	208
"	VII. Brotgetreideablieferungen der Ernten 1918, 1919, 1920	215
"	VIII. Wirtschaftsplan Bayerns für Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1917/18 und 1918/19	217
"	IX. Vorläufiger Wirtschaftsplan für Brotgetreide vom 16. August 1919 bis 15. August 1920	218
"	X. Wirtschaftsplan Bayerns für Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1920/21	218
"	XI. Vorräte und Verbrauch an Brotgetreide und Mehl in Bayern 1917/18 bis 1920/21	219
"	XII. Brotgetreideaufkaufssoll und Brotgetreideerfassung im Wirtschaftsjahre 1920/21	220
"	XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuß und Zuschuß der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22	221
"	XIV. Ausgestellte Maisbezugsscheine	226
"	XV. Bayerns Anspruch auf verbilligten Mais nach der reichsrechtlichen Regelung	227
"	XVI. Die Getreideversicherung in Bayern 1915/16 bis 1920/21	228
"	XVII. Mittlere Getreidenotierungen der Münchener und Berliner Produktenbörse im Wirtschaftsjahre 1921/22	228
"	XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922	229
"	XIX. Entwicklung der Höchstpreise für Mehl (Großverkaufspreis) und Brot in München und Berlin	234
"	XX. Mehlprijs der Reichsgetreidestelle für München	235
"	XXI. Mehlprijs im freien Handel beim Absatz an die Bäcker und Mehlhändler ab 23. Juli 1921 in München	235
"	XXII. Die Erfolge der Getreidebewirtschaftung in Bayern und im Reich 1917/18 bis 1920/21	236
"	XXIII. Entwicklung der Gehälter der Vertragsangestellten der Landesgetreidestelle vom 1. April 1920 bis 1. August 1922	237

Graphische Darstellungen.

Aufkauf an Brotgetreide der Ernten 1917, 1918, 1919 und 1920.

Durchschnittliche Getreidepreise an der Münchener und Berliner Börse, Auslands-Getreidepreise cif Seehafen und Devisenkurse der Berliner Börse (telegrafische Auszahlung Amsterdam und New-York) in der Zeit vom 6. August 1921—29. Juli 1922.

Berichtigung.

Es ist zu lesen:

Auf Seite 7, Zeile 18: 27. Februar 1915 statt 21. Januar 1915.

Literaturverzeichnis.

An größeren Werken und Abhandlungen wurden benützt:

- Dr. Arnold: „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im 1. und 2. Kriegsjahr“, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1915 S. 250 ff.
- Dr. v. Bechtolsheim: „Eine staatliche Mühlenorganisation“, erschienen bei Oldenbourg, München 1918.
— „Ein Reichsgetreidemonopol“, erschienen bei Max Steinebach, München 1918. — Denkschrift über die künftige Getreidebewirtschaftung (nicht veröffentlicht).
- Dr. Griesmeier: „Die Brotgetreidebewirtschaftung einiger bayerischer Kommunalverbände“, Allgemeines Statistisches Archiv 1921/22 S. 193 ff.
- Dr. Haselberger: „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917 S. 388 ff. — „Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände im Erntejahr 1915/16“, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917 Heft 3 S. 1* ff.
- Dr. Horlacher: „Die Lebensmittelteuerung im Inland und Ausland“, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1916 S. 241 ff., 1917 S. 183 ff. — „Eine schlimme Botschaft“, Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer, 3. Jahrgang Nr. 14. — „Die Getreideversorgung des deutschen Volkes“, Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer, 4. Jahrgang Nr. 25/26.
- Dr. Raum: „Die Kriegsregelung des Saatgutverkehrs“, Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern, 6. Jahrgang S. 249 ff., 7. Jahrgang S. 777 ff. und 8. Jahrgang S. 389 ff.
- Schmoller: „Einige Worte zum Antrag Kanitz“, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1895 S. 611 ff.
- Dr. Schwab: „Zur Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte“, Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer, 4. Jahrgang Nr. 12. — „Valuta und Getreidepreise“, Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer, 4. Jahrgang Nr. 10 und 11. — „Zur Preisbildung im freien Getreideverkehr“, Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammer, 3. Jahrgang Nr. 35.
- Dr. Woerner: „Die Entwicklung der Getreidehöchstpreise in Bayern“, Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern 1918 S. 110 ff. — „Die bayerische Ernährungswirtschaft im Kriege“, Beiträge zur Kriegswirtschaft, herausgegeben von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums, Heft 66/68. — „Die Brotversorgung Bayerns im Wirtschaftsjahr 1919/20“, Bayerische Staatszeitung Nr. 286 und 287 vom 26. und 27. November 1919.
- Dr. Zahn: „Unsere Lebensmittelbereitschaft“, Beitrag zur Schrift „Vorträge über Volksernährung im Krieg“, 1915. — „Stadt und Land, Bayern und das Reich in der Kriegsernährungswirtschaft“, Allgemeines Statistisches Archiv Band 10 S. 384 ff. — „Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik“, ebenda S. 604 ff. — „Bayern in der deutschen Volkswirtschaft vor, in und nach dem Kriege“, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1918 S. 175 ff. — „Die Leistungen der bayerischen Landwirtschaft“, Beitrag zur Schrift „Bayern das Bauernland“ 1922 S. 21 ff.
- „Die Landwirtschaft in Bayern“, Heft 81 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Text von Dr. Schmelzle.
- Die Geschäftsberichte der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. in Berlin für 1920 und 1921.
- Außerdem wurde das Statistische Jahrbuch für Bayern und das Aktenmaterial der Landesgetreidestelle benützt. Kleinere Abhandlungen sind jeweils im Text angezogen.

Die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Mehl in Bayern.

Einleitung.

Entwicklung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung im Reich.

1. Allgemeine gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung.

Während auf militärischem Gebiete die Mobilmachung eingehend vorbereitet und der Aufmarschplan in seinen Grundzügen von vornherein festgelegt war, traf der große Weltkrieg Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete völlig unvorbereitet. Ganz besonders gilt das für das Ernährungswesen. Es hat Deutschland an dem Generalstab gefehlt, der auf wirtschaftlichem Gebiete die nötigen Maßnahmen zur erfolgreichen Durchführung eines etwaigen Krieges getroffen hätte. Nur einzelne wichtige Gesetzentwürfe, die nach Kriegsausbruch dem sofort einberufenen Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt und noch am 4. August 1914 Gesetz wurden, sind rechtzeitig fertiggestellt gewesen. Für dieses Gebiet sind besonders einschlägig das Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen, durch das dem Bundesrat ein weitgehendes Verordnungsrecht eingeräumt wurde, das Gesetz betreffend Höchstpreise und das Gesetz betreffend Einfuhrerleichterungen im Zusammenhalt mit der zugehörigen Bekanntmachung des Reichskanzlers, wonach u. a. für die Einfuhr von Getreide und Futtermitteln Zollfreiheit geschaffen wurde.

Auf Grund des erwähnten Ermächtigungsgesetzes hat — was hier gleich vorweggenommen sei — der Bundesrat durch die Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 den Reichskanzler ermächtigt, die im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung erforderlich sind, für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen und über Futtermittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Viehversorgung erforderlich sind, zur Ernährung von Nutztieren zu verfügen und die zur Durchführung dieser Ermächtigung erforderlichen Bestimmungen zu treffen. Der Reichskanzler ist weiter ermächtigt worden, die Befugnisse, die ihm nach dieser Verordnung oder anderen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zustehen, ganz oder teilweise durch eine seiner Aufsicht unterstehende Behörde auszuüben und das Nähere über Einrichtung, Geschäftskreis und Geschäftsgang dieser Behörde zu bestimmen. Zuzufolge dieser Ermächtigung ist dem noch am gleichen Tage errichteten Kriegsernährungsamt die Wahrnehmung der dem Reichskanzler zur Sicherung der Volksernährung eingeräumten Befugnisse übertragen worden.

So wichtig die zu Kriegsbeginn sofort getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Aufhebung der Einfuhrzölle für Getreide, für das Ernährungswesen auch waren, so erwiesen sie sich doch alsbald als völlig unzureichend. Die deutsche Landwirtschaft war trotz der durch die fortschreitende Intensivierung steigenden Ernteerträge schon lange nicht mehr in der Lage, den Bedarf für die von 1871 bis zur letzten allgemeinen Volkszählung vor dem Kriege im Jahre 1910 um rund 24 Millionen auf 65 Millionen gestiegene Bevölkerung des Reichs und den Futterbedarf aus eigener Erzeugung zu decken. Deutsch-

land war zu einem großen Teil auf die Einfuhr von Auslandsgetreide angewiesen. Die Einfuhr überstieg die Ausfuhr im Durchschnitt der Jahre 1903—1913 in Tonnen bei

Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
7 547	2 027 932	2 280 460	245 303

Es fand sohin insgesamt im Jahresdurchschnitt in den vier wichtigsten Getreidearten eine Gesamtmehreinfuhr von 4 561 242 t statt.

Dem steht allerdings bei Mehl infolge des sog. Veredelungsverkehrs eine Mehrausfuhr von 206 744 t gegenüber. Rechnet man diese unter Zugrundelegung eines den Friedensverhältnissen ungefähr entsprechenden Ausmahlungssatzes von 70 v. H. in Getreide um, so ergibt dies eine Mehrausfuhr in Getreide von 295 349 t, so daß insgesamt eine Mehreinfuhr von 4 265 893 t verbleibt.

Der drohende völlige Wegfall einer so gewaltigen Mehreinfuhr konnte nicht ohne schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens vor sich gehen. Die Lage wurde trotz der günstigen Ernte des Jahres 1914 bedrohlich ernst, als das seegewaltige England sich offen Deutschlands Feinden anschloß und damit der vollständige Abschluß vom Weltmarkt und Weltverkehr in gefährliche Nähe gerückt erschien. Als bald darauf das Vordringen in Frankreich nach glänzenden Anfangserfolgen an der Marne zum Stillstand kam und damit die bis dahin genährte Hoffnung auf eine rasche, siegreiche Beendigung des Weltkrieges für die Mittelmächte schwand, da wurde von einsichtsvollen Staatsmännern und Wirtschaftspolitikern allmählich der ganze Ernst der Lage erkannt und nach Maßnahmen verlangt, um dem Zusammenbruch des deutschen Ernährungswesens rechtzeitig zu begegnen und den dadurch notwendig bedingten unglücklichen Ausgang des Krieges für Deutschland zu verhindern. Als einziges Mittel blieb hierfür, da zunächst eine entsprechende Vermehrung der inländischen Getreidevorräte durch Hebung der Erzeugung nicht in Betracht kam, die Getreideeinfuhr aber nur noch als ganz unsicherer Posten in die Rechnung eingesetzt werden konnte, neben Verhinderung der Getreideausfuhr nur die möglichst sparsame Verwendung und die gleichmäßige Verteilung der Inlandsvorräte, um den Anschluß an die nächste Ernte zu finden. Bei der vollständigen Neuheit der Materie ist es begreiflich, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen anfangs nur zögernd an dieses Gebiet herangingen und der wohl immer noch nicht in ihrer ganzen Schwere erkannten Gefahr mit Mitteln zu begegnen suchten, die heute nach den reichen Erfahrungen der vergangenen Jahre bei einer Betrachtung von rückwärts klein und völlig unzulänglich erscheinen.

Zunächst ergingen am 28. Oktober 1914 auf Grund des erwähnten Ermächtigungsgesetzes eine Reihe von Verordnungen, welche die Streckung der Getreide- und Mehlvorräte bezweckten. Durch die Bekanntmachung über den Verkehr mit Brot wurde bestimmt, daß Weizenbrot nur in Verkehr gebracht werden darf, wenn zur Bereitung auf 90 Teile Weizenmehl mindestens 10 Teile Roggenmehl und Roggenbrot nur, wenn zur Bereitung in einem gewissen Hundertsatz auch Kartoffeln oder Kartoffelerzeugnisse verwendet werden. So kam das Kriegsbrot (K.Brot, später bei noch weitergehenden Verordnungen das K.K. Brot), über das sich Deutschlands Feinde anfangs nicht genug lustig machen konnten, das sie sich aber, als auch sie von den Ernährungsschwierigkeiten nicht verschont blieben, gerne zum Vorbild dienen ließen. Gleichzeitig ging man in der Erkenntnis, daß durch die unmittelbare Verwendung des Getreides zur menschlichen Ernährung dieser wesentlich mehr gedient werde, als durch die bei Verfütterung gewonnenen tierischen Erzeugnisse (insbesondere Milch, Fleisch und Fett), dazu über, der Verfütterung des Getreides durch ein weitgehendes Verfütterungsverbot zu begegnen und außerdem durch Herabsetzung des Ausmahlungssatzes die Mehlausbeute des Getreides zu Lasten der für die tierische Ernährung bestimmten Kleie zu erhöhen. Es wurde bestimmt, daß Weizen mindestens bis zu

75, Roggen mindestens bis zu 72 v. H. ausgemahlen werden müsse. Da im Frieden das Getreide zu etwa 70 v. H., zu einem großen Teil auch niedriger ausgemahlen wurde, bedeutete diese Maßnahme immerhin eine nicht ganz unbedeutende Streckung der Vorräte für die menschliche Ernährung.

Bei der Abgeschlossenheit Deutschlands vom Weltmarkt im Zusammenhalt mit der Tatsache, daß die Inlandsgetreideerzeugung den Bedarf Deutschlands nicht zu decken vermochte, mußte es, obwohl zunächst über das neutrale Ausland noch immer Getreide eingeführt werden konnte, alsbald zu einem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und damit zu einer starken Preissteigerung kommen, die sich schon bald nach der Mobilmachung geltend machte. Insbesondere waren es die Großkäufe der Heeres- und Marineverwaltung, welche die Getreidepreise rasch in die Höhe trieben und so zur Verteuerung des Hauptnahrungsmittels — des Brotes — führten. Dies bedeutete eine große Gefahr für die allgemeine Volksstimmung und ließ eine Schwächung des Kriegswillens befürchten. Die Regierung mußte daher Mittel und Wege suchen, dieser Gefahr nach Möglichkeit zu begegnen. Die Grundlage hierfür bot das Höchstpreisgesetz. Gleichzeitig mit den erörterten Sparmaßnahmen wurden Höchstpreise für Getreide — in der Höhe abgestuft nach 32 Hauptmarktorten — festgesetzt. Auch wurde ein Höchstpreis für Kleie, d. h. die gesamte Ausbeute bei der Vermahlung von Roggen und Weizen, die nicht als backfähiges Mehl verkauft wird, bestimmt. Dagegen wurden Mehl- und Brotpreise von Reichs wegen nicht festgesetzt. Auch eine örtliche Festsetzung solcher Preise wurde zunächst nicht angeordnet. Man erwartete wohl, daß die Mehl- und Brotpreise sich nach den Höchstpreisen für Getreide von selbst entsprechend einstellen werden. Auf dem Wege der möglichsten Streckung der Vorräte wurde demnächst durch weitere Hinaufsetzung der Ausmahlung, Ausbau des Verfütterungsverbotes und durch Einführung von Sicherungsmaßnahmen neben den Strafvorschriften (Befugnis der Polizei Betriebsräume zu betreten und Bücher einzusehen, Auskunftspflicht der Betriebsinhaber u. a.) fortgeschritten. Alle diese Maßnahmen konnten aber noch keine gleichmäßige Verteilung der Vorräte gewährleisten. Es mußte schärfer zugegriffen werden.

2. Die Beschlagnahme.

a) Die Beschlagnahme des Brotgetreides und Mehles.

Durch die Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 kam es zur ersten wirklichen großen Tat auf diesem Gebiete, zur Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl. Alle im Reich vorhandenen Vorräte an Weizen und Roggen — allein oder mit anderen Getreidearten gemischt — wurden für die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. in Berlin, die Vorräte von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmehl für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk sie sich befanden. Ausgenommen von der Beschlagnahme wurden, abgesehen von den Vorräten an Getreide und Mehl, die zusammen 2 dz nicht überstiegen, nur die Vorräte im Eigentum gewisser öffentlicher Körperschaften, der Kriegsgetreidegesellschaft und der Zentraleinkaufsgesellschaft. Die Beschlagnahme wurde durch die Verpflichtung der Besitzer, die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen, ergänzt. Um das Wirtschaftsleben bis zur weiteren Regelung in Gang zu halten, mußte trotz der Beschlagnahme eine gewisse Verwendung der Vorräte gestattet bleiben. Insbesondere mußte der Landwirt den beschlagnahmten Mengen die zur Fortführung seiner Wirtschaft erforderlichen Vorräte entnehmen dürfen. So kam es zur Bestimmung einer Selbstversorgung. Den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe wurde gestattet, zu ihrer, ihrer Angehörigen und des Gesindes Ernährung für den Kopf und Monat 9 Kilogramm Getreide aus den beschlagnahmten Vorräten zu verbrauchen. Für die Versorgungsberechtigten — darunter sind alle Leute zu verstehen, die nicht Selbstversorger sind — trat zunächst nur dadurch eine gewisse Rationierung ein, daß die Bäcker

und Konditoren täglich nur noch $\frac{3}{4}$ der durchschnittlichen Verbrauchsmenge in der Zeit vom 1.—15. Januar verbacken durften. Zur Feststellung der vorhandenen Vorräte wurde eine Anzeigepflicht geschaffen und, um die Vorräte auch gegen den Willen der Eigentümer in die öffentliche Hand bringen zu können, der zuständigen Behörde Enteignungsbefugnis erteilt. Zur Sicherung der Vermahlung wurden die Mühlen verpflichtet, das ihnen von der Kriegsgetreidegesellschaft, der Zentraleinkaufsgesellschaft oder den Kommunalverbänden zugewiesene Getreide gegen einen angemessenen Werklohn zu vermahlen. Es wurde ihnen verboten, Mehl an andere Abnehmer als die Kriegsgetreidegesellschaft oder die Kommunalverbände abzugeben. Sie wurden weiter verpflichtet, die anfallende Kleie, soweit sie in ihrem Eigentum stand, an eine vom Reichskanzler zu bestimmende Stelle (die Reichsfuttermittelstelle) abzugeben.

Für die Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl wurde eine Reichsverteilungsstelle geschaffen mit der Aufgabe, mit Hilfe der Kriegsgetreidegesellschaft für die Verteilung der vorhandenen Vorräte über das Reich bis zur nächsten Ernte nach den vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen zu sorgen. Den Kommunalverbänden wurde die Verpflichtung auferlegt, überschüssige Mehlvorräte an die von der Reichsverteilungsstelle bezeichnete Stelle abzugeben. Sie mußten eine Verbrauchsregelung treffen und die Verteilung von Mehl in den Grenzen der von der Reichsverteilungsstelle festgesetzten Mengen an Bäcker und Konditoren vornehmen. Zu diesem Zweck wurden ihnen Verordnungs- und Zwangsbefugnisse erteilt. Um eine möglichst sparsame Getreide- und Mehilverwendung zu erreichen, wurden für ersparte Mengen besondere Prämien ausgesetzt. Eine Ausnahme von den genannten Vorschriften bestand für die nach dem 31. Januar 1915 aus dem Auslande eingeführten Getreide- und Mehlmengen. Diese durften nur an die Kriegsgetreidegesellschaft abgesetzt werden. Damit waren die Grundlagen einer zentralen öffentlichen Bewirtschaftung der im Reich vorhandenen Brötgetreide- und Mehlvorräte gegeben.

Diese Regelung wurde in den folgenden Jahren weiter fortgebildet. Durch die Reichsgetreideordnung für das Erntejahr 1916 wurde an Stelle der bisherigen Reichsverteilungsstelle und der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. eine Reichsgetreidestelle mit einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung errichtet. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde und besteht aus einem Direktorium und einem Kuratorium. Die Geschäftsabteilung ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

b) Die Beschlagnahme der Gerste.

Der Beschlagnahme des Brotgetreides folgte die der Gerste durch die Bundesratsbekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Gerste vom 9. März 1915. Die Vorräte wurden für das Reich, vertreten durch die Zentrale zur Beschaffung der Heeresverpflegung, beschlagnahmt. Auch bei Gerste blieben Vorräte im Eigentum gewisser öffentlicher Körperschaften sowie kleinere Vorräte (bis zu 10 dz) von der Beschlagnahme frei und Verkäufe, die dem mit der Beschlagnahme verfolgten Zweck dienten, zugelassen.

Durch die Bekanntmachung vom 17. Mai 1915 wurden die Brauereien verpflichtet, ihre Vorräte an Gerste dem deutschen Brauerbund anzuzeigen, welcher sie seinerseits der Zentrale für Heeresversorgung zu melden hatte. Durch die Bekanntmachung über den Verkehr mit Gerste aus der Ernte 1915 wurde auch die Gerste für den Kommunalverband beschlagnahmt in dessen Bezirk sie gewachsen ist. Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe wurden verpflichtet, die Hälfte ihrer Gerstenernte an den Kommunalverband zu liefern, für den sie beschlagnahmt war. Die Festsetzung der Kontingente, d. i. der Berechtigungen gewisse Gerstenmengen zu verarbeiten, erfolgte durch die mit Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. Juli 1915 errichtete Reichsfuttermittelstelle. Für die Bierbrauereien sind hierbei die vom Bundesrat festgesetzten Malzkontingente maßgebend. Durch die Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Gerste aus der Ernte 1916 wurde die lieferpflichtige

Menge auf $\frac{6}{10}$ des Ernteertrags erhöht. Trotz der Beschlagnahme blieben die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe berechtigt, Gerste an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen und insbesondere Gerste für Betriebe mit Kontingent auf Gerstenbezugsschein zu liefern. Als Stelle, an welche trotz der Beschlagnahme Gerste unmittelbar oder durch Vermittlung des Handels geliefert werden durfte, wurde die Reichsgerstengesellschaft m. b. H. in Berlin bestimmt.

c) Die Beschlagnahme des Hafers.

Auch der Regelung der Haferbewirtschaftung ging eine Einschränkung des Verbrauchs durch ein Verfütterungsverbot, das Ausnahmen nur zugunsten der Pferde und anderer Einhufer vorsah, voraus. Durch Beschluß des Bundesrats vom 21. Januar 1915 wurden dann $1\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Hafer sichergestellt, die von den Bundesstaaten nach dem Verhältnis der durch die Erntestatistik ausgewiesenen Ernteerträge der Jahre 1912—1914 in 3 gleichen Raten aufzubringen waren. Durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 13. Februar 1915 wurde auch der Hafer für das Reich, vertreten durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, beschlagnahmt. Dieser wurde die Aufgabe zugewiesen, die vorhandenen Hafervorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte unter Mitwirkung eines Beirats zu verteilen und den Hafer an die Heeres- und Marineverwaltung, an die Kommunalverbände oder die vom Reichskanzler bestimmte Stelle abzugeben. Für den Ausgleich innerhalb ihres Bezirks hatten die Kommunalverbände zu sorgen. Trotz der Beschlagnahme durften die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe u. a. $1\frac{1}{2}$ kg Hafer für den Tag und den Einhufer zur Verfütterung verwenden. Damit war erstmals eine Rationierung des tierischen Bedarfes eingeführt. Durch die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer aus der Ernte 1915 wurde auch dieser für die Kommunalverbände beschlagnahmt und ein Enteignungsrecht geschaffen. Die Kommunalverbände wurden verpflichtet, innerhalb ihres Bezirks mit den ihnen gehörigen, ihnen übereigneten oder überwiesenen Vorräten den erforderlichen Ausgleich zu treffen und gegebenenfalls auf Erfordern der Reichsfuttermittelstelle den Überschuß der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung zu stellen, welche daraus den ihr mitgeteilten Bedarf der Heeres- und Marineverwaltung, der Zuschußkommunalverbände und der Nahrungsmittelfabriken zu decken hatte.

3. Vereinheitlichung des Verkehrs mit Getreide durch die Reichsgetreideordnung 1917 und Ablösung der Getreidezwangswirtschaft durch das Umlageverfahren.

Die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 brachte insofern eine Vereinheitlichung der Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide, Gerste und Hafer, als nunmehr alle diese Getreidearten der Bewirtschaftung der Reichsgetreidestelle (RG.) unterlagen. Diese Regelung ist auch für die folgenden Wirtschaftsjahre beibehalten, nur im Wirtschaftsjahr 1919/20 ist der Hafer von der Beschlagnahme ausgenommen worden. An die Stelle der Getreidebeschlagnahme ist für die Ernte 1921 das sog. Umlageverfahren getreten.

Damit ist — soweit zum Verständnis der bayerischen Getreidebewirtschaftung notwendig — in großen Umrissen die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides im Reich gekennzeichnet. Der Hauptteil gliedert sich hiernach in

- I. Die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Mehl in Bayern während der Getreidebeschlagnahme,
- II. Das Umlageverfahren.

Soweit es zur Abrundung oder Vermeidung von Wiederholungen notwendig oder zweckmäßig ist, werden dabei schon im ersten Teil die Verhältnisse seit Einführung des Umlageverfahrens mitberücksichtigt.

Hauptteil.

I. Die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Mehl in Bayern während der Getreidebeschlagnahme.

(Eigentliche Getreidezwangswirtschaft).

1. Allgemeine Organisation der Getreide- und Mehlbewirtschaftung in Bayern.¹⁾

In Bayern stand die oberste Leitung des Ernährungswesens bis zu der durch Verordnung vom 1. April 1919 erfolgten Errichtung des Staatsministeriums für Landwirtschaft dem Staatsministerium des Innern zu.

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, hat die Reichsgesetzgebung die Hauptaufgaben der Lebensmittelversorgung den Kommunalverbänden zugewiesen. Diese sind die eigentlichen Träger der Versorgungsregelung. Hieraus ergaben sich für Bayern Schwierigkeiten, weil einheitliche Verbände, welche ohne weiteres diese Aufgaben hätten übernehmen können, nicht bestanden. Die bayerischen Ausführungsbestimmungen zur Brotgetreideverordnung haben daher als Kommunalverbände die Distriktsgemeinden und die kreisunmittelbaren Städte erklärt und bestimmt, daß, wenn ein Bezirk zwei oder mehr Distriktsgemeinden umfaßt, diese zusammen einen Kommunalverband bilden. Außerdem wurden die größeren Städte der Pfalz als selbständige Kommunalverbände erklärt; ihnen folgten später die inzwischen kreisunmittelbar gewordenen rechtsrheinischen Städte Weiden und Selb. Zwei Kommunalverbände (Schweinfurt-Stadt und Schweinfurt-Land) vereinigten sich in der Folge zu einem Versorgungsverband. Ebenso bildet das seit 1. Juli 1920 mit Bayern vereinigte Coburg einen Versorgungsverband.

Vorstand des Kommunalverbandes war in ländlichen Kommunalverbänden der Vorstand des Bezirksamts. Die bezirksamtlichen Beamten versorgten nebenher auch Kommunalverbandsgeschäfte, für die außerdem das nötige Hilfspersonal angestellt wurde. Die Entscheidung lag, sofern nicht der Distriktsausschuß oder Distriktsrat, insbesondere in geldlichen Angelegenheiten zu bestimmen hatte, dem Vorstand des Bezirksamts ob. Die Ausschüsse für die Verbrauchsregelung mit Mehl und Brot bildeten sich allmählich zu allgemein begutachtenden Organen des Kommunalverbandes aus. Sie stellten das Bindeglied zwischen dem Vorstand des Kommunalverbandes und der Bevölkerung dar und dienten so zugleich dem Zweck, das Vertrauen dieser in die Kommunalverbandsgeschäftsführung zu erhalten, was im weiteren Verlauf der öffentlichen Bewirtschaftung von ganz besonderer Wichtigkeit wurde. In den Städten wurde die Erledigung der Kommunalverbandsgeschäfte entweder vom Magistrat oder von einem besonderen Ausschuß besorgt.

Das Selbstverwaltungsgesetz vom 22. Mai 1919 schied den Vorstand des Kommunalverbandes aus seiner Stellung als Vorstand des Bezirks und damit auch als Vorstand des Kommunalverbandes aus. Die Verwaltung der Kommunalverbände war damit im wesentlichen dem Bezirksausschuß in die Hand gegeben, was den praktischen Bedürfnissen wenig entsprach. So ergab sich die Notwendigkeit, den Kommunalverbänden eine neue Verfassung zu geben. Dies ist durch die Verordnung über die Kommunalverbände vom 24. Juni 1919 (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 157 vom 26. Juni 1919) geschehen. Darin ist zunächst bestimmt, daß als Kommunalverbände zu gelten haben die Bezirke und kreisunmittelbaren Städte, ferner die Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Ludwigshafen a. Rh., Neustadt a. H., Pirmasens, Speyer, St. Ingbert, Zweibrücken und Selb. Den Kommunalverbänden, deren Bereich sich

¹⁾ Vgl. hierzu Dr. Woerner „Organisation des Ernährungswesens“, Heft 66/68 der Beiträge zur Kriegswirtschaft, herausgegeben von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums.

nicht mit dem Bereich eines Bezirks oder einer Stadt deckte, wurde die Rechtsfähigkeit verliehen. Außerdem wurde den Kommunalverbänden das Recht der Selbstverwaltung eingeräumt. Vorstand des Kommunalverbandes ist in ländlichen Kommunalverbänden der Vorstand des Bezirksamts, in städtischen der erste Bürgermeister. Der Vorstand vertritt den Kommunalverband nach außen. Für jeden Kommunalverband wird ein Kommunalverbandsausschuß gebildet, dessen Zusammensetzung und Befugnisse geregelt sind.

2. Errichtung der Landesvermittlungsstelle für Brotgetreide und Mehl.

Gegen die in den einschlägigen Reichsverordnungen vorgesehene Zentralisation der Getreidebewirtschaftung bei den verschiedenen Stellen in Berlin machte sich in Bayern, das sich bei der Reichsgründung ein weitgehendes Maß von Selbständigkeit bewahrt hatte und im Reich noch ein reges staatliches Eigenleben entwickelte, in vielen Fällen auch anders geartete Wirtschaftsbedingungen hat als der deutsche Norden, von Anfang an Widerspruch bemerkbar. Es galt, die nachteiligen Folgen einer solchen Zentralisation für Bayern abzuwenden und die Getreidebewirtschaftung innerhalb der reichsrechtlich gezogenen Grenzen möglichst selbständig zu gestalten. Daher machte das Staatsministerium des Innern von der Ermächtigung in der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 Gebrauch, besondere Vermittlungsstellen zu errichten, denen die Bedarfsregelung in ihren Bezirken obliegt. Es erlies am 21. Januar 1915 die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl, durch die beim Statistischen Landesamt eine Landesvermittlungsstelle errichtet wurde. Dieser Vermittlungsstelle wurde ein Beirat beigegeben, der sich aus dem Vorstand der landwirtschaftlichen Abteilung des Staatsministeriums des Innern, dem Direktor des Statistischen Landesamts, Vertretern des Landwirtschaftsrats, des Bayerischen Städteverbandes, des Bayerischen Handelskammertages und der 8 Kreise zusammensetzte.

Als Aufgabe der Landesvermittlungsstelle wurde bestimmt, die jeweilige Feststellung des Landesverteilungsplanes auf Grund des von der Reichsverteilungsstelle aufgestellten Reichsverteilungsplanes, der Ausgleich von Vorrat und Bedarf zwischen den verschiedenen Regierungsbezirken, die Vermittlung von Angebot und Nachfrage zwischen diesen und bis zur Durchführung der Verbrauchsregelung durch die Reichsverteilungsstelle im Falle dringenden Bedarfes die Anordnung der Übereignung von Mehl aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes in einen anderen Kommunalverband, wenn es sich um verschiedene Regierungsbezirke handelt. Die Landesvermittlungsstelle wurde ermächtigt, innerhalb der nach dem Reichsverteilungsplan auf die Gesamtheit der bayerischen Kommunalverbände entfallenden Menge einen eigenen Verteilungsplan aufzustellen.

Gleichzeitig wurde angeordnet, daß bei jeder Regierung, Kammer des Innern, eine Kreisvermittlungsstelle zu errichten sei, mit der Aufgabe, den Ausgleich der im Kreis vorhandenen Vorräte zwischen den einzelnen Kommunalverbänden zu betätigen, Angebot und Nachfrage zu vermitteln sowie bis zur endgültigen Regelung einstweilen im Falle dringenden Bedarfes die Anordnung der Übereignung von Mehl zwischen verschiedenen Kommunalverbänden des Regierungsbezirks vorzunehmen. Die Kommunalverbände wurden verpflichtet, der Landesvermittlungsstelle und den Kreisvermittlungsstellen die erforderlichen Auskünfte zu geben, überwiesene Vorräte an die von ihnen bezeichneten Stellen abzugeben und die Bestandsveränderungen anzuzeigen.

Den Bemühungen der bayerischen Regierung ist es gelungen, von Anfang an das Einverständnis der Kriegsgetreidegesellschaft (KG.) zu erzielen, daß die bayerischen Kommunalverbände unter bestimmten Voraussetzungen das für den Bedarf der bayerischen Zivilbevölkerung erforderliche Brotgetreide auf eigene Rechnung aufkaufen und vermahlen. Dabei wurde bestimmt, daß nur der von der Reichsverteilungsstelle sich für ganz Bayern errechnende Überschuß der bayerischen Brotgetreideerzeugung über den eigenen Bedarf der KG. in Körnern zur Verfügung gestellt zu werden brauchte. Diese verpflichtete sich,

in Bayern weder Kommissionäre zu bestellen noch sonst Einkäufe von Getreide auf eigene Rechnung vorzunehmen. Den Kommunalverbänden wurde jeder unmittelbare Verkehr mit ihr untersagt. Damit waren die Grundlagen für die bayerische Selbstwirtschaft geschaffen.

Die Bayerische Landesvermittlungsstelle unterschied sich von der Reichsverteilungsstelle grundsätzlich dadurch, daß sie als eine reine Vermittlungsstelle organisiert war und eine eigene Aufkaufstätigkeit nicht entfaltete, vielmehr nur durch Überweisung von Überschußbezirken an Zuschußbezirke für den Ausgleich von Vorrat und Bedarf Sorge trug. Bei dieser Art der Regelung war eine Geschäftsabteilung entbehrlich. Das Bestreben ging dahin, mit möglichst geringem Personal- und Sachaufwand eine zweckmäßige Bewirtschaftung durchzuführen und zugleich durch die dezentralisierte Erfassung des Getreides und durch weitgehende Heranziehung der Arbeit und des Einflusses der äußeren Behörden und Ausnützung der vielen Beziehungen zwischen Überschuß- und Zuschußkommunalverbänden die Erfassung des Getreides zu heben und den erforderlichen Ausgleich zu erleichtern. Im weiteren Verlauf gewann die Landesvermittlungsstelle immer mehr an Bedeutung. Während ihr nach der Umschreibung ihrer Aufgaben durch die Ministerialbekanntmachung vom 27. Februar 1915 im wesentlichen lediglich die Bedeutung einer Vermittlungsstelle zukam, hatte sie in Wirklichkeit, da die unmittelbare Erledigung der zentralen Aufgaben der Getreidebewirtschaftung durch das Staatsministerium des Innern dieses zu sehr mit Arbeit — insbesondere auch einer Fülle von Kleinarbeit — belastet hätte, in stets wachsendem Umfange eigentliche Verwaltungsaufgaben einer Zentralstelle zur öffentlichen Getreidebewirtschaftung zu erledigen. Ihre tatsächlichen Aufgaben wuchsen immer mehr über den Rahmen der ihr ursprünglich zugewiesenen Tätigkeit hinaus. Als schließlich vom Wirtschaftsjahr 1917 ab nicht nur Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte¹⁾ durch die Reichsgetreidestelle zu erfassen waren, ergab sich die Notwendigkeit, auch in Bayern die Bewirtschaftung dieser Früchte durch eine Stelle vornehmen zu lassen. Die Organisation der Landesvermittlungsstelle konnte hierfür nicht mehr genügen. Es machte sich das Bedürfnis geltend, entsprechend dem Wirkungskreis der Reichsgetreidestelle für Bayern eine Landesgetreidestelle zu errichten. Eine Zersplitterung in einzelne selbständige Verwertungsstellen und Gesellschaften mußte die Einheitlichkeit der Getreidebewirtschaftung gefährden, und bei dem Ineingreifen der ganzen Regelung ein Nebeneinander, da und dort wohl auch ein Gegeneinanderarbeiten der einzelnen mit der Bewirtschaftung befaßten Stellen mit sich bringen, einen verhältnismäßig großen und kostspieligen Verwaltungsapparat erfordern, den Geschäftsbetrieb verzögern und den Verkehr der Kommunalverbände und der Bevölkerung mit den einschlägigen Zentralbewirtschaftungsstellen erschweren. Der Vollzug der Reichsgetreideordnung in Bayern mußte von einer Stelle aus gehandhabt werden. Auch ließ sich jetzt zur Abwicklung verschiedener Geschäfte eine kaufmännische Abteilung nicht mehr entbehren.

3. Ausbau der Landesvermittlungsstelle zur Landesgetreidestelle.

Nach der Bekanntmachung der Staatsministerien des K. Hauses und des Äußern und des Innern vom 8. August 1917 zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 wurde die Landesvermittlungsstelle in die Landesgetreidestelle umgewandelt. Ihr obliegt die Bewirtschaftung der in § 1 der Reichsgetreideordnung aufgeführten Früchte und Erzeugnisse nach Maßgabe der Bestimmung der Reichsgetreideordnung, der Ausführungs- und Vollzugsvorschriften, der von der Reichsgetreidestelle (RG.) und dem Kriegsernährungsamt aufgestellten Grundsätze sowie der mit der Reichsgetreidestelle getroffenen Vereinbarungen. Die Organisation ist wie folgt umschrieben.

¹⁾ Die Bewirtschaftung der Hülsenfrüchte ist vom Thema nicht umfaßt und bleibt daher außer Betracht.

a) Die Organisation und der Geschäftsgang der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung.

Die Landesgetreidestelle besteht aus einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde und dem Staatsministerium des Innern unterstellt. Die Kosten der Verwaltungsabteilung werden von den Einkünften der Geschäftsabteilung bestritten. Die Geschäftsabteilung ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie steht unter der Aufsicht der Verwaltungsabteilung und ist an deren Weisungen gebunden. Die Gesellschaft erhält einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder vom Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern ernannt werden. Die Kommunalverbände haben den Weisungen der Landesgetreidestelle Folge zu leisten. Ihrem Ansuchen um Auskunftserteilung ist zu entsprechen.

Für die Bewirtschaftung des Getreides tritt sohin in Bayern an die Stelle der Reichsgetreidestelle im wesentlichen die Landesgetreidestelle. Nach einer von der bayerischen Regierung mit der Reichsgetreidestelle getroffenen Vereinbarung gilt Bayern der Reichsgetreidestelle gegenüber in der Bewirtschaftung der im § 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 aufgeführten Früchte und Erzeugnisse als ein einheitlicher Kommunalverband. Es wird ihm ohne Rücksicht auf den Wortlaut der Reichsgetreideordnung das Recht der Selbstwirtschaft und Selbstlieferung zugesprochen. Bayern hat sich bei der Bewirtschaftung an die von der Reichsgetreidestelle aufgestellten Grundsätze zu halten. Das gilt auch für die bayerische Heeresverwaltung, für welche die Belieferung ebenso wie für die preussische Heeresverwaltung erfolgt. Bayern bleibt nur verpflichtet, etwaige Überschüsse an die Reichsgetreidestelle abzuliefern und den einschlägigen Verfügungen auch in bezug auf die Zeit der Lieferung zu entsprechen. Im besonderen verpflichtet sich Bayern von den durch den Frühdrusch erfaßten Mengen nach den von der R.G. aufgestellten Grundsätzen für den allgemeinen Bedarf zu liefern, auch wenn dadurch vorübergehend in den Bedarfsanteil Bayerns sollte eingegriffen werden. Für die Ablieferung der Überschüsse und für die Lieferung von Zuschüssen an Bayern gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

Bayern wurde insbesondere das Recht zuerkannt, Graupen und Malzkaffee im Rahmen des allgemeinen Reichswirtschaftsplanes selbständig herzustellen und allenfalls überschießende Mengen an die Reichsgetreidestelle abzuliefern. Im übrigen verpflichtet sich die Reichsgetreidestelle bei der Herstellung von Erzeugnissen, für welche sie die Rohstoffe liefert, bayerische Betriebe mit Ausnahme der Graupenmühlen und Kaffee Fabriken nach den allgemeinen Grundsätzen gleichmäßig zu beliefern. Vorausgesetzt wurde dabei, daß die bayerische Regierung einem Ersuchen der Reichsgetreidestelle um Aufklärung, Revisionen von Kommunalverbänden, Betrieben u. dgl. jederzeit entspreche und daß dadurch das Recht der Reichsgetreidestelle, die von ihr belieferten Betriebe auch in Bayern durch ihre Beamten und Sachverständigen revidieren zu lassen, nicht beeinträchtigt werde. Soweit diese Vereinbarung mit den Bestimmungen der Reichsgetreideordnung in Widerspruch stand, wurden die nach § 8, I der Reichsgetreideordnung erforderlichen Ausnahmegewilligungen erwirkt.

Der Landesgetreidestelle ist so ein erhebliches Maß von Selbständigkeit in der Bewirtschaftung des Getreides eingeräumt worden. Sie wurde aus einer bloßen Abteilung des Statistischen Landesamts, aus einer bloßen Verrechnungsstelle, eine selbständige Behörde, und zwar, da sich ihr Wirkungskreis über das ganze Land erstreckt, in einem gewissen Sinne Landeszentralbehörde.

Dabei blieb ein inniger Zusammenhang mit dem Statistischen Landesamt dadurch bestehen, daß die Leitung der Landesgetreidestelle dem Vorstand des Statistischen Landesamts, Präsidenten Dr. Zahn, übertragen wurde und das Statistische Landesamt auch mehrere Beamte zur Landesgetreidestelle abstellte, insbesondere die um die Organisation besonders verdienten Regierungsassessoren (alter Bezeichnung) Dr. Haselberger und Heintz. Außer-

lich blieb die Verbindung der Landesgetreidestelle mit dem Statistischen Landesamt dadurch aufrechterhalten, daß die Verwaltungsabteilung in den Räumen des Statistischen Landesamts untergebracht wurde.

Auch bei der Neuorganisation der Getreidebewirtschaftung in Bayern wurde in Abweichung von der Organisation der Reichsgetreidestelle grundsätzlich daran festgehalten, daß ein eigener Einkauf von Brotgetreide durch die Landesgetreidestelle nicht stattfindet, der Einkauf vielmehr Sache der Kommunalverbände bleibt, die hierfür eigene Kommissionäre aufzustellen haben. Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erfolgt durch Überweisung von den Überschußkommunalverbänden an die Bedarfskommunalverbände. Diese Überweisungen mußten grundsätzlich in Getreide erfolgen. Mehllieferungen, die bis dahin zugelassen waren, wurden ausgeschlossen, weil die Überschußkommunalverbände daraus teilweise ein Geschäft zu machen bestrebt waren. Die Vermahlung des zugewiesenen Getreides erfolgt im Auftrag der damit belieferten Zuschußkommunalverbände. Die Mühle, deren Wahl im allgemeinen den Kommunalverbänden überlassen bleibt, wird bei Überweisungen zum Teil von der Landesgetreidestelle bestimmt, um eine möglichst gleichmäßige Mühlenbeschäftigung zu erzielen. Auf bestehende Geschäftsbeziehungen wird dabei weitgehend Rücksicht genommen.

Die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, wurde unter oberster Leitung des Präsidenten, der insbesondere auch den Vorsitz im Aufsichtsrat der Geschäftsabteilung führt, in je eine Abteilung für Brotgetreide, Gerste und Hafer gegliedert. Außerdem wurde eine Abteilung für das Buchungs- und Rechnungswesen und eine Registratur eingerichtet, die zugleich den Ein- und Auslauf zu besorgen hat. Die Haferabteilung ging mit der Ernte 1919 auf die Landesfuttermittelstelle über.

In der Abteilung Brotgetreide wurden im weiteren Verlauf zwei Kommunalverbandsreferate gebildet, eines für Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben, eines für die drei fränkischen Kreise und die Pfalz. Die frühere Einteilung Bayerns in acht Versorgungsgebiete wurde aufgegeben, da sie sich wenig bewährt hat.¹⁾ Für die Bearbeitung der finanziellen Angelegenheiten, insbesondere der geldlichen Abrechnung in Prämien, Einkaufsvergütungen und Zuschüssen für die Mahllohnverhandlungen u. a. wurde im Wirtschaftsjahr 1919/20 ein eigenes Finanzreferat geschaffen. Zur kaufmännischen Beratung war der Verwaltungsabteilung jeweils ein Prokurist der Geschäftsabteilung beigegeben. Das Gerstenreferat ist mit dem Wirtschaftsjahr 1921/22 weggefallen.

Im einzelnen läßt sich der Geschäftsgang bei der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung,²⁾ wie folgt umschreiben:

Überweisungen.

Die Grundlage der Überweisungen bildet die Berechnung des Einkaufssolls des Kommunalverbandes (unter Berücksichtigung des Ernteertrags und des Selbstversorgerbedarfs) einerseits, des Eigenbedarfs des Kommunalverbandes für seine Versorgungsberechtigten nach Maßgabe der hierfür vom Reich aufgestellten Grundsätze andererseits. Der Unterschied zwischen Einkaufssoll und Eigenbedarf des Kommunalverbandes bildet das Liefersoll des Kommunalverbandes, auf das er im Laufe des Jahres nach Maßgabe seines tatsächlichen Getreideaufkaufs und seiner Eindeckung fortlaufende Aufträge erhält, bestimmte Mengen Getreide an Zuschußkommunalverbände zu liefern.

Für diese Überweisungen wird ein besonderes Formblatt benützt. Die Überweisungsverfügung ergeht an den lieferpflichtigen Kommunalverband, den zu beliefernden Kommunal-

¹⁾ Vgl. „Die Bayer. Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im ersten Kriegsjahr“ von Dr. Arnold in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1915, S. 250 ff.

²⁾ Die Beschreibung der Organisation der Landesgetreidestelle, Verw.-Abt., im einzelnen folgt im wesentlichen einer bei den Akten der Landesgetreidestelle befindlichen Darstellung des früheren Referenten der Landesgetreidestelle Dr. Kobler.

verband, die Landesfuttermittelstelle und den Kommissionär des lieferpflichtigen Kommunalverbandes. Letzteres wäre an sich nicht veranlaßt, geschieht aber zur Beschleunigung, weil im wesentlichen mit der geschäftlichen Abwicklung beim Kommunalverband doch der Kommissionär betraut ist. Die Verständigung der Landesfuttermittelstelle erfolgt wegen des Anfalls an Kleie, deren Bewirtschaftung dieser Stelle zukommt.

Nach jeder Überweisung wird in der Überweisungskartei der liefernde Kommunalverband entlastet, der belieferte belastet. Die Überweisungskartei ist stets zur Hand des Kommunalverbandsreferenten, der auf solche Weise jederzeit den erforderlichen Überblick über den Stand der Ablieferung und der Eindeckung des einzelnen Kommunalverbandes hat.

Bei jeder Überweisung werden angelegt

- a) eine Lieferungskarte,
- b) zwei Lieferungslisten,
- c) außerdem erfolgt eine Buchung in der Mühlenbeschäftigungskarte.

Lieferungskontrolle.

Damit die Versorgung der einzelnen Kommunalverbände sich plangemäß vollzieht, muß darüber gewacht werden, daß einerseits die Überschußkommunalverbände die Überweisungen erfüllen, andererseits keine Lieferungen ohne Überweisung oder keine höheren Lieferungen, als den Überweisungen entspricht, erfolgen. Dies geschieht durch die Frachtbriefkontrolle.

Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 12. September 1917, die im weiteren Verlauf wiederholt eine neue Fassung erhielt, im Grundsatz jedoch bis zur Aufhebung der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft beibehalten wurde, hat für Bayern angeordnet, daß sämtliche nach der Reichsgetreideordnung beschlagnahmten Früchte nur mit Frachtbriefen versandt werden dürfen, die von der Landesgetreidestelle abgestempelt worden sind. Den Frachtbriefen ist eine Versandkarte angeheftet. Die Eisenbahn¹⁾ prüft die Übereinstimmung der Angaben der Versandkarte mit den Angaben des Frachtbriefs und, soweit möglich, mit dem tatsächlichen Wageninhalt und schickt die abgenommene Versandkarte an die Landesgetreidestelle ein. Die Frachtbriefe sind fortlaufend numeriert. Die Versandkarten sind der leichteren Handhabung wegen für Brotgetreide (Weizen, Roggen und Gemenge, das als Brotgetreide gilt) rot, für Mehl weiß, für Gerste gelb und für Hafer grün.

Die Frachtbriefe werden an die Kommunalverbände hinausgegeben. Für jeden ausgegebenen Frachtbrief wurde bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21 zur Deckung der Unkosten der Versandüberwachung eine Gebühr von 1 *M* erhoben. Dadurch, daß die Frachtbriefe so für den Kommunalverband Vermögenswert bekamen, sollte eine sorgfältige Aufbewahrung der Frachtbriefe erreicht werden. Es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß die Verrechnung der geringen Gebühr diesen Zweck nicht mehr erfüllen konnte, auch in einzelnen Fällen soviel Schriftwechsel hervorrief, daß der Erlös aus diesen Frachtbriefen und die durch die Verrechnung bedingte Arbeitsleistung in ein Mißverhältnis kamen. Die Landesgetreidestelle ließ daher mit Genehmigung des Staatsministeriums für Landwirtschaft diese Gebühr fallen und sicherte die ordnungsgemäße Verwendung der Frachtbriefe fortan unabhängig von der etwaigen Veranlassung einer Strafverfolgung durch den Vorbehalt, gemäß Abs. B 1 Ziff. 2 der Ausführungsbestimmung zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Juni 1920 für jeden zu Unrecht verwendeten oder als richtig verwendet nicht nachgewiesenen Frachtbrief eine Ordnungsstrafe bis zu 100 *M* für das Stück zu erheben.

¹⁾ Für diese Mitwirkung erhielt die Verkehrsverwaltung durch die Landesgetreidestelle vom Wirtschaftsjahr 1919/20 ab eine Vergütung von 10 Pfennig je Versandkarte.

Läuft die Versandkarte bei der Landesgetreidestelle ein, so wird sie in das dafür geführte besondere Einlaufbuch eingetragen. Dann werden die Sendungen, die durch die Versandkarten ausgewiesen sind, in der Lieferungsliste sowohl beim liefernden wie beim belieferten Kommunalverband gebucht. Der Eintrag in die Lieferliste setzt voraus, daß eine solche angelegt ist. Würde eine Sendung ohne Überweisung der Landesgetreidestelle erfolgen, so würde der mit der Listenführung beauftragte Hilfsarbeiter melden, daß er mit der Karte nichts anzufangen wisse, so daß jede Lieferung ohne Überweisung, immer vorausgesetzt, daß die Sendung nicht unter falscher Deklaration erfolgt oder, was an sich denkbar wäre, eine Sendung ohne den erforderlichen Frachtbrief zur Beförderung angenommen wird, zwangsläufig aufgedeckt werden müßte.

Endlich wird auf der Versandkarte der Kommunalverband für den der Versandkarte entsprechenden Frachtbrief entlastet.

Von Zeit zu Zeit haben sich die Kommunalverbände darüber zu verantworten, wohin die Frachtbriefe, für welche eine solche Entlastung nicht eingetreten ist, gekommen sind. Verschriebene oder sonst unbrauchbar gewordene Frachtbriefe müssen die Kommunalverbände an die Landesgetreidestelle zurückgeben.

Für die endgültige Verrechnung besteht eine weitere genaue Lieferungskontrolle. Die Kommunalverbände haben mit der monatlichen Veränderungsanzeige, die über alle Getreidebestandsveränderungen während des Versorgungsmonats, das jeweils vom 16. eines Monats bis zum 15. des darauffolgenden Monats läuft, Aufschluß gibt, ein Ausfuhrverzeichnis einzureichen. In dieses werden die Lieferungen, welche während des Monats erfolgt sind, für jeden belieferten Kommunalverband unter Angabe der Zeit der Absendung, des Abgangsortes, der Verladeadresse, der Frachtbrief- und Wagenummer, der Getreideart und Menge besonders vorgetragen. Das Verzeichnis wird dem belieferten Kommunalverband zur Anerkennung geschickt, sodann der Landesfuttermittelstelle übersandt, die hiervon zum Zwecke der Überwachung der Kleieablieferung Vormerkung nimmt. Wenn das Verzeichnis von da zurückkommt, wird die Lieferung in der Lieferungskartei gebucht. Ist eine Lieferung ohne Überweisung der Landesgetreidestelle erfolgt, so meldet der Hilfsarbeiter, welcher die Lieferungskartei führt, daß er mit dem Ausfuhrverzeichnis nichts anzufangen wisse. So werden auch Lieferungen, denen eine Überweisung nicht zugrunde liegt, aufgedeckt.

Die Einträge in der Lieferungskartei werden mit den Einträgen in der Lieferungsliste fortlaufend verglichen.

Eine Ergänzung der Lieferungskontrolle bildet die Kontrolle des Kleieanfalls durch die Landesfuttermittelstelle. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, von jedem Mahlauftrag der Landesfuttermittelstelle eine Durchschrift zu übersenden. Dabei müssen sie angeben, aus welchem Kommunalverband das Getreide stammt, das vermahlen werden soll. Die Landesfuttermittelstelle erhält durch die Ausfuhrverzeichnisse Kenntnis davon, welche Getreidemengen mit Genehmigung der Landesgetreidestelle geliefert worden sind. Wird Mahlauftrag erteilt für Getreide, das durch keine Überweisung gedeckt ist, so macht die Landesfuttermittelstelle der Landesgetreidestelle hiervon Mitteilung.

Aufkaufskontrolle.

Über die Erfassung des Getreides durch sämtliche Kommunalverbände ist die Landesgetreidestelle durch die Aufkaufskontrolle auf dem laufenden. Die Kommunalverbände haben spätestens bis zum Donnerstag jeder Woche der Landesgetreidestelle nach Formblatt mitzuteilen, wieviel Getreide sie in der vergangenen Woche aufgekauft haben. Die Aufkaufsziffern müssen bei den Kommunalverbänden durch Durchschriften der Blockzettel (Ablieferungsscheine) belegt sein. Die Übereinstimmung der gemeldeten Zahlen mit den Büchern der Kommunalverbände und den bei den Kommunalverbänden aufbewahrten

Durchschriften der Blockzettel wird von Fall zu Fall von der Landesgetreidestelle durch hierfür besonders vorgebildete Überwachungsbeamte nachgeprüft. Der für jede Woche gemeldete Aufkauf wird in der für jeden Kommunalverband geführten Getreideaufkaufskarte eingetragen. Diese Karte, die neben dem wöchentlichen Aufkauf u. a. das Aufkaufssoll und die Summe des Gesamtaufkaufs bis zur letzten Woche ersehen läßt, ist wie die Überweisungskarte ständig zur Hand des Referenten, dessen Aufgabe es ist, soweit veranlaßt, schriftlich und fernmündlich auf bessere Erfassung und entsprechende Ablieferung nach Maßgabe der dem Kommunalverband bereits zugegangenen Überweisungen hinzuwirken, allenfalls neue Überweisungen vorzunehmen. Die Gesamtsumme der wöchentlichen Meldungen wird in den Wochenübersichten der Reichsgetreidestelle, im Wirtschaftsjahr 1920/21 auch der Presse mitgeteilt.

Vorratskontrolle.

Die notwendige Ergänzung der Aufkaufskontrolle bildet die Vorratskontrolle. Die Kommunalverbände müssen in den erwähnten Wochenanzeigen neben dem Aufkauf, der Ausfuhr an andere Kommunalverbände und der Lieferung an sonstige Empfänger oder der Lieferung von anderen Kommunalverbänden ihre Vorräte am Schluß der Berichtswoche der Landesgetreidestelle melden. Diese Vorräte müssen mit dem buchmäßigen Bestand übereinstimmen. Die Meldungen der Kommunalverbände werden auf einem weiteren Formblatt „Vorratskontrolle“ gebucht sowie in Listen zusammengestellt, die wie die Überweisungskarten und die Getreideaufkaufskarten gleichfalls ständig zur Hand der Kommunalverbandsreferenten sind. Diese richten hiernach ihre Überweisungen ein. Hierbei wird im Gegensatz zu dem Verfahren der Reichsgetreidestelle, die lange an dem Grundsatz der gleichmäßigen Eindeckung der Kommunalverbände für eine bestimmte Zeitdauer festgehalten hat, mehr auf die besonderen Verhältnisse des betreffenden Kommunalverbandes Rücksicht genommen, so zwar, daß im allgemeinen, besonders dringende Bedürfnisse ausgenommen, jedem Überschußkommunalverband soviel Getreide belassen wird, daß er unter Berücksichtigung des noch zu erwartenden Aufkaufs bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres ausreicht und daß im übrigen vor allem auf eine gute Eindeckung der großen Verbrauchskommunalverbände gesehen wird. Der Grund für die erstere Abweichung liegt darin, daß es wirtschaftlich unzweckmäßig erscheint, einem Kommunalverband, der erfahrungsgemäß bei allen Anstrengungen gerade seinen Bedarf zu decken oder nur geringe Überschüsse aufzubringen vermag, mehr als die voraussichtlichen Überschüsse wegzunehmen, ihn dann später wieder zu beliefern und so ihm nicht nur ohne dringende Not geldliche Nachteile, insbesondere Frachtauslagen zu bereiten, sondern auch die Eisenbahn unnötig zu belasten. Wie bei Verhandlungen im Laufe des Wirtschaftsjahres 1920/21 von maßgebender Stelle zugegeben wurde, hat übrigens auch die Reichsgetreidestelle gegenüber ihrem früheren starren Standpunkt Konzessionen machen müssen und es nicht mehr durchgesetzt, daß die Kommunalverbände tatsächlich nur z. B. für 2 Monate sich eindeckten. Sie hat schließlich mit Rundschreiben vom 21. Februar 1921 den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden gestattet, die zur weiteren Durchführung der Selbstwirtschaft benötigten Mengen an Brotgetreide aus eigener Ernte bis zum 15. August 1921 zurückzubehalten. Es ist ja auch selbstverständlich, daß eine Anordnung, die gegen berechnete wirtschaftliche Interessen der Kommunalverbände verstößt, bei diesen nicht widerspruchsfrei hingenommen wird und nur da gerade noch durchgehalten werden kann, wo wenigstens die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme eingesehen wird.

Verbrauchskontrolle.

Bei der Art, wie die Getreidebewirtschaftung in Bayern aufgebaut ist, kommt der Verbrauchskontrolle eine ganz besondere Bedeutung zu. Zu diesem Zweck wird in bemessenen

Zeitabständen (viertel- oder halbjährlich) die Mehlabgabe an die Bäcker und Mehlhändler erhoben. Hierauf erfolgt Abrechnung mit dem Kommunalverband, wobei der tatsächliche Verbrauch dem zulässigen Verbrauch gegenübergestellt und bei Mehrverbrauch entsprechende Aufklärung und allenfalls die Einsparung dieses Mehrverbrauchs in einer späteren Versorgungsperiode verlangt wird. Eine fortlaufende Verbrauchskontrolle findet auf Grund der bereits erwähnten monatlichen Veränderungsanzeigen statt. Schließlich werden noch von Zeit zu Zeit die Sollvorräte der Kommunalverbände (bei Überschußkommunalverbänden Bestand zu einem gewissen Zeitpunkt + Aufkauf seit dieser Zeit — zulässiger Verbrauch — Ablieferungen, bei Zuschußkommunalverbänden Bestand zu einem bestimmten Zeitpunkt + Eigenaufkauf + Lieferungen — zulässiger Verbrauch) mit den Istvorräten nach den Wochenanzeigen verglichen. Bei sich ergebenden größeren Unterschieden erfolgt Nachprüfung der ganzen Getreidebewirtschaftung des Kommunalverbandes durch die bereits erwähnten Überwachungsbeamten.

b) Die Organisation der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, im besonderen.

Die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, wurde als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in München zu Urkunde des Notariats München V vom 28. August 1917 errichtet. Als Gesellschaftszweck bezeichnen die Satzungen diejenigen geschäftlichen Maßnahmen nach Weisung der Verwaltungsabteilung zu treffen, die sich aus der Reichsgetreideordnung für das Erntejahr 1917 für die Landesgetreidestelle ergeben. Das Stammkapital beträgt 30 000 *M.*, der Mindestbetrag einer Stammeinlage 2 000 *M.* Gesellschafter sind der Bayerische Staat, die Bayerische Lebensmittelstelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H., die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf, e. G. m. b. H., die Bayerische Zentraldarlehenskasse, e. G. m. b. H., die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse für Deutschland, A.-G. Berlin, die Mittelfränkische Kreisdarlehenskasse, e. G. m. b. H., die Zentralgenossenschaft der pfälzischen landwirtschaftlichen Konsumvereine, e. G. m. b. H., die Bayerische Handelsgesellschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsstoffe, G. m. b. H. & Co., Kommandit-Gesellschaft und der Generaldirektor der Aktiengesellschaft Löwenbrauerei München als Vertreter der Brauindustrie. An dessen Stelle ist später nach Erlangung der Rechtsfähigkeit der Bayerische Brauerbund, e. V., getreten. Die Gesellschaft ist keine Erwerbsgesellschaft. Sie erhebt nur Gebühren zur Deckung ihrer Unkosten und zur Verzinsung der Stammeinlage bis zu 5 %. Etwaige Erübrigungen stehen dem Staatsministerium des Innern, an dessen Stelle inzwischen das Staatsministerium für Landwirtschaft getreten ist, zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung, soweit nicht die Generalversammlung Vortrag auf neue Rechnung beschließt. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erhalten die Gesellschafter nicht mehr als die auf die Stammeinlagen geleisteten Zahlungen; der etwaige Rest des Gesellschaftsvermögens steht wiederum dem Staatsministerium für Landwirtschaft zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung.

Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführer,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Gesellschafterversammlung.

Die rechtsverbindliche Zeichnung für die Gesellschaft erfolgt unter der Firma der Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer und einen Prokuristen. Das Geschäftsjahr, das ursprünglich vom 16. September bis zum 15. September des folgenden Jahres lief, wurde durch Beschluß der Generalversammlung vom 11. November 1918, um Geschäftsjahr und Wirtschaftsjahr miteinander in Einklang zu bringen, am 15. Juli beendet. Zuzufolge Entscheidung des Bundesrats vom 8. Mai 1919 war zur Errichtungsurkunde eine Stempelabgabe nicht zu erheben.

Bei der Geschäftsabteilung wurde gebildet

1. eine Einkaufsabteilung, die den Verkehr mit den Aufkäufern abzuwickeln hatte,
2. eine Kontingentsabteilung, welche die Feststellung der Gerstenmengen zu treffen hatte, die jeder Betrieb auf sein Kontingent beziehen durfte,
3. eine Zuteilungsabteilung zur Verteilung der angedienten Gerstenmengen und Freigabe der Eigenbaugerste an die bezugsberechtigten Betriebe,
4. eine Frachtbriefabteilung für die Ausfertigung, den Versand und die Kontrolle der Frachtbriefe,
5. eine Buchhaltungsabteilung,
6. eine Kassenabteilung.

Außerdem wurde, wie in jedem größeren Betrieb, eine Registratur und ein Ein- und Auslaufbüro eingerichtet.

Da als Hauptaufgabe der Geschäftsabteilung die Bewirtschaftung der bayerischen Gerstenernte in Betracht kam, lag es nahe, die Bildung der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, organisatorisch dadurch zu lösen, daß im wesentlichen die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, die als solche in Liquidation trat, samt ihrer bewährten Leitung und ihrer Außenorganisation übernommen wurde. Nur so war es möglich, die Schwierigkeiten des Übergangs von der bisherigen zur neuen Bewirtschaftung trotz der bereits vorgeschrittenen Zeit ohne allzugroße Stockungen zu überwinden. Während bei Brotgetreide von Anfang an auf dezentralisierte Erfassung und Verwertung der Bestände Wert gelegt und bisher stets daran festgehalten wurde, lagen bei Gerste die Verhältnisse wesentlich anders. Hier galt es vor allem die Betriebe zu beliefern und unter diesen vorzüglich den Bierbrauereien, die gerade in Bayern wirtschaftlich eine besonders bedeutsame Rolle spielen, für Brauzwecke geeignete Qualitätsgerste zu beschaffen. Eine möglichst gleichmäßige Belieferung der Betriebe und eine entsprechende Sortenauswahl war aber nur bei zentraler Erfassung der Gerste möglich; anderseits bestand bei Gerste die Gefahr des unerlaubten Aufkaufs lange nicht in gleicher Weise wie bei Brotgetreide. Insbesondere galt dies insoweit, als eine gewisse Sicherheit für die volle Belieferung der festgesetzten Kontingente gegeben werden konnte. Aus diesem Grunde bedurfte die Erfassung der Gerste nicht des gleichen Nachdrucks der Außenbehörden, wie die Erfassung des Brotgetreides. Es konnte, ohne Gefährdung des Zwecks möglichst große Gerstenmengen für die öffentliche Hand zu erfassen, eine freiere Bewirtschaftungsweise Platz greifen, dies um so mehr, als bei Gerste auch die Gefahr eines zu großen Eigenverbrauchs gegenüber der gleichen Gefahr bei Brotgetreide zurücktrat und die zu Kommissionären bestellten Großgetreidefirmen und landwirtschaftlichen Genossenschaften bei scharfem gegenseitigen Wettbewerb die Gerste möglichst rasch an sich zu bringen suchten.

So wurde für die Gerste durch die bayerische Ausführungsbekanntmachung zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 8. August 1917 die Selbstlieferung der Kommunalverbände grundsätzlich ausgeschlossen und der Aufkauf der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, übertragen.

c) Die Organisation des Gerstenaufkaufs der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, insbesondere die rechtliche Stellung ihrer Kommissionäre.

Der Aufkauf erfolgt, wie bereits erwähnt, durch die sogenannten Kommissionäre, welche ihrerseits Unteraufkäufer (Kaufsvermittler) bestellen. Das Rechtsverhältnis zwischen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, und ihren „Kommissionären“ liegt nicht in jeder Beziehung klar. Da Kommissionär im Sinne des § 383 HGB. ist, wer es gewerbsmäßig übernimmt, Waren oder Wertpapiere für Rechnung eines anderen im eigenen Namen zu kaufen oder zu verkaufen, so ist die Bezeichnung „Kommissionär“ für die Kommissionäre der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, nicht zutreffend. Denn nach

dem von der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, herausgegebenen Merkbuch für die Ernte 1917 kaufen die Kommissionäre ausschließlich für die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, auf Grund der ihnen ausgestellten Vollmacht. Im Merkbuch für die Ernte 1918 heißt es in klarerer Fassung:

„Der Kommissionär erwirbt ausschließlich für die Bayer. Landesgetreidestelle in deren Namen und für deren Rechnung Gerste auf Grund der ihm ausgestellten Vollmacht“. Diese Vollmacht lautet: „Die Firma hat als für sie bindend anerkannt.“

Auf Grund dieser Anerkennung erteilen wir ihr hiermit Vollmacht zum Ankauf von Gerste für unsere Stelle

Bayer. Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H.“

Im Vorwort des Merkbuches ist auch ausdrücklich gesagt, daß die Bayer. Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, die Gerste einkauft und verteilt, daß sie die Preise bezahlt und berechnet und die Qualität bewertet. Weiter ist in dem Merkbuch festgestellt, daß der Kommissionär seine Vereinbarungen mit den Erzeugern nur vorbehaltlich der Preisgenehmigung abschließen kann und daß das Verfügungsrecht über die Gerste ausschließlich der Bayer. Landesgetreidestelle zusteht, deren Weisungen der Kommissionär vollständig zu entsprechen hat. Diese Bestimmungen können nur dahin aufgefaßt werden, daß die Kommissionäre die Gerste gar nicht im eigenen Namen, sondern im Namen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, kaufen und daß an der gelieferten Gerste nicht der Kommissionär, sondern die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, Eigentum erwirbt. Ist dies der Fall, dann kann der Kommissionär die Gerste auch nicht im eigenen Namen und als eigene Gerste an die Betriebe liefern. Er liefert sie im Auftrage der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, und läßt dadurch erkennen, daß er im Namen dieser abschließt; denn so werden die Worte „im Auftrage“ verkehrsüblich verstanden. Es fehlt also an einem begrifflichen Merkmal des Kommissionärs. Die Kommissionäre der Landesgetreidestelle sind demnach gar nicht Kommissionäre im Rechtssinne. Daran vermag die Tatsache nichts zu ändern, daß die Merkbücher der Landesgetreidestelle in der Folge diese als Geschäftsherrn (Kommittenten) bezeichnen; denn diese Bezeichnung ist nur die logische Fortentwicklung aus dem einmal angewendeten Ausdruck „Kommissionär“.

Der Annahme eines Vertretungsverhältnisses steht auch der Umstand nicht entgegen, daß nach dem gleichen Merkbuch Beanstandungen des Gewichts zwischen dem Kommissionär und dem Empfänger zu erledigen, Mängelrügen dem Kommissionär mitzuteilen und Streitigkeiten zwischen ihm und den Beteiligten auszutragen sind. Diese Bestimmungen sind lediglich aus Gründen der Geschäftsvereinfachung getroffen. An dem Verhältnis der Landesgetreidestelle zum Landwirt einerseits und den Betrieben andererseits wird dadurch nichts geändert. Die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, ist durch den Erwerb der Gerste durch den Kommissionär Schuldner des Kaufpreises geworden. Sie hätte diesen insbesondere auch dann zu bezahlen, wenn etwa der Kommissionär zahlungsunfähig geworden wäre oder sonst die Zahlung unterlassen hätte. Andererseits wäre die etwaige Kaufpreisforderung gegen eine Brauerei für gelieferte Gerste nicht eine zur Konkursmasse des mit der Durchführung der Lieferung betrauten Kommissionärs gehörige Forderung, sondern eine Forderung der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

Das Rechtsverhältnis der Kommissionäre zu der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, beruht nicht auf einem Kommissionsvertrag, sondern auf einem Maklervertrag, und zwar, da die Tätigkeit der Kommissionäre eine gewerbsmäßige ist, nicht auf einem Maklervertrag nach § 652 BGB., sondern auf einem solchen nach § 93 HGB. Dabei ist den Maklern zugleich Abschlußvollmacht erteilt. Sie schließen die vermittelten Käufe und Verkäufe sofort für die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, ab. Der Annahme eines Dienstverhältnisses steht die ganze Stellung des Kommissionärs, der selbständig handelt und mit eigenen Geldern arbeitet, entgegen. Die sonst mögliche Auffassung, daß der

Kommissionär Handlungsagent im Sinne des § 84 HGB. sei, ist deshalb abzulehnen, weil die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, kein Handelsgewerbe betreibt.

Von Bedeutung ist die Frage für die Umsatzsteuerpflicht der Kommissionäre. Verschiedene Finanzämter haben von den Kommissionären Umsatzsteuer aus dem ganzen Geldbetrag verlangt, den sie von der Landesgetreidestelle erhalten haben, also aus dem ausgelegten Kaufpreis zuzüglich der Aufkaufsvergütung. Nach der dargelegten rechtlichen Stellung der Kommissionäre ist diese Forderung unbegründet. Die Kommissionäre sind vielmehr umsatzsteuerpflichtig lediglich aus ihrer Aufkaufsvergütung. Selbstverständlich sind die sogenannten Kommissionäre aus dieser Vergütung aber auch immer umsatzsteuerpflichtig und können sich gegebenenfalls nicht auf das sog. Zwischenhandelsprivileg des § 7 des Umsatzsteuergesetzes berufen. Würde man, was bei der Selbständigkeit der als „Kommissionäre“ bestellten Genossenschaften und Handelsfirmen abzulehnen ist, annehmen, daß sie in einem Dienstverhältnis zu der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, stehen, so wäre, da in diesem Falle eine selbständige gewerbliche Tätigkeit nicht gegeben wäre, eine Umsatzsteuer überhaupt nicht zu entrichten. (§ 1 Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 bzw. vom 24. Dezember 1919.)

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat den Standpunkt eingenommen, daß die Gerstenkommissionäre der Bayerischen Landesgetreidestelle Kommissionäre im Rechtssinne seien und dies vor allem aus den Bestimmungen gefolgert, daß Streitigkeiten zwischen Kommissionär und Empfänger auszutragen seien. Diese Entscheidung dürfte mit dadurch beeinflußt sein, daß die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle als Kommissionäre im Rechtssinne anerkannt sind.

Die Frage der Umsatzsteuerpflicht der Kommissionäre berührt die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, insofern wesentlich, als die Provision jeweils nicht so hoch war, daß die Kommissionäre daraus neben ihren sonstigen Verpflichtungen auch noch die Umsatzsteuer aus dem Warenentgelt entrichten konnten. Bei Bestimmung der Aufkaufsvergütung war davon ausgegangen worden, daß eine Umsatzsteuer auf das Warenentgelt nicht in Betracht komme; zu dieser Auffassung bestand um so größere Berechtigung, als eine im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen ergangene Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 25. November 1917 ausdrücklich besagt, daß in Bayern die Kommissionäre in der Regel im Namen und für Rechnung der Kommunalverbände und der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, einkaufen und daher ein Umsatzstempel nicht in Betracht kommt. Sollten die Kommissionäre tatsächlich mit Erfolg aus dem Warenentgelt zur Umsatzsteuer herangezogen werden, so müßte nachträglich ihre Provision um die dadurch entstehenden Mehraufwendungen erhöht werden. Die höhere Umsatzsteuer würde also praktisch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, treffen, die sie nicht mehr abwälzen könnte. Den in Anspruch genommenen Kommissionären wurde daher empfohlen, gegen die Heranziehung zur Umsatzsteuer aus dem Warenentgelt für die Gerste die zulässigen Rechtsmittel einzulegen, damit die Streitfrage durch den Reichsfinanzhof grundsätzlich entschieden wird. Für den Fall einer für die Landesgetreidestelle ungünstigen Entscheidung, ist in Erwägung gezogen worden, die ausnahmsweise Heranziehung zur Umsatzsteuer lediglich aus der Provision der Gerstenaufkäufer aus besonderen wirtschaftlichen Gründen und Billigkeitserwägungen im Verwaltungswege anzustreben.

d) Umsatzsteuerpflicht der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

Würde der Kommissionär Erwerber der Gerste sein, so würde die eigene Umsatzsteuerpflicht der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, für die erworbenen Gerstenmengen für den Regelfall schon nach § 7 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 entfallen; denn dann würden mehrere von verschiedenen Unternehmern über denselben Gegenstand oder Gegenstände gleicher Art abgeschlossene Umsatzgeschäfte vorliegen, aber,

da die Landesgetreidestelle die Ware nicht über eigene Lager nimmt, nicht durch andere Beauftragte als eben die Kommissionäre abnehmen läßt, nur eine einmalige Übertragung des unmittelbaren Besitzes stattfinden, und zwar vom Kommissionär an den Kommunalverband oder belieferten Betrieb. Die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, brauchte bisher allerdings auf das Zwischenhandelsprivileg sich deshalb nicht berufen, weil sie nach einer Entschließung des Staatsministeriums der Finanzen vom 7. November 1918 ihrem Antrag entsprechend als ausschließlich gemeinnütziges Unternehmen im Sinne des § 3 Ziff. 2 des Umsatzsteuergesetzes anerkannt worden ist. Es wurde lediglich der Vorbehalt gemacht, daß diese Anerkennung die Veranlagung einzelner Umsätze, die auf Gewinnerzielung gerichtet sind, nicht ausschließt.

Da die unter der Geltungsdauer des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 ausgesprochenen Anerkennungen als gemeinnütziges Unternehmen mit dem 31. Dezember 1919 ihre Gültigkeit verloren haben, hat die Landesgetreidestelle neuerdings an das Finanzamt München II¹⁾ den Antrag gestellt, diese Anerkennung nach § 3 Ziffer 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 zu wiederholen und diesen Antrag mit Beziehung auf die erwähnte Finanzministerialentschließung vor allem damit begründet, daß ihre sämtlichen Geschäfte auf dem Gebiet der für Getreide und Mehl reichsrechtlich angeordneten öffentlichen Bewirtschaftung liegen, der Allgemeinheit und nicht etwa nur einem engeren Personenkreis dienen, daß die Ein- und Verkaufspreise gesetzlich vorgeschrieben sind und die Geschäftsabteilung lediglich eine zur Unkostendeckung bestimmte Verwaltungsgebühr von 20 Pfennig für den Doppelzentner Gerste bis 15. Juli 1920, von da ab 50 Pfennig erhoben hat, daß die Gesellschafter höchstens eine 5%ige Verzinsung und im Falle der Auflösung nicht mehr als die auf die Stammeinlage geleisteten Einzahlungen erhalten, während der etwaige Rest des Vermögens dem Bayerischen Staat zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung steht.

e) Die Beamten und Angestellten der Landesgetreidestelle.

Abgesehen von dem Präsidenten der Landesgetreidestelle Dr. Zahn und den beiden vom Bayer. Statistischen Landesamt abgestellten und von dort besoldeten Referenten, deren bereits oben Erwähnung getan und von denen Regierungsassessor Dr. Haselberger im Oktober 1919 wegen Übertritts zur Bayerischen Zentraldarlehenskasse ausgeschieden, Regierungsassessor (nun Bezirksoberrat) Heintz seit dieser Zeit geschäftsleitender Referent ist, ist die Bewegung des Personalstandes der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung, aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen.

Personalstand der Verwaltungsabteilung.

Stand am	Höhere Beamte	Mittlere Beamte	Rechtspraktikanten, Referendare	Überwachungsbeamte	Vertragsangestellte		
					zusammen	hiervon	
						m.	w.
1. Oktober 1917 .	2	3	7	5	42	6	36
1. Januar 1918 .	2	3	6	10	48	6	42
1. Januar 1919 .	2	3	5	22	72	7	65
1. Januar 1920 .	2	5	5	17	60	8	52
1. Januar 1921 .	4	7 ²⁾	7	27	56	14	42
1. Januar 1922 .	4	6 ²⁾	3	5	40	10	30

¹⁾ Inzwischen ist vom Finanzamt München II anerkannt worden, daß die bisherigen Umsätze der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, als gemeinnützig umsatzsteuerfrei zu bleiben haben.

²⁾ Hierunter 1 Assistent.

Personalstand der Geschäftsabteilung.

Stand am	Direktoren	Prokuristen	Vertrags- angestellte	Büro- diener
1. Oktober 1917 . .	2	3	63	2
1. Januar 1918 . .	2	3	65	2
1. Januar 1919 . .	2	3	79	3
1. Januar 1920 . .	2	3	68	3
1. Januar 1921 . .	2	3	85	3
1. Januar 1922 . .	1	2	62	3

Die Besoldung der Beamten der Landesgetreidestelle richtet sich nach der staatlichen Gehaltsordnung. Ihre Bezahlung aus der Staatskasse ist für die Dauer ihrer Verwendung bei der Landesgetreidestelle eingestellt und von dieser übernommen.

Die Gehälter der Direktoren und Prokuristen der Geschäftsabteilung werden jeweils vom Aufsichtsrat bzw. zufolge besonderer Ermächtigung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats geregelt. Ebenso setzt der Aufsichtsrat jeweils die Vergütung des geschäftsführenden Mitglieds des Aufsichtsrats Kommerzienrat Beigel fest.

Die Besoldung der übrigen Angestellten der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, ist bis zum April 1920 im wesentlichen im Anschluß an die Regelung der Gehälter der Angestellten des Bayer. Statistischen Landesamts erfolgt. Auch die Gehälter bei der Geschäftsabteilung sind mehr von Fall zu Fall geregelt worden. Gehälter über 5000 \mathcal{M} bedurften bis zum 20. Juni 1919 der Genehmigung des Aufsichtsrats. An diesem Tage wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats ermächtigt, die Überschreitung der bezeichneten Gehaltsgrenze und die Anstellung der erforderlichen weiteren Kräfte vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Aufsichtsrats zu genehmigen. Diese Ermächtigung wurde durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 17. Januar 1922 auf die Regelung der Gehälter der Direktoren und Prokuristen ausgedehnt.

Am 23. April 1920 kam mit Wirkung vom 1. April 1920 zwischen dem Arbeitgeberverband des Großhandels, e. V., und den gesetzlichen Angestelltenvertretungen (Betriebsräten) der diesen Arbeitgeberverbänden angeschlossenen Bayerischen Landesstellen (darunter die Bayerische Landesgetreidestelle, Verwaltungs- und Geschäftsabteilung) ein Tarifvertrag zustande. Die Angestellten werden hiernach in 3 Klassen unterschieden:

- Die Klasse I der nicht selbständigen Arbeitskräfte (Sammelklasse),
- die Klasse II der Angestellten in gehobener Stelle mit selbständiger Tätigkeit,
- die Klasse III der Angestellten in leitender Stellung.

In den einzelnen Klassen ist die Bezahlung nach Geschlecht und Alter abgestuft. Außerdem werden Verheirateten- und Kinderzulagen gewährt. Sonst enthält der Tarifvertrag die üblichen Bestimmungen über Kündigung, Regelung des Urlaubs, Gehaltsbezug bei Krankheit, die Regelung der Arbeitszeit, die Entlohnung von Überstunden und anderes. Die Entwicklung der Gehälter seit Einführung des Tarifvertrags ist aus der Tabelle XXIII des Tabellenwerks zu ersehen.

f) Der Gesamt-Personal- und Sachaufwand der Landesgetreidestelle.

Der Gesamt-Personal- und Sachaufwand (die eigentlichen Verwaltungskosten) der Landesgetreidestelle ist für die einzelnen abgeschlossenen Wirtschaftsjahre aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen:

	Verwaltungsabteilung \mathcal{M} .	Geschäftsabteilung \mathcal{M} .	Zusammen \mathcal{M} .
1917/18	236 568, ⁴⁰	259 146, ¹²	495 714, ⁵²
1918/19	518 461, ¹⁰	487 956, ⁵⁴	1 006 417, ⁶⁴
1919/20	805 560, ²²	842 576, ⁹⁷	1 648 137, ¹⁹
1920/21	1 994 313, ²⁸	1 742 712, ¹³	3 737 025, ⁴¹

Wenn man die Gesamtkosten der Landesgetreidestelle 1917/18 und 1918/19 auf die in Bayern erfaßten Brotgetreide-, Gersten- und Hafermengen, von da ab auf die erfaßten Brotgetreide- und Gerstenmengen und die von der Landesgetreidestelle übernommenen und verteilten Auslandsgetreide- und Mehlmengen umlegt, so treffen

1917/18	bei einem Gesamtaufkauf von	8 388 056 dz Getreide auf den	dz nicht ganz	6 $\frac{1}{2}$
1918/19	" " " "	9 269 364 dz " " " " " "	"	11 "
1919/20	" " " "	5 171 027 dz " " " " " "	und einer Verteilung von	529 295 dz
	Getreide und Mehl, die von der Reichsgetreidestelle übernommen wurden, auf den			
	dz nicht ganz 30 $\frac{1}{2}$			
1920/21	bei einem Gesamtaufkauf an Brotgetreide und Gerste von	4 824 942 dz und einer Verteilung von	2 046 981 dz von der Reichsgetreidestelle übernommenen Getreide und Mehl auf	
	den dz nicht ganz 54 $\frac{1}{2}$.			

Die anteiligen Unkosten sind hiernach vom Wirtschaftsjahr 1917/18 bis zum Wirtschaftsjahr 1920/21 ungefähr auf das 9fache gestiegen. Die Unkostensteigerung bleibt hinter der Geldentwertung zurück. Dabei sind die Unkosten im letzten abgelaufenen Wirtschaftsjahr verhältnismäßig groß, weil bei der Verwaltungsabteilung auf Anordnung des Staatsministeriums für Landwirtschaft eine größere Anzahl von Beamten zur Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Backvorschriften angestellt, bei der Geschäftsabteilung dagegen ein eigenes Büro für die Ausstellung der Maisbezugsscheine eingerichtet war. Sie sind auf den dz Getreide gerechnet oder im Vergleich zum gesamten Geldumsatz derart niedrig, daß von einer wesentlichen Verteuerung des Getreides, insbesondere der Brot- und Mehlpreise, durch die zentrale Organisation der Landesgetreidestelle nicht gesprochen werden kann. In den Mehl- und Brotpreisen der bayerischen Kommunalverbände erscheinen die Kosten der Landesgetreidestelle übrigens deshalb nicht gesondert, weil die Unkosten der Landesgetreidestelle aus der Gerstenbewirtschaftung, aus Einsparungen aus der für Auslandsgetreidelieferungen geltenden Frachtparität München und anfallenden Zinsen gedeckt werden und daher teilweise in den Unkosten der Reichsgetreidestelle oder der bayerischen Kommunalverbände stecken.

Eine gesonderte Umlegung der Kosten der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung, auf das Brotgetreide bzw. auf Gerste gibt deshalb kein richtiges Bild, weil die Verwaltungsabteilung jeweils auch mit den grundsätzlichen Anordnungen für die Gerstenbewirtschaftung befaßt war, die Geschäftsabteilung dagegen auch das Auslandsbrotgetreide verteilte und auch sonst teilweise mit der Brotgetreidebewirtschaftung zu tun hatte.

g) Die Bilanzen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

Die Bilanzen schließen in Aktiven und Passiven ab mit

1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22
M	M	M	M	M
5 989 628, ²⁵	33 102 816, ⁵³	119 850 368, ⁴⁹	177 978 930, ³⁴	248 099 004, ⁴⁴

Die Gewinn- und Verlustrechnungen bilanzieren mit

1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22
M	M	M	M	M
683 473, ⁰⁸	1 489 187, ⁹⁵	1 803 570, ⁸⁷	4 088 327, ³⁸	14 522 103, ⁰²

Der Reingewinn ist ausgewiesen für das erste Geschäftsjahr mit 184 759,¹⁴ M. Hiervon wurden 1250 M zur 5%igen Verzinsung der Geschäftsanteile verwendet, der überschießende Betrag zu 183 509,¹⁴ M wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

1918/19 ergab sich einschließlich des Gewinnvortrags ein Reingewinn von 481 520,³¹ M. Hiervon wurden 1500 M zur 5%igen Verzinsung der Geschäftsanteile verwendet, der Rest zu 480 020,³¹ M wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Das Geschäftsjahr 1919/20 brachte ohne den Gewinnvortrag aus dem vorigen Geschäftsjahr einen Verlust von 332 297,⁸⁴ M. Nach Abschreibung dieses Verlustes verblieb

von dem Gewinnvortrag der Betrag von 147 722,47 *M*, woraus 1500 *M* zur 5%igen Verzinsung der Stammanteile verwendet, der Rest mit 146 222,47 *M* auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Im Wirtschaftsjahr 1920/21 ergab sich einschließlich des genannten Gewinnvortrags ein Reingewinn von 341 801,95 *M*, hiervon wurden wieder 1500 *M* zur 5%igen Verzinsung der Geschäftsanteile verwendet, der Rest mit 340 301,95 *M* auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Gesamtgeldumsatz der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung¹⁾, betrug:

Im 1. Geschäftsjahr . . .	(1. Sept. 1917—15. Juli 1918)	94 417 442,76 <i>M</i>
" 2. " . . .	(16. Juli 1918—15. Juli 1919)	241 802 082,52 "
" 3. " . . .	(16. Juli 1919—15. Juli 1920)	742 843 134,87 "
" 4. " . . .	(16. Juli 1920—15. Juli 1921)	2 021 597 473,01 "
" 5. " . . .	(16. Juli 1921—15. Juli 1922)	2 663 469 547,65 "

Seit Errichtung der Landesgetreidestelle 5 764 129 680,81 *M*

Der Geldumsatz bei der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, (Kommunalverbandsvergütungen, Prämien u. dgl. für das erfaßte Inlandsgetreide) betrug:

1917/18	1 367 715,30 <i>M</i>
1918/19	6 961 699,72 "
1919/20	9 354 503,75 "
1920/21	57 820 237,74 "
1921/22	1 264 404 610,35 "

Insgesamt 1 339 908 766,86 *M*

Der Wert des vermittelten Getreides ist dabei nicht berücksichtigt, da dieser einen Geldumsatz für die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, nicht darstellt. Der Umsatz vollzieht sich von Kommunalverband zu Kommunalverband.

4. Die übrigen an der Bewirtschaftung des Getreides in Bayern beteiligten zentralen Bewirtschaftungsstellen.

An der Getreidebewirtschaftung ist in Bayern weiter beteiligt die Landesfuttermittelstelle mit ihrer Geschäftsabteilung, der Bayerischen Futtermittelverteilung G. m. b. H. & Co., Kommanditgesellschaft in München, und zwar zum Teil bezüglich der Erfassung und Verteilung des Hafers und des Saatgetreides, besonders aber durch die ihr übertragene Bewirtschaftung der bei der Getreidevermahlung anfallenden Kleie, ferner in den Wirtschaftsjahren 1917/18 und 1918/19 die aus der Landesfuttermittelstelle hervorgegangene und später wieder in sie zurückgeführte Landessaatstelle.

Die Landesfuttermittelstelle ist durch Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 6. Dezember 1915 als Vermittlungsstelle im Sinne des § 7 der Verordnung über die Errichtung einer Reichsfuttermittelstelle zu dem Zwecke errichtet worden, für die Sicherung und Verteilung der Futtermittel in Bayern Sorge zu tragen. Außerdem hat sie bei der Saatgutversorgung des Landes mitzuwirken. Die Durchführung der geschäftlichen Aufgaben nach den von der Landesfuttermittelstelle aufgestellten Grundsätzen wurde der am 5. Juli 1915 gegründeten Futtermittelverteilung G. m. b. H. & Co., Kommanditgesellschaft in München, übertragen, an der die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften, der Verband Bayerischer Getreide- und Futtermittelhändler und der Bayerische Staat beteiligt sind. Das Geschäftskapital ist 20 000 *M*, die Kommanditeinlagen betragen 1 280 000 *M*.

Schließlich ist wegen der Verteilung des zur Herstellung von Nahrungsmitteln bestimmten Getreides an die Betriebe noch die Bayerische Lebensmittelstelle zu nennen, die durch Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 22. Januar 1916 zur Durchführung und Versorgung der Bevölkerung und zur Überwachung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs errichtet wurde und wie die Landesgetreidestelle aus einer

¹⁾ Dabei ist zu beachten, daß von dem erfaßten Inlandsgetreide im allgemeinen nur die Gerste (1921/22 auch der Hafer) durch die Bücher der Geschäftsabteilung geht, während der Kauf des übrigen Getreides sich jeweils nach den Weisungen der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, zwischen dem Erfassungskommunalverband und dem Empfänger vollzieht.

Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung besteht. Das Stammkapital der als G. m. b. H. errichteten Geschäftsabteilung ist 100 000 \mathcal{M} , die zu je 10 000 \mathcal{M} vom Bayerischen Staat und den 8 Kreismunicipalverbänden, zu je 5 000 \mathcal{M} von der Lebensmittelversorgungsgesellschaft München, G. m. b. H., und der Nürnberg-Fürther Gesellschaft für Volksernährung, G. m. b. H., übernommen wurden.

Da diese beiden Stellen nur teilweise mit der Getreidebewirtschaftung zu tun haben, übrigens in ähnlicher Weise organisiert sind wie die Landesgetreidestelle, die Bayerische Lebensmittelstelle insbesondere an der Erfassung des Getreides überhaupt nicht beteiligt ist, die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel aber außerhalb des Themas liegt, darf von einer ausführlichen Darstellung ihrer Organisation an dieser Stelle abgesehen werden.

5. Erfassung und Verteilung des Brotgetreides.

a) Allgemeines.

Die grundsätzlichen Bestimmungen des Reichs für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl haben auch für Bayern Gültigkeit. Die äußeren Träger der Versorgungsregelung sind — wie dort — die Kommunalverbände. Die jeweiligen Reichsgetreideordnungen sehen für alle selbstliefernden Kommunalverbände eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle vor. In Bayern ist zufolge des Abkommens über die Selbstwirtschaft ein unbedingter Zwang zur Einrichtung einer solchen Geschäftsstelle nicht geübt worden. Tatsächlich haben eigene Geschäftsstellen während der Getreidezwangswirtschaft nur bei einem Teil der Kommunalverbände bestanden. Die meisten Kommunalverbände haben sich zur Erledigung ihrer kaufmännischen Angelegenheiten eines sog. Kommissionärs bedient. Als solche kommen vor allem die großen Genossenschaftszentralen in Betracht. Diese Kommissionäre haben am Sitz des Kommunalverbandes ein eigenes Büro errichtet, das dann zugleich als Geschäftsstelle des Kommunalverbandes fungierte. Kommunalverbände, die keinen Kommissionär aufgestellt hatten, mußten eine zuverlässige und fachmännisch vorgebildete Hilfskraft anstellen. Auch die Vorschrift der Reichsgetreideordnung, daß jeder Kommunalverband mindestens 2 Kommissionäre beschäftigen muß, ist in Bayern nicht durchgeführt worden. Den Kommunalverbänden ist nur empfohlen worden, tunlichst wenigstens 2 Kommissionäre zu bestellen und hierfür neben den Genossenschaften auch Handelsfirmen heranzuziehen. Insbesondere ist hierauf, um eine bessere Heranziehung des Getreidehandels zu erzielen, in den Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung 1919 und in den Vollzugsanweisungen für die Ernte 1920 hingewirkt worden. Die Arbeitsteilung zwischen dem Vorstand des Kommunalverbandes und dem Kommissionär ist ungefähr die gleiche, wie die zwischen der Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung einer kriegswirtschaftlichen Zentralstelle. Der Vorstand erledigt die verwaltungsmäßigen und behördlichen Angelegenheiten, während der Kommissionär unter der Aufsicht und Verantwortung des Kommunalverbandsvorstandes die kaufmännischen und geschäftlichen Angelegenheiten besorgt.

Zur Erfassung des Getreides hatten die Kommunalverbände oder die Kommissionäre eine Anzahl von Kaufsvermittlern (Unteraufkäufern), meist Getreidehändler oder geeignete Landwirte, aufgestellt. Auch die Mitwirkung der Gemeindebehörden wurde hierfür vielfach in Anspruch genommen. Insbesondere im Wirtschaftsjahr 1920/21 ist den Kommunalverbänden empfohlen worden, die Bürgermeister in weitem Umfange zur Getreideerfassung heranzuziehen und sie für ihre Mehrarbeit entsprechend zu entschädigen, allenfalls sie als Aufkäufer zu bestellen.

Die Kommunalverbände werden in Bayern nicht in selbstwirtschaftende und nicht-selbstwirtschaftende Kommunalverbände im Sinne der Reichsgetreideordnung, sondern in Überschuß- und Zuschußkommunalverbände unterschieden. Unter Überschußkommunalverband wird dabei ein Kommunalverband verstanden, der nach dem zu Beginn des Wirt-

schaftsjahres aufgestellten Wirtschaftsplan mit den von ihm selbst aufzukaufenden Brotgetreidemengen die Versorgung seiner versorgungsberechtigten Bevölkerung mit den ihr zustehenden Rationen ohne Getreidezukauf durchführen kann. Ein Überschußkommunalverband wird rechtlich dadurch noch nicht zum Zuschußkommunalverband, daß sein wirklicher Einkauf aus irgendwelchen Gründen hinter dem festgesetzten Einkaufssoll zurückbleibt und er dadurch nicht mehr in der Lage ist, mit den selbstaufgekauften Brotgetreidemengen die versorgungsberechtigte Bevölkerung mit den ihr zukommenden Rationen zu versorgen. Alle Kommunalverbände, welche nicht Überschußkommunalverbände sind, gelten als Zuschußkommunalverbände. Ein Zuschußkommunalverband wird nicht dadurch zum Überschußkommunalverband, daß er etwa durch Zuweisung von Gerste oder durch einen höheren Einkauf tatsächlich in die Lage kommt, Getreide abzugeben. Die Entscheidung, ob ein Kommunalverband Überschuß- oder Zuschußkommunalverband ist, kann, wie im Abschnitt Lieferprämien gezeigt werden wird, auch von erheblicher finanzieller Tragweite sein.

b) Die Bestimmung des Einkaufs- und Liefersolls der Kommunalverbände und des bayerischen Gesamteinkaufssolls.

Unter dem Einkaufssoll eines Kommunalverbandes ist diejenige Brotgetreidemenge zu verstehen, die ihm von der Landesgetreidestelle zu Beginn des Wirtschaftsjahres als Mindest-erfassung aufgegeben wird. Es wird bestimmt nach dem Ernteertrag und dem Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe zur Ernährung der Selbstversorger und für Saatzwecke.

Die Feststellung des Ernteertrags erfolgt auf Grund von Anbauflächenerhebungen und Ernteschätzungen. Nach den mit Bekanntmachung¹⁾ des Reichskanzlers vom 3. Mai 1911 veröffentlichten Bestimmungen des Bundesrats über die Sammlung von Saatenstands-, Anbau- und Erntenachrichten hat alljährlich durch den Vorstand der Gemeinde unter Mitwirkung von feld- und ortskundigen Sachverständigen oder durch eine zu diesem Zwecke gebildete Kommission oder durch andere zuverlässige Organe eine möglichst genaue Feststellung der Getreideanbauflächen stattzufinden. Während der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft hat außer dieser gemeindeweisen Anbauflächenerhebung eine Feststellung der von den einzelnen Bewirtschaftern bestellten Getreideanbauflächen (Individualanbauflächenerhebung) stattgefunden²⁾.

Die Beurteilung des Saatenstandes erfolgte nach den erwähnten Bestimmungen des Bundesrats allmonatlich von April bis Dezember in Form einer Erhebung durch besondere Vertrauensleute (Saatenstandsberichterstatter). In den ersten Tagen des November sind von den gleichen Vertrauensleuten, denen die Saatenstandsberichterstattung obliegt, Durchschnittsangaben über den Ernteausschlag in ihrem Erhebungsbezirk im Gewicht der vom Hektar geernteten Früchte zu machen. Diese Berichte sind bis zum 8. November an die von der Landesregierung bezeichnete Stelle (in Bayern das Statistische Landesamt) einzusenden.

Die öffentliche Getreidebewirtschaftung bedurfte einer kommunalverbandsweisen, zu Beginn des Wirtschaftsjahres bereits vorliegenden Ernteschätzung. Daher sind neben den Schätzungen der Saatenstandsberichterstatter jeweils kommunalverbandsweise Ernteschätzungen in der Weise durchgeführt worden, daß die Ernteflächen und die Schätzungsergebnisse für jede zum Schätzungsbezirk gehörige Gemeinde durch besondere Schätzungsausschüsse festgestellt und dann durch Zusammenzählung der Ernteflächen und Ernteerträge der Gemeinden der Durchschnittsernteertrag für den Kommunalverband je Flächeneinheit

¹⁾ Zentralblatt für das Deutsche Reich 1911 Nr. 24, S. 180.

²⁾ Von einer Wiederholung dieser Individualanbauflächenerhebung von Reichs wegen ist für die Ernte 1921 wohl in Berücksichtigung der hiegegen gelegentlich einer beim Statistischen Reichsamt stattgehabten Konferenz geäußerten Bedenken abgesehen worden. Dagegen haben einzelne Kommunalverbände auf Grund des § 5 des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide vom 21. Juni 1921 Individualanbauflächenerhebungen durchgeführt und zu den Kosten Reichszuschüsse erhalten. Für die Ernte 1922 hat das Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft auf Grund der Bundesratsverordnung über die Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 eine Individualanbauflächenerhebung für ganz Bayern angeordnet. Der Zweck dieser Verordnung war, die Unterverteilung einer etwaigen Getreideumlage vorzubereiten.

(im rechtsrheinischen Bayern wurde das Tagwerk gewählt) in der Weise gefunden wurde, daß für jede Fruchtart der Gesamtertrag des Kommunalverbandes durch die Gesamtfläche des Kommunalverbandes geteilt wurde. Die so zustande gekommenen Kommunalverbands-schätzungen sind der Ausgangspunkt für die Feststellung des Aufkaufssolls der Kommunalverbände. Sie sind wiederholt auf Grund von Nachprüfungen erhöht worden. Hierbei sind auch die Ergebnisse der Saatenstandsberichterstattung entsprechend verwertet worden.

Als Selbstversorger gelten, vorbehaltlich einer vom Kommunalverband mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde erlassenen näheren Bestimmung, der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Angehörigen seiner Wirtschaft einschließlich des Gesindes, die Naturalberechtigten, insbesondere Altenteiler und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Brotgetreide oder Mehl zu beanspruchen haben. Der Selbstversorgerbedarf eines Kommunalverbandes richtet sich nach der Zahl der Selbstversorger und den jeweils festgesetzten Selbstversorgerrationen, d. h. den Mengen, die der Landwirt trotz der Beschlagnahme seinem Betrieb zur Ernährung seiner Selbstversorger für den Kopf und Monat entnehmen darf.

Die Selbstversorgerration ist in den einschlägigen Verordnungen (Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, Reichsgetreideordnung) festgesetzt. Sie betrug zunächst 9 kg für den Kopf und Monat, wurde später sogar bis auf 6,5 kg herabgesetzt und erst im Wirtschaftsjahr 1919/20 auf 12 kg erhöht. Diese Rationen sind von der Landwirtschaft immer wieder als völlig unzureichend bekämpft worden. In den ersten Jahren der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, wo andere Lebensmittel noch in größerem Umfange zur Verfügung standen und noch ein erheblicher Teil der Gerstenernte von der Lieferpflicht freigelassen, auch der Wille zu Entbehrungen noch in stärkerem Maße als später vorhanden war, hat sich die bayerische Landwirtschaft mit der genannten Selbstversorgerration noch einigermaßen abgefunden. Als später auch bei Gerste nur noch ein Selbstverbrauch von 5 kg für den Kopf und Monat zugelassen und die übrigen Lebensmittel immer knapper wurden, haben sich die Landwirte mit der gesetzlichen Selbstversorgerration in weitem Umfange nicht mehr begnügt und sind, als ihr berechtigtes, auch von der bayerischen Regierung unterstütztes Verlangen auf Gewährung einer auskömmlichen Selbstversorgerration unberücksichtigt blieb, dazu übergegangen, sich über die Vorschriften hinwegzusetzen und mehr Getreide zur Mühle zu bringen als zulässig war. Das hat sie in eine Abhängigkeit von den Mühlen gebracht, die ihnen vielfach einen Teil der ihnen zukommenden Mehlausbeute vorenthalten¹⁾ und dies damit gerechtfertigt haben, daß die einbehaltenen Mengen das Risiko ausgleichen sollten, das der Müller durch die unzulässige Vermahlung von Getreide läuft. Diese Zurückbehaltung von Mehl hat zugleich den Schleichhandel genährt.

Insbesondere hat die bayerische Regierung im Wirtschaftsjahr 1920/21 neben dem Antrage auf Erhöhung der Ration der Versorgungsberechtigten und Herabsetzung der Mindestausmahlung auf 85 v. H. auch ihren früheren Antrag auf Erhöhung der Selbstversorgerration wieder aufgenommen und nachdrücklich vertreten. Sie hat dabei verlangt, Bayern — wenn dies für das Reich nicht durchgeführt werden könne — die Erhöhung auf 15 kg Brotgetreide monatlich zum Ausgleich dafür zuzugestehen, daß es Deputatgetreide nach § 8 Abs. 2 der Reichsgetreideordnung nicht in Anspruch nehme. Die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 gibt ja erstmals den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe das Recht, trotz der Beschlagnahme, die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputatmengen an Deputatberechtigte zum eigenen Verbrauch zu liefern, auch soweit sie die Selbstversorgerration übersteigen. Der Aufwand hierfür war auf 500 000 t

¹⁾ Hieran hat auch die Anordnung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 4. September 1919 (Staatsanzeiger Nr. 221 vom 10. September 1919), daß die Kommunalverbände auf dem Mahlschein zu vermerken haben, wieviel Mehl und Kleie die Selbstversorger in jedem Falle zu beanspruchen haben, kaum etwas zu ändern vermocht.

im Reiche geschätzt. Bayern hat hieran keinen Anteil genommen und deshalb insbesondere auch im Hinblick darauf, daß bei der ersten Konferenz der deutschen Ernährungsminister der Herr Reichsminister selbst und sein Vertreter zugesichert hatten, daß den Ländern, welche keine Deputate gewähren, ein Ausgleich zugestanden werde, mit Recht eine Erhöhung der Selbstversorgerration verlangt und diese schließlich zunächst für die Ernte und Saatzeit, dann auch für den Rest des Wirtschaftsjahres auf 15 kg für den Kopf und Monat durchgeführt. Da es hierzu eine endgültige Zustimmung des Reiches nicht erlangt hatte, war es formell freilich nicht berechtigt, entgegen den reichsrechtlichen Vorschriften die Verwendung von 15 kg Brotgetreide je Selbstversorger zuzugestehen. Die Abrechnung mit dem Reich ist auch auf der Grundlage einer Selbstversorgerration von 12 kg durchgeführt worden. Das Reichsernährungsministerium hat die Angelegenheit später aufgegriffen, sie aber schließlich nach nochmaliger Darlegung der Gründe für das bayerische Vorgehen beruhen lassen. Es hat aber auch dieses Entgegenkommen der bayerischen Regierung die Landwirtschaft nicht völlig befriedigt. Immer mächtiger hat sich das Verlangen nach Beseitigung der Rationierung des Eigenverbrauchs der Landwirtschaft geltend gemacht. Dem konnte die bayerische Regierung nicht entsprechen. Dagegen hat das Staatsministerium für Landwirtschaft, als bekannt wurde, daß in anderen Ländern gewisse Erleichterungen in der Handhabung der Mahlerlaubnis zugestanden wurden, die Landesgetreidestelle mit Entschließung vom 4. Januar 1921 ermächtigt, von Fall zu Fall gutliefernden Kommunalverbänden zu gestatten, Landwirten, die ihrer Lieferpflicht voll nachgekommen waren, gewisse Mehrmengen zum Selbstverbrauch freizugeben. Nur mußte Gewähr bestehen, daß dadurch die Aufbringung des Aufkaufssolls des Kommunalverbandes nicht gefährdet und von dem durch die Freigabe gewonnenen Mehl nichts der Hamsterei oder dem Schleichhandel verfiel.

Die Getreideerfassung ist durch die erwähnte Erhöhung der Selbstversorgerration von 12 kg auf 15 kg monatlich kaum irgendwie beeinträchtigt worden. Bayern hat 91,5 % des von der Reichsgetreidestelle auf der Grundlage einer Selbstversorgerration von 12 kg monatlich festgestellten Aufkaufssolls zu 2680198 dz erreicht und steht damit weit über den Reichsdurchschnitt. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Brotgetreideerfassung durch die Erhöhung der Selbstversorgerration tatsächlich beeinträchtigt worden ist — bei der Erfassung der sogenannten Getreidespitzen ist eine solche Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen, da der Landwirt die vorhandenen Vorräte eben nach Maßgabe einer Selbstversorgerration von 15 kg für sich in Anspruch nehmen konnte — so kann einer solchen Beeinträchtigung des Aufkaufs doch keinesfalls eine irgendwie nennenswerte Bedeutung zukommen. Sie bleibt sicher weit hinter derjenigen zurück, die im übrigen Reich durch Zulassung der Gewährung von Deputatgetreide an die landwirtschaftlichen Arbeiter eingetreten ist. Diese Bestimmung hat eine erhebliche Lücke in die Getreidebeschlagnahme gerissen und überdies, da eine bestimmte Grenze (etwa auch 15 kg Brotgetreide und 5 kg Gerste für den Kopf und Monat) dabei nicht gezogen war, praktisch für die Deputatberechtigten (die teilweise bis zu 1 Zentner Getreide wöchentlich erhielten) das System der Rationierung des Verbrauchs beseitigt.

Der Saatgutbedarf wird nach den Anbauflächen und der zulässigen Aussaatmenge berechnet. Bei den Anbauflächen kann dabei immer nur von den Vorjahrsflächen ausgegangen werden.

Die zulässigen Aussaatmengen je Flächeneinheit wurden zunächst von der Reichsgetreidestelle, später im Gesetz selbst bestimmt. Es durften zur Bestellung der zum Betriebe gehörigen Grundstücke auf das Hektar verwendet werden:

An Winterroggen bis zu	155 kg	An ungegerbtem Spelz bis zu	300 kg
" Sommerroggen " "	165 "	" Spelzkernen " "	210 "
" Winterweizen " "	190 "	" Gerste " "	160 "
" Sommerweizen " "	185 "	" Hafer " "	150 "
An Mischfrucht dieselben Sätze nach dem Mischungsverhältnis der Früchte.			

Die Landeszentralbehörden waren ermächtigt, die Saatgutmengen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsgetreidestelle bestimmten Grenze zu erhöhen. Diese Grenze war in den letzten Jahren 10 v. H. des bezeichneten Saatguthöchstverbrauchs. In Einzelfällen konnte mit Genehmigung der Reichsgetreidestelle darüber hinausgegangen werden. In Bayern ist das Recht, innerhalb der reichsrechtlich gezogenen Grenzen höhere Saatgutmengen zuzugestehen, den Regierungen, Kammern des Innern, übertragen worden, die dabei die Boden- und Klimaverhältnisse zu berücksichtigen hatten und ihre Entscheidungen auf Grund von Gutachten Sachverständiger trafen.

Die Erhöhung der Normalsätze an Saatgut betrug z. B. im Wirtschaftsjahr 1920/21 für Bayern:

	dz	davon über 10 % dz
Bei Winterroggen	27 791	2 416
„ Sommerweizen	2 891	1 223
„ Winterroggen	55 468	16 946
„ Sommerroggen	6 688	4 454
„ Winterspelz	7 123	2 200
„ Sommerspelz	37	9
„ Gemenge	345	—
Zusammen	100 343	27 248

Aus dem Aufkaufssoll des Kommunalverbandes und seinem Eigenbedarf ergibt sich, ob der Kommunalverband Überschuß hat oder Zuschuß braucht. Im ersteren Falle wird ihm ein sog. Liefersoll auferlegt, d. h. es wird von vornherein die Getreidemenge bestimmt, die er an andere Empfänger weiterzuliefern hat.

Der Bedarf der Versorgungsberechtigten richtet sich nach ihrer Zahl und der zuständigen Ration. Diese wird vom Direktorium der Reichsgetreidestelle mit Zustimmung des Kuratoriums in Mehl festgesetzt. Da den Kommunalverbänden in Bayern nicht Mehl, sondern Getreide zugewiesen wird, muß diese Mehlmenge erst noch umgerechnet werden, um den Kommunalverbandsbedarf in Getreide zu ermitteln. Die Umrechnung geschieht nach dem ebenfalls vom Direktorium der Reichsgetreidestelle festgesetzten Mindestaumahlungssatz.

Die während der Getreidebeschlagnahme geltenden Rationen der Selbstversorger und Versorgungsberechtigten sowie die Mindestaumahlungssätze sind in der nachstehenden Übersicht zusammengestellt.

Ernte- jahr	Zeit	Bedarf eines Selbst- versorgers			Bedarf eines Versorgungs- berechtigten		
		monat- lich Getreide kg	Ausmah- lungs- satz %	in Mehl umge- rechnet kg	täglich Mehl g	Ausmah- lungs- satz %	in Ge- treide um- gerechnet g
1915	1. Februar 1915 bis 31. Mai 1915 . . .	9,0	81 ¹⁾	7,29	225	81 ¹⁾	278
	1. April 1915 bis 15. August 1915 . . .	9,0	81 ¹⁾	7,29	200 ²⁾	81 ¹⁾	247
	16. August 1915 bis 31. August 1915	9,0	80	7,20	} 220	} 80	} 275
	1. September 1915 bis 15. Sept. 1915	} 10,0	} 75	} 7,50			
	16. Sept. 1915 bis 31. Januar 1916			225	75	300	
1916	1. Februar 1916 bis 15. August 1916	9,0	81 ¹⁾	7,29	200	81 ¹⁾	247
	16. August 1916 bis 15. April 1917 ⁴⁾ .	9,0	81 ¹⁾	7,29	200	81 ¹⁾	247
	16. April 1917 bis 12. August 1917 ⁵⁾ .	6,5	94	6,11	170	94	181
	13. August 1917 bis 15. August 1917 ⁶⁾ .	6,5	94	6,11	220	94	234

¹⁾ Weizen 80 %, Roggen 82 %, Durchschnitt 81 %.

²⁾ Für die städtische Bevölkerung 195 g Mehl.

³⁾ Lt. Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 31. August 1915 RM. 5115 und vom 27. Januar 1916 RM. 712.

⁴⁾ Lt. Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 14. Januar 1917 Nr. 300a 419.

⁵⁾ Lt. Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 23. März 1917 RM. 1219.

⁶⁾ Lt. Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 7. August 1917 Nr. 6411a 88.

Ernte-jahr	Zeit	Bedarf eines Selbst- versorgers			Bedarf eines Versorgungs- berechtigten		
		monat- lich Getreide kg	Ausmah- lungs- satz %	in Mehl umge- rechnet kg	täglich Mehl g	Ausmah- lungs- satz %	in Ge- treide um- gerechnet g
1917	16. August 1917 bis 31. Oktober 1917	9,0	94	8,46	220	94	234
	1. November 1917 bis 31. März 1918	8,5	94	7,99	200	94	213
1918	1. April 1918 bis 15. Juni 1918	6,5	94	6,11	200	94	213
	16. Juni 1918 bis 15. August 1918	6,5	94	6,11	160	94	170
	16. August 1918 bis 18. August 1918	9,0	94	8,46	160	94	170
	19. August 1918 bis 30. November 1918	9,0	94	8,46	200	94	213
1919	1. Dezember 1918 bis 15. August 1919	9,0	94	8,46	260	94	277
	16. August 1919 bis 15. Oktober 1919	12,0	94	11,28	260	94	277
	16. Oktober 1919 bis 8. Februar 1920	12,0	81 ¹⁾	9,72	260	81 ¹⁾	321
	9. Februar 1920 bis 15. August 1920	12,0	90	10,80	200 ²⁾	90	222
1920	16. August 1920 bis 15. Oktober 1920	15,0 ²⁾	90	13,50	200 ²⁾	90	222
	16. Oktober 1920 bis 30. November 1920	15,0 ²⁾	85 ⁴⁾	12,75	200 ²⁾	85 ⁴⁾	235
	1. Dezember 1920 bis 15. August 1921	12,0 ⁵⁾	85 ⁴⁾	12,75	200 ²⁾	85 ⁴⁾	235

Für die Bestimmung des Aufkaufs- und Liefersolls der Kommunalverbände können dabei nur die Verbrauchs- und Ausmahlungssätze zugrunde gelegt werden, die zu Beginn des Wirtschaftsjahres festgesetzt sind. Die Zahl der Selbstversorger und Versorgungsberechtigten wird mit einem Durchschnittssatz berücksichtigt. Allgemein ist dabei zu beachten, daß die Zahl der Selbstversorger gegen Schluß des Wirtschaftsjahres immer mehr abnimmt, die der Versorgungsberechtigten in gleichem Maße steigt. Das hängt damit zusammen, daß viele Selbstversorger nicht soviel Getreide ernten, daß sie damit das ganze Wirtschaftsjahr auskommen. Sie treten daher im Laufe des Wirtschaftsjahres zu den Versorgungsberechtigten über. Man nennt diese Selbstversorger Teilselbstversorger.

Nach dem Ernteertrag und dem Selbstversorgerbedarf bestimmt sich auch das bayerische Gesamtaufkaufssoll. Aus diesem und dem Bedarf der Versorgungsberechtigten einschließlich Zulagen, insbesondere für Schwer- und Schwerstarbeiter, berechnet sich dann der etwaige Überschuß oder Fehlbedarf Bayerns an Brotgetreide. Die endgültige Festsetzung erfolgt jeweils durch das Direktorium der Reichsgetreidestelle im Benehmen mit der Landesgetreidestelle. Diese Aufstellung bildet zugleich den vorläufigen Wirtschaftsplan Bayerns für das betreffende Wirtschaftsjahr dar.

c) Die Erfassung des Brotgetreides.

Da eine geregelte Versorgung zunächst eine möglichst vollständige Erfassung des Getreides zur notwendigen Voraussetzung hat, muß in erster Linie diese entsprechend sein. Der Erfassung dient vor allem eine frühzeitige Feststellung des Aufkaufssolls der Kommunalverbände und eine möglichst baldige Verteilung dieses Aufkaufssolls auf die Gemeinden und die einzelnen Betriebe. Für beide Verteilungen ist zu fordern, daß sie möglichst gerecht erfolgen und den tatsächlichen Verhältnissen tunlichst entsprechen. Es läßt sich nicht sagen, daß dieser Erfolg immer und überall erreicht worden wäre. Die Bestimmung des Aufkaufssolls hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die außerordentlich unsicher sind. Schon die statistisch erfaßten Getreideanbauflächen stimmen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht durchweg überein. Die Gesamtanbaufläche Bayerns ist während der Kriegswirtschaft bis zum Wirtschaftsjahre 1921/22 gegenüber den Friedensanbauflächen ständig zurückgegangen, ohne daß ihr eine entsprechende Mehrung an anders benutzter landwirtschaftlicher Bodenfläche gegenüberstünde. Es hat sich daher, wenn auch aus verschiedenen Ursachen (Leute-, Gespann- und Düngermangel während des Krieges,

¹⁾ Weizen 80%, Roggen 82%, Durchschnitt 81%.

²⁾ Lt. Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 22. Juli 1920 Nr. 6411a 38.

³⁾ Lt. Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 4. Februar 1920 Nr. 6411b 3.

⁴⁾ Lt. Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 28. September 1920 RM. 2095 A 2.

⁵⁾ Lt. Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 18. November 1920 Nr. 6411a 87.

niedrige Getreidepreise und die dadurch bedingte Aussicht, mit dem Anbau von Hülsenfrüchten, Öl- oder Gespinstpflanzen usw. größere Erträge zu erzielen) ein gewisser Rückgang der Getreideanbaufläche nicht zu bestreiten ist, die Überzeugung gebildet, daß der statistisch ausgewiesene Rückgang zu einem Teil nur auf dem Papier steht. Die Ernteflächen wurden aus naheliegenden Gründen vielfach zu niedrig angegeben. Ein weiterer nicht minder unsicherer Posten für die richtige Festsetzung des Aufkaufssolls der Kommunalverbände und des Liefersolls der einzelnen Landwirte ist der Ernteertrag je Flächeneinheit. Auch hier zeigt sich das gleiche Bild wie bei der Flächenerhebung, nur sind die Erträge nach der Beurteilung wohl aller Sachverständigen zweifellos gegenüber den Friedenserträgen tatsächlich erheblich zurückgegangen. Es besteht allerdings Grund zu der Annahme, daß sie vor dem Krieg etwas zu hoch geschätzt worden sind. Selbst angenommen all diese Schätzungen wären richtig, so sind sie für die Unterverteilung doch wieder nur Durchschnittszahlen, von denen die Erträge des einzelnen Betriebes nach oben und unten stark abweichen. An sich müßten bei der Unterverteilung des Aufkaufssolls auf die Gemeinden und die einzelnen Betriebe die individuellen Verhältnisse in vollem Umfange berücksichtigt werden. In Wirklichkeit ist dieser Forderung in den wenigsten Fällen völlig genügt worden. Häufig ist die Unterverteilung, gerade auch da, wo sie durch die Gemeinden erfolgte, recht schematisch vorgenommen worden. Z. B. hat eine Gemeinde ihr Aufkaufssoll auf die einzelnen Betriebe in der Weise umgelegt, daß zunächst errechnet wurde, welche Lieferung auf das ha Anbaufläche trifft; dann ist jedem Betrieb das Produkt aus seiner Anbaufläche und der auf die Flächeneinheit treffenden Getreidemenge zur Ablieferung aufgegeben worden, ohne daß dabei die verschiedenen Erträge oder auch nur die verschieden große Zahl der Selbstversorger irgendeine Berücksichtigung gefunden hätten. Gerade solche Erfahrungen haben dazu geführt, daß in den bayerischen Vollzugsanweisungen zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 die Kommunalverbände verpflichtet wurden, die Unterverteilung nicht lediglich auf die Gemeinden, sondern auch auf die einzelnen Betriebe vorzunehmen und dabei die örtlichen Verhältnisse durch Heranziehung geeigneter Vertrauenspersonen und Sachverständiger möglichst weitgehend zu berücksichtigen. Dadurch sollte eine wenigstens einigermaßen gerechte Verteilung des Aufkaufssolls auf die einzelnen Betriebe erreicht werden. Es ist aber diese Aufgabe auch von den Kommunalverbänden nicht überall mit gleichem Geschick und gleichem Erfolg gelöst worden.

Die Hauptaufgabe der Kommunalverbände ist, das ihnen auferlegte Aufkaufssoll auch wirklich zu erfüllen. Zu diesem Zweck muß vor allem die Aufkaufstätigkeit gut organisiert sein. Schon von der Auswahl der Aufkäufer hängt der Erfolg zu einem guten Teile ab. Es genügt nicht, daß die Landwirte allgemein zur Ablieferung aufgefordert, die Lagerhaustüre offengehalten und die von den Landwirten angefahrenen Mengen abgenommen werden. Die Erzeuger müssen vielmehr immer wieder aufgesucht und zur Ablieferung ermuntert werden. Der Aufkaufstätigkeit der damit betrauten Organe muß nach Bedarf von Zeit zu Zeit durch die Autorität der Verwaltungsbehörden gehöriger Nachdruck verliehen werden. Voraussetzung hierfür ist, daß im Geschäftsbetrieb Ordnung herrscht, insbesondere, daß die vorgeschriebenen Anzeigen über alle Aufkäufe richtig erfolgen und geordnet verzeichnet werden. Nur wenn entsprechende Übersichten geführt und stets sorgfältig auf dem laufenden gehalten werden, hat der Kommunalverband eine geeignete Grundlage für ein entsprechendes Vorgehen gegen säumige Lieferer.

Vom Wirtschaftsjahr 1917/18 ab wurde hierfür die Führung einer Wirtschaftskarte für jeden Betrieb nach einem vorgeschriebenen Vordruck angeordnet. Auf diese Einrichtung wird unten noch eingegangen. In den bayerischen Vollzugsanweisungen zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 ist vorgeschrieben, daß die Wirtschaftskarten alle Monate durchgearbeitet werden. Diese Vorschrift geht etwas weit. Sie ist wohl auch nur von wenigen Kommunalverbänden in vollem Umfang durchgeführt worden.

Immerhin muß verlangt werden, daß die sämtlichen Wirtschaftskarten während des Wirtschaftsjahres wiederholt durchgearbeitet und dadurch ausgewertet werden, daß auf die säumigen Lieferanten mit Ermahnungen eingewirkt und wo diese nicht zum Ziele führen, mit anderen Mitteln (Bestandsaufnahme, Enteignung, Strafandrohung und Strafanzeige) vorgegangen wird. Nur wenn gegen Säumige rasch und tatkräftig eingeschritten wird, die Lieferwilligen dagegen von polizeilichen Maßnahmen möglichst verschont bleiben, kann der gute Wille der Landwirtschaft, auf den die öffentliche Getreidebewirtschaftung trotz aller Zwangsbefugnisse nun einmal angewiesen ist, einigermaßen erhalten bleiben. Massenanzeigen wirken verbitternd, verzögern die gerichtliche Erledigung und führen naturgemäß in vielen Fällen auch zu freisprechenden Erkenntnissen. Solche sind wiederum geeignet, die Autorität der Verwaltungsbehörden zu beeinträchtigen und die Ablieferung eher zu schädigen als zu fördern. Es ist daher ein Hauptgewicht darauf zu legen, daß alle Strafanzeigen schon von der Verwaltungsbehörde gut vorbereitet und genau geprüft werden. Ergibt sich dabei nicht mindestens eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine Verurteilung, so wird man besser von der Strafanzeige Abstand nehmen und die übrigen zu Gebote stehenden Zwangsmittel anwenden.

Der Erfolg der bayerischen Brotgetreideerfassung für die letzten vier Jahre der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft ist aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen.

Erntejahr	Ernteschätzung dz	Erfasste Ernte				In % der Ernteschätzung
		Gesamtaufkauf dz	Bedarf der Selbstversorger dz	Bedarf für Saatgut dz	zusammen dz	
1917	8 256 000	4 272 842	2 154 167	1 430 000	7 857 009	95,2
	erhöht 8 867 174					88,6
1918	9 361 664	4 344 114	2 775 600	1 503 652	8 623 366	92,1
	erhöht 9 571 356					90,1
1919	7 454 039	2 775 937	3 240 000	1 422 676	7 438 613	99,8
	erhöht 8 437 255					88,2
1920	6 882 184	2 570 238	3 600 000	1 345 454	7 515 692	109,2
	erhöht 7 625 652					98,6

Die Brotgetreideerfassung der einzelnen Kommunalverbände seit Errichtung der Landesgetreidestelle für die Wirtschaftsjahre 1917/18 bis 1920/21 ist in der Tabelle VI des Tabellenwerks dargestellt. An dieser Zusammenstellung fällt vor allem auf, daß die Städte ihr Aufkaufssoll in vielen Fällen weit überschritten, ja daß sie zum Teil ein Mehrfaches ihres Ankaufssolls aufgekauft haben, was bei Überschußkommunalverbänden nicht vorgekommen ist. Man könnte hieraus den Schluß ziehen, daß die Städte im Gegensatz zu den ländlichen Kommunalverbänden die Erfassung mit hervorragendem Nachdruck betrieben und ganz besonders glücklich gearbeitet haben müssen. Mehrfach haben städtische Vertreter auch auf diesen Erfolg hingewiesen und daraus den Schluß gezogen, daß die ländlichen Kommunalverbände nicht in gleicher Weise ihre Pflicht getan hätten. Wenn man nur den zahlenmäßigen Aufkauf im Verhältnis zum Aufkaufssoll betrachtet, so hat es den Anschein, als ob eine solche Schlußfolgerung tatsächlich volle Berechtigung hätte. Es erscheint daher veranlaßt, den Gründen für die aufgeführte Erscheinung nachzugehen. Hierbei ist zunächst zu betonen, daß es an sich wesentlich einfacher erscheint, auf einem verhältnismäßig eng umgrenzten Gebiet für eine geringe Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe die Erfassung nachdrücklich und erfolgreich durchzuführen, als bei der oft in die Tausende gehenden Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben in großen ländlichen Kommunalverbänden. Es erscheint die Auffassung berechtigt, daß in den Städten die Erfassung im allgemeinen nicht reger betrieben wurde als in den ländlichen Kommunalverbänden. In dem einen oder anderen städtischen Kommunalverband mag bei der geringen Bedeutung, die ihr zukam, vielleicht eine eigentliche Aufkaufstätigkeit überhaupt nicht

stattgefunden haben. Die Gründe für die im Verhältnis zum Aufkaufssoll wesentlich günstigere Erfassung müssen daher wohl in diesem selbst zu suchen sein. Hierzu ist hervorzuheben, daß dem Aufkaufssoll der städtischen Kommunalverbände von der Landesgetreidestelle stets nur eine untergeordnete Bedeutung beigelegt und daß es daher im wesentlichen auf dem vorhandenen Zahlenmaterial aufgebaut wurde, während bei den großen Überschußkommunalverbänden vor allem die Schätzung durch eigene Sachverständige nachgeprüft und das sich aus dem vorhandenen Zahlenmaterial errechnete Aufkaufssoll unter Verwertung der gewonnenen Erfahrungen oft wesentlich erhöht wurde. Im Wirtschaftsjahr 1920/21 geschah dies im Wege von Verhandlungen mit den Kommunalverbänden an Ort und Stelle. Hierbei wurde z. B. das Aufkaufssoll eines Kommunalverbandes, das sich auf noch nicht 4000 dz errechnet hatte, auf über 21000 dz erhöht und zum weitaus größten Teil auch erreicht. Es ist schon deshalb nicht zu verwundern, daß die ländlichen Kommunalverbände in bezug auf das Verhältnis ihrer Erfassung zum Aufkaufssoll nicht gleich günstig abschneiden, wie eine Reihe städtischer Kommunalverbände. Aber noch ein anderer Umstand muß hier zur Klarlegung herangezogen werden. Die Möglichkeit ein Vielfaches des Aufkaufssolls zu erreichen, ist an sich nur denkbar, wenn dieses gering ist. Bei einem Kommunalverband mit einer großen Zahl von Betrieben werden sich Fehler in der Erntefächenerhebung und in der Ernteschätzung innerhalb des Kommunalverbandes bis zu einem gewissen Grade immer wieder ausgleichen. Bei einer geringeren Zahl von Landwirten kann ein Betrieb, der eine besonders gute Ernte gehabt hat, die ganze Berechnung wesentlich beeinflussen. Im besonderen ergibt sich aus der Technik, wie das Aufkaufssoll bestimmt wird, daß Fehler, die dabei gemacht werden, bei einem geringen Aufkaufssoll sich wesentlich anders auswirken als bei einem großen. Ein Beispiel wird das klarmachen. Gesetzt, der Ertrag eines städtischen Kommunalverbandes ist auf 12 dz Brotgetreide für das Hektar geschätzt, die Anbaufläche beträgt 100 ha, der Gesamtertrag sohin 1200 dz, der Saatgutbedarf errechnet sich auf 175 dz, der Bedarf für die Ernährung der Selbstversorger auf 1000 dz. Das Aufkaufssoll wird demnach bestimmt auf $(1200 - 175 - 1000 =)$ 25 dz. Ist die Schätzung tatsächlich um 1 dz zu niedrig, also statt 12 dz richtig 13 dz zu setzen, so ergäbe sich ein Gesamtertrag von 1300 dz und ein Aufkaufssoll von 125 dz. Wenn der Kommunalverband diese Menge aufkauft, so hat er 500% seines auf 25 dz festgesetzten Aufkaufssolls erreicht; von dem Aufkaufssoll, das ihm bei Zugrundelegung des wirklichen Ertrages hätte auferlegt werden müssen, sind die 125 dz aber nur 100%. Der den städtischen Kommunalverband umschließende ländliche Kommunalverband hat dagegen bei gleicher Schätzung 10000 ha Brotgetreideanbaufläche, also einen Gesamtertrag von 120000 dz. Der Saatgutbedarf beträgt 17500 dz, der Bedarf für die Ernährung der Selbstversorger 50000 dz. Das Aufkaufssoll berechnet sich auf $(120000 - 17500 - 50000 =)$ 52500 dz. Wird hier der gleiche Schätzungsfehler gemacht, so würde sich dasselbe um 10000 dz, d. i. um rund 19%, erhöhen. Dieser Kommunalverband kann daher nicht ebenfalls 500%, sondern höchstens 119% erfassen. Die Erfassung von 60% bedeutet für diesen Kommunalverband mehr, als wenn der städtische 200% erfaßt hätte. Da die Schätzungen in der Getreidezwangswirtschaft — von Ausnahmen abgesehen — nach unten von der Wirklichkeit abgewichen sein dürften, so ergibt sich daraus folgerichtig, daß, je geringer der Gesamternteertrag im Verhältnis zum Selbstversorgerbedarf ist, desto günstiger im allgemeinen das Aufkaufssoll für den Kommunalverband ausfällt. Die Beurteilung der Leistung eines Kommunalverbandes nach der verhältnismäßigen Erfüllung seines Aufkaufssolls ist aber nur dann gerecht, wenn dieses selbst stimmt. Daß eine gerechte Festsetzung des Aufkaufssolls bei den Mängeln des statistischen Materials und ihrer ganz verschiedenen Auswirkung (z. B. des gleichen Schätzungsfehlers) bei allen Bemühungen nicht immer geglückt ist, wird jedermann, der sich mit diesen Dingen näher befaßt, zu-

geben müssen. Verhältnismäßig wird das Aufkaufssoll in den großen Überschußkommunalverbänden den tatsächlichen Verhältnissen mehr entsprechen als in den Zuschußkommunalverbänden. Der Vergleich der Leistungen verschiedener Kommunalverbände an der Hand der prozentualen Erfassung kann bei dieser Sachlage nur für Kommunalverbände mit einigermaßen gleichen Verhältnissen ein ungefähr richtiges Bild geben; jene weichen aber auch nicht allzusehr voneinander ab.

Diese Ausführungen zeigen, zu welchen Fehlschlüssen es führen muß, wenn der Erfolg allgemein nach dem Verhältnis zwischen dem Aufkaufssoll der Kommunalverbände und ihrem tatsächlichen Einkauf beurteilt wird. Eine solche Erfolgsbemessung wird für den Regelfall nur da einigermaßen gerecht ausfallen, wo der Gesamtertrag sehr erheblich und die Zahl der Selbstversorger verhältnismäßig niedrig ist; denn je geringer der Abzugsposten Selbstversorgerbedarf im Vergleich zum Gesamternteertrag ist, desto weniger können Fehler in der Schätzung im Verhältnis das Aufkaufssoll beeinflussen. Da die Zahl der Selbstversorger bei den größeren Betrieben am geringsten ist, wird die Festsetzung bei Kommunalverbänden, in denen der Groß- und mittlere Betrieb vorherrscht, verhältnismäßig weniger danebengreifen, als bei Kommunalverbänden mit Kleinbesitz. Dabei ist bei größeren Betrieben auch der Überblick leichter als bei Parzellenbetrieben.

Auch der Selbstversorgerbedarf eines Kommunalverbandes, von dem man meinen möchte, er läßt sich durch eine einfache Rechnung leicht finden, ist durchaus nicht immer einwandfrei festzustellen. Auch er ist da zutreffender zu ermitteln, wo die Zahl der Selbstversorger im Verhältnis zur Anbaufläche gering ist und kleine Betriebe selten sind; denn die Angehörigen der Zwergbetriebe sind meist sogen. Teilselbstversorger. Es ist schwer, von Anfang an den Zeitpunkt richtig festzustellen, zu dem sie versorgungsberechtigt werden. Bei den Kommunalverbänden besteht naturgemäß das Bestreben, kein zu hohes Aufkaufssoll auferlegt zu erhalten. Sie werden bei der Zahl der Selbstversorger die Verhältnisse eher in einem ungünstigeren Lichte darstellen als umgekehrt. Die Zahl der Selbstversorger wird daher von den Kommunalverbänden vielfach höher angenommen, als dem wirklichen Durchschnitt entspricht. Bei Feststellung des Aufkaufssolls führt dies leicht dazu, daß ein zu großer Posten als Selbstversorgerbedarf abgezogen wird und dieses demzufolge zu niedrig ausfällt. Andererseits wird freilich wieder der tatsächliche Verbrauch für die Selbstversorger den zulässigen Verbrauch um so mehr übersteigen, je größer die Zahl der Selbstversorger ist. Bei richtiger Ernteschätzung und richtiger Selbstversorgerzahl würde daher unter sonst gleichen Verhältnissen der gleich hohe prozentuale Einkauf eines Kommunalverbandes mit Kleinbesitz und demgemäß verhältnismäßig größerer Selbstversorgerzahl höher zu bewerten sein, als der eines Kommunalverbandes mit größerem Besitz und geringerer Selbstversorgerzahl.

Wenn man den Erfolg der einzelnen Kommunalverbände vergleichen will, so darf man sich bei dieser Sachlage nicht darauf beschränken, lediglich das Verhältnis des Einkaufs zum Aufkaufssoll zu betrachten. Vielmehr müssen in jedem Fall die Grundlagen für die Feststellung kritisch eingehend untersucht, die Besitzverhältnisse in den Vergleichskommunalverbänden mit berücksichtigt und zum mindesten auch der Gesamteinkauf und der Einkauf je Hektar Getreideanbaufläche mit verwertet werden. Ein schlechterdings verlässiges Ergebnis wird bei den Mängeln der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel auch hierbei in den wenigsten Fällen erreicht werden.

Tabelle XII des Tabellenwerks läßt ersehen, wieviel Doppelzentner Aufkaufssoll im Wirtschaftsjahr 1920/21 auf die 8 Regierungsbezirke, auf Bayern insgesamt und die niederbayerischen Kommunalverbände treffen, wieviel hiervon auf das Hektar Getreide-

anbaufläche entfallen, welcher Hundertsatz des Aufkaufssolls bis Mitte Mai 1921¹⁾ erreicht ist, wieviel dieser Einkauf je Hektar Anbaufläche beträgt, ferner wie groß die Zahl der Selbstversorger ist und wie viele Selbstversorger auf 1 ha Brotgetreideanbaufläche entfallen. Daß gerade Niederbayern für die Gegenüberstellung der einzelnen Kommunalverbände ausgewertet wurde, hat seinen Grund darin, daß dieses von allen Regierungsbezirken wohl die verschiedensten Produktionsverhältnisse für den Getreideanbau hat. Während der südlich der Donau entlang ziehende Teil wegen seiner besonders guten Getreideerträge als Kornkammer Bayerns bezeichnet wird, finden sich im nördlichen Teil, insbesondere im Bayerischen Wald arme Böden und infolge der Höhenlage ein rauhes, für den Getreideanbau wenig geeignetes Klima. Mit der Tabelle XII ist zu vergleichen die Tabelle II, welche die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse für Gesamtbayern, die einzelnen Regierungsbezirke und die niederbayerischen Kommunalverbände ersehen lassen. Die Gegenüberstellung zeigt deutlich, einmal, daß die gesamte Ablieferung und die Ablieferung je Hektar Anbaufläche von dem Verhältnis der Erfüllung des Aufkaufssolls stark abweichen, daß z. B. Passau-Stadt bei Erfüllung des Aufkaufssolls zu 234 v. H. nur 1,28 dz je Hektar Anbaufläche, Straubing-Stadt dagegen bei Erfüllung rund 200 % 12,06 dz, Straubing-Land bei nur 86,2 % 9,26 dz je Hektar Anbaufläche aufgekauft hat. Der Vergleich der beiden Tabellen zeigt weiter, daß der Einkauf absolut und im Verhältnis zur Anbaufläche um so größer ist, je mehr der Mittel- und Großbesitz im Kommunalverband vorherrscht, um so geringer, je mehr der Parzellenbetrieb überwiegt. Zu einem großen Teil findet das seine Erklärung in der geringeren Zahl der Selbstversorger im Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb. Während der Durchschnitt für Bayern 3,28 Selbstversorger je Hektar Anbaufläche beträgt, ist er für Niederbayern nur 2,66. Von diesem Durchschnitt weichen die einzelnen Kommunalverbände wieder sehr erheblich ab, und zwar nach oben bis 5,21 (Deggendorf-Stadt), nach unten bis 1,73²⁾ (Landshut-Land). Die Höchstablieferung je Hektar Anbaufläche haben Straubing-Stadt und Straubing-Land zu verzeichnen. Bei Straubing-Stadt treffen aber auch auf die Betriebsgröße 100 ha und mehr 14,3 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche, in Straubing-Land 7,4 %, im Durchschnitt von Niederbayern 1,4 %. Die nächst höchste Leistung je Hektar Anbaufläche hat Mallersdorf erreicht, das annähernd die gleich günstigen natürlichen Vorbedingungen wie Straubing, aber nur 3 Großbetriebe mit zusammen 436 ha und 336 großbäuerliche Betriebe mit zusammen 12344 ha landwirtschaftlich benutzter Bodenfläche hat, während Straubing-Land 14 Großbetriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche von 2747 ha und 491 großbäuerliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche von 18003 ha zählt. Diese Gegenüberstellung zeigt auch, daß die im Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung da und dort immer wieder aufgetretene Behauptung, der Großbetrieb habe seiner Ablieferungspflicht weniger genügt als der Kleinbetrieb, jedenfalls für Bayern hinsichtlich der Getreideablieferung nicht haltbar ist. Richtig erscheint vielmehr, daß der Großbetrieb im Verhältnis zu dem Umfang seines Besitzes weit mehr zur Getreideversorgung der Großstädte beigetragen hat als der Kleinbesitz, ja daß die Brotversorgung der Städte ohne das Vorhandensein größerer landwirtschaftlicher Betriebe schlechterdings unmöglich gewesen wäre. Das kommt nicht nur davon, daß die größeren Betriebe im Verhältnis weniger Eigenbedarf haben, sondern vor allem auch davon, daß sie den Getreidebau intensiver betreiben und größere Erträge erzielen als der Klein- und zum Teil wohl auch der Mittelbetrieb³⁾. Diese Feststellung dürfte, was hier nur nebenbei bemerkt sei, von Wichtigkeit für die Beurteilung der in den letzten Jahren aufgetauchten

¹⁾ Da der Einkauf nach diesem Zeitpunkt in keiner Weise nennenswert ist, wurde davon abgesehen, die Berechnung auf den Stand vom Schluß des Wirtschaftsjahres zu bringen.

²⁾ Diese Zahl für Landshut-Land ist allerdings auffallend niedrig.

³⁾ Auf anderen Gebieten, insbesondere dem der Fleischproduktion, der Geflügelhaltung usw., liegen zum Teil die Verhältnisse wieder anders.

Forderung der Aufteilung des landwirtschaftlichen Großbesitzes. Vom Standpunkt der allgemeinen Volksernährung aus muß eine solche Forderung wenigstens für die bayerischen Verhältnisse grundsätzlich abgelehnt werden. Dabei will nicht etwa Auswüchsen, die sich da und dort, z. B. in der Aufforstung wertvollen Ackerlandes zum Zwecke des Jagdsportes, gezeigt haben, das Wort geredet werden. Solchen Bestrebungen auf gesetzlichem Wege entgegenzutreten, erscheint notwendig. Ebenso kann vom Standpunkt einer vernünftigen Siedlungspolitik aus in Gegenden mit stark ausgebreitetem Großbesitz eine teilweise Aufteilung solchen Besitzes ein erstrebenswertes Ziel sein. In Bayern tritt der eigentliche Großbesitz so sehr in den Hintergrund, daß seine Erhaltung vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Erzeugung aus um so mehr dringend erwünscht, ja notwendig erscheint, als diese Betriebe insbesondere für die Saatzucht von wesentlicher Bedeutung sind, auch sonst durch ihr Beispiel anregend auf die Landwirtschaft ganzer Gegenden wirken und sich um die so notwendige Hebung der Getreideerzeugung große Verdienste erworben haben und immer neu erwerben. Wie sich die Gesamtbrotgetreideerfassung Bayerns auf die einzelnen Wochen der Wirtschaftsjahre verteilt, läßt die graphische Darstellung „Die Brotgetreideablieferung in Bayern in den einzelnen Wochen der Wirtschaftsjahre 1917/18 bis 1920/21“ am Schlusse des Tabellenwerkes ersehen.

d) Die Ablieferung des Brotgetreides durch die Kommunalverbände.

Von den erfaßten Brotgetreidemengen wurde den Kommunalverbänden — von Fällen dringender Bedarfsdeckung abgesehen — im allgemeinen soviel belassen, daß sie unter Berücksichtigung der zugewiesenen Gerstenmengen damit bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres auskommen konnten. Die Überschußmengen wurden von Anfang an planmäßig auf die Zuschußkommunalverbände verteilt. Das oberste Ziel war dabei eine möglichst gleichmäßige allgemeine Versorgung. Soweit es ohne Gefährdung dieses Zieles möglich war, wurden bestehende Beziehungen zwischen einzelnen Kommunalverbänden berücksichtigt. Auf Vermeidung unnötiger Frachten wurde dabei ebenso Bedacht genommen, wie auf eine möglichst gleichmäßige Mühlenbeschäftigung.

Die rechtlichen Beziehungen der Überschuß- und Zuschußkommunalverbände bezüglich der Getreideüberweisungen sind in den von diesen abzuschließenden Kaufverträgen geregelt, für die von der Landesgetreidestelle ein Normalgetreidekaufvertrag aufgestellt ist.

Die Ablieferungen der Überschuß- an die Zuschußkommunalverbände und andere Empfänger in den letzten 3 Jahren der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft sind in der Tabelle VII des Tabellenwerkes festgehalten. Die Höchstzahlen hat, wie beim Aufkauf, Straubing-Land aufzuweisen.

e) Die Landesrücklage (Lager- und Mahlvertrag).

Da sich Überweisungen und Lieferungen nicht immer entsprechen, weil der Aufkauf vielfach hinter den Erwartungen zurückbleibt, in selteneren Fällen auch darüber hinausgeht, so ist durch die Überweisungen, mögen sie auch noch so genau den Bedürfnissen angepaßt sein, eine vollständig gleichmäßige Versorgung der Überschuß- und Zuschußkommunalverbände nicht zu erreichen. Es werden sich vielmehr immer wieder Ungleichheiten in der Eindeckung zeigen. Der eine Bedarfskommunalverband wird sämtliches zugewiesene Getreide erhalten, bei anderen werden sich mehr oder minder starke Ausfälle ergeben. Um solche Ungleichheiten zu beseitigen und da oder dort auftretende Störungen beheben zu können, bedarf die Landesgetreidestelle einer Rücklage¹⁾. Es wurde daher seit dem Wirtschaftsjahr 1917 jeweils schon gleich nach Beginn des Wirtschaftsjahres eine bemessene Getreidemenge aus Überschußkommunalverbänden nicht sofort an Zuschuß-

¹⁾ Diese Rücklage ist nicht zu verwechseln mit der von Dr. Haselberger in seiner Abhandlung „Die Bayer. Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“ erwähnten Landesrücklage. Sie liegt innerhalb des rechnungsmäßigen Bedarfs Bayerns und wird nur, um den späteren Ausgleich in der Eindeckung der Kommunalverbände zu erleichtern, zunächst nicht an diese verteilt.

kommunalverbände verfügt, sondern zunächst für noch zu bezeichnende Empfänger in bestimmten Mühlen eingelagert, mit denen ein Lager- und Mahlvertrag abgeschlossen wurde. Die Höhe dieser Rücklage war in den einzelnen Monaten verschieden. Ihr Höchststand betrug

	t		t
1917/18	17 326	1920/21	14 239
1918/19	18 738	1921/22	79 665
1919/20	17 113		

Da die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, keine Rechtspersönlichkeit ist und daher höchstens für den Staat Getreide erwerben könnte, wurde der Lager- und Mahlvertrag durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, obwohl diese sonst mit der Bewirtschaftung des Inlandsbrotgetreides nicht befaßt war, nach der von der Verwaltungsabteilung im Benehmen mit der Geschäftsabteilung bearbeiteten Fassung vollzogen. Im einzelnen werden die im Vertrag zugunsten der Landesgetreidestelle vorgesehenen Rechte gleichwohl, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, von der Verwaltungsabteilung ausgeübt. Der Vertrag beansprucht in mancher Beziehung Interesse. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, nicht etwa, was nahe gelegen hätte, das Getreide selbst bezahlt¹⁾, die Bezahlung erfolgt vielmehr durch die Vertragsmühlen. Der Grund hierfür ist einmal das geringe Geschäftskapital der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung; dann gewährleistet die Auslegung des Kaufpreises durch die Mühlen auch eine bessere Sicherung der Landesgetreidestelle. Gleichwohl erwerben die Mühlen aber an dem Getreide und den daraus gewonnenen Erzeugnissen nach dem Vertrag kein Eigentum. Da die Eigentumsfrage für verschiedene Vorkommnisse von besonderer Bedeutung ist, erscheint eine Untersuchung notwendig, wer denn eigentlich von dem Augenblick der Einlagerung des Getreides in der Mühle bis zur Überweisung des Getreides an einen bestimmten Empfangskommunalverband Eigentümer des Getreides ist. Man könnte daran denken, daß bis zu diesem Zeitpunkt eine Veränderung am Eigentum überhaupt nicht eintritt, also der Lieferkommunalverband Eigentümer des Getreides bleibt. Das kann jedoch dem Sinne des Vertrages nicht entsprechen. Obligatorisch wird man den Vertrag als einen Vertrag zugunsten Dritter im Sinne des § 328 BGB. anzusprechen haben, wobei der Dritte erst später durch die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, bestimmt wird. Erst nach Zuweisung erwirbt der Empfangskommunalverband unmittelbare Rechte gegen die Mühle; bis dahin ist aus dem Vertrag gegenüber der Mühle nur die Landesgetreidestelle berechtigt. Wirtschaftlich wird es übrigens kaum zu einem anderen Ergebnis führen, wenn man den Vertrag nicht als einen Vertrag zugunsten Dritter, sondern als einen gewöhnlichen Werkvertrag auffassen und die spätere Überweisung des Getreides an einen bestimmten Empfangskommunalverband etwa als Abtretung der Vertragsrechte der Landesgetreidestelle an diesen ansehen wollte. Damit ist aber die Frage noch nicht gelöst, wer bis zur Überweisung Eigentümer des Landesrücklagengetreides ist. Als solcher kann nur die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, in Betracht kommen, für welche die Vertragsmühle das Getreide als Vertreter im Sinne des § 164 BGB. erwirbt. Durch die spätere Überweisung des Getreides, die rechtlich als Abtretung des Herausgabeanspruchs nach § 931 BGB. anzusehen ist, wird dieses Eigentum dann auf den Empfangskommunalverband übertragen. Soweit freilich dabei nicht das ganze gesondert gelagerte Landesrücklagengetreide in einer Mühle einem einzigen Kommunalverband überwiesen wird, muß zum Eigentumsübergang noch die Aussonderung der überwiesenen Menge für den Empfangskommunalverband kommen.

Die Eigentumsfrage kann insbesondere dann von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein, wenn etwa das Getreide durch ein Ereignis untergehen oder doch beschädigt werden

¹⁾ Erst im Wirtschaftsjahr 1921/22 hat sich die Landesgetreidestelle bei dem angespannten Geldbedürfnis der Mühlen entgegen dem Lager- und Mahlvertrag entschlossen, die Landesrücklage selbst zu finanzieren.

sollte, an dem die Mühle kein Verschulden trifft und für das sie auch eine Versicherung zu nehmen nicht verpflichtet war; z. B. das in einer Mühle eingelagerte Getreide wird durch ein elementares Hochwasser fortgeschwemmt oder doch für die menschliche Ernährung unbrauchbar. Die Mühle ist dadurch außerstande, das Getreide an die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, oder einen dritten Empfänger herauszugeben. Nach dem Vertrag hat sie unter anderem Ersatz des ausgelegten Kaufpreises Zug um Zug gegen ihre Lieferung zu verlangen. Diese Lieferung ist ohne vertretbares Verschulden unmöglich geworden. Wäre die Mühle Eigentümerin des Getreides, so würde sie der dadurch entstandene Schaden selbst treffen. Soll nun etwa die Bestimmung, daß sie Rückersatz des ausgelegten Kaufpreises Zug um Zug gegen ihre Lieferung zu verlangen hat, dahin verstanden werden, daß sie bei einem von ihr nicht zu vertretenden Untergang des Getreides auch ihren Anspruch auf Ersatz des ausgelegten Kaufpreises verlieren soll? Zur Entscheidung dieser Frage muß der Vertrag in seine zwei Teile zerlegt werden, in den eigentlichen Lagervertrag und in den Mahlvertrag. Für den Lagervertrag gelten die Bestimmungen der §§ 416 ff. HGB. mit den §§ 688 ff. BGB. Nach § 417 HGB. finden auf die Rechte und Pflichten des Lagerhalters in Ansehung der Empfangsnahme, Aufbewahrung und Versicherung des Gutes die für den Kommissionär geltenden Vorschriften der §§ 388—390 Anwendung. § 390 HGB. bestimmt, daß der Kommissionär für den Verlust des in seiner Verwahrung befindlichen Gutes verantwortlich ist, es sei denn, daß der Verlust auf Umständen beruht, die durch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nicht abgewendet werden konnten. Der Kommissionär wird also von der Verantwortung für den Verlust frei, wenn er diesen Nachweis führt, der in dem gewählten Beispiel — für den Regelfall wenigstens — klar zutage liegen wird. Die Mühle kann also Ersatz der von ihr auf das Getreide gemachten Aufwendungen, hier insbesondere den Ersatz des ausgelegten Kaufpreises verlangen, obwohl sie das Getreide nicht mehr herauszugeben in der Lage ist. Es kann nicht angenommen werden, daß dieses Recht durch die Vertragsbestimmung „die Mühle hat von dem von der Landesgetreidestelle bezeichneten Empfänger Zug um Zug gegen ihre Lieferung zu beanspruchen Ersatz des von ihr ausgelegten Kaufpreises“ ausgeschlossen werden wollte. Bei einer richtigen, dem § 157 BGB. gerecht werdenden Auslegung wird vielmehr diese Bestimmung umgekehrt zugunsten der Mühlen nur dahin aufgefaßt werden dürfen, daß diese nicht zur Vorleistung verpflichtet sind.

Die Mühle kann aber wohl in einem solchen Falle nicht nur ihre Barauslagen verlangen, sondern außerdem auch noch die vereinbarte Vergütung (das Lagergeld) bis zum Tage des Untergangs der Lagerware (§ 699 Abs. 1 BGB.). Anders ist es mit dem Mahllohn, wenn der Untergang des Getreides vor der Vermahlung erfolgt ist. Der Mahlvertrag ist als ein Werkvertrag im Sinne des § 631 ff. BGB. zu erachten. Durch den Untergang des Getreides ist das Werk (die Vermahlung) unausführbar geworden, ohne daß der Besteller oder der Unternehmer dies zu vertreten hätten. Die Mühle kann daher nach § 323 BGB. einen Anspruch auf den Mahllohn nicht geltend machen. Ein Umkehrschluß auf § 645 BGB. führt zu dem gleichen Ergebnis. Auch auf die den Vertragsmühlen für den Fall zugestandene Entschädigung, daß die Herausgabe des Getreides in Körnern verlangt wird, ohne daß die Mühle hierzu durch Vertragsverletzung Anlaß gegeben hat — ungenau Entschädigung für entgangenen Mahllohn genannt — dürfte bei zufälligem Untergang des Getreides in der Mühle kein Anspruch bestehen. Schuldner ist der Vertragsgegner, die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

f) Die Verbrauchsregelung.

Damit der Verbrauch der Selbstversorger in den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen blieb, war eine entsprechende Überwachung notwendig. Dieser dienten die Einführung der Mahlscheine, die Anordnung der Führung besonderer Mahlbücher für die Kundenmühlen, die besondere Überwachung dieser Mühlen und die Sperre der Schrotmühlen.

Die Selbstversorger durften nur soviel Getreide zur Mühle bringen, diese nur soviel zur Vermahlung annehmen, als durch den Mahlschein belegt war. Die Mahlscheine wurden zunächst durch die Distriktsverwaltungsbehörden, später von den Kommunalverbänden ausgestellt. Teilweise wurde die Ausstellung auch den Gemeinden überlassen, was jedoch bald wieder abgestellt wurde, weil hierbei eine hinreichende Gewähr für die ordnungsgemäße Ausstellung nicht gegeben war. Im Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung wurden besondere Formblätter für die Mahlerlaubnisscheine eingeführt, deren allgemeine Verwendung dringend empfohlen wurde. Um dem Mißstand zu begegnen, daß bei der Überwachung der Selbstversorger häufig größere Mengen an Mehl vorgefunden wurden, von denen zweifelhaft war, ob sie aus rechtmäßiger oder unrechtmäßiger Vermahlung herrührten, wurde bestimmt, daß die Erlaubnisscheine im allgemeinen nur für die Dauer von höchstens 2 Monaten ausgestellt werden durften. Die Wahl der Mühlen wurde im wesentlichen den Selbstversorgern überlassen. Ein Recht hierauf stand ihnen allerdings nicht zu, vielmehr war der Kommunalverband berechtigt, den Mühlen durch Zuweisung der Selbstversorger eine gleichmäßige Beschäftigung zu sichern. Im besonderen war bestimmt, daß ein Wechsel der vom Selbstversorger gewählten Mühle nur dann zu gestatten sei, wenn ein triftiger Grund, wie Arbeitsüberlastung oder vorübergehender Stillstand der Mühle vorlag. Es sollte auf diese Weise verhindert werden, daß ein Selbstversorger im Laufe des Wirtschaftsjahres von einem Betrieb, der sich streng an die Vorschriften hielt, zu einem anderen überging, der die Vorschriften nicht beachtete.

Tauschmüllerei, das ist die sofortige Hingabe von fertigen Erzeugnissen, wie Mehl usw. im Austausch gegen Brotgetreide und Gerste, durfte nur zugelassen werden, wenn ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis vorlag und die Errichtung von Austauschstellen des Kommunalverbandes zur Abgabe von Mehl gegen Getreide nicht möglich war oder zu einer Verteuerung der Erzeugnisse geführt hätte. Solche Austauschstellen wurden in verschiedenen Kommunalverbänden errichtet; sie haben sich aber keines großen Zuspruchs von seiten der Landwirtschaft erfreut.

Zur Überwachung der Selbstversorgermühlen hat die Landesgetreidestelle fortgesetzt Mühlenprüfungen durch eigene Sachverständige vornehmen lassen. Daneben war den Kommunalverbänden eine ständige Mühlenüberwachung zur Pflicht gemacht. Die Mühlenprüfungen hatten sich vor allem darauf zu erstrecken, ob für alle angetroffenen Getreide-, Mehl- und Kleiemengen ordnungsmäßige Mahlscheine vorhanden waren, ob die Mahlbücher und Mahlscheine richtig ausgefüllt waren und ob das Getreide zu dem vorschriftsmäßigen Ausmahlungssatz ausgemahlen wurde. Bei Verfehlungen war entsprechende Anzeige an die Landesgetreidestelle bzw. den Kommunalverband zu erstatten. Die Getreide-, Mehl- und Kleiemengen, auf welche sich die Verfehlungen bezogen, waren sofort für den Kommunalverband sicherzustellen. Dieser hatte dann zu entscheiden, ob die Vorräte als verfallen erklärt werden sollten und außerdem ob etwa mit Strafanzeige gegen die Beteiligten vorzugehen war. Bei schweren Verfehlungen kam auch eine vorübergehende oder dauernde Schließung der Mühle in Betracht.

Der Mahlscheinzwang und die ständige Überwachung der gewerblichen Mühlen führte im Zusammenhalt mit dem Bedürfnis der Landwirtschaft nach einer besseren Versorgung zu einer weitgehenden Benützung sogenannter Schrotmühlen zu unerlaubter Herstellung von Mehl und Schrot. Schon nach einer Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 17. September 1915 hatten die Kommunalverbände die Benützung von nicht gewerblichen Schrotmühlen in Betrieben, in denen beschlagnahmtes Getreide vorhanden war, zu verbieten und zu schließen. Nur zum Schroten solchen Getreides, dessen Verfütterung gestattet war, durften Schrotmühlen außer Verschuß gegeben werden. Diese Vorschrift wurde später dahin erleichtert, daß von der Schließung nicht gewerblicher Schrotmühlen Umgang genommen werden konnte, wenn die ablieferungspflichtigen Brotgetreidemengen zahlenmäßig genau feststanden.

Durch Anordnung der stellvertretenden Generalkommandos vom 22. Oktober 1917 wurde die Überlassung von Schrotmühlen an andere verboten. Nur der Verkauf an Händler zum Weiterverkauf und nach dem Ausland blieb zulässig. Später wurde auch die Herstellung von Schrotmühlen und Teilen von solchen, ferner die Einfuhr und Anpreisung in Zeitungen verboten. Erst die Reichsgetreideordnung für das Wirtschaftsjahr 1919/20 hat die Landeszentralbehörden ermächtigt, Vorschriften über den Verkehr mit Schrotmühlen und die Benützung von Schrotmühlen zu erlassen. Das Staatsministerium für Landwirtschaft hat auf Grund dieser Bestimmung in Ziffer 57 der bayerischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 1. Juli 1919 die Materie zusammenfassend geregelt. Die auf Grund des Kriegszustandsgesetzes erlassenen, nach Bekanntmachung des Demobilmachungsamtes vom 13. November und Bekanntmachung der Reichsregierung vom 28. November 1918 auch nach Ausspruch der Demobilmachung vorläufig aufrechterhaltenen Anordnungen der Generalkommandos auf diesem Gebiet wurden damit gegenstandslos und sind schließlich in Bayern durch Bekanntmachung des Staatsministeriums für militärische Angelegenheiten vom 1. August 1919 aufgehoben worden. Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 2. Dezember 1919 hat das Verbot der Herstellung, des Absatzes und der Anschaffung sowie der Anpreisung von Schrotmühlen wieder beseitigt, jedoch bestimmt, daß Schrotmühlen nur mit schriftlicher bezirkspolizeilicher Genehmigung benützt werden dürfen, und daß alle Schrotmühlen anzumelden seien. Diese Erleichterung der Vorschriften hat heftige Klagen der Mühlenorganisationen hervorgerufen, die schließlich den Erfolg hatten, daß mit Ministerialbekanntmachung vom 22. Dezember 1920 neuerdings verboten wurde, Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, im Reichsgebiet abzusetzen, in Briefen oder sonstigen geschäftlichen Mitteilungen solche anzubieten oder anzupreisen usw. Die Anpreisung von Schrotmühlen in periodischen Druckschriften wurde einer Genehmigungspflicht unterstellt, die ausnahmsweise nur dann erteilt werden durfte, wenn die Anpreisung dem Absatz im Auslande dienen sollte. Später wurden die Vorstände der Kommunalverbände ermächtigt, durch allgemeine Verfügung oder schriftliche Einzelerlaubnis Landwirten, die 70 % des Brotgetreideaufkaufssolls aufgebracht hatten, die Benützung der Hausmühlen zur Herstellung von Futterschrot aus Hafer oder Gerste zu genehmigen. Mit Ministerialbekanntmachung vom 17. März 1921 wurde die Benützung von Hausschrotmühlen für Mais, Hafer und Gerste allgemein genehmigt, mit solcher vom 5. Juni 1921 der Vertrieb und die Benützung der Haus- und Schrotmühlen aller Art, auch der mit Sichtvorrichtung, wieder freigegeben.

Der Mehlbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung bestimmt sich nach ihrer Zahl und der jeweils festgesetzten Ration. Für die Umrechnung in Getreide ist die festgesetzte Mindestausmahlung maßgebend. Die Zahl der Versorgungsberechtigten wird auf Grund der Fortschreibung der Bevölkerung ermittelt. Wie nach den Ergebnissen der Ernteflächenerhebung das Land von Jahr zu Jahr hätte kleiner werden müssen, so hat umgekehrt die Fortschreibung der Bevölkerung immer höhere Zahlen, als die nach den Ergebnissen der Volkszählungen tatsächlich vorhandene Bevölkerung ergeben. Vielfach sind namentlich Verstorbene nicht abgemeldet worden, sei es, daß dies übersehen wurde oder da und dort wohl auch absichtlich nicht geschah, um die auf sie treffenden Lebensmittel fortbeziehen zu können. Ein vollkommen richtiges Bild hat daher auch die Fortschreibung der Bevölkerung nicht ergeben können. Im ganzen Reich ist die Summe der Versorgungsberechtigten und der Selbstversorger nach den ausgegebenen Versorgungsausweisen schließlich um etwa 2 Millionen größer gewesen als die tatsächliche Bevölkerungszahl. Auch dieser Mißstand mußte, da ihm nicht durchweg beizukommen war, bei der öffentlichen Getreidebewirtschaftung in Kauf genommen werden.

In Bayern betrug die Zahl der Selbstversorger und der Versorgungsberechtigten nach den Meldungen der Kommunalverbände bzw. dem Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung:

Wirtschafts- jahr	Zahl			Jahr	Bevölkerung im	
	der	der	der		Februar	August
	Selbstversorger	Versorgungs- berechtigten	Versorgten- zusammen		nach der Fortschreibung	
	nach den Meldungen der Kommunalverbände					
1917/18	2 127 760	4 249 835	6 377 595	1918	6 370 398	6 502 937
1918/19	2 367 518	4 771 988	7 139 506	1919	7 095 495	7 227 053
1919/20	2 226 455	4 855 077	7 081 532	1920	7 112 813	7 242 224
1920/21	2 311 707	4 935 213	7 246 920	1921	7 246 920	7 298 589

Der Brot- und Mehlerverbrauch ist von den Kommunalverbänden zu regeln. Diese haben insbesondere das ihnen zugewiesene Getreide vermahlen zu lassen und die Verteilung des Mehles an die Bäcker, Konditoreien und Kleinhändler zur Abgabe an die Verbraucher vorzunehmen. Sie sind dabei an die Bestimmungen der Reichsgetreideordnung gebunden. Insbesondere dürfen sie nicht mehr Mehl ausgeben, als sich aus der Tageskopfmenge vervielfältigt mit der Zahl der Versorgungsberechtigten und der Zahl der Tage des in Betracht kommenden Versorgungszeitraums ergibt. Dazu kommen nur allenfalls noch Zuweisungen für besondere Zwecke, wie namentlich für Zulagen an die Schwerst- und Schwerarbeiter. Der Getreidebedarfsanteil der Kommunalverbände bestimmt sich aus dem zulässigen Mehlerverbrauch und der vorgeschriebenen Mindestausmahlung des Getreides.

Die Kommunalverbände haben Höchstpreise für die Abgabe von Mehl und Brot an die Verbraucher festzusetzen, eine behördlich geleitete Mehlerverteilungsstelle einzurichten und eine Verbrauchsregelung durchzuführen, welche einerseits einen Mehrverbrauch verhindert, andererseits aber den Versorgungsberechtigten die Gewähr gibt, daß sie die ihnen zukommenden Rationen auch tatsächlich jederzeit erhalten. Dieser Verbrauchsregelung dient die Brotkarte, die das Symbol der ganzen Zwangswirtschaft geworden ist. Die amtliche Tätigkeit der Prüfung des Verbrauchs und der Ausstellung von Mehlanweisungen ist grundsätzlich von der kaufmännischen Tätigkeit zu trennen; insbesondere ist es unzulässig, Mühlen, Kommissionären oder gar Mehlerhändlern, Bäckern oder Verbänden solcher Gewerbetreibenden die Leitung der Mehlerverteilungsstelle anzuvertrauen. Die Verantwortung für die richtige Mehlausgabe trägt im Kommunalverband die Mehlerverteilungsstelle, nach außen der Vorstand des Kommunalverbandes, dem diese unterstellt ist. Die Mehlausgabestellen sind etwa einem Lagerhalter zu vergleichen, der nach besonderen Anweisungen Mehl abzugeben hat, aber nur die Ordnungsmäßigkeit der Anweisungen, nicht auch zu prüfen braucht, ob die Anweisungen selbst inhaltlich richtig sind. Die Mehlerzuweisungen wickeln sich in der Weise ab, daß den einschlägigen Gewerbetreibenden zunächst ein Vorschuß gegeben wird, für die weitere Zeit erhalten sie dann Mehlerzuweisungen nur nach Maßgabe der eingelieferten Brot- und Mehlermarken bei der Mehlerverteilungsstelle. In vielen Fällen ist mit der Geschäftsführung der Mehlerverteilungsstelle ein Nebenbeamter des Bezirksamts oder Stadtrates betraut. Der leichteren Übersichtlichkeit halber haben die Kommunalverbände zu meist vorgeschrieben, daß die Mehl- und Brotmarken auf Bogen mit einer entsprechenden Feldereinteilung aufgeklebt werden müssen. Die Mehlerverteilungsstelle kann dann rasch feststellen, für wieviel kg Brot und Mehl die Marken eingeliefert worden sind. Auch ein Mißbrauch durch nochmalige Verwendung der Marken wird durch das Aufkleben erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Teilweise werden die rückgelieferten Marken gewogen. Aus dem Gewicht wird dann auf Grund vorausgegangener genauer Feststellungen berechnet, welchem Mehlergewicht die Marken entsprechen. Dieses Verfahren dürfte schon deshalb nicht bedenkenfrei sein, weil das Gewicht der Marken je nach dem Feuchtigkeitsgrad oder der Verunreinigung verschieden sein kann, dann aber vor allem, weil es hierbei, selbst wenn öftere Stichproben gemacht werden, doch vorkommen kann, daß anderes Papier unter die meist in Umschlägen eingelieferten Marken gebracht wird. Für die Um-

rechnung von Brot in Mehl ist in jedem Kommunalverband ein bestimmtes Umrechnungsverhältnis (meist 75 Teile Mehl = 100 Teile Brot) festgesetzt. Hiernach werden dann die eingelieferten Brotmarken in Brotmehl umgerechnet und ein entsprechender Bezugsschein, eine Mehlanweisung, ausgestellt, die von der Ausgabestelle beliefert wird. Jede Mehlausgabe muß durch eine Mehlanweisung belegt sein. Ohne eine solche kann kein Gewerbetreibender Mehl vom Kommunalverband beziehen. Er ist daher, abgesehen von etwaigen nicht wesentlich ins Gewicht fallenden Einsparungen durch eine günstigere Ausbeute, nicht in der Lage, Brot und Mehl ohne Brot- und Mehlmarken abzugeben; denn täte er dies, so könnte er vom Kommunalverband für die so abgegebenen Mengen keine Neuzuweisung mehr erhalten und müßte bald seinen Betrieb mangels von Vorräten schließen. Dabei ist selbstverständlich vorausgesetzt, daß er nicht etwa auf unzulässigem Wege Mehl erwirbt.

Nach der Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915 über das Ausmahlen von Brotgetreide können die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen die Ausmahlung des Brotgetreides in der Weise zulassen, daß hierbei ein Auszugsmehl bis zu 10 v. H. hergestellt wird. Von dieser Ermächtigung hat Bayern Gebrauch gemacht. Der Umfang, in dem Auszugsmehl hergestellt wurde, war bei den einzelnen Kommunalverbänden verschieden. In die spätere Reichsgetreideordnung ist die genannte Bestimmung nicht übernommen worden. Das Bedürfnis nach einem besseren Haushaltungsmehl ist aber bestehen geblieben. Die bayerische Regierung hat daher mit Entschließung vom 26. März 1917 genehmigt, daß die Kommunalverbände ihren Weizenvorräten bei der Vermahlung das nach den örtlichen Bedürfnissen erforderliche Haushaltungsmehl entnehmen. Durch die Herstellung von Auszugs- oder Haushaltungsmehl darf aber der Bedarfsanteil des Kommunalverbandes nicht überschritten und das Recht der Bevölkerung auf die ihr zustehende Mehlmenge nicht verkürzt werden. Es muß daher auch der für das Haushaltungsmehl bestimmte Weizen bis zu der gesetzlichen Mindestausbeute ausgemahlen, das dabei anfallende Nachmehl dem Brotmehl wieder beigemischt werden. Dieses Vorgehen hat zu Meinungsverschiedenheiten mit der Reichsregierung geführt, die es als unzulässig bezeichnet hat. Eine solche Unzulässigkeit kann formell allenfalls daraus gefolgert werden, daß die obengenannte Ermächtigung, die Herstellung eines Auszugsmehles bis zu 10 v. H. zuzulassen, in die späteren Reichsgetreideordnungen nicht übernommen worden ist. Nach der Reichsgetreideordnung bestimmt die Reichsgetreidestelle, bis zu welchem Mindestsatze das Getreide auszumahlen ist. Hiergegen verstößt die Herstellung von Haushaltungsmehl bei Verwendung des Nachmehles für die Brotbereitung nicht. Es wird vielmehr nur das in verschiedenen Mahlgängen gewonnene Mehl getrennt abgegeben. Die in späteren Entwürfen vorgesehene Ermächtigung der Reichsgetreidestelle zu bestimmen, in welcher Weise das Getreide ausgemahlen werden soll, ist auf den Widerspruch der süddeutschen Regierungen nicht durchgedrungen. Die Beseitigung des bayerischen Haushaltungsmehles hätte der Versorgung nichts gedient; sie wäre eher geeignet gewesen, die Getreideerfassung durch noch stärkere Zunahme des unerlaubten Getreide- und Mehlerwerbs zu beeinträchtigen. Nach Haushaltungsmehl besteht ein so allgemeines Bedürfnis, daß man es auf die Dauer ohne Schaden für die ganze Versorgungsregelung nicht unberücksichtigt lassen kann.

Die Ausmahlung des Haushaltungsmehles ist bei den Kommunalverbänden verschieden gehandhabt worden. Sie schwankt zwischen 60 und 75 v. H. Nach der Höhe der jeweils vorgeschriebenen Mindestausmahlung, der Grenze, bis zu der das Haushaltungsmehl gezogen wird, und der Ration an Haushaltungsmehl richtet sich der Anfall an Nachmehl. Wenn z. B. das Haushaltungsmehl zu 60 v. H. gezogen wird, die vorgeschriebene Mindestausmahlung dagegen 85 v. H. beträgt, so fallen für je 100 kg zur Herstellung von Haushaltungsmehl verwendetes Getreide 25 kg Nachmehl an. Der Gesamtanfall an Nachmehl in einem Kommunalverband G errechnet sich, wenn die Zahl der Versorgungsberechtigten 100 000

und der Anteil der Versorgungsberechtigten an Haushaltungsmehl für die vierwöchentliche Versorgungsperiode 1 kg, die vorgeschriebene Mindestausbeute 85 v. H., die Grenze, bis zu der das Haushaltungsmehl gezogen wird, 60 v. H. beträgt, aus der Gleichung

$$G = \frac{100\,000 \times 100 \times 25}{60 \times 100} \text{ auf } 41\,667 \text{ kg.}$$

Zur Brotmehlherstellung verbleiben diesem Kommunalverband für 4 Wochen bei einer Tagesration von 0,2 kg

$$\frac{100\,000 \times 0,2 \times 28 \times 100}{85} - \frac{100\,000 \times 1 \times 100}{60} = 492\,157 \text{ kg}$$

Getreide. Diese ergeben 418 333 kg Brotmehl. Auf 100 kg 85%iges Brotmehl treffen daher rund 10 kg Nachmehl. Es ergibt sich ein Anfall von

100 000 kg Haushaltungsmehl,
41 667 kg Nachmehl und
418 333 kg Brotmehl

d. i. insgesamt 560 000 kg Mehl oder je Versorgungsberechtigten und Tag 0,2 kg Mehl.

Die 142. Ausgabe der Münchener Brotkarte wies z. B. für die Zeit vom 23. Mai 1921 bis 5. Juni 1921, d. i. für 14 Tage, insgesamt aus

8 Marken zu je 250 g Brot = 2000 g Brot,
10 Marken zu je 50 g Brot = 500 g Brot,
1 Marke zu 500 g Brot,
10 Semmelmarken von zusammen 500 g Brot

Summe: 3500 g Brot = 2625 g Mehl oder

3088 g Getreide.

Für die Marke zu 500 g Brot konnten wahlweise 340 g Haushaltungsmehl bezogen werden. Auch für die 10 Semmelmarken erhielt man die gleiche Menge (340 g) Haushaltungsmehl. München müßte hiernach, wenn jedermann sein Haushaltungsmehl und die Semmeln oder das auf die Semmelmarken zu beziehende Haushaltungsmehl tatsächlich abgenommen und nicht etwa dafür das gewöhnliche Brot bezogen hätte, rund 25 v. H. des Gesamtmehlbedarfs in Haushaltungsmehl hergestellt haben. Dabei ist die Krankenversorgung noch nicht berücksichtigt. Das Nachmehl würde sich hierbei, wenn das Haushaltungsmehl zu 60% gezogen ist, auf rund 15% des übrigen Brotmehles belaufen haben.

Es ist selbstverständlich, daß durch die Verwendung so großer Mengen von Nachmehl, das insbesondere bei einer hohen Mindestausmahlung sehr viel Kleiebestandteile enthält, die Qualität des Brotes stark leidet. Dies hat dazu geführt, daß sich im Verlaufe der öffentlichen Getreidebewirtschaftung da und dort Widerstände gegen die Beimischung des Nachmehls geltend machten. In vereinzelten Fällen wurde von dieser Beimischung auch abgesehen und das Nachmehl anderweitig verwertet. Daraus mußte sich — wenn nicht gleichzeitig die Brotkarte gekürzt wurde — ein Mehrverbrauch ergeben. Auch wurden Vorschläge dahin gehend gemacht, daß anstatt der Verwertung des Nachmehls das übrige Getreide höher ausgemahlen und dadurch der durch die Nichtverwertung des Nachmehls entstehende Ausfall wieder ausgeglichen werden sollte. Das hätte bedeutet, daß ein Teil des Getreides niedriger (etwa bis zu 60 oder 70%), der andere dafür entsprechend höher ausgemahlen worden wäre. Da nach den Bestimmungen über die Ausmahlung die betreffende Getreideart bis zu einem gewissen Mindestsatz ausgemahlen werden muß, bestanden gegen eine solche Regelung rechtliche Bedenken; denn dadurch, daß ein Kommunalverband einen Teil seines Getreides über die vorgeschriebene Mindestausmahlung hinaus für die menschliche Ernährung ausbeuten läßt, ist er noch nicht berechtigt, für das übrige Getreide von dem vorgeschriebenen Mindestausmahlungssatz abzuweichen. Immerhin wäre — vom praktischen Standpunkt der Brotversorgung aus betrachtet — gegen ein

solches Verfahren insoweit nicht allzuviel einzuwenden, als der durch die Nichtverwendung des Nachmehles entstehende Verlust tatsächlich durch höhere Ausmahlung anderer Getreidemengen ausgeglichen wird und dadurch nicht etwa eine noch größere Verschlechterung des Brotes sich ergibt als durch die Verwendung des Nachmehles. Ein voller Ausgleich wird aber nur dann möglich sein, wenn nicht ohnehin schon eine sehr hohe Ausmahlung vorgeschrieben ist, ferner wenn das Haushaltungsmehl selbst bis zu einer möglichst hohen Grenze gezogen und in nicht zu großen Mengen hergestellt wird. Ob freilich bei einem vollen Ausgleich, der durch die Nichtverwendung des Nachmehles an sich für die Qualität des Brotes sich ergebende Vorteil nicht wieder vollständig aufgehoben wird, ist eine andere Frage. Denn die Ausmahlung muß dann soweit gehen, daß das gewonnene Brotmehl fast die ganze Kleie enthält. Es wird daher ungefähr auf das gleiche herauskommen, ob das Nachmehl dem Brotmehl beigemischt oder als Ersatz dafür anderes Getreide statt zu 85% z. B. zu 95% zu Brotmehl verarbeitet und als solches verwendet wird. Ein Vorteil könnte allenfalls in der Verarbeitung liegen, weil das Nachmehl immer besonders vermischet werden muß. Da es nicht überall in den gleichen Mühlen anfällt, wo es zur Vermischung benötigt ist, so kann es auch vorkommen, daß es längere Zeit stehen bleibt und dadurch Schaden nimmt und dann allerdings die Brotqualität mehr beeinträchtigt als etwa ein einheitlich gewonnenes entsprechend höher ausgemahlenes Brotmehl. Ein Gutachten der Untersuchungsanstalt für Getreide- und Mehlgewinnung in Berlin ist tatsächlich zu dem Schluß gekommen, daß die höhere Ausmahlung der Beimengung von Nachmehl für die Qualität des Brotes vorzuziehen sei.

Mit der Aufgabe der Getreidebeschlagnahme und der Einführung des Umlageverfahrens ist auch den bayerischen Kommunalverbänden die Herstellung eines besonderen Haushaltungsmehles verboten worden.

Über den Getreidebedarf Bayerns für die Brotversorgung in den einzelnen Wirtschaftsjahren ist jeweils ein Wirtschaftsplan aufgestellt worden, der zugleich in großen Zügen ein Spiegelbild für die Bewirtschaftung des Brotgetreides überhaupt gibt. Die Wirtschaftspläne für die Wirtschaftsjahre 1917/18—1921/22 sind im Tabellenwerk in den Tabellen VII, IX und X beigegeben. Wie es auch sonst bei Voranschlägen vorkommt, so sind auch die Wirtschaftspläne für die Brotversorgung nicht durchweg eingehalten worden. Immerhin sind erhebliche Abweichungen nicht eingetreten.

Bis zur 2. Hälfte des Wirtschaftsjahres 1919/20 konnte der jeweilige Bedarf der Kommunalverbände, abgesehen von vereinzelten Schwierigkeiten gegen Schluß des Wirtschaftsjahres 1918/19, durch die Landesgetreidestelle dank der günstigen eigenen Erfassung und der starken Heranziehung der Gerste für die Brotbereitung im allgemeinen jederzeit rechtzeitig gedeckt werden. Ernstliche Versorgungsschwierigkeiten ergaben sich dagegen in der 2. Hälfte des Wirtschaftsjahres 1919/20, wo Bayern infolge der zum großen Teil aus politischen Gründen erfolgten Heraufsetzung der Ration und der Herabsetzung der Ausmahlung auf 80 bzw. 82% erstmals in erheblichem Umfange auf Lieferungen durch die Reichsgetreidestelle angewiesen war, die, weil diese selbst nur knappe Vorräte hatte, trotz ständigen Drängens nicht immer rechtzeitig eintrafen. Auch gegen Ende des Wirtschaftsjahres 1920/21 ist die Reichsgetreidestelle mit ihren Lieferungen stark im Rückstand geblieben, einmal weil der bayerische Bedarf durch Erhöhung der Anzahl der Versorgungsberechtigten gewachsen war, dann weil Bayern, obwohl es der Reichsgetreidestelle wiederholt mündlich und schriftlich mitgeteilt hatte, daß es sein Aufkaufssoll nicht erreichen könne und daher der Fehlbedarf sich entsprechend erhöhen werde, immer noch das ganze Aufkaufssoll als zur Brotversorgung zur Verfügung stehend angerechnet wurde und auch die Auslandsgetreidelieferungen in höherem Umfange als sie tatsächlich erfolgt waren, in die Abgleichung eingesetzt worden waren. Es ist deshalb zu einem scharfen Zusammen-

stoß gekommen, mit dem sich auch die Presse beschäftigt hat. Die Gegensätze wurden schließlich nach Klarstellung der Verhältnisse und Wiederaufnahme der Belieferung Bayerns in dem notwendigen Umfang wieder völlig ausgeglichen und das frühere gute Einvernehmen zwischen Bayern und dem Reich in dieser Beziehung wieder hergestellt.

Der tatsächliche Verbrauch der Kommunalverbände für die Versorgungsberechtigten in den einzelnen Wirtschaftsjahren läßt sich ziffermäßig genau nur schwer feststellen, weil der Schnittpunkt für den Verbrauch zwischen 2 Wirtschaftsjahren nicht immer scharf gezogen werden kann. Man muß bei einer solchen Feststellung so vorgehen, daß man an die Bestände der Kommunalverbände alter Ernte an Getreide und Mehl (dieses in Getreide umgerechnet) vom 15./16. August anbindet, hiervon den Vorverbrauch von Getreide neuer Ernte absetzt, den Istaufkauf an Brotgetreide aus der neuen Ernte, die Lieferung von Gerste zur Brostreckung und den Zukauf von Auslandsgetreide hinzurechnet, die Ablieferung an Zuschußkommunalverbände und sonstige Empfänger und die Bestände an Getreide alter Ernte vom 15. August des folgenden Jahres wieder absetzt, den Vorverbrauch von Getreide der nächsten Ernte dagegen hinzurechnet. Schwierigkeiten bereitet dabei vornehmlich der Umstand, daß aus den Kommunalverbänden wiederholt Gerste für Brauzwecke herausgenommen oder umgekehrt den Kommunalverbänden unter Kürzung der Belieferung des Braukontingents Gerste aus Brauereien zugewiesen wurde.

Die Tabelle XI des Tabellenwerks zeigt unter dem gemachten Vorbehalt, wie sich der tatsächliche Getreideverbrauch für die öffentliche Brot- und Mehlversorgung während der Wirtschaftsjahre 1917/18 bis 1920/21 gestellt hat. Im Zusammenhalt mit den Wirtschaftsplanen ergibt sich dabei, daß Bayern jeweils mit den ihm zustehenden Bedarfsanteil auch auszukommen verstanden hat, obwohl die Wirtschaftspläne insbesondere keinerlei Abzug für Schwund und sonstige Verluste vorgesehen haben.

g) Die Brotversorgung der Pfalz.

Als Besonderheit in der Versorgung der Pfalz ist das Abkommen hervorzuheben, das die Landesgetreidestelle am 31. Juli 1919 mit der pfälzischen Kreisregierung im Hinblick auf die dortigen Ernährungsschwierigkeiten mit Genehmigung des Staatsministeriums des Innern getroffen hat. Die Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, kann hiernach im Notfalle alle jene Befugnisse ausüben, die der Landesgetreidestelle nach den bayerischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung zustehen; ferner erfolgen Getreideüberweisungen aus pfälzischen Bezirken ausschließlich durch die Regierung der Pfalz, der grundsätzlich auch die Zuteilungen aus dem rechtsrheinischen Bayern und entsprechende Lieferungen der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellt werden. Auch ein eigener Mühlensachverständiger wurde der Pfalz-Regierung überlassen. Finanzielle Aufwendungen, die der Regierung der Pfalz aus der Ausübung der ihr hiernach übertragenen Befugnisse entstehen, sind ihr von der Landesgetreidestelle zu ersetzen. Die Versorgung der zum Saargebiet gehörigen Gemeinden sollte nach wie vor in gleicher Weise erfolgen, wie die der übrigen Pfalz. Hierin ist im Wirtschaftsjahr 1921/22 eine Änderung eingetreten, auf die in der Darstellung des Umlageverfahrens kurz eingegangen werden wird.

Die schlechte Anlieferung von Brotgetreide zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1919/20 hat alsbald zu schweren Besorgnissen für die Versorgung der bayerischen Bevölkerung, ganz besonders aber für die der Pfalz geführt. Die Landesgetreidestelle hat daher schon am 25. Oktober 1919 in einem dringenden Telegramm an das Direktorium der Reichsgetreidestelle die Bitte gerichtet, sofort in Anrechnung auf den Landesfehlbedarf 3000 t Roggen für die Pfalz zur Verfügung zu stellen. Die Reichsgetreidestelle hat diese Lieferung davon abhängig gemacht, daß Bayern außer bereits zugesagten 5000 t weitere 6000 t Braugerste für nichtbayerische Betriebe zur Verfügung stelle. Hiergegen hat Bayern nachdrücklich

Protest erhoben, da die Reichsgetreidestelle zur Deckung seines Fehlbedarfs verpflichtet sei, es auch an Gerste einen Fehlbetrag aufweise und daher keine Verpflichtung habe, der Reichsgetreidestelle bayerische Gerste zu überlassen. Dabei wurden jedoch nach Möglichkeit weitere Gerstenlieferungen in Aussicht gestellt. Nach wiederholten Hinweisen auf die bedrohliche Lage hat schließlich die Reichsgetreidestelle in letzter Stunde vor dem völligen Zusammenbruch der Versorgung der Pfalz hierfür einstweilen wenigstens die Hälfte des angeforderten dringenden Bedarfs mit 1500 t Roggen-, Weizen- und Gerstenmehl zugewiesen und diese Zuteilung alsbald auf die angeforderten 3000 t erhöht. Die Schwierigkeiten der Getreideversorgung der Pfalz waren damit nicht behoben. Die Landesgetreidestelle war auch fernerhin nicht in der Lage, die Pfalz aus dem rechtsrheinischen Bayern ausreichend zu beliefern. Eine solche Versorgung erschien überdies unwirtschaftlich, weil später die entsprechende Menge Auslandsgetreide vom Rhein her wieder in das rechtsrheinische Bayern geschafft werden mußte. Auch ein Ausgleich zwischen den pfälzischen Kommunalverbänden hat eine nennenswerte Besserung in der Versorgung der pfälzischen Zuschußkommunalverbände nicht herbeiführen können. Die Not der pfälzischen Kommunalverbände hat dazu geführt, daß die Vorschriften über die zentrale Erfassung der Gerste durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, in weitem Umfange nicht mehr beachtet und dadurch der Gerstenaufkauf der Landesgetreidestelle gestört wurde. All diese Verhältnisse haben der Landesgetreidestelle Veranlassung gegeben, an die Reichsgetreidestelle das Ansuchen zu stellen, die Mehlgversorgung der Pfalz unmittelbar zu übernehmen und zur Vermeidung von Schädigungen der pfälzischen Mülerei das hierfür benötigte Mehl in den pfälzischen Mühlen herstellen zu lassen, oder, entgegen den Geschäftsbedingungen der Reichsgetreidestelle, die pfälzischen Kommunalverbände statt mit Mehl mit Getreide zu beliefern. Nach anfänglichen Einwendungen hat die Reichsgetreidestelle schließlich diesem Ansuchen mit Wirkung vom Januar 1920 ab entsprochen. Die Mehlgversorgung der Pfalz ist aber auch fernerhin wiederholt, insbesondere dadurch ins Stocken geraten, daß Baden an seine Mühlen Anweisung hat ergehen lassen, die von der Reichsgetreidestelle verfügbaren Mehllieferungen nach Orten außerhalb Badens erst nach Freigabe durch das Ministerium auszuführen. Auch sonst hat die Versorgung der Pfalz durch die Reichsgetreidestelle, die bei dem ungenügenden Inlandsaufkauf und der Verzögerung einer entsprechenden Getreideeinfuhr durch das Reichswirtschaftsministerium selbst nicht über die nötigen Vorräte verfügte, nicht durchweg funktioniert. Die Lage war trotz ständigen Drängens der Landesgetreidestelle auf bessere Belieferung wiederholt bedrohlich ernst. Nur unter Heranziehung aller möglichen Streckungsmittel und durch mehrmaliges Einspringen der Landesgetreidestelle haben die pfälzischen Kommunalverbände die Brotversorgung ihrer Bevölkerung noch einigermaßen durchführen können. Ende April 1920 ist die Reichsgetreidestelle mit einer Lieferung von etwa 5000 t, Mitte Juli 1920 sogar mit einer solchen von 10 000 t im Rückstand gewesen. Diese Notlage hat auch dazu geführt, daß teilweise hochwertiges Saatgut, das auf Saatkarten hauptsächlich aus Norddeutschland bezogen worden war, Ernährungszwecken zugeführt worden ist. Die Landesgetreidestelle hat daher trotz schwerer Bedenken angesichts der knappen Bestände für das rechtsrheinische Bayern Mitte Juli 1920 die Versorgung der Pfalz wieder selbst übernommen, da eine weitere Stockung der Brotgetreideversorgung dort politisch ganz besondere Nachteile befürchten ließ. Sie hat der Regierung der Pfalz sofort entsprechende Mengen Gerste und Auslandsgetreide zur Deckung des dringendsten Bedarfs zur Verfügung gestellt.

Der eine Zeitlang erwogene Gedanke, in der Pfalz eine eigene Zweigstelle der Landesgetreidestelle zu errichten, ist wieder aufgegeben worden, da die dem Ernährungsreferat der Kreisregierung eingeräumten Befugnisse von diesem mit bestem Erfolg gehandhabt wurden und es daher zweckmäßig erschien, von einer Neuorganisation abzusehen. Nennenswerte Störungen in der Brotversorgung der Pfalz sind seit Juli 1920 nicht mehr eingetreten.

h) Die Brotversorgung der Fremden.

Die kommunalverbandsweise Regelung des Verbrauchs vermochte dem Verkehrsbedürfnis nicht völlig gerecht zu werden. Dieses verlangte schon bald nach Einführung der Rationierung von Brot und Mehl nach einer gewissen Freizügigkeit der zum Bezug berechtigenden Ausweise. Insbesondere machte sich ein solches Bedürfnis da mit ganz besonderem Nachdruck geltend, wo ein Kommunalverband von einem anderen vollständig umschlossen ist, wie dies für eine Reihe bayerischer Kommunalverbände zutrifft, z. B. Landshut-Stadt und Landshut-Land. Bei einer solchen Lage muß sich ein reger Wechselverkehr zwischen den beiden Kommunalverbänden ergeben. Diesem suchten verschiedene Kommunalverbände dadurch entgegenzukommen, daß sie die gegenseitige Anerkennung ihrer Brot- und Mehlkarten vereinbarten und in bemessenen Zeitabständen miteinander abrechneten. Solche Abmachungen erwiesen sich für den nachbarlichen Verkehr als außerordentlich zweckmäßig. Darüber hinaus machte sich jedoch, je mehr die Reisezeit herannahte, desto eindringlicher das Bedürfnis nach allgemeiner Freizügigkeit der Brotmarken innerhalb des ganzen Landes geltend. Eine solche konnte auf der Grundlage des Reichsverteilungsplans nur für die Angehörigen der bayerischen Kommunalverbände in Aussicht genommen werden. Es wäre denkbar gewesen, eine allgemeine Einheitsbrotmarke für ganz Bayern zu schaffen, welche die Kommunalverbandsbrotmarke ersetzt hätte. Dabei hätten aber die verschiedenen Bedürfnisse der Kommunalverbände nicht genügend berücksichtigt werden können. Es wäre auch denkbar gewesen, die Kommunalverbände allgemein zu gegenseitiger Anerkennung ihrer Brotmarken und periodischer Abrechnung untereinander zu veranlassen. Auch eine solche Regelung konnte jedoch nicht als zweckmäßig erachtet werden; sie hätte insbesondere Fälschungen der Brotmarken außerordentlich erleichtert. So mußte nach einem Mittel gesucht werden, das ohne zu starken Eingriff in die verschiedenen Bedürfnisse der Kommunalverbände dem Ziele, einen freizügigen Versorgungsausweis für den Brotempfang zu schaffen, entsprach. Zu diesem Zweck ordnete eine Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 27. Mai 1915 (Staatsanzeiger Nr. 123 II. Blatt) an, daß die Landesvermittlungsstelle, bei der eine eigene Abteilung für Brotmarken errichtet worden war, Landesbrotmarken auszugeben habe, die innerhalb des ganzen damaligen Königreichs Bayern Geltung haben sollten. Die Landesbrotmarken wurden in der Größe einer Briefmarke hergestellt und trugen das bayerische Wappen sowie die Inschrift „Bayern 40 g Brot“. 6 Landesbrotmarken stellten den zulässigen Tagesbedarf dar. Die Marken wurden in Heften zu 30, 60 und 90 Stück und in Bogen zu 90 Marken ausgegeben. Sie wurden auf Bestellung nur an bayerische Kommunalverbände geliefert. Jedem Kommunalverband wurden die von ihm bezogenen Landesbrotmarken auf seinen Bedarfsanteil in Mehl für den nächsten Monat von der Landesvermittlungsstelle angerechnet, und zwar in Höhe von $\frac{5}{6}$ des durch sie ausgewiesenen Gesamtbrotgewichts, also für 6 Landesbrotmarken à 40 g 200 g Mehl. Die vom Kommunalverband bezogenen Landesbrotmarken können von ihm nur an Personen seines Bezirks abgegeben werden, die von ihm zu versorgen sind und nur an Stelle und in Anrechnung auf die gewöhnliche Kommunalverbandsbrotkarte. Selbstversorger können mit Landesbrotmarken nur versehen werden gegen Ablieferung des treffenden Teils ihrer Vorräte an den Kommunalverband. Ein Anspruch der Versorgungsberechtigten auf Landesbrotmarken gegen den Kommunalverband besteht nicht. Derjenige Kommunalverband, in dessen Bezirk Landesbrotmarken durch den Bezug von Brot verwertet werden, hat sie zu sammeln und nach näherer Anordnung der Landesvermittlungsstelle an diese einzusenden, die ihm dann das hierdurch ausgewiesene Gesamtbrotgewicht zu $\frac{5}{6}$ in Mehl gutbringt. In dem Ersatz der Landesbrotmarken zu $\frac{5}{6}$ ihres Wertes in Mehl ist zugleich der durch den Reiseverkehr entstehende Verbrauch an Küchenmehl berücksichtigt. Denn für 240 g Brot werden 200 g Mehl gutgebracht, während bei einem Ausbackverhältnis von 3 : 4 hierzu nur 180 g Mehl benötigt werden. Es verbleiben

dem Kommunalverband daher für je 6 vereinnahmte Landesbrotmarken 20 g Küchenmehl. Aus der so für den Kommunalverband entstehenden Einsparung konnten ohne Kürzung des übrigen Verbrauchs die Gastwirtschaften mit Küchenmehl versorgt werden. Die Einführung der Landesbrotmarken ermöglichte aber auch die Durchführung der Anordnung, daß die Wirtschaften Brot nur gegen Brotkartenabschnitte oder Landesbrotmarken abgeben durften. Die Brotversorgung nichtbayerischer Reichsdeutscher und Ausländer erfolgt nach Bedarf mit Landesbrotmarken oder Kommunalverbandsbrotmarken. Auf Grund der der Landesvermittlungsstelle hierüber eingereichten Nachweise wird hierfür aus einer Landessonderrücklage¹⁾ Ersatz geleistet.

Die Landesbrotmarken wurden erstmals am 11. Juni 1915 kostenfrei an die Kommunalverbände ausgegeben. Die Herstellung erfolgte zunächst durch das Hauptmünzamt, später wurde die Firma Dr. Wild'sche Buchdruckerei Gebr. Parcus in München mit der Herstellung betraut. Die Einführung der Landesbrotmarke hat sich gut bewährt, sie wurde anderen Bundesstaaten zum Vorbild, die bald ebenfalls Landesbrotmarken (auch Reisebrotmarken, Gastmarken genannt) einführten. Im Wege der Vereinbarung wurde mit Württemberg, Baden, Sachsen, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern-Sigmaringen und Hessen-Darmstadt die gegenseitige Anerkennung dieser Marken erreicht. Die bayerische Landesbrotmarke ist darüber hinaus der Anstoß zu einer einheitlichen Reichsreisebrotmarke geworden, zu der die Schwierigkeiten drängten, die sich für den Reiseverkehr aus den Verschiedenheiten in der Regelung der Brotversorgung der Fremden in den einzelnen Bundesstaaten ergaben.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat nach Benehmen mit den Bundesregierungen auf Grund des § 50 Absatz 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1916 mit Wirkung vom 15. Oktober 1916 die Einführung von Reichsreisebrotmarken angeordnet. Diese wurden schwarzweißrot in Heften und in Bogen mit Gültigkeit für das gesamte Reichsgebiet ausgegeben. Um Nachahmungen zu erschweren und Fälschungen leichter aufdecken zu können, wurden die Reichsreisebrotmarken fortlaufend numeriert. Sie traten, soweit in einzelnen Bundesstaaten besondere Brotmarken für den Reiseverkehr eingeführt waren, an die Stelle dieser Ausweise. Die früher notwendigen Brotkarten-Abmeldescheine wurden dadurch bei vorübergehender Änderung des Aufenthalts entbehrlich. Die Reichsreisebrotmarken lauteten auf 40 g Brot und 10 g Gebäck. An Stelle des Gebäcks kann Mehl in dem von den Landeszentralbehörden oder den Kommunalverbänden bestimmten Verhältnis beansprucht werden. Die Einlösung der Reichsreisebrotmarken ist an eine bestimmte Zeit nicht gebunden. Ihre Lieferung erfolgt gegen Erstattung der Herstellungskosten durch die Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände. Die Ausgabe darf von den Kommunalverbänden nur an die von ihnen zu versorgenden Personen an Stelle oder gegen Umtausch der gewöhnlichen Brotkarten oder eines entsprechenden Teils derselben stattfinden. Selbstversorger dürfen Reisebrotmarken nur im Umtausch gegen die Mahlkarte bzw. unter entsprechender Kürzung der ihnen zur Vermahlung für den nächsten Versorgungszeitraum zustehenden Getreidemengen erhalten. Jedem Kommunalverband werden $\frac{3}{4}$ der Gesamtgewichtsmenge, auf welche die von ihm bezogenen Reisebrotmarken lauten, vom übernächsten Monatsbedarfsanteil an Mehl gekürzt oder seiner Ablieferungsschuld — in Brotgetreide umgerechnet — zugeschrieben. Die im Bezirk verwendeten Reisebrotmarken sind zu sammeln und zu vernichten. Die Reichsgetreidestelle leistet für diese Mengen gegen entsprechende Bestätigung Ersatz in Mehl. Die in einzelnen Bundesstaaten eingeführten Brotmarken für den Reiseverkehr durften nur noch bis 1. November ausgegeben und bis 1. Dezember verwendet werden.

¹⁾ Die Rücklage ist nicht zu verwechseln mit der unter 5. e erwähnten Landesrücklage; es handelt sich hier um eine zur Befriedigung besonderer Bedürfnisse von der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellte Getreidemenge (vgl. Dr. Haselberger „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“ Abschnitt III, Ziff. 7 in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917, S. 399).

Auf Grund der Ermächtigung der Landeszentralbehörden, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen, hat das Staatsministerium des Innern für Bayern bestimmt, daß die Ausgabe der Reichsreisebrotmarken in gleicher Weise wie bisher die Ausgabe der Landesbrotmarken durch die Landesvermittlungsstelle zu erfolgen habe, ferner daß ein Brotkartenabmeldeschein künftig nur bei Veränderung des Wohnsitzes auszustellen sei, und daß der Brotkartenabmeldeschein nur in einem solchen Fall Anspruch auf Versorgung durch den neuen Kommunalverband gebe. Die Reichsreisebrotmarken wurden den Kommunalverbänden nicht, wie die Landesbrotmarken, unentgeltlich, sondern nur gegen Ersatz der Herstellungskosten zur Verfügung gestellt; die Abgabe an die Verbraucher hat dagegen unentgeltlich zu erfolgen, ist auf die Fälle des Bedürfnisses zu beschränken und darf nicht dazu dienen, die Kommunalverbandsbrotmarken allgemein zu ersetzen. Weiter wurde bestimmt, daß mit der Einführung der Reichsreisebrotmarken die örtlichen Tagesbrotkarten für den Reiseverkehr in Wegfall zu kommen und lediglich ausländischen Übernachtungsgästen unter entsprechendem Vermerk im Reisepaß noch für die Dauer ihres Aufenthalts Reichsreisebrotmarken ausgehändigt werden dürfen. Für den dadurch entstehenden Verbrauch konnten die Kommunalverbände, wenn er $\frac{1}{2}\%$ des Monatsbedarfs überstieg, bei der Landesvermittlungsstelle Erstattung der zuständigen Mehlmenge beantragen.

Dadurch, daß der Ersatz für die Reisebrotmarken in Mehl im Verhältnis von 4 : 3 erfolgte, kam die bei den Landesbrotmarken mögliche Einsparung für Zuweisungen von Küchenmehl an Gastwirtschaften in Wegfall. Die Kommunalverbände wurden daher angewiesen, Vorsorge zu treffen, daß die Gäste den Wirtschaften eine entsprechende Anzahl ihrer Marken zur Deckung des für ihren Speisebedarf nötigen Mehles überließen, sofern nicht aus etwaigen Einsparungen Zuweisungen an die Wirte erfolgen konnten. Sonst hat die Einführung der Reisebrotmarken an der Verrechnung gegenüber dem bisherigen Verfahren bei den Landesbrotmarken nichts geändert. Die Kommunalverbände hatten den Reisebrotmarkenverkehr durch besondere Anordnungen zu regeln, damit gegen mißbräuchliche Verwendung nach § 57 der Reichsgetreideordnung vorgegangen werden konnte. Die näheren Bestimmungen über Ausgabe und Rücklieferung der Reichsreisebrotmarken wurden der Landesvermittlungsstelle überlassen. Diese ließ die Reichsreisebrotmarken mit Zustimmung des Direktoriums der Reichsgetreidestelle bei der Firma Dr. Wild'sche Buchdruckerei Gebr. Parcus in München herstellen und verfügte den Versand nach Maßgabe der eingegangenen Bestellungen. Die Kommunalverbände erhielten von der Landesvermittlungsstelle Rechnung, die sie unmittelbar an die genannte Firma zu begleichen hatten. Die in Bayern hergestellten Reichsreisebrotmarken unterschieden sich von denen des übrigen Reichs insbesondere dadurch, daß die Stellung der Ziffern eine andere war als bei den von der Reichsgetreidestelle ausgegebenen. Sie wurden daher anfänglich da und dort für Fälschungen gehalten.

Die Reichsreisebrotmarken haben in der Folge eine wiederholte Umgestaltung erfahren, vor allem erhielten sie zur Erschwerung von Fälschungen einen Wertpapierunterdruck durch einen im grauen Felde stehenden weißen Reichsadler. Außerdem wurden sie zur Ersparnis von Papier verkleinert. Vorübergehend wurden zu dem Zwecke auch Reisebrotmarken zu 500 g Brot eingeführt, die aber wenig Anklang fanden und alsbald wieder aufgegeben wurden. Später fiel der auf 10 g lautende Abschnitt wegen technischer Schwierigkeiten der Herstellung weg. Die Marken lauteten fortan auf 50 g. Bayern hat den 10 g-Abschnitt noch eine Zeitlang beibehalten, ihn aber schließlich auf Drängen der Reichsgetreidestelle ebenfalls aufgegeben. Die bayerische Regierung hielt es nämlich für angezeigt, daß auch Kuchen und Mehlspeisen nur gegen Marken abgegeben werden, und daß der Markenzwang auch auf das Küchenmehl der Gastwirtschaften ausgedehnt werde, weil nur so die zugewiesene Mehlmenge von dem Kommunalverband restlos an die Verbraucher hinausgegeben werden konnte, ohne daß Abzüge für Gastwirtschaften und Konditoreien

veranlaßt waren. Als Ersatz für den Wegfall der 10 g-Abschnitte wurden in Bayern am 8. November 1918 Landeswechselbrotmarken von 10 g in der Gestalt der früheren Landesbrotmarken ausgegeben.

Im weiteren Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung wurde die schon früher gelegentlich aufgetauchte Idee immer lebhafter erörtert, die Reichsreisebrotmarken durch Einführung einer allgemeinen Reichsbrotmarke entbehrlich zu machen. Diesem bei flüchtiger Betrachtung verlockend erscheinenden Gedanken standen jedoch so erhebliche Bedenken entgegen, daß er bei den maßgebenden Stellen keinen Anklang fand. Die hauptsächlichsten Gegen Gründe waren, daß das Ausbackverhältnis in den einzelnen Kommunalverbänden etwa in den Grenzen von 130 bis 147 kg Brot = 100 kg Mehl verschieden hoch festgesetzt war, und daß die Grundration in den einzelnen Kommunalverbänden durch die Ausgestaltung des Zulagensystems in verschiedener Höhe ausgegeben wurde. Insbesondere wurde aber auch darauf hingewiesen, daß eine wirksame Kontrolle der Brotmarkenausgabe in den einzelnen Gemeinden bei Schaffung einer solchen Einheitsbrotmarke außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde.

Die Reichsreisebrotmarken, die in Bayern anfänglich wegen ihrer häßlichen Ausgestaltung im Gegensatz zu der schmucken bayerischen Landesbrotmarke wenig Anklang fanden, haben sich immerhin gut bewährt und sind — solange die Getreidezwangswirtschaft straff durchgeführt wurde — für den Reiseverkehr unentbehrlich gewesen. Sie wurden, wenn auch mit verschiedenen Umgestaltungen, für die ganze Dauer der eigentlichen Zwangsbewirtschaftung des Getreides beibehalten und darüber hinaus auch noch unter der Geltung des Umlageverfahrens. Da es jetzt aber überall auch freies Brot zu kaufen gibt, hat die Reichsreisebrotmarke naturgemäß an Bedeutung erheblich verloren. Dies kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß die Bestellungen der Kommunalverbände ganz erheblich zurückgegangen sind. Von verschiedenen Seiten ist im Hinblick auf die stark gestiegenen Druckkosten mit der Einführung des Umlageverfahrens die Aufhebung der Reichsreisebrotmarken mit der Begründung beantragt worden, daß jetzt freies Brot gekauft werden könne und der Reisende daher nicht mehr auf eine überall gültige Brotmarke angewiesen sei. Gegen diesen Schritt bestanden bei den zuständigen Reichsstellen insofern Bedenken, als das freie Brot wesentlich teurer war als das Umlagebrot und der Reiseverkehr sich nicht lediglich auf die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung beschränkt, vielmehr insbesondere kaufmännische Angestellte u. dgl. sich nicht selten ständig auf Reisen befinden und darauf angewiesen sind, Brot zu billigerem Preis zu kaufen. Diese Erwägungen haben zunächst den Ausschlag für die Beibehaltung der Reichsreisebrotmarken gegeben.

Erst durch ein Rundschreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 3. April 1922 sind die Bestimmungen über die Einführung der Reichsreisebrotmarken und die seitdem über die Brotversorgung im Reiseverkehr erlassenen Bestimmungen aufgehoben und sämtliche Reichsreisebrotmarken mit Ablauf des 30. April 1922 für ungültig erklärt worden. Nur zur besonderen Versorgung der Binnenschiffer blieben die Reichsreisebrotmarken mit einem Aufdruck „Schifferbrotmarken“ weiter in Verwendung. Die Begründung für diesen Schritt mit der Möglichkeit, sich auf die Reise mit markenfreiem Brot zu einem Preise zu versorgen, der nicht wesentlich den Preis für rationiertes Brot übersteigt, ist wenig glücklich, weil das freie Brot zu dieser Zeit im Preis annähernd doppelt so hoch stand als das Markenbrot und — die Richtigkeit der Begründung vorausgesetzt — der Zeitpunkt gekommen gewesen wäre, nicht lediglich die Reisebrotmarken, sondern die öffentliche Getreide- und Mehlbewirtschaftung überhaupt aufzuheben. Immerhin dürfte diese Maßnahme, da der eigentliche Grund für die Einführung der Reisebrotmarken weggefallen ist, richtig gewesen sein, zumal in den weitaus meisten Fällen der Reisende immer noch die Möglichkeit hat, die auch ihm zukommenden Kommunalverbandsbrotmarken an seinem

Wohnsitz — sei es für sich oder seine Angehörigen — zu verwerten. Soweit dies bei beruflich Reisenden ausnahmsweise nicht der Fall ist, werden die durch die Notwendigkeit des Erwerbs von freiem Brot statt von Markenbrot bedingten Mehraufwendungen als Reisespesen wohl gewährt werden. Dem großen Gesichtspunkt, der neben sozialen Gedanken für die Niedrighaltung des Brotpreises maßgebend ist, nämlich eine allzu starke Produktionskostensteigerung hintanhaltend zu helfen und damit die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der Ausfuhrindustrie zu erhalten, kann durch solche Einzelfälle kein Abbruch geschehen. Durch Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 20. Juni 1922 betr. Brotversorgung an Fremdenverkehrsorten sind die Kommunalverbände ermächtigt worden, Kommunalverbandsangehörigen, die eine Sommerfrische in Bayern aufsuchen, Abmeldebescheinigungen auszustellen. Die Kommunalverbände der Erholungsorte sind angewiesen worden, die rechtmäßigen Inhaber solcher Abmeldebescheinigungen in die Brotversorgung aufzunehmen und ihnen die erforderlichen Brotmarken auszuhändigen.

Über die Ausgabe und Einlieferung der Landes- und Reichsreisebrotmarken und der Wechselmarken in Bayern gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß.

Jahr	Abgegebene		Eingelieferte		Abgegebene		Eingelieferte		Abgegebene	
	Landesbrotmarken		Reichsreisebrotmarken		Reichsreisebrotmarken		Reichsreisebrotmarken		Wechselmarken	
	je 1000 Stück	je 1000 Stück	je 1000 Stück	Mehlwert dz	je 1000 Stück	Mehlwert dz	je 1000 Stück	Mehlwert dz	Bogen	Mehlwert dz
1915 ¹⁾	40 275	26 706	—	—	—	—	—	—	—	—
1916	168 330	168 958	33 086	12 407	282	105	—	—	—	—
1917	—	—	163 696	61 386	100 674	37 752	—	—	—	—
1918	—	—	167 905	62 964	157 815	59 180	—	—	403 800	1 514
1919	—	—	195 950	73 481	148 410	55 653	—	—	187 400	702
1920	—	—	141 030	141 030	122 232	45 837	—	—	—	—
1921	—	—	80 660	80 660	—	12 524	—	—	—	—
Insgesamt	208 605	195 664	782 327	431 928	—	211 051	—	—	591 200	2 216

Auffallen muß darin, daß jeweils wesentlich größere Mengen dieser Marken ausgegeben wurden als wieder zur Einlieferung kamen, während man bei dem starken Fremdenbesuch, den Bayern aus den übrigen Ländern des Reichs, insbesondere aus Norddeutschland aufzuweisen hat, das Gegenteil erwarten müßte. Daß bayerische Reisebrotmarken in größerem Umfange außerhalb Bayerns verwendet wurden als umgekehrt außerbayerische Reisebrotmarken in Bayern, darf als ausgeschlossen gelten. Diese auffallende Erscheinung kann nur so erklärt werden, daß ein großer Teil der Reisebrotmarken überhaupt nicht verwertet wurde. Die Reisebrotmarken sind vielfach als Reserven für Zeiten besonders starker Herabsetzung der Ration gesammelt worden und dann schließlich unverwendet geblieben. Ein Teil der ausgegebenen Reisebrotmarken wird auch zu Verlust gegangen oder Sammelzwecken zugeführt worden sein. Dann und wann wird auch die Einsendung der an die Kommunalverbände eingelieferten Reisebrotmarken an die Landesgetreidestelle bzw. die später an deren Stelle getretene Anzeige der Vernichtung der Marken versehentlich — oder, weil der Kommunalverband auf die Gutschrift keinen besonderen Wert gelegt hat — unterblieben sein.

Die Preise für die Reisebrotmarken betrugen zunächst für

1000 Hefte zu je 20 Marken	15,00 ₰
1000 Hefte zu je 40 Marken	25,00 „
1000 Bogen zu je 10 Marken	6,75 „
1000 Bogen zu je 20 Marken	13,50 „

Die Hefte zu 40 Marken und die Bogen zu 20 Marken kamen im März 1917 in Wegfall, später auch die Hefte zu 20 Marken.

Mitte März 1917 erhöhte sich der Preis für 1000 Bogen zu 10 Stück auf 7,90 ₰, Mitte Juli 1917 auf 10,40 ₰, Mitte Oktober 1918 auf 12,80 ₰, am 1. Juni 1919 auf 15 ₰, 1. Juli 1919

¹⁾ August bis Dezember.

auf 19 *M.*, 1. Oktober 1919 auf 22 *M.*, 15. Dezember 1919 auf 30 *M.*, 1. April 1920 auf 45 *M.*, Mitte November 1921 auf 49,⁶⁰ *M.*. Von den nur vorübergehend ausgegebenen bayerischen Wechselmarken kosteten 1000 Blatt zu je 50 Marken 28,⁶⁰ *M.*

Die Überwachung des Druckes und Versandes der Reisebrotmarken ist von der Landesgetreidestelle durch Vereinbarung dem Lebensmittelamt der Stadt München, das die Firma Parcus auch für die Herstellung der Lebensmittelkarten des Kommunalverbandes München-Stadt beschäftigte und hierfür bereits einen Überwachungsdienst eingerichtet hatte, übertragen worden. Die Landesgetreidestelle hat hierfür zunächst eine Vergütung von monatlich 600 *M.* gezahlt, die später wiederholt erhöht worden ist und ab 1. August 1920 monatlich 4000 *M.* betragen hat.

i) Die Brotversorgung der Militärpersonen und der Schutzpolizei.

Die von Dr. Haselberger in der Zeitschrift des Bayer. Statist. Landesamts 1917 S. 388 ff. für das Wirtschaftsjahr 1915/16 für die Versorgung der Militärpersonen mit Brot aufgeführten Grundsätze sind im wesentlichen auch fernerhin beibehalten worden. Den Kommunalverbänden obliegt nur die Versorgung der Offiziere und Militärbeamten sowie der Militäurlauber. Mit der Demobilmachung und der Deutschland aufgezwungenen Herabsetzung des Heeres auf ein kleines Kontingent hat die Versorgung der Militärpersonen für die Kommunalverbände an Bedeutung stark verloren.

Die neu gebildete Schutzpolizei (in Bayern Landespolizei) ist anfangs mit der Reichswehr durch die Reichsverpflegungsämter versorgt worden. Ab 1. Januar 1922 ist ihre Brotversorgung nach Aufgabe des längere Zeit erwogenen Gedankens einer Zentralversorgung durch die Reichsgetreidestelle auf die Kommunalverbände übergegangen. Die Ration der Angehörigen der Landespolizei beträgt wie die der Militärpersonen 432 g Mehl ¹⁾ = 600 g Brot. Die Versorgung geschieht in der Weise, daß dem Kommando der Landespolizei jeweils bis zum 15. ds. Mts. der Mehlbedarf für den nächsten Monat geliefert wird. Die Brotherstellung erfolgt in besonderen Vertragsbäckereien der Landespolizei, die von dieser mit den nötigen Mehl mengen beliefert werden. Kleinere Kommandos erhalten die entsprechende Anzahl von Brotmarken. Die Lieferung des Brotmehles durch die Kommunalverbände erfolgt im allgemeinen zu den gleichen Bedingungen wie die an die Bäcker.

k) Sonderzulagen.

Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß der Bedarf an Brot für die einzelnen Bevölkerungskreise verschieden hoch und daß namentlich bei der schwerarbeitenden Bevölkerung ein besonders hoher Brotverbrauch festzustellen ist. Mit aus diesem Grund ist den Selbstversorgern von Anfang an eine höhere Ration zugemessen worden als der übrigen Bevölkerung. Damit war aber — ganz abgesehen davon, ob diese Mehrmenge für die landwirtschaftlichen Arbeiter ausreichend war — nur den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und auch da nur eines Teiles gedient. Um auch die Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben ohne Getreidebau besser zu versorgen, hat schon zu Beginn der Getreidebewirtschaftung die Bayerische Landesvermittlungsstelle die damalige Ration von 200 g Mehl nicht gleichmäßig verteilt, vielmehr den Tageskopfsatz der städtischen Bevölkerung auf 195 g herabgesetzt, mit den dadurch eingesparten Mehl mengen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, soweit sie nicht als Selbstversorger in Betracht kam, eine Zusatzmenge von 40 g Mehl für den Kopf und Tag gegeben und sie damit den Selbstversorgern gleichgestellt. Auf die Dauer konnte diese Regelung nicht befriedigen. Es ergab sich sehr bald das Bedürfnis, der schwerarbeitenden städtischen Bevölkerung nicht nur die allgemeine Meh ration unverkürzt zu geben, sondern ihr einen erhöhten Tageskopfsatz zuzubilligen. Diesem Bedürfnis ist zunächst dadurch entsprochen worden, daß

¹⁾ Mit Wirkung vom 16. Juni 1922 ist diese Ration auf 444 g erhöht, ab 16. August 1922 auf 200 g herabgesetzt worden.

die Reichsverteilungsstelle durch Beschluß vom 10. Juni 1915 den Reichskommissar ermächtigt hat, den Kommunalverbänden auf Antrag über ihren im Verteilungsplan festgesetzten Bedarfsanteil hinaus Mehl zu einer höheren Brotversorgung der körperlich schwerarbeitenden erwerbstätigen Bevölkerung zu überweisen. Die Gesamtmenge dieser Überweisungen an einen Kommunalverband durfte diejenige Menge nicht übersteigen, die sich bei Zuteilung von 20 g Mehl auf den Kopf und Tag der Gesamtbevölkerung des Kommunalverbandes ergab. Voraussetzung der Genehmigung eines durch Vermittlung der Landeszentralbehörde zu stellenden Antrags war, daß im Kommunalverband die Kontrolle des Einzelverbrauchs durch Brotkarten u. dgl. durchgeführt wurde, daß die Erhöhung der Tageskopfmenge aus dieser Überweisung nicht mehr als 50 g Mehl betrug und nur auf Antrag des Bezugsberechtigten bewilligt wurde. Später wurde die Tageszusatzmenge auf 100 g Mehl für den Kopf der erwerbstätigen Bevölkerung erhöht. Da die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Kommunalverbänden ungleich ist, mußten sich bei diesem System erhebliche Verschiedenheiten in der Zulagengewährung ergeben.

In Bayern wurde die Verteilung der Gesamtzulagenmenge durch die Landesvermittlungsstelle durchgeführt.

Im Wirtschaftsjahr 1916/17 wurde den Kommunalverbänden von Reichs wegen die Auflage gemacht, bei der Unterverteilung der Mehlmengen (200 g auf den Kopf) Unterschiede zugunsten der schwerarbeitenden Bevölkerung zu machen und die benötigten Mehlmengen durch Einsparungen bei der versorgungsberechtigten Bevölkerung, insbesondere den bemittelten Kreisen, zu decken. Damit gelangte das von der Bayerischen Landesvermittlungsstelle bereits im ersten Wirtschaftsjahr, allerdings nur zugunsten der landwirtschaftlichen, nicht zu den Selbstversorgern zählenden Bevölkerung angewendete System in erweiterter Form im ganzen Reich zur Einführung. Die Kürzung bzw. Erhöhung der Ration wurde aber nicht mehr lediglich auf das ernährungs-physiologische Bedürfnis abgestellt, sondern durch Hineintragung des Gedankens, daß die wohlhabenderen Kreise sich leichter andere teurere Lebensmittel beschaffen können, zugleich sozial ausgestaltet. Teilweise wurde die Brotration nach der Höhe des Einkommens abgestuft. Bei der zunehmenden Knappheit aller Lebensmittel war die Kürzung der ohnehin geringen Ration von 200 g immer schwerer durchführbar. Andererseits erforderte die Rücksicht auf die Erhaltung der Arbeitskraft der insbesondere in kriegswichtigen Betrieben tätigen ständig schwerarbeitenden Personen eine bessere Versorgung. Das führte dazu, den Kommunalverbänden neben der allgemeinen Tageskopfmenge Sonderzulagen für bestimmte Bevölkerungskreise zu gewähren. Von diesen Zulagen sind die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zu einer ständigen Einrichtung für die Dauer der ganzen eigentlichen Zwangsbewirtschaftung des Getreides geworden. Für die Zeit bis April 1917 darf auf die Ausführungen im Abschnitt III, Ziff. 2 der Abhandlung „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“ von Dr. Haselberger in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917 S. 388 ff. verwiesen werden. Während hiernach der Begriff Schwerstarbeiter von Anfang an eine scharfe Abgrenzung erfahren hatte, bestand eine ähnliche Begriffsbestimmung für den Schwerarbeiter nicht. Dieser Mangel führte zu erheblichen Ungleichheiten in der Verteilung. Die Praxis hat insbesondere zwei Systeme entwickelt. Die einen Kommunalverbände gewährten die Schwerarbeiterzulage nur für besondere schwere, körperlich anstrengende Muskelarbeit; andere berücksichtigten dabei mehr soziale Gesichtspunkte, indem sie die Zulagen als eine besondere Minderbemitteltenversorgung ausgestalteten. Die Schwierigkeiten wurden dadurch noch verschärft, daß für die Zulagengewährung schließlich ein weiterer Begriff, der des Rüstungsarbeiters, eingeführt wurde, der allerdings mehr auf dem Gebiete der Versorgung mit Fleisch, Fett und Nährmitteln, als auf dem Gebiete der Brotversorgung eine Rolle spielte. Da die Zuteilung der Zulagen für die Rüstungsarbeiter nicht an die Einzelpersonen, sondern an die einschlägigen Betriebe erfolgte, dürfte es besser sein,

gar nicht von besonderen Zulagen an die Rüstungsarbeiter zu sprechen. Die Anerkennung der Betriebe als Rüstungsbetriebe erfolgte durch die Kriegsamtstellen.

Nach wiederholten unter Leitung der Landesvermittlungsstelle gepflogenen Beratungen wurde schließlich in Bayern der Begriff des Schwerarbeiters durch eine EntschlieÙung des Staatsministeriums des Innern vom 6. Juni 1917, wie folgt festgelegt:

„Schwerarbeiter sind Personen, welche ohne Unterschied des Geschlechts besonders schwere Arbeit verrichten. Unter schwerer Arbeit ist solche zu verstehen, die

1. besonders große Muskelanstrengung erfordert oder sonst angreift, oder
2. die ganz oder überwiegend nachts geleistet wird, oder
3. deren Dauer ungewöhnlich lang ist und regelmäßig 10 Stunden übersteigt. Der Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte ist miteinzurechnen, wenn er ungewöhnlich weit ist und körperliche Anstrengung erfordert.“

Die Kommunalverbände wurden angewiesen, Personen, auf welche diese Voraussetzungen zutrafen, als Schwerarbeiter zu behandeln; Personen, auf welche mehrere dieser Voraussetzungen, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise zutrafen, konnten sie als solche anerkennen. Diese Begriffsbestimmung schloß grundsätzlich nicht aus, auch geistig schwerarbeitenden Personen die Schwerarbeiterzulage zu gewähren, wenn solche hierfür auch erst in zweiter Linie in Betracht kamen.

Während die Schwerstarbeiterzulagen durch den Kommunalverband der Betriebsstätte zugeteilt wurden, richtete sich der Anspruch auf Schwerarbeiterzulagen gegen den Kommunalverband des Wohnsitzes. Die Schwerarbeiterzulage betrug zunächst 100 g Mehl für den Kopf und Tag, die Schwerstarbeiterzulage 200 g. Die letztere konnte neben der ersteren gewährt werden, so daß sich dann für den Schwerstarbeiter bei einer Grundration von 200 g Mehl eine Gesamtration von 500 g Mehl für den Kopf und Tag ergab.

Mit Wirkung vom 16. April 1917 wurde mit einer Minderung der Ration auf 170 g die Schwerarbeiterzulage auf 75 g Mehl, die Schwerstarbeiterzulage auf $(75 + 75 =) 150$ g Mehl für den Kopf und Tag herabgesetzt. Da Bayern jedoch eine Herabsetzung des ihm bis dahin zuerkannten Schwerarbeiterpauschales von 50 000 dz Getreide monatlich nicht mitgeteilt und von der Reichsgetreidestelle die Abrechnung für die 2. Hälfte des Wirtschaftsjahres 1917, der ein Monatsbedarf von 50 000 dz Getreide für Schwerarbeiterzulagen zugrunde lag, anerkannt wurde, ist die Landesgetreidestelle auch weiterhin bei der Verteilung an die Kommunalverbände von dem Monatsbedarf zu 50 000 dz Getreide — nicht 37 500 dz — ausgegangen. Die Angelegenheit ist erst durch ein Schreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 27. September 1919 aufgerollt worden und hat schließlich durch Entgegenkommen der Reichsgetreidestelle ihre Erledigung dahin gefunden, daß bis 31. Dezember 1919 das Schwerarbeiterpauschale mit 50 000 dz Getreide belassen und erst von da ab auf 37 500 herabgesetzt wurde.

Neu geregelt wurde die Zulagenverteilung im Anschluß an die vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts aufgestellten Grundsätze durch eine EntschlieÙung des Staatsministeriums des Innern vom 30. August 1917. Hiernach waren sämtliche Zulagen an Schwerst-, Schwerarbeiter und Arbeiter der Rüstungsindustrie den Kommunalverbänden einheitlich zusammen mit der Grundration der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, und zwar bis auf weiteres in der ungefähren Höhe, in der sie bis dahin gegeben wurden. Die vorher unmittelbar an die Werke gelieferten Lebensmittel hatten den Kommunalverbänden zuzufießen, in denen die Werke ihren Betriebssitz hatten. Die Kommunalverbände hatten zunächst die Höhe der Grundration für die allgemeine Bevölkerung und die zur Verteilung von Zulagen an die Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Mengen von Nahrungsmitteln zu bestimmen. Bei Bemessung der Brotzulagen war dabei zu beachten, daß diese für Schwerarbeiter in den Grenzen von 15—40% der Grundration (zu dieser Zeit 220 g Mehl), die Gesamtzulage für Schwerstarbeiter in den Grenzen von 40—80% der Grundration sich hielten. In größeren Industrie-

bezirken waren im Bedürfnisfalle durch die Regierungen, Kammer des Innern, zur Vorbereitung einer einheitlichen Durchführung der Verteilung innerhalb benachbarter Kommunalverbände Obergeräte aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der beteiligten Kommunalverbände und Industrieorte, einem Gewerbeaufsichtsbeamten, aus Vertretern der Kriegsamtsstellen und gegebenenfalls der Werkbehörde zu bilden, die nach Stimmenmehrheit gutachtliche Stellung zur Zulagenverteilung nahmen. Eine Zuteilung von Lebensmitteln an die Werke blieb auf Anregung dieser Obergeräte da vorbehalten, wo sich diese auf mehrere Kommunalverbände erstreckten oder ihre Arbeiter in verschiedenen Kommunalverbänden wohnten. In solchen Fällen hatte die Unterverteilung durch einen oder mehrere Vertreter des Werkes in Gemeinschaft mit dem Lebensmittelausschuß oder dem Arbeiterausschuß zu erfolgen. Werken, in denen Massenspeisungen stattfanden, mußten hierfür Lebensmittelmengen in einem der Teilnehmerzahl entsprechenden Umfange zugewiesen werden.

Durch Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 11. September 1917 wurde entsprechend einem Schreiben des Kriegsernährungsamts vom 29. August 1917 eine Erhebung über die Zahl der Schwerst-, Schwer- und Minderschwerarbeiter in der Weise angeordnet, daß für jeden Kommunalverband die Zahl der Schwerst-, Schwer- und Minderschwerarbeiter (Leichtarbeiter) nach einem besonderen Formblatt festzustellen war. Die genannten Begriffe wurden dabei unter weitgehender Kasuistik näher umschrieben. Für alle unter die Berg- und Gewerbeaufsicht fallenden Betriebe waren die Zahlen von den Gewerberäten bzw. Berginspektionen durch Einreichung von Listen nach den Wohngemeinden festzustellen, während im übrigen die Feststellung durch die Kommunalverbände der Wohngemeinden zu erfolgen hatte. Die Kommunalverbände und die Berginspektionen hatten ihre Erhebungen erstmals bis 18. September 1917 an die Gewerberäte bei den Regierungen, Kammern des Innern, zu senden. Diese Aufstellungen dienten statistischen Zwecken für die Oberverteilung. An den Grundsätzen der Verteilung nach der erwähnten Ministerialentschließung vom 30. August 1917 wurde hierdurch nichts geändert. Besonders brauchbare Ergebnisse hat diese Erhebung nicht gebracht; sie wurde daher im Laufe des folgenden Wirtschaftsjahres, nicht zuletzt auf bayerisches Drängen, mit Beginn der Demobilmachung wieder aufgegeben.

Nachdem durch Bundesratsverordnung vom 21. März 1918 die den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern zur Ernährung der Selbstversorger zu belassenden Brotgetreidemengen von $8\frac{1}{2}$ auf $6\frac{1}{2}$ kg auf den Kopf und Monat herabgesetzt und damit die Brotration der Selbstversorger ungefähr auf diejenige der versorgungsberechtigten Bevölkerung ermäßigt worden war, mußte aus Billigkeitsgründen und mit Rücksicht auf die zwingende Notwendigkeit, die körperliche Leistungsfähigkeit der in der Landwirtschaft tätigen Personen zu erhalten, dafür gesorgt werden, daß auch die in der Landwirtschaft selbst mitarbeitenden Selbstversorger zur Zeit der schweren Arbeit die Schwerarbeiterzulage erhielten. Die Reichsgetreidestelle hat daher auf Grund des § 65 Abs. 3 der Reichsgetreideordnung bestimmt, daß die Kommunalverbände zunächst während der Zeit der Frühjahrsbestellung und Heuernte, längstens aber auf eine Gesamtdauer von 8 Wochen, auch denjenigen ländlichen Selbstversorgern, welche in dieser Zeit körperliche Schwerarbeit verrichten, dieselbe Schwerarbeiterzulage wie den übrigen Schwerarbeitern des Bezirks, also eine Zulage bis zu höchstens 75 g Mehl auf den Kopf und Tag zu gewähren hatten. Die Durchführung geschah in Bayern in der Weise, daß die Landesgetreidestelle für $\frac{4}{5}$ der im Verteilungsplan ausgewiesenen Selbstversorger eine besondere Zulage von 75 g Mehl täglich für 56 Tage oder rund $4\frac{1}{2}$ kg Getreide einwies.

Diese Regelung der Zulagengewährung des Wirtschaftsjahres 1917/18 blieb auch für das folgende Wirtschaftsjahr im wesentlichen bestehen. Für die Oberverteilung wurde dabei von einer Zusatzration von 75 g Mehl für den Tag für Schwerarbeiter ausgegangen. Sache der Kommunalverbände war es, mit den ihnen zugewiesenen Mengen so zu wirtschaften, daß sie die nach Jahreszeit und Arbeitsgelegenheit schwankende Zahl der

Schwerarbeiter mit den entsprechenden Zulagen versehen konnten. Insbesondere mußten sie trachten, in Monaten, in denen die Zahl der Schwerarbeiter geringer war, Einsparungen zu machen, um damit erhöhten Bedarf in anderen Monaten decken zu können. Für die Oberverteilung der Schwerstarbeiterzulage war maßgebend die Zahl der durch die Regierungen, Kammern des Innern, die Gewerberäte, Berginspektionen und die Verkehrsverwaltung monatlich festgestellten Schwerstarbeiter mit einer Zulage von 150 g Mehl für den Kopf und Tag.

Nach Rundschreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 8. Februar 1919 waren aus der Pauschmenge zur Zulagengewährung an Schwerarbeiter 40 g Mehl für den Kopf und Tag zu entnehmen, die erforderlich waren, um die frühere Grundration der Schwerarbeiter (220 g) auf die zu dieser Zeit erhöhte Ration von 260 g zu bringen. Es verblieb hiernach noch eine Zulage von 35 g Mehl entsprechend 37,2 g Getreide bei 94% iger Ausmahlung. Das der Landesgetreidestelle zugestandene Pauschquantum ermäßigte sich damit für 2088554 Schwerarbeiter auf 23308 dz Getreide monatlich. In gleicher Weise verminderte sich die Schwerstarbeiterzulage durch Anrechnung von 40 g der erhöhten Ration auf 110 g Mehl täglich.

Die durch die eingetretene Demobilmachung völlig veränderten Verhältnisse bedingten eine Änderung des Zulagensystems. Die Arbeiterschaft hat sich in der Hauptsache selbst auf den Standpunkt gestellt, daß eine Sonderstellung der ehemaligen Rüstungsarbeiter, der Schwer- und Schwerstarbeiter nicht mehr angezeigt erscheine. Der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat daher bestimmt, daß sämtliche Zulagen für die Schwer-, Schwerst- und Rüstungsarbeiter mit Wirkung vom 19. Februar 1919 in Wegfall zu kommen hätten. Nur für die Bergarbeiter (insbesondere die unter Tage arbeitenden), die Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn und die Binnenschiffer konnten die Zulagen im bisherigen Umfang weitergegeben werden. Ausschlaggebend für diese Ausnahme war die Notwendigkeit die Kohlenförderung und den Abtransport nachhaltig zu fördern. Mit dieser Abschaffung der Zulagen entfiel nicht auch die den Kommunalverbänden bis dahin zur Zulagengewährung zugewiesene Mehlmenge. Diese wurde vielmehr nach wie vor weitergeliefert. In Bayern wurden die Angehörigen der Postverwaltung den Angehörigen der Eisenbahnverwaltung gleichgestellt.

Bei Feststellung der Pauschmengen der Kommunalverbände für die Schwer- und Schwerstarbeiterzulage wurde vorläufig grundsätzlich von den bis dahin gewährten Zulagen ausgegangen, nur erfolgte die Verrechnung anders. Während früher von der alten Schwerarbeiterzulage von 75 g und der Schwerstarbeiterzulage von 150 g Mehl 40 g Mehl auf den erhöhten Tageskopfsatz anzurechnen waren, wurden jetzt diese 40 g nicht bei der Tageskopfmenge für die Versorgungsberechtigten, sondern bei der Schwer- und Schwerstarbeiterpauschmenge unmittelbar in Abzug gebracht, so daß diese nur noch 35 bzw. 110 g Mehl betrug. Die Kommunalverbände hatten, soweit nicht in Einzelfällen wesentliche Veränderungen durch den Rückgang der Kriegsindustrie eingetreten waren, im ganzen wieder die gleiche Pauschmenge zur Verfügung, wie sie in der 2. Hälfte des Wirtschaftsjahres 1918/19 verwendet werden durfte. Die Pauschmengen waren in erster Linie dazu bestimmt, um den Bergarbeitern, den Schwer- und Schwerstarbeitern bei der Eisenbahn und der Post und in der Binnenschifffahrt die Zulagen im früheren Umfang weiter zu gewähren. Der Rest konnte entweder auf Zulagen für Kranke, Kinder oder zur Bildung einer Notstandsreserve oder zu einer allgemeinen Erhöhung der Brotration verwendet werden. Dabei durfte jedoch eine Brotmenge von 2500 g für den Kopf und die Woche nicht überschritten werden. Mit der Empfehlung, Rücklagen für Notstände zu bilden, wurde ausdrücklich zugesichert, daß solche für die allgemeine Versorgung nicht in Anspruch genommen, sondern zur freien Verfügung des Kommunalverbandes bleiben würden. Die Verhältnisse waren hier freilich stärker als der Wille. Als in der 2. Hälfte des Wirtschaftsjahres erhebliche Versorgungsstockungen eintraten, war die Landesgetreidestelle gezwungen, solche Rücklagen

mittelbar dadurch in Anspruch zu nehmen, daß die Versorgung der Kommunalverbände, die Einsparungen hatten, der jener Kommunalverbände nachgestellt wurde, die über solche Rücklagen nicht verfügten. Bezüglich der Höhe des Bayern im Wirtschaftsjahr 1919/20 noch zugestandenen Gesamtschwerarbeiterpauschales wird auf das oben erwähnte Abkommen mit der Reichsgetreidestelle verwiesen, wonach das Monatspauschale mit Wirkung ab 1. Januar 1920 von 50 000 auf 37 500 dz Getreide herabgesetzt wurde. Durch Anrechnung von 40 g Mehl auf 42,6 g Getreide verblieben monatlich noch 17 474 dz Getreide. Durch Herabsetzung der Ausmahlung auf 81 % erhöhte sich das monatliche Pauschale wieder auf 20 300 dz, vom 1. Februar bis 15. Mai 1920 betrug es sodann infolge der Hinaufsetzung der Ausmahlung auf 90 v. H. monatlich nur noch 18 266 dz. Für die Zeit vom 16. Mai bis 15. August 1920 wurde es auf 17 700 dz Getreide herabgesetzt.

Bemerkenswert ist noch, daß im Wirtschaftsjahr 1919/20 die dem Personal der Verkehrsverwaltung zustehende Sonderzulage für die Schwer- und Schwerstarbeiter nach einer Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 7. Januar 1920 nicht mehr den Kommunalverbänden, sondern unmittelbar den Nahrungsmittelstellen der Verkehrsverwaltung in München, Nürnberg und Ludwigshafen a. Rh. zu überweisen war. Diese entgegen den von der Landesgetreidestelle geäußerten Bedenken auf Anregung der Verkehrsverwaltung getroffene Regelung hat sich für die Mehl- und Brotversorgung in keiner Weise bewährt. Sie wurde daher bereits durch Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 21. Mai 1920 wieder aufgehoben. Die Mehllzulagen für die Schwer- und Schwerstarbeiter der Verkehrsverwaltung wurden mit Wirkung vom 15. Mai 1920 ab wieder durch die Kommunalverbände gewährt, deren — infolge der Änderung gekürztes — Pauschale wieder entsprechend erhöht wurde.

Das Wirtschaftsjahr 1920/21 brachte keine grundsätzlichen Änderungen in der Zulagen-gewährung. Nur die Gesamtpauschmenge, die der Landesgetreidestelle zustand, wurde nach dem gleichen Vorgang im übrigen Reich herabgesetzt. Die Pauschmenge wurde den Kommunalverbänden nach dem Ergebnis einer Rundfrage vom 28. Mai 1920 zugemessen.

Für das Wirtschaftsjahr 1921/22 wurden die Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen nur noch in der Übergangszeit bis 15. September 1921 in der bisherigen Höhe weitergegeben. Mit Wirkung vom 16. September 1921 sind nach Beschluß des Reichskabinetts alle bis dahin gewährten Zulagen weggefallen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, daß durch die Aufhebung der Getreidebeschlagnahme nunmehr die Möglichkeit geschaffen war, sich die benötigten Zusatzmengen an Brot und Mehl auf dem freien Markt zu beschaffen.

Neben den Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen wurden zeitweise noch besondere Zulagen für die Bergarbeiter unter Tage gegeben. Nach einem Rundschreiben des Präsi-denten des Kriegsernährungsamts vom 17. Juli 1917 erhielten die Bergarbeiter unter Tage, denen bis dahin für die Über- und Nebenschichten außer der Schwerstarbeiterzulage noch eine Sonderzulage in Höhe der Schwerarbeiterzulage (75 g Mehl für den Kopf und Tag) gewährt werden konnte, eine Sonderzulage in Höhe einer Tagesration an Brot. Hierauf war die Sonderzulage von 75 g Mehl, soweit sie tatsächlich gewährt wurde, anzurechnen. Die Bergarbeiter konnten hiernach unter Zugrundelegung der zu dieser Zeit allgemein gültigen Tageskopfmenge von 220 g Mehl bei Leistung einer 8stündigen Oberschicht $220 + 150 + 75 + 145 = 590$ g Mehl für den Kopf und Tag erhalten. Der durch die neue Sonderzulage entstandene Mehraufwand war in den Mehlverbrauchsanzeigen der Kommunal-verbände zahlenmäßig besonders zu begründen.

Für das Wirtschaftsjahr 1918/19 war den Bergarbeitern neben der Schwerstarbeiter-zulage von 150 g für jede 8stündige Oberschicht eine Sonderzulage in Höhe der allge-meinen Tageskopfmenge (zu Beginn des Wirtschaftsjahres 200 g Mehl) zu geben. Mit dem Wegfall des Oberschichtenabkommens nach der Demobilmachung fielen auch diese Sonder-zulagen wieder fort.

Besondere Zulagen für Jugendliche wurden vom Wirtschaftsjahr 1917 ab nicht mehr gegeben. Selbstverständlich hatten auch die Jugendlichen bei sonst gegebenen Voraussetzungen Anwartschaft auf die allgemeine Schwer- und Schwerstarbeiterzulage.

Den Binnenschiffern wurde im Wirtschaftsjahr 1918/19 eine Brotzulage gewährt von 500 g wöchentlich für jede werktätige, d. h. zur mitarbeitenden Besatzung gehörige Person, von 1400 g wöchentlich für Maschinisten und Heizer. In Höhe der sich hiernach ergebenden Gesamtbrotmenge waren ihnen von den als Versorgungsstation bestimmten Kommunalverbänden Reisebrotmarken auszuhändigen. Eine wesentliche Rolle spielten diese Zulagen für Bayern nicht.

Erntearbeitern war nach einer Entschliebung des Staatsministeriums des Innern vom 24. August 1918 — soweit sie nicht als Selbstversorger versorgt waren — für die Zeit der schweren landwirtschaftlichen Arbeiten die Schwerarbeiterzulage zu gewähren.

Werdende Mütter sollten vom 6., spätestens aber vom 7. Kalendermonat der Schwangerschaft ab auf Grund einer Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme eine Brotzulage von mindestens 350 g für die Woche erhalten. Die dazu erforderlichen Mehlmengen wurden den Kommunalverbänden nicht gesondert ersetzt, waren vielmehr durch geeignete Unterverteilung aus dem planmäßigen Bedarfsanteil zu decken.

Zu erwähnen sind schließlich noch die einzelnen Kommunalverbänden als Ersatz für fehlende Kartoffeln und die in den Wirtschaftsjahren 1918/19 und 1919/20 für die vom Kriegsernährungsamt angeordneten fleischlosen Wochen gewährten Mehlzulagen.

Der Aufwand an Zulagen in Bayern ist, soweit möglich, in der nachfolgenden Übersicht summarisch ausgewiesen. Die Zahlen stehen nicht durchweg genau fest.

Wirtschafts-jahr	Schwerarbeiter-zulagen		Schwerstarbeiter-zulagen		Zulagen für Jugendliche		Aufwand für			
	Pauschale-	Wirklicher Aufwand	Pauschale-	Wirklicher Aufwand	Nach dem Wirtschaftsplan	Wirklicher Aufwand	Nach dem Wirtschaftsplan	Wirklicher Aufwand	Nach dem Wirtschaftsplan	Wirklicher Aufwand
Getreide in dz										
1916/17	600 000	585 144	60 000	60 000	184 618	184 618	106 092	106 092	—	—
1917/18	600 000	378 527	120 000	52 791	—	—	110 767	110 767	—	—
1918/19	600 000	408 410	69 890	57 130	—	—	37 390	37 390	34 120	25 124
1919/20	317 106	207 668	45 310	42 631	8 519	8 519 ¹⁾	—	—	13 000	13 000
1920/21	213 656	187 139	46 623	38 864	—	—	—	—	—	—
1921/22 ²⁾	17 647	17 647	3 611	3 226	—	—	—	—	—	—

6. Brotstreckung.

Der allgemeinen Mittel zur Streckung der Brotgetreidevorräte (Rationierung, Bestimmung einer Mindestausmahlung und Verfütterungsverbot) wurde bereits in der Einleitung und im Kapitel „Erfassung und Verteilung des Brotgetreides in Bayern“ gedacht. Im einzelnen darf hierwegen für die ersten Wirtschaftsjahre auf die Abhandlung „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“ Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917, S. 388 ff. von Dr. Haselberger verwiesen werden. Die Backvorschriften haben bis zum Wirtschaftsjahr 1920 eine wesentliche Änderung nicht erfahren. Daß neben der vorgeschriebenen Verwendung von technisch reinem Holzmehl³⁾, Strohmehl oder Spelzmehl durch die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 13. Juni 1917 auch die Verwendung von Steinnußmehl als Backstreumehl zuge-

¹⁾ Erntearbeiterzulage.

²⁾ Vom 16. August bis 15. September 1921.

³⁾ In der Vorkriegszeit war die Verwendung von Holzstreumehl in Bäckereien vielfach verboten, so z. B. durch oberpolizeiliche Vorschrift der Regierung von Oberbayern, K. d. L., vom 14. April 1908 § 44, I (Kreisamtsblatt S. 60). Diese Vorschrift wurde durch Bekanntmachung vom 12. Januar 1915 außer Kraft gesetzt (Kreisamtsblatt S. 7). Diese Bekanntmachung ist am 3. Dezember 1921 aufgehoben worden (Kreisamtsblatt S. 98).

lassen wurde, ist von untergeordneter Bedeutung. Da die Kartoffeln als Streckungsmittel nicht mehr in genügendem Maße zur Verfügung standen, sind bei der Knappheit der Brotgetreidevorräte auf dem Gebiete der Brotstreckung eine Reihe von Versuchen gemacht worden, die entweder eine Erhöhung der Backausbeute durch besondere Mahl- und Backverfahren oder eine Verbesserung des Brotes durch eine Vorbehandlung des Mehles (Growittbrot, Vollbrot, Steinmetzverfahren, Verfahren nach Eisenbeiß-Ludwigshafen a. Rh., nach Fauth-München u. a.) oder eine Einsparung von Brotmehl durch Verwendung verschiedener Streckungsmittel, wie Rüben-, Bohnen-, Hafermehl, Haferflocken, Biertrebern, Cervesin-, Manioka-, Queckenmehl u. dgl., bezweckten. Um die Ersatzmehle zur Brotbereitung brauchbar zu machen, insbesondere ihnen den bitteren Geschmack zu nehmen, sind verschiedene Verfahren angewendet und angepriesen worden (Brassikaverfahren, Ciferaverfahren nach Dr. Baier u. a.). Während hierbei teilweise ernstes wissenschaftliches Streben zu erkennen war, ist in anderen Fällen offenbar in erster Linie der Geschäftsvorteil der einschlägigen Firmen ausschlaggebend gewesen und eine marktschreierische Reklame betrieben worden. Im großen und ganzen ist die bei den verschiedenen Verfahren erzielte Erhöhung der Backausbeute nicht allzu groß gewesen und in der Hauptsache auf Kosten der Qualität des Brotes durch höheren Wassergehalt erreicht worden. Die Streckung mit Hafermehl und Haferflocken ist wegen der geringen Ausbeutemöglichkeit des Hafers als unwirtschaftlich erkannt worden, die Streckung mit Biertrebern, Trebermehl, Rüben-, Bohnen-, Queckenmehl u. dgl. hat sich wenig bewährt. Es hat sich bald die Überzeugung gebildet, daß diese Erzeugnisse besser verfüttert werden. Erhalten hat sich in Bayern besonders das Steinmetzverfahren. Dieses beruht im wesentlichen darauf, daß das Getreide durch Waschen gründlich gereinigt und naß geschält wird und das Backen des Brotes in besonderen Formen geschieht, die infolge ihrer eigenartigen Konstruktion der Backhitze von unten ungehindert Zutritt ins Innere des Teiges gestatten. Eine besondere Ausdehnung hat auch dieses Verfahren trotz reger Werbetätigkeit bis jetzt offensichtlich nicht gefunden. Immerhin erfreut sich das Steinmetzbrot bei manchen Verbrauchern besonderer Beliebtheit.

In der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1919/20 hat Bayern in Anrechnung auf seinen Zuschußbedarf insgesamt 5457,511 t Mais zum Preise von 1725,25 \mathcal{M} für die Tonne erhalten und hieraus 3711,078 t zu 80 v. H. ausgemahlenes Maismehl in Anrechnung auf den Bedarfsanteil an die Kommunalverbände zum Preise von 2239 \mathcal{M} für die Tonne geliefert. 434,850 t Mais wurden im Austausch gegen Gerste an die Bayerische Futtermittelverteilung abgegeben, 28,500 t Mais wurden erst im Wirtschaftsjahr 1920/21 vermahlen und zur Brotstreckung ausgegeben.

Über die Verwertbarkeit des Maismehles waren Backversuche angestellt worden mit dem Ergebnis, daß bei Zusatz von Maismehl bis zu etwa 15% zum gewöhnlichen Brotmehl bei sorgfältiger Backarbeit ein Brot hergestellt werden kann, das im Aussehen und Geschmack nicht oder nur schwer von dem gewöhnlichen Hausbrot zu unterscheiden ist. Trotz eines aufklärenden Rundschreibens der Landesgetreidestelle haben einzelne Kommunalverbände die Abnahme des Maismehles abgelehnt oder diese erst betätigt, als sie vom Staatsministerium für Landwirtschaft hierzu mit dem Bemerken aufgefordert worden waren, daß das zugeteilte Maismehl für alle Fälle auf den Bedarfsanteil angerechnet werden müsse.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21 wurde neben dem Verlangen auf Erhöhung der Ration besonders auch die Forderung auf Herabsetzung der Ausmahlung erhoben. Namentlich ist dafür Bayern nachdrücklichst eingetreten. Während das Reichsernährungsministerium und die Reichsgetreidestelle im Hinblick auf die beschränkten Vorräte und die Schwierigkeiten einer erhöhten Getreideeinfuhr sich gegenüber einer Erhöhung der Ration ablehnend verhielten, wurde die Herabsetzung der Ausmahlung auf 85 v. H. bei Brotgetreide und 75 v. H. bei Gerste mit Wirkung ab 16. Oktober 1920 verfügt. Zum Ausgleich des hierdurch bedingten Mehrbedarfs wurde jedoch durch Verordnung des Reichs-

ernährungsministeriums vom 14. Oktober 1920 bestimmt, daß bei der Bereitung von Brot und Kleingebäck mit Ausnahme von Krankengebäck 10 Gewichtsteile Streckungsmittel verwendet werden müssen. Als Streckungsmittel galt dabei Maismehl, präpariertes, spelzenfreies Hafermehl und Weizennachmehl. Der zu dieser Streckung Bayern von der Reichsgetreidestelle gelieferte Mais wurde zu 60 v. H. ausgemahlen. Das Staatsministerium für Landwirtschaft bestimmte hierzu noch, daß der Mais zu entkeimen, sowie daß das Maismehl dem Brotmehl vor der Abgabe an die Bäcker und Mehlhändler beizumischen sei. Die Verwendung von Hafermehl, Haferflocken, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen wurde in Bayern für unzulässig erklärt. Die Brotstreckung sollte ab 1. November 1920 überall durchgeführt, der bayerische Bedarfsanteil fortan zu $\frac{1}{10}$ in Körnermais von der Reichsgetreidestelle geliefert werden. Der Einstandspreis der Bayer. Landesgetreidestelle wurde aus dem Preise des Maismehles unter Berücksichtigung der Vermahlungsspesen und sonstigen Unkosten einerseits, dem Wert der Nachprodukte anderseits errechnet. In dem Berechnungsschema mußten die Preise für die Nachprodukte, die Fracht und der Mahllohn als beweglich angesehen werden. Zwischen der Reichsgetreidestelle und der Landesgetreidestelle wurde grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, daß jede Änderung dieser Berechnungsposten auch die entsprechende Änderung des Maiseinstandspreises für allen Mais zur Folge haben solle, dessen Produkte bis zur jeweiligen Änderung noch nicht abgesetzt waren. Das Maismehl selbst wurde zu 212,80 \mathcal{M} je dz frachtfrei Bahnstation Sitz oder sonstige Bestimmungsstation des Kommunalverbandes geliefert. Die ersten Maisandienungen der Reichsgetreidestelle sind auf der Donau erfolgt. Es zeigte sich bald, daß die Bayern zugewiesenen Kähne wegen des geringen Wasserstandes nicht bergwärts kommen konnten. Mangels des erforderlichen Maises wurde daher die Streckungsverordnung in Bayern zunächst nicht durchgeführt. Da sofortige genügende Ersatzzuweisungen auf dem Rhein oder der Elbe nicht möglich waren, konnte mit der Brotstreckung mit Maismehl in Bayern allgemein erst vom 1. April 1921 ab begonnen werden. Die bayerischen Kommunalverbände waren über diese verzögerten Anlieferungen des Maises nicht unglücklich, da sie, obwohl durch die Verwendung von Maismehl bei der geringen Ausbeute des Maises eine nennenswerte Verschlechterung des Brotes nicht eintrat, der Maisstreckung von Anfang an wenig freundlich gegenüberstanden. Sie haben auch später das Maismehl nicht durchweg in der vorgeschriebenen Weise und Menge verwendet, vielmehr es teilweise auf besondere Marken ausgegeben oder auch zu Futterzwecken veräußert. Ein Grund für diesen Widerwillen darf wohl darin erblickt werden, daß die vorgeschriebene vermischte Abgabe des Maismehles nicht überall ohne Schwierigkeiten durchzuführen war und teilweise erhebliche Kosten verursachte. Im besonderen stützten sich die Kommunalverbände darauf, daß nur eine 10%ige Beimischung des Maismehles vorgeschrieben sei, während bei der Zuweisung von Maismehl in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bedarfsanteils die Notwendigkeit einer höheren Streckung dadurch entstanden ist, daß die Kommunalverbände durchweg einen Teil der Ration in Haushaltungsmehl ausgegeben haben. Nach dem Sinne der Verordnung mußte auch für diese Mengen ein Zehntel Maismehl verwendet werden. Das hat z. B. in München statt einer Streckung des Brotmehles zu 10% eine solche von 14% notwendig gemacht.

Die Vermahlung des Maises wurde einzelnen hierfür besonders eingerichteten größeren Mühlen gegen Gewährung eines Mahllohnes von 12 \mathcal{M} für den Doppelzentner übertragen. Der Mahllohn schloß die leihfreie Beistellung der Mehlsäcke und die Stellung der Getreidesäcke für den Antransport in sich. Gesonderte Lagerkosten wurden nicht vergütet. Die Versicherung des Maises gegen Feuerschäden in Höhe von 22 000 \mathcal{M} für 10 t wurde den Mühlen auferlegt. Diese hatten vom Eingangsgewicht abzuliefern 60% Maismehl und 37% Maisfuttermehl. 3% wurden für Schwund und Verstaubungsverlust eingeräumt. Die Keime und das Futtermehl wurden um 260 \mathcal{M} für den Doppelzentner ab Bahnstation der Mühle

der Futtermittelverteilung überlassen, wobei diese die nötigen Füllsäcke fracht- und kostenfrei beizustellen hatte. Der Bedarf an Streckungsmais wurde berechnet aus dem bayerischen Gesamtjahresmehlbedarf zu 374 000 t, was einen Monatsbedarf von 31 167 t und demzufolge einen Bedarf an Streckungsmaismehl von 3 117 t oder umgerechnet von 5 200 t Mais ergab. Die ersten Maismengen sind am 5. Januar 1921 in Ludwigshafen a. Rh. eingetroffen. Sie reichten aber nicht hin, um mit der Streckung allgemein zu beginnen. Bayern hat Mitte Februar 1921 nochmals Vorstellungen gegen die Verwendung von Maismehl erhoben und diese insbesondere damit begründet, daß durch die veränderten Preisverhältnisse die Streckung des Brotes mit Maismehl, die aus politischen Gründen unerwünscht sei, auch wirtschaftlich kaum noch gerechtfertigt werden könne. Die Verhältnisse haben sich nicht zuletzt durch die starke Nachfrage nach Mais sehr verschoben. Während im November 1920 bei einem Maispreis von 3 960 \mathcal{M} für die Tonne der Weizenpreis noch 6 400 \mathcal{M} betrug, kostete Mais im Februar 1921 einschl. aller Unkosten 3 659 \mathcal{M} , Weizen dagegen infolge einer günstigen Weltermte und des damit verbundenen reichen Angebots nur noch 4 500 \mathcal{M} . Dabei war der Abgabepreis für das Futtermehl im November noch 2 200 \mathcal{M} , im Februar dagegen nur noch 1 600 \mathcal{M} für die Tonne. Bei dieser Sachlage erschien es der bayerischen Regierung vorteilhafter, den Mais zur Deckung des gewaltigen Bedarfs zu verwenden, der sich aus der Maisaustauschaktion ergab und an Stelle der dadurch eingesparten Maismengen Auslandsgetreide zu erwerben. Das Reichsministerium hat sich jedoch für die Beibehaltung der Brotstreckung entschieden. Der Preis, zu dem Bayern den Mais von der Reichsgetreidestelle zu übernehmen hatte, betrug 1 648,25 \mathcal{M} für die Tonne. Insgesamt erhielt Bayern zur Brotstreckung im Wirtschaftsjahr 1920/21 22 494 t Mais geliefert, wovon 3 115 t nicht verbraucht, sondern nach Ablauf des Wirtschaftsjahres zu den Gestehungskosten an die Reichsgetreidestelle zur Verwendung als Tauschmais durch die Bayer. Futtermittelverteilung zurückgegeben wurden.

An Maismehl wurden an die bayerischen Kommunalverbände zur Brotstreckung geliefert 11 627,394 t à 2 128 \mathcal{M} im Gesamtwerte von 24 743 094,43 \mathcal{M} . Außerdem wurden der Bayer. Futtermittelverteilung geliefert an Maisfuttermehl

6 918,0145 t	zu je 1 600 \mathcal{M}	=	11 068 823,20 \mathcal{M}	und
115,3055 t	„ „ 1 700 „	=	196 019,35 „	
		zusammen	11 264 842,55 \mathcal{M}	

7. Deckung des bayerischen Fehlbedarfs durch die Reichsgetreidestelle und die Einfuhr von Auslandsgetreide.

Während Bayern in den ersten Jahren der öffentlichen Getreidebewirtschaftung bis einschließlich 1917/18 infolge der starken Rationierung und der durch die Einberufung zu den Fahnen verminderten Zahl der Versorgungsberechtigten einen Überschuß an Getreide über den planmäßigen Bedarf aufzuweisen hatte, ergibt sich erstmals für das Wirtschaftsjahr 1918/19 eine größere Fehlmenge. Der Grund für diese Erscheinung liegt vor allem in der Erhöhung der Zahl der Versorgungsberechtigten infolge der Demöbilmachung und der Erhöhung der Ration auf 260 g mit Wirkung vom 1. Dezember 1918. In größerem Umfange machte sich die trotz Knappheit der Bestände und trotz warnender Stimmen in der Hauptsache aus politischen Gründen getroffene Maßnahme der Rationserhöhung im Wirtschaftsjahr 1919/20 geltend, wo überdies in allzu üppiger Weise die Ausmahlung für die Zeit vom 16. Oktober 1919 auf 80 % für Weizen, 82 % für Roggen herabgesetzt worden ist¹⁾. Der vorläufige bayerische Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 1919/20 ergab unter Berücksichtigung einer 20 %igen Gerstenverwendung zur Brotbereitung einen Fehlbedarf von 261 664 t Brotgetreide, der für 1920/21 unter Heranziehung von 64 275 dz Gerste einen Fehlbedarf von 136 831 t Brotgetreide. Zur Deckung des jeweiligen Fehlbedarfs war nach dem Abkommen über die bayerische Selbstwirtschaft die Reichsgetreidestelle ver-

¹⁾ Die vorzeitige Erhöhung der Ration und die starke Herabsetzung der Ausmahlung konnten nicht durchgehalten werden. Mit Wirkung vom 9. Februar 1920 wurde die Ration wieder auf 200 g herabgesetzt, die Mindestausmahlung auf 90 % erhöht, wie Bayern schon am 6. Januar 1920 in Stuttgart beantragt hatte.

pflichtet. Diese mußte, da sie ihren eigenen Bedarf im Inland nicht mehr aufbringen konnte, auf Auslandsgetreide zurückgreifen.

Bezüglich der Einfuhr von Getreide und Mehl ist durch Bekanntmachung des Bundesrats vom 11. September 1915 bestimmt worden, daß Roggen, Weizen, Hafer, Mais und alle Produkte und Abfälle der vorgenannten Erzeugnisse, welche durch Vermahlung, Schälen oder Schroten gewonnen werden, soweit sie aus dem Auslande eingeführt worden sind, an die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin (ZEG.) zu liefern sind. Das besetzte Gebiet gilt dabei nicht als Ausland. Nach Verordnung über die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln vom 24. Januar 1919 ist an Stelle der ZEG. die Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H., in Berlin getreten, die sich der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. in Berlin bedient. Diese zieht zur Abwicklung der Einfuhrgeschäfte eine Reihe von Handelsfirmen heran, die sich schon im Frieden in größerem Umfange mit der Einfuhr von Auslandsgetreide befaßt haben und die nötige Erfahrung auf diesem Gebiete besitzen.

Nach einer Aufstellung der Reichsgetreidestelle vom 6. Juli 1920 sind an sie aus dem Ausland an Getreide abgeliefert worden im Wirtschaftsjahr 1916/17 rund 300 000 t, 1917/18 rund 200 000 t, 1918/19 rund 400 000 t, 1919/20 rund 400 000 t.

Die zuständigen Reichsstellen, insbesondere das Reichswirtschaftsministerium sind an die notwendige Erhöhung der Getreideeinfuhr nach Beendigung des Kriegs nur zögernd herangetreten. Vor allem sind immer wieder Bedenken finanzieller Art, namentlich die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung und die aus einer Steigerung der Getreideeinfuhr sich notwendig ergebende Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark geltend gemacht worden. Der Bayerischen Landesgetreidestelle kommt das Verdienst zu, daß sie durch ihren Vertreter Bezirksoberamtmann Heintz bei der Zusammenkunft des Reichswirtschaftsministers Schmidt mit den Ministern der süddeutschen Staaten in Stuttgart am 6. Januar 1920 den ganzen Ernst der Versorgungslage dargestellt und die Notwendigkeit einer sofortigen starken Getreideeinfuhr unter Hintanstellung aller Bedenken finanzieller Art nachdrücklichst betont hat. Die Reichsregierung hat sich aber immer noch nicht zu der unbedingt nötigen Vermehrung der Getreideeinfuhr entschließen können. Dieses Zögern hat erhebliche Versorgungsschwierigkeiten im Reich und ganz besonders in Bayern zur Folge gehabt, das ja am weitesten von den Einfuhrhäfen entfernt liegt und daher bei Stockungen der Gesamtversorgung in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen wird, weil in diesem Fall die Gefahr besteht, daß das zugewiesene Getreide Bayern gar nicht mehr erreicht. Bayern hat daher auch selbst Getreidekäufe in der Schweiz vorgenommen, in die später die Einfuhrgesellschaft eingetreten ist. Von den 23 835 t Auslandsgetreide, die Bayern bis Ende April 1920 zugewiesen worden waren, stammten 19 740 t aus bayerischen Käufen.

Der Geschäftsbericht der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel für das Geschäftsjahr 1920 sagt hinsichtlich der Getreideeinfuhr wörtlich: „Die etwas ängstlichen Maßnahmen im Dezember 1919 sind zum Teil wohl dadurch mit veranlaßt worden, daß man damals im Reichswirtschaftsministerium nicht der Ansicht war, es würde für Deutschland notwendig sein, in großzügiger Weise Brotgetreide aus dem Auslande einzuführen. Hierbei war vielleicht wohl auch der Wunsch der Vater des Gedankens; denn man erkannte schon damals, daß die Einfuhr von Brotgetreide den Reichsfinanzen eine sehr harte Belastung auferlegen würde und es hat sich der damalige Minister Schmidt vom Reichswirtschaftsministerium nicht entschlossen, rechtzeitig für eine größere Einfuhr Sorge zu tragen oder die dazu erforderlichen Mittel sich vom Kabinett bewilligen zu lassen. So kam es dann, daß mit Zerren und Reißen in den ersten Monaten sage und schreibe rund 120 000 t Brotgetreide aus dem Auslande eingeführt wurden. Mit der Abtrennung des Reichsernährungsministeriums vom Reichswirtschaftsministerium und mit der Übernahme des Reichsernährungsministeriums durch Herrn Reichsminister Dr. Hermes kam ein völlig anderer Zug in die öffentliche Getreidebewirtschaftung.“

Der Geschäftsbericht führt dann weiter etwa aus, daß jetzt¹⁾ die Parole galt, die Ernährung müsse derart geregelt werden, daß die volle Arbeitskraft unseres Volkes wieder ausgenützt werden könne, ferner, daß eine Besserung der Finanzlage eingetreten sei, als durch das Abkommen in Spa die Entente sich verpflichtet habe, für die Lieferung von Kohlen im Ausmaße von 2 Millionen Tonnen monatlich ungefähr 32 Millionen Gulden am Anfang jeden Monats der deutschen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Nach dem genannten Geschäftsbericht hat die Einfuhrgesellschaft im Geschäftsjahr 1920 für die Reichsgetreidestelle insgesamt 2030831 t Getreide, Mehl und Streckungsmittel, für andere Stellen insgesamt 68801 t gekauft. Eingeschlossen sind dabei 33003 t, die noch im Jahre 1919 gekauft, aber nicht mehr abgewickelt und daher auf 1920 übernommen worden sind. Im Geschäftsjahr 1919 sind im ganzen 113916 t erworben worden, wovon die erwähnten 33003 t im Geschäftsjahr 1920 erscheinen. Im Geschäftsjahr 1921 sind gekauft worden

	für die Reichsgetreidestelle t	%	für die verarbeitende Industrie t
Weizen	2 018 523	90,81	17 330
Roggen	176 330	7,93	650
Gerste	14 676	0,66	63 762
Hafer	—	—	20 800
Mehle	2 035	0,09	6 000
Mais	11 365	0,51	—
zusammen	2 222 929	100	108 542
d. i. vom Gesamteinkauf	95,84 %		4,66 %

An dem Gesamtkauf der Einfuhrgesellschaft waren im Geschäftsjahr 1920 von 146 Firmen 16 bayerische, 1921 von 169 Firmen 14 bayerische Firmen beteiligt. Der Menge nach haben die bayerischen Firmen 1920 185015 t = 8,81 %, 1921 216498 t = 9,28 % der Gesamtkäufe der Einfuhrgesellschaft abgeschlossen, ein für Bayern nicht ungünstiges Verhältnis.

Die Bayerische Landesgetreidestelle hat von der Reichsgetreidestelle geliefert erhalten:

von Juni bis September 1919	49 975 dz norddeutsches Brotmehl,
„ „ „ November 1919	126 558 dz amerikanisches Weizenmehl,
„ November bis Dezember 1919	15 209 dz sog. Zerealienmehl (Roggen-, Gersten- und Maismehl),
„ Dezember 1919 bis Januar 1920	22 477 dz amerikanisches Mehl aus verschiedenen Getreidearten.

Die regelmäßige Belieferung aus der Getreideeinfuhr der Einfuhrgesellschaft hat erst im Mai 1920 eingesetzt. Seit dieser Zeit hat Bayern nach den Feststellungen bei der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, geliefert erhalten in der Zeit vom 19. Mai bis 15. August 1920

22 945 t Roggen à 1 682,30 M und
19 922 t Weizen à 1 749,95 M

zusammen 42 867 t Brotgetreide;

im Wirtschaftsjahr 1920/21

38 668 t Roggen à 1 682,30 M²⁾
113 334 t Weizen à 1 749,95 M²⁾ und
1 178 t³⁾ Weizen à 2 900,00 M

zusammen 153 180 t Brotgetreide;

¹⁾ Leider hatte sich zu dieser Zeit durch die Verzögerung der Einfuhr und den allzu üppigen Verbrauch in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres die Ernährungslage bereits derart verschlechtert, daß weite Gebiete des Reichs, darunter das wichtige Ruhrgebiet, wochenlang in der Hauptsache mit Maisbrot oder mit Brot, dem in großem Umfang Kartoffeln, Hülsenfrüchte und sonstige Streckungsmittel beige- setzt waren, durchgehalten werden mußten. In Bayern sind die Schwierigkeiten in der Brotversorgung dadurch gemildert worden, daß auf Anregung der Landesgetreidestelle aus den Brauereien wieder Gerste zur Brotmehlstreckung herausgezogen wurde.

²⁾ Dieser Preis ist später mit Wirkung ab 15. Oktober 1920 herabgesetzt worden. (Vgl. hierzu die Ausführungen über die Einstandspreise der Kommunalverbände für das Auslandsgetreide im Kapitel „Mehl- und Brotpreise“.)

³⁾ Diese Menge war bereits für das Wirtschaftsjahr 1921/22 bestimmt und ist daher zum neuen Preis berechnet.

in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1921/22

12 469 t Roggen à 2 700 *M*

82 473 t Weizen à 2 900 *M*

7 649 t¹⁾ Weizen à 5 675 *M*

zusammen 102 591 t Brotgetreide.

An Weizenbrotmehl hat die Landesgetreidestelle von der Reichsgetreidestelle geliefert erhalten in der Zeit vom 25. Juli 1921 bis 15. August 1921 2 200 t à 2 239 *M*, an Kochmehlweizen in den Wirtschaftsjahren 1920/21 und 1921/22 65 061 t zu verschiedenen Preisen (vgl. Abschnitt „8. Ausgabe einer Sonderration an Weizenkochmehl“), an Weizenkochmehl 1 050 t à 6 250 *M*.

An Mais und Maiserzeugnissen erhielt sie vom 10. Mai 1920 bis 15. August 1920 5 458 t Mais à 1 725,50 *M*, 2 876 t Maismehl à 2 239 *M*, 133 t Maisgrieß²⁾ à 2 239 *M*, an Gerste im Wirtschaftsjahr 1919/20 1 493 t à 1 682,30 *M*, an Einkorn im Wirtschaftsjahr 1919/20 (geliefert zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21) 166 t, die nach Gerbung 103 t Kern ergaben. Außerdem hat die Reichsgetreidestelle an die Bayerische Landesgetreidestelle im Sommer 1920 noch 426 t unverbilligtes zu 65 v. H. ausgemahlenes Weizenmehl für eine besondere Belieferung der Fremdenorte, namentlich der Heilbäder, geliefert, welche die Landesgetreidestelle mit einem Aufschlag von 24 *M* für den dz zur Deckung der Spesen und Versicherungskosten an die einschlägigen Kommunalverbände verteilt hat. In dem Zuschlag war auch das Sackpfand enthalten.

8. Ausgabe einer Sonderration an Weizenkochmehl.

Eine Sonderration an amerikanischem Weizenkochmehl ist in Auswirkung des sogenannten Brüsseler Abkommens mit der Entente über die Lebensmittelversorgung Deutschlands erstmals im Sommer und im Herbst 1919 zur Verteilung gelangt. Der Lieferpreis der Reichsgetreidestelle, der zunächst 400 *M* für den dz betragen sollte, wurde aus Reichsmitteln auf 130 *M* für den dz verbilligt. Von der Verbilligung zu 270 *M* für den dz sollten das Land und der Kommunalverband dem Reiche je $\frac{1}{3}$ erstatten. Gegen diese über den Kopf der Länder hinweg getroffene Regelung hat die bayerische Regierung Widerspruch erhoben mit dem Erfolg, daß die Verbilligung schließlich ganz auf das Reich übernommen wurde.

Die Höhe der Ration betrug 1 kg monatlich. Die Kleinhandelsspannung sollte 84 \mathcal{A} für das Pfund nicht übersteigen. Beliefert wurden zunächst nur die Städte mit über 50 000 Einwohnern und die Industriegemeinden. Bemerkenswert ist die von der Entente bei Abschluß des Brüsseler Abkommens gestellte Bedingung, daß von den einzuführenden Lebensmitteln „kein Teil an arbeitslose Personen verteilt werden soll, die es durch eigene Schuld oder Entschließung unterlassen, Arbeit zu erlangen“. Um diesem Verlangen zu entsprechen, war die Ausgabe eigener Lebensmittelmarken für den Bezug dieses Kochmehls erforderlich, die an schuldhaft Arbeitslose nicht gegeben werden durften. Insgesamt sind in Bayern 126 558 dz amerikanisches Kochmehl ohne Anrechnung auf den Bedarfsanteil geliefert worden. Bei der Knappheit der Vorräte und der daraus entstehenden Schwierigkeit, die ordentliche Versorgung ungestört durchzuführen, hat die Bayerische Landesgetreidestelle die Einstellung dieser Sonderzulagen und die Lieferung des Mehles in Anrechnung auf den Bedarfsanteil zur Ansammlung einer Rücklage für die kommende schwere Zeit angeregt. Dieser Anregung ist schließlich auch entsprochen worden. Das von der Reichsgetreidestelle weiter gelieferte Zerealienmehl ist bereits auf den Bedarfsanteil angerechnet worden. Die erhebliche Stockung der Versorgung in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1919/20 hat gezeigt, wie sehr die Anregung der Landesgetreidestelle berechtigt war.

¹⁾ Die Lieferung ist erfolgt für die Zeit nach dem 19. Februar 1922, daher der erhöhte Preis.

²⁾ Der Maisgrieß wurde an die Bayerische Lebensmittelstelle abgegeben.

Im Wirtschaftsjahr 1920/21 entschloß sich die Reichsgetreidestelle, anstatt der von vielen Seiten, insbesondere auch von der bayerischen Regierung beantragten Erhöhung der Mehleration, neben dieser noch eine Sonderration an Kochmehl (Haushaltungsmehl aus Auslandsweizen) zur Verteilung zu bringen. Eine neuerliche finanzielle Belastung des Reiches durch diese Sonderaktion sollte dadurch vermieden werden, daß dieses Kochmehl zum jeweiligen Einstandspreis der Reichsgetreidestelle abgegeben werden sollte. Als Ration kam zunächst eine Menge von 600 g auf den Kopf und Monat in Betracht. Die Ausmahlung betrug zunächst 75 v. H., der Lieferpreis 900 \mathcal{M} für 100 kg Mehl frachtfrei Kommunalverband. Er war aber veränderlich gedacht je nach den Preisschwankungen des Getreides und des Standes unserer Währung. Die Festsetzung des Kleinverkaufspreises wurde den Kommunalverbänden überlassen; dabei wurde ihnen zur Pflicht gemacht, außer der unbedingt notwendigen Verdienstspanne für den Kleinhändler lediglich die Unkosten zu berücksichtigen, die dem Kommunalverband aus dem Vertrieb des Kochmehles erwachsen. Ein Nebenzweck dieser Aktion war, den Schleichhandel mit Mehl einzudämmen und die Schleichhandelspreise, die zu dieser Zeit bereits 5—6 \mathcal{M} und darüber für das Pfund Mehl betrugen, zu werfen.

Bayern hat auch für die Ausgabe dieser Sonderration im Interesse seiner Mühlenindustrie von Anfang an Körnerlieferung durchgesetzt. Die Berechnung des außerhalb des planmäßigen Bedarfs zuzuweisenden Auslandsweizens wurde durch Rückrechnung aus dem Mehlpreis unter Berücksichtigung der Spesen und des Erlöses der Nachprodukte gefunden. Der Auslandsweizen wurde Frachtparität München geliefert. Der bayerische Monatsbedarf wurde auf 3800 t festgesetzt, der Einstandspreis für die erste Rate auf 6660,⁴⁵ \mathcal{M} je t errechnet. Aus der der Landesgetreidestelle bleibenden Spannung zwischen dem Erlös für das Mehl und die Nachprodukte einerseits und dem Einstandspreis andererseits hatte sie die Sack- und Mehlfrachten, die Transportversicherung, etwaige Lagerkosten und anderes zu decken. Die Ausmahlung geschah in der Weise, daß 75% Kochmehl, 12% Bollmehl und 11% Kleie gezogen wurden, 2% wurden den Mühlen als Schwund und Verstaubungsverlust zugebilligt. Die Ausgabe des Kochmehles erfolgte gegen Marken. Später durften die Kommunalverbände auch an Gastwirtschaften in nicht zu reichem Maße Kochmehl zuweisen.

Mit der Dezemberrate wurde der Kochmehlpreis von 900 \mathcal{M} auf 750 \mathcal{M} für 100 kg und der Einstandspreis der Landesgetreidestelle für den Kochmehlweizen auf 5558,⁷⁰ \mathcal{M} für die Tonne herabgesetzt. Die dritte Rate brachte wieder eine Erhöhung des Preises auf 850 \mathcal{M} für 100 kg Kochmehl und des Einstandspreises der Landesgetreidestelle auf 6293,⁶⁵ \mathcal{M} für die Tonne Weizen. Mit Wirkung vom 16. Februar 1921 wurde die Ration auf 800 g für den Kopf und Monat erhöht. Diese rasch aufeinanderfolgenden Preisänderungen brachten für die Landesgetreidestelle und die Kommunalverbände vor allem dadurch erhebliche Schwierigkeiten, daß die Lieferungen des Auslandsweizens nicht rechtzeitig eintrafen und im übrigen Reiche jeweils bereits spätere Lieferungen verteilt wurden und damit andere Abgabepreise maßgebend waren als in Bayern. Das Staatsministerium für Landwirtschaft hat daher auf Anregung der Landesgetreidestelle beim Reichsernährungsministerium den Antrag eingebracht, daß der Kochmehlabbgabepreis wenigstens längere Zeit beibehalten werde, damit diese Schwierigkeiten vermieden und die durch die ständigen Preisschwankungen eintretende Beunruhigung der Bevölkerung hintangehalten werde. Trotz anfänglicher Bedenken ist diesem Antrag schließlich mit Wirkung vom 16. März 1921 ab dadurch Rechnung getragen worden, daß der Preis auf 625 \mathcal{M} für 100 kg Kochmehl festgesetzt und für die Folge unverändert beibehalten worden ist. Gleichzeitig wurde die Ausmahlung auf 70 v. H. herabgesetzt, da das 75%ige Auslandskochmehl nicht allen Anforderungen, die an ein gutes Kochmehl zu stellen sind, entsprochen hat. Der Preis für die 5. Weizenmonatslieferung wurde demzufolge auf 4350 \mathcal{M} berechnet. Die weiteren Lieferungen erfolgten zu 4615 \mathcal{M} und zu 4685,¹⁰ \mathcal{M} für die Tonne. Um mit den Lieferungen nachzukommen, hat die Landesgetreidestelle unter Vorbehalt der Nachforderung vorläufig

auf die Lieferung der 4. Rate, für die der Preis 5558,70 \mathcal{M} betragen hätte, verzichtet. Die Herabsetzung der Ausmahlung und die Erhöhung der Ration machten eine erhöhte Weizenzuweisung notwendig, der Monatsbedarf stieg von 3800 auf 5428 t. Für den Absatz durch die Kommunalverbände wurde als oberste Preisgrenze der Betrag von 7 \mathcal{M} für das kg festgesetzt. Es erwies sich aber als notwendig, in besonderen Fällen einen etwas höheren Zuschlag zu genehmigen. Außer dem 70%igen Auslandskochmehl wurden 5% Nachmehl, 7% Bollmehl und 16% Kleie gewonnen. Das Nachmehl wurde zu 170 \mathcal{M} , das Bollmehl zu 130 \mathcal{M} , die Kleie zu 37,50 \mathcal{M} für den dz von der Bayer. Futtermittelverteilung übernommen. Später wurde anstatt Nachmehl und Bollmehl nur noch ein einheitliches Weizenfuttermehl (Type 71/82) und 16% Kleie gezogen. Da die Anlieferung des Kochmehlweizens immer hinter dem Bedarf zurückblieb, mußte sich die Landesgetreidestelle entgegen den grundsätzlichen Forderungen auch mit einer Mehllieferung der Reichsgetreidestelle abfinden, um mit ihren Lieferungen auf das Laufende zu kommen. Die Reichsgetreidestelle wies Bayern 10500 dz 70%iges Weizenkochmehl aus den pfälzischen Mühlenwerken in Mannheim zum Preise von 625 \mathcal{M} brutto für netto gesackt zu, die zur Belieferung der pfälzischen und der günstig gelegenen fränkischen Kommunalverbände Verwendung fanden. Da die Landesgetreidestelle stets netto geliefert hat, ergaben sich hieraus eine Reihe von Klagen der mit diesem Kochmehl belieferten Kommunalverbände.

Wie beim Streckungsmais war auch für die Berechnung des Kochmehlweizenpreises grundsätzlich vereinbart, daß jede Änderung des Mahllohnes der Reichsgetreidestelle, der Fracht oder des Preises der Nachprodukte auch die entsprechende Änderung des Kochmehlweizenpreises zur Folge haben sollte. Außerdem wurde vereinbart, daß die zur Kochmehlherstellung zugewiesenen, für diesen Zweck aber wegen geringerer Bestellung der Kommunalverbände nicht verwerteten Weizenmengen auf den für Brotgetreideweizen geltenden Preis verbilligt und dann auf den ordnungsmäßigen Bedarfsanteil angerechnet werden sollten. Von der Novemberrate wurden insgesamt 869,6, von der Dezemberrate 434,8, von der Januarrate 787,6 t, im ganzen somit 2092 t Kochmehlweizen erübrigt und nach Verbilligung auf den Preis von 1749,45 \mathcal{M} für die Tonne als Brotgetreide zugewiesen. Spätere Kochmehlerübrigungen wurden mit der Schlußverteilung an die Kommunalverbände hinausgegeben und zu dieser Zeit (Januar und Februar 1922) überall gerne abgenommen, da der Preis für das freie Mehl etwa doppelt so hoch stand, als der Preis für dieses Kochmehl von durchweg recht guter Qualität. Nach einer Entschließung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. Mai 1921 durfte von den verbleibenden Restbeständen auch an Konditoreien abgegeben werden. Die Kochmehllieferung wurde als Übergangsmaßnahme noch in das Wirtschaftsjahr 1921/22 herübergenommen und bis zum 15. Januar 1922 fortgeführt. Insgesamt wurden von der Reichsgetreidestelle an Bayern neben der erwähnten Mehllieferung 65 065,894 t Kochmehlweizen geliefert.

Hieraus wurden die nachstehend verzeichneten Mengen Weizenkochmehl und Nachprodukte zu den beigefügten Preisen abgegeben:

Feinmehl zu 900 \mathcal{M} für 100 kg	4 376 089 kg	=	39 384 801,00 \mathcal{M}
" " 625 " " 100 "	940 655 "	=	5 879 093,75 "
" " 750 " " 100 "	3 561 280 "	=	26 709 600,00 "
" " 625 " " 100 "	38 537 778 "	=	240 861 112,50 "
Feinmehl zusammen	47 415 802 kg	=	312 834 607,25 \mathcal{M}
Nachmehl zu 157 \mathcal{M} für 100 kg	1 411 185 kg	=	2 215 560,45 \mathcal{M}
" " 170 " " 100 "	1 124 249 "	=	1 911 223,50 "
Nachmehl zusammen	2 535 434 kg	=	4 126 783,75 \mathcal{M}
Bollmehl zu 130 \mathcal{M} für 100 kg	1 573 833 kg	=	2 045 989,40 \mathcal{M}
Weizenfuttermehl ¹⁾ zu 310 \mathcal{M} für 100 kg	1 606 906 "	=	4 981 408,00 "
" " 450 " " 100 "	2 039 345,5 "	=	9 177 054,75 "
" " 500 " " 100 "	284 487 "	=	1 422 435,00 "
Weizenfuttermehl zusammen	3 930 738,5 kg	=	15 580 898,55 \mathcal{M}

¹⁾ Nachmehl und Bollmehl zusammen.

Kleie zu 37,50 <i>M</i> für 100 kg	4 892 745 kg =	1 834 779,38 <i>M</i>
" " 200 " " 100 "	2 145 679 " =	4 291 358,00 "
" " 300 " " 100 "	2 995 148,5 " =	8 985 445,50 "
" " 340 " " 100 "	102 688,5 " =	349 140,90 "
<hr/>		
Kleie zusammen	10 136 261,0 kg =	15 460 723,78 <i>M</i>
Insgesamt hat der Erlös betragen 350 049 002,58 <i>M</i>		

Im Wirtschaftsjahr 1921/22 wird aus Getreidebeständen, die von der Futtermittelverteilung erworben wurden, aus Getreide, das infolge des 10⁰/oigen Landeszuschlags über die Umlage hinaus erfaßt worden ist, ferner aus Mehl, das die Mühlen zu einem im Zeitpunkt der Vereinbarung etwa 300 *M*¹⁾ je dz unter dem Marktpreis liegenden Preis überlassen haben, für die Monate Mai—September 1922 Kochmehl zu 1440 *M* je dz in Höhe von 1 kg monatlich für 50⁰/o der versorgungsberechtigten Bevölkerung ausgegeben. Die Verteilung auf die Kommunalverbände erfolgt nach von den Kreisregierungen, Kammern des Innern, aufgestellten Verteilungsplänen. Die Kommunalverbände sind angewiesen, die wohlhabenderen Kreise der Bevölkerung vom Bezug dieses um 4—6 *M* je kg unter dem Marktpreis zur Zeit der erstmaligen Verteilung abgegebenen Mehles auszuschließen. Insgesamt kommen rund 15 000 t solchen Kochmehles zur Verteilung.

9. Die Gerstenbewirtschaftung in Bayern.

a) Allgemeines.

In der bayerischen Gerstenbewirtschaftung sind drei Abschnitte zu unterscheiden:

- Die Zeit der Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. in Berlin, Zweigniederlassung für Bayern rechts des Rheins in München, für das Wirtschaftsjahr 1915/16,
- die Zeit der Reichsgerstengesellschaft m. b. H., Abteilung Bayern, für das Wirtschaftsjahr 1916/17,
- die Zeit seit Errichtung der Bayerischen Landesgetreidestelle (Wirtschaftsjahre 1917/18 bis 1920/21).

Wie bereits in der Einleitung ausgeführt, ist die gesamte Gerstenernte des Jahres 1915 für die Kommunalverbände beschlagnahmt worden. Trotz dieser Beschlagnahme durften die Landwirte die Hälfte der von ihnen geernteten Gerste im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb verwenden. Die andere Hälfte mußten sie, abgesehen vom Verkauf selbstgezogener Saatgerste, an den Kommunalverband oder auf Kontingentscheine an gersteverarbeitende Betriebe (Brauereien, Brennereien, Graupenmühlen, Malzkaffee-fabriken, Preßhefefabriken und Malzextraktfabriken) abliefern. Zur Sicherstellung der nötigen Gerstenmengen zur Versorgung der Betriebe wurde unter behördlicher Genehmigung von den beteiligten Industrien die Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. in Berlin gegründet, die wieder die Zweigniederlassung für Bayern rechts des Rheins in München ins Leben rief. Die Rheinpfalz war in den Tätigkeitsbereich der Berliner Hauptgesellschaft einbezogen. Gegenstand des Unternehmens war nach dem Gesellschaftsvertrag der Einkauf von Gerste und Malz und ihre Verwertung an die Betriebe mit Kontingent nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. Juli 1915. Das Geschäftskapital betrug 300 000 *M*.

Die Gerstenverwertungsgesellschaft, Zweigniederlassung für Bayern rechts des Rheins, bediente sich zum Aufkauf der Gerste einer Reihe von Kommissionären, die ihrerseits Unteraufkäufer bestellten. Für den Verkehr mit den Kommissionären wurden allgemeine Geschäftsbedingungen ausgegeben, von denen wegen des grundsätzlichen Unterschieds von der späteren Regelung nur soviel hervorgehoben sei, daß diese Kommissionäre im eigenen Namen und für Rechnung der Gerstenverwertungsgesellschaft im rechtsrheinischen Bayern Industriergerste kauften, mithin Kommissionäre im Rechtssinne waren. An Vergütungen

¹⁾ Inzwischen ist der Mehlpreis derart gestiegen, daß der Lieferpreis im Zeitpunkt der Lieferung, die Ende Juni und anfangs Juli 1922 erfolgt ist, bereits etwa 1400 *M* hinter dem Marktpreis zurückblieb,

erhielten sie für die Einlagerung, als Lagergeld und für die Auslagerung 3 \mathcal{M} (im übrigen Reich 2,50 \mathcal{M}), an Sackleihgebühren 1 \mathcal{M} für die Tonne, die sich jedoch für jede angefangene Woche um 25 Pfg. bis zum Höchstbetrag von 2 \mathcal{M} erhöhte, falls die Säcke nicht binnen Monatsfrist zurückgegeben wurden, schließlich eine Kommissionsgebühr von 7 \mathcal{M} (im übrigen Reich 6,50 \mathcal{M}) für die Tonne. Die Erhöhungen gegenüber den Sätzen im übrigen Reich waren nötig wegen der anders gearteten Besitzverhältnisse Bayerns (Klein- und Mittelbesitz). Der gesamte Gerstenaufkauf der Gerstenverwertungsgesellschaft, Abteilung Bayern, betrug 273 174 t. Hierzu kam ein Selbsteinkauf der Betriebe auf Bezugsschein von 8 386 t. An Eigenbaugerste wurden freigegeben 4 892 t, so daß insgesamt 286 452 t erfaßt worden sind.

Der Geldwert der von der Reichsgerstenverwertungsgesellschaft abgesetzten Gersten- und Malzmengen betrug 103 502 897 \mathcal{M} . Die Gehälter der Zweigniederlassung in München sind in der Liquidationsbilanz der Gerstenverwertungsgesellschaft in Berlin mit 81 901 \mathcal{M} , die allgemeinen Unkosten mit 19 575 \mathcal{M} , zusammen mit 101 476 \mathcal{M} ausgewiesen.

Beim Vergleich mit den Kosten des Hauptbetriebs in Berlin, der nur 11 806 \mathcal{M} allgemeine Unkosten aufweist, ist zu beachten, daß dort eine Reihe von Unkostenposten gesondert aufgeführt sind.

Zur Deckung ihrer Unkosten erhob die Gerstenverwertungsgesellschaft, Zweigniederlassung für Bayern rechts des Rheins, eine Gebühr von 25 Pfg. für den Zentner. Hiervon wurden im Laufe des Liquidationsjahres 23 Pfg. für den Zentner wieder zurückvergütet, so daß zur Deckung der Unkosten tatsächlich nur 2 Pfg. für den Zentner verwendet worden sind.

Die Reichsgerstengesellschaft m. b. H., Abteilung Bayern, wurde gegründet am 3. August 1916. Gegenstand des Unternehmens war die Vornahme der zur Bewirtschaftung der Gerste erforderlichen geschäftlichen Maßnahmen nach Maßgabe der Bundesratsverordnung über die Gerste aus der Ernte 1916, die an der Beschlagnahme zugunsten der Kommunalverbände nichts geändert, die Ablieferungspflicht des Landwirts jedoch von $\frac{5}{10}$ auf $\frac{6}{10}$ seines Ernteertrags erhöht hat. Als Gesellschafter waren an der Reichsgerstengesellschaft, die ein Stammkapital von 5 000 000 \mathcal{M} hatte, beteiligt: Das Reich mit 2 000 000 \mathcal{M} , die deutschen Bundesstaaten und das Reichsland Elsaß-Lothringen mit zusammen 2 700 000 \mathcal{M} , darunter Bayern mit 500 000 \mathcal{M} , die gersteverarbeitenden Betriebe, der Gerstenhandel und die Malzfabriken mit 300 000 \mathcal{M} . Die Gesellschaft wurde aufgelöst mit Beschluß vom 14. August 1918 und gelöscht am 14. April 1920.

Der Erwerb von Gerste für Betriebe mit Kontingent durfte in Bayern nur durch die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, und nur gegen Gerstenbezugsscheine, die von ihr gestempelt waren, erfolgen. Ihr wurden die gesamten Gerstenbezugsscheine für die bayerischen Betriebe mit Kontingent von der Reichsfuttermittelstelle übertragen. Jeder anderweitige Erwerb von Gerste für Betriebe mit Kontingent und jede anderweitige Veräußerung von Gerste an Betriebe mit Kontingent war verboten. Sie unterstand der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern und war an seine Weisungen gebunden. Der Erwerb der Gerste erfolgte, wie im Vorjahre, durch Kommissionäre, die über die gekaufte Gerste nur nach Weisung der Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, verfügen durften. Die Kommunalverbände hatten die Ausfuhr von Gerste aus ihrem Bezirk zu überwachen. Der Versand von Gerste und Malz war anfänglich nur mit gestempelten Frachtbriefen der Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, später auch mit solchen der Bayer. Futtermittelverteilung zulässig. Ein Teil der bayerischen Gerstenernte (20 420 t) ist entsprechend einer auf Grund des Kriegszustandsgesetzes erlassenen Anordnung der drei bayerischen stellvertretenden Generalkommandos vom 14. Juli 1916 gleich nach der Ernte zum Zwecke der Brotmehlstreckung aufgekauft worden. An diesem Aufkauf hat die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, nicht mitgewirkt. Sie hat ihre Einkaufstätigkeit am 5. September 1916 aufgenommen und bis 31. Juli 1917 2 595 010 dz Gerste erworben und mit Bezugsscheinen belegt. Außerdem

haben die Kommunalverbände im Auftrage der Landesvermittlungsstelle in den Monaten Mai bis Juli 1917 zur Streckung des Brotmehles unmittelbar bei den Erzeugern noch 65 870 dz Gerste erworben, für welche die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, ebenfalls Bezugsscheine bereitgestellt hat. Der Einkaufspreis beim Landwirt war vom Kriegsernährungsamt für das erste Drittel der im Einkauf zu erfassenden Gerste auf 34 *ℳ* für 100 kg festgesetzt und mußte nach Verrechnung dieses ersten Drittels auf 32 *ℳ* für 100 kg gesenkt werden. Die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, hat gegen diese Preisregelung erhebliche Bedenken geäußert und ist für einen gleichbleibenden Gerstenpreis eingetreten, jedoch ohne Erfolg. Die Zuteilung der eingekauften Mengen an die kontingentierte Betriebe konnte nicht immer so rasch bewerkstelligt werden, wie es für die den Einkauf besorgenden Kommissionäre und den Geschäftsbetrieb wünschenswert gewesen wäre. Das ursprünglich auf 48 % festgesetzte Braukontingent durfte nur stückweise in kleineren Quoten beliefert werden. Es kam die Herabsetzung des Kontingents auf 35 % und die Weisung des Staatsministeriums des Innern auf das 35 %ige Kontingent wegen der Notwendigkeit, Gerste in erhöhtem Maße zur Brots Streckung heranzuziehen, nur 30 % zuzuteilen. Ein Teil der Kontingente war zu diesem Zeitpunkt bereits über 30 % bis zu 35 % beliefert. Diese Mehrmengen, insgesamt rund 20 000 dz Gerste, wurden mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern dem stellvertretenden Generalkommando I. Bayer. Armeekorps für die Bierversorgung der Erntearbeiter, der Schwer- und Schwerstarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Stockung in der Abnahme der gekauften Gerstenmengen hatte im Verein mit der Braukontingentsherabsetzung zur Folge, daß ein Teil der Gerste, die von den Kommissionären in Ermangelung anderer Lagergelegenheiten auf Brauereiböden eingelagert werden mußte, von den Brauereien bis zur Höhe ihres ursprünglichen 48 %igen Kontingents vermälzt wurde. Die Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, zog die so vermälzten Gerstenmengen zu insgesamt rund 21 000 dz, die nicht von ihr zugeteilt worden waren, zu dem auf dem Grundpreis von 32 *ℳ* für den Doppelzentner Gerste aufgebauten Malzpreis von 52 *ℳ* für den Doppelzentner an sich und lagerte sie bis zur Weiterverwertung in den Lagerhäusern zu Wilhermsdorf, Geiselhöring und München-Ostbahnhof ein. An diese Lagerhäuser wurden auch jene Gersten- und Malzmengen verfügt, die durch Zuteilung von rechtsrheinischen Heeresbierkontingenten nach der Rheinpfalz dadurch frei wurden, daß den Rheinpfälzer Brauereien zur Belieferung dieser Heereskontingente ein Teil der bei ihnen vorliegenden Gerstenüberbelieferungen über das ihnen zugebilligte 25 %ige Kontingent freigegeben wurde. Der Rest dieser Überbelieferung mit rund 10 000 dz Gerste wurde nach Weisung des Staatsministeriums des Innern der Reichsgerstengesellschaft in Berlin unmittelbar bei den Pfälzer Brauereien zugewiesen. Ebenso wurden die durch das Austauschverfahren mit der Pfalz im rechtsrheinischen Bayern freigewordenen Mengen zu rund 4 520 dz Gerste der genannten Gesellschaft ab den obengenannten Lagerhäusern zur Verfügung gestellt. Die ganze von der Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, eingekauften Gerstenmengen sowie das Lagermalz und die Lagergerste wurden in 12 759 Zuteilungen an die kontingentierte Betriebe geliefert. Bei den Zuteilungen von Lagermalz, Lagergerste sowie enteignetem Malz und enteigneter Gerste wurde dem Staatszuschlagskonto jener Betrag gutgebracht, der ihm bei regelrechter Gerstenzuteilung zugeflossen wäre. Die Einnahmen der Reichsgerstengesellschaft, Abteilung Bayern, bestanden in einer Zuteilungsgebühr von 20 Pfg. je 100 kg Gerste und in einem Brauereizuschlag von 30 Pfg. je 100 kg für die nicht durch Vermittlung des Handels, sondern unmittelbar bei der Reichsgerstengesellschaft bestellte Brauereigerste, außerdem aus Zinsen für angelegte Gelder. Sie betrugen zusammen 702 190,³⁵ *ℳ*. Die Ausgaben für Gehälter und Sachbedarf betrugen 295 500,⁷⁸ *ℳ*, so daß sich ein Reingewinn von 406 689,⁵⁷ *ℳ* ergab. Als sog. Staatszuschlag wurden je 100 kg zugeteilter Gerste 4 *ℳ* erhoben. Hieraus war die Kommissionsgebühr mit 1,³⁰ *ℳ* und die Verwaltungsgebühr mit 20 Pfg. für 100 kg zu decken. Außerdem wurden diesen

Einnahmen diejenigen Beträge entnommen, die nötig waren, um Gerste zu Lebens- und Futtermitteln sowie zur Brotmehlherstellung zu den festgesetzten, unter dem Einkaufspreis zuzüglich Gebühren liegenden Preisen abgeben zu können. Es verblieb insgesamt ein Staatszuschlagsüberschuß von 2868547,⁰³ *M*, wozu noch 89959,⁶⁰ *M* an Zinsenanfall traten, zusammen also 2958506,⁶³ *M*.

Vom Wirtschaftsjahr 1917/18 ab wurde — wie bereits bei der Beschreibung der Organisation der bayerischen Getreidebewirtschaftung erwähnt — in Bayern die Gerste von der Landesgetreidestelle bewirtschaftet. Der Verkehr mit Gerste wurde dabei grundsätzlich anders geregelt, als der Verkehr mit Brotgetreide. Auf Grund des § 71 der Reichsgetreideordnung hat das Staatsministerium des Innern in der Ausführungsbekanntmachung zur Reichsgetreideordnung vom 8. August 1917 bestimmt, daß die Selbstlieferung der Kommunalverbände bei Gerste ausgeschlossen ist, daß für den Einkauf die Kommissionäre von der Landesgetreidestelle bestellt werden und die weitere Regelung dieser überlassen bleibt. Die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, hat hierzu am 28. August 1917 noch eine besondere Bekanntmachung erlassen. Hiernach hat der Erwerb von Gerste aus der Ernte 1917 ausschließlich durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, zu erfolgen. Jeder andere Erwerb von Gerste, insbesondere jeder Einkauf durch Brauereien, Mälzereien, Graupen-, Gersten-, Malzkaffeeabriken usw. ist verboten. Die Kommissionäre werden von der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, bestellt; ihre Bestellung ist an eine Genehmigung der Kommunalverbände nicht gebunden. Die Kommissionäre können Kaufsvermittler aufstellen, die sie mit entsprechender Ausweiskarte zu versehen haben. Alle Rechtsgeschäfte über Lieferung von Gerste sind bei Meidung der Nichtigkeit schriftlich abzuschließen. Die im Vollzug des Einkaufs von den Landwirten betätigten Lieferungen sind dem Kommunalverband, für welchen die Gerste beschlagnahmt ist, binnen 3 Tagen auf dem von der Landesgetreidestelle vorgeschriebenen Formblatt anzuzeigen. Durchschriften der einzelnen Lieferscheine sind der Anzeige beizugeben. Abschrift der Anzeige ist der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, einzusenden. Der Kommunalverband hat die bei ihm eingehenden Anzeigen sofort in die Wirtschaftskarte zu übertragen und sie als Belege sorgfältig aufzubewahren.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, denen ein Kontingent zusteht, dürfen selbstgebaute Gerste im Betriebe nur mit Genehmigung der Landesgetreidestelle verarbeiten. Kleie, die bei Vermahlung von Gerste durch den Kommunalverband anfällt, und die sonst aus der Vermahlung von Gerste sich ergebenden Futterstoffe sind der Bayer. Landesfuttermittelstelle anzubieten.

Diese Regelung ist in den grundsätzlichen Bestimmungen auch für die folgenden Jahre unverändert beibehalten worden. Trotz der Beschlagnahme der Gerste durften die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Selbstversorger verwenden

1917/18 an Gerste und Hafer für die Zeit bis 30. September 1917 monatlich insgesamt 8 kg,

1918/19 an Gerste, Hafer und Mais monatlich insgesamt 2 kg,

1919/20 und 1921/22 monatlich 5 kg Gerste.

Weiter durften innerhalb der Höchstgrenzen die erforderlichen Saatgutmengen zur Bestellung der Felder und die zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes festgesetzten Mengen verwendet werden.

Die Verfütterung von Gerste ist für die Ernte 1917 in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. November 1917 (RGBl. S. 1046), für die Ernte 1918 in der Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 30. Juli 1918 (RGBl. S. 984), für die Ernte 1919 in der Verordnung vom 5. August 1919 (RGBl. S. 1367), und für die Ernte 1920 in der Verordnung vom 26. August 1920 (RGBl. S. 1620) geregelt.

Hiernach durften die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, abgesehen von der Verfütterung von Gemenge aus Hafer und Gerste an Pferde, Maultiere und Zuchtbullen in bestimmter Höhe, Gerste für Zuchtsauen und die zum Sprunge benutzten Eber verfüttern, und zwar 1917/18 für Zuchtsauen bis zu 45 Pfd. bei jedem Wurf und für Eber $\frac{1}{2}$ Pfd. für den Tag,

1918/19 für Zuchtsauen bis zu 1 Ztr.,

1919/20 und 1920/21 2 Ztr. für den Wurf.

Darüber hinaus durfte 1920/21 an das im Betrieb gehaltene Vieh die zur Ernährung der Selbstversorger freigegebene Gerstenmenge (5 kg für den Kopf und Monat) verfüttert werden, soweit sie zur menschlichen Ernährung nicht verwendet wurde.

Die Beziehungen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, zu den Landwirten, den Kommissionären, zur Industrie und zu den Behörden sind in dem bereits bei Beschreibung der Organisation der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, erwähnten Merkbuch im einzelnen dargelegt. Hier ist besonders hervorzuheben, daß die Landwirte freie Hand hatten, an welchen Kommissionär oder welchen Kaufsvermittler sie die Gerste verkaufen wollten. Das Ablieferungsgeschäft zerfällt nach dem Merkbuch in 2 Abschnitte, nämlich in den Vertrag, durch den der Kommissionär oder sein Kaufsvermittler Gerste des Landwirts in einer für diesen bindenden Form vorbehaltlich der Genehmigung des Preises für die Bayer. Landesgetreidestelle erwirbt, und in die eigentliche Ablieferung, wobei der vereinbarte und von der Landesgetreidestelle genehmigte Preis auf die tatsächlich zur Ablieferung kommenden Mengen zur Auszahlung gelangt. Die beiden Vorgänge werden durch den Kauf- und den Ablieferungsschein beurkundet, von denen der Landwirt je eine aufzubewahrende Durchschrift erhält. Rechtlich ist der Kaufvertrag mit dem ersten Vertrag perfekt. Die Lieferung und Bezahlung sind nicht Teil, sondern Vollzug des Kaufvertrags. Der Verkäufer ist verpflichtet, die verkaufte Gerste an seine im Bezirk gelegene Sammelstelle oder die nächstgelegene Bahnstation anzuliefern. Eine besondere Vergütung hat er dafür nicht zu beanspruchen (vgl. z. B. Ziffer 4 der Verordnung über landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1917). Der Höchstpreis soll dem Landwirt jedoch nur für gesunde, trockene, gereuterte und geruchfreie Gerste bezahlt werden. Für geringere Qualitäten (Sorte II und III) sind niedrigere Übernahmepreise vorgesehen. Der Landwirt ist verpflichtet, die Gerste zu den festgesetzten Preisen zu liefern. Ist er mit dem Preis nicht einverstanden, so kann er das dafür bestimmte Schiedsgericht anrufen. Wie wenig Streitigkeiten sich im Verlauf der Gerstenbewirtschaftung ergeben haben, zeigt die nachfolgende Übersicht über die Tätigkeit dieses Schiedsgerichts.

	Angemeldete Streitfälle	Hiervon durch Vergleich oder Urteil erledigt	Ohne Spruchszung auf gütlichem Wege erledigt
1915/16	85	6	79
1916/17	34	6	28
1917/18	59	12	47
1918/19	73	22	51
1919/20	82	17	65
1920/21	39	2	37

Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß die zentrale Gerstenbewirtschaftung trotz großer Schwierigkeiten eine verhältnismäßig gute Sortenauswahl zuwege gebracht hat, vor allem aber dafür, daß die belieferten Betriebe den Verhältnissen der Zwangswirtschaft Rechnung getragen und Beanstandungen nur in besonderen Ausnahmefällen erhoben haben.

Kaufverträge durften nur über bereits gedroschene Gerste abgeschlossen werden. Der Landwirt ist verpflichtet, die Gerste bis zur endgültigen Abnahme sorgfältig zu lagern und pfleglich zu behandeln. Alle abgeschlossenen Käufe sind der Landesgetreidestelle unter Bemusterung von mindestens 200 g und unter genauer Angabe von Menge, Qualität, Preis, Versandstation und Kommunalverband, aus dem die Gerste stammt, zur Genehmigung des Preises und weiteren Verfügung zu unterbreiten. Zur Förderung der Aufkaufstätigkeit sind

die Kommissionäre ermächtigt, jederzeit in die beim Kommunalverband geführten Wirtschaftskarten Einblick zu nehmen. Weigert sich ein Landwirt, seine Gerste zu dem bestimmten Preise zu liefern, so ist dies der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, anzuzeigen. Der Kommissionär hat sich allen Verfügungen, welche über die Gerste getroffen werden, zu unterwerfen. Ihm obliegt insbesondere auch die Sorge für die Aufbewahrung von Gerste einschließlich der Versicherung.

Die Kommissionäre erhielten für ihre Tätigkeit je 100 kg folgende Vergütungen:

	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
	M	M	M	M
Kommissionsgebühr	0,40	0,60	0,80	} 4,00
Lagergebühr	0,50	0,50	0,60	
Besondere Unkostenvergütung	0,20	0,20	0,20	
Sackleihgebühr	0,20	0,40	0,50	0,80
zusammen	1,30	1,70 ¹⁾	2,10 ²⁾	5,20 ³⁾

b) Erfassung und Verteilung der Gerste während der ganzen Dauer der öffentlichen Gerstenbewirtschaftung in Bayern.

Erfassung und Verteilung der Gerste sind aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen.

Empfänger	Gerstenver- wertungsgesellschaft 1915/16 ohne Pfalz	Reichs- gerstengesellschaft 1916/17	Bayerische Landesgetreidestelle			
			1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
			mit Pfalz	mit Pfalz	mit Pfalz	ohne Pfalz
	t	t	t	t	t	t
Reichsgetreidestelle Berlin	19 831	22 463	21 887	66 024	5 000	—
Heer	—	—	100 166	30 183	—	—
Österreich	—	—	—	2 339	—	—
Malzextraktfabriken	—	2 928	1 062	1 913	273	570
Preßhefefabriken	659	1 312	1 645	1 800	3 560	907
Nährmittelfabriken (Suppengerste)	—	—	—	1 044	—	71
Brauereien	261 526 ⁴⁾	131 300	70 263	70 399	71 921	134 909 ⁵⁾
Graupenfabriken	85	33 000	38 140	47 927	36 912	5 635
Malzkaffeeabriken	4 871	32 000	13 862	7 454	5 484	2 871
Kindergerstenmehl	—	—	—	4 571	2 798	216
Brennereien	576	76	1 459	905	133	649
Kommunalverbände	—	30 623	—	46 621	80 255	23 888
Futtermittelverteilungsgesellschaft	—	11 833 ⁷⁾	9 438 ⁷⁾	19 312 ⁷⁾	36 315 ⁷⁾	18 652
Durch das Generalkommando bei Beginn der Ernte aufgekauft ca.	20 000	—	—	—	—	—
Durch die Landesvermittlungsstelle aufgekauft	—	6 286	—	—	—	—
Von den Kommunalverbänden selbst aufgekauft	—	—	20 420	—	—	—
zusammen	307 548	271 821	278 342	300 492	242 651	188 368

¹⁾ Außerdem wurde eine Erfassungsprämie von 0,13 M je 100 kg gewährt.

²⁾ Außerdem wurde eine Erfassungsprämie von 0,70 M je 100 kg gewährt, durch die zugleich die Mehrarbeit durch die Prämiennachzahlung abgegolten wurde.

Die Kommissionsgebühr wurde für alle nach dem 1. Januar 1920 erfaßten Mengen um 1 M für 100 kg erhöht. Der Gesamtbetrag wurde auf alle Ablieferungen gleichmäßig verteilt; so ergab sich eine Erhöhung um 0,13 M je 100 kg.

³⁾ Die Kommissionsgebühr wurde für alle nach dem 15. November 1920 erfaßten Gerstenmengen auf 6 M für 100 kg erhöht. Außerdem wurde den Kommissionären für die Mehrarbeit anlässlich der Maisaustauschaktion noch eine besondere Vergütung von 0,20 M je 100 kg Gerste gewährt.

⁴⁾ Von den im Jahre 1915/16 den Brauereien zunächst zugewiesenen 261 526 dz Gerste = 60 % ihres Friedenskontingents mußten sie infolge Herabsetzung des Kontingents auf 48 % zusammen 23 893 t Gerste in Form von Malz nach Außerbayern liefern, was in den vorstehenden Zahlen nicht zum Ausdruck kommt.

⁵⁾ Darunter Pfalz aus rechtsrheinischem Bayern mit 2830 t.

⁶⁾ In diesen zwei Zahlen sind zusammen 5 000 t enthalten, die die Bayer. Lebensmittelstelle nachträglich an die Reichsgetreidestelle Berlin lieferte, so daß sich die nach Berlin gelieferte Gesamtmenge auf 27 463 t erhöht.

⁷⁾ Diese Zahlen geben lediglich die Menge der in die Lager der Futtermittelverteilungsgesellschaft verbrachten Gerste an. Hiervon ist ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil zu Futterzwecken freigegeben, die weiteren Mengen haben zur Brotgetreidestreckung und für sonstige Zwecke Verwendung gefunden.

Die Erfassung verteilt sich auf Handel, Genossenschaften, Kommunalverbände und die Freigabe von Eigenbauerste, wie folgt:

	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
	t	t	t	t
Handel	139 976	149 480	123 745	90 192
Genossenschaften	113 514	146 543	115 768	94 314
Kommunalverbände	20 420	—	—	—
Eigenbauerste	4 432	4 469	3 138	3 862
zusammen	278 342	300 492	242 651	188 368

Die pfälzischen Kommunalverbände haben, veranlaßt durch die unzureichende Belieferung mit Brotgetreide durch die Reichsgetreidestelle im Wirtschaftsjahr 1919/20, entgegen der bayerischen Regelung in größerem Umfange auch Gerste aufgekauft. In Berücksichtigung dieser Entwicklung der Verhältnisse und der Besonderheiten des besetzten Gebietes wurde ihnen für das Wirtschaftsjahr 1920/21 der Aufkauf der Gerste allgemein übertragen. Die Verfügung über die Gerste oblag der Regierung der Pfalz, Kammer des Innern. Der Gesamtgerstenaufkauf der pfälzischen Kommunalverbände betrug 1920/21 11 707,5 t.

Das Hauptziel der zentralen Bewirtschaftung der bayerischen Gerstenernte war die gleichmäßige Belieferung der Brauereien mit guter Qualitätsgerste nach Maßgabe ihrer Kontingente¹⁾.

Der Durchschnittsjahresverbrauch der Brauereien an Gerste für die Bierbereitung betrug in den letzten Friedensjahren 1912 und 1913:

im Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft	9 701 204 dz
in Württemberg	933 793 "
" Baden	821 709 "
" Elsaß-Lothringen	386 918 "
" Bayern rechts des Rheins	4 456 198 "
" Bayern links des Rheins	324 719 "
zusammen	16 624 541 dz

Der Gerstenverbrauch Bayerns für die Bierbereitung verhielt sich sohin zum Verbrauch im übrigen Deutschland ungefähr wie 2 : 5. Vom Gesamtverbrauch Deutschlands entfiel mehr als ein Viertel auf Bayern.

Die wirtschaftliche Notlage Deutschlands während der Kriegszeit machte alsbald eine Einschränkung (Kontingentierung) des Malzverbrauchs der Brauereien nötig. Es erging die Bundesratsverordnung vom 15. Juli 1915, betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, welche bestimmte, daß Brauereien vom 1. April 1915 an zur Herstellung von Bier in jedem Vierteljahr nur 60 Hundertteile des im gleichen Vierteljahre der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich zur Bierbereitung verbrauchten Malzes verwenden dürfen. Später wurde das Kontingent auf 48, allmählich auf 10% herabgesetzt. Für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920 wurde es wieder auf 15 und von da ab bis 16. August 1921 auf 30% erhöht. Nach Wegfall der Getreidebeschlagnahme ist auch die Malzkontingentierung der Bierbrauereien mit Wirkung vom 16. August 1921 aufgehoben worden, so daß seit dieser Zeit die Bierbrauereien in der Malzverwendung wieder frei sind. Das rechtsrheinische Bayern erhielt in den Jahren 1916/17, 1917/18 und 1918/19 auf dringliche Vorstellungen der bayerischen Regierung ein erhöhtes Kontingent, und zwar 1916/17 35% gegenüber 25% im übrigen Deutschland, 1917/18 und 1918/19 15% gegenüber 10% im übrigen Reich. Die ständig wiederholten Anträge der bayerischen Staatsregierung, die Pfalz dem rechtsrheinischen Bayern gleichzustellen, hatten hauptsächlich infolge der starken Gegenströmung im Braugewerbe der die Pfalz umschließenden Staaten keinen Erfolg. Zugegeben ist freilich, daß für die Pfalz die Gründe, welche für die Besserstellung des rechtsrheinischen Bayerns (Bier als Volksgetränk) ausschlaggebend waren, nicht in gleicher Weise zutrafen. 1919/20 kam die Vorzugsstellung Bayerns wieder

¹⁾ Vgl. hierzu „Die bayer. Brauereien in der Zwangswirtschaft“ von Bezirksoberramtmann Streil im Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft. Sonderdruck aus dem Landw. Jahrbuch für Bayern 1921. Heft Nr. 11/12.

in Wegfall. Die Kontingente wurden durch die Verordnung vom 22. Dezember 1919 gleichmäßig auf 15 v. H. festgesetzt

c) Die Belieferung der Brauereien mit Gerste.

Die tatsächliche Belieferung der Brauereien stellte sich wie folgt:

	1915/16 dz	1916/17 dz	1917/18 dz	1918/19 dz	1919/20 dz	1920/21 dz
Norddeutsche Brauergemeinschaft	3 396 041	1 585 843	523 219	544 810	500 651	1 284 400
Württemberg	411 859	156 904	56 005	55 023	52 316	
Baden	297 301	134 915	43 523	45 050	42 472	
Elsaß-Lothringen	176 527	70 195	20 638	16 256	—	
Bayern rechts des Rheins	2 187 234	1 320 908	659 064	659 209	660 456	1 330 615
Bayern links des Rheins	205 020	82 046	32 819	32 820	49 213	91 120
zusammen	6 673 982	3 350 811	1 335 268	1 353 168	1 305 108	2 706 135

Der Anteil Bayerns an dem Gerstenverbrauch für die Bierbereitung hat sich hiernach während der öffentlichen Gerstenbewirtschaftung teils wegen des zugestanden höheren Kontingents, ganz besonders aber wegen der besseren Belieferung erheblich vergrößert. Er betrug 1917/18 mit 691 883 dz, 1918/19 mit 692 029 dz, 1919/20 mit 709 669 dz und 1920/21 mit 1 421 735 dz sogar mehr als die jeweilige Gesamtgerstenzuteilung an die Brauereien im übrigen Deutschland.

Freilich besteht Grund zu der Annahme, daß neben der ordentlichen Versorgung, namentlich bei dem Bezugsscheinsystem des Wirtschaftsjahres 1920/21 im übrigen Reich in viel höherem Maße, als dies in Bayern der Fall war, eine ungesetzliche Eindeckung der Brauereien mit Gerste stattgefunden hat.

d) Die Gerstenzuteilungspreise.

Der Zuteilungspreis für die Brauereien betrug je Doppelzentner

	1915 M	1916 M	1917 M	1918 M	1919 M	1920 M
für Brauereien r. d. Rh.	37,90	37,80	37,80	39,40	60,30	170,00
„ „ l. d. Rh.	—	41,80	41,80	43,40	—	—

Im übrigen betrugen die Zuteilungspreise:

	1917/18 M	1918/19 M	1919/20 M	1920/21 M
für Brennereien	35,00	40,00	70,00	190,00
„ Preßhefefabriken	40,00 ¹⁾	45,00 ¹⁾	60,00	190,00 u. 195,00
„ Malzextraktfabriken	45,00 ¹⁾	50,00 ¹⁾	75,00 ¹⁾	200,00 ¹⁾
„ Graupenfabriken	34,50	38,10	60,00	170,00
„ Malzkaffeeabriken	37,50	48,70	60,00	170,00 u. 190,00
„ Futtergerste	34,50	34,10	59,10	165,30 ²⁾ u. 170,00 ³⁾
„ Nährmittel	45,00 ¹⁾	45,00 ¹⁾	60,00	190,00
„ Kindermehl	45,00 ¹⁾	45,00 ¹⁾	60,00	190,00

e) Zusammenfassende Würdigung der bayerischen Gerstenbewirtschaftung.

Zusammenfassend sind die Erfolge der bayerischen Gerstenbewirtschaftung seit Errichtung der Landesgetreidestelle aus der nachstehenden Übersicht (S. 72) zu entnehmen.

Der nach dem Hundertsatz der Erfassung der Gerstenernte besonders gute Erfolg des bayerischen Gerstenaufkaufs hat Ende des Wirtschaftsjahres 1919/20 im Zusammenhalt mit den Bestrebungen des Handels, an der Brotgetreideerfassung in gleicher Weise beteiligt zu werden wie an der Gerstenerfassung, zur Prüfung der Frage geführt, ob es nicht zweckmäßig sei, auch die Brotgetreideerfassung unter möglichster Ausschaltung jeglichen Zwanges zentral durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, durchzuführen. Insbesondere ist für eine solche Änderung des Systems geltend gemacht worden, daß bei der zentralen Erfassung eine gleichmäßigere Versorgung der Überschuß- und Zuschußkommunalverbände und eine bessere Verteilung der verschiedenen Getreidearten auf die Kommunalverbände

¹⁾ Frei Station. ²⁾ Wintergerste. ³⁾ Sommergerste.

Ernte- jahr	Gersten- ernte- schätzung	Gesamt- gersten- aufkauf	Bedarf an Gerste				
			der Selbst- versorger	für Saatgut	für Ver- fütterung	zusammen einschließl. Gesamt- aufkauf	in % der Ernte- schätzung
	dz	dz	dz	dz	dz	dz	
1917	3 630 281 ¹⁾	2 783 420	475 845	585 554	23 140	3 867 959	106,56
1918	4 391 850	3 004 920	616 800	581 790	154 160	4 357 670	99,22
1919	3 391 082	2 449 557 ³⁾	1 188 974	567 725	429 446	4 635 702	136,70
1920	3 020 994 ²⁾	2 254 704 ³⁾	1 062 452	511 550	310 556	4 139 262	137,01

erreicht würde. Außerdem wurde es staatspolitisch für erwünscht erachtet, die Bezirksverwaltungsbehörden von einer Aufgabe zu entlasten, die sie in ständigen Interessengegensatz zur Landwirtschaft bringen und damit ihrem sonstigen Wirken abträglich sein mußte. Nach eingehender Beratung ist es jedoch zu diesem Schritt, für den bei der Landesgetreidestelle hauptsächlich aus dem letzteren Grund eine gewisse Neigung bestanden hat, nicht gekommen. Eine Übertragung des Gerstenaufkaufsystems auf die Brotgetreideerfassung hätte sich wohl auch nicht empfohlen. Die besonders hohe Erfüllung des Gerstenaufkaufssolls ist sicher in der Hauptsache auf die bewährte bayerische Aufkaufsorganisation zurückzuführen. Immerhin besteht kein Grund zur Annahme, daß die Kommissionäre der Kommunalverbände, die zu einem großen Teile mit den Kommissionären der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, identisch waren, in der Brotgetreideerfassung etwa wesentlich anders gearbeitet haben als bei der Gerstenerfassung. Eine Erfassung über 100% des Aufkaufssolls ist an sich nur denkbar, wenn entweder der Landwirt auch aus seinem zulässigen Verbrauch Gerste abgeliefert oder wenn das Aufkaufssoll selbst zu niedrig festgesetzt ist. Es ist vielfach behauptet worden, daß die Landwirtschaft die zum Eigenverbrauch freigegebenen Gerstenmengen nicht verbraucht, sondern zum Teil ebenfalls abgeliefert habe. In großem Umfange dürfte dies jedoch bei den ohnehin geringen Rationen kaum zutreffen haben. Es muß also wohl das Aufkaufssoll selbst zu niedrig festgesetzt gewesen sein. Das ist einmal in der Weise möglich, daß der Ertrag zu niedrig geschätzt worden ist. Fehler in dieser Beziehung sind nicht zu bestreiten. Für den Vergleich mit der Brotgetreideerfassung kommt man damit aber deshalb nicht weiter, weil zu niedrige Schätzungen in etwa gleicher Weise wie bei Gerste sicher auch bei Brotgetreide vorgekommen sind. Freilich ist bei Brotgetreide auf die Nachprüfung der Schätzung der Kommunalverbände mehr Gewicht gelegt worden als bei Gerste. Es müssen daher wohl noch andere Gründe für den hohen Hundertsatz der Erfassung des Gerstenaufkaufssolls ausschlaggebend gewesen sein. Dieses ist in den letzten zwei Jahren so bestimmt worden, daß von dem Ernteertrag außer dem Saatgutbedarf für jeden Selbstversorger des Landes 60 kg (= 5 kg monatlich) und für jede Zuchtsau 200 kg abgesetzt worden sind. Die kleinen und kleinsten Betriebe bauen aber in der Regel gar keine Gerste. Nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907⁴⁾ ist — wie sich aus der Übersicht auf S. 73 ergibt — die Gerstenanbaufläche im Verhältnis zur ganzen Ackerfläche und zu den übrigen Hauptgetreidearten am geringsten bei den Parzellenbetrieben und den kleinbäuerlichen Betrieben. Gerade diese haben aber besonders viele Selbstversorger.

¹⁾ Vorschätzung. Eine Nachprüfung ergab 3700716 dz; der Gesamtbedarf an Gerste errechnet sich hieraus mit 104,52%.

²⁾ Die Ernteschätzung wurde durch die Landesgetreidestelle auf 3552689 dz erhöht; hieraus errechnet sich ein Gesamtbedarf an Gerste mit 116,51%.

³⁾ Die Zahlen sind höher als die von der Geschäftsabteilung verfügbaren Mengen, weil bei den letzteren bereits Schwund abgesetzt ist, außerdem sind hier auch die Aufkäufe der pfälzischen Kommunalverbände berücksichtigt.

⁴⁾ Vgl. Heft 81 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern.

Betriebe	Brotgetreidefläche			Gerstenfläche			Haferfläche			Menggetreidefläche		
	ha	% des Ackerlandes	% der Getreidefläche	ha	% des Ackerlandes	% der Getreidefläche	ha	% des Ackerlandes	% der Getreidefläche	ha	% des Ackerlandes	% der Getreidefläche
Parzellenbetriebe	29 289	27,9	59,4	8 757	8,3	17,8	10 147	9,6	20,6	1 076	1,0	2,2
Kleinbäuerliche Betriebe	118 302	32,9	55,8	36 074	10,0	17,0	52 717	14,6	24,8	5 104	1,4	2,4
Mittelbäuerliche Betriebe	469 723	32,2	50,7	173 635	11,9	18,8	258 231	17,7	27,9	24 095	1,7	2,6
Großbäuerliche Betriebe	261 068	32,5	49,3	107 899	13,4	20,3	149 430	18,5	28,2	11 613	1,4	2,2
Großbetriebe	14 174	25,1	43,7	7 320	12,9	22,5	9 887	17,5	30,4	1 103	1,9	3,4

Bei der Festsetzung des Gerstenaufkaufssolls in der beschriebenen Weise ist auch für die Selbstversorger in den Betrieben ohne Gerstenbau der entsprechende Abzug gemacht. Auch die Zuchtsauen werden zu einem großen Teile in Betrieben ohne Gerstenbau gehalten. Es sei nur an die milchwirtschaftlichen Betriebe des Algäus erinnert, die zur Verwertung der Milchrückstände nebenher Schweinezucht betreiben. Im Gerstenwirtschaftsplan 1920/21 ist beispielsweise der Selbstversorgerbedarf mit 1 062 452 dz, der Bedarf für Zuchtsauen mit 310 556 dz angesetzt. Nimmt man schätzungsweise an, daß dieser Ansatz um $\frac{1}{3}$ zu hoch ist (in Wirklichkeit dürfte das bei den geschilderten Verhältnissen nicht ausreichen), so würde sich das festgesetzte Aufkaufssoll um $\frac{1\,062\,452 + 310\,556\text{ dz}}{3} = 457\,669\text{ dz}$ er-

höhen, d. i. bei einem Aufkaufssoll von 1 668 131 dz auf 2 125 800 dz. Diese Menge wird vom tatsächlichen Einkauf schon nicht mehr wesentlich überschritten. Beim Vergleich mit der Erfüllung des Brotgetreideaufkaufssolls, das im Wirtschaftsjahr 1920/21 bei einer tatsächlichen Erfassung von 2 570 238 dz 2 680 198 dz betragen hat, ist weiter zu bedenken, daß Betriebe, die keine Gerste gebaut, vielfach die fehlende Gerstenration durch erhöhten Brotgetreideverbrauch werden ausgeglichen haben. Ein Verbrauch, der bei der Feststellung des Gerstenaufkaufssolls abgesetzt ist, findet so teilweise bei Brotgetreide statt, wo seine Berücksichtigung nicht erfolgt ist. Im Verlauf der Getreidezwangswirtschaft ist auch wiederholt, allerdings ohne Erfolg, aus den Kreisen der Landwirtschaft das Verlangen laut geworden, daß Betrieben, die keine Gerste bauen, als Ersatz dafür eine höhere Brotgetreideration zuerkannt werde. Wenn man weiter bedenkt, daß auch sonst der Brotgetreideselbstverbrauch der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren ziemlich allgemein höher war als die zuerkannte Ration (im Wirtschaftsjahr 1920/21 wurde — wie oben dargelegt — in Bayern sogar eine höhere Ration zugestanden, als vom Reich vorgesehen war und bei der Bestimmung des Aufkaufssolls zugrunde gelegt ist), und daß Brotgetreide in weit höherem Maße als Gerste Hamster- und Schleichhandelsobjekt war, Gerste in der Hauptsache in den größeren Betrieben gebaut wird, schließlich die jeweilige Aufkaufvergütung den Gerstenkommissionären unverkürzt zukam, während sie bei Brotgetreide teilweise vom Kommunalverband zur Deckung seiner Unkosten einbehalten wurde, so muß man, will man der Arbeit der Kommunalverbände gerecht werden, anerkennen, daß der Erfolg der Kommunalverbände in der Brotgetreideerfassung, obwohl er — am Hundertsatz der Erfüllung des Aufkaufssolls gemessen — zurückbleibt, doch bei Würdigung aller Verhältnisse nicht minder hoch zu bewerten ist, als der Erfolg der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, in der Gerstenbewirtschaftung. Man kann im Gegenteil sehr wohl der Meinung sein, daß eine zentrale Brotgetreideerfassung nicht die gleichen Erfolge erzielt hätte, wie die dezentralisierte durch die Kommunalverbände. In der Nutzbarmachung der Kleinarbeit und der Autorität der Kommunalverbände dürfte auch der Hauptgrund für die wesentlich besseren Ergebnisse des Brotgetreideaufkaufs in Bayern gegenüber dem übrigen Reich liegen. Es war daher zweifellos das Richtige, an dem bewährten System der Bewirtschaftung des Brotgetreides trotz des ihr gegenüber blendenden Erfolgs der Gersten-erfassung festzuhalten und auf die Vorteile, welche die zentrale Erfassung, wie nicht zu bestreiten, für die Verteilung und vom staatspolitischen Standpunkte aus gehabt hätte, zu verzichten.

10. Die Haferbewirtschaftung in Bayern.¹⁾

Die Bewirtschaftung des Hafers in Bayern weicht weniger als die der übrigen Getreidearten von der in der Einleitung skizzierten reichsrechtlichen Regelung ab. Sie erfolgte bis zum Wirtschaftsjahr 1917/18 durch die Landesfuttermittelstelle, im Wirtschaftsjahr 1917/18 und 1918/19 durch die Landesgetreidestelle, dann wieder durch die Landesfuttermittelstelle. Die Aufbringung des Hafers war bis zum Wirtschaftsjahr 1919/20 wie die des Brotgetreides Sache der Kommunalverbände. Diese hatten die versandbereiten Mengen der zuständigen Bewirtschaftungsstelle anzuzeigen und erhielten von ihr Verladeverfügung. Der Futterbedarf der Zivilpferde wurde innerhalb der Kommunalverbände ausgeglichen, der für die Bedarfsbezirke von Fall zu Fall durch Zuweisung von Hafer aus Überschußbezirken gedeckt. Der Nahrungsmittelhafer wurde wie im übrigen Reich aufgekauft. Die zulässige Saatgutmenge betrug 150 kg je Hektar Anbaufläche. Die Regierungen, Kammern des Innern, waren ermächtigt, im Falle dringenden Bedürfnisses Aussaatmengen bis zu 200 kg, bei ausgesprochener Gebirgslage (in Betracht kommt hierfür vor allem das Fichtelgebirge) bis zu 250 kg zu genehmigen.

Das Wirtschaftsjahr 1919/20 brachte entgegen den Vorstellungen der bayerischen Regierung die Freigabe des Hafers von der Beschlagnahme. Nach § 13 a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 wurde die Reichsgetreidestelle ermächtigt, den Kommunalverbänden oder den sonst von ihr bezeichneten Lieferbezirken die Lieferung bestimmter Hafermengen aufzugeben. Diese Bestimmung gab in Bayern Veranlassung, die Haferbewirtschaftung wieder an die Bayerische Landesfuttermittelstelle überzuführen, welche hierzu den bei der Landesgetreidestelle mit der Haferbewirtschaftung befaßten Referenten und das einschlägige Schreibpersonal übernahm. Bayern wurde eine Haferaufbringungsschuld von 98 125 t auferlegt, wovon es 3 400 t = 8,5 % des Reichsbedarfs für bayerische Nahrungsmittelbetriebe zurückbehalten durfte. Die Umlegung dieses Liefersolls auf die einzelnen Kommunalverbände erfolgte nach der Haferanbaufläche. Die Kommunalverbände wurden beauftragt, ihre Lieferschuld auf die Gemeinden und durch diese auf die einzelnen Erzeuger zu verteilen. Bei der Unterverteilung war, ausgehend von der Anbaufläche, auch die durch den tatsächlichen Ernteertrag u. a. bedingte Leistungsfähigkeit des einzelnen Betriebs zu berücksichtigen. Die Verteilung auf die Gemeinden hatte bis 5. September, die auf die Erzeuger bis 15. September 1919 beendet zu sein. Der Erwerb des Pflichthafers erfolgte ausschließlich durch die Kommissionäre der Bayerischen Futtermittelverteilung. Diese wurden verpflichtet, in den Kommunalverbänden, in denen sie zugelassen wären, für rechtzeitige und vollständige Abnahme des Pflichthafers zu sorgen und die Lieferungen der Landwirte nach besonderen Formblättern zu bestätigen. Die Urschrift dieser Bestätigung war an die Bayerische Futtermittelverteilung behufs Weiterleitung an die Kommunalverbände einzusenden; eine Durchschrift war dem Landwirt zu behändigen, eine behielt der Kommissionär. Die Kommunalverbände hatten auf Grund der von der Bayerischen Futtermittelverteilung übersandten Belege über die erfolgten Aufkäufe in den Haferumlageverzeichnissen der einzelnen Gemeinden entsprechende Abschreibungen zu machen, damit jederzeit die noch aufzubringende Lieferschuld ersehen werden konnte. Für die Versendung von Hafer mit der Eisenbahn waren amtlich gestempelte Frachtbrieife der Landesfuttermittelstelle, Landesgetreidestelle, Landessaatstelle oder Bayerischen Lebensmittelstelle erforderlich. Die Kommunalverbände hatten die Verwendung der ihnen überlassenen Haferfrachtbrieife nachzuweisen.

Die schlechte Ablieferung von Brotgetreide zu Beginn des Wirtschaftsjahres und die dadurch aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten gaben dem Reichsernährungsministerium zunächst Veranlassung, den Ausdrusch des Hafers bis 15. Oktober 1919 zu verbieten. Von

¹⁾ Vgl. auch „Die öffentliche Bewirtschaftung des Hafers in Bayern in den Jahren 1915—1921“ von Dr. Düll in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts, 54. Jahrgang, Nr. 3 u. 4 S. 333 ff.

diesem Druschverbot konnten nur in ganz besonders dringenden Fällen Ausnahmen durch die Kommunalverbände zugelassen werden. Die bayerischen Kommunalverbände wurden in einer Entschliessung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 17. September 1919 angewiesen, Frachtbriefe für Hafer ausschließlich an die Kommissionäre der Bayerischen Futtermittelverteilung zum Versand an die von ihr bestimmten Abnahmestellen abzugeben. Die den Kommunalverbänden auferlegten Haferlieferungen sollten zu je $\frac{1}{3}$ spätestens zum 1. Dezember 1919, 15. Januar und 15. Februar 1920 erfüllt sein.

Die Befürchtungen, denen die bayerische Regierung bereits bei den einschlägigen Gesetzesverhandlungen gegen diese Regelung der Haferbewirtschaftung nach § 13 a Reichsgetreideordnung Ausdruck verliehen hatte, haben sich sehr bald in vollem Umfange als zutreffend erwiesen. Von allen Seiten, von den äußeren Verwaltungsbehörden, der Landwirtschaft, vom Handel und den Genossenschaften wurden lebhaft Klagen über die ganz unzulängliche Regelung der Haferaufbringung laut. Alles stürzte sich auf den Hafer und kaufte die erreichbaren Mengen zu immer höheren Preisen auf. Der Schieberhandel hatte ein reiches Feld der Betätigung. Bei den Landwirten machte sich immer mehr die Anschauung geltend, daß über den Hafer unbeschränkt und ohne jede Bindung an irgendeinen Preis verfügt werden könne. Der hohe Haferpreis führte zu einer zunehmenden Verfütterung von Brotgetreide und Gerste; große Hafermengen wanderten aus Bayern ab. Die bayerische Nahrungsmittelindustrie kam dadurch in schwere Sorge, ob es gelingen werde, ihren Bedarf zu decken. All diese Mißstände veranlaßten die bayerische Regierung am 12. September 1919 nochmals zur Einbringung eines Antrags beim Reichswirtschaftsministerium, die Reichsregierung möge in irgendeiner Form zu einer vollkommenen Bewirtschaftung des Hafers zurückkehren. Gedacht war an eine Wiedereinführung von Höchstpreisen unter gleichzeitiger Schaffung eines Aufkaufsmonopols der Landesgetreideämter oder Landesfuttermittelstellen bei grundsätzlicher Freigabe des Hafereigenverbrauchs der Landwirtschaft. Den Ausgleich innerhalb der Gliedstaaten hätte bei dieser Regelung eine Reichsstelle, wohl die Reichsgetreidestelle, vornehmen müssen. Über den Reichsbedarf hinaus verfügbare Bestände hätten zur planmäßigen Veräußerung im Ausland gegen entsprechende Einfuhr anderer dringender Auslandswaren, namentlich von Brotgetreide, verwendet werden können. Die bayerische Regierung hat in ihrem Antrag insbesondere auch auf die Gefahr hingewiesen, daß bis zum Frühjahr der Hafer im freien Verkehr abgesetzt sei, die Landleieferungen durchfallen würden und in den Bundesstaaten, in denen, wie in Bayern, die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe weitaus überwiegt, eine Bestrafung der Schuldigen nicht durchgeführt werden können, weil ihre Zahl zu groß sein werde, um sie alle zur Verantwortung zu ziehen. Trotz dieser auf der Hand liegenden Bedenken ist es jedoch bei der reichsrechtlichen Regelung geblieben. Das Staatsministerium für Landwirtschaft hat alsdann durch Bekanntmachung vom 6. November 1919 angeordnet, daß die Kommissionäre der Bayerischen Futtermittelverteilung den Hafererzeugern vom 7. November 1919 ab für alle Haferlieferungen für $\frac{1}{3}$ den gesetzlichen Übernahmepreis für Pflichthafer von 20,75 M für den Zentner, für $\frac{2}{3}$ den Preis von 50 M für den Zentner oder, was auf das gleiche herauskommt, für allen Hafer den Preis von 40,25 M für den Zentner zu bezahlen haben. Denjenigen Landwirten, die bis dahin Pflichthafer zu 20,75 M für den Zentner abgeliefert hatten, wurde der Unterschied zwischen diesem Preis und dem genannten Durchschnittspreis mit 19,50 M für den Zentner nachbezahlt. Da neben den Kommissionären der Futtermittelverteilung nur noch Tierhalter für den Eigenbedarf im eigenen Kommunalverband Hafer aufkaufen durften, ferner das Staatsministerium für Landwirtschaft auf Grund der §§ 73, 82 RGO. mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums angeordnet hatte, daß die Ausfuhr von Hafer aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes in den Bezirk eines anderen Kommunalverbandes nur zur Ablieferung von Hafer an die Kommissionäre und Kaufsvermittler der Bayerischen Futtermittelverteilung gestattet

sei, bestand tatsächlich ein Aufkaufsmonopol der Bayerischen Futtermittelverteilung. Damit war, da außerdem nur noch ein Einheitspreis bezahlt wurde, eine Regelung geschaffen, die eine entsprechende Hafererfassung ermöglichte. Der gesamte Hafer (Pflichthafer und freier Hafer) stand zur Verfügung der Futtermittelverteilung, die über den Pflichthafer (d. i. $\frac{1}{3}$ der erfaßten Hafermengen) nach den hierfür gegebenen Reichsvorschriften verfügen und den freien Hafer an die Bedarfsbezirke veräußern konnte. Die von verschiedenen Kommunalverbänden zur Sicherstellung ihrer Ablieferungsschuld erlassenen Ausführverbote hatten ihre Bedeutung verloren und wurden für, gegenstandslos erklärt. Durch Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 31. Dezember 1919 wurde für die Beschaffung von Hafer für die eigene Tierhaltung insofern eine Erleichterung gewährt, als der Bezug von Hafer zur Fütterung eigener Tiere ausnahmsweise von dem Kommunalverband gestattet werden durfte, in dessen Bezirk der liefernde Erzeuger seinen Wohn- oder Betriebssitz hatte. Die Genehmigung hatte schriftlich zu erfolgen, war bei der Beförderung mitzuführen und nach Weisung des Kommunalverbandes wieder abzuliefern.

Das Wirtschaftsjahr 1920/21 brachte die von Bayern im Vorjahr ohne Erfolg angestrebte Wiedereinbeziehung des Hafers in die Beschlagnahme. Diese wurde mit Wirkung vom 16. August 1920 ab auch auf Hafer früherer Ernten ausgedehnt. Die Erfahrungen, die mit der teilweisen Freigabe des Hafers im Erntejahr 1919 gemacht worden sind, haben offenbar auch die Reichsregierung überzeugt, daß eine Zwangswirtschaft in Getreide erfolgreich nur dann durchgeführt werden kann, wenn alle Getreidearten in sie einbezogen sind. Die kläglichen Erfolge, welche die Haferumlage im Wirtschaftsjahr 1919/20 überall im Reiche gehabt hat (es waren z. B. Ende Januar 1920 erst 127 000 t Hafer angeliefert, während zum 1. Januar 1920 bereits 300 000 t hätten geliefert sein sollen; die Gesamthaferablieferung an die Reichsgetreidestelle betrug 235 068 t), verhalfen den im Vorjahr erfolglos gebliebenen bayerischen Bestrebungen zum Sieg. Die durch die Freilassung des Hafers in die öffentliche Getreidebewirtschaftung gerissenen Lücken wurden wieder geschlossen, ohne daß freilich damit die daraus entstandenen Schäden vollständig behoben werden konnten. Auch in der Reichsgetreideordnung 1920 nimmt Hafer jedoch insofern eine Sonderstellung ein, als seine Verfütterung im eigenen Betrieb des Landwirts vollständig freigelassen wurde und trotz der Beschlagnahme aus den selbstgebauten Vorräten Hafer auch auf Bezugsschein geliefert werden durfte. Eine Lieferpflicht für Hafer bestand zunächst nicht, sondern nur ein Aufkaufsmonopol der Kommunalverbände bzw. der Reichsgetreidestelle. Es hat sich bald gezeigt, daß auch diese Lücken der Hafererfassung nachteilig wurden. Die Verfütterung des Hafers im eigenen Betrieb wurde später dahin eingeschränkt, daß sie nur insoweit noch gestattet war, als jener nicht nach den Bestimmungen der Reichsgetreidestelle über die Mindestablieferungsschuld abzuliefern war.

In Bayern wurde die Lieferung von Hafer auf Bezugsschein (wie bei Gerste) durch die Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums für Landwirtschaft verboten. Es wurden nicht nur keine Bezugsscheine ausgegeben, vielmehr durften auch die im übrigen Reich ausgestellten Bezugsscheine nicht beliefert werden. Im einzelnen wurde der Verkehr mit Hafer aus der Ernte 1920 durch Bekanntmachung der Bayerischen Landesfuttermittelstelle vom 11. August 1920 (Staatsanzeiger Nr. 187) im wesentlichen nach dem bewährten System der bayerischen Gerstenbewirtschaftung geregelt. Nur trat an die Stelle der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, die Landesfuttermittelstelle, an die Stelle der Bayerischen Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, die Bayerische Futtermittelverteilung. Die Zuteilung des Hafers an Tierhalter, die nicht Selbstversorger waren, erfolgte durch die Kommunalverbände, denen der erforderliche Futterhafer unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von der Landesfuttermittelstelle auf Anfordern zugewiesen wurde. Die im Vorjahre zugelassene Bedarfseindeckung der Tierhalter unmittelbar beim Erzeuger ist mit der Beschlagnahme des Hafers wieder fortgefallen.

Bei der Versorgung der Kommunalverbände mit Futterhafer wurden folgende Füttersätze zugrunde gelegt:

Bei Pferden und Maultieren	täglich 8 Pfund für das Stück
„ Zugochsen und Zuchtbullen	„ 3 „ „ „ „
„ Zugkühen	„ 2 „ „ „ „
„ Zuchtziegenböcken, Zuchtschafböcken und Zuchtebern	„ 1 „ „ „ „
„ Zuchtsauen für jeden Wurf	1 Zentner

Die neuen Höchstpreise wurden auch für den alten Hafer bezahlt, jedoch war die Futtermittelverteilung berechtigt, Landwirten, die im Vorjahre ihrer Lieferpflicht nicht entsprochen hatten, für den abgelieferten Hafer alter Ernte nur den Übernahmepreis von Hafer der Ernte 1919 zu bezahlen. In der Pfalz traten an die Stelle der Bayer. Futtermittelverteilung die Kommunalverbände, welche die Erfassung in der für Brotgetreide und Gerste angeordneten Weise vorzunehmen und für den Erwerb die bisher für die Futtermittelverteilung tätigen Kommissionäre mitzubeschäftigen hatten.

Da Hülsenfrüchte und Buchweizen von jeder Verkehrsregelung freigeblieben sind, insbesondere auch Landlieferungen dafür nicht mehr ausgeschrieben wurden, gerade Hülsenfrüchte aber häufig zusammen mit Hafer gebaut werden, wurde die Frage des Hafergemenges von besonderer Bedeutung. Eine Bekanntmachung der Landesfuttermittelstelle vom 10. September 1920 bestimmte hierzu, daß ein Gemenge von Hafer und Hülsenfrüchten, wenn in ihm der Hafer nicht ganz unbedeutend vertreten ist, als Hafer anzusprechen sei und demzufolge der Beschlagnahme unterliege. Die Grenzen waren flüssig und gaben zu manchen Mißhelligkeiten Anlaß. Immerhin ist eine ernste Schädigung der Hafererfassung durch die Freilassung der Hülsenfrüchte von der Verkehrsregelung kaum eingetreten. Dagegen mag diese wohl da und dort zu einem vermehrten Anbau von Hülsenfrüchten statt Getreide geführt haben.

Die Haferaufbringung ließ auch im Wirtschaftsjahr 1920/21, nicht zuletzt infolge der Nachwirkungen der Vorjahrsregelung und des unbeschränkten Verfütterungsrechtes der Hafererzeuger, sehr zu wünschen übrig. Bis Ende November 1920 waren im Reich nur rund 38 000 t Hafer (darunter 8 104 t auf Bezugsscheine) abgeliefert. Diese Verhältnisse haben das Direktorium der Reichsgetreidestelle veranlaßt, auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verfütterung von Hafer am 11. Dezember 1920 im Zusammenhalt mit § 18 e der RGO. Mindestablieferungsschuldigkeiten für die einzelnen Länder festzusetzen, für die mit Rundschreiben vom 9. Dezember 1920 die näheren Grundsätze mitgeteilt wurden. Hiernach verblieb es hinsichtlich der Haferaufbringung beim bisherigen System. Die Landwirte sollten aber gehalten werden, je Hektar Anbaufläche eine Hafermenge von 4—8 Ztr. abzugeben. Die sich für die einzelnen Länder ergebende Mindestablieferungsschuld war durch die Landeszentralbehörden unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse des ländlichen Besitzes, des Ernteausfalles und des Umfanges der Viehhaltung in den verschiedenen Gegenden und Betrieben auf die Kommunalverbände unterzuverteilen. Diese hatten ihrerseits die Mindestablieferungsschuld des einzelnen Betriebs festzusetzen, wobei sie jedoch über 8 Ztr. für das Hektar nicht hinausgehen sollten. Die erste Hälfte sollte bis Februar, die zweite bis April 1921 abgeliefert sein. Auf die Mindestablieferungsschuld wurde aller Hafer der Ernte 1920 angerechnet, der bis zur Festsetzung auf Bezugsschein oder an die Reichsgetreidestelle bereits abgeliefert war. Zur Sicherung der rechtzeitigen Haferablieferung wurde durch Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 4. Februar 1921 bestimmt, daß bei Nichtlieferung Geldersatz in Höhe des dreifachen Betrages des Höchstpreises inländischer Ernte zu bezahlen sei. Bayern hat auch hinsichtlich der Hafererfassung kräftiger zugegriffen als das Reich. Nach Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 21. Dezember 1920 hatten landwirtschaftliche Betriebe ohne eigene Viehhaltung sämtlichen Hafer, den sie nicht zur

Ernährung der Selbstversorger (5 kg monatlich für den Kopf) oder als Saatgut verbrauchen durften, an die Kommissionäre der Bayer. Futtermittelverteilung abzuliefern. Für die landwirtschaftlichen Betriebe mit eigener Viehhaltung wurde für das Tagwerk Haferanbaufläche eine Ablieferungsschuld von 3 Ztr. Hafer festgesetzt. Im ganzen wurde bei einer Haferanbaufläche von 397 723 ha eine Ablieferungspflicht von 130 000 t bestimmt, während im übrigen Reich auf eine Haferanbaufläche von 2 377 040 ha, also ungefähr die 6fache Fläche, schließlich nur eine Mindestablieferungsschuld von 283 668 t — d. i. wenig mehr als das Doppelte der den bayerischen Landwirten auferlegten Haferlieferung — festgesetzt war. Bayern ist damit an das Höchstmaß von 8 Ztr. je Hektar herangegangen, während im übrigen Reich das Mindestmaß von 4 Ztr. nicht erreicht ist. Den Kommunalverbänden war es überlassen, in besonderen Fällen unter Beiziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger Ausnahmen zu bewilligen.

Auch die Festsetzung der Mindestablieferungsschuld brachte und konnte keinen vollen Erfolg mehr bringen. Da bis dahin die Verfütterung des Hafers vollständig frei war, stieß die Aufbringung der Pflichtmengen auf erhebliche Schwierigkeiten, weil die Landwirtschaft, ohne daß dieser Einwand widerlegbar war, gegen die Heranziehung zur Haferablieferung geltend machen konnte, daß sie den Hafer in der Hauptsache bereits verfüttert habe, die Restbestände als Saatgut und zur weiteren Durchhaltung der Zug- und Zuchttiere brauche. Dieser Masseneinwand blieb nicht ohne Wirkung. In Preußen wurden die Regierungspräsidenten ermächtigt, auf Einsprüche der Kommunalverbände die Mindestablieferungsschuld herabzusetzen, ohne daß die dadurch bewirkte Minderung des Aufbringens des Regierungsbezirkes durch Mehrbelastung anderer Kommunalverbände auszugleichen war. Von dieser Ermächtigung ist offenbar in weitherziger Weise Gebrauch gemacht worden, da sonst die geringe Ablieferungsschuld des Reiches ohne Bayern nach dem Stande vom 11. Juni 1921 nicht zu verstehen wäre. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Bayern bei einer Mindestablieferungsschuld von 130 000 t 124 373 t = 96% aufgebracht, während im übrigen Reich von der geringfügigen Mindestablieferungsschuld¹⁾ zu 283 668 t nur 249 467 t = 88% aufgebracht waren.

Dieses Ergebnis im Reich ist um so weniger befriedigend, als die Hafererfassung dadurch noch besonders begünstigt war, daß für allen über 50 v. H. der Mindestablieferungsschuld hinaus abgelieferten Hafer die gleiche Menge verbilligter Mais gegeben wurde. Demgegenüber erscheint die bayerische Erfassung, die trotz der ungünstigeren Besitzverteilung und der niedrigeren Ernteerträge 3,13 dz Hafer je Hektar — gegenüber 1,05 dz je Hektar im übrigen Reich — erbracht hat, als ein glänzender Erfolg, der neben der größeren Lieferwilligkeit der bayerischen Landwirtschaft vor allem der bewährten bayerischen Organisation und der wieder erstarkten Staatsautorität zu danken ist.

Das Ergebnis der bayerischen Hafererfassung²⁾ ist, nach Kreisen ausgeschieden, der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
	t	t	t	t	t	t
Oberbayern . . .	60 095	65 345	28 673	49 447	20 229	26 313
Niederbayern . .	32 613	45 729	22 307	36 316	17 677	25 218
Pfalz	14 014	15 726	10 039	6 484	1 565	1 069
Oberpfalz	36 326	45 588	23 942	29 521	17 643	22 669
Oberfranken . . .	22 869	32 973	18 213	15 161	10 367	13 195
Mittelfranken . .	24 323	33 337	19 991	17 532	9 920	11 040
Unterfranken . .	19 215	29 252	17 341	16 076	6 470	9 499
Schwaben	42 495	45 096	23 051	28 301	12 079	17 421
zusammen	251 950	313 046	163 557	198 838	95 950 ³⁾	126 424

¹⁾ Insgesamt hat das Reich ohne Bayern rund 350 000 t Hafer aufgebracht, d. i. nicht ganz das Dreifache der bayerischen Ablieferung.

²⁾ Das Zahlenmaterial wurde von der Landesfuttermittelstelle überlassen, die auch das einschlägige Aktenmaterial der Landesgetreidestelle übernommen hat.

³⁾ Hiervon ist $\frac{1}{3}$ = 31 983,3 t als Pflichthafer zum Preise von 20,75 M für den Doppelzentner anzusehen.

Die Verwertung hat sich folgendermaßen gestaltet:

im Wirtschaftsjahr	Geliefert wurden					
	1915/16 t	1916/17 t	1917/18 t	1918/19 t	1919/20 t	1920/21 t
an das Heer	235 449	272 458	153 362	163 000	7 953	13 918
an Nahrungsmittelwerke	7 878	24 344	2 000	14 000	26 593	24 715
an bayerische Kommunalverbände	8 124	6 181	7 195	21 300	56 015	61 418
an die Reichsgetreidestelle	—	—	—	—	2 500	14 500

11. Besondere Erfassungsmaßnahmen.

a) Der Frühdrusch.

Die steigende Knappheit der Getreidevorräte brachte es mit sich, daß in der Übergangszeit von einem Wirtschaftsjahr zum andern jeweils kaum entsprechende Getreidevorräte vorhanden waren, um auch nur den allernotwendigsten Bedarf zu decken. Der Zeitpunkt von dem ab bereits von den Erträgen der neuen Ernte gezehrt werden mußte, trat von Jahr zu Jahr früher ein. Da der Landwirt von den Friedensverhältnissen her gewohnt war, mit dem Druschgeschäft in größerem Umfange erst nach Beendigung der vordringlichsten Erntearbeiten zu beginnen, erwies es sich zur alsbaldigen Erfassung des Getreides als notwendig, eine besondere Frühdruschorganisation zu schaffen. Zweck dieser Organisation war, die Ernte, das Druschgeschäft, die Erfassung und Ablieferung möglichst schnell durchzuführen.

Erstmals wurde der Frühdrusch im Wirtschaftsjahr 1917/18 planmäßig vorbereitet und durchgeführt. Zur Bewältigung der auf die Beschleunigung der Ernte, des Ausdrusches und der Ablieferung in den frühererntenden Bezirken bezüglichen Aufgaben setzte das Staatsministerium des Innern einen besonderen Staatskommissar für Frühernte in der Person des Präsidenten der Versicherungskammer Dr. von Englert ein. Zur Durchführung des Frühdrusches wurden die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften als Oberkommissionäre aufgestellt. Es wurden folgende Frühdruschbezirke gebildet:

1. Alzenau, Aschaffenburg, Obernburg und Miltenberg;
2. Kitzingen, Ochsenfurt, Würzburg, Karlstadt und Marktheidenfeld;
3. Haßfurt, Schweinfurt, Gerolzhofen, Hammelburg, Kissingen und Neustadt a. S.;
4. Lichtenfels, Staffelstein und Bamberg I;
5. Bamberg II, Forchheim und Höchstadt a. A.;
6. Erlangen, Nürnberg, Ansbach und Neustadt a. A.;
7. Eichstätt und Weisenburg i. B.;
8. Donauwörth, Neuburg a. D. und Ingolstadt;
9. Kelheim, Stadtamhof, Regensburg und Maltersdorf;
10. Straubing, Landau a. I., Dingolfing und Vilsbiburg;
11. Eggenfelden, Altötting und Mühldorf;
12. Vilshofen, Passau, Pfarrkirchen und Griesbach;
13. Dürkheim, Neustadt a. H. und Landau i. Pf.;
14. Germersheim, Speyer, Ludwigshafen a. Rh. und Frankenthal.

Die Aufgabe des mit der Durchführung des Frühdrusches betrauten Oberkommissionärs haben übernommen:

- Für die Bezirke 2, 4, 8, 10, 12 die Bayer. Zentraldarlehenskasse,
 „ „ „ 1, 3, 5, 9, 11 die Landw. Zentralgenossenschaft Regensburg,
 „ den Bezirk 6 die Zentraldarlehenskasse für Deutschland, Filiale Nürnberg,
 „ „ „ 7 die Mittelfränkische Kreisdarlehenskasse Burgfarnbach,
 „ „ „ 13 die Zentralgenossenschaft pfälzischer landw. Konsumvereine in
 Neustadt a. H.,
 „ „ „ 14 die Zentraldarlehenskasse für Deutschland, Filiale Ludwigshafen a. Rh.

Den Oberkommissionären war es überlassen, im Benehmen mit ihren Bezirken die für ihre Tätigkeit ausersehenen früherntenden und frühesterntenden Gemeinden festzustellen und den Kommunalverbänden mitzuteilen. Um den ungefähren Zeitpunkt der Getreideernte schon im voraus einigermaßen bestimmen zu können, wurden eigene Beobachter für den phänologischen Nachrichtendienst bestimmt. Diese hatten ihre Wahrnehmungen über den Beginn der Blütezeit und über den weiteren Verlauf der Getreidereife der Agrikulturbotanischen Anstalt zur weiteren Verarbeitung mitzuteilen. Die Oberkommissionäre hatten zunächst in den frühesterntenden Gemeinden festzustellen, welche Anbauflächen für Wintergerste, Winterroggen, Winterweizen und Sommergerste in Betracht kamen, sodann in enger Fühlung mit dem Kommunalverband den Druschplan für ihren Bezirk aufzustellen, die erforderlichen Dreschmaschinen wie den ganzen Bedarf an Arbeitskräften, Maschinenführern und Bedienungsmannschaften, deren Verpflegung und den gesamten Sachbedarf an Brennstoffen, Schmieröl, Fetten, Treibriemen, Sackbindegarn und Beförderungsmitteln sicherzustellen. Um Arbeitskräfte, Pferde und Wagen hatten sie sich nötigenfalls an die militärischen Wirtschaftsstellen, wegen Beschaffung der Rohstoffe an die Rohstoffverteilungsstellen zu wenden. Auf Anordnung des Kriegsministeriums wurden eigene militärische Dreschkommandos in Stärke bis zu 8 Mann ausgebildet und für den Frühdrusch zur Verfügung gestellt. Die Kosten übernahm die Heeresverwaltung. Für jeden Kommandierten wurde eine Geldabfindung in Höhe des Vergütungssatzes für Naturalverpflegung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes mit 2 *M* für den vollen Tag einschließlich Brot gewährt. Die übliche Verpflegung für diesen Satz hatte der Kommunalverband oder der Landwirt zu übernehmen, welcher die Kolonne beschäftigte. Als Entschädigung für die Hilfeleistung hatte der Kommunalverband eine Vergütung, die nach dem Tagessatz von 2,50 *M* für den Mann und Arbeitstag bemessen war, zu berechnen. Für Unterkunft und Verpflegung der Pferde hatte die Gemeinde aufzukommen. Eine Geldvergütung nahm die Heeresverwaltung für die Pferdegestellung nicht in Anspruch. Im Bedarfsfalle wurden auch militärische Mähkommandos abgestellt.

Die Verteilung des Frühdruschergebnisses auf die Bedarfsbezirke war Sache der Landesvermittlungsstelle, die hierfür nach Umfrage bei den Kommunalverbänden einen eigenen Verteilungsplan aufgestellt hat, bei dem ganz besonders auf die Sicherstellung des Mehlbedarfs der größeren Städte, wie München, Nürnberg und Augsburg, Bedacht genommen wurde. München wurden die leistungsfähigsten Kommunalverbände Niederbayerns (Straubing, Dingolfing, Landau a. I. und Mallersdorf) überlassen. Für die rechtzeitige Anlieferung des angeforderten Getreides waren die Lieferkommunalverbände verantwortlich. Sie hatten zu diesem Zweck das Getreide möglichst an der Maschine abzunehmen, das Gewicht festzustellen, dem Besitzer die abgenommene Menge zu bezahlen und für die Verladung und Verfrachtung nach den Weisungen der Landesvermittlungsstelle Sorge zu tragen. Die gesetzlichen Unterlagen für die zur Durchführung des Frühdrusches notwendigen Zwangsbefugnisse wurden in der Bundesratsverordnung über den Frühdrusch vom 2. Juni 1917 geschaffen. Eine umfangreiche Aufklärungsarbeit in Versammlungen und in der Presse sollte die Landwirtschaft und die Kommunalverbände von der Notwendigkeit des Frühdrusches überzeugen und sie zu freudiger Mitarbeit gewinnen. Die Beschleunigung der Ernte und des Drusches ließ befürchten, daß in vielen Fällen auch Getreide mit einem hohen Feuchtigkeitsgrad zur Ablieferung kommen werde. Es mußte daher zur Verhinderung des Verderbs auch für Trocknungsgelegenheiten in Mühlen und sonstigen geeigneten Anlagen Sorge getragen werden. Hierfür wurde den Kommunalverbänden ein eigenes Vertragsmuster an die Hand gegeben. Die Trocknung mußte so erfolgen, daß das Getreide nach ihr nicht unter 14% und keinenfalls über 15% Feuchtigkeit enthielt. Der Gewichtsverlust durfte 1,2% für jedes Prozent Wassergehalt nicht übersteigen. Vor der Trocknung mußte das Getreide erst auf seinen Feuchtigkeitsgehalt untersucht werden. Zu diesem

Zweck waren 2 Muster in besonders vorgeschriebener Verwahrung an die Agrikulturbotanische Anstalt in München zu senden. Mit der Trocknung durfte erst begonnen werden nach Eintreffen des Untersuchungsbefundes und wenn dieser ergeben hatte, daß das Getreide mehr als 18% Feuchtigkeit besaß.

Die Frühdruschorganisation im Wirtschaftsjahr 1917 hat den angestrebten Erfolg, den Übergang vom alten zum neuen Wirtschaftsjahr ohne erhebliche Versorgungsschwierigkeiten zu finden, erreicht. Immerhin haben sich auch in mancher Richtung Mißstände ergeben, die der glatten Abwicklung und dem Erfolg abträglich waren. Zunächst fehlte es da und dort an den nötigen Lagerräumen, deren Bereitstellung erst erfolgte, als die Lieferungen bereits in vollem Gange waren. Dieser Mangel hatte zur Folge, daß das Getreide vielfach beim Landwirt hinterstellt bleiben mußte. Zum Teil geschah dies gesackt, wie das Getreide von der Maschine kam. Daß eine solche Lagerung die Güte des noch nicht ausgetrockneten Getreides ungünstig beeinflussen mußte, liegt auf der Hand. Auch machte der Mangel an Lagerräumen bei den Überschußkommunalverbänden die sofortige Ablieferung des Getreides an die Bedarfskommunalverbände notwendig: So kam das Getreide an diese da und dort stoßweise heran; die Wagen konnten nicht mehr rasch genug entladen werden, die Rangierbewegungen wurden behindert, die Bahnhöfe teilweise verstopft. Es mußten Umdispositionen vorgenommen werden, die wiederum Mehrfrachten und eine längere Umlaufzeit der Eisenbahnwagen zur notwendigen Folge hatten und damit den schon bestehenden Wagenmangel noch vergrößerten. Aber auch abgesehen hiervon brachte die Versorgung aller Bedarfskommunalverbände aus den Frühdruschbezirken unwirtschaftliche Verfügungen und eine starke Inanspruchnahme des Wagenparks mit sich. Weite Wege gefährdeten das Getreide, da frühgeerntetes, noch nicht genügend ausgetrocknetes Korn eine lange Bahnfahrt nicht verträgt. Die zur Förderung einer beschleunigten Ablieferung gewährten Lieferungszuschläge (die sog. Frühdruschprämien¹⁾) begünstigten zwar die Erfassung des Getreides, lösten aber bei den Bedarfskommunalverbänden Widerstände in der Abnahme des mit Frühdruschprämien belasteten Getreides aus, da irgendein Ersatz der Frühdruschprämien den Kommunalverbänden zu dieser Zeit noch nicht zugesagt war. Auch wegen des erhöhten Schwundes trugen die Zuschußbezirke teilweise Bedenken, an Frühdruschgetreide mehr als den Bedarf für die nächste Zeit hereinzunehmen. Die Überschußverbände, die nicht in den Frühdrusch einbezogen waren, hatten zunächst keine Absatzmöglichkeit für ihr Getreide, da die Bedarfskommunalverbände und Mühlen mit Frühdruschgetreide überfüllt waren.

Die Frühdruschorganisation für die Ernte 1917 litt auch insofern an einem grundsätzlichen Fehler, als ihr durch die Bestellung eines eigenen Staatskommissars für Frühernte neben dem Staatsministerium des Innern und der Landesgetreidestelle noch eine weitere Spitze gegeben war und die Tätigkeit der Oberkommissionäre und der Kommunalverbände zu sehr ineinandergriff und nur schwer richtig abgegrenzt werden konnte. Es lag eine Überorganisation vor, die den Schriftwechsel vermehrte, ein Nebeneinanderarbeiten, in einzelnen Fällen sogar ein Gegeneinanderarbeiten zur Folge hatte, die Einheitlichkeit der Durchführung gefährdete und ein reibungsloses Zusammenarbeiten erschwerte. Die Einrichtung der Oberkommissionäre wurde von den äußeren Behörden im allgemeinen wenig günstig aufgenommen. Die militärischen Wirtschaftsstellen haben sich später sogar übereinstimmend gegen sie ausgesprochen.

Wenn der Frühdrusch 1917 sich gleichwohl noch verhältnismäßig glatt abwickelte, so ist das der regen Mitarbeit aller beteiligten Stellen, ganz besonders aber dem tatkräftigen Eingreifen des Staatskommissars für Frühernte zu danken, dem auch das Verdienst zukommt, den erwähnten grundsätzlichen Mangel der Organisation klar erkannt und bei den Vorberatungen für den Frühdrusch 1918 offen dargelegt zu haben.

¹⁾ Vgl. den Abschnitt „Die Getreideablieferungsprämien“ S. 107.

Bei der Organisation des Frühdrusches für das Wirtschaftsjahr 1918 mußten die 1917 hervorgetretenen Fehler von vornherein vermieden werden. Es galt vor allem, die Organisation zu vereinfachen. Die Durchführung der mit dem Frühdrusch verbundenen Aufgaben wurde daher — was von Anfang an das Richtige gewesen wäre — zur besseren Zusammenfassung der Landesgetreidestelle übertragen, bei der hierfür eine eigene Abteilung errichtet wurde mit der Aufgabe, den raschen Ausdrusch des Getreides zu fördern und den Kommunalverbänden die Beschaffung aller nötigen Betriebsmittel (besonders Kohlen, Benzin, Benzol, Treibriemen, Schmieröl und Bindegarn) im Benehmen mit den beteiligten Stellen zu vermitteln, den Frühdrusch in den dafür bestimmten Bezirken einzurichten und durchzuführen.

Bei der Auswahl der Frühdruschbezirke waren neben der Frühernte des Bezirks die Erfahrungen maßgebend, die bis dahin über die Organisation des Kommunalverbandes gemacht wurden, da eine Frühernte der Versorgung in der Übergangszeit nur dann nützen konnte, wenn auch die Gewähr dafür vorlag, daß dieses Getreide rasch für die Bedarfsbezirke zur Verfügung stand. Die Einteilung der Frühdruschbezirke erfolgte in 3 Klassen:

1. Frühdruschbezirke, die aus ihrer Frühernte erhebliche Mengen Getreide an Bedarfsbezirke zu liefern imstande waren,
2. Bezirke, die in der Lage waren, aus ihrer Frühernte während der Übergangszeit vom alten zum neuen Wirtschaftsjahr sich selbst und in ihrem Bannkreis gelegene Städte zum Teil zu versorgen,
3. Bezirke, welche ohne Inanspruchnahme von Frühdruschgetreide aus anderen Verbänden den Übergang vom alten ins neue Wirtschaftsjahr aus der eigenen Ernte finden konnten.

Die vorbereitenden Maßnahmen für den Frühdrusch mußten sich auf alle drei Gruppen erstrecken. Für die Feststellung des voraussichtlichen Erntebeginns wurden die Ergebnisse des auch in diesem Jahr fortgeführten phänologischen Nachrichtendienstes geeignet verwertet. Um zu zeigen, wie die angestellten Beobachtungen von der Agrikulturbotanischen Anstalt verarbeitet wurden, ist in der Fußnote¹⁾ das Ergebnis dieses Nachrichtendienstes für Niederbayern für Roggen nach dem Stande vom 31. Mai 1918 mitgeteilt. Für den Blütebeginn des Winterroggens wurden Zonen von je 5tägiger Dauer aufgestellt, und zwar Zone I 14. bis 18. Mai, Zone II 19. bis 23. Mai, Zone III 24. bis 28. Mai, Zone IV 29. Mai bis 2. Juni und Zone V 3. bis 7. Juni. Die daruntergesetzten Zahlen sind die gleichen Feststellungsergebnisse für die Ernte 1917. Die in Klammern stehende Bruchzahl ist der sog. Roggenfaktor, dessen erste Zahl angibt, nach wieviel Tagen vom 1. Mai an der Roggen im Mittel des ganzen Bezirks zu blühen begann, während die zweite die Zahl der Tage vom 1. Mai bis zum Beginn der Schnittreife bezeichnet. Der Unterschied der beiden Zahlen ergibt die Ausreifungsdauer.

¹⁾ Roggen nach dem Stand vom 31. Mai 1918: Griesbach $\frac{I \ II \ III}{III \ IV}$ (28/72), Vilshofen $\frac{I \ II \ III}{III \ IV}$ (28/71), Pfarrkirchen $\frac{I \ II}{III}$ (26/71), Deggendorf $\frac{I \ II \ III}{III \ IV}$ (28/70), Passau $\frac{I \ II}{III \ IV}$ (28/69), Landau a. I. $\frac{I \ II \ III}{III \ V}$ (29/74), Mallersdorf $\frac{I \ II \ III}{III \ V}$ (29/74), Straubing $\frac{I \ II \ III}{III \ IV}$ (29/75), Bogen $\frac{II}{III \ VI}$ (30/74), Mainburg $\frac{II \ III}{III \ IV}$ (29/75), Kelheim $\frac{II \ III}{III \ IV}$ (32/?), Vilsbiburg $\frac{II \ III}{III \ V}$ (30/75), Dingolfing $\frac{II}{III \ IV}$ (29/74), Eggenfelden $\frac{II}{III \ V}$ (30/73), Grafenau $\frac{II \ III}{III \ VI}$ (34/75), Landshut $\frac{II \ III}{IV}$ (31/76), Kötzing $\frac{II \ III}{III \ V}$ (32/76), Rottenburg $\frac{II \ III}{III \ IV}$ (30/?), Wegscheid $\frac{II \ III}{IV \ V}$ (34/79), Wolfstein $\frac{III}{IV \ VII}$ (36/85), Regen $\frac{III}{V \ VI}$ (38/84).

Zur ordnungsmäßigen Durchführung des Frühdrusches wurden die Kommunalverbände zunächst angehalten, der Instandsetzung der Ernte- und Dreschmaschinen ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Beamte der Dampfkesselrevisions-Vereine, Angestellte von Maschinenfabriken, technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft und andere geeignete Persönlichkeiten nahmen die Nachschau und Prüfung der Maschinen vor. Wo die nötigen Arbeitskräfte fehlten, mußte für deren rechtzeitige Beistellung gesorgt werden. Wie im Vorjahr wurden auch in diesem Jahre militärische Ernte- und Druschkommandos, Lastkraftwagen und Pferde abgestellt. Außerdem erging zur Sicherstellung der nötigen Arbeitskräfte auf Grund des Kriegszustandsgesetzes eine Anordnung des Kriegsministeriums, wodurch alle arbeitsfähigen Personen verpflichtet wurden, auf Aufforderung der zuständigen Behörde in ihrem Aufenthaltsort, ihrer Aufenthalts- oder Nachbargemeinde während der Dauer der Erntearbeiten hierzu Hilfe zu leisten. Die rechtzeitige Bereitstellung der für den Frühdrusch erforderlichen Betriebsstoffe bildete eine der Hauptaufgaben der Frühdruschabteilung der Landesgetreidestelle. Um den Bedarf an Druschkohlen zu ermitteln, hatten die Kommunalverbände auf einem vom Reichskohlenkommissar in Berlin zugesandten Formblatt die zum Frühdrusch herangezogene Fläche nach ihrer Größe, dem voraussichtlichen Anfall an Frühdruschgetreide sowie den erforderlichen Brennstoffbedarf nach Menge, Art und Erzeugungsgebiet anzugeben. Die Angaben wurden von der Landesgetreidestelle nachgeprüft und mit entsprechendem Vermerk dem Reichskohlenkommissar zugeleitet. Für die beantragten Kohlenmengen erhielten die Kommunalverbände Bezugsscheine mit dem Aufdruck „Frühdrusch“ aus dem Hausbrandkontingent zugeteilt. Diese Scheine wurden vorzugsweise beliefert. Motorenbetriebsstoff (Benzin, Benzol) wurde von der Inspektion des Militärkraftfahrwesens, der die Bewirtschaftung dieses Betriebsstoffes oblag, den Kommunalverbänden im Benehmen mit der Landesgetreidestelle monatlich zugewiesen. Um die Anforderungen nachprüfen zu können, wurde die Zahl der landwirtschaftlichen Motore, die mit Benzin, Benzol oder deren Ersatzstoffen betrieben werden, ferner die Menge Getreide, die im Vorjahre damit gedroschen wurde, erhoben. Unter Mitverwertung der Ergebnisse der Ernteschätzung konnte auf diese Weise der Betriebsstoffbedarf der einzelnen Kommunalverbände annähernd richtig ermittelt werden. Um eine fortlaufende Kontrolle zu bekommen, wurde für jeden Kommunalverband eine Betriebsmittelkarte angelegt, in der der Ernteertrag nach der Ernteschätzung und das Hundertverhältnis, in dem zum Ausdrusch Kohle, Benzin, Elektrizität, Göpel usw. Verwendung fanden, eingetragen wurden. Hieraus konnte dann der Bedarf an Druschkohlen und sonstigen Betriebsstoffen errechnet werden. Die Zuweisungen wurden in der Betriebsmittelkarte vorgemerkt, desgleichen von Zeit zu Zeit die Ablieferungen des Kommunalverbandes, um zu sehen, ob der Kommunalverband auch die entsprechende Getreidemenge aufbrachte.

Als bald ergab es sich, daß Schmiermittel (Maschinenöl, Zylinderöl, Konsistenzfett) nicht in dem Maße vorhanden waren, wie man ursprünglich angenommen hatte. Es wurde deshalb bei der Kriegsschmierölgesellschaft in Berlin erwirkt, daß größere Mengen Schmiermittel bei der Firma Ruckdeschel und Noack in München und bei der Öl- und Fettwarenmanufaktur Fürst in Ludwigshafen a. Rh. auf Abruf für die Landesgetreidestelle bereitgehalten wurden. Die Anträge der Kommunalverbände wurden nach Prüfung zur Belieferung und unmittelbaren Verrechnung mit den Kommunalverbänden den genannten Firmen zugeleitet.

Zur Deckung des Bedarfs an Bindegarn wurde der Landesgetreidestelle eine erhebliche Menge bei den Seilerwarenfabriken Bamberg und Füssen zur Verteilung überlassen. Auch hier meldeten die Kommunalverbände ihren Bedarf bei der Landesgetreidestelle an und erhielten dann entsprechende Mengen bei der frachtgünstiger gelegenen Fabrik zugewiesen. Die Verrechnung mit den Kommunalverbänden erfolgte durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, die mit der Reichsgetreidestelle abzurechnen hatte.

Der Plan, in Bayern aus Beständen der Reichsgetreidestelle ein Sacklager zur mietweisen Überlassung der Säcke an die Kommunalverbände zu errichten, konnte nicht zur Ausführung gebracht werden. Die Kommunalverbände mußten darauf verwiesen werden, für die Beistellung der Säcke im Benehmen mit den Mühlen und Landwirten selbst Sorge zu tragen, soweit ihre eigenen Bestände nicht ausreichten. An Sackflickgarn wurde von der Landesgetreidestelle ebenfalls ein größerer Posten erworben, im Lagerhaus Lichtenfels gelagert und von dort an die Kommunalverbände verfügt. Sackbänder standen nicht mehr zur Verfügung. Die Kommunalverbände mußten auf die im Handel erhältlichen Ersatzverschlüsse verwiesen werden.

Die Bereitstellung der erforderlichen Treibriemen wurde, wie schon im Vorjahre, dem bayerischen Landwirtschaftsrat übertragen, der hierfür eine eigene Riemenberatungsstelle eingerichtet hatte. Die Kommunalverbände erhielten von dort aus nach Antrag auf einem besonderen Formblatt unmittelbar die benötigten Riemen geliefert. Die Tätigkeit der Landesgetreidestelle beschränkte sich darauf, soweit veranlaßt, die Vordringlichkeit der Lieferung zu begutachten.

Der elektrische Druschbetrieb war in der Weise geregelt, daß die Elektrizitäts- und Überlandwerke zum Erlaß von Druschordnungen ermächtigt wurden.

Um einen Überblick über die in den Kommunalverbänden vorhandenen Lager- und Trocknungsmöglichkeiten zu gewinnen, wurde ihre Erhebung mittels eines eigenen Fragebogens durchgeführt. In diesem mußten sämtliche im Bezirk vorhandenen Lager- und Trocknungsmöglichkeiten eingetragen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Kommunalverband bereits zur Verfügung standen oder nicht. Bei geeigneten großen Trocknungsmöglichkeiten war noch dafür Sorge zu tragen, daß sie im Bedarfsfalle auch unverzüglich in Benützung genommen werden konnten; vor allem mußte genügend Kohle für Trocknungszwecke bereitgestellt oder von den Kommunalverbänden oder den Betrieben vorschußweise abgegeben werden.

Um die ungestörte Abnahme des Getreides sicherzustellen, wurden auf Anforderung von den militärischen Wirtschaftsstellen Pferde und Kraftwagen zur Verfügung gestellt. Zur Beschleunigung des Versandes erhielten die Kommunalverbände Zettel mit dem Aufdruck „Frühdrusch“. Diese Zettel waren bei jeder Bahnverfrachtung von Frühdruschgetreide in zwei Stücken bei der Versandstation abzugeben; sie wurden an beiden Seiten des Wagens aufgeklebt. Die Verkehrsverwaltung ordnete die vorzugsweise und beschleunigte Beförderung dieser Wagen an. Die Empfangskommunalverbände hatten für sofortige Entladung Sorge zu tragen.

Schließlich wurde noch ein Mühlenverteilungsplan ausgearbeitet, um eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Mühlen zu erreichen.

Für den Frühdrusch des Erntejahres 1919 konnte die Organisation des Vorjahres ohne wesentliche Änderung übernommen werden, da sie sich in allen Punkten bewährt hatte. Infolge Beendigung des Krieges konnte die Vermittlung von Arbeitskräften, wo solche noch fehlten, wieder durch die Arbeitsämter besorgt werden. Die Versorgung der Kommunalverbände mit Motorenbetriebsstoff übernahm die Rohstoffwirtschaftsstelle im Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe als Nachfolgerin der Inspektion des Militärkraftfahrwesens. Die Zuweisung von Schmiermitteln erfolgte durch die aus der Kriegsschmierölgesellschaft entstandene Mineralölversorgungsgesellschaft in Berlin in gleicher Weise wie im Vorjahre. Sackflickgarn konnte in größeren Mengen aus Heeresbeständen übernommen werden. Die Verteilung wurde durch die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, die Verrechnung durch die Geschäftsabteilung durchgeführt. Dem Mangel an Gespannen konnte der staatliche Lastkraftwagenverkehr durch Abstellung von Kraftwagen wirksam beggnet.

1920 kam eine Vermittlungstätigkeit der Landesgetreidestelle für Schmiermittel, Binde- und Sackflickgarn nicht mehr in Frage, da diese in ausreichender Menge durch den freien Handel bezogen werden konnten. In der Versorgung der Kommunalverbände mit Druschkohlen, Benzol und Treibriemen hat sich gegenüber dem Vorjahre nichts geändert.

Die Verteilung von Kohlen, Benzol, Bindegarn, Sackflickgarn und Schmieröl durch die Landesgetreidestelle bzw. nach den Vorschlägen der Landesgetreidestelle ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt:

	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22
	t	t	t	t	t
Kohle	—	37 145	19 410	23 310	23 985
Benzol	2 619,577	2 169,835	3 280,725	3 957,225	—
Bindegarn	—	38,399	20,464	—	—
Sackflickgarn	—	1,951	3,503	—	—
Schmieröl	—	22,465	23,590	—	—

b) Die Bestandsaufnahmen in den landwirtschaftlichen Betrieben.

An weiteren besonderen Erfassungsmaßnahmen von allgemeiner Bedeutung sind die jeweiligen Bestandsaufnahmen bei den landwirtschaftlichen Betrieben und die damit zusammenhängende Erfassung der Getreidemengen zu nennen, die über den zulässigen Verbrauch bis zur nächsten Ernte hinaus festgestellt wurden (sog. Spitzenerfassung des Getreides). Dieses Mittel hat in den ersten Jahren verhältnismäßig gute Erfolge gebracht; mit der öfteren Wiederholung hat es sich aber, wie insbesondere auch die Prämien für rasche Ablieferung, immer mehr verbraucht. Schließlich wurde bei Bestandsaufnahmen häufig gerade soviel Getreide vorgefunden, als zur Deckung des gesetzlich zulässigen Eigenverbrauchs des Landwirts bis zur nächsten Ernte nötig war.

Die Vorratsfeststellungen in den landwirtschaftlichen Betrieben ergaben:

am 17. März 1918	1 183 348	dz Brotgetreide
" 1. März 1919	1 598 989	" "
" 10. April 1920	42 041	" "
" 15. Juli 1921	29 187	" "

Beim Vergleich ist der verschiedene Zeitpunkt der Feststellung zu beachten. Immerhin fällt die starke Minderung der Bestände, die am 10. April 1920 gegenüber 17. März 1918 und 1. März 1919 vorgefunden wurden, auf.

c) Druschtermine und Ablieferungsfristen.

Schließlich sind als besondere Erfassungsmaßnahmen noch zu nennen die Bestimmung von Druschterminen und die Festsetzung von Fristen für die Ablieferung. Auch diese Mittel haben mit der öfteren Anwendung an Wirkung verloren.

12. Die Regelung des Verkehrs mit Saatgetreide.

Die Kriegsregelung des Saatgutverkehrs in Bayern ist bis einschließlich Wirtschaftsjahr 1917/18 eingehend dargestellt von Dr. Raum im Landwirtschaftlichen Jahrbuch für Bayern, 6. Jahrgang, S. 249 ff., 7. Jahrgang, S. 777 ff. und 8. Jahrgang, S. 389 ff. Es wird daher im folgenden eine Darstellung des Verkehrs mit Saatgut nur insoweit gegeben, als sie der Vollständigkeit halber und zur Ergänzung der Arbeiten Dr. Raums für die weiteren Wirtschaftsjahre notwendig erscheint.

Eine öffentliche Bewirtschaftung des Getreides, die sich nicht — wie vielleicht die Brot- und Meherversorgung in einer nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu haltenden Festung — mit einem Erfolg von verhältnismäßig kurzer Zeitdauer begnügen kann, muß von Anfang an neben der Verteilung der vorhandenen Vorräte der künftigen Erzeugung — vor allem der entsprechenden Saatgutversorgung — ihr Augenmerk zuwenden. Schon die ersten Reichsverordnungen über den Verkehr mit Getreide haben trotz der Beschlagnahme die Verwendung des erforderlichen Saatguts für die Frühjahrsfelderbestellung und

die Lieferung von Saatgetreide, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkauf von Saatgetreide befaßt haben, für Saatzwecke durch Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe und Händler gestattet. Ein sich „befaßt haben“ ist dabei nicht schon dann gegeben, wenn ein Landwirt gelegentlich einmal Getreide zu Saatzwecken veräußert, sondern nur, wenn er seine Wirtschaft planmäßig auf den Saatgutbau eingestellt hat. Auf einen gelegentlichen Verkauf kann sprachlich der Ausdruck „sich mit dem Verkauf befassen“ nicht angewendet werden. Zudem handelt es sich bei der genannten Bestimmung um eine Ausnahme, die schon nach allgemeinen Grundsätzen einschränkend ausgelegt werden muß. Im übrigen wurde die Lieferung von Getreide für Saatzwecke an behördliche Genehmigung gebunden.

Zur Sicherung des nötigen Saatgetreides an Weizen und Roggen (in Betracht kam zunächst nur Sommerweizen und Sommerroggen) erließ das Staatsministerium des Innern am 17. Februar 1915 eine Bekanntmachung, wodurch den Kommunalverbänden zur Pflicht gemacht wurde, für den Bedarf an Saatgetreide zu sorgen und diesen, soweit er nicht im Bezirk selbst zu decken war, bei der Saatzuchtanstalt Weihenstephan anzumelden. Saatgutüberschuß war dorthin mitzuteilen. Die Saatzuchtanstalt Weihenstephan sorgte unter Heranziehung des anerkannten Saatguts für Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Durch diese vermittelnde Tätigkeit wurde unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften der nicht übermäßig große Saatgutbedarf für die Frühjahrsfelderbestellung 1915 ohne besondere Schwierigkeiten gedeckt.

Durch die Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide, Gerste und Hafer wurde die bisherige Regelung fortgebildet. Die Bestimmungen über den Saatgutverkehr blieben im wesentlichen unverändert. In Bayern erging die Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 31. Juli 1915 über den Verkehr mit Saatgut von Brotgetreide, Gerste und Hafer. Hiernach ist die Veräußerung von Saatgut an Verbraucher innerhalb der Kommunalverbände ohne weiteres zulässig. Wer jedoch Saatgut außerhalb des Kommunalverbandes veräußern will, hat es der Bayer. Futtermittelverteilung unter Angabe der Sorte, der Menge und der Veräußerungsbedingungen bemustert anzudienen. Die Bayer. Futtermittelverteilung hat sich binnen Wochenfrist schlüssig zu machen, ob sie das Saatgetreide übernimmt. Erklärt sie die Übernahme nicht, so wird das Saatgut für Lieferung außerhalb des Kommunalverbandes frei. Wenn Einigung nicht zustande kommt, so hat der Kommunalverband am anderen Tag das Saatgut der Futtermittelverteilung gegen Bezahlung eines angemessenen Übernahmepreises zu übereignen. Ausgenommen von diesen Bestimmungen waren die vom Bayer. Landwirtschaftsrat anerkannten, die vom Prüfungsausschuß für genossenschaftlichen Saatbau überwachten und die von staatlichen Anstalten selbstgezogenen Saaten. Für die Durchführung dieser Regelung wurde bei der Bayer. Futtermittelverteilung eine eigene Saatgutabteilung gebildet.

Durch Verordnung vom 19. August 1915 (RGBl. S. 508) ist vorgeschrieben worden, daß die Veräußerung von Saatgetreide von Brotfrucht nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes erfolgen darf. Der Kommunalverband darf die Genehmigung zur Ausfuhr von Saatgetreide in andere Kommunalverbände nur erteilen, wenn von dem Kommunalverband, in den das Saatgut verbracht werden soll, die Erklärung vorliegt, daß er es sich anrechnen lassen will. Die Kommunalverbände haben ferner die Pflicht, die beantragte Ausfuhr von Saatgetreide nur nach sorgfältiger Prüfung zu gewähren. Der Empfangskommunalverband übernimmt mit der Anrechnungserklärung die Verpflichtung, für die Überwachung der Verwendung des Saatgetreides und für die weitere Anrechnung auf die zur Ernährung und Aussaat zu belassende Menge zu sorgen.

In Bayern wurde zum Vollzug der genannten Verordnung bestimmt, daß die Ausfuhr von Saatgetreide aller Art aus den Kommunalverbänden an die Bayerische Futtermittelverteilung auch fernerhin ohne weitere Genehmigung zulässig sei. Dagegen wurde jene ange-

wiesen, das auf diese Weise empfangene Saatgut an andere Kommunalverbände nur dann zu liefern, wenn die Anrechnungserklärung vorlag. Um auch den Absatz des Saatgutes durch den Handel und die Genossenschaften beibehalten zu können, wurde weiter bestimmt, daß die Futtermittelverteilung, wenn sie Saatgut von Brotgetreide an den Handel oder an Genossenschaften zur Weiterveräußerung abgibt, den Kommunalverband, aus dem das Saatgut stammt, hiervon zu verständigen und den Empfänger anzuweisen habe, die Veräußerung des Saatguts nur mit Genehmigung dieses Kommunalverbandes vorzunehmen. Diese Genehmigung durfte nur erteilt werden, wenn die Anrechnungserklärung vorlag.

Durch die Bundesratsverordnung über Saatgetreide vom 13. Januar 1916 (RGBl. S. 36) sind die Vorschriften über den Verkehr mit Saatgetreide von Brotfrucht in der Weise verschärft worden, daß die für dieses Saatgetreide noch bestehende Ausnahmenvorschrift beseitigt, und daß es denselben strengen Vorschriften wie das übrige Brotgetreide unterworfen wurde. Insbesondere durfte jetzt Saatgetreide vom Landwirt wie vom Händler nur noch mit Genehmigung des Kommunalverbandes, in dessen Bezirk es sich befand, abgegeben werden. Auch wurde es von der Beschlagnahme nur frei, wenn es von einem Landwirt zur Aussaat verwendet, also seinem eigentlichen Bestimmungszweck auch tatsächlich zugeführt wurde.

Für den Saatgutverkehr aus der Ernte 1916 wurde von Reichs wegen bestimmt, daß die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung von Brotgetreide und Wintergerste zu Saatzwecken nur gegen Saatkarten erlaubt ist. Die Saatkarten werden auf Antrag dessen, der Saatgut erwerben will, vom Kommunalverband ausgestellt, in dessen Bezirk die Aussaat erfolgen soll, bei Händlern vom Kommunalverband, in dessen Bezirk der Händler seine gewerbliche Niederlassung hat. Für die Saatkarte ist ein besonderer Vordruck vorgeschrieben; sie muß enthalten Name, Wohnort und Kommunalverband des Erwerbsberechtigten, den Ort, wohin geliefert werden soll und bei Eisenbahnversand die Empfangsstation, ferner die zu erwerbende Menge. Die Veräußerung von Saatgetreide bedarf nach wie vor der Genehmigung des Kommunalverbandes, für den das Getreide beschlagnahmt ist. Einer solchen Genehmigung bedarf es jedoch nicht, wenn Unternehmer anerkannter Saatgutwirtschaften selbstgezoogenes Saatgetreide der Getreideart, auf die sich die Anerkennung bezieht, zu Saatzwecken veräußern wollen.

Der Handel mit nicht selbstgebautem Getreide zu Saatzwecken bedarf besonderer Zulassung. Zum Aufkauf ist die Saatkarte für zugelassene Händler notwendig, sog. Händler-saatkarte. Für Bayern bestimmt eine Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 3. August 1916, daß die Bayerische Futtermittelverteilung jederzeit berechtigt ist, Saatgetreide in einen Kommunalverband einzuführen und die Saatkarten nachträglich abzufordern. Dieses Recht wurde auch auf anerkanntes Saatgut ausgedehnt. Die Kommunalverbände mußten die reichsrechtlich vorgeschriebenen Saatkarten auf Verlangen der Landesfuttermittelstelle nachträglich ausstellen. Damit wurde dem Zweck der Saatkarten nicht ganz Rechnung getragen, vielmehr in der Hauptsache nur die Berücksichtigung des Erwerbs von Saatgut bei Festsetzung der Lieferpflicht erreicht.

Über die Notwendigkeit der Einführung der Saatkarte für den Saatgutbezug der Landwirte waren die Meinungen geteilt. Dr. Raum¹⁾ hat die Auffassung vertreten, daß beim Saatgutbezug des Landwirts die nachträgliche Benachrichtigung des Kommunalverbandes genügt hätte, der so dem Landwirt die bezogene Menge anrechnen konnte. Dem kann nicht beigeppflichtet werden; vielmehr hatte dem Bezug von Saatgut notwendig eine Bedürfnisprüfung voranzugehen, weil es eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben gibt, für die eine Lieferpflicht nicht besteht, ja die sogar mit ihrer Getreideerzeugung den eigenen Bedarf nur für einen Teil des Wirtschaftsjahres decken

¹⁾ Vgl. „Über die Kriegsregelung des Saatgutverkehrs Berichtsjahr 1916/17“ von Dr. Raum (Sonderabdruck aus dem Landw. Jahrbuch für Bayern 1917, Heft 10 S. 2).

können. Für diese bestand die Versuchung, größere Mengen Saatgetreide zu erwerben, um damit nicht nur ihren Saatgut-, sondern auch den Mundbedarf zu decken. Diese Versuchung wurde besonders groß, als die Kommunalverbände zur Deckung der Getreidekosten im Wirtschaftsjahr 1919/20 erhebliche Beiträge an das Reich abführen mußten und infolgedessen die Deckung des eigenen Bedarfs mit Saatgut für den Landwirt sich billiger stellte als der Bezug von Mehl und Brot durch den Kommunalverband. Es hat sich denn auch in verschiedenen Kommunalverbänden ein auffallend hoher Saatgutbedarf ergeben. Die Durchsicht der Wirtschaftskarten eines Kommunalverbandes hat gezeigt, daß viele Landwirte mehr Saatgetreide bezogen haben, als sie nach dem Umfang ihrer Anbaufläche für Saatzwecke verwenden konnten. Solchen Mißbrauch zu verhindern, war die Saatkarte bei sorgfältiger Prüfung der Anträge durch die Beteiligten (Gemeinde- und Bezirksverwaltungsbehörden) geeignet. Wenn in dem erwähnten Fall trotz der Einrichtung der Saatkarten ein Mehrbezug erfolgen konnte, so beweist das nichts gegen die Saatkarten, sondern nur, daß in den einschlägigen Fällen die Prüfung der Verhältnisse nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vorgenommen worden ist.

Für das Wirtschaftsjahr 1917/18 hat das Kriegsernährungsamt die näheren Bestimmungen über den Verkehr mit Getreide zu Saatzwecken in der Bekanntmachung vom 12. Juli 1917 (RGBl. S. 609) getroffen. Im wesentlichen wird die bisherige Regelung übernommen. Hervorzuheben ist, daß Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe, die sich nachweislich in den Jahren 1913 und 1914 mit dem Verkauf von Saatgetreide befaßt haben, die Zustimmung zur Veräußerung von selbstgebauteem Saatgetreide zu Saatzwecken allgemein erteilt werden kann. Sie ist unter Berücksichtigung des Umsatzes in den erwähnten Vorkriegsjahren auf eine bestimmte Menge zu beschränken. Die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung von Wintergetreide zu Saatzwecken darf nur in der Zeit vom 15. Juli bis 15. Dezember 1917, die von Sommergetreide zu Saatzwecken nur in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Juni 1918 erfolgen. Saatgut, das nach Ablauf der bezeichneten Fristen noch bei den zugelassenen Händlern oder den Verbrauchern sich befindet, ist der Reichsgetreidestelle oder den von dieser bezeichneten Kommunalverbänden gegen einen angemessenen Übernahmepreis zu liefern. Bei Festsetzung des Preises ist dabei nicht der Sonderpreis für Saatgut, sondern nur der zur Zeit der Ablieferung geltende allgemeine Höchstpreis zu berücksichtigen. Züchtern von Originalsaatgut kann ein angemessener Anteil als Züchterreserve belassen werden. Als Originalsaatgut gilt das Saatgut solcher Sorten, bei denen die Stammbaumzucht durch schriftliche Belege nachgewiesen werden kann, wenn der Züchter in einem im Deutschen Reichsanzeiger zur Veröffentlichung gelangenden Verzeichnis für die Getreideart als Züchter von Originalsaatgut aufgeführt ist.

Für Bayern erließ das Staatsministerium des Innern hierzu am 18. August 1917 Ausführungsbestimmungen (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 192). Hiernach hat jeder, der Saatgut von Getreide veräußern will, dieses unter Bemusterung und Nachweis der Herkunft der Landesfuttermittelstelle anzuzeigen, welche bestimmt, ob und zu welchen Bedingungen die Ware von ihrer Geschäftsabteilung käuflich übernommen wird. Die Kommunalverbände sind berechtigt, den Absatz von im Kommunalverband erzeugten Saatgetreide unter Einhaltung der Vorschriften über die Saatkarte auch weiterhin zu gestatten, wenn es sich um nicht mehr als 1000 kg beim einzelnen Erzeuger handelt. Ausfuhr von Saatgetreide ist nur mit Genehmigung der Landesfuttermittelstelle und der Landesgetreidestelle zulässig. Eine förmliche Zulassung zum Handel mit Saatgut findet in Bayern nicht statt. Die Händler und Genossenschaften können auf Antrag Saatgut von der Landesfuttermittelstelle zum Wiederverkauf innerhalb Bayerns zugewiesen erhalten. Sie haben der Landesfuttermittelstelle und der Landesgetreidestelle wöchentlich in einer Liste ihre Verkäufe mitzuteilen. Die Saatkarte wird nachträglich erhold. Der Versand von Saatgetreide ist nur mit Frachtbriefen zulässig, die den Genehmigungsstempel der Landesfuttermittelstelle tragen.

Von entscheidendem Einfluß für die Weiterentwicklung des Verkehrs mit Saatgut in Bayern ist die am 13. August 1917 im Staatsministerium des Innern erfolgte Gründung der Bayerischen Landessaatstelle G. m. b. H. geworden, welche die Aufgaben der bisherigen Saatgutabteilung der Bayerischen Futtermittelverteilung zu übernehmen hatte. An der Gründung waren beteiligt: Die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landwirtschaftsrat, die Bayerische Saatzuchtgenossenschaft, der Landesverband Bayerischer Ackerbauvereine, die Bayerische Zentralsparlehenskasse, die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf in Regensburg, die Landwirtschaftliche Zentralsparlehenskasse für Deutschland, die Mittelfränkische Kreissparlehenskasse und die Zentralgenossenschaft der pfälzischen landwirtschaftlichen Konsumvereine. Die Gesellschaft ist gemeinnützig. Etwaiger Reingewinn wird zur Förderung der Pflanzenzüchtung und des Saatgutbaues verwendet. Durch die Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 30. November 1917 — Staatsanzeiger Nr. 280 — über die Errichtung einer Landessaatstelle wurde sodann zur Versorgung des Landes mit Saatgut aller Art und zur Überwachung des Verkehrs mit Saatgut unter der Bezeichnung „Bayerische Landessaatstelle“ eine eigene Landesstelle mit dem Sitz in München errichtet. Sie besteht aus einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde und untersteht der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern. Die Aufgaben der Geschäftsabteilung werden der Bayerischen Landessaatstelle G. m. b. H. übertragen. Der Verwaltungsabteilung obliegt die Durchführung der Vorschriften über den Saatgutverkehr und die Aufsicht über die Geschäftsabteilung. Sie hat in Fragen, die das Arbeitsgebiet der Saatzuchtanstalt oder der Anstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz berühren, diese Anstalten zu hören. Der Geschäftsabteilung obliegt der An- und Verkauf von Saatgut nach den Weisungen der Verwaltungsabteilung. Die Landessaatstelle, Verwaltungsabteilung, übernimmt also in bezug auf die Regelung des Verkehrs mit Saatgut die bisherigen Zuständigkeiten der Landesfuttermittelstelle; die Bayerische Landessaatstelle, Geschäftsabteilung, tritt in gleicher Hinsicht an die Stelle der Bayerischen Futtermittelverteilung. Die Grundsätze der Regelung des Verkehrs mit Saatgut wurden durch diese organisatorische Änderung nicht berührt; die Saatgutvermittlung trat aber mehr in den Vordergrund, die Arbeit wurde intensiver und fruchtbringender.

Im Wirtschaftsjahr 1918/19 sind nur wenige wesentliche Neuerungen zu verzeichnen. Die Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1918 zu Saatzwecken hebt nur erstmals hervor, daß schon der Abschluß von Rechtsgeschäften, durch die eine Verpflichtung zur Lieferung von Saatgut begründet wird, also der obligatorische Vertrag, nur gegen Saatkarten erlaubt ist. Bisher war nach dem Wortlaut der einschlägigen Bestimmungen die Saatkarte wohl erst für das dingliche Rechtsgeschäft notwendig. Die Ausstellung der Saatkarten kann vom Kommunalverband auch den Gemeinden übertragen werden, die in diesem Falle dem Kommunalverband eine Liste der von ihnen ausgestellten Saatkarten zu bestimmten Zeiten vorzulegen haben. Die Veräußerung von Saatgut bedarf nach wie vor der Zustimmung des Kommunalverbandes, für den die Früchte beschlagnahmt sind. Die Zustimmung ist nicht erforderlich für Veräußerung von Originalsaatgut und von Absaaten, die als Saatgut anerkannt sind, durch Originalsaatgut- oder anerkannte Saatgutwirtschaften sowie die Veräußerung von Saatgut durch zugelassene Händler. Der Erwerber von Saatgut hat die vollständige Saatkarte dem Veräußerer bei Abschluß des Vertrags auszuhändigen.

In Bayern erging die Ausführungsbekanntmachung am 28. Juli 1918. An Abweichungen ist hervorzuheben, daß die Ausstellung der Saatkarten der unteren Verwaltungsbehörde obliegt, in deren Bezirken die Aussaat stattfinden soll, wenn der Antragsteller aus selbstgebauten Früchten der Ernte 1917 oder 1918 mindestens die gleiche Menge einer Fruchtart geliefert hat. Andernfalls obliegt die Ausstellung der Saatkarten der Bayerischen

Landessaatstelle, Verwaltungsabteilung. Die unteren Verwaltungsbehörden können die Ausstellung der Saatkarten unbeschadet ihrer Verantwortung den Landwirtschaftslehrern übertragen.

Die Ausstellung erfolgt mittels fortlaufend bezifferter, von der Landessaatstelle gelieferter Durchschreibebücher. Für den gemeinsamen Bezug von Saatgut derselben Fruchtart und Sorte durch mehrere Landwirte derselben Gemeinde unter Vermittlung der Kommunalverbände, Landwirtschaftslehrer, örtlichen Vereine, Genossenschaften und Händler wird die Verwendung von Sammelsaatkarten empfohlen. Bei Bezug von Saatgut aus dem außerbayerischen Reichsgebiet ist auch in Bayern die dreiteilige Saatkarte nach den durch die Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 27. Juni 1918 vorgeschriebenen Formblättern zu verwenden.

Die Wirtschaftsjahre 1919/20 und 1920/21 bringen für das Reich keine wesentlichen Änderungen mehr. In Bayern ist eine Rückbildung der Organisation insofern erfolgt, als die Landessaatstelle mit Wirkung vom 1. Juli 1920 als selbständige Landesstelle aufgelöst worden ist. Ihre Aufgaben wurden wieder der Landesfuttermittelstelle und der Bayer. Futtermittelverteilung übertragen. Die Hoffnungen bei Errichtung der Landessaatstelle, „daß damit eine Organisation geschaffen werde, die über die Kriegswirtschaft hinaus den Saatgutverkehr im engsten Zusammenarbeiten aller beteiligten Kreise auch weiterhin ordnen und in der Hand behalten werde“, haben sich damit nicht erfüllt. Die Gründe dafür sind vor allem darin zu suchen, daß das Bedürfnis nach allmählichem Abbau der Kriegswirtschaftsstellen sich immer mächtiger geltend gemacht und nicht mehr nur die Kreise, die an der Aufhebung dieser Gebilde unmittelbar beteiligt waren und in ihnen ein Hemmnis ihrer freien Betätigung sahen, nach dem Abbau der „Kriegsgesellschaften“ verlangten, sondern der Ruf hiernach immer allgemeiner wurde. Den letzten Anstoß zur Aufhebung der Landessaatstelle dürfte der Umstand gegeben haben, daß verschiedene Aufgaben, die bis dahin von der Landessaatstelle wahrgenommen worden waren, so die Bewirtschaftung der Hülsen- und Ölfrüchte, in Wegfall kamen und auch der Geschäftskreis der Landesfuttermittelstelle in mancher Hinsicht eine Einschränkung erfuhr. Bei dieser veränderten Sachlage galt es zu prüfen, ob nicht die beiden Stellen oder doch eine von ihnen aufgehoben werden könne. Es ist dabei erwogen worden, die von dem Geschäftskreis der Landesfuttermittelstelle verbleibenden Aufgaben der Kleie- und Haferbewirtschaftung sowie die Bewirtschaftung des Saatgetreides der Landesgetreidestelle, die übrigen Geschäfte mehr untergeordneter Natur aber anderen Stellen zu übertragen. Zuzugeben ist, daß die Bewirtschaftung des Hafers und des Saatgetreides ihrer Natur nach zur Zuständigkeit der Landesgetreidestelle gehören würde. Auch die Kleiebewirtschaftung steht in einem so engen Zusammenhang mit der Getreidebewirtschaftung, daß ihre Übernahme in den Aufgabenkreis der Landesgetreidestelle für diese zum mindesten keinen Fremdkörper bedeutet hätte. Gewichtige Bedenken haben aber gleichwohl den Ausschlag dafür gegeben, daß diese Absicht fallen gelassen wurde. Zunächst paßte die zentrale Erfassung des Saatgetreides nicht in das bewährte Getreidevermittlungssystem der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung. Es hätte daher wohl das bisherige Aufkaufsmonopol der Landessaatstelle für Saatgetreide aufgegeben und der gesamte Saatgetreidehandel, wie im übrigen Reich, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und dem Fachhandel überlassen werden müssen. Gerade dieses System mit der Händlersaatkarte hat sich aber wenig bewährt und ein gut Teil dazu beigetragen, daß im übrigen Reich die Getreidezwangswirtschaft — trotzdem die andersgearteten Besitzverhältnisse ihr in mancher Hinsicht günstiger waren als in Bayern — immer mehr durchlöchert wurde und dem Zusammenbruch nahekam. Die reichen Erfahrungen der Zwangswirtschaft haben deutlich gezeigt, daß jede Lockerung der Versorgungsregelung — als solche muß die Überlassung des Saatguthandels an die Genossenschaften und den Fachhandel erachtet werden — verderblich wird. Jedenfalls hätte die

Übernahme der zentralen Erfassung und Verteilung des Saatguts den weiteren Ausbau der Landesgetreidestelle, insbesondere wohl auch eine entsprechende Kapitalserhöhung ihrer Geschäftsabteilung zur notwendigen Folge gehabt. Praktisch gesprochen, hätte es im wesentlichen die Übernahme der Landessaatstelle, Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung, in die Landesgetreidestelle bedeutet.

Leichter hätte sich die Übernahme der Haferbewirtschaftung gestaltet, weil diese ohne Schwierigkeiten entweder nach dem Vermittlungssystem für Brotgetreide oder nach dem System der Gerstenbewirtschaftung aufgezogen werden konnte, übrigens früher bereits der Landesgetreidestelle obgelegen hatte. Anders verhielt es sich mit der Übernahme der Kleiebewirtschaftung. Eine solche ließ befürchten, daß die Kommunalverbände ihr Verlangen nach Kleiezuteilung mit der Getreidelieferung in Verbindung brächten und damit eine den wirklichen Bedürfnissen entsprechende Verteilung außerordentlich erschwert würde. Bei dieser Sachlage war es die bessere Lösung, nur die Landessaatstelle aufzuheben und die Saatgutbewirtschaftung wieder der Landesfuttermittelstelle zu übertragen. Der Fortbestand der Landesfuttermittelstelle und der Bayer. Futtermittelverteilung ist — was hier nur nebenbei erwähnt sei — noch aus einem anderen Grunde von Wichtigkeit geworden, nämlich für die Abwicklung der Maisaustauschaktion im Wirtschaftsjahr 1920/21.

Über die Anlieferung von Getreide zu Saatzwecken in den Wirtschaftsjahren 1916—1918 vergleiche man das Statistische Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1919 S. 331. Die Anlieferungen von Saatgetreide in den Jahren 1919—1921 sind in der nachfolgenden Übersicht¹⁾ zusammengestellt:

1. Im ganzen.

Getreideart	1919					
	Frühjahr			Herbst		
	Bayerisches	Außer-bayerisches	Zusammen	Bayerisches	Außer-bayerisches	Zusammen
	Saatgetreide in Ztr.			Saatgetreide in Ztr.		
Saathafer . . .	120 418, ⁹⁷	—	120 418, ⁹⁷	—	—	—
Saatgerste . . .	49 049, ⁵⁶	—	49 049, ⁵⁶	3 822, ⁷⁴	800, ⁰⁰	4 622, ⁷⁴
Saatroggen . . .	8 999, ⁴⁰	1 338, ⁰⁰	10 337, ⁴⁰	33 497, ⁴¹	24 600, ²⁸	58 097, ⁶⁹
Saatweizen . . .	15 163, ²¹	5 857, ¹⁷	21 020, ³⁸	49 896, ³⁷	13 978, ⁸⁷	63 875, ²⁴
			200 826,³¹			126 595,⁶⁷

Getreideart	1920					
	Frühjahr			Herbst		
	Bayerisches	Außer-bayerisches	Zusammen	Bayerisches	Außer-bayerisches	Zusammen
	Saatgetreide in Ztr.			Saatgetreide in Ztr.		
Saathafer . . .	183 117, ⁷³	1 200, ⁰⁰	184 317, ⁷³	—	—	—
Saatgerste . . .	51 008, ⁸¹	12 093, ⁹⁷	63 102, ⁷⁸	7 428, ²⁵	2 392, ⁹²	9 821, ¹⁷
Saatroggen . . .	8 471, ⁸⁵	3 882, ⁴⁰	12 354, ²⁵	21 236, ⁰⁹	47 222, ⁶⁷	68 458, ⁷⁶
Saatweizen . . .	11 717, ²⁵	15 076, ³⁶	26 793, ⁶¹	44 240, ⁴⁵	23 888, ⁸¹	68 129, ²⁶
			286 568,³⁷			146 409,¹⁹

Getreideart	Frühjahr 1921		
	Bayerisches	Außerbayerisches	Zusammen
	Saatgetreide in Ztr.		
Saathafer	220 470, ⁸⁰	1 779, ⁰⁰	222 249, ⁸⁰
Saatgerste	51 647, ⁶²	10 222, ⁵⁰	61 870, ¹²
Saatroggen	6 804, ⁶⁵	1 329, ⁵⁰	8 134, ¹⁵
Saatweizen	10 206, ¹⁷	28 770, ⁰⁰	38 976, ¹⁷
			331 230,²⁴

¹⁾ Das Zahlenmaterial wurde von der Landesfuttermittelstelle überlassen.

2. Nach Regierungsbezirken.

Getreideart	Ober- bayern	Nieder- bayern	Pfalz	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwa- ben	Außer- bayern	Zu- sammen
	Zentner									
Frühjahr 1919										
Saathafer .	3 778,39	513,90	196,00	50 874,76	62 388,88	379,50	1 449,88	838,18	—	120 418,97
Saatgerste .	14 529,38	5 442,00	620,00	13 328,40	788,00	275,90	4 891,80	9 174,10	—	49 049,56
Saatroggen .	3 542,00	—	—	70,00	1 412,00	—	49,00	3 926,40	1 338,00	10 337,40
Saatweizen .	3 612,56	488,00	—	4 871,05	685,20	201,00	3 766,63	1 538,77	5 857,17	21 020,38
										200 826,31
Herbst 1919										
Saathafer .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saatgerste .	919,40	1 454,40	—	992,88	27,00	116,16	783,90	529,00	800,00	5 622,74
Saatroggen .	7 702,10	7 666,76	—	8 782,80	4 956,20	92,30	3 520,25	777,00	24 600,28	58 097,69
Saatweizen .	8 395,90	9 340,76	—	13 008,46	2 007,60	1 547,97	10 582,92	5 012,76	13 978,87	63 875,24
										127 595,87
Frühjahr 1920										
Saathafer .	3 910,70	2 708,00	—	83 929,60	89 361,83	695,00	1 464,00	1 049,10	1 200,00	184 317,73
Saatgerste .	13 970,05	5 126,42	599,06	18 352,60	437,50	258,00	5 045,50	7 219,68	12 093,97	63 102,78
Saatroggen .	3 623,00	14,85	—	140,00	394,00	—	—	4 300,00	3 882,40	12 354,25
Saatweizen .	2 369,00	2 254,00	100,00	2 256,25	—	410,50	686,50	3 641,00	15 076,36	26 793,61
										286 568,37
Herbst 1920										
Saathafer .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saatgerste .	1 253,75	2 506,10	—	1 112,40	—	23,00	2 145,00	388,00	2 392,92	9 821,17
Saatroggen .	5 134,90	1 862,50	234,00	4 883,60	5 743,00	391,50	2 547,00	439,09	47 222,67	68 458,26
Saatweizen .	10 994,10	8 061,55	—	6 699,70	1 989,10	751,40	9 379,56	6 365,04	23 888,81	68 129,26
										146 408,89
Frühjahr 1921										
Saathafer .	2 304,35	2 431,63	360,82	95 818,53	116 368,45	603,50	2 210,70	373,00	1 779,00	222 249,80
Saatgerste .	12 080,95	5 625,13	732,79	12 009,00	2 038,87	1 192,90	12 072,96	5 895,00	10 222,50	61 870,12
Saatroggen .	2 632,25	—	—	42,00	1 195,10	—	—	2 935,30	1 329,50	8 134,15
Saatweizen .	1 050,60	2 339,80	—	2 526,88	1 756,00	326,25	1 464,52	742,62	28 770,00	38 976,17
										331 230,24

Die Zusammenstellung zeigt, daß als hauptsächliche Lieferbezirke für Saathafer Oberfranken und Oberpfalz, für Saatgerste Oberbayern und Oberpfalz, für Winterweizen Oberbayern, Niederbayern und Unterfranken, für Winterroggen Oberpfalz und Oberbayern in Betracht kommen, ferner, daß Bayern in den letzten Jahren auch nicht ganz unbedeutende Mengen Saatgetreide aus dem übrigen Deutschland bezogen hat.

Die Saatgutpreise werden im Kapitel „Getreidepreise“ behandelt.

13. Die Versorgung der gewerblichen Betriebe mit Getreide.¹⁾

In der Versorgung der gewerblichen Betriebe ist mit dem Wirtschaftsjahr 1917/18 insofern eine Änderung eingetreten, als Bayern nach dem Abkommen mit dem Reich über die bayerische Selbstwirtschaft vom 25. Juni 1917 Graupen und Malzkaffee selbständig herstellt und auch die Betriebe, die Gerste und Hafer verarbeiten, nach Maßgabe ihrer Kontingente im Rahmen des Reichswirtschaftsplanes in eigener Zuständigkeit beliefert. Die Höhe der Belieferung der Nahrungsmittelbetriebe, die Gerste und Hafer verarbeiten, ist im Rahmen des Reichswirtschaftsplanes von der Bayerischen Lebensmittelstelle bestimmt worden. Die übrigen Betriebe, wie Teigwaren-, Lebkuchen-, Keksfabriken usw. sind von der Reichsgetreidestelle in der Weise beliefert worden, daß das hierfür bestimmte Getreide den Organisationen dieser Betriebe (z. B. dem Verband Deutscher Keksfabriken, der Teigwarenstelle des Verbandes Deutscher Teigwarenfabrikanten usw.) zur Verfügung gestellt wurde.

¹⁾ Vgl. für die Zeit bis 1917 „5. Versorgung der gewerblichen Betriebe“ in „Die Bayerische Landesvermittlungsstelle für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl im zweiten und dritten Kriegsjahr“ von Dr. Haselberger, Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917, S. 397/398.

Das Zahlenmaterial der Reichsgetreidestelle ist demzufolge auch nicht nach Ländern ausgeschieden.

Über die tatsächliche Belieferung der Betriebe mit Gerste und Hafer ist das Nähere aus dem in den Kapiteln über die Gersten- und Haferbewirtschaftung mitgeteilten Zahlenmaterial ersichtlich. Zur Belieferung der Weißbierbrauereien mit Weizen hat die Landesgetreidestelle der Brauweizenverteilungsstelle zur Verfügung gestellt:

1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
	Doppelzentner Weizen		
3 813	2 443	652	2 878

Zur Herstellung von Weizengriß, der in Bayern durch die Lebensmittelstelle an die Kommunalverbände verteilt wurde, sind zwei bayerische Mühlenbetriebe herangezogen worden. Sie erhielten nach ihren Angaben von der Reichsgetreidestelle an Hartweizen zur Grißherstellung insgesamt zugewiesen:

1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
dz	dz	dz	dz
347 802	117 364	69 037	182 219

Die Landesgetreidestelle hat die Nahrungsmittelbetriebe teilweise dadurch unterstützt, daß sie dieselben (z. B. Weihnachten 1920) vorschüsslich beliefert hat.

14. Die Vergütungen der Reichsgetreidestelle für die Tätigkeit der Kommunalverbände zur Förderung der Getreideablieferung.

a) Die Vergütung für die allgemeine Tätigkeit zur Förderung der Getreideablieferung.

Nach § 29 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 (in den späteren Reichsgetreideordnungen § 30) erhalten die Kommunalverbände für ihre Tätigkeit zur Förderung der Getreideablieferung und die Überwachung der Getreidekommissionäre der Reichsgetreidestelle von dieser gemäß den von ihr mit Genehmigung des Reichskanzlers aufgestellten Grundsätzen eine Vergütung. Sie haben hieraus, den Gemeinden für ihre Hilfstätigkeit Vergütungen zu gewähren, über deren Höhe im Streitfalle die höhere Verwaltungsbehörde endgültig entscheidet.

Prämien, die die Reichsgetreidestelle für beschleunigte oder vermehrte Ablieferung bezahlt, sind nach den Weisungen der Reichsgetreidestelle zu verteilen.

Die Notwendigkeit solcher Vergütungen hat sich daraus ergeben, daß im übrigen Reich die Reichsgetreidestelle in den Bezirken der nichtselbstliefernden Kommunalverbände den Erwerb des Getreides durch einen oder mehrere vom Kommunalverband vorzuschlagende Kommissionäre selbst vorgenommen hat und Verträge, nach denen die Kommissionäre einen Teil ihrer Kommissionsgebühren¹⁾ an den Kommunalverband abzuführen haben, ohne vorherige Zustimmung der Reichsgetreidestelle nichtig waren. Auch den nichtselbstwirtschaftenden Kommunalverbänden oblagen neben der Führung der Wirtschaftskarten, für die auf Grund der nämlichen Bestimmung eine besondere Vergütung gewährt wurde, verschiedene Aufgaben auf dem Gebiete der Getreideerfassung, die ihnen wegen des damit verbundenen Geldaufwandes ohne entsprechende Entschädigungen nicht zugemutet werden konnten.

Nach einem Rundschreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 30. Juli 1917 erhalten die Kommunalverbände für jede Tonne Früchte, die aus ihrem Bezirk an die Reichsgetreidestelle zur Ablieferung kommt, 2 \mathcal{M} . Selbstwirtschaftende Kommunalverbände erhalten für diejenige Menge Brotgetreide, die für die Selbstwirtschaft überlassen bleibt, 50 Pfg. für die Tonne. Den gleichen Betrag von 50 Pfg. erhalten alle Kommunalverbände für diejenigen Mengen an Futtergetreide, die ihnen gemäß § 61 RGO. für die Ernte 1917 zur Bewirkung des Futterausgleichs belassen werden.

¹⁾ Die Kommissionsgebühren werden im Abschnitt „Mehl- und Brotpreise“ behandelt.

Diese Vergütungssätze blieben für die Ernte 1918 und 1919 unverändert bestehen. 1918/19 wurde jedoch für den Ankauf vom 15. Juni bis 15. Juli 1919 eine erhöhte Aufkaufvergütung von 20 \mathcal{M} für die Tonne bezahlt.

Im Wirtschaftsjahr 1919/20 wurde außerdem für gute Erfassung eine Sondervergütung (Erfüllungsvergütung) bis zu 7 \mathcal{M} für die Tonne gewährt. Bayern wurde bei der besonders guten Ablieferung diese Höchstvergütung für alle Brotgetreide- und Gerstenmengen zuerkannt.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat sich bezüglich der Höhe der den bayerischen Kommunalverbänden zustehenden Vergütung in einem den bayerischen Verhältnissen wohl nicht gerecht werdenden Bescheid vom 11. September 1917 auf den Standpunkt gestellt, daß die höhere Vergütung von 2 \mathcal{M} nur für diejenigen Mengen bezahlt werden könne, die aus dem Königreich Bayern an die Reichsgetreidestelle zur Ablieferung gelangen, wobei als abgeliefert an die Reichsgetreidestelle auch diejenigen Mengen gelten, die auf Anordnung und Verfügung der Reichsgetreidestelle von bayerischen Kommunalverbänden geliefert werden. Hierher gehören die auf Verfügung der Reichsgetreidestelle erfolgenden Lieferungen an die Heeresverwaltung oder an die von der Reichsgetreidestelle zu beliefernden Betriebe.

Für das Wirtschaftsjahr 1920/21 wurde die Vergütung auf 5 \mathcal{M} für jede an die Reichsgetreidestelle abgelieferte Tonne Getreide und auf 2 \mathcal{M} für jede vom Kommunalverband erfaßte und selbstverbrauchte Tonne Getreide erhöht. Die Vergütung von 5 \mathcal{M} wird sinngemäß auch für Gerste und Hafer bezahlt, die auf Bezugsschein zur Ablieferung gelangt sind.

Die Landesgetreidestelle hat die Forderung erhoben, daß die erhöhte Vergütung von 5 \mathcal{M} für alle Getreidemengen zu bezahlen sei, die Überschußkommunalverbände an Zuschußkommunalverbände geliefert haben, ferner für alle von der Bayerischen Landesgetreidestelle erfaßten Gerstenmengen und für diejenigen Mengen Gerste, die von den Kommunalverbänden der Pfalz aufgekauft und an Betriebe geliefert worden sind, während die geringere Vergütung von 2 \mathcal{M} den bayerischen Kommunalverbänden für jene Mengen zustünde, die sie aufgekauft und selbst verbraucht haben. Sie hat diese Forderung damit begründet, daß für an andere Kommunalverbände oder an Betriebe weitergelieferte Getreidemengen und für alle von der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, erfaßten Gerstenmengen bei Ausdehnung der Tätigkeit der Reichsgetreidestelle auf Bayern die erhöhten Vergütungen anfallen würden und die Selbstwirtschaft Bayerns nicht zu seiner geldlichen Benachteiligung zugunsten des Reiches führen dürfe. Die Reichsgetreidestelle hat diesen Anspruch in Abweichung von ihrem Bescheid vom 11. September 1917 bei mündlichen Verhandlungen im September 1921 anerkannt. Das Ergebnis kam in gleicher Weise der Bayer. Futtermittelverteilung für den von dieser erfaßten Hafer zugute.

Insgesamt hat die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, von der Reichsgetreidestelle die in der nachstehenden Übersicht zusammengestellten Vergütungen erhalten und mit den beigesetzten Beträgen an die Kommunalverbände bzw. die Geschäftsabteilung weitergegeben. Der Rest wurde zur Unkostendeckung der Landesgetreidestelle einbehalten, deren Tätigkeit durch diese Vergütung ebenfalls abgegolten wurde.

Wirtschaftsjahr und Art der Vergütung		Von der Reichsgetreidestelle erhalten	An die Kommunalverbände und die Geschäftsabteilung ausbezahlt	Von der Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, einbehalten
		\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}
1917/18	allgemeine Vergütung	612 167, ⁵⁵	411 941, ¹⁷	200 226, ¹⁸
1918/19	allgemeine Vergütung	631 358, ³⁰	471 588, ⁷⁴	159 769, ⁵⁶
	erhöhte Aufkaufvergütung	84 302, ⁵²	34 445, ⁵³	49 856, ⁹⁹
1919/20	allgemeine Vergütung	332 917, ⁵⁰	163 474, ⁹⁸	169 442, ⁵²
	Sondervergütung von 7 \mathcal{M} für die Tonne für Brotgetreide	1 943 155, ⁹⁰	1 943 148, ²⁰	7, ⁷⁹

Wirtschaftsjahr und Art der Vergütung	Von der Reichs- getreidestelle erhalten M	An die Kommunal- verbände und die Geschäftsabteilung ausbezahlt M	Von der Landes- getreidestelle, Verwaltungs- abteilung, einbehalten M
1919/20 für von den Kommunalverbänden erfaßte Gerste	16 124,50	16 124,50	—
für von der Geschäftsabteilung erfaßte Gerste	1 695 158,50	1 695 158,50	—
1920/21 allgemeine Vergütung für Brotgetreide und Gerste	1 838 345,10 ¹⁾	1 838 345,10	—
zusammen	7 153 529,07	6 574 226,72	579 302,95

Darüber, inwieweit die Gemeinden an diesen Vergütungen beteiligt worden sind, liegen Erhebungen nicht vor.

b) Die Vergütung für die Führung der Wirtschaftskarten.

Durch § 25 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 wurde erstmals bestimmt, daß der Kommunalverband für jeden landwirtschaftlichen Betrieb seines Bezirks eine Wirtschaftskarte nach dem von der Reichsgetreidestelle festgestellten Vordruck zu führen und der Reichsgetreidestelle und deren Beauftragten auf Verlangen Einsicht in die Wirtschaftskarten und die dazu gehörigen Aufzeichnungen zu gestatten hat.

Der Kommunalverband kann unbeschadet seiner Verpflichtung zur Führung der Wirtschaftskarten seinen Gemeinden für ihren Bezirk die gleiche Verpflichtung auferlegen. Der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs ist verpflichtet, auf Erfordern des Kommunalverbandes oder der Gemeinde alle zur Anlegung und Fortführung der Wirtschaftskarten erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Diese Verpflichtung ist für die ganze Dauer der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft beibehalten worden. Daß ein Kommunalverband von der Befugnis Gebrauch gemacht hätte, seinen Gemeinden für ihren Bezirk die gleiche Verpflichtung aufzuerlegen, ist nicht bekannt geworden.

Für die Führung der Wirtschaftskarten erhielten die Kommunalverbände von der Reichsgetreidestelle auf Grund des bereits erwähnten § 29 bzw. 30 RGO. besondere Vergütungen, und zwar für die Wirtschaftsjahre 1917/18 und 1918/19 3 M, für die Wirtschaftsjahre 1919/20 und 1920/21 5 M je Wirtschaftskarte. Die Auszahlung war von der Bestätigung des Vorstandes des Kommunalverbandes abhängig, daß die Wirtschaftskarten bis zu einem bestimmten Tag (31. Mai) vollständig ausgefüllt waren. Im Hinblick auf die starke Mehrbelastung der Kommunalverbände durch die Maisaustauschaktion wurde die Gebühr für die Wirtschaftskartenführung im Wirtschaftsjahr 1920/21 später von 5 M auf 7,50 M erhöht.

Über die Zahl der Wirtschaftskarten und die in den einzelnen Regierungsbezirken von den Kommunalverbänden angeforderten und ihnen überwiesenen Vergütungen gibt die nachfolgende Übersicht Aufschluß:

Regierungs- bezirk	Zahl der Wirtschaftskarten				An die Kommunalverbände überwiesene Gesamtvergütung			
	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1917/18 M	1918/19 M	1919/20 M	1920/21 M
Oberbayern . . .	52 732	66 053	67 916	71 145	158 196,00	180 787,50	339 580,00	533 587,50
Niederbayern . .	58 709	73 804	73 429	72 665	170 127,00	196 317,50	367 145,00	544 937,50
Pfalz	70 787	78 025	83 874	81 094	212 361,00	210 057,50	419 370,00	608 205,00
Oberpfalz	33 136	56 932	57 813	57 850	95 899,00	137 044,50	289 065,00	433 875,00
Oberfranken . . .	42 477	47 247	60 844	68 799	127 431,00	133 894,50	304 220,00	492 942,50
Mittelfranken . .	36 939	57 673	57 819	56 536	110 817,00	141 743,00	289 095,00	424 020,00
Unterfranken . .	60 178	65 917	75 040	81 354	180 534,00	186 165,00	375 200,00	610 155,00
Schwaben	41 543	58 491	56 798	56 344	124 629,00	150 377,00	283 990,00	422 580,00
zusammen	396 501	504 142	533 533	545 787	1 179 994,00	1 336 386,50	2 667 665,00	4 070 352,50

¹⁾ Bei Anwendung des Bescheids der Reichsgetreidestelle vom 11. September 1917 hätte die Gesamtvergütung nur 956 245,55 M betragen.

Die Wirtschaftskarten haben sich überall da als ein vorzügliches Hilfs- und Kontrollmittel erwiesen, wo sie automatisch in den ganzen Betrieb eingeschaltet, sofort zu Beginn des Wirtschaftsjahres angelegt, von Anfang an auf dem laufenden gehalten, zur Kontrolle der Ablieferungen der einzelnen Landwirte benützt und entsprechend ausgewertet wurden. Sie haben insbesondere auch die Unterlagen für die Tätigkeit der Getreideaufkäufer sowie für deren Überwachung gebildet. Bei jeder Ablieferung von Getreide hat der Kommissionär einen Ablieferungsschein auszustellen, von dem eine Durchschrift dem Kommunalverband zur Fortführung der Wirtschaftskarten übersandt wird. Damit der mit der Führung der Wirtschaftskarten betraute Beamte merkt, wenn ein Ablieferungsschein fehlt, sei es, daß er zu Verlust gegangen oder aus anderen Gründen nicht in den Einlauf des Kommunalverbandes gelangt ist, wurde in den Vollzugsanweisungen für 1920 vorgeschrieben, daß die Ablieferungsscheine fortlaufend zu numerieren seien. Verschiedene Wahrnehmungen haben leider gezeigt, daß die Wirtschaftskarten durchaus nicht überall auf dem laufenden gehalten wurden. Letzterenfalls ist ihr Wert selbstverständlich gering. Es muß festgestellt werden, daß dort, wo in dieser Beziehung keine Ordnung herrschte, auch die Getreideerfassung gelitten, während die entsprechende Führung und Auswertung der Wirtschaftskarten jene zweifellos günstig beeinflußt hat. In den letzten Jahren der Getreidezwangswirtschaft wurde wiederholt das Verlangen laut, daß die Führung der Wirtschaftskarten, ähnlich wie die eine Zeitlang angeordnete Führung von Viehstandsverzeichnissen, erlassen werden möge. Dieses Vorgehen mag bei den von den Gemeinden auf Grund von Anzeigen der Landwirte geführten Viehstandsverzeichnissen Berechtigung gehabt haben, weil diese wohl in den wenigsten Fällen wirklich brauchbar waren. In der Zwangsbewirtschaftung des Getreides können die Wirtschaftskarten ohne Schädigung des Erfolges nicht entbehrt werden.

Das Getreideverkehrsgesetz vom 21. Juni 1921 hat die Führung von Wirtschaftskarten nicht mehr vorgesehen. Damit ist auch die bis dahin geleistete Vergütung weggefallen. Den bayerischen Kommunalverbänden wurde zur Pflicht gemacht, für jeden lieferpflichtigen Landwirt eine Liste zu führen, welche die Umlage und alle darauf erfolgenden Ablieferungen ersehen läßt und bedeutet, daß zu diesem Zwecke allenfalls die Wirtschaftskarten des Wirtschaftsjahres 1920/21 nutzbar gemacht werden können.

15. Die Getreidepreise.¹⁾

a) Die Erzeugerpreise für das Verbrauchsgetreide.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, hat sich bald nach der Mobilmachung die Notwendigkeit ergeben, der aus dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage folgenden Steigerung der Getreidepreise auf gesetzlichem Wege Einhalt zu tun. Der Bundesrat hat daher Höchstpreise für Getreide für 32 Hauptmarktorde festgesetzt. Für alle übrigen Orte (Nebenorte) richtet sich der Höchstpreis nach dem des nächstgelegenen Hauptortes. Als solche Hauptorte kamen für Bayern außer München in Betracht: Erfurt, Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart und Zwickau. An diesem System ist auch festgehalten worden, als das Getreide für die Kommunalverbände beschlagnahmt wurde. Richtungsgebend für die Preisfestsetzung war der Roggen; für Weizen wurde ein Zuschlag zum Roggenpreis bestimmt. Der Preis für Gerste und Hafer wurde zunächst unter dem Roggenpreis festgesetzt. Dieses der natürlichen Preisbildung in der Vorkriegszeit ungefähr entsprechende gesunde Verhältnis, ist jedoch bald verlassen worden. Gerste und Hafer sind infolge des starken militärischen Futterbedarfs, und weil hier die Verbraucherinteressen nicht in gleicher Weise berührt wurden wie bei den Preisen für Brotgetreide, höher bewertet worden als

¹⁾ Vgl. auch Dr. Wörner: „Die Entwicklung der Getreidehöchstpreise in Bayern“ im Landw. Jahrbuch für Bayern 1918 S. 110 ff.

dieses, mit der Folge, daß statt Futtergetreide trotz des bestehenden Verbots in zunehmendem Maße Brotgetreide verfüttert wurde.

Zu erwähnen ist weiter, daß die Höchstpreise für Gerste und Hafer durch die Verordnungen vom 23. Juli 1915 für das ganze Reich einheitlich festgesetzt worden sind; im übrigen ist für Gerste und Hafer ein bestimmtes System hinsichtlich der Preisfestsetzung nicht beibehalten worden.

Die Landeszentralbehörden konnten niedrigere als die vom Reich festgesetzten Höchstpreise bestimmen. Bayern hat der Einheitlichkeit halber jeweils angeordnet, daß der Preis für den Hauptmarkort München für ganz Bayern einschließlich der Pfalz zu gelten habe, für die sich sonst der Preis nach dem Hauptmarkort Mannheim zu richten gehabt hätte. Nur im Wirtschaftsjahr 1920/21 ist es für die Pfalz wegen der besonderen Verhältnisse infolge der Besetzung bei dem höheren Mannheimer Preis verblieben. Die Höchstpreise galten nicht für Saatgetreide, wenn bei der Veräußerung die besonderen Vorschriften über den Saatgutverkehr eingehalten wurden. Als Saatgetreide gilt dabei nur solches, das in anerkannten Saatgutwirtschaften oder in solchen Betrieben gezogen ist, die sich in den Jahren 1913 und 1914 nachweislich mit dem Verkehr von Saatgetreide befaßt haben. Die Höchstpreise galten nach der Verordnung über die Höchstpreise für Getreide und Kleie vom 28. Oktober 1914 und über die Höchstpreise für Hafer vom 5. November 1914 für den Großhandel, d. i. nach diesen Verordnungen insbesondere für den Verkehr zwischen dem Erzeuger, dem Verarbeiter und dem Händler. Durch die Abänderungsverordnungen vom 19. Dezember 1914 sind die Höchstpreise allgemeine Erzeugerhöchstpreise geworden. Für den Umsatz durch den Handel wurde ein Zuschlag (4 \mathcal{M} für die Tonne) vorgesehen. Die ersten Höchstpreise für Brotgetreide und Gerste verstanden sich für Getreide bis zu einem bestimmten Hektolitergewicht (bei Roggen 70 kg, bei Weizen 75 kg, bei Gerste 68 kg). Bei höherem Hektolitergewicht stieg der Höchstpreis für jedes volle Kilogramm des Mehrgewichts bei Weizen und Roggen um 1,50 \mathcal{M} . Die Regelung des Höchstpreises für Gerste läßt eine gleiche Bestimmung vermissen. Dieses System, das mit der Bezahlung nach Höchstpreisen eine Qualitätsbewertung zu verbinden suchte, mußte trotz des gesunden Gedankens, der darin lag, wegen der Schwierigkeiten der Durchführung alsbald wieder aufgegeben werden. Die Höchstpreise verstanden sich für Lieferung ohne Sack. Für die leihweise Überlassung der Säcke durfte eine Sackleihgebühr (rechtlich Sackmiete) berechnet werden, die jeweils von den zuständigen Reichsstellen bestimmt wurde und sich erhöhte, falls die Säcke nicht binnen gewisser Fristen zurückgegeben wurden. Beim Verkauf des Getreides mit Sack durfte, um Umgehungen des Höchstpreises hintanzuhalten, für den Sack nur ein bestimmter Wertsatz berechnet werden. Wurden Leihsäcke nicht zurückgegeben, so galt der Höchstbetrag der Leihgebühr als verfallen. Außerdem war für den Verlust der Säcke eine Entschädigung zu bezahlen, die den Sackhöchstpreis nicht übersteigen durfte. Bei einem Rückkauf mitverkaufter Säcke durfte der Unterschied zwischen Verkaufs- und Rückkaufspreis den Satz der Sackleihgebühr nicht übersteigen.

Die Höchstpreise galten für Barzahlung bei Empfang. Bei Stundung des Kaufpreises durften 2 v. H. Jahreszinsen über Reichsbankdiskont hinzugeschlagen werden. Die Höchstpreise schlossen die Beförderungskosten ein, die der Verkäufer vom Lager übernommen hatte. Auf jeden Fall hatte der Verkäufer die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wurde sowie die Kosten des Einladens zu tragen. Wurden Säcke nur bis zur Verladestelle zur Verfügung gestellt, so durfte hierfür eine Sackleihgebühr nicht berechnet werden. Die Höchstpreise verstanden sich frei Verladestelle des Ortes, von dem die Ware versandt wurde. Durch diese Bestimmung sollte der natürliche Ausgleich dafür geschaffen werden, daß, je näher ein Betrieb dem Absatzorte liegt, desto höher im allgemeinen seine Produktionskosten

sind und umgekehrt, weil schon das Hauptproduktionsmittel, der Grund und Boden, im Preise unter sonst gleichen Verhältnissen um so höher bewertet wird, je näher der Betrieb zum Absatzort für seine Erzeugnisse liegt. Diese Tatsache hat nicht verhindern können, daß die Erzeuger die Höchstpreise vielfach ab Betrieb verlangten. Noch mehr als auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft ist diese Forderung allerdings bei anderen Waren erhoben worden, bei denen wegen der besonderen Art (Sperrigkeit) des Gutes, wie insbesondere bei Heu und Stroh, die Zufuhrverpflichtung noch lästiger empfunden wurde und die Zufuhrkosten im Verhältnis zum Preis auch eine größere Rolle spielten als bei Getreide. Gegenüber diesen Forderungen wurde mit Recht an dem wirtschaftlich richtigen Grundsatz der Bemessung der Preise frei Verladestelle festgehalten. In Ausnahmefällen ist freilich das Getreide durch die Kommunalverbände bei den Landwirten auch selbst abgeholt und gleichwohl zum Höchstpreise bezahlt worden.

Die Höchstpreise wurden von der Landwirtschaft im Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung immer heftiger als unzureichend und produktionshemmend bekämpft. Es haben sich Verschiebungen im Anbau gezeigt, die offenbar ihren Grund darin hatten, daß sich der Gedreidebau nicht mehr in gleicher Weise lohnte wie der Anbau anderer Kulturpflanzen, z. B. von Hülsenfrüchten. Die Landwirtschaft hat die Forderung erhoben, die Preise für die nächste Ernte möglichst frühzeitig bekanntzugeben. Schließlich ist verlangt worden, daß lange vor der Ernte zu einem Zeitpunkt, wo die Landwirtschaft, sei es den Anbau überhaupt, sei es die Verwendung von Düngemitteln noch auf die Preise einstellen kann, Mindestpreise zu bestimmen seien, auf welche die Landwirtschaft unbedingt rechnen dürfe. Solche Mindestpreise wurden erstmals für die Ernte 1920 am 13. März 1920 festgesetzt, und zwar für die Tonne Weizen, Spelz, Emer und Einkorn 1 100 *M*, für Roggen, Gerste und Hafer 1 000 *M*. Sie waren nach Maßgabe des Produktionskostenstandes vom 1. Januar 1920 berechnet. Die endgültige Festsetzung der Preise wurde gerade im Wirtschaftsjahr 1920 heftig umstritten.

Von den zuständigen Reichs- und Landesstellen war verlautbart worden, daß die neuen Getreidepreise eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise nicht zur Folge haben sollten. Die von der Reichsregierung zunächst vorgesehenen Preise gingen über die Mindestpreise weit hinaus. Sie wurden von der bayerischen Regierung auf Grund von Berechnungen der bei diesen Getreidepreisen zu erwartenden Brot- und Mehlpreise mit dem Hinweis bekämpft, daß sich bei den beabsichtigten Getreidehöchstpreisen der Brotpreis von 2,40 *M* für das kg (damaliger Münchener Preis) nicht halten lasse. Auch die Notwendigkeit und die Berechtigung so hoher Preise wurde bestritten. Das Vorgehen hatte den Erfolg, daß durch die Verordnung vom 14. Juli 1920 niedrigere Preise, als im ursprünglichen Entwurf vorgesehen, festgesetzt wurden. Sie gingen aber immer noch über die Preise hinaus, die Bayern als angemessen bezeichnet hatte. Von der Möglichkeit niedrigere Höchstpreise festzusetzen, hat Bayern indes aus der Erwägung heraus, daß es wesentlich anders wirke, einen vom Reich festgesetzten Preis herabzusetzen, als wenn schon vom Reich ein niedrigerer Preis bestimmt wird, keinen Gebrauch gemacht. Es hätte sicher der Erfassung erheblich geschadet, wenn die Landwirtschaft in Bayern im Preis ungünstiger gestellt worden wäre als im übrigen Reich, wie ein gleicher Vorgang bei den Rauhfutterpreisen 1917 gezeigt hat, wo schließlich unter dem Druck der Verhältnisse die niedrigeren bayerischen Preise mit rückwirkender Kraft auf die Reichshöchstpreise erhöht werden mußten.

Für die Ernte 1921 hat zunächst abermals die Absicht bestanden, Mindestpreise festzusetzen. Ihre Höhe wurde im sog. Indexverfahren durch eine eigene Indexkommission berechnet. Als Ausgangspunkt für die Untersuchung wurde dabei der 1. Januar 1920 gewählt. Die Grundlage für die Untersuchung bildeten die Preise der hauptsächlichsten Produktionsmittel. Es sind etwa 80 Preise der wichtigsten von der Landwirtschaft benötigten Betriebsgegenstände und etwa 160 Tarifverträge für die landwirtschaftlichen Arbeiter heran-

gezogen worden. Da den einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln im Rahmen des landwirtschaftlichen Betriebs eine sehr verschiedene Bedeutung zukommt, konnten ihre Preise nicht als gleichwertig nebeneinandergestellt werden, wie dies bei sonstigen Preisuntersuchungen, die sich der Indexzahlen bedienen, vielfach üblich ist. Es erwies sich als erforderlich, die Preise der einzelnen Produktionsmittel entsprechend ihrem Anteil an den Gesamtproduktionskosten zu bewerten. Die Wertanteile wurden in der Weise gefunden, daß zunächst Produktionsmittel-Gruppen gebildet und über deren Bedeutung im Rahmen der Gesamtkosten Untersuchungen angestellt wurden. Die Unterlagen lieferten die landwirtschaftlichen Buchführungsstellen. Auf Grund dieser Unterlagen bestimmte die Indexkommission die Wertanteile der Produktionsmittel-Gruppen. Indexberechnungen, bei denen der Produktionskostenstand am 1. Januar 1920 gleich 100 gesetzt ist, haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Produktionskostenstand am 1. Januar 1920	100,00 M	Produktionskostenstand am 1. Juli 1920	179,59 M
" " 1. Febr.	116,24 "	" " 1. August	167,97 "
" " 1. März	142,00 "	" " 1. Sept.	200,08 "
" " 1. April	161,98 "	" " 1. Okt.	203,98 "
" " 1. Mai	166,59 "	" " 1. Nov.	204,44 "
" " 1. Juni	179,46 "	" " 1. Dez.	204,67 "

Über die Anteile der hauptsächlichsten Produktionskosten gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

Kostengruppe	Die Gesamt-Indexzahlen betragen im Jahre 1920 am											
	1. Jan.	1. Febr.	1. März	1. April	1. Mai	1. Juni	1. Juli	1. Aug.	1. Sept.	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.
1. Saatgut . . .	6,00	6,22	8,30	8,52	8,10	8,10	8,18	8,31	8,47	8,87	9,18	9,09
2. Futtermittel . .	5,00	4,71	5,32	5,08	4,55	4,61	6,21	6,47	7,67	8,24	8,83	8,52
3. Düngemittel . .	15,00	15,00	24,16	31,05	31,05	31,05	31,05	31,05	31,05	31,05	31,05	31,05
4. Brennstoffe und Beleuchtung . .	4,00	5,37	6,24	7,16	7,30	7,70	7,67	7,40	7,40	7,40	7,40	7,40
5. Viehhaltung, Amortisation . .	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,29	5,31	5,38	5,99	6,00	6,00
6. Sachversicherung	2,00	2,50	3,00	4,00	4,00	4,00	4,50	4,50	4,50	5,00	5,00	5,00
7. Löhne und Gehälter . . .	40,00	54,00	54,80	65,60	69,20	70,40	78,80	96,00	96,00	98,80	98,80	99,20
8. Gebäude												
a) Amortisation	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,59	1,74	1,76	1,79	1,80	1,80
b) Unterhaltung	4,00	4,44	5,14	5,84	6,76	7,50	6,75	6,94	6,89	6,71	6,39	6,63
9. Maschinen und Geräte												
a) Amortisation	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,59	1,74	1,76	1,79	1,80	1,80
b) Unterhaltung	10,00	10,00	18,54	18,54	19,16	19,37	19,28	19,33	20,87	20,28	20,18	20,38
10. Verschiedenes .	6,00	6,00	8,50	8,19	8,47	8,73	8,73	8,48	8,38	8,06	8,06	7,80
Gesamt-Indexzahl	100,00	116,24	142,00	161,98	166,59	169,46	179,59	197,77	200,08	203,98	204,44	204,67

Auf das Material im einzelnen näher einzugehen, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen.

Allgemein ist zum Indexverfahren zu sagen, daß es in seinem Wesen begründet ist, zu einem Kostenmaximum zu führen. Insbesondere berücksichtigt es nicht oder nicht genügend, daß bald der eine, bald der andere Posten sich günstiger gestaltet und so praktisch im Endergebnis doch ein niedrigerer Selbstkostenbetrag als der rechnerisch gefundene sich ergibt. Diese Bedenken haben den Wunsch gezeitigt, den Getreidepreis im Wege der Einzelkalkulation unter Hinzuziehung einer Kommission von Sachverständigen zu errechnen. Einem solchen Verfahren dürfte aber das Indexverfahren trotz der ihm anhaftenden Mängel noch vorzuziehen sein. Allgemeine Preisfestsetzungen auf Grund von Berechnungen der Selbstkosten eines bestimmten Erzeugnisses sind, wie die reichen Erfahrungen während der Kriegswirtschaft gezeigt haben, schon bei wesentlich einfacheren Verhältnissen als der landwirtschaftlichen Produktion, außerordentlich schwierig. Wie z. B. die Selbstkosten bei

der Getreidevermahlung wesentlich von der Beschäftigung der Mühle beeinflußt werden, so hängen die Selbstkosten des Landwirts für den Doppelzentner Getreide ganz erheblich vom Ertrag ab. Bei gleichbleibender Gesamtaufwendung sind sie um so geringer, je größer der Ertrag ist, und umgekehrt. Der Ertrag ist wiederum nicht nur von dem Aufwand an Produktionskosten, sondern von einer Reihe von Faktoren abhängig, auf die der Landwirt keinen Einfluß hat, insbesondere von den Witterungsverhältnissen. Da der Ertrag immer erst nach der Ernte oder richtiger nach Beendigung des Drusches genau übersehen werden kann, so läßt sich vorher schon deshalb nicht annähernd genau bestimmen, was dem Landwirt 1 dz Getreide der kommenden Ernte kostet. Auch wenn man hiervon absehen und von einem Durchschnittsertrag ausgehen will, so sind doch die einzelnen Selbstkostenposten außerordentlich schwankend. Es läßt sich kaum jemals zuverlässig ausscheiden, welcher Teilbetrag einer bestimmten Betriebsausgabe in einem gemischten landwirtschaftlichen Betrieb auf das Erzeugnis fällt, dessen Selbstkosten festgestellt werden. Bei dieser Sachlage besteht die große Gefahr, daß jeder Einzelposten nicht zu knapp angesetzt, ferner daß bestimmte, auch anderer Erzeugung zugute kommende Betriebsausgaben ganz oder doch mit einem zu großen Teil gerade bei dem Erzeugnis berücksichtigt werden, das eben den Gegenstand der Berechnung bildet. Werden aber mehrere Einzelposten, von denen jeder reichlich angesetzt ist, zusammengezählt, so ergibt sich ein Betrag, der über die wirklichen Selbstkosten notwendig hinausgeht. Der Durchschnittsselbstkostenbetrag verschiedener Betriebe wird wiederum je nach der Zahl und der Auswahl der untersuchten Betriebe sehr verschieden ausfallen.

Noch ein weiteres grundsätzliches Bedenken gegen solche Selbstkostenberechnungen besteht darin, daß, wenn sie einmal angestellt sind, die Landwirtschaft mit den gefundenen Durchschnittsbeträgen meist nicht zufrieden ist, sondern verlangt, daß die Selbstkosten der am teuersten wirtschaftenden Betriebe der Preisfestsetzung zugrunde gelegt werden. Diese Forderung ist insoweit mit guten Gründen vertretbar, als Auslandsgetreide nur zu wesentlich teureren Preisen beschafft werden kann; denn der Preis muß bei dem Mangel an anderweitiger günstigerer Beschaffungsgelegenheit auch die Kosten des Betriebes noch decken, der am teuersten wirtschaftet, dessen Erzeugnisse aber zur Fortführung der Wirtschaft nötig sind. Ist man der Auffassung, daß bei solchen Berechnungen fast immer Beträge herauskommen, die über die tatsächlichen Selbstkosten hinausgehen, so ist es richtiger, sich darauf gar nicht erst einzulassen, weil man sonst zu Preisen kommt, die das erträgliche Maß übersteigen und den sozialen Frieden erheblich gefährden. Es erscheint vielmehr besser, von einem Preis auszugehen, von dem sicher ist, daß er die Kosten des Landwirts gedeckt und ihm den notwendigen Unternehmergewinn gelassen hat, nach dem Indexverfahren dann die durchschnittliche Veränderung der Produktionskosten festzustellen und darauf den neuen Preis aufzubauen. Auch diese Feststellungen sind nicht einfach; es stehen dafür aber immerhin abgeschlossene Erfahrungen zur Verfügung.

Neuestens fordert die Landwirtschaft mit dem Hinweis auf die steigende Markentwertung, daß der Umlagenpreis nicht nur die Produktionskosten decke und einen angemessenen Unternehmergewinn gewährleiste, sondern darüber hinaus noch einen Zuschlag zum Ausgleich der bis zum Wiederanbau eintretenden weiteren Preissteigerung (für die sog. Reproduktionskosten) enthalte. Diese Forderung dürfte nicht in vollem Umfange berechtigt sein. Ihre Anerkennung würde dazu beitragen, daß die Verarmung Deutschlands noch mehr, als dies ohnehin schon der Fall ist, in der Hauptsache nur den Teil der Volksgenossen trifft, der nicht über entsprechende Sachwerte verfügt. Immerhin wird ihr wenigstens insoweit Rechnung zu tragen sein, als die Rücksichtnahme auf eine möglichste Steigerung der Produktion verlangt.

Über die Entwicklung der Getreidepreise von 1914 bis zum Wirtschaftsjahr 1920/21 gibt die nachstehende Übersicht näheren Aufschluß.

Die Getreidepreise unmittelbar vor Kriegsbeginn und während der Getreidezwangswirtschaft.
(Hauptmarkttort München.)

Vortrag	Roggen		Weizen		Gerste		Hafer	
	je Tonne M	Index- zahl ¹⁾	je Tonne M	Index- zahl ¹⁾	je Tonne M	Index- zahl ¹⁾	je Tonne M	Index- zahl ¹⁾
Vorkriegszeit:								
Die Vergleichspreise der Vorkriegszeit stellen den Durchschnitt der Mittelpreise der 6 Vorkriegsmonate dar, wie sie von der Vereinigung Münchner Getreidehändler ermittelt sind. Bei Gerste ist der Durchschnitt des Braugerstenmittelpreises und der guten Futtergerste genommen	156	100	193	100	141	100	156	100
Ernte 1914:								
Bekanntmachung vom 28. Oktober 1914 in der Fassung vom 19. Dezember 1914 ²⁾	237	152	277	144	237	168	—	—
Bekanntmachung vom 5. November 1914	—	—	—	—	—	—	220	141
Bekanntmachung v. 19. Dezember 1914	—	—	—	—	—	—	222	142
Bekanntmachung vom 13. Februar 1915	—	—	—	—	—	—	272	174
Bekanntmachung vom 9. März 1915	—	—	—	—	287 ³⁾	199	—	—
Ernte 1915:⁴⁾								
Bekanntmachung über die Höchstpreise für Brotgetreide vom 23. Juli 1915	230	147	270	140	—	—	—	—
Bekanntmachung über Höchstpreise für Gerste vom 23. Juli 1915	—	—	—	—	300 ⁶⁾	213	—	—
Desgleichen für Hafer ⁵⁾	—	—	—	—	—	—	300 ⁶⁾	192
Bekanntmachung über Änderung der Höchstpreise für Brotgetreide vom 17. Januar 1916 ⁷⁾	244	156	284	142	—	—	—	—
Ernte 1916:								
Bekanntmachung vom 24. Juli 1916 über Höchstpreise für Brotgetreide ⁸⁾	230	147	270	140	—	—	—	—
Bekanntmachung über Höchstpreise für Gerste vom 24. Juli 1916 ⁹⁾	—	—	—	—	300	213	—	—
Bekanntmachung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 und 18. September 1916 ¹⁰⁾	—	—	—	—	—	—	300	192

¹⁾ Die Indexzahl ist in der Weise gewonnen, daß die sämtlichen Preise in % des Preises der Vorkriegszeit, der gleich 100 gesetzt ist, ausgedrückt wurden. Dabei sich ergebende Dezimalstellen sind auf- oder abgerundet.

²⁾ Die Höchstpreise bleiben bis 31. Dezember unverändert und erhöhen sich von da ab am 1. und 15. jeden Monats um 1,50 M für die Tonne (sog. Reports).

³⁾ Dafür fallen bei Gerste die Reports weg.

⁴⁾ Erhöhung ab 1. Januar 1916 wie zu vorstehender Ziff. 2.

⁵⁾ Für die Zeit bis 1. Oktober 1915 erhöht sich dieser Preis um 5 M für die Tonne.

⁶⁾ Nach Bekanntmachung vom 17. Januar 1916 darf zur Förderung der Lieferung von Gerste und Hafer an Anweisung der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung eine besondere Vergütung zugeteilt werden, die für die Tonne beträgt:

1. wenn die Gerste und der Hafer bis zum 29. Februar 1916 einschließlich bei den Proviantämtern abgeliefert oder auf der Bahn oder im Schiff verladen ist: 60 M,

2. wenn die Ablieferung oder Verladung in der Zeit vom 1. März bis 15. März 1916 einschließlich erfolgt: 30 M.

⁷⁾ Reichsgetreidestelle, Kommunalverbände, Heeresverwaltungen und Marineverwaltungen wurden ermächtigt, für nach dem 1. Januar 1916 erworbenes Getreide 12,50 M bzw. 11 M nachzuzahlen. An die Stelle des zu Anfang und Mitte des Monats geltenden Zuschlags von 1,50 M tritt ein solcher von 1 M. Vom 1. März an wieder die Preise von 230 und 270 M.

⁸⁾ Ermächtigungen für Lieferungen bis 15. Dezember 1916 Druschprämie bis zu 20 M zu bezahlen.

⁹⁾ Bis 31. August, von da ab bis 15. September 280 M. Die 280 M wurden verlängert bis 31. November, von da ab 250 M.

¹⁰⁾ Der Preis gilt bis 30. September 1916, von da ab 280 M. Ermächtigung der Heeresverwaltung, einen Preis von 300 M auf Antrag bei besonderen, von Betriebsinhabern nicht zu vertretenden Umständen bis 15. November weiterzuzahlen. 31. Januar 1917 bis 30. April 1917 270 M, von da ab 250 M.

Vortrag	Roggen		Weizen		Gerste		Hafer	
	je Tonne M	Index- zahl	je Tonne M	Index- zahl	je Tonne M	Index- zahl	je Tonne M	Index- zahl
Ernte 1917:								
Verordnung über die Preise ¹⁾ der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 vom 19. März 1917 und 12. Juli 1917	280	180	300	155	270	192	270 ²⁾	173
Ernte 1918:								
Verordnung über die Preise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 15. Juni 1918 ³⁾	315	202	335	173	300	213	300	192
Ernte 1919:								
Verordnung vom 15. Juli 1919								
Verordnung vom 18. Juli 1919 . .	415	266	465	241	415	294	415 ⁴⁾	266
Mit der später allgemein bezahlten Prämie von 300 M	715	458	765	396	715	507	—	—
Pfalz	900	577	1 000	518	900	608	—	—
Ernte 1920:								
Bekanntmachung vom 14. Juni 1920 ⁵⁾	1 445	923	1 585	821	1 445 ⁶⁾	1 025	1 445	923
Für die Pfalz gilt der Mannheimer Preis einschließlich eines Zuschlags von 125 M für Weizen, von 110 M für die übrigen Getreidearten, so daß der Landwirt erhielt	1 610	1 032	1 765	914	1 560	1 106	1 560	1 000

Hiernach sind die Getreidepreise von der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges bis zum Wirtschaftsjahr 1920/21 auf das 9 bis 10fache des damaligen Preises gestiegen, was der bis dahin eingetretenen Geldentwertung nahekommt, aber nicht ganz entspricht.

b) Die Preise für das Saatgetreide.

Für Saatgut sind in den ersten Wirtschaftsjahren Höchstpreise nicht festgesetzt worden. Die Futtermittelverteilung hat zu den allgemeinen Höchstpreisen Zuschläge von 10 M für den Doppelzentner für anerkanntes und 7 M für nicht anerkanntes Saatgut bezahlt. Die Preise der Bayerischen Futtermittelverteilung bewegten sich je nach Sorte, Qualität und Herkunft des Saatguts (Originalsaatgut, anerkanntes Saatgut, Handelssaatgut süddeutscher oder norddeutscher Herkunft) in den nachstehenden Grenzen:

¹⁾ Dazu kommen Druschprämien von 60—20 M, je nach dem Zeitpunkt der Lieferung. Ermäßigung der Preise um 100 M für die Tonne vom 1. März 1918 (Verordnung über den Ausdrusch und die Inanspruchnahme von Getreide vom 24. November 1917).

²⁾ Lieferprämien von 70 M für alle Haferlieferungen bis 31. Dezember 1917, 30 M für alle Lieferungen von da ab bis 31. Januar 1918 (Verordnung vom 24. November 1917). Durch Bekanntmachung vom 19. Mai 1917 wurde die Heeresverwaltung ermächtigt, für freiwillig über die Ablieferungspflicht hinaus abgelieferten Hafer Zuschlag von 100 M für die Tonne zu bezahlen.

³⁾ Druschprämien für Roggen, Weizen und Gerste (Verordnung vom 15. Juni 1918):

120 M für die t bis 16. Juli	60 M für die t bis 1. September
100 " " " t " 1. August	40 " " " t " 16.
80 " " " t " 16.	20 " " " t " 1. Oktober.

Für Hafer (Verordnung vom 30. Juli 1918) 1. September 100 M, 16. September 80 M, 16. Oktober 60 M, 1. Dezember 40 M.

⁴⁾ Für Hafer gilt das Umlageverfahren; der genannte Preis stellt nur den Übernahmepreis für den umlagepflichtigen Hafer dar. Frühdruschprämien: 150 M bis 1. Oktober 1919, 75 M bis 16. Oktober 1919 mit Verlängerungsmöglichkeit für 2 Wochen. Haferdruschverbot bis 15. Oktober 1919.

⁵⁾ Druschprämien (Verordnung über den Frühdrusch 30. Juni) bis 1. August 200 M, bis 16. September 150 M. Verlängerungsmöglichkeit 4 Wochen; von dieser wurde in Bayern Gebrauch gemacht.

⁶⁾ Nach Wegfall der Frühdruschprämie durfte neben dem Höchstpreis ein Qualitätszuschlag von 50 M bezahlt werden.

	Roggen in M je dz	Weizen in M je dz	Gerste in M je dz	Hafer in M je dz
Herbst 1915 . . .	28,00—33,00	29,00—40,00	—	—
Frühjahr 1916 . . .	30,00—34,40	32,00—38,40	43,00—47,00	39,00—47,40
Herbst 1916 . . .	31,40—36,40	32,00—39,40	41,00—47,00	—
Frühjahr 1917 . . .	31,00—38,00	34,00—45,00	39,00—59,00	36,00—45,40

Durch Verordnung des Kriegsernährungsamts über Höchstpreise für Getreide vom 12. Juli 1917 sind erstmals Höchstpreise für das Saatgetreide in der Weise bestimmt worden, daß dem allgemeinen Höchstpreis bei anerkanntem Saatgut aus anerkannten Saatgutwirtschaften folgende Beträge hinzugeschlagen werden durften:

für die 1. Absaat bis zu 120 M für die Tonne	
" " 2. " " " 100 " " " "	
" " 3. " " " 80 " " " "	

Bei Saatgut aus landwirtschaftlichen Betrieben, deren Unternehmer sich nachweislich in den Jahren 1913 und 1914 mit dem Verkauf von Saatgut befaßt haben, durften dem Höchstpreis unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 70 M für die Tonne zugeschlagen werden. Es ergaben sich hiernach folgende Höchstpreise für Saatgut:

	Roggen je dz M	Weizen je dz M	Gerste je dz M	Hafer je dz M
1. Absaat	40	42	39	39
2. Absaat	38	40	37	37
3. Absaat	36	38	35	35
Handelssaatgut	35	37	34	34

Durch Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 27. Oktober 1917 sind die Preise für Sommer-Saatgut der Ernte 1917 für alle Getreidearten auf folgende Höchstbeträge festgesetzt worden:

für die 1. Absaat 45 M für den Doppelzentner	
" " 2. " 43 " " " "	
" " 3. " 41 " " " "	
" Handelssaatgut 40 " " " "	

Für die Ernte 1918 ergaben sich nach der Verordnung des Kriegsernährungsamts vom 27. Juni 1918 über die Höchstpreise für Getreide folgende Saatguthöchstpreise:

	Roggen je dz M	Weizen je dz M	Wintergerste je dz M	Sommergerste je dz M	Hafer je dz M
1. Absaat . . .	49,50	51,50	50,00	48,00	48,00
2. Absaat . . .	46,50	48,50	47,00	45,00	45,00
3. Absaat . . .	43,50	45,50	44,00	42,00	42,00
Handelssaatgut .	40,50	42,50	42,00	39,00	39,00

Für die Ernte 1919 durften zunächst nach der Verordnung des Reichsernährungsministeriums über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse am 15. Juli 1919 für anerkanntes Saatgut dem Höchstpreis folgende Beträge zugeschlagen werden: Für die 1. Absaat bis zu 130 M, für die 2. Absaat bis zu 100 M, für die 3. Absaat bis zu 80 M, bei sonstigem Saatgut (Handelssaatgut) bis zu 40 M für die Tonne. Diese Zuschläge sind durch die Verordnung über die Saatgutpreise für Brotgetreide und Gerste vom 6. September 1919, für Saatgut von Brotgetreide und Gerste, soweit es sich um Wintergetreide handelt, um 250 M, 220 M, 200 M und 180 M für die Tonne erhöht worden. Unter Berücksichtigung dieser Änderung und der weiteren Änderung der Preise für Sommersaatgut für Brotgetreide und Gerste durch die Verordnung vom 12. Januar 1920 ergaben sich folgende Saatguthöchstpreise:

	Winter- roggen je dz M	Winter- weizen je dz M	Winter- gerste je dz M	Sommer- roggen je dz M	Sommer- weizen je dz M	Sommer- gerste je dz M
1. Absaat . . .	66,50	71,50	66,50	101,50	106,50	101,50
2. Absaat . . .	63,50	68,50	63,50	91,50	96,50	90,50
3. Absaat . . .	61,50	66,50	61,50	81,50	86,50	81,50
Handelssaatgut .	59,50	64,50	59,50	76,50	81,50	76,50

Für die Ernte 1920 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in den Ausführungsbestimmungen vom 26. Juli 1920 zur Verordnung über die Höchstpreise für Getreide folgende Höchstpreise für Saatgut bestimmt:

	bei Weizen (Spelz, Emer u. Einkorn)	bei Roggen	bei Gerste und Hafer
	je dz	je dz	je dz
	M	M	M
1. Absaat	211	197	192
2. Absaat	201	187	182
3. Absaat	191	177	172
Handelssaatgut	181	167	162

Durch die Verordnung über die Preise für Sommerungssaatgut von Getreide vom 20. Januar 1921 sind diese Preise, soweit es sich um Sommerungssaatgut handelt, wie folgt geändert worden:

	bei Weizen (Spelz, Emer u. Einkorn)	bei Roggen	bei Gerste und Hafer
	je dz	je dz	je dz
	M	M	M
für 1. Absaat	310	295	290
„ 2. Absaat	290	275	270
„ 3. Absaat	270	255	250

Für Originalsaatgut sind niemals Höchstpreise bestimmt worden. Frühdruschprämien standen dem Landwirt neben den Saatguthöchstpreisen nicht zu.

c) Kurze Würdigung der deutschen Getreidepreispolitik.

Die Erfahrungen seit Beginn der öffentlichen Getreidebewirtschaftung dürften gelehrt haben, daß das bei der mangelnden Einfuhrmöglichkeit in Deutschland sich notwendig ergebende Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Getreide während des Krieges und nach dessen Beendigung bei freier Preisbildung zu unerträglichen Schwierigkeiten hätte führen müssen. Die Festsetzung von Getreidehöchstpreisen war im Zusammenhalt mit der Beschlagnahme des Getreides das einzige Mittel, einigermaßen ruhige Verhältnisse zu erhalten. Damit ist nicht gesagt, daß die Preise der Höhe nach immer richtig festgesetzt worden sind. In diesem Punkte haben Erzeuger und Verbraucher zumeist einander entgegenstehende Meinungen. Die Reichsregierung mußte demgegenüber bestrebt sein, das für das Allgemeinwohl Richtige zu treffen. Es war zweifellos nützlich, daß in den Verbraucherinteressen ein Gegengewicht gegen oft zu weit gehende Forderungen der Erzeuger bestand. Die Festsetzung zu niedriger Preise muß aber auf die Dauer auch den Belangen der Verbraucher abträglich sein; denn die unausbleibliche Folgerung ungenügender Preise ist eine Schädigung der Produktion. Diese muß das schon bestehende Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage verschärfen und so weitere Preissteigerungen verursachen. Auch wirken zu niedrige Preise nachteilig auf die Getreideerfassung ein. Sie fördern damit gleichzeitig den Schleichhandel. Die Verbraucher werden sich daher der Vorteile eines zu knappen Höchstpreises nicht allzulange erfreuen, vielmehr die anfänglich geringeren Ausgaben in einer um so empfindlicheren Preissteigerung und einer Kürzung der Ration zu verspüren bekommen. Die letztere treibt den Verbraucher dazu, auf ungesetzlichem Wege Getreide und Mehl zu erwerben und dafür desto höhere Preise zu bezahlen. Insbesondere muß es daher für verfehlt bezeichnet werden, daß die Regierung bis zum Wirtschaftsjahr 1920/21 bei Festsetzung der Getreidepreise dem Verbraucherstandpunkt zu sehr Rechnung getragen und entgegen den teilweise berechtigten Erwartungen der Erzeuger Höchstpreise bestimmt hat, die, wie namentlich die Höchstpreise des Wirtschaftsjahres 1919/20 unzulänglich waren und dann durch Prämien wieder ausgeglichen werden mußten, die einen großen Geldaufwand erforderten, den Erfolg eines von Anfang an auskömmlich bemessenen Getreidepreises aber doch nicht mehr herbeiführen konnten.

Allgemein haben Höchstpreise, obwohl sie nur die oberste Preisgrenze darstellen, bei zunehmender Knappheit die Neigung, zu Einheitspreisen zu werden. Die Abschläge, welche für Getreide von nicht mindestens mittlerer Art und Güte vorgesehen waren, sind immer seltener geworden. Der Höchstpreis wurde zum Getreidepreis schlechthin, ja zum Mindestpreis, der nicht unterschritten, dagegen in zunehmendem Maße nicht bloß bei an sich unerlaubten Aufkäufen, sondern oft auch beim Kauf auf Bezugsschein u. dgl. weit überschritten wurde. Die Tatsache, daß Preisabschläge nur selten erfolgten, hat auch dazu geführt, daß auf Qualitätserzeugung immer weniger Wert gelegt, ferner, daß das Getreide in ungereinigtem oder sonst schlechtem, insbesondere in feuchtem Zustand angeliefert wurde, weil auch bei zweckentsprechender Behandlung und Reinigung des Getreides kein höherer als der gesetzliche Höchstpreis bezahlt wurde, den der Landwirt fast ausnahmslos auch erhielt, wenn er sein Getreide weniger sorgfältig behandelt zum Verkauf brachte.

Trotz all dieser Mängel haben die Getreidehöchstpreise Deutschland über große innerpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten hinweggeholfen; sie sind eine nicht genug zu dankende Tat gewesen, die dem deutschen Wirtschaftsleben manche schwere Erschütterung erspart hat. Sollte daher Deutschland je wieder vom Weltmarkt abgeschlossen werden, so würde es ohne Getreidehöchstpreise abermals nicht durchkommen können, es müßte denn sein, die landwirtschaftliche Erzeugung wäre bis dahin soweit gehoben, daß Angebot und Nachfrage durch eine Blockade nicht mehr allzusehr aus dem Gleichgewicht gebracht werden könnten — ein mit allen Mitteln zu erstrebendes, aber bei der dichten Bevölkerung und den dem Getreidebau nicht immer günstigen Bodenverhältnissen in nächster Zeit kaum, jedenfalls nur dann erreichbares Ziel, wenn die Getreidepreise so hoch bleiben, daß sich der Getreidebau auch unter weniger günstigen Produktionsbedingungen noch lohnt. Die Erfahrungen müßten für einen solchen Fall davor warnen, bei Festsetzung der Getreidehöchstpreise dem Verbraucherstandpunkt mehr Rechnung zu tragen, als die Rücksicht auf die Erhaltung und Mehrung der Produktion gestattet. Freilich ist darüber, welcher Preis wirklich angemessen ist, bei der großen Schwierigkeit einer richtigen Produktionskostenfeststellung kaum jemals eine Verständigung zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu erwarten.

Vielfach wurde die Forderung vertreten, die Höchstpreise auch nach Aufhebung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung beizubehalten und dadurch das Emporschnellen der Inlandsgetreidepreise auf den Stand der Weltmarktpreise und die daraus zu befürchtenden schweren Folgen für das Wirtschaftsleben zu verhindern. Heute, wo mit der Getreidebeschlagnahme auch die Getreidehöchstpreise aufgehoben sind, tritt da und dort die Forderung nach Wiedereinführung von Getreidehöchstpreisen auf. Von einem solchen Vorgehen könnte ein durchschlagender Erfolg nicht erwartet werden; denn es hat sich im Verlauf der Zwangswirtschaft immer wieder gezeigt, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Beschlagnahme wenig nützen, daß sie die Ware vom Markt verdrängen und sich auf die Dauer nicht halten lassen. Nach Freigabe der Getreidebewirtschaftung kann die Regierung auf den Getreidepreis nur durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere allenfalls durch ein Reichsmonopol für die Getreideeinfuhr und durch entsprechende Aufwendungen von Reichsmitteln für die Verbilligung des Auslandsgetreides, nicht aber durch Strafbestimmungen Einfluß nehmen. Hierauf wird bei dem Ausblick in die völlig freie Wirtschaft noch eingegangen werden.

d) Die Preise des Auslandsgetreides.

Für die Kriegsdauer lassen sich Vergleiche der Inlandsgetreidepreise mit den Preisen für das Auslandsgetreide deshalb schwer anstellen, weil amtliche Notierungen der Auslandsgetreidepreise und insbesondere der Devisenkurse nicht stattgefunden haben. Wie im Inland, so sind die Getreidepreise nach der Mobilmachung auch in den Ententestaaten und im neutralen Ausland rasch in die Höhe gegangen. Deutschland hatte zufolge seiner

Höchstpreise trotz der Blockade wesentlich niedrigere Getreidepreise als z. B. England, Frankreich und Italien, wo in dieser Beziehung der Unterseebootkrieg neben einer starken Verminderung der Zufuhr durch die Verteuerung der Frachtsätze preissteigernd gewirkt hat¹⁾. Seit die Einfuhr von Auslandsgetreide wieder in größerem Umfange stattfindet, bilden insbesondere die Geschäftsberichte der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. in Berlin eine verlässige Quelle für die Preisbewegung des Auslandsgetreides.

Nach dem Geschäftsbericht dieser Gesellschaft für das Jahr 1920 betrugen die Durchschnittspreise für die Tonne Weizen und Roggen in holländischen Gulden (hfl.) und die amtlichen Durchschnittskurse für 100 holländische Gulden in Mark

	Weizen Durchschnittspreis in hfl.	Roggen Durchschnittspreis in hfl.	hfl. amtlicher Durchschnittskurs in Mark
Januar	273,50	250,00	2 389,18
Februar	267,50	225,00	3 699,00
März	280,00	245,00	3 024,20
April	364,00	276,81	2 216,10
Mai	389,90	313,30	1 700,84
Juni	382,80	319,00	1 410,85
Juli	364,44	297,00	1 380,06
August	350,00	295,00	1 564,54
September	360,00	300,00	1 816,61
Oktober	325,00	277,50	2 104,53
November	280,00	260,00	2 330,07
Dezember	255,50	249,02	2 232,00
Durchschnittspreis	324,41	275,63	2 156,00

Unter prozentualer Berücksichtigung der in den einzelnen Monaten betätigten Käufe und des Durchschnittspreises von 1 802,76 *M* für 100 hfl., wie die Einfuhrgesellschaft die Gulden gedeckt hat, ergibt sich ein Durchschnittspreis für Weizen von 5 925,49 *M*, für Roggen von 5 241,34 *M* für die Tonne.

Nach dem Geschäftsbericht der Einfuhrgesellschaft für das Geschäftsjahr 1921 betrug der Durchschnittspreis der hauptsächlich betätigten Weizenkäufe im Jahre 1921

im Januar	242,8 hfl. je Tonne	im Juli	187,9 hfl. je Tonne
" Februar	194,8 " " "	" August	181,2 " " "
" März	195,9 " " "	" September	180,8 " " "
" April	166,4 " " "	" Oktober	152,4 " " "
" Mai	193,9 " " "	" November	129,8 " " "
" Juni	186,5 " " "	" Dezember	122,5 " " "

Nach einer Auskunft des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 18. April 1922 betrugen die Preise für die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres 1920/21

bei Weizen durchschnittlich	6 314,70 <i>M</i> für die Tonne
" Roggen	5 478,95 " " " "
" Gerste	4 060,25 " " " "

Die Käufe haben dabei zum Teil noch in das Wirtschaftsjahr 1919/20 zurückgereicht.

Vergleicht man den Durchschnittspreis für Weizen für die einzelnen Monate der von den erwähnten Geschäftsberichten umfaßten Jahre 1920 und 1921, so zeigt sich, daß der Auslandsweizenpreis im Mai 1920 den Höchststand erreicht hatte. Von da an ist er mit Schwankungen ständig bis auf ungefähr $\frac{1}{3}$ dieses Höchststandes Ende des Kalenderjahres 1921 zurückgegangen. Wenn dieser beträchtliche Preisrückgang auf den deutschen Markt ohne Einfluß geblieben ist, so liegt das in der starken Entwertung der Mark²⁾.

Die Bewegung der Auslandsgetreidepreise seit Einführung des Umlageverfahrens verglichen mit den Marktpreisen für das freie Inlandsgetreide ist in einem Diagramm am Schlusse des Tabellenwerks gleichzeitig mit der Bewegung des holländischen Guldens und des Dollars dargestellt. Die Abhängigkeit der Inlandsgetreidepreise von den Auslandsgetreidepreisen tritt darin deutlich in Erscheinung.

¹⁾ Vgl. „Die Lebensmittelteuerung im Inland und Ausland“ von Dr. Horlacher in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1916 S. 241 ff., 1917 S. 186 ff.

²⁾ Vgl. „Zur Preisbildung im freien Getreideverkehr“ in den Mitteilungen der Landesbauernkammer Nr. 35 vom 29. Oktober 1921, S. 265.

16. Die Getreideablieferungsprämien.

a) Allgemeines.

Der Mangel an Vorräten und die dadurch namentlich in der Zeit des Übergangs von einem Wirtschaftsjahr zum andern immer wiederkehrende Gefahr des Zusammenbruchs der Ernährung hat im Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung zur Förderung der Ablieferung durch besondere Anreizprämien geführt. Diese waren entweder zeitlich begrenzt oder darauf abgestellt, daß der Landwirt zunächst ein bestimmtes Mindestmaß der Ablieferungsschuld erfüllt haben mußte, um dann für das darüber hinaus gelieferte Getreide einen Zuschlag zum Höchstpreise, eine Ablieferungsprämie, zu erhalten. Die zeitlich begrenzten Prämien sind in zwei Hauptformen gegeben worden, entweder als besonderer Zuschlag zu dem Grundpreis oder in einem höheren Grundpreis bei Ablieferung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, sog. *deports*¹⁾. Die Prämien waren Geld- oder Naturalprämien. Soweit sie auf die Erfüllung eines Mindestmaßes der Ablieferungsschuld abgestellt waren, bezweckten sie, neben dem Anreiz des Landwirts über dieses Mindestmaß hinaus zu liefern, vor allem die allgemeinen Nachzahlungen, die sonst bei Preiserhöhungen während des Wirtschaftsjahres im Verlaufe der Zwangswirtschaft üblich geworden waren, zu vermeiden. Auch politisch wurden Prämien, die als Belohnung für besonders gute Ablieferungen erschienen, ruhiger hingenommen als allgemeine Preiserhöhungen.

b) Die Frühdruschprämien.

Die größte Bedeutung unter den Prämien kommt den sog. Frühdruschprämien zu. Erstmals wurde nach § 5 der Verordnung über Höchstpreise für Brotgetreide vom 24. Juli 1916 die Reichsgetreidestelle ermächtigt, für Roggen und Weizen aus der Ernte 1916, die bis einschließlich 15. Dezember ausgedroschen und geliefert wurden, sog. Druschprämien bis zum Höchstbetrag von 20 *M* für die Tonne zu bezahlen. Machte die Reichsgetreidestelle von dieser Befugnis Gebrauch, so konnten nach dieser Bestimmung auch die selbstbewirtschaftenden Kommunalverbände Druschprämien in gleicher Höhe bezahlen. Auf Grund dieser Bestimmung wurde bis zum 10. Oktober 1916 eine Druschprämie von 20 *M*, von da bis zum 15. November 1916 eine solche von 12 *M*, bis zum 15. Dezember eine solche von 10 *M* für die Tonne gewährt. Allgemein wurden die Frühdruschprämien für die Getreideablieferungen aus der Ernte 1917 eingeführt. Sie sind seit dieser Zeit eine ständige Einrichtung für die ganze Dauer der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft geworden. Die Bezeichnung „Frühdruschprämie“ ist dabei insofern nicht genau, als es zur Erreichung der Prämie nicht genügt hat, daß bis zum Stichtag gedroschen war; das Getreide mußte vielmehr bis dahin abgeliefert sein. Die einschlägigen Verordnungen sprechen in der Hauptsache auch gar nicht von Frühdruschprämien, sondern von Lieferungszuschlägen.

Die Frühdruschprämien sind aus der Not der Zeit heraus zu verstehen. Sie bezweckten vor allem in der Übergangszeit von einem Wirtschaftsjahr zum andern, die nötigen Getreidemengen in einem Zeitpunkt beizubringen, wo der Landwirt sonst im allgemeinen nicht zu dreschen pflegt. Sie waren zunächst reine Erfolgsprämien, d. h. sie wurden schlechthin nur denjenigen Landwirten gewährt, die bis zum Stichtag ihr Getreide tatsächlich abgeliefert hatten. Das brachte viele Härten mit sich, die im weiteren Verlauf der Kriegswirtschaft dadurch eine Milderung erfuhren, daß die Frühdruschprämien auch nach Ablauf des Stichtages ausnahmsweise noch gewährt werden durften, wenn die Ablieferung des rechtzeitig, d. h. bis zum Stichtag ausgedroschenen Getreides innerhalb zwei Wochen nach Ablauf des Termins und nur aus Gründen verspätet erfolgt ist, die der Lieferer nicht zu vertreten hatte und die außerhalb seines Betriebes lagen. Der Antrag auf Bezahlung der Frühdruschprämie

¹⁾ Vgl. hierüber Dr. Häselberger „Höchstpreispolitik“ in der Zeitschrift des Bayer. Statist. Landesamts 1917 S. 401.

mußte in solchen Fällen bei Meidung der Nichtberücksichtigung gleichzeitig mit der Ablieferung gestellt werden. Als solche Gründe kamen hauptsächlich in Betracht nicht rechtzeitige Gestellung der Eisenbahnwagen, der Säcke u. dgl. Nach den einschlägigen Verordnungen konnten die Landeszentralbehörden für einzelne Kommunalverbände mit besonders später Ernte eine Verlängerung der Fristen gewähren.

Eine wichtige Frage ist dabei, wann das Getreide als abgeliefert anzusehen ist. Die zuständigen Reichsstellen — insbesondere das Kriegsernährungsamt — haben den Standpunkt vertreten, daß die Übereignung des Getreides im Wege des Besitzkonstituts (§ 930 BGB.) nicht als Ablieferung im Sinne der einschlägigen Verordnungen über den Frühdrrusch gelten könne. Man möchte zunächst meinen, daß eine Ablieferung auch dann vorliegen muß, wenn der Landwirt das Getreide dem Kommunalverband übergeben hat, es aber einstweilen auf Grund besonderen Vertrags für diesen weiter verwahrt. Der Zweck der Frühdrruschprämie dürfte jedoch gleichwohl der erwähnten Auslegung des Kriegsernährungsamts recht geben. Denn einmal wird nur durch die tatsächliche Übergabe das Getreide sofort und jederzeit für die öffentliche Versorgung greifbar. Dann läßt sich eine wirkliche Abnahme des Getreides beim Landwirt in der Weise, daß dieses gewogen, förmlich übergeben und dann gesondert für den Kommunalverband gelagert wird, kaum, insbesondere da nicht durchführen, wo Klein- und Mittelbesitz vorherrschen. Bei diesen praktischen Bedenken hätte es, wenn man als Ablieferung auch die Übereignung im Wege des Besitzkonstituts hätte gelten lassen wollen, eines besonderen Hinweises in den einschlägigen Verordnungen bedurft. Es wären bei Anerkennung des Besitzkonstituts als Ablieferung auch die obenerwähnten Ausnahmebestimmungen entbehrlich gewesen, oder es hätten doch für die Unmöglichkeit der rechtzeitigen Ablieferung auch andere Gründe als Wagen- und Sackmangel genannt werden müssen, insbesondere z. B. das trotz gehöriger Meldung nicht rechtzeitige Erscheinen des amtlichen Aufkäufer zur Getreideabnahme.

Mit dem Ansteigen der Getreidepreise mußten auch die Frühdrruschprämien, wenn sie noch entsprechende Wirkung haben sollten, von Jahr zu Jahr höher festgesetzt werden.

Im Wirtschaftsjahr 1917/18 erhöhten sich die für Getreide festgesetzten Höchstpreise für Ablieferungen vor dem 16. August 1917 um eine Druschprämie von 60 \mathcal{M} , vor dem 1. September 1917 um eine solche von 40 \mathcal{M} , vor dem 1. Oktober 1917 um eine solche von 20 \mathcal{M} für die Tonne. Für die Ernte 1918 galten folgende Druschprämien:

Vor dem 16. Juli	1913	120 \mathcal{M} für die Tonne	Vor dem 1. September 1918	60 \mathcal{M} für die Tonne
" " 1. August	1918	100 " " " "	" " 16.	1918 40 " " " "
" " 16.	1918	80 " " " "	" " 1. Oktober	1918 20 " " " "

1919 wurde für Ablieferungen vor dem 1. Oktober 1919 ein Zuschlag von 150 \mathcal{M} für die Tonne, für solche vor dem 16. Oktober 1919 ein solcher von 75 \mathcal{M} gewährt. 1920 wurde durch die Verordnung über den Frühdrrusch vom 30. Juni 1920 für alle bis einschl. 31. Juli 1920 abgelieferten Mengen an Brotgetreide und Gerste ein Lieferungszuschlag von 200 \mathcal{M} für die Tonne, für die Ablieferungen bis zum 15. September 1920 ein solcher von 150 \mathcal{M} für die Tonne festgesetzt.

Bemerkt wird, daß in Bayern im Wirtschaftsjahr 1919/20 auf Grund des § 2 der Verordnung über Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste vom 1. September 1919 die Fristen für die Zahlung der Lieferungszuschläge mit Genehmigung des Reichsernährungsministers zunächst für die Gebietsteile, für welche die Saatgutmengen erhöht worden waren, schließlich aber für das ganze Land bis einschl. 15. Oktober bzw. 31. Oktober, im Wirtschaftsjahr 1920/21 für das ganze Land bis 28. August bzw. 13. Oktober 1920 verlängert worden sind. Aus der graphischen Darstellung „Die Brotgetreideablieferung in Bayern in den einzelnen Wochen der Wirtschaftsjahre 1917/18—1920/21“ am Schlusse des Tabellenwerks ist zu ersehen, daß die Frühdrruschprämien zum mindesten den einen Hauptzweck in der Übergangszeit möglichst rasch Getreide zu erfassen, durchweg erreicht haben.

Ob und gegebenenfalls inwieweit die Gesamtjahreserfassung durch die Frühdruschprämie gebessert wurde, läßt sich mit mathematischer Sicherheit nicht beantworten. Es dürfte jedoch aus den einschlägigen Zahlen unbedenklich der Schluß zu ziehen sein, daß auch die Gesamterfassung durch die Frühdruschprämie günstig beeinflußt worden ist. Zu dieser Folgerung berechtigen die reichen Erfahrungen während der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, die klar gezeigt haben, daß schnelle Erfassung zugleich gute Erfassung bedeutet.

Gegen die Frühdruschprämie sind im Laufe der Zeit eine Reihe gewichtiger Bedenken von landwirtschaftlicher Seite sowohl als aus den Kreisen der Verbraucher erhoben worden. Zunächst ist durch die Gewährung der Frühdruschprämie die Reichskasse von Jahr zu Jahr stärker in Anspruch genommen, der Steuerzahler für eine nur einem bestimmten Kreise, d. i. der Landwirtschaft, zufließende Einnahme immer mehr belastet worden. Noch schwerer dürften die Bedenken wiegen, die gegen den raschen und frühzeitigen Ausdrusch an sich vom Standpunkt der Produktion und der Verbraucher aus bestehen. In ersterer Beziehung ist zu bemerken, daß es nachteilig sein muß, wenn für die Einteilung der Arbeiten andere Gründe als solche, die im Sinne der möglichsten Förderung der Produktion liegen, ausschlaggebend sind, wenn also insbesondere zu einer Zeit, in der vordringliche andere Arbeiten (Erntearbeiten, Vorbereitung der Felder für die Herbstbestellung und die Herbstbestellung selbst) notwendig sind, diese zu dem Zweck, sich die Frühdruschprämie zu sichern, zurückgestellt werden. Die Druschprämie hat vielfach auch dazu geführt, daß das Getreide vor der vollständigen Reife geschnitten und während des Schwitzvorganges gedroschen wurde. Das benachteiligt die Güte und Haltbarkeit des Getreides, nicht zuletzt auch die Keimfähigkeit. Es ist denn auch die Abnahme des Ertrags und das Übernehmen von Getreidekrankheiten teilweise mit den Frühdruschprämien in Zusammenhang gebracht worden. Inwieweit dies zutrifft, muß berufenen Sachverständigen zu beurteilen überlassen werden. Vom Verbraucherstandpunkt aus ist gegen die Frühdruschprämie einzuwenden, daß das Getreide oft in nassem Zustande zur Ablieferung kam, infolge des darauf lastenden hohen Schwundes teurer wurde, auch an Güte erheblich litt, in manchen Fällen sogar verdorben ist.

All diesen Bedenken ist eine gewisse Berechtigung kaum abzusprechen. Sie sind von den zuständigen Reichs- und Landesstellen auch nicht verkannt worden. Die Schwierigkeiten, welchen die Brotversorgung jeweils in der Übergangszeit begegnete, haben aber doch immer wieder Veranlassung gegeben, zum Mittel der Frühdruschprämie zu greifen. Nur im Jahre 1919 hat die Reichsregierung zunächst von der Frühdruschprämie Abstand genommen. Sie hat damit den Wünschen der Landwirtschaft und der Verbraucher auf einheitliche Preisgestaltung Rechnung getragen. Obwohl berufene Vertreter der Landwirtschaft wiederholt darauf hingewiesen hatten, daß diese auch ohne Druschprämie rasch und reichlich abliefern werde, die Landesgetreidestelle überdies die den Kommunalverbänden aufgetragenen Frühdruschlieferungen als Pflichtlieferungen im Sinne des § 18 e der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 erklärt hatte und ein Drittel dieser Lieferungen bis 1. September fällig war, zeigte sich bald, daß Getreideablieferungen trotz reger Werbetätigkeit in den Monaten Juli und August so gut wie gar nicht erfolgten und erst dann einsetzten, als diese Verhältnisse die Reichsregierung zur Wiedereinführung der Frühdruschprämie gedrängt hatten. Dabei ist freilich zu beachten, daß die Ernte 1919 besonders spät fiel und dadurch die Erntearbeiten sich stark zusammendrängten. Zweifellos hängen die geringen Ablieferungen im Juli und August zu einem großen Teil auch damit zusammen. Zu einem anderen Teil mögen sie ihren Grund darin haben, daß gerade im Wirtschaftsjahr 1919/20 entgegen den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, einen Weizenpreis von wenigstens 28 *M* für den Zentner festzusetzen, nur ein solcher von 23 *M* bestimmt und der Lieferwille besonders in Niederbayern, dem hauptsächlichen Getreidegebiet Bayerns, durch politische Agitation stark beeinträchtigt erschien. Immerhin geht man nicht fehl in

der Schlußfolgerung, daß die Ursachen für die zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1919/20 gänzlich ungenügenden Ablieferungen vor allem in der Nichtgewährung der Frühdruschprämie zu suchen sind.

Als Ergebnis ist daher festzustellen, daß die Frühdruschprämie trotz vieler gegen sie bestehender Bedenken nicht zu entbehren war, weil entsprechende Vorräte, aus denen die Versorgung in der Übergangszeit bis etwa Mitte Oktober erfolgen konnte, nicht zur Verfügung standen. Weiter ist die Auffassung berechtigt, daß die Frühdruschprämien nicht bloß zu einer frühen Ablieferung, sondern auch zu einer höheren Gesamtablieferung geführt haben, und daß sie daher auch von diesem Standpunkt aus zweckentsprechend waren. Die für die Frühdruschprämien vom Reich aufgewandten Mittel dürften durch Einsparung beim Aufkauf von Auslandsgetreide mehr als gutgemacht worden sein. Freilich haben sich die Frühdruschprämien im Laufe der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, wie alle andern Mittel zur Hebung der Ablieferung, immer mehr verbraucht. Der besseren Ablieferung bis zum Stichtag folgte ein starkes Nachlassen der Ablieferungen nach diesem. Insbesondere war das im Wirtschaftsjahr 1920/21 der Fall, wo der Wegfall der Frühdruschprämien in Bayern deshalb als eine besonders große Härte empfunden wurde, weil Drusch und Ablieferung da und dort wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche sich über den letzten Termin hinaus verzögert hatten. Es griff denn auch nach dem Wegfall der Prämie ein derart starker Lieferunwille Platz, daß schließlich die bayerische Regierung die Kommunalverbände durch Rundschreiben der Landesgetreidestelle vom 1. Dezember 1920 ermächtigen ließ, zum Ausgleich solcher Härten die Frühdruschprämie zu 15 *ℳ* für den Doppelzentner fortzuzahlen, und sie auch für seit Ablauf des letzten Termins erfolgte Ablieferungen nachträglich zu gewähren. Den Kommunalverbänden wurde gleichzeitig Ersatz der Aufwendungen zugesichert; die Weiterberechnung der Prämie an Empfangskommunalverbände wurde verboten. Da den Landwirten auf diese Prämien ein verfolgbarer Anspruch nicht zustand, wurde den Kommunalverbänden durch ein späteres Rundschreiben empfohlen, die Ermächtigung, die Frühdruschprämien weiterzuzahlen, möglichst dazu zu benützen, um weitere Ablieferungen zu erzielen. Inwieweit diese Fortgewährung der Frühdruschprämie die gesamte Erfassung günstig beeinflußt hat, läßt sich zahlenmäßig nicht feststellen. Die Besserung der Ablieferung im Dezember und Januar ist wenigstens soweit beweis-schlüssig, daß die Ablieferung durch die Weiterzahlung der Frühdruschprämie teilweise neu belebt und damit der Zweck dieser Maßnahme in der Hauptsache erreicht worden ist.

Der Gesamtaufwand, der durch vorgenannte Ermächtigung, die Frühdruschprämien unter gewissen Voraussetzungen auch für Ablieferungen nach dem Endtermin für die reichsrechtlichen Frühdruschprämien noch zu gewähren, notwendig wurde, betrug 9 633 619 *ℳ*. Deckung ist aus bayerischen Staatsmitteln erfolgt.

c) Regelung des Ersatzes der Frühdruschprämien.

Hinsichtlich des Ersatzes der Frühdruschprämien war im Jahre 1916 bestimmt, daß die Kommunalverbände und die Gemeinden beim Weiterverkauf die von ihnen gezahlten Druschprämien verrechnen dürfen, sofern die Lieferung binnen 15 Tagen nach Ablauf der Frist erfolgte, innerhalb der die Druschprämien zu zahlen waren und sie selbst diese Prämien bezahlen mußten. Für die Kommunalverbände, welche Frühdruschprämien belastetes Getreide verbrauchten, war die Druschprämie Kaufpreisteil. Sie mußte im Mehlprijs wieder gedeckt werden. Die Druschprämien hatten so eine Verteuerung des Brotes und Mehles zur notwendigen Folge. Das löste Unwillen bei den Verbrauchern und Widerstand gegen die Zuweisung von Frühdruschgetreide bei den Kommunalverbänden aus. Da die Prämien, wie bereits ausgeführt, für die Getreideerfassung nicht zu entbehren waren, so verpflichtete sich vom Jahr 1917 ab das Reich, der Reichsgetreidestelle zur Deckung

des Mehrbetrages der Selbstkosten für das Getreide infolge der Regelung des Frühdrusches im Wirtschaftsjahr 1917/18 — soweit diese Mehrkosten nicht durch erhöhte Einnahmen für andere Waren ausgeglichen wurden — einen Zuschuß aus Reichsmitteln zu gewähren, um so eine Niedrighaltung der Brotpreise für die Verbraucher zu ermöglichen. Deutschland bekam damit erstmals den sog. politischen Brotpreis, der im weiteren Verlauf der Getreidebewirtschaftung eine immer größere Rolle gespielt hat. Den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden wurde eine solche Zuschußgewährung nicht in Aussicht gestellt. Sie hatten nur die Möglichkeit, ihr im Frühdrusch hereingenommenes Getreide möglichst vollständig an die Reichsgetreidestelle abzuliefern oder die Selbstwirtschaft aufzugeben. Der Reichszuschuß wirkte sich in der Weise aus, daß die Frühdruschkosten in den Mehlpriis der Reichsgetreidestelle nicht eingerechnet zu werden brauchten. Das Reich übernahm die Garantie für den daraus entstehenden Verlust.

Bayern gilt der Reichsgetreidestelle gegenüber als ein selbstwirtschaftender Kommunalverband. Demzufolge ist ihm zunächst jeder Ersatz der Frühdruschprämien vorenthalten worden. Das hat zu einer unbilligen Benachteiligung Bayerns geführt, das wohl zu den Zuschüssen des Reichs nach Maßgabe seines Anteils an den Steuerlasten beizutragen hatte, an den Aufwendungen des Reichs für genannten Zweck aber keinen Anteil haben sollte — eine Folgerung, die dem Sinn und Zweck der Vereinbarung über die bayerische Selbstwirtschaft nicht entsprechen konnte. Denn ohne diese wären wenigstens die bayerischen Zuschußkommunalverbände im Sinne der Reichsgetreideordnung keine selbstwirtschaftenden Kommunalverbände. Die Verlustgarantie des Reiches hätte sich auf den Verbrauch dieser Kommunalverbände miterstreckt. Bayern war auch nicht in der Lage, sein Frühdruschgetreide an die Reichsgetreidestelle abzuliefern und so die Frühdruschprämien auf das Reich abzuwälzen. Es mußte mit diesen Getreidemengen den dringenden eigenen Bedarf decken. Aus diesen Erwägungen heraus hat es Anspruch auf Teilnahme an der erwähnten Zuschußgewährung erhoben. Dabei hat es zugegeben, daß für die den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden im übrigen Reich entsprechenden Überschußverbände ein Anspruch auf Teilnahme an den Aufwendungen des Reichs zur Deckung der Frühdruschkosten nicht bestehe, weil die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände auch im übrigen Reich an der Verlustgarantie des Reichs nicht Teil hatten. Um so nachdrücklicher hat Bayern verlangt, daß die Zuschußkommunalverbände an der Verlustgarantie des Reichs vollen Anteil bekämen. Da der Anspruch eine Anerkennung nicht fand, einigte man sich darauf, den Streit durch ein hierfür besonders gebildetes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Diesem wurde der strittige Anspruch unter Begründung der beiderseitigen Auffassungen in folgender Form zur Entscheidung unterbreitet:

Bayern beansprucht von der Reichskasse als Zuschuß die Mehrkosten, die der Reichsgetreidestelle für die Ermäßigung des Mehlpriises in den bayerischen Bedarfskommunalverbänden erwachsen würden, wenn sich der Tätigkeitsbereich der Reichsgetreidestelle im Wirtschaftsjahr 1917/18 auch auf das Königreich Bayern erstrecken würde.

Das Schiedsgericht hat am 8. April 1918 folgenden Schiedsspruch erlassen: „Der Anspruch des Königreichs Bayern gegen das Deutsche Reich ist, wie geltend gemacht, gerechtfertigt“.

Dieser Schiedsspruch ist auch für die folgenden Wirtschaftsjahre beiderseits stillschweigend als maßgebend erachtet worden.

Damit war zwar grundsätzlich eine Frage von erheblicher finanzieller Bedeutung in einem Bayern günstigen Sinne verbeschieden. Eine volle Zufriedenheit vermochte aber auch diese Regelung nicht zu schaffen. Zunächst gestaltete sich die Feststellung des Bayern hiernach zukommenden Betrages außerordentlich langwierig und schwierig und ist niemals endgültig gelöst worden. Über die Durchführung fanden weitere Verhandlungen statt.

Bayern hat hierbei zunächst zwei Berechnungen über den Frühdruschkostenersatz aufgemacht, von welchen die eine als ersatzpflichtigen Betrag die Summe aller Frühdruschkosten, mit denen die aus dem Frühdrusch stammenden an die bayerischen Bedarfskommunalverbände gelieferten Brotgetreidemengen tatsächlich belastet waren, annimmt, während ihn die zweite aus dem Mehlbedarf der Bedarfsverbände und den Zuschußsätzen der Reichsgetreidestelle zu errechnen sucht. Die letztere Berechnung geht davon aus, daß Bayern für den Zuschußbedarf der Bedarfskommunalverbände an Mehl nach den gleichen Verhältnissätzen, wie sie sich bei der Reichsgetreidestelle ergeben, den Reichszuschuß erhält. Für das Wirtschaftsjahr 1917/18 wurde bei einer vorläufigen Berechnung ein Verhältnissatz von 4,10 *M* für den Doppelzentner Roggenmehl und 2,60 *M* für den Doppelzentner Weizenmehl angenommen, weil diese Sätze von der Reichsgetreidestelle zu Beginn des Wirtschaftsjahres der Bedarfsberechnung zugrunde gelegt wurden. Dabei wurde jedoch bayerischerseits grundsätzlich vorbehalten, daß diese Verhältnissätze um die Aufwendung an erhöhten Lagerkosten und Zinsen, soweit diese durch die genannten Sätze nicht voll gedeckt würden, nach den Ansätzen der Reichsgetreidestelle erhöht werden müßten. Nach dieser Berechnung wäre als Zuschußbetrag das Produkt aus dem durchschnittlichen Verlust der Reichsgetreidestelle je Doppelzentner Mehl und dem Mehlezuschußbedarf der bayerischen Bedarfskommunalverbände zu leisten gewesen.

In einer Note des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 27. August 1918 ist etwa ausgeführt, für den Ersatz der Frühdruschkosten an die bayerischen Bedarfskommunalverbände sei davon auszugehen, daß nach dem Schiedsspruch vom 8. April 1918 Bayern ein Zuschuß aus der Reichskasse in Höhe der Mehrkosten zugesprochen worden sei, die der Reichsgetreidestelle für die Ermäßigung des Mehlpreises in den bayerischen Bedarfskommunalverbänden erwachsen sein würden, wenn sich der Tätigkeitsbereich der Reichsgetreidestelle im Wirtschaftsjahr 1917/18 auch auf das Königreich Bayern erstreckt hätte. Da erst nach Feststellung des reinen Verlustes ersehen werden könne, inwieweit die Verlustgarantie des Reiches durch die Reichsgetreidestelle in Anspruch zu nehmen sei, so könne Bayern auch nur unter der gleichen Voraussetzung Ersatz verlangen, mit anderen Worten, der Zeitpunkt der Vergütung der Frühdruschkosten werde für Bayern von den Geschäftsabschlüssen der Reichsgetreidestelle abhängig bleiben. Während also den nichtselbstwirtschaftenden Kommunalverbänden das Mehl von der Reichsgetreidestelle von Anfang an so berechnet worden ist, daß die Frühdruschkosten darin nicht zum Ausdruck gelangten, wußten die bayerischen Kommunalverbände hiernach nicht, was sie als Ersatz ihrer Frühdruschkosten zu erwarten hätten und wann die Zahlung erfolgen würde. Der Schiedsspruch und seine weitere Auslegung ergaben auch in diesem Punkte eine befriedigende Lösung der strittigen Frage für die bayerischen Bedarfskommunalverbände nicht.

Anerkannt wurde vom Kriegsernährungsamt, daß die Gewinne der Reichsgetreidestelle aus der Nahrungsmittelwirtschaft bei Berechnung der an Bayern zu erstattenden Beträge nicht vorweg in Abzug zu bringen sind, dagegen hat Bayern sich seine eigenen entsprechenden Gewinne auf den Zuschuß der Reichskasse anrechnen zu lassen oder — mit anderen Worten — die Frühdruschkosten zunächst aus diesen Gewinnen zu decken und nur den Restbetrag vom Reich zu beanspruchen.

Diese Auslegung befriedigt — von den praktischen Bedenken abgesehen — auch theoretisch nicht. Der Aufwand an Frühdruschkosten ist im wesentlichen dadurch bedingt, wie hoch sich die Erfassung an Frühdruschgetreide im Verhältnis zur übrigen Erfassung stellt. Der eine Faktor der Berechnung „Mehlbedarf“ richtet sich für das Gebiet der Reichsgetreidestelle und die bayerischen Zuschußkommunalverbände nach den gleichen Grundsätzen, nämlich nach der Zahl und der Ration der Versorgungsberechtigten; der andere Faktor ist der Quotient aus dem Aufwand an Frühdruschkosten der Reichsgetreidestelle und dem Mehlbedarf der Reichsgetreidestelle ohne Berücksichtigung der bayerischen Ver-

hältnisse. Dieser Quotient muß um so höher sein, je mehr Frühdruschgetreide erfaßt worden ist und umgekehrt. Mit anderen Worten: Der Zuschuß, den Bayern für die Mehrbelastung seiner Zuschußkommunalverbände erhält, richtet sich gar nicht nach ihrem Gesamtaufwand an Frühdruschkosten, sondern nach dem Aufwand der Reichsgetreidestelle an solchen. Würden die bayerischen Zuschußkommunalverbände sehr wenig Frühdruschgetreide verbraucht haben, so hätten sie hiernach unter Umständen eine über den Aufwand hinausgehende Ersatzleistung zu beanspruchen, was dem Geist des Schiedsspruchs schwerlich gerecht werden dürfte. Praktisch kann dieser Fall ausscheiden, weil die Gesamterfassung Bayerns im Frühdrusch — wie die nachstehende Übersicht zeigt — fast durchweg verhältnismäßig höher gewesen ist als im Reich.

R e i c h.

Erntejahr ¹⁾	Gesamtaufkauf an Brot- getreide und Gerste dz	Davon mit Früh- druschprämien belastet dz	%
1917	31 000 000	18 081 470	58,3
1918	43 050 000	22 324 880	51,9
1919	23 000 000	9 235 990	40,2

B a y e r n.

Ernte- jahr	Getreideart	Gesamtaufkauf dz	Davon mit Früh- druschprämien belastet dz	%
1917	Brotgetreide .	4 272 842	1 570 163	36,7
	Gerste . . .	2 545 214	2 535 000	99,6
	zusammen	6 818 056	4 105 163	60,2
1918	Brotgetreide .	4 344 114	2 108 544	48,5
	Gerste . . .	2 935 250	1 631 400	55,6
	zusammen	7 279 364	3 739 944	51,4
1919	Brotgetreide .	2 775 937	1 565 357	56,4
	Gerste . . .	2 395 090	1 920 000	80,2
	zusammen	5 171 027	3 485 357	67,4
1920	Brotgetreide .	2 570 238	1 787 715	69,6
	Gerste . . .	1 845 377	1 420 300	76,9
	zusammen	4 415 615	3 208 015	72,7

Die hohe Erfassung von Getreide im Frühdrusch mußte hiernach zu einer Schädigung Bayerns insofern führen, als mit dem Ansteigen der Frühdruschkosten nicht auch der Ersatzanspruch gegen das Reich sich erhöhte. Das ist unbillig und kann den Absichten des Schiedsspruchs nicht gerecht werden. Die Berechnung müßte zum mindesten so aufgemacht werden, daß zunächst auch die Frühdruschkosten (nicht bloß die Frühdruschprämien) der bayerischen Zuschußkommunalverbände rechnerisch den gleichen Kosten der Reichsgetreidestelle hinzugezählt würden. Von diesen Gesamtkosten müßte dann der Gewinn der Reichsgetreidestelle aus der Nahrungsmittelwirtschaft und der hierzu rechnerisch gleichfalls einzuwerfende gleiche Gewinn Bayerns abgesetzt werden. Der verbleibende Verlust geteilt durch den Mehlerverbrauch der Reichsgetreidestelle und der bayerischen Zuschußverbände ergäbe dann den Bayern je Doppelzentner Mehlerverbrauch zu ersetzenden Betrag, auf den die bayerischen Gewinne aus der Nahrungsmittelwirtschaft anzurechnen wären.

Wenn der Schiedsspruch — wie seinem Geist entsprechen dürfte — im Endergebnis die Gleichstellung der bayerischen Bedarfskommunalverbände und der nichtselbstwirtschaftenden Kommunalverbände im Gebiet der Reichsgetreidestelle hinsichtlich des Frühdruschprämienaufwandes will, so kann dieses Ziel auch durch eine Verbesserung der Berechnung im Sinne der obigen Einwendungen gegen die bisherige Aufmachung nicht als erreicht angesehen werden. Die Reichsgetreidestelle berechnet ihren Mehlerpreis auf Grund ihres Getreideeinstandspreises, ohne daß dabei der Frühdruschkostenaufwand berücksichtigt wird. Eine

¹⁾ Für 1920 steht das Zahlenmaterial nicht zur Verfügung.

Gleichstellung der bayerischen Bedarfskommunalverbände mit den nichtselbstwirtschaftenden Kommunalverbänden des übrigen Reichs hinsichtlich des Ersatzes des Frühdruschprämiensaufwandes ist daher nur dann gegeben, wenn auch diese ihren Mehlpriß nur aus dem Getreidehöchstpreis und den dazukommenden normalen Spesen berechnen, also die Frühdruschprämiens und die auf dem Frühdruschgetreide lastenden erhöhten Spesen (höhere Lagerkosten, erhöhten Lagerschwund und höheren Zinsenaufwand) außer Ansatz lassen können. Diese Gesamtkosten stellen die Mehrkosten dar, die der Reichsgetreidestelle für die Ermäßigung des Mehlprißes in den bayerischen Bedarfskommunalverbänden erwachsen wären, wenn sich der Tätigkeitsbereich der Reichsgetreidestelle auch auf Bayern erstreckt hätte. Die Reichsgetreidestelle hätte diesen Aufwand ihrerseits gehabt und durch den Mehlpriß nicht gedeckt. Wird der Frühdruschprämiensaufwand auf dieser Grundlage vergütet, so ist damit zugleich eine ganz wesentliche Vereinfachung in der Abrechnung erzielt.

Es hat jahrelanger, nachdrücklicher Bemühungen der bayerischen Regierung und insbesondere wiederholter schwieriger schriftlicher und mündlicher Verhandlungen der Bayerischen Landesgetreidestelle mit den zuständigen Reichsstellen bedurft, bis endlich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen am 25. Juli 1921 sich damit einverstanden erklärt hat, daß den bayerischen Zuschußkommunalverbänden für die Erntejahre 1917 bis 1920 der tatsächliche Aufwand an Frühdruschprämiens erstattet wird. Direktorium und Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle haben die bayerische Forderung — wohl in der Erkenntnis der Schwierigkeit der Durchführung des Schiedsspruches in der besprochenen Auslegung durch das Kriegsernährungsamt und der Berechtigung des bayerischen Anspruchs auf Ersatz wenigstens des tatsächlichen Frühdruschprämiensaufwandes (die Forderung auf Ersatz der übrigen Frühdruschkosten war, um endlich zu einem Abschluß zu kommen, fallen gelassen worden) — in dankenswerter Weise unterstützt.

Während im Wirtschaftsjahr 1917/18 bei der Berechnung des Verlustes je Doppelzentner Mehl die verbrauchten Mengen Gerstenmehl auszuscheiden hatten, weil hierfür die Reichsgetreidestelle den Ersatz für Frühdruschkosten nicht übernommen hatte, wird vom Wirtschaftsjahr 1918/19 ab auch die zu Brotstreckungszwecken gelieferte Gerste hinsichtlich des Frühdruschprämiensersatzes dem Brotgetreide gleich behandelt.

Die bayerischen Überschußkommunalverbände hatten, wie die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände im übrigen Reich, nach dem Schiedsspruch einen Ersatz des Frühdruschprämiensaufwandes nicht anzusprechen. Erst vom Wirtschaftsjahr 1919/20 ab wurde den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden ein Reichszuschuß zu den Lieferungszuschlägen in Höhe von 26,00 \mathcal{M} für die Tonne ihres zulässigen Verbrauchs von Getreide neuer Ernte bis zum 15. November im Rahmen ihrer tatsächlichen Eindeckung bis zum 15. Oktober in Aussicht gestellt.

Die Berechnung dieses Zuschusses geht von der Annahme aus, daß die Kommunalverbände ihren Bedarf an Getreide, soweit sie ihn nach den Vorschriften der Reichsgetreidestelle zurückbehalten durften, zu 40 v. H. mit 150 \mathcal{M} Frühdruschprämiens und zu 60 v. H. mit 75 \mathcal{M} Frühdruschprämiens oder ihren ganzen Bedarf für die Zeit der zulässigen Eindeckung mit einer Durchschnittsprämie von 105 \mathcal{M} belastet erworben haben. Auf das ganze Jahr verteilt, ergibt sich dann eine Belastung von 26 \mathcal{M} für die Tonne, die aber nur für das erste Vierteljahr übernommen wurde.

Aus dieser Regelung ergaben sich große Schwierigkeiten. Mit dem Rückgang des Getreideaufkaufs und der Zunahme des Bedarfs der Versorgungsberechtigten der Kommunalverbände nach der Demobilmachung waren die Überschußkommunalverbände immer weniger in der Lage, ihr im Frühdrusch hereingenommenes Getreide an Zuschußkommunalverbände weiterzuliefern. Sie mußten hieraus in steigendem Maße ihren eigenen Verbrauch decken und so zum Teil höhere Brotpreise festsetzen als benachbarte Zuschuß-

kommunalverbände, die den Ersatz der Frühdruschprämien vom Reiche zu erwarten und gar oft auch frachtlich keine oder keine wesentlich höheren Auslagen hatten als der nächstgelegene, sie nicht selten vollständig umschließende Überschußkommunalverband. Die Zuschußgewährung von 26 \mathcal{M} für die Tonne im Wirtschaftsjahr 1919/20 hat diese Unbilligkeit nicht beseitigen können; denn während die Überschußkommunalverbände an Frühdruschprämien insgesamt noch über 5 Millionen Mark des Gesamtaufwandes selbst zu tragen hatten, berechneten sich die Zuschüsse für 281 078,2 dz Getreide zu 2,60 \mathcal{M} auf nur 730 803,32 \mathcal{M} . Durch diese Einschränkung des Frühdruschprämienersatzes sollten die selbstliefernden Kommunalverbände veranlaßt werden, sich nur bis 15. November einzudecken und alles über den Bedarf bis dahin hereingenommene Getreide abzuliefern. Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob diese Regelung geeignet wäre, die Ablieferung von den Überschuß- an die Zuschußkommunalverbände zu fördern und daher um so mehr volle innere Berechtigung hätte, als der Kommunalverband dadurch angespornt werden sollte, nach Ablauf des Frühdruschprämientermins wenigstens noch soviel Getreide hereinzuholen, als er zur Deckung des Eigenbedarfs benötigte. Praktisch hat sich dieser Erziehungsgedanke jedoch nicht nur in Bayern, wo er von Anfang an nicht in gleicher Weise wie im übrigen Reich Anwendung fand, sondern auch im Gebiet der Reichsgetreidestelle als wenig wirksam erwiesen. Für Kommunalverbände mit günstigen Besitz- und Bodenverhältnissen und einer geringen Zahl versorgungsberechtigter Bevölkerung mag er einigermaßen zutreffen. Bei Kommunalverbänden, die erfahrungsgemäß gerade noch ihren Eigenbedarf aus dem eigenen Bezirk decken oder doch nur geringe Mehrmengen hereinholen können, wird er versagen müssen; denn diese stellen die Sicherheit der Versorgung höher als die Aussicht, bei einer möglichst großen Getreideablieferung finanziell etwas günstiger wegzukommen. Getreideablieferungen erscheinen auch insoweit unwirtschaftlich, als von Anfang an mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, daß sie durch spätere Zuweisungen wieder ausgeglichen werden müssen. In diesem Fall wird nur unnötig doppelte Arbeit geleistet und doppelte Fracht aufgewendet. Die dem Kommunalverband dadurch entstehenden Mehrkosten würden den geldlichen Vorteil, daß er auf solche Weise den Frühdruschprämienaufwand abwälzen kann, wenigstens zum größten Teile wieder beseitigen. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Weiterlieferung des prämielasteten Getreides an die Reichsgetreidestelle oder an andere Kommunalverbände gerade zur Belastung des Reiches mit den Frühdruschprämien führt. Die Landesgetreidestelle hat bei Lieferaufträgen an Überschußkommunalverbände schon von Beginn des Wirtschaftsjahres an darauf gesehen, den Kommunalverbänden nicht ohne Not mehr Getreide wegzunehmen, als sie unter Berücksichtigung des noch zu erwartenden Aufkaufs und ihres Gesamtjahresbedarfs entbehren könnten. Die erwähnte Regelung konnte geradezu das Gegenteil von dem bewirken, was erreicht werden sollte. Der Kommunalverband mußte bei straffer Durchführung der Eindeckungsvorschriften das Interesse an einer möglichst raschen Erfassung verlieren, denn je mehr er zu Beginn des Wirtschaftsjahres an Getreide hereinnahm, um so weniger Aussicht hatte er, seinen Eigenbedarf aus den später noch aufgekauften Mengen zu decken. Die Landesgetreidestelle hat hierauf wiederholt hingewiesen und auch damit die Forderung der vollen Gleichstellung der Überschuß- und Zuschußkommunalverbände hinsichtlich des Frühdruschprämienaufwandes begründet. Die genannten Zahlen für den geleisteten Zuschuß- und den Frühdruschprämienaufwand der bayerischen Überschußkommunalverbände zeigen deutlich die große Härte, welche jene Regelung in sich barg. Es war eine Unbilligkeit, daß der versorgungsberechtigten Bevölkerung der Überschußkommunalverbände teilweise höhere Brotpreise zugemutet werden mußten als der Bevölkerung der benachbarten Zuschußkommunalverbände. Allerdings wurde im Wirtschaftsjahr 1919/20 den Überschußkommunalverbänden, die erheblich höhere Brotpreise als die Bedarfskommunalverbände festsetzen mußten, die Möglichkeit eingeräumt, noch um einen besonderen Zuschuß nachzusuchen. Damit ist jedoch die erwähnte Unbillig-

keit selbst dann nicht wettgemacht, wenn man davon absieht, daß der Kommunalverband bis zur wirklichen Genehmigung seines etwaigen Zuschußgesuchs immer im unklaren blieb, ob und welchen Zuschuß er erhielt. Denn an sich hätten die Verbraucher in den Überschußkommunalverbänden doch wohl Anwartschaft auf einen niedrigeren Brotpreis als die in den Zuschußkommunalverbänden. Außerdem ist bei Prüfung der einschlägigen Gesuche ein besonderer Zuschuß wieder nur insoweit in Aussicht genommen worden, als der höhere Preis durch die Lieferungszuschläge auf Getreide notwendig geworden ist, das im Rahmen der Eindeckungsvorschriften bis 15. November erworben worden war, mit anderen Worten, die Reichsgetreidestelle hat hiernach geprüft, ob die Überschußkommunalverbände sich nicht etwa mit Frühdruschgetreide zum Selbstverbrauch über ihren Bedarf bis 15. November hinaus eingedeckt hatten und weiter, wie hoch sich die Belastung aus Frühdruschgetreide berechnet hat, das bis 15. Oktober für den Verbrauch bis 15. November erworben worden ist. Hiervon wurden die 26 $\%$ abgezogen und nur für den dann allenfalls verbleibenden Betrag bestand überhaupt Aussicht auf einen besonderen Zuschuß. Die Möglichkeit einen solchen zu erreichen, war hiernach außerordentlich gering. Bayern ist bei dieser Sachlage immer wieder auf seinen Antrag zurückgekommen, die Überschuß- und Zuschußkommunalverbände hinsichtlich des Frühdruschprämienaufwandes einander gleichzustellen und, soweit dies für 1919/20 nicht mehr möglich sein sollte, wenigstens den Zeitpunkt der zulässigen Eindeckung statt auf 15. November 1919 auf 15. Februar 1920 festzusetzen. Für das Wirtschaftsjahr 1920/21 ist zunächst insofern eine Verbesserung eingetreten, als den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden (in Bayern den Überschußkommunalverbänden) für die Eindeckung bis 15. November die auf dieses Getreide tatsächlich aufgewendeten Frühdruschprämien voll erstattet werden sollten. Auch diese Regelung hat nicht alle Härten beseitigt. Die Kommunalverbände, welche von Anfang an nur ungefähr soviel erfassen konnten, als sie zur Ernährung ihrer versorgungsberechtigten Bevölkerung brauchten, blieben auch hierbei benachteiligt. Unbilligkeiten waren nur dann zu vermeiden, wenn aller Frühdruschprämienaufwand auf die Reichskasse übernommen wurde. In diesem Fall hätte jedem Kommunalverband zweckmäßig ein Vorschuß zur Bezahlung der Frühdruschprämien gegeben und dann auf Grund der Aufkaufszahlen endgültig mit ihm abgerechnet werden sollen, was zugleich eine ganz wesentliche Vereinfachung bedeutet hätte. Man hätte allerdings auch umgekehrt daran denken können, von Anfang an die Frühdruschkosten in den Mehl- und Brotpreis einzurechnen und demzufolge auch jede Ersatzleistung für die Frühdruschkosten durch das Reich an die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände abzulehnen. Auch eine solche Regelung, der an sich von dem Gedanken ausgehend, daß wenigstens die Aufwendungen für das Inlandsgetreide volle Deckung im Brotpreis finden müßten, die Berechtigung nicht abzusprechen gewesen wäre, hätte aber, wollte man nicht gleichzeitig auch die Selbstwirtschaft beseitigen und alle Kommunalverbände durch die Reichsgetreidestelle mit Mehl beliefern lassen, erhebliche Ungleichheiten zur notwendigen Folge gehabt, weil es praktisch niemals erreichbar war, das mit Frühdruschprämien belastete Getreide gleichmäßig auf alle Kommunalverbände zu verteilen.

Durch die bereits obenerwähnte Entschließung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 25. Juli 1922 ist auch dem bayerischen Antrag auf Gleichstellung der bayerischen Überschußkommunalverbände mit den Zuschußkommunalverbänden hinsichtlich des Frühdruschprämienersatzes wenigstens für das Wirtschaftsjahr 1920/21 entsprochen worden. Außerdem ist den bayerischen Überschußkommunalverbänden für das Wirtschaftsjahr 1919/20 nachträglich der Reichszuschuß von 26 $\%$ für die Getreidemengen gewährt worden, die sie bis 15. Oktober 1919 in den Grenzen ihres Bedarfs bis 15. Februar 1920 erworben hatten. Durch diese Verlängerung erhielten sie den Reichszuschuß für weitere 270 117 dz Getreide mit 702 304,20 $\%$ und unter Hinzurechnung von 6 $\%$ Zinsen für 1½ Jahre einen Gesamtbetrag von 765 511,30 $\%$.

Die Gesamtvergütung für die verauslagten Frühdruschprämien an die bayerischen Zuschußkommunalverbände betrug:

1917/18 für Brotgetreide	7 905 910 M
1918/19 „ Brotgetreide	8 599 908 M
„ Gerste	453 750 „
zusammen	9 053 658 „
1919/20 für Brotgetreide	20 179 444 M
„ Gerste	16 623 538 „
zusammen	36 802 982 „
1920/21 betrug die Vergütung an die Zuschuß- und Überschuß-	
kommunalverbände	
für Brotgetreide	32 492 246 M
„ Gerste	5 392 391 „
außerdem wurden in diesem Jahr für 1918/19	
und 1919/20 noch nachträglich vergütet	231 846 „
zusammen	38 116 483 „

Aus bayerischen Gerstengewinnen wurden von dem sich hiernach errechnenden Gesamtaufwand zu 91 879 033 M gedeckt 13 661 291 M.

Der Rest ist Bayern von der Reichsgetreidestelle ersetzt worden.

Nach der besprochenen Auslegung des Schiedsspruchs durch das Kriegsernährungsamt hätten die bayerischen Zuschußkommunalverbände — wie angestellte Berechnungen ergeben haben — in den Wirtschaftsjahren 1917/18 bis 1919/20 insgesamt 44 195 817 M erhalten müssen. Tatsächlich haben sie für diese 3 Wirtschaftsjahre 53 527 243 M erhalten, sohin 9 331 426 M mehr.

Für 1920/21 steht das nötige Zahlenmaterial für eine gleiche Berechnung nicht zur Verfügung. Es dürfte aber als sicher anzunehmen sein, daß in diesem Jahr sich der Erfolg der bayerischen Bemühungen für die Zuschußkommunalverbände wesentlich höher ausgewirkt hat als in den Vorjahren, weil die Getreideerfassung bei der Reichsgetreidestelle 1920 besonders stark zurückgegangen ist, in Bayern dagegen im Frühdrusch immer noch erhebliche Getreidemengen erfaßt worden sind.

Die Überschußkommunalverbände hatten nach den Feststellungen auf Grund der Hilfslagerbuchauszüge an Frühdruschprämien selbst zu tragen im Wirtschaftsjahr 1918/19 2 095 840 M, im Wirtschaftsjahr 1919/20 5 333 985 M. In Form des Lieferungszuschlages erhielten sie in diesem Wirtschaftsjahre 1 433 108 M ersetzt, so daß sie 1919/20 von dem Frühdruschprämienaufwand endgültig 3 900 877 M zu tragen hatten.

d) Ablieferungsprämien.

Nächst den Prämien für rasche Ablieferung (sog. Frühdruschprämien) stehen die Prämien für gute Ablieferung, in der Folge kurz Ablieferungsprämien genannt. Nach der Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste vom 18. Dezember 1919 wurden dem Erzeuger, wenn er 70 v. H. seiner Mindestablieferungsschuldigkeit erfüllt hat, für jeden Zentner der von ihm nach den Vorschriften der Reichsgetreideordnung abgelieferten Gesamtmenge in Brotgetreide oder Gerste folgende Prämien bezahlt:

Bei einer Ablieferung von mindestens	
70 v. H. seiner Mindestablieferungsschuldigkeit	2,00 M
80 „ „ „	4,00 „
90 „ „ „	6,00 „
95 „ „ „	8,00 „
100 „ „ „	10,00 „
105 „ „ „	12,50 „
110 „ „ „	15,00 „

Die Berechnung erfolgte für Brotgetreide und Gerste gesondert,

Zur Zahlung der Prämie war der Kommunalverband verpflichtet, für den das Getreide beschlagnahmt war. Der Kommunalverband hatte Anspruch auf Erstattung seines Prämienaufwandes durch das Reich.

Zur Vermeidung einer Stockung in der Ablieferung wurde in Bayern schon bei Wegfall der Frühdruschprämie zu 15 % diese zunächst als Vorschuß auf die schon damals in Aussicht genommene Ablieferungsprämie für alle Lieferungen weiterbezahlt, ohne daß dabei auf den Hundertsatz Rücksicht genommen wurde, zu dem der Landwirt seine Mindestablieferungsschuld im Zeitpunkt der Ablieferung erfüllt hatte. Denjenigen Landwirten, welche vor dem 1. November Brotgetreide oder Gerste zu der ermäßigten Frühdruschprämie von 7,50 % abgeliefert hatten, wurde der Betrag von 7,50 % für den Doppelzentner nachbezahlt. Damit war die Ablieferungsprämie mit der Frühdruschprämie in einen Zusammenhang gebracht, der in der Folge zu vielen Verwechslungen geführt hat. Der Prämienvorschuß hätte folgerichtig von Anfang an jedem Landwirt in voller Höhe nachbezahlt werden müssen, weil andernfalls die Prämie für rasche Ablieferung dadurch ausgeschaltet wurde. Die Vorschußzahlung bedeutete freilich an sich schon einen verantwortungsvollen und verantwortungsfreudigen Schritt zur Förderung der Getreideablieferung, da zu dieser Zeit über die Grundsätze, nach denen die Ablieferungsprämien gewährt werden sollten, noch keine Entscheidung getroffen war. Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, daß die notwendige Folgerung, den Prämienvorschuß auch für die bereits mit Frühdruschprämien hereingenommenen Getreidemengen zu zahlen, zunächst nicht gezogen, vielmehr nur die Frühdruschprämie in anderer Gestalt weiterbezahlt und so die erfahrungsgemäß mit Wegfall einer Prämie eintretende Stockung in der Getreideablieferung vermieden wurde.

Gegen die Staffelprämien im Sinne der Verordnung vom 18. Dezember 1919 bestanden in Bayern von Anfang an erhebliche Bedenken. Für die Gerstenerfassung, die zentral durch die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, erfolgte, war — wie schon oben gezeigt — auf die allgemeine Festsetzung einer bestimmten Mindestablieferungsschuld des einzelnen Landwirts kein Gewicht gelegt worden. Für sie waren die Staffelprämien daher überhaupt nicht anwendbar, wenn man nicht etwa nachträglich noch die Mindestablieferungsschuld des einzelnen Erzeugers feststellen wollte. Aber auch bezüglich des Brotgetreides, für das die Unterverteilung des bayerischen Aufkaufssolls bis auf den Erzeuger herab durchgeführt war, hat sich die Überzeugung gebildet, daß diese Mindestablieferungsschuld in sehr vielen Fällen erheblich daneben griff. Schon eine völlig gerechte Verteilung des bayerischen Gesamtaufkaufssolls auf die einzelnen Kommunalverbände ist niemals gelungen, kann und wird auch niemals gelingen. Noch schwieriger ist es, das Aufkaufssoll des Kommunalverbandes auf die zahlreichen, oft in die Tausende gehenden landwirtschaftlichen Betriebe so unterzuverteilen, daß jeder Betrieb nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zur Ablieferung herangezogen wird. Es werden bei dieser Unterverteilung, abgesehen von den Unrichtigkeiten, die schon in der Oberverteilung begründet sind, auch bei bester Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und allseits vorhandenem Bestreben, die Verteilung wirklich gerecht durchzuführen, immer wieder Fehler vorkommen, die sich bei Abstellung von Prämien auf die Erfüllung eines bestimmten Hundertsatzes des Liefersolls finanziell zum Vorteil oder Nachteil des Betriebs auswirken. Die Staffelprämien mußten aber auch den Kommunalverbänden eine Fülle unfruchtbarer Arbeit bringen und so die wichtigere Erfassungstätigkeit schädigen. Die bayerische Landwirtschaft hätte ein gerade bei überwiegendem Mittel- und Kleinbesitz außerordentlich schwieriges System der Abstellung der Prämien auf die Erfüllung eines bestimmten Hundertsatzes der Mindestablieferungsschuld schwerlich verstanden. Zahlreiche Beschwerden wegen ungerechter Belastung wären die sichere Folge gewesen. In Würdigung all dieser Gründe hat die bayerische Regierung deshalb in der Bekanntmachung vom 20. Januar 1920 das Prämien-system der Reichsgetreideordnung durch das System einer Durchschnittsprämie ersetzt.

Es wurde zunächst eine Durchschnittsprämie von 22 \mathcal{M} für den Doppelzentner errechnet und diese jedem Erzeuger für alle abgelieferten Getreidemengen gewährt. Als Anklang an die Reichsregelung wurde den Kommunalverbänden das Recht vorbehalten, die Gewährung der Prämie von der Erfüllung eines gewissen Mindestmaßes der Ablieferungsschuld abhängig zu machen. Auf die Prämie von 22 \mathcal{M} wurde der bereits bezahlte Vorschuß von 15 \mathcal{M} , auch immer noch die Frühdruschprämie angerechnet. Der Kommunalverband konnte zur Bezahlung der Ablieferungsprämie, die in vollem Umfange auf das Reich übernommen wurde, zinslose Vorschüsse anfordern. Wie sehr Bayern recht tat, die Staffelprämien abzulehnen, ergibt sich insbesondere daraus, daß die Prämienstaffelung alsbald auch im übrigen Reich als undurchführbar aufgegeben und allgemein die Höchstprämie von 30 \mathcal{M} gewährt wurde. Damit wurde auch dort die Prämie ihres ursprünglichen Charakters als Belohnung für gute Ablieferung entkleidet. Sie war in der Wirkung nichts weiter mehr als eine allgemeine Preiserhöhung. Erst jetzt wurde auch in Bayern bestimmt, daß auf die Ablieferungsprämie, die nunmehr von 22 \mathcal{M} auf 30 \mathcal{M} erhöht wurde, die bezahlten Frühdruschprämien nicht anzurechnen seien, sondern nur der Prämienvorschuß oder die bis dahin bereits bezahlte Durchschnittsprämie von 22 \mathcal{M} . Um die Ablieferung weiter zu fördern, wurde die Bezahlung der erhöhten Prämie davon abhängig gemacht, daß nach dem 1. Februar 1920 und vor dem 15. März 1920 mindestens noch 1 Doppelzentner Getreide zur Ablieferung gebracht wurde. Diese Bestimmung, die ganz auf den Erfolg eingestellt war, hat zum Teil große Erbitterung ausgelöst; es ist dagegen eingewendet worden, daß gerade solche Landwirte, die bis dahin schlecht abgeliefert hatten, leicht in der Lage seien, diese Voraussetzung zu erfüllen, während die guten Ablieferer sich bereits so entblößt hätten, daß sie ohne Gefährdung ihrer eigenen Versorgung diesen Doppelzentner Getreide nicht mehr liefern könnten. Diesen Einwänden konnte auf die Dauer, wenn sie auch stark übertrieben waren, die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Die genannte Voraussetzung für die Bezahlung der Prämie wurde daher später wieder aufgehoben. Immerhin ist diese Bestimmung auch von einer ganzen Reihe von Kommunalverbänden als ein geeignetes Mittel, weitere Ablieferungen zu erzielen, begrüßt worden. Sie hat, wie die Erfassungszahlen in der fraglichen Zeit, namentlich im Vergleich zu dem starken Rückgang der Ablieferungen im folgenden Wirtschaftsjahr zeigen, zweifellos guten Erfolg gehabt und damit ihren Zweck erreicht. Die Prämien waren zeitlich auf den 15. Mai beschränkt; sie sind in der Praxis aber tatsächlich zufolge der Ausnahmebestimmung, wonach sie unter bestimmten Voraussetzungen auch darüber hinaus noch bezahlt werden konnten, so ziemlich für alle Ablieferungen gewährt worden.

Für die Pfalz wurde im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebietes eine erhöhte Prämie, nämlich $(30 \mathcal{M} + 23,50 \mathcal{M} =) 53,50 \mathcal{M}$ für den Doppelzentner Weizen und $(30 \mathcal{M} + 18,50 \mathcal{M} =) 48,50 \mathcal{M}$ für den Doppelzentner Roggen oder Gerste gewährt, so daß sich dort ein Gesamtpreis von 100 \mathcal{M} für den Doppelzentner Weizen, von 90 \mathcal{M} für den Doppelzentner Roggen oder Gerste ergab, zu dem gegebenenfalls noch die Frühdruschprämie kam. Der darin liegende Prämienzuschlag — auch Schnelligkeitsprämie genannt — war auf den 15. März 1920 befristet. Er durfte aber auch für spätere Ablieferungen noch gewährt werden, wenn ein vertretbares Verschulden des Erzeugers nicht vorlag.

Die Bestimmung, daß die Kommunalverbände die Gewährung der Prämie von der Erfüllung eines gewissen Mindestmaßes der Ablieferungsschuld abhängig machen konnten, wurde in Bayern auch noch beibehalten, als im Reich an die Stelle der Staffelprämie eine allgemeine Prämie von 30 \mathcal{M} für den Doppelzentner getreten war. Verschiedene Kommunalverbände haben von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht, schließlich aber den Landwirten in Aussicht gestellt, daß sie die Prämie nachbezahlt erhielten, wenn sie im Wirtschaftsjahr 1920/21 ihrer Ablieferungspflicht besser nachkämen. Sie haben also die Prämie des Jahres 1919 noch zu einem Anreizmittel für die Ablieferung aus der Ernte

1920 benützt. Da der Gesamtaufkauf an Brotgetreide und Gerste in Bayern im Wirtschaftsjahr 1919/20 5 197 592 dz betrug, so hätte sich, wenn die Prämie von 30 \mathcal{M} für jeden Doppelzentner ausbezahlt worden wäre, ein Gesamtaufwand von 155 927 760 \mathcal{M} ergeben. Der tatsächlich festgestellte und von der Reichsgetreidestelle vergütete Aufwand betrug jedoch nur 153 348 275,63 \mathcal{M} .

Von dem Gesamtgetreideaufkauf entfielen auf die Pfalz 67 859 dz Weizen, 180 805 dz Roggen, 23 035 dz Gerste, zusammen 271 699 dz Getreide. Die besondere Prämie für die Pfalz hätte sich, wenn die Auszahlung für alle Mengen erfolgt wäre, auf $(67\,895 \times 23,5 + 203\,840 \times 18,5 =) 5\,366\,572,50$ \mathcal{M} errechnet. Ausbezahlt und von der Reichsgetreidestelle vergütet wurden jedoch nur 4 107 925,16 \mathcal{M} , d. i. weniger um 1 258 647,34 \mathcal{M} .

Es wurden demnach insgesamt vom Reich vergütet 157 456 200,79 \mathcal{M} , gegenüber dem höchstzulässigen Aufwand von 161 294 332,50 \mathcal{M} , somit 3 838 131,71 \mathcal{M} eingespart. Diese Einsparung kann nur zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Prämien zeitlich auf 15. Mai bzw. 15. März begrenzt waren. In der Hauptsache wird sie vielmehr darauf beruhen, daß die Kommunalverbände von der Ermächtigung, schlechten Lieferanten die Prämie vorzuenthalten, doch in erheblichem Umfange Gebrauch gemacht haben. Diese Bestimmung kam daher finanziell dem Reiche zugute. Sie wurde von der Landesgetreidestelle jedoch mit Erfolg verwertet, um einen billigen Ausgleich in einer Zinsenforderung der Reichsgetreidestelle zu erreichen.

Die Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste hat sich nur auf die Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle bzw. die zuständigen Bewirtschaftungsstellen bezogen, dagegen nicht auch auf den Verkauf von Saatgetreide erstreckt, das von Landwirt zu Landwirt oder auf Händlersaatkarte zu Saat Zwecken geliefert worden ist. Daraus hat sich eine Schlechterstellung solcher Landwirte ergeben, die ihr Getreide ordnungsgemäß als Saatgut abgeliefert hatten. Es wäre an sich folgerichtig gewesen, den Landwirten, die Saatgut erworben hatten, die gesetzliche Verpflichtung aufzuerlegen, hierfür nachträglich noch die Ablieferungsprämien zu zahlen, die sie auf der anderen Seite dadurch vereinnahmten, daß sie für das erworbene Saatgut die entsprechende Menge Getreide aus ihrer eigenen Ernte abliefern konnten. Praktisch begegnete eine solche Regelung erheblichen Bedenken und Schwierigkeiten. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat daher genehmigt, daß Brotgetreide und Gerste auch dann als abgeliefertes Getreide im Sinne der Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien zu behandeln war, wenn es unter Beachtung der dafür ergangenen Vorschriften zu Saat Zwecken geliefert worden ist. Die nachzuzahlende Prämie von 30 \mathcal{M} für den Doppelzentner ermäßigt sich jedoch für Sommersaatgetreide um 20 \mathcal{M} , da bei Festsetzung von Höchstpreisen für das letztere gemäß Verordnung über die Preise für Sommersaatgut von Brotgetreide und Gerste vom 12. Januar 1920 20 \mathcal{M} von der in der Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgesehenen Höchstablieferungsprämie von 30 \mathcal{M} bereits eingerechnet waren.

Zur Durchführung der Nachzahlung durch die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung, erging im Einvernehmen mit der Landessaatstelle am 5. Mai 1920 Rundschreiben an die Kommunalverbände, wonach für alles von der Landessaatstelle geschäftsmäßig übernommene Saatgut die erforderlichen Nachweisungen von dieser erstellt und der Landesgetreidestelle zur Veranlassung der Auszahlung übermittelt würden. Soweit Saatgut an andere Abnehmer auf Saatkarte geliefert worden ist, hatte der Erzeuger bis spätestens 1. Juni 1920 auf einem Formblatt Antrag auf Nachzahlung der Prämie beim Kommunalverband zu stellen. Dieser hatte die Angaben zu prüfen und die sämtlichen Anträge gemeindeweise unter fortlaufender Nummer — getrennt nach Winter- und Sommersaatgut — in Listen einzutragen und diese mit sämtlichen Anträgen an die Landessaatstelle einzusenden, die sie nach Durchprüfung an die Landesgetreidestelle zur Anweisung der Auszahlung weitergab. Die Verantwortung für die materielle Richtigkeit lag hiernach bei

der Landessaatstelle. Die Landesgetreidestelle hat nur die Auszahlungen betätigt und mit dem Reich verrechnet. Insgesamt sind an Prämien für Saatgetreide 3412 238,³⁵ *M* ausbezahlt worden. Der erwähnte Prämienaufwand von 157 456 200,⁷⁹ *M* erhöht sich dadurch auf 160 868 439,¹⁴ *M*.

Zur Deckung des Prämienaufwands des Reichs wurden die Mehilverkaufspreise der Reichsgetreidestelle erhöht und die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände verpflichtet, für ihren Getreideverbrauch einen der Mehlpriiserhöhung entsprechenden Beitrag an die Reichsgetreidestelle zu bezahlen. Hierauf wird im Kapitel „Mehl- und Brotpreise“ noch näher eingegangen.

e) Die Maisprämien.

Im Wirtschaftsjahr 1920/21 wurde den Landwirten für gute Ablieferung nicht eine Geldprämie, sondern verbilligter Mais gegeben. Eine besondere Verordnung ist hierzu nicht ergangen. Der Gedanke war, den Landwirten gegen Ablieferung von Getreide ein gutes Futtermittel zu einem Preis zuzuführen, der unter dem Getreidepreis lag, und dadurch der Verfütterung des Getreides, die insbesondere seit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches einen ganz besonders großen Umfang angenommen hatte, vorzubeugen. Gleichzeitig sollte durch die Verbilligungsaktion auch die inländische Fleischherzeugung gehoben werden. Die erforderlichen Mittel wurden im Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereitgestellt. Es wurde dabei angenommen, daß durch die Maisaustauschaktion bis 31. März 1921 rund 250 000 t Getreide mehr als sonst im Inlande erfaßt würden. Die Reichsregierung versprach sich von der Maisaustauschaktion trotz der hohen vom Reich zu tragenden Verbilligungsbeträge, die allein für die genannten 250 000 t auf 662,⁵ Millionen Mark veranschlagt wurden, eine erhebliche Einsparung dadurch, daß für die mehr erfaßten Getreidemengen weniger Auslandsgetreide eingeführt werden müßte. Die Einsparung wurde unter Zugrundelegung eines Inlandsgetreidepreises von 1450 *M* und eines Auslandsgetreidepreises einschließlich Fracht und Spesen von 7000 *M* je Tonne auf 725 Millionen Mark berechnet. Bei dieser Berechnung ist davon ausgegangen, daß der Mais auf 60 *M* für den Zentner frei Empfangsstation verbilligt, und daß das Getreide zu dem vorgeschriebenen Höchstpreis abgeliefert wird. Für einen Zentner Getreide sollte 1 Ztr. Mais gegeben werden. Diese Prämierung sollte jedoch erst beginnen nach Erfüllung von 70 v. H. des Liefersolls des einzelnen Landwirts und auf die darüber hinaus abgelieferten Mengen beschränkt bleiben.

Die näheren Bestimmungen über die Abgabe von verbilligtem Mais sind in einem Rundschreiben des Direktoriums der Reichsgetreidestelle vom 14. Februar 1921 enthalten. Hiernach haben Anspruch auf Lieferung von verbilligtem Mais

1. diejenigen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die
 - a) 70 v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide und Gerste,
 - b) 50 v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Hafer
 erfüllt haben, für alle diese Hundertsätze übersteigenden Lieferungen;
2. Deputatempfänger für alles aus Deputatmengen abgelieferte Getreide.

Für die Ablieferung von Hafer kann nach Wahl der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte in Berlin, welche mit der Einfuhr und Lieferung der nötigen Maismengen betraut ist, statt Lieferung von Körnermais Lieferung der eineinhalbfachen Menge Maisfuttermehl erfolgen. Den Bezugsberechtigten war vom Kommunalverband auf die ihm zukommende Maismenge ein Bezugsschein nach Formblatt auszustellen. Die Bezugsscheine waren für Brotgetreide und Gerste weiß, für Hafer rot. Die Verwendung geschah durch Einreichung bei einem Händler oder einer Genossenschaft. Diese gaben ihrerseits den Bezugsschein an die von der Bezugsvereinigung für den betreffenden Bezirk bestimmten Stelle weiter, welche dann die Lieferung des Maises oder Maisfuttermehls veranlaßte. Der

Preis betrug für 100 kg netto losen Mais 120 \mathcal{M} ohne Sack und für 100 kg brutto Maisfutttermehl einschließlich Sack 90 \mathcal{M} . Die Geltungsdauer der Bezugsscheine war zeitlich auf 2 Monate nach Ausstellung begrenzt. Sämtliche Bezugsscheine mußten bis 31. August 1921 der von der Bezugsvereinigung bestimmten Stelle vorgelegt sein.

Die im Vorjahre von Bayern gegen die Geldprämien für gute Ablieferung hervorgerufenen Bedenken bestanden auch gegen die Abstellung der Maisprämie auf die Erfüllung einer Mindestablieferungsschuldigkeit von 70 bzw. 50 v. H. Sie waren nur dadurch gemildert, daß wenigstens eine Prämienstaffelung nicht mehr vorgesehen war. Andererseits war der Wert der Maisprämie größer als die Ablieferungsprämie von 30 \mathcal{M} für den Doppelzentner. Auch bei Hafer, dessen Ablieferung diesmal ebenfalls in die Prämienregelung einbezogen ist, hätte sich die Abstellung der Lieferung des verbilligten Maises auf die Erfüllung einer Mindestablieferungsschuldigkeit wegen der besonderen zentralen Erfassung dieser Getreideart nach dem System der Gerstenerfassung nicht durchführen lassen. Es blieb daher nur übrig, die Bayern insgesamt zustehende Maismenge festzustellen und sie dann anteilmäßig auf alle Ablieferungen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu verteilen. Hierbei ergab sich folgende Rechnung:

Bis 20. März 1921 waren aufgekauft an Brotgetreide 2 520 329 dz, an Gerste 1 920 628 dz, an Hafer 1 100 000 dz, zusammen 5 540 957 dz Getreide.

Die bayerische Landwirtschaft hatte hiernach bis dahin mindestens auf soviel Mais Anspruch, als der Unterschied zwischen 70 v. H. des bayerischen Aufkaufssolls für Brotgetreide und Gerste, 50 v. H. für Hafer und den tatsächlichen Ablieferungen betrug, d. i., da 70 v. H. des Aufkaufssolls bei Brotgetreide 1 871 638 dz, bei Gerste 1 167 692 dz, 50 v. H. bei Hafer 650 000 dz waren, auf 1 851 627 dz.

Da die gesamte erfaßte Menge an Brotgetreide, Gerste und Hafer 5 540 957 dz betrug, so konnte darnach jedem Landwirt für alles von ihm abgelieferte Getreide verbilligter Mais im Verhältnis von 3:1 gegeben werden. Dabei wurden noch 4641 dz weniger als rechnerisch zulässig verausgabt. Außerdem werden bei dieser Regelung für das Reich noch dadurch gewisse, ziffermäßig allerdings nicht feststellbare Mengen eingespart, daß nicht alle Landwirte ihr Liefersoll bis zu 70 bzw. 50 v. H. erfüllt haben, die Minderablieferungen aber bei der Abstellung der Maismengen auf die Erfüllung des bayerischen Gesamtaufkaufssolls als Passivposten berücksichtigt sind, während an sich Bayern soviel Mais zukäme, als die Summe der Getreidemengen beträgt, welche die einzelnen Landwirte über ihre 70 bzw. 50%ige Mindestablieferungsschuldigkeit hinaus abgeliefert haben. Für alles nach dem 20. März 1921 zur Ablieferung kommende Getreide konnte Bayern Mais im Verhältnis von 1:1 geben, weil sich für alle weiteren Lieferungen auch in gleichem Maße der Maisanspruch erhöhte.

Außer den obengenannten Ablieferungen sind aber auch noch die an die Futtermittelverteilung erfolgten Saatgutlieferungen zu berücksichtigen. Diese betrugen bis 20. März 1921 62 500 dz Brotgetreide und Gerste und rund 43 500 dz Hafer. Weiter waren zu berücksichtigen die den landwirtschaftlichen Brauereien und Brennereien bis dahin innerhalb ihrer Kontingente freigegebenen Mengen von Eigenbauergerste mit rund 32 500 dz. Die oben genannte Zahl von 1 851 627 dz verbilligten Maises erhöhte sich daher um weitere 188 100 dz.

Die entsprechende Regelung ist in Bayern nach Zustimmung des Reichs durch Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 12. März 1921 erfolgt. Hieraus ist insbesondere hervorzuheben, daß die Ausstellung der Bezugsscheine für Brotgetreide durch den Kommunalverband, für Gerste durch die Landesgetreidestelle, für Hafer durch die Landesfutttermittelstelle, für Saatgut durch die Landesfutttermittelstelle, Saatgutabteilung, zu erfolgen hatte, und daß mit der Belieferung der Scheine die Bayerische Futtermittelverteilung, die hierwegen mit der Bezugsvereinigung in einem besonderen Vertragsverhältnis steht und als deren Zweigstelle für Bayern gilt, betraut wurde. Diese hat mit Genehmigung des Reichs den Mais selbst eingeführt, finanziert und der Bezugsvereinigung berechnet, die

ihn verbilligt wieder überließ. Bemängelt wurde an der bayerischen Regelung insbesondere, daß sie eine Belohnung der säumigen Lieferer insofern bedeutet habe, als für die Ablieferung nach dem 20. März 1921 die gleiche Menge Mais, für die früheren Lieferungen Mais nur im Verhältnis von 3:1 gegeben wurde. Diesem Einwand ist jedoch dadurch in der Hauptsache die Berechtigung genommen, daß bekannt schlechten Lieferern nach den einschlägigen Bestimmungen der Mais vorzuenthalten war; auch werden am 20. März 1921 die meisten Landwirte 70 bzw. 50 v. H. ihres Liefersolls erfüllt gehabt haben. Die geringen Ablieferungen seit 20. März 1921 zeigen jedenfalls, daß eine solche Belohnung in größerem Umfange nicht wirksam wurde. Die Ablieferungen wären wohl noch geringer gewesen, wenn nicht die Aussicht, die gleiche Menge verbilligten Maises zu erhalten, zu weiteren Ablieferungen angespornt hätte. Die bayerische Regelung lag jedenfalls in der Richtung der mit der ganzen Aktion verfolgten Absicht, Getreide, das sonst für andere Zwecke bestimmt worden wäre, für die Ablieferung frei zu machen. Härten lassen sich nicht immer vermeiden, namentlich dann nicht, wenn eine Maßnahme ganz auf den Erfolg eingestellt werden will und muß.

Die Ausstellung von Maisbezugsscheinen durfte nur für Ablieferungen bis spätestens 30. Juni 1921 erfolgen und mußte am 8. Juli beendet sein. Mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums wurde dieser Termin für Bayern bis zum 31. Juli 1921 verlängert.

Im Hinblick auf verschiedene Vorkommnisse (Behandigung von Bezugsscheinen an Unberechtigte, irrtümliche Ausstellung usw.), die zu teilweise noch nicht beigelegten Streitigkeiten geführt haben, erscheint es veranlaßt, das Verhältnis, in dem der bezugsberechtigte Landwirt zu den verschiedenen Stellen steht, die bei der Maisverbilligungsaktion mitwirken, und die Rechtsnatur des Maisbezugsscheins zu untersuchen. Zunächst ist zweifelhaft, ob der Landwirt bei den sonst gegebenen Voraussetzungen überhaupt einen klagbaren Anspruch auf Erteilung des Maisbezugsscheins und Lieferung des verbilligten Maises hat. Aus dem Verkauf seines Getreides an den Kommunalverband oder den einschlägigen Kommissionär allein kann er einen solchen Anspruch zunächst wenigstens dann nicht herleiten, wenn dieser Verkauf bereits erfolgt ist, bevor noch die Gewährung der Maisprämie bekanntgegeben war. Ein Gesetz oder eine Verordnung, die ihm einen Anspruch auf nachträgliche Lieferung entsprechender Mengen verbilligten Maises gäbe, ist nicht ergangen. Durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs sind lediglich Mittel für die Maisaustauschaktion zur Verfügung gestellt und diese in ihren Grundzügen genehmigt worden. Damit ist aber noch kein klagbarer Anspruch des einzelnen Landwirts auf verbilligten Mais geschaffen. Es wäre denkbar gewesen, daß die zur Durchführung des Maisaustausches weiter benötigten Mittel vom Reichstag¹⁾ nicht mehr bewilligt worden wären. Könnte nun ein Landwirt, der noch keinen Bezugsschein erhalten oder den auf seinen Bezugsschein treffenden Mais noch nicht bezogen hat, im Falle der Nichtbewilligung weiterer Etatsmittel auf Lieferung des ihm zukommenden verbilligten Maises mit Erfolg Klage stellen? Daß — wie oben gezeigt — ein solcher Anspruch, wenigstens unter der gemachten Einschränkung zunächst weder auf Vertrag noch auf Gesetz gestützt werden kann, ist ein praktisch wenig befriedigendes Ergebnis. Die zuständigen Reichsstellen haben im Vollzug des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bekanntgegeben, daß jeder Landwirt unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf verbilligten Mais hat. In dieser Bekanntgabe wird ein Angebot zu erblicken sein, das durch die Annahme von Seiten des Landwirts, die — wenn nicht schon in dem Antrag auf Ausstellung oder der Entgegennahme des Bezugsscheins — sicher in seiner Einreichung liegt, ein Vertragsrecht auf den Bezug des verbilligten Maises schafft. Wenn aber einmal ein Rechtsanspruch besteht, so kann dieser nicht mehr dadurch beseitigt werden, daß etwa die Etatsmittel für die weitere Durchführung des Maisaustausches verweigert würden. Daß bei der Ausstellung des Maisbezugsscheins der Kommunalverband

¹⁾ Anträge in dieser Richtung sind im Reichstag gestellt worden.

als legitimierter Vertreter der Bezugsvereinigung handelt und daher durch den Antrag des Landwirts auf die Ausstellung des Maisbezugsscheins ein Vertrag zwischen Landwirt und Bezugsvereinigung zustande kommt, wodurch die Bezugsvereinigung verpflichtet wird, die bestimmte Maismenge zu liefern (wie in einer Abhandlung über die Ungültigkeitserklärung von Maisbezugsscheinen im „Getreidehandel, Jahrgang 5 Heft 4“ angenommen wird), dürfte nicht zutreffen. Der Kommunalverband handelt nicht als Vertreter der Bezugsvereinigung, sondern als Vertreter des Reichs. Ein Vertrag zwischen Landwirt und Bezugsvereinigung kommt daher frühestens mit der Entgegennahme des Scheines zur Belieferung zustande.

Den Maisbezugsschein selbst könnte man vielleicht als eine Anweisung im Sinne der §§ 783 ff. BGB. bezeichnen, wobei als Angewiesener die Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte in Berlin, als Anweisender der Aussteller des Bezugsscheins in Betracht käme. Daß der Anweisungsempfänger selbst noch eine Zahlung für den Mais zu leisten hat, und daß zur Entstehung eines Anspruchs gegen den Angewiesenen noch die Annahme der Anweisung notwendig wäre, stünde dieser Auffassung nicht entgegen. Nach § 792 BGB. kann der Anweisungsempfänger die Anweisung durch Vertrag mit einem Dritten auf diesen übertragen, auch wenn sie noch nicht angenommen worden ist. Die Übertragung bedarf der schriftlichen Form. Auf der Rückseite der Bezugsscheine ist hinsichtlich der Übertragung ausgesprochen, daß im Falle der Veräußerung jeder Veräußerer mit Ausnahme des im Bezugsschein genannten Bezugsberechtigten seinen Namen auf der Rückseite des Bezugsscheines zu vermerken hat. Aus dieser Bestimmung ist zu folgern, daß die Übertragung des ersten Bezugsberechtigten auf einen Neuerwerber einer besonderen Form nicht bedarf. Man kommt daher mit der Annahme, daß es sich um eine Anweisung handelt, praktisch nicht weiter. Vielfach sind die Bezugsscheine als Inhaberpapiere bezeichnet worden. Hierfür fehlt es aber an einem wesentlichen Merkmal, nämlich daran, daß beim Inhaberpapier die Leistung dem Inhaber (Einlieferer, Präsentanten) versprochen wird, wobei Gläubiger nur der Eigentümer des Papiers ist, der bloße Inhaber dagegen als verfügungsberechtigt gilt, bis ihm etwa der Mangel seines Verfügungsrechts nachgewiesen wird (§§ 793 ff. BGB.). Im Bezugsschein ist aber der Gläubiger ausdrücklich benannt. Jener ist daher als ein Namenswertpapier anzusprechen, und zwar, da die Leistung nur dem benannten Gläubiger versprochen und nur ihm, allenfalls seinem Zessionar geschuldet wird, als ein sog. Rekta-Wertpapier (vgl. auch die obenerwähnte Abhandlung, die zu dem nämlichen Ergebnis kommt). Die Übertragung geschieht durch Abtretung des verbrieften Rechts, für die eine bestimmte Form, insbesondere ein Giro auf der Urkunde nicht vorgeschrieben ist. Sie erfolgt nach den Grundsätzen über die Abtretung von Forderungen (§§ 397 ff. BGB.), wobei in der Übergabe des Bezugsscheins die Abtretung der Forderung liegen kann. Die Bestimmung, daß jeder Veräußerer mit Ausnahme des im Bezugsschein benannten, seinen Namen auf die Rückseite zu setzen hat, bezweckt nicht eine Beurkundung der Abtretung, sondern nur die Feststellung, wer den Bezugsschein im Besitz gehabt hat. Sie wird auch nur als Ordnungsvorschrift zu erachten sein, deren Verletzung noch nicht die Ungültigkeit der Übertragung des Rechts auf den Bezug des verbilligten Maises zur Folge haben dürfte. Für die Beurteilung der Rechte des Zessionars gegen den Schuldner (als solcher ist das Reich zu erachten) gelten die Bestimmungen des § 405 BGB. Ob die Leistung mit befreiender Wirkung an jeden Inhaber des Bezugsscheins bewirkt werden kann, ist aus dem Bezugsschein nicht zu entnehmen. Auch sonst sind Bestimmungen hierüber nicht erlassen worden. Aus den Absichten und dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen dürfte gleichwohl zu folgern sein, daß die Bezugsvereinigung durch Lieferung des Maises an den Präsentanten des Scheines das Reich von seiner Leistungspflicht befreit, dies selbst dann, wenn etwa der Bezugsschein gestohlen oder unterschlagen worden sein sollte. Das Gegenteil würde bei der Massenausgabe von Bezugsscheinen zu einer Unsicherheit des

Verkehrs und unter Umständen zu einer sicher nicht gewollten Mehrbelastung des Reiches führen. Der eigentliche Bezugsberechtigte geht durch die Leistung an den Präsentanten des Scheines seines Anspruchs verlustig, dies freilich nur dann, wenn der Schein ihm selbst oder seinem Vertreter behündigt worden ist. Würde der Schein nach Ausstellung, z. B. beim Kommunalverband, zu Verlust gegangen und in die Hände eines Unberechtigten gelangt sein, so würde dadurch der bezugsberechtigte Landwirt seinen Anspruch auf den Maisbezugsschein und die Lieferung der entsprechenden Menge verbilligten Maises nicht verlieren. Er könnte nach wie vor den ihm zustehenden Maisbezugsschein verlangen. Für die Mehraufwendung hätte das Reich aufzukommen, das sich an demjenigen schadlos halten könnte, der den Mais zu Unrecht bezogen hat, allenfalls auch, wenn ein Verschulden vorliegt, am Aussteller des Bezugsscheins.

Aus dieser Auffassung über die Rechtsnatur des Bezugsscheins ergibt sich weiter, daß der Inhaber des Bezugsscheins auf Verlangen sein Bezugsrecht ordnungsgemäß nachzuweisen hat, ferner daß der Bezugsschein im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt werden kann. (Vgl. hierzu § 808 BGB.)

Für die Behandlung formell ungültiger Bezugsscheine hat das Staatsministerium für Landwirtschaft bestimmt, daß für den Fall der Bezugsschein noch hereingeholt werden kann, dieser mit entsprechendem Aufdruck „ungültig“ zu versehen und entsprechend weiter zu behandeln ist, ferner daß für diesen ungültigen Schein ein neuer ausgestellt werden kann. Ist der Schein dagegen schon zur Belieferung eingereicht (dem wird gleichzusetzen sein, wenn er nicht mehr beigebracht werden kann), so ist zunächst hierwegen mit der Futtermittelverteilung ins Benehmen zu treten.

Der Gesamtaufwand des Reichs für die eigentliche Verbilligung des nach Bayern zu liefernden Austauschmaises ließe sich genau nur berechnen, wenn für jede einzelne Sendung der Einstandspreis bekannt wäre. Legt man den vom Reich veranschlagten Maiseinstandspreis von 3850 \mathcal{M} für die Tonne einschließlich aller Frachten und Spesen zugrunde, so errechnet sich für Bayern bei einem Verkaufspreis von 116 \mathcal{M} für den Doppelzentner (der Bezugspreis war 120 \mathcal{M} , davon erhielten die Abgabestellen 4 \mathcal{M}) ein Gesamtreichsaufwand von $(2\,092\,635 \times 269 \mathcal{M} =) 562\,918\,815 \mathcal{M}$. Im Durchschnitt dürfte der Einstandspreis, obwohl der Mais vorübergehend billiger zu beschaffen war, 3850 \mathcal{M} für die Tonne weit überschritten haben, weil für die späteren Lieferungen sehr viel mehr zu zahlen war.

Die Ablieferungen sind trotz der Maisaustauschaktion in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1920/21 ganz besonders stark zurückgegangen. Inwieweit schon vorher die in Aussicht gestellte Maisprämie die Ablieferung etwa günstig beeinflußt hat, läßt sich schwer mit Sicherheit beurteilen. Eine wesentliche Förderung der Ablieferung durch die Maisaustauschaktion dürfte wenigstens in Bayern nicht erreicht worden sein. Dafür kam die Regelung und insbesondere der verbilligte Mais zu spät. Immerhin erscheint damit der Zweck der Lieferung verbilligten Maises noch nicht vereitelt zu sein; denn es besteht Grund zu der Annahme, daß die großen Maismengen, die so in den Besitz der Landwirtschaft kamen, wenigstens im Wirtschaftsjahr 1921/22 in einer geringeren Verfütterung von Brotgetreide und Gerste sich ausgewirkt und damit die Durchführung des Umlageverfahrens und der Brotversorgung wesentlich gefördert haben. Auch ist die Einfuhr der gewaltigen Maismengen durch das Reich (im ganzen etwa 1 000 000 t) zur Behebung des durch die Trockenheit im Jahre 1920 entstandenen Futterausfalls von nicht genug zu schätzender Bedeutung gewesen. Die Landwirtschaft hat leider den Vorteil des billigen Maisbezugs nicht überall voll erkannt und sich, namentlich zu Beginn der Austauschaktion, vielfach durch geschäftige Aufkäufer zum Verkauf der Maisbezugsscheine verleiten lassen. Wenn der darauf zu liefernde Mais auch gleichwohl im Reich geblieben ist, so ist der Zweck der Verbilligung bis zu einem gewissen Grad durch den Maisbezugs-scheinhandel doch wieder vereitelt worden. Der Mais wurde für den Käufer des Bezugs-

scheins um den Preis des Bezugsscheins teurer und erreichte schließlich einen Preis, der über den Inlandsgetreidepreis wieder hinausging. Der Zweck der Verbilligung war aber gerade, einen Futtermittelpreis zu erreichen, der unter dem Inlandsgetreidepreis stand. Eine ergiebige Aufklärung hat bewirkt, daß die Landwirtschaft den ihr durch den Bezug des verbilligten Maises in Natur erwachsenden Vorteil mehr und mehr erkannt hat und sich schließlich nicht mehr so leicht zum Verkauf der Bezugsscheine verstand. Die Preise der Bezugsscheine waren anfänglich 20—30 *ℳ* für 100 kg. Nach einem Mannheimer Wochenbericht¹⁾ vom 20. Mai 1921 wurden für weiße Scheine, und zwar für bayerische 40 *ℳ*, württembergische 40—43 *ℳ*, pfälzische 44 *ℳ* und badische 49 *ℳ*, für rote bayerische 30 bis 32 *ℳ*, württembergische 32—34 *ℳ*, badische 31,50 *ℳ* bezahlt. Später sind die Preise erheblich gestiegen. Die niedrigere Bewertung der bayerischen Maisbezugsscheine in Mannheim hatte ihren Grund darin, daß die Bayerische Futtermittelverteilung zunächst nur die Scheine beliefert hat, welche von den bezugsberechtigten Landwirten präsentiert wurden. Zum Teil mag der Unterschied auch darin begründet gewesen sein, daß bei gehandelten Scheinen ein Anspruch auf frachtfreie Lieferung nicht bestand, der Mais vielmehr unter Umständen da zur Verfügung gestellt wurde, wo der Maisbezugsschein ausgestellt war.

Die Abwicklung der Maisaustauschaktion in Bayern, die sich weit in das Jahr 1922 hineingezogen hat, ist in der Tabelle XIV des Tabellenwerks ersichtlich gemacht. Die Tabelle XV gibt einen Überblick, wie sich die tatsächliche Maisausgabe in Bayern im Verhältnis zu dem bayerischen Anspruch nach der Reichsregelung gestellt hat.

Bei der Ausstellung der Maisbezugsscheine haben sich nach den Ausführungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der 174. Sitzung des Deutschen Reichstags vom 21. Februar 1922 erhebliche Mißstände und Unregelmäßigkeiten ergeben. Insbesondere hat sich gezeigt, daß das Liefersoll häufig viel zu niedrig festgesetzt und daher weit überliefert worden war, was für den betreffenden Landwirt einen bedeutenden finanziellen Vorteil durch Zubilligung großer Maismengen gebracht hat. Auch sonst sind hiernach Maisbezugsscheine in weitherziger Weise über die von der Regierung gegebenen Richtlinien hinaus ausgestellt worden. Die Reichsgetreidestelle hat daher auf Anordnung des Reichsernährungsministeriums die genaue Nachprüfung sämtlicher Kommunalverbände veranlaßt. Gegen die Beteiligten soll eingeschritten werden. Außerdem soll — soweit noch möglich — bei unzulässiger Ausstellung von Maisbezugsscheinen der Schein eingezogen oder, wenn er bereits beliefert ist, vom Landwirt eine entsprechende Geldleistung verlangt, allenfalls auch mit Strafanzeige vorgegangen werden. Ob dabei freilich noch sehr viel für das Reich gerettet werden wird, darf bezweifelt werden.

Das bayerische System hat demgegenüber von Anfang an auf Grund der feststehenden Aufkaufszahlen eine genaue Nachprüfung ermöglicht, ob die mit der Ausstellung der Maisbezugsscheine betrauten Stellen nicht etwa solche auf zu große Maismengen ausgestellt haben. Insbesondere ist auch eine Begünstigung einzelner Landwirte aus der Festsetzung eines zu niedrigen Aufkaufssolls vermieden geblieben. Die leichte Kontrollmöglichkeit gab Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung der Ausstellung der Maisbezugsscheine. Wesentliche Beanstandungen haben sich daher bei der Nachprüfung der Kommunalverbände durch die Landesgetreidestelle und der späteren Nachprüfung der gesamten Maisaustauschaktion in Bayern durch die Reichsgetreidestelle nicht ergeben. Bei den zentralen Bewirtschaftungsstellen bestand die Kontrolle darin, daß jeder Kommissionär nur soviel Maisbezugsscheine zur Ausfertigung vorlegen durfte, als seiner Getreideablieferung entsprach.

17. Die Vermahlung des Getreides.

Um die Verarbeitung des Getreides zu sichern, ist in die Reichsgetreideordnung jeweils eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach die Mühlen und sonstigen Betriebe,

¹⁾ Entnommen den Münchner Neuesten Nachrichten Nr. 217 vom 24. Mai 1921.

die gewerbsmäßig Getreide verarbeiten, verpflichtet sind, das Getreide zu verarbeiten, das die Reichsgetreidestelle oder die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, in deren Bezirk sie liegen, ihnen zuweisen. Weigert sich ein Betrieb, die Verarbeitungspflicht zu erfüllen, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten und mit den Mitteln des Betriebs durch einen Dritten vornehmen lassen. Die Betriebe sind zur Ablieferung der gesamten Erzeugnisse einschließlich allen Abfalles verpflichtet. Dies gilt auch soweit sie Getreide und Gerste für Selbstversorger verarbeiten.

In Bayern hat es eines Verarbeitungszwanges während der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft den Mühlen gegenüber nirgends bedurft. Die Mahlaufträge konnten jederzeit im Wege der freien Vereinbarung untergebracht werden. Nur in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1921/22 haben sich durch die starke Nachfrage nach freiem Mehl im Zusammenhalt mit der infolge des trockenen Sommers bestehenden Wasserklemme und der dadurch herabgeminderten Leistungsfähigkeit der Mühlen teilweise Schwierigkeiten in der fristgerechten Ausführung der Mahlaufträge der Landesgetreidestelle und der Kommunalverbände ergeben. Zu einem Zwang hat aber auch zu dieser Zeit kein ausreichender Anlaß bestanden. Vielmehr haben sich die Mühlen auch nach Aufhebung der Getreidebeschlagnahme ständig um Aufträge bei der Landesgetreidestelle und den Kommunalverbänden bemüht, was wohl als ein Zeichen dafür angesehen werden darf, daß die Mahllöhne, wenn sie von den Mühlenorganisationen auch immer wieder als zu niedrig bezeichnet wurden, ausreichend hoch bemessen waren. Freilich mag bei dem Streben nach Mahlaufträgen auch die Erwägung mitbestimmend gewesen sein, daß, je besser die Beschäftigung einer Mühle ist, desto niedriger sich die Selbstkosten für die Vermahlung stellen, seit 1921 auch, daß die Verarbeitung des Getreides für Dritte nicht das gleiche Risiko wie die Handelsmüllerei bedeutet und insbesondere auch nicht die hohen Betriebsmittel wie diese erfordert. Im besonderen gilt das erstere für die in Bayern vorherrschenden Wassermühlen, bei denen wenigstens ein Produktionskostenfaktor — die Wasserkraft — im allgemeinen gleichbleibt, auch wenn der Beschäftigungsgrad sich innerhalb der Leistungsfähigkeit wesentlich erhöht.

Heftige Kämpfe fanden da und dort zwischen den Mühlen und ihren Auftraggebern wegen des Mahllohnes statt. Nach den Reichsgetreideordnungen kann die Reichsgetreidestelle Mahl- und sonstige Verarbeitungslöhne sowie Vergütungen für die Verwahrung und pflegliche Behandlung festsetzen; soweit die Reichsgetreidestelle von dieser Befugnis keinen Gebrauch macht, können die höheren Verwaltungsbehörden dies tun. In Bayern wird die genannte Befugnis der Reichsgetreidestelle von der Landesgetreidestelle ausgeübt. Diese hat mit den Mühlen — abgesehen von den Fällen, wo sie ausnahmsweise die Kommunalverbände mit Mehl beliefert (Auslandsweizenkochmehl und Maismehl) — Mahlverträge nur bezüglich der Landesrücklage abgeschlossen. Nach dem erstmals für das Wirtschaftsjahr 1917/18 geschlossenen Lager- und Mahlvertrag (Landesrücklagenvertrag) haben die Mühlen das Getreide an der Ankunftsstelle zu übernehmen, das Gewicht festzustellen, das Getreide auf seine Beschaffenheit zu untersuchen und allenfalls Mängelrüge zu erstatten. Sie haben weiter den Kaufpreis zu bezahlen, das Getreide getrennt von anderen Vorräten zu lagern, es gegen Brandschaden so rechtzeitig zu versichern, daß die Versicherung von dem Zeitpunkt der Einlagerung an in Kraft ist, die Vorräte pfleglich zu behandeln, schließlich das Getreide auf schriftliche Weisung der Landesgetreidestelle oder des empfangsberechtigten Kommunalverbandes nach den hierfür gegebenen Vorschriften zu vermahlen, die Mahlerzeugnisse an die Empfangsberechtigten zu liefern und nach deren Weisung zur Versendung zu bringen. Aus der Aufzählung dieser Verpflichtungen geht hervor, daß die Mühlen außer der eigentlichen Vermahlung eine ganze Reihe von Tätigkeiten zu übernehmen haben, für die nur teilweise eine Sondervergütung neben dem Mahllohn erfolgt.

Die Vertragsmühlen haben von dem durch die Landesgetreidestelle bezeichneten Empfänger Zug um Zug gegen ihre Lieferung u. a. zu beanspruchen;

1. Ersatz des ausgelegten Kaufpreises¹⁾, der vorschußweise bezahlten Kommissionsgebühren, Getreidefrachten, Sackleihgebühren und Sackfrachten;
2. 2^o/o Zins über Reichsbankdiskont;
3. einen Mahllohn, der im Laufe der Zeit wiederholt geändert worden ist;
4. nach Ablauf einer gewissen Lagerdauer Lagergeld;
5. die Abschreibung eines gewissen Lager- und Mahlverlustes.

Der Mahllohn ist kein reiner Mahllohn, sondern ein sog. Pauschalmahllohn; er schließt neben der eigentlichen Vermahlung des Getreides die Anfuhr von der Ankunftsstelle bis zur Mühle, die Aufspeicherung, Bewachung und Bearbeitung, die Zahlung der Versicherungsprämien, die Tragung der vollen wirtschaftlichen Verantwortung für Beschaffenheit und Gewicht des Getreides und der daraus hergestellten Erzeugnisse, ferner die Vorreinigung und mahlfähige Vorbereitung des Getreides, das Absacken und Verladen des Mehles sowie das Verbringen nach der Versandstation und das Verladen auf Wagen, Zahlung von Wagenstandsgeldern, von Wiegegebühren und ähnlichen Auslagen beim Empfang des Getreides bei der Mühle ein.

Der Landesgetreidestelle steht für gewisse Fälle von Vertragsverletzungen ein sofortiges Kündigungsrecht zu. Die Vertragsmühle kann den Vertrag mit einer Frist von 4 Wochen kündigen. Dabei geht sie aber, wenn die Kündigung vor der Vermahlung erfolgt, ihrer sämtlichen Ansprüche, soweit sie nicht auf Auslagenersatz gehen, verlustig. An Schwund kann sie für einen solchen Fall nur bis zu 2 v. H. berechnen, ein höherer Schwund ist in Geld zu vergüten.

Die von der Landesgetreidestelle bezeichneten Empfänger haben alle Ansprüche aus dem Lager- und Mahlvertrag unmittelbar gegen die Mühle geltend zu machen. Über Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht.

Die Mühle ist bei Meidung von Vertragsstrafen zu Stillschweigen über die eingelagerten Vorräte verpflichtet.

Da der Mahllohn für die Landesrücklage schließlich von den Kommunalverbänden zu zahlen ist und auch abgesehen davon eine Art Richtpreis für die Mahllöhne der Kommunalverbände und der Selbstversorger bildet, werden zu den Verhandlungen über die Festsetzung des Mahllohnes für die Landesrücklage neben den Spitzenorganisationen der Müllerei jeweils auch Vertreter der Kreisregierungen, der Kommunalverbände, der Landwirtschaft und der Verbraucherorganisationen (Verbraucherbund, Konsumentenkommission) beigezogen. Rechtlich handelt es sich dabei nicht um eine Mahllohnfestsetzung nach der Reichsgetreideordnung, sondern nur darum, im gegenseitigen Benehmen die Grundlage für den den Vertragsmühlen der Landesgetreidestelle zu gewährenden Mahllohn zu finden. Der Mahllohn selbst wird nach dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, und den Mühlen vertraglich vereinbart. Diesen bleibt es freigestellt, den Lager- und Mahlvertrag einzugehen oder einen bereits eingegangenen Vertrag zu kündigen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Vermahlung des Landesrücklagengetreides zu den mit den Mühlenorganisationen erörterten Bedingungen jederzeit untergebracht werden konnte, und daß von dem Kündigungsrecht der Mühlen — von Ausnahmen aus besonderen Gründen abgesehen — kein Gebrauch gemacht wurde. Die Klagen über unzureichende Mahllöhne, die während der ganzen öffentlichen Getreidebewirtschaftung nie verstummen, haben sich auch mehr gegen die von einzelnen Kommunalverbänden bezahlten niedrigeren Mahllöhne als gegen jene für die Landesrücklage gerichtet. Die Mühlenorganisationen haben lange Zeit angestrebt, daß der Mahllohn für die Landesrücklage auch für die Mahlaufträge der Kommunalverbände für verbindlich erklärt werde. Die Landesgetreidestelle ist diesem Ansinnen schon deshalb entgegengetreten, weil die einschlägigen Bestimmungen der RGO. wohl überhaupt nur die Festsetzung von obersten

¹⁾ Im Wirtschaftsjahr 1921/22 hat die Landesgetreidestelle das Landesrücklagengetreide selbst finanziert.

Preisgrenzen, von Höchstpreisen, allenfalls die Festsetzung eines bestimmten Mahllohnes in einem Einzelfall im Auge haben, nicht dagegen die allgemeine Festsetzung von Mahllöhnen, die nicht unterschritten werden dürfen. Das ergibt sich einmal aus dem ganzen System der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, das neben einer gleichmäßigen Verteilung der beschränkten Vorräte den Schutz der Verbraucher gegen zu hohe Preise bezielt, dann aber insbesondere aus der zugehörigen Strafbestimmung, die lediglich das Fordern, Sich-versprechen oder Gewährenlassen von höheren als den festgesetzten Mahllöhnen unter Strafe stellt, während eine Strafbestimmung für das Unterbieten solcher Mahllöhne nicht besteht. Selbst wenn man aber die einschlägigen Bestimmungen der Reichsgetreideordnung (z. B. § 53 der RGO. 1920), wofür ihr Wortlaut immerhin sprechen könnte, dahin auffassen wollte, daß die Landesgetreidestelle schlechthin bindende Mahllöhne festsetzen könne, so würde sich ein solches Vorgehen praktisch doch deshalb nicht empfehlen, weil die Verhältnisse in den Kommunalverbänden sehr verschieden gelagert sind und der Mahllohn bald diese, bald jene Nebenleistungen in sich schließt. Bei dieser Sachlage mußte es den Mühlen überlassen bleiben, mit den Kommunalverbänden und den sonstigen Auftraggebern jeweils angemessene Mahllöhne zu vereinbaren. Den Wünschen der Mühlenorganisationen ist jedoch dadurch wenigstens teilweise Rechnung getragen worden, daß den Kommunalverbänden vom Staatsministerium für Landwirtschaft in den Vollzugsanweisungen zur RGO. für die Ernte 1920 der Landesrücklagenvertrag als Muster für den Abschluß ihrer Mühlenverträge empfohlen, und daß ihnen von der Landesgetreidestelle wiederholt nahegelegt wurde, angemessene Mahllöhne zu bewilligen, damit den Mühlen kein Anlaß gegeben werde, sich für unzureichende Bemessung des Mahllohnes anderweitig auf Kosten der Kommunalverbände und der Allgemeinheit schadlos zu halten.

Im Jahre 1915¹⁾ wurde als durchschnittlicher Mahllohn für mittlere Mühlenbetriebe für einzelne Versorgungsgebiete festgestellt:

Versorgungsgebiet	Mahllohn für den Doppelzentner	
	Weizen	Roggen
	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>
München	2,40	2,20
Oberbayerische Gebirgsämter . .	2,40	2,20
Schwaben	2,20	2,10
Bayerischer Wald	2,30	2,10
Mittelfranken	3,20	3,20
Unterfranken	2,40	2,20
Oberfranken	2,80	2,80
Pfalz	2,50	2,40

Hiernach sind die billigsten Mahllöhne in Schwaben, die höchsten in Mittelfranken bezahlt worden. Diese Erscheinung hat ihren Grund wohl darin, daß in Mittelfranken die Mühlenindustrie weniger entwickelt ist, dann aber auch, daß dort weniger günstige Wasserkräfte vorhanden sind als in Südbayern und deshalb vielfach — wenigstens aus-hilfsweise — mit Dampf, elektrischer Kraft oder auch mit Benzinmotoren u. dgl. gearbeitet werden muß, was gegenüber der Wasserkraft den Betrieb verteuert. Die billigeren Mahllöhne in Schwaben, die übrigens einen wesentlichen Unterschied von den übrigen Mahllöhnen in Südbayern nicht aufweisen, sind vor allem aus niedrigeren Arbeitslöhnen zu erklären. Die für das Jahr 1915 festgestellten Unterschiede sind in ungefähr gleichem Verhältnis auch im weiteren Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung geblieben. Nur insofern ist eine Verschiebung eingetreten, als jetzt im allgemeinen nicht mehr Mittel-franken, sondern die Pfalz die höchsten Mahllöhne aufzuweisen hat. Der Grund dafür ist in der infolge der Besatzung dort ganz besonders fühlbar gewordenen allgemeinen Teuerung zu suchen. Die niedrigsten Mahllöhne sind immer in Schwaben bezahlt worden. Das hat die Mühlen wiederholt veranlaßt, sich über Preisdrückerei der schwäbischen Kommunalverbände zu beklagen. Im Frühjahr 1920 ist es sogar zu einem Ansatz von

¹⁾ In der Vorkriegszeit betrug der Mahllohn 1,50 *ℳ* bis 2 *ℳ* für den Doppelzentner, Teilweise wurde auch unter diesen Sätzen gearbeitet.

Mühlenstreik gekommen, der aber alsbald beigelegt war. Eine Preisdrückerei seitens der schwäbischen Kommunalverbände liegt indessen nicht vor. Jeder Kommunalverband soll mit möglichst niedrigen Unkosten durchzukommen suchen, er wird zu diesem Zwecke von verschiedenen Mühlen Angebote einholen und im Wege des Verhandelns möglichst günstige Bedingungen zu erreichen trachten. Allerdings war der Zusammenschluß der Algäuer Kommunalverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft für die Mahllohnvereinbarungen besonders günstig. Daneben hat aber noch die zur Erklärung der niedrigeren Mahllöhne in Schwaben bereits erwähnte geringere Entlohnung der Mühlenarbeiter mitgewirkt; so betrug der Wochenlohn der Mühlenarbeiter ab 20. März 1922 nach einem Schiedsspruch vom 24. März 1922 im Tarifgebiet Augsburg 640 *ℳ*, im übrigen Schwaben Ortsklasse I 600 *ℳ*, Ortsklasse II 590 *ℳ*, gegenüber z. B. 670 *ℳ* in München-Stadt und Nürnberg, Ortsklasse I.

Während die Landesgetreidestelle in der ersten Zeit auf Grund mehr allgemein gehaltener Rundfragen die Selbstkosten der Mühlen zu ermitteln und auf dieser Grundlage und durch Vergleich mit den von der Reichsgetreidestelle zugebilligten Sätzen im Wege von Verhandlungen mit den Beteiligten den richtigen Mahllohn zu finden bestrebt war, wurden erstmals für die Monate Januar und Februar 1920 von insgesamt 18 Mühlen verschiedener Größen genaue Berechnungen der Selbstkosten nach Maßgabe eines besonderen Formblattes erhält. Dieses verlangte ziffermäßigen Aufschluß vor allem über folgende Einzelposten: Löhne einschließlich der für die Sozialversicherung aufzuwendenden Beträge, Aufwand für Betriebskraft (Wasser, Kohle, elektrischer Strom), für Fuhrwerk oder Kraftwagen, für Reparaturen und allgemeine Geschäftskosten, die Gehälter der Angestellten, Feuerversicherung, Steuer, Lagermiete und anderes einerseits, die gesamte vermahlene Getreidemenge im Vergleichszeitraum anderseits. Die Berechnungen wurden von der Landespreisstelle an Ort und Stelle an der Hand der Bücher nachgeprüft. Die so gefundenen Selbstkosten je Doppelzentner vermahlenden Getreides schwankten zwischen 3,94 *ℳ* und 12,83 *ℳ*. Sie ergaben im Durchschnitt für die günstiger arbeitenden Betriebe 5,52 *ℳ*, für die weniger günstig arbeitenden Betriebe 11,08 *ℳ*; für alle geprüften Betriebe ergab sich ein rechnerischer Durchschnittsselbstkostenbetrag von 8,20 *ℳ*. Verzinsung und Abschreibung waren dabei nicht berücksichtigt. Diese berechneten sich ganz verschieden, je nachdem man hierbei von dem Anschaffungswert, dem Buchwert oder dem Verkaufswert ausgehen wollte. Es wurden Durchschnittswerte von 1,77 *ℳ* je Doppelzentner bei Berücksichtigung der Anschaffungswerte, 1,23 *ℳ* bei Berücksichtigung der Buchwerte und 6,42 *ℳ* bei Berücksichtigung der damaligen Verkaufswerte gefunden, ein Beweis dafür, daß der Verkaufswert in Mark infolge der Geldentwertung schon Anfang 1920 fast das Vierfache des Anschaffungswertes betrug, während die Werte selbst nur mit etwa $\frac{2}{3}$ des Anschaffungswertes oder mit $\frac{1}{6}$ des Verkaufswertes zu Buche standen. Vom Standpunkt der notwendigen Erneuerung der Werte aus ist es verständlich, daß die Mühlen bestrebt sind, im Mahllohn möglichst Abschreibungen von den Jetztwerten zu erreichen, um Rückstellungen für notwendige Werkerneuerungen ansammeln zu können. Vom Standpunkt der Verbraucher kann jedoch so weit gespannten Forderungen nicht entsprochen werden.

Als Mahllohn wurden im ersten Landesrücklagenvertrag bei 94%iger Ausmahlung 2,60 *ℳ* für den Doppelzentner vereinbart. Später hat die Landesgetreidestelle neben dem Landesrücklagenvertrag mit einer Anzahl von Mühlen auch Mahlaufträge zur Herstellung von Kochmehl und Maismehl zur Brotstreckung geschlossen. Die letzteren Mahlaufträge werden für Rechnung der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, durchgeführt. Die Rechte aus dem Landesrücklagenvertrag werden zumeist auf Kommunalverbände übertragen, für deren Rechnung dann die Vermahlung erfolgt.

Die Entwicklung der Mahllöhne in Bayern seit dem Wirtschaftsjahr 1917/18¹⁾ stellt sich im wesentlichen — wie folgt — dar:

¹⁾ Bis dahin vgl. man die Abhandlung über „Brot- und Mehlpreise der bayerischen Kommunalverbände im Erntejahr 1915/16“ von Dr. Haselberger in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917.

Bei einem Mahllohn von 2,60 \mathcal{M} für die Landesrücklage bewegten sich die Mahllöhne der Kommunalverbände im Wirtschaftsjahr 1917/18 ungefähr in den Grenzen 2,50—3,00 \mathcal{M} für den Doppelzentner. Dieser Mahllohn schloß die üblichen Nebenleistungen, teilweise darüber hinaus auch die Zufuhr des Mehles zum Bäckerhaus in sich. Die Selbstversorgermahllöhne bewegten sich um 3 \mathcal{M} für den Doppelzentner.

Nach einem Rundschreiben der Landesgetreidestelle vom 23. August 1918 wurde ein Zuschlag von 20% zu dem zu Beginn des Wirtschaftsjahres geltenden Mahllohn für angemessen erachtet. Für die Landesrücklage wurde ein Mahllohn von 3 \mathcal{M} für den Doppelzentner gewährt, für die Kommunalverbände ein solcher von 3,00—3,60 \mathcal{M} , für die Selbstversorger von etwa 3,60 \mathcal{M} für den Doppelzentner empfohlen. Eine Erhöhung des Mahllohnes wurde notwendig, als durch Einführung des Achtstundentages bei im allgemeinen gleichbleibender Gesamtentlohnung des einzelnen Mühlenarbeiters zu einer gleich großen Leistung die Zahl der Mühlenarbeiter erhöht werden mußte. Da bis zur Einführung des Achtstundentags die sog. jourhabenden Mühlenarbeiter 12 Stunden, die Magazinarbeiter oder Lagerhalter dagegen 10 Stunden Arbeitszeit hatten, so mußten bei ersteren für die Folge statt zwei Arbeiter drei beschäftigt werden, was einer Mehrausgabe von 50% gleichkam; bei den Magazinarbeitern mußte die Zahl der Arbeiter um $\frac{1}{5}$ erhöht werden, was für deren Arbeitslohn eine Mehrausgabe von 20% ergab. Bei einem Mahllohn von 3 \mathcal{M} für den Doppelzentner traf je nach den Verhältnissen des Betriebs, insbesondere der Betriebs-einrichtung, 1,00—1,20 \mathcal{M} auf die Entlohnung der Arbeiter. Das Verhältnis der jourhabenden Mühlenarbeiter zu dem der Magazinarbeiter kann durchschnittlich mit 1:2 angenommen werden. Hiernach ergibt sich eine Erhöhung des Arbeitslohnes um $\frac{50 + 2 \times 20}{3} = 30\%$.

Die Einführung des Achtstundentags ergab schon allein durch den höheren Aufwand für die Mühlenarbeiter die Notwendigkeit einer Mahllohnsteigerung von 30—36 Pf. für den Doppelzentner Getreide. Sie verteuerte aber auch die übrigen Betriebsbedürfnisse der Mühlen. Diese Verteuerung war allerdings ziffermäßig nicht in gleicher Weise bestimmt zu erfassen wie die der Betriebskosten durch die Notwendigkeit der Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften in der Mühle selbst. Sie wurde auf Grund von Vergleichen in ungefähr gleicher Höhe angenommen. So kam man zu einer Erhöhung des Mahllohnes für die Landesrücklage auf 3,60 \mathcal{M} für den Doppelzentner mit Wirkung ab 1. Februar 1919. Für die Selbstversorgermühlen wurde, namentlich wo es sich um landwirtschaftliche Nebenbetriebe handelte, ein etwas niedrigerer Zuschlag (30 bis höchstens 60 Pf.) für den Doppelzentner für genügend befunden, weil für diese der Achtstundentag entweder überhaupt nicht eingeführt wurde oder doch sich nicht in gleicher Weise auswirkte wie für die größeren Mühlenbetriebe.

Mit Rundschreiben vom 18. August 1919 wurde eine Erhöhung des Mahllohnes der Kommunalverbände um 1,20 \mathcal{M} auf die zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1918/19 gewährten Mahllöhne, insbesondere zum Ausgleich des Achtstundentages und der Steigerung der Löhne und sonstigen Betriebsunkosten für angemessen erachtet. Dabei ist von einem Wochenarbeitslohn der Münchener Mühlenarbeiter von 86,60 \mathcal{M} ausgegangen worden. Für die Vermahlung von Selbstversorgergetreide wurde — je nachdem die Mühlen den Achtstundentag eingeführt hatten oder nicht — unter Zugrundelegung eines Wochenlohnes von 65 \mathcal{M} für den gelernten Mühlenarbeiter ein Zuschlag von 1,80—2,00 \mathcal{M} , bzw. 60—80 Pf. für angezeigt erklärt. Für die Landesrücklage wurde für das Wirtschaftsjahr 1919/20 ein Mahllohn von 4,60 \mathcal{M} für den Doppelzentner vereinbart. Von da an stiegen mit der fortschreitenden Geldentwertung die Mahllöhne rasch an. Verhandlungen, die am 8. Januar 1920 über eine Mahllohnerhöhung bei der Landesgetreidestelle stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, da die Landesgetreidestelle über einen Mahllohn von 6 \mathcal{M} für den Doppelzentner nicht hinausgehen wollte, die Vertreter der Mülerei dagegen schließlich als Mindest-

forderung einen Mahllohn von 7,10 M und außerdem eine Nachvergütung von 1,23 M für den Doppelzentner für die Vermahlung seit 1. Oktober 1919 verlangten. Nach Durchführung der bereits erwähnten Nachprüfung der Betriebskosten einer größeren Anzahl von Mühlen wurde durch Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 1. März 1920 der Mahllohn für die Bestände der Landesrücklage mit Wirkung vom 1. März 1920 entsprechend dem Antrag der Mühlen von 4,60 M auf 7,10 M für den Doppelzentner Getreide erhöht. Außerdem wurde zum Ausgleich der den Mühlen vom Sommer 1919 bis zum 1. März 1920 entstandenen ungedeckten Kosten der Mahllohn von 7,10 M auch für die Vermahlungen vom 1. Januar 1920 bis 1. März 1920 zugestanden. Dagegen wurde der Antrag auf Nachvergütung von 1,23 M für den Doppelzentner des vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1919 vermahlten Getreides der Landesrücklage abgelehnt. Der Mahllohn von 7,10 M war durch die Verhältnisse rasch überholt. Er wurde daher nach neueren Verhandlungen durch Rundschreiben der Landesgetreidestelle vom 21. April 1920 mit Wirkung vom 1. März 1920 auf 11,20 M festgesetzt. Außerdem wurde für die Bestände der Landesrücklage aus der Ernte 1919 zum Ausgleich der bei der letzten Mahllohnerhöhung nicht genügend berücksichtigten Lohnerhöhungen ein Zuschlag von 0,40 M für den Doppelzentner gewährt. Am 21. Mai 1920 wurde der Mahllohn für die Landesrücklage auf 12,70 M für den Doppelzentner bestimmt, wozu auch weiterhin die erwähnten 40 Pf. gewährt wurden, so daß insgesamt ein Mahllohn von 13,10 M galt. Mit Wirkung vom Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21 ab wurde der Mahllohn unter Wegfall des Zuschlags von 40 Pf. auf 13 M für den Doppelzentner festgesetzt. Am 26. Januar 1921 trat eine Erhöhung auf 13,50 M, am 16. August 1921 auf 16,50 M, am 1. Oktober 1921 auf 18 M, ab 1. Dezember 1921 auf 23,50 M, ab 1. Februar 1922 auf 31 M, ab 1. April 1922 auf 40 M, ab 16. Mai 1922 auf 45 M, ab 16. Juli 1922 auf 67,50 M für den Doppelzentner ein.

Den äußeren Anstoß zur Mahllohnerhöhung gaben in erster Linie die Erhöhungen der Löhne und Gehälter der Mühlenarbeiter und Mühlenangestellten, weil in diesen die fortschreitende Geldentwertung am sinnfälligsten in die Erscheinung tritt. Die Entwicklung der Arbeitslöhne im Tarifgebiet München ist in der nachfolgenden vom Verband Bayer. Handelsmühlen überlassenen Übersicht festgehalten.

Jahr	Vom	Taglohn M	Wochenlohn M	Jahr	Vom	Taglohn M	Wochenlohn M
1912	1. Januar	5,10	30,60	1920	7. Mai	23,70	142,20
	3. November	5,30	31,80		27. August	35,50	213,00
1913	1. Januar	5,30	31,80	1921	1. Januar	38,38	230,00
1914	1. Januar	5,30	31,80		14. Januar	38,38	230,00
1915	1. Januar	5,60	33,60		29. Juli	41,66	250,00
1916	1. Januar	5,90	35,40		9. September	45,66	274,00
1917	1. Januar	6,25	37,50		11. November	53,15	319,00
1918	30. Juni	7,90	47,40		4. Dezember	64,88	389,00
1919	1. Januar	9,10	54,60	1922	16. Januar	78,17	469,00
	8. Februar	9,10	54,60		16. Februar	86,50	519,00
	15. Juni	11,60	69,60		20. März	111,67	670,00
	7. September	13,71	82,62		5. Mai	146,66	880,00
1920	1. Januar	18,67	112,00		1. Juli	184,17	1 105,00 ¹⁾
	15. Februar	18,67	112,00				

Die Bewegung in den übrigen Tarifgebieten ging in ungefähr gleichem Maße nach oben.

Die Landesgetreidestelle hat es immer abgelehnt, schon vor Neuregelung der Arbeitslöhne die Zusicherung einer bestimmten Erhöhung der Mahllöhne zu geben, weil damit das Interesse der Mühlen, übertriebenen Lohnforderungen entgegenzutreten, entfallen oder stark herabgemindert worden wäre und der Lohnkampf bis zu einem gewissen Grade sich zwischen den Mühlenarbeitern und der Landesgetreidestelle abgespielt hätte. Sie hat aus

¹⁾ Hierzu kommt noch eine einmalige Zulage von 250 M, die mit Rücksicht auf die bereits gestellten neuen Lohnforderungen auf zwei Wochen verteilt werden mußte. Es ergibt sich dann ein Taglohn von 205 M und ein Wochenlohn von 1230 M.

diesen Gründen auch Schiedssprüche nicht für richtig halten können, die den Mühlenarbeitern höhere Löhne für den Fall oder von dem Zeitpunkt ab zuerkannt haben, wo der Mahllohn der Landesgetreidestelle entsprechend neu geregelt sei.

Bei Beurteilung der Auswirkung der Arbeitslöhne auf den Mahllohn wurde im allgemeinen davon ausgegangen, daß die durchschnittliche Tagesarbeitsleistung eines Mühlenarbeiters etwa der Vermahlung von 10 dz Getreide entspricht. Von den Mühlenvertretern wurde dagegen vorgebracht, daß diese Voraussetzung nur für größere Mühlen mit besonders guten Betriebseinrichtungen, insbesondere mit Geleiseanschluß, zutrefte, während sie für kleinere weniger gut eingerichtete Mühlen zu ungünstig sei. Diesen Einwänden ist zwar nicht jede Berechtigung abzusprechen. Die Landesgetreidestelle kann aber bei ihrer Mahllohnfestsetzung nicht von den ungünstigsten Verhältnissen ausgehen. Die übrige Betriebsverteuerung wird an der Hand von Feststellungen der beteiligten Mühlenorganisationen und teilweise unter Heranziehung der Mahllohnverhandlungen bei der Reichsgetreidestelle mehr schätzungsweise abgegolten, da eine ständige Nachprüfung der Mühlen an Ort und Stelle nicht möglich ist.

Da der Mahllohn für das Landesrücklagengetreide auch die Versicherung des Getreides gegen Brand- und Explosionsschäden in sich schließt, so ist auf ihn auch der Getreidepreis, nach dem der Versicherungswert sich bestimmt, von Einfluß. Wegen der besonderen Bedeutung der Feuerversicherung wird diese unten in einem eigenen Kapitel behandelt, auf das ergänzend verwiesen wird. Außerdem wird der Mahllohn auch durch den Ausmahlungsgrad beeinflusst. Je höher das Getreide ausgemahlen werden muß, desto mehr Arbeitsleistung und Kraftaufwand ist erforderlich. Bei niedrigerer Ausmahlung ist daher bei sonst gleichen Verhältnissen auch ein niedrigerer Mahllohn angemessen. Die Weizenvermahlung ist im allgemeinen für die Mühlen vorteilhafter als die Roggen- und Gerstenvermahlung, weil zur Vermahlung von Weizen weniger Zeitaufwand notwendig ist als zur Vermahlung der gleichen Menge Roggen oder Gerste und insbesondere bei Gerstenvermahlung auch die Mühleneinrichtung, vornehmlich die Seidengaze, stärker abgenützt wird. Bei gleichen Getreidearten wird das Auslandsgetreide von den Mühlen vorgezogen, da es besonders trocken und hart ist und wegen des feineren Balges und der Möglichkeit, es vor der Vermahlung zu netzen, eine höhere Mahlausbeute ergibt.

Neben dem Mahllohn für die Landesrücklage wurde — wie bereits erwähnt — bei längerer Dauer der Lagerung noch ein besonderes Lagergeld vergütet. Dieses betrug im Wirtschaftsjahr 1917/18 bei einer lagerfreien Zeit von 2 Monaten vom Empfang des Getreides bis zur Erteilung des Mahlauftrages 15 Pf. für den Doppelzentner und jeden weiteren angefangenen Monat, für 1918/19 20 Pf. für den Doppelzentner. Die gleiche Vergütung wurde gewährt, wenn Mehl von dem Tag ab, wo die Anzeige, daß die Vermahlung beendet sei, an den Empfangsberechtigten abgesandt wurde, länger als 6 Wochen auf Lager blieb. Ab 16. August 1919 wurde das Lagergeld unter Abkürzung der lagerfreien Zeit auf $1\frac{1}{2}$ Monate auf 20 Pf. für den Doppelzentner festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 1920/21 wurde das Lagergeld unter weiterer Herabsetzung der lagerfreien Zeit auf 1 Monat auf 30 Pf. für den Doppelzentner und für das Wirtschaftsjahr 1921/22 auf 40 Pf. für den Doppelzentner erhöht. Seit dieser Zeit ist das Lagergeld¹⁾ gleichgeblieben. Anträge auf Erhöhung sind jedoch von verschiedenen Seiten gestellt worden.

Außer dem Mahllohn und dem Lagergeld flossen den Mühlen noch gewisse Einnahmen aus dem sog. Überschußmehl zu. Die Mühlen waren nämlich bei der grundsätzlichen Verpflichtung, die ganze Mahlausbeute an den Empfangsberechtigten herauszugeben, berechtigt, für Gewichtsschwund auf dem Transport, während der Lagerung und für Mahlverlust einen gewissen Hundertsatz des ursprünglichen Eingangsgewichts anzusetzen. Nach dem ersten Landesrücklagenvertrag betrug dieser Satz 3 %. Das bei günstigen Verhält-

¹⁾ Im Wirtschaftsjahr 1922 wird ein gesondertes Lagergeld nicht mehr gewährt. Die Kosten der Lagerung werden im Mahllohn mit abgegolten.

nissen sich ergebende Überschußmehl wurde 1917/18 mit 30 \mathcal{M} , 1918/19 mit 38 \mathcal{M} für den Doppelzentner besonders vergütet. Dabei erhöht sich nach dem Lager- und Mahlvertrag für 1918/19 der zulässige Höchstschwund, soweit das Getreide länger als 2 Monate gelagert wurde, für jeden angefangenen weiteren Monat um $\frac{1}{2}\%$ bis zu höchstens 5%. Bei Getreide, das vor dem 1. November angeliefert wurde, durften statt 3% 4% Schwund berechnet werden. Der zulässige Höchstschwund betrug statt 5 v. H. 6 v. H. Nach dem Lager- und Mahlvertrag für 1919/20 ff. erhöhte sich der zulässige Schwund, wenn das Getreide länger lagerte als $1\frac{1}{2}$ Monate, für jeden angefangenen weiteren Monat um $\frac{1}{2}\%$ bis zum Höchstbetrag von 6%. Bei Getreide, das vor dem 1. November eingelagert wurde, durften 4% statt 3% berechnet werden. Die Vergütung für Schwundeinsparung wurde 1919/20 auf 45 \mathcal{M} , 1920/21 auf 90 \mathcal{M} für den Doppelzentner Mehl erhöht. Von 1921/22 an wurde mit dem Fortfall der Getreidebeschlagnahme von der Verpflichtung, Überschußmehl abzuliefern, abgesehen, da schon bis dahin wesentliche Mengen nicht abgeliefert wurden und bei der neugeschaffenen Lage eine Kontrolle über den Anfall von Überschußmehl kaum noch möglich gewesen wäre. Der zulässige Reinigungs-, Entkeimungs- und Mahlverlust wurde im Anschluß an die Sätze der Reichsgetreidestelle bei Inlandsgetreide allgemein auf 4 v. H., bei Auslandsweizen auf 1 v. H., bei Auslandsroggen auf 2 v. H. des Eingangsgewichts festgesetzt. Da jedoch die Landesgetreidestelle Nettolieferung des Mehles verlangt, die Mühlen der Reichsgetreidestelle dagegen brutto für netto liefern, so haben die Mühlen den Mahlverlust von 1% bei Auslandsweizen für ungenügend bezeichnet. Diesem Einwand konnte die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Es wurde daher bei Auslandsweizen der zulässige Mahlverlust mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab wieder auf 2% erhöht.

Für die künstliche Trocknung des Getreides, die nur mit Genehmigung der Landesgetreidestelle zulässig war, wurde den Vertragsmühlen 1918/19 1 \mathcal{M} , 1919/20 1,20 \mathcal{M} , 1920/21 im Hinblick auf die bedeutend gestiegenen Kohlenpreise 5 \mathcal{M} ¹⁾ für den Doppelzentner vergütet. Für das Wirtschaftsjahr 1921/22 ist eine Änderung trotz weiter gestiegener Kohlenpreise nicht beantragt worden. Bei dem besonders günstigen Erntewetter und dem Wegfall des Frühdruses hat im Wirtschaftsjahr 1921/22 zur künstlichen Trocknung nirgends ein Anlaß bestanden.

Die Mahllöhne der Reichsgetreidestelle sind bis einschließlich 1920/21 nach der Durchschnittsbeschäftigung im betreffenden Jahr gestaffelt gewesen. Ihre Höhe ist, in Mark für die Tonne vermahlenen Getreides ausgedrückt, für 1920/21 aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen:

Beschäftigung %	\mathcal{M}	Beschäftigung %	\mathcal{M}	Beschäftigung %	\mathcal{M}	Beschäftigung %	\mathcal{M}	Beschäftigung %	\mathcal{M}	Beschäftigung %	\mathcal{M}
über 150	110,00	91	126,00	76	133,00	61	140,50	46	156,80	31	175,70
150—141	114,00	90	126,40	75	133,50	60	141,00	45	158,00	30	177,00
140—131	115,00	89	126,80	74	134,00	59	142,10	44	159,20	29	178,40
130—121	117,20	88	127,40	73	134,50	58	143,20	43	160,40	28	179,80
120—111	118,80	87	127,80	72	135,00	57	144,30	42	161,60	27	181,20
110—101	120,40	86	128,30	71	135,50	56	145,40	41	162,80	26	182,60
100	122,00	85	128,70	70	136,00	55	146,50	40	164,00	25	184,00
99	122,40	84	129,20	69	136,50	54	147,60	39	165,30	24	185,40
98	122,90	83	129,60	68	137,00	53	148,70	38	166,80	23	186,80
97	123,30	82	130,10	67	137,50	52	149,80	37	167,90	22	188,20
96	123,80	81	130,50	66	138,00	51	150,90	36	169,20	21	189,60
95	124,30	80	131,00	65	138,50	50	152,00	35	170,50	20	
94	124,70	79	131,50	64	139,00	49	153,20	34	171,80	u. weniger	191,00
93	125,10	78	132,00	63	139,50	48	154,40	33	173,10		
92	125,60	77	132,50	62	140,00	47	155,60	32	174,40		

¹⁾ Für die Ernte 1922 wurde von den Mühlen zunächst ein Trocknungslohn von 35 \mathcal{M} für den Doppelzentner Getreide gefordert.

Diese Mahllöhne galten für die Mühlen mit einer durchschnittlichen Friedensbeschäftigung von 1—9 Tonnen.

Sie verminderten sich für die Größenklasse

10— 49 t	um 1 M	200—249 t	um 5 M
50— 99 t	" 2 "	250—299 t	" 6 "
100—149 t	" 3 "	300—349 t	" 7 "
150—199 t	" 4 "	350 t u. mehr	" 8 "

Bei Verschrotung ermäßigte sich der jeweilige Satz um 3 M.

Diese Staffelmahllöhne, bei denen zunächst nur ein vorschüsslicher Mahllohn gezahlt werden konnte und die endgültige Abrechnung bis nach Ablauf des Wirtschaftsjahres zurückgestellt werden mußte, hatten wirtschaftlich insofern viel für sich, als durch sie ein gewisser Ausgleich für bessere oder weniger gute Beschäftigung geschaffen wurde. Für die bayerischen Verhältnisse waren Staffelmahllöhne nicht geeignet, weil die von der Landesgetreidestelle beschäftigten Mühlen nebenher und überwiegend für die Kommunalverbände und da wieder für ganz verschiedene Kommunalverbände arbeiteten.

Zu den zu Beginn des Wirtschaftsjahres festgelegten Sätzen ist nach einem Rundschreiben der Reichsgetreidestelle vom 31. Mai 1921 ein Mahllohnzuschlag von 10 M für die Tonne für die gesamte Jahresvermahlung festgesetzt worden.

Mit der Umstellung der Getreidebewirtschaftung von der eigentlichen Zwangswirtschaft zum Umlageverfahren ist auch bei den Reichsgetreidemühlen die bisherige Entlohnung nach dem Grade der Beschäftigung in Wegfall gekommen, da jetzt die Mühlen neben bewirtschaftetem Getreide auch freies Getreide vermahlen. Zunächst wurde ein Mahllohn von 160 M für die Tonne vergütet; dieser wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 auf 210 M und mit Wirkung vom 1. März 1922 auf 330,50 M, vom 19. April 1922 auf 391 M, vom 15. Juni 1922 auf 520 M¹⁾ für die Tonne erhöht.

Für den Vergleich der Mahllöhne der Reichsgetreidestelle mit den bayerischen Mahllöhnen ist zu bemerken, daß den von der Reichsgetreidestelle beschäftigten Mühlen seit dem Wirtschaftsjahr 1920/21 die Versicherung der Vorräte gegen Brandschaden erlassen ist, ferner daß das bis dahin bezahlte Pauschallagergeld von 8 M für die Tonne, ebenso die besondere Vergütung des Überschußmehles unter Erhöhung der Gesamtausbeute um 2% unbeschadet der Verpflichtung, solches Überschußmehl an die Reichsgetreidestelle abzuliefern, in Fortfall gekommen ist. Weiter ist zu beachten, daß die bayerischen Mühlen während der eigentlichen Zwangswirtschaft mit 60—80% ihrer Friedensleistung²⁾ und als bei erhöhter Ration später noch eine Sonderration in Kochmehl gewährt wurde, in noch höherem Maße beschäftigt waren. Diese verhältnismäßig gute Beschäftigung ist darauf zurückzuführen, daß die Landesgetreidestelle mit Erfolg bemüht war, den bayerischen Fehlbedarf von der Reichsgetreidestelle nicht in Mehl, sondern in Körnern geliefert zu erhalten. Dadurch kamen namentlich in den letzten Jahren in Bayern große Mengen Auslandsgetreide zur Vermahlung. Von Bedeutung ist auch, daß die bayerischen Mühlen in der Hauptsache mit Wasserkraft arbeiten und daher für sie die für Dampfmühlen durch die stark gestiegenen Kohlenpreise eingetretene Betriebsverteuerung nicht in gleicher Weise

¹⁾ Die Mühlen haben sich mit diesem Mahllohn nicht begnügt, vielmehr die Entscheidung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft angerufen.

²⁾ Nach den Erhebungen bei den sog. Überschußmühlen, d. i. den Mühlen mit einer jährlichen Friedensleistung von mindestens 5000 dz., waren diese im Durchschnitt beschäftigt:

1915/16	zu 77,8 %	der jährlichen Friedensleistung
1916/17	" 79,5 %	" "
1917/18	" 81,0 %	" "
1918/19	" 64,1 %	" "
1919/20	" 64,2 %	" "
1920/21	in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres	zu 70,0 %

fühlbar geworden ist. Freilich wird dieser Vorteil teilweise dadurch aufgehoben, daß die bayerischen Wassermühlen meist Geleiseanschluß entbehren und oft große Wege zur nächsten Bahnstation zurückzulegen haben, was einen erhöhten Aufwand für Arbeitskräfte und Gespanne notwendig macht. Die bereits erwähnte Überprüfung der Unkosten einer Anzahl von Mühlen im Wirtschaftsjahr 1919/20 hat gezeigt, daß eine mit elektrischer Kraft betriebene Mühle mit Geleiseanschluß einen günstigeren Unkostensatz gehabt hat als Wassermühlen mit ungefähr gleicher Größe und Beschäftigung. Eine Reihe kleiner, insbesondere nordbayerischer und pfälzischer Mühlen hat namentlich seit dem regenarmen Sommer 1921 zum Ausgleich für die von ihnen aushilfsweise verwendete motorische Kraft von den Kommunalverbänden Zuschläge zum Mahllohn der Landesgetreidestelle in Höhe von 4 M und mehr für den Doppelzentner verlangt und teilweise auch zugebilligt erhalten. Einen weiteren Vorteil gegenüber dem bayerischen Landesrücklagenvertrag bieten die Mahlverträge der Reichsgetreidestelle den Mühlen dadurch, daß die Landesgetreidestelle Nettolieferung des Mehles verlangt, während die Reichsgetreidemühlen das Mehl brutto für netto liefern. Dieser Unterschied ist namentlich mit der seit Einführung des Umlageverfahrens eingetretenen Überlassung des Überschußmehles zur freien Verwertung insofern von wesentlicher finanzieller Bedeutung geworden, als das Überschußmehl von den Mühlen zum freien Marktpreis veräußert werden kann. Da das ungefähre Durchschnittsgewicht neuer 100 kg fassender Mehlsäcke mit 655 g anzunehmen ist und bei gleicher Schwundvergütung gegenüber der Nettolieferung von der Mühle eine Einsparung in Höhe des Sackgewichts gemacht wird, so ergibt sich hieraus je nach der Ausmahlung und der Höhe des Mehlpreises bei sonst gleichen Verhältnissen eine wesentliche Besserstellung der Vertragsmühlen der Reichsgetreidestelle gegenüber den Vertragsmühlen der Bayer. Landesgetreidestelle. In einem Artikel in der Süddeutschen Mühlenzeitung Nr. 14 vom 6. April 1922 ist der Nutzen der Bruttosackung für die Mühlen mit 40 M auf die Tonne vermahlenden Getreides angenommen. Wie dieser Betrag gefunden ist, läßt sich dem Artikel nicht entnehmen. Der Ausschuß der Bayer. Mülerei in München hat in einer Eingabe an die Landesgetreidestelle um Mahllohnerhöhung vom 30. März 1922 die Besserstellung der Reichsgetreidemühlen aus der Brutto- für Nettoverwiegung unter Annahme einer Einsparung von 0,6545 kg Mehl = 0,77 kg Getreide und einem Preis von 1300 M für den Doppelzentner Inlandsroggen, 1660 M für den Doppelzentner Inlandsweizen und 1750 M für den Doppelzentner Auslandsweizen auf 10,01 M bzw. 12,78 M und 13,47 M je 100 kg Getreide, bei 70%igem Weizenkochmehl und einer Getreideeinsparung von 0,935 kg auf 15,52 M je 100 kg Getreide errechnet. Von der erwähnten Annahme des Nutzens der Bruttosackung mit 40 M weicht diese Berechnung stark ab. Sie ist in ihren Unterlagen für jenen Zeitpunkt im wesentlichen richtig, führt aber zu einem falschen Ergebnis, weil nicht bei 100 kg Getreide, sondern erst bei 100 kg Mehl 0,6545 kg Mehl eingespart werden. Der Geldvorteil von z. B. rund 10 M bei 85%iger Ausmahlung des Roggens ergibt sich demnach nicht auf 100 kg, sondern auf $\left(\frac{100 \times 100}{85} = \right)$ rund 118 kg Getreide. Für 100 kg Getreide mindert sich der Vorteil auf $\left(\frac{10 \times 100}{118} = \right)$ 8,47 M. Bei 85%iger Ausmahlung von Weizen ermäßigt sich der vom Verband Bayer. Handelsmühlen errechnete Einsparungsbetrag von 12,78 M auf rund 10,80 M. Bei 70%iger Ausmahlung sind zu 100 kg Mehl rund 143 kg Getreide nötig. Die genannte Einsparung von 15,52 M tritt daher nicht schon bei 100 kg, sondern erst bei 143 kg Getreide ein. Für 100 kg berechnet sie sich auf $\left(\frac{15,52 \times 100}{143} = \right)$ rund 10,80 M. Bei Auslandsweizen ergibt sich, da dieser etwa mit 17,50 M je kg angenommen werden kann, eine Einsparung von rund 11,10 M.

Eine weitere Besserstellung der Mühlen der Reichsgetreidestelle haben die bayerischen Mühlen auch darin gesehen, daß den ersteren nach Freigabe der Kleie-

wirtschaft die Verwertung des Nachmehls und der Kleie gegen eine bestimmte Vergütung übertragen worden ist. Nach einem Rundschreiben der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, vom 29. Dezember 1921 an ihre Vertragsmühlen wurde der Verkaufspreis für die Kleie auf 260 \mathcal{M} für den Doppelzentner festgesetzt. Hiervon waren 234 \mathcal{M} an die Reichsgetreidestelle abzuführen. Da 100 kg Getreide bei 85%iger Ausmahlung und einem Schwundverlust von 4% 11 kg Kleie ergeben, so beträgt der Verkaufsnutzen der Mühlen $11 \times 0,26 \mathcal{M} = 2,86 \mathcal{M}$. Rechtlich hat die Kleieverwertung durch die Mühle mit dem Mahlvertrag nichts zu tun. Es liegt vielmehr eine neben diesem laufende Vereinbarung vor, wonach die Mühlen im Namen und für Rechnung der Reichsgetreidestelle die Kleie zu bestimmten Bedingungen verkaufen und für diese Tätigkeit ein besonderes Entgelt erhalten. Wirtschaftlich ist freilich die Anschauung der bayerischen Mühlen, daß darin eine gewisse Mahllohnerhöhung liege, nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Landesgetreidestelle hat es abgelehnt, ihren Vertragsmühlen gleichfalls die Verwertung der Kleie zu überlassen, da sie diese Art der Kleieverwertung weit unter dem jeweiligen Marktpreis (dieser betrug im März 1922 mehr als das Dreifache des Kleieverkaufspreises der Reichsgetreidestelle) ohne entsprechende Verteilungsregelung für wirtschaftlich verfehlt erachtet hat, weil damit der Zweck, der Landwirtschaft entsprechend ihrer Ablieferung von Umlagengetreide auch wieder billige Kleie zuzuführen, nicht erreicht werden kann, aber leicht mit der billigen Kleie auf Kosten der Allgemeinheit Geschäfte gemacht werden. Andererseits waren die bayerischen Mühlen — abgesehen von dem wenigstens dem größten Teil der Mühlen zukommenden Vorteil der billigen Wasserkraft — insofern besser gestellt, als ihnen neben dem Mahllohn bei längerer Lagerung noch ein gesondertes Lagergeld von 40 Pf. für den Doppelzentner zukam und bei Auslandsweizen ein Schwund- und Verstaubungsverlust von 2% gegenüber 1% bei der Reichsgetreidestelle zugestanden ist. Dieses 1 kg ergibt, da auf 100 kg Getreide 85 kg Mehl netto gesackt abgeliefert werden müssen, nur eine Einsparung an Kleie, in Geld ausgedrückt also im März 1922 8 bis 9 \mathcal{M} auf 100 kg Getreide. Hierdurch wird bei Auslandsweizen der Vorteil der Reichsgetreidemühlen aus der Brutto- für Nettosackung des Mehles zum größeren Teile wieder beseitigt. Außerdem wird den Reichsgetreidemühlen auch bei längerer Lagerung ein höherer Schwund und Verstaubungsverlust als 4 bzw. 2 und 1% nicht zugestanden, während nach dem bayerischen Vertrag die Schwundvergütung bei längerer als zweimonatiger Lagerdauer sich für jeden weiteren Monat um $\frac{1}{2}\%$ bis zu höchstens 6% erhöht. Bei längerer Lagerdauer sind also in dieser Hinsicht die Vertragsmühlen der Landesgetreidestelle günstiger gestellt als die der Reichsgetreidestelle. Bei viermonatiger Lagerung ergibt sich für die bayerischen Mühlen eine Schwunderhöhung um 1%. Es verbleibt ihnen sohin 1 kg Kleie mehr. Dadurch wird bei Roggen der Vorteil der Bruttosackung völlig, bei Inlandsweizen nahezu vollständig ausgeglichen; bei Auslandsweizen sind die Vertragsmühlen der Landesgetreidestelle in diesem Falle besser gestellt als die Reichsgetreidemühlen. Bei gleicher Lagerdauer fällt auch bereits ein Lagergeld von 1,20 \mathcal{M} an. Ein weiterer geldlicher Vorteil liegt auf seiten der bayerischen Mühlen darin, daß diese für die Mehlsäcke Leihgebühren berechnen können, während die Vertragsmühlen der Reichsgetreidestelle die Mehlsäcke leihfrei zu stellen haben. Rechnet man diese Gebühr auf nur 80 Pf. für den 100 kg-Sack, so ergibt sich auf 100 kg Getreide bei 85%iger Ausmahlung eine Mehreinnahme der bayerischen Mühlen von 68 Pf.

Stellt man den Mahllohn der Landesgetreidestelle mit 40 \mathcal{M} für den Doppelzentner, wie er mit Wirkung vom 1. April 1922 bezahlt worden ist und den zu dieser Zeit geltenden Mahllohn der Reichsgetreidestelle mit 33,05 \mathcal{M} bei einer viermonatigen Lagerdauer des Getreides, wie sie um die Mitte des Wirtschaftsjahres, wo die größten Vorräte vorhanden sind, meist erreicht wird, gegenüber, so ergibt sich bei 85%iger Ausmahlung folgendes Bild:

	Reichsgetreidestelle			Landesgetreidestelle		
	Roggen	Inlands- weizen	Auslands- weizen	Roggen	Inlands- weizen	Auslands- weizen
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Mahllohn	33,05	33,05	33,05	40,00	40,00	40,00
hiervon ab: Kosten der Feuer- versicherung	—	—	—	— 1,30	— 2,10	— 2,10
+ Mehlsackleihgebühr	—	—	—	+ 0,68	+ 0,68	+ 0,68
+ Vorteil der Brutto- für Netto- sackung	+ 8,50	+ 10,80	+ 11,40	—	—	—
+ Wert der Kleieinsparung durch höheren Schwund	—	—	—	+ 9,00	+ 9,00	+ 18,00
+ Lagergeld	—	—	—	+ 1,20	+ 1,20	+ 1,20
zusammen	41,55	43,85	44,45	49,58	48,78	57,78
Rechnet man dazu noch die Verkaufvergütung für 11 bzw. 13 kg, so ergibt sich ein Mehr um	+ 2,86	+ 2,86	+ 3,38	—	—	—
zusammen	44,41	46,71	47,83	49,58	48,78	57,78

Bei viermonatiger Lagerdauer sind also die bayerischen Mühlen nicht schlechter, sondern besser gestellt als die Vertragsmühlen der Reichsgetreidestelle. Freilich ist der Vergleich insofern nicht ganz zutreffend, als die Mahllohnverhandlungen bei der Reichsgetreidestelle bereits am 3. März, die bei der Landesgetreidestelle erst am 7. April 1922 stattgefunden haben, die letzteren daher auch die weitere besonders starke Teuerung des Monats März 1922 berücksichtigen. Würde man dem Mahllohn der Reichsgetreidestelle den Märzmahllohn der Bayerischen Landesgetreidestelle mit 31 ℳ gegenüberstellen, so ergäbe sich, abgesehen vom Auslandsweizen, bei den bayerischen Mühlen ein niedrigerer Betrag. Die viermonatige Lagerdauer für Getreide kommt auch der allgemeinen Höchstlagerdauer nahe; für den Durchschnitt ergibt sich wohl eine geringere Lagerdauer. Das Lagergeld und die Erhöhung des Lagerschwundes laufen nur bis zur Erteilung des Mahlauftrags. Für Mehl kommt neuerdings eine lagergeldfreie Zeit in Betracht. Bei der starken Nachfrage nach Kleie kann freilich für die Vertragsmühlen der Reichsgetreidestelle, ohne daß die Mühlen ihre Absicht hierauf einzustellen brauchen, die Überlassung der Kleie zum vorgeschriebenen Preis auch sonst Geschäftsvorteile, z. B. entgegenkommende Angebote in Getreide, Lieferung bevorzugter Qualitäten usw., bedeuten, die unter Umständen stark ins Gewicht fallen können.

Nach den bisherigen Ausführungen sind Vergleiche zwischen den Mahllöhnen der Landesgetreidestelle und der Reichsgetreidestelle nur unter Berücksichtigung aller Verhältnisse möglich und geben selbst dann kein ganz zuverlässiges Bild. In Bayern treten als Auftraggeber der Mühlen die Kommunalverbände in den Vordergrund. Die Verträge der Kommunalverbände weichen aber auch in dem Punkt, der besonders eingehend behandelt worden ist, nämlich in dem Verlangen der Nettosackung des Mehles, zum Teil von dem Vertrag der Landesgetreidestelle ab. Eine Reihe von Kommunalverbänden gestatten den Mühlen ebenfalls Brutto- für Nettolieferung.

Abschließend ergibt sich, daß die bayerischen Mühlen während der öffentlichen Getreidebewirtschaftung im Mahllohn durchaus nicht so ungünstig gestellt waren, wie sie bei den Mahllohnverhandlungen durch ihre Vertreter wiederholt betont haben. Wenn sie die Mahllöhne der Reichsgetreidestelle nicht immer erreicht haben, so sind sie dafür durch bessere Beschäftigung schadlos gehalten worden. In der nachdrücklichen erfolgreichen Vertretung der Forderung, daß der bayerische Fohlbedarf von der Reichsgetreidestelle in Körnern geliefert werden müsse, hat die Landesgetreidestelle den bayerischen Mühlen einen besseren Dienst erwiesen, als wenn sie im Mahllohn, wo auf die Verbraucherbelange die notwendige Rücksicht genommen werden mußte, mehr entgegengekommen wäre, dafür sich aber von der Reichsgetreidestelle statt Körnern hätte Mehl liefern lassen. Außerdem ist bei diesem Verfahren die Kleie nach Bayern gekommen, was

bei der allgemeinen Futtermittelnot nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Verbraucher wichtig war. Der Ausschuß der Bayerischen Müllerei hat die erfolgreiche Arbeit der Landesgetreidestelle in der Frage der Körnerbelieferung Bayerns auch wiederholt anerkannt.

18. Feuer- und Transportversicherung des Getreides.

Einen nicht unwesentlichen Posten in der Berechnung des Mahllohnes bilden die Kosten der Feuerversicherung, die, wie oben bereits ausgeführt, nach dem Landesrücklagenvertrag den Vertragsmühlen obliegt und im Mahllohn mit abgegolten ist. Die Aufwendungen für diese Versicherung gingen von Jahr zu Jahr schon deshalb bedeutend in die Höhe, weil die Getreidewerte immer größer wurden. Es haben aber auch die Prämiensätze selbst im Verlauf der Zeit eine starke Erhöhung erfahren, oder es sind sogenannte Unkostenzuschläge dazu gekommen. Die Prämiensätze für die Mühlen weichen in der Höhe erheblich voneinander ab. Sie sind abgestuft nach den besonderen Verhältnissen des versicherten Betriebs, insbesondere nach der Art der Lagerung des versicherten Getreides, nach den Feuerschutzvorrichtungen und ganz besonders nach der Zahl der Walzenstühle. Je größer diese ist, desto höher wird das Risiko bewertet und desto höher ist demzufolge bei sonst gleichen Verhältnissen der Prämiensatz, der von dem betreffenden Betrieb zu bezahlen ist. Nach einer Feststellung der Südbayerischen Mühlenvereinigung betrug die Versicherungssumme für die Vorräte der Landesrücklage, der Kommunalverbände und der Lebensmittelstelle nach dem Stande vom März 1921 in den 11 der genannten Vereinigung angehörigen Mühlen insgesamt 85 447 000 \mathcal{M} . Die Höchstprämie betrug 16,2 ‰, die niedrigste 1 ‰ für Getreide auf einem besonderen von der Mühle getrennten Lager, wozu noch der Unkostenzuschlag und die Stempelgebühren mit rund 0,9 ‰ kamen. Die Höchstdurchschnittsprämie betrug 10,8 ‰, die niedrigste Durchschnittsprämie 5,04 ‰. Die durchschnittliche Versicherungsprämie betrug für die 11 Betriebe 6,45 ‰, der Gesamtprämienbetrag 551 227 \mathcal{M} . Bei einem Versicherungsbetrag von 6,45 ‰ trafen auf den Doppelzentner Brotgetreide, wenn dieser einschließlich Spesen mit rund 180 \mathcal{M} angenommen wird, 1,16 \mathcal{M} Versicherungsprämie. Das ist ungefähr der 12. Teil des zu dieser Zeit bezahlten Pauschalmahllohnes von 13,50 \mathcal{M} .

Beiden hohen Versicherungswerten gelang es der führenden Feuerversicherungsgesellschaft nicht immer, die von den Mühlen und Lagerhaltern eingelaufenen Nachversicherungsanträge sofort und rechtzeitig unterzubringen. Dadurch waren die Mühlen nicht selten für größere Beträge vorübergehend ohne Deckung. Außerdem mußten die größeren Mühlen mit einer Reihe von Versicherungsgesellschaften Versicherungsverträge eingehen, weil das ganze Risiko bei einer Gesellschaft nicht untergebracht werden konnte. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich aus § 13 der allgemeinen Versicherungsbedingungen, welcher lautet: „Der Versicherer ist, auch wenn die Versicherungssumme höher ist als der Versicherungswert im Zeitpunkt des Eintretens des Versicherungsfalles nicht verpflichtet, dem Versicherungsnehmer mehr als den Betrag des Schadens zu ersetzen, gegen welchen Versicherung gewährt ist, und zwar unter Zugrundelegung des Wertes der Sache zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles“. Diese Bestimmung will verhüten, daß jemand durch einen Schadenfall bereichert und dadurch das Risiko des Versicherers erhöht wird. Für die Verhältnisse, wie sie sich im Verlauf der öffentlichen Getreidebewirtschaftung herausgebildet haben, bedurfte sie notwendig einer Einschränkung. Zunächst mußte hiernach der Brandtagswert auf Grund des zur Zeit des Brandfalles geltenden Höchstpreises ermittelt werden. Dieser Höchstpreis hat aber im Verlauf des Wirtschaftsjahres wiederholt dadurch eine Herabsetzung erfahren, daß zur Förderung der raschen Ablieferung zu bestimmten Zeitpunkten ein Preisabschlag eintrat, oder, daß zunächst zu dem Höchstpreis Lieferungszuschläge (Frühdruschprämien) gewährt wurden, die nach Ablauf bestimmter Termine in Wegfall kamen. Die Durchführung des § 13 hätte dazu geführt, daß in allen Fällen, wo zu höheren Preisen

hereingenommenes oder mit Frühdruschprämien belastetes Getreide durch Brand vernichtet oder beschädigt wurde, der Versicherungsnehmer vom Versicherer keinen vollen Ersatz für das beschädigte oder vernichtete Getreide erhalten hätte. Der Gedanke der genannten Bestimmung, daß der Versicherungsnehmer sich die vernichteten Vorräte zum Brandtagswert beschaffen kann und daher auch, wenn ihm nur dieser — nicht der Einstandspreis — vergütet wird, genügend schadlos gehalten ist, trifft für die Getreidezwangswirtschaft deshalb nicht zu, weil die Preisbildung nicht nach Angebot und Nachfrage erfolgt und alles Getreide beschlagnahmt ist. Eine Mühle kann auf gesetzlichem Wege Ersatz des Getreides in Natur überhaupt nicht beschaffen. Aber auch die Landesgetreidestelle konnte mit Frühdruschprämien belastetes Getreide nach Wegfall der Prämie nicht ohne weiteres durch billigeres Getreide ersetzen. Vielmehr konnte wenigstens in den letzten Jahren ein Ersatz nur in Auslandsgetreide stattfinden, weil das von Bayern aufgebrachte Inlandsgetreide zur Deckung seines Bedarfs ohnehin nicht ausreichte. Das Auslandsgetreide hat sich aber im Preis wesentlich höher gestellt als das Inlandsgetreide. Der Grundgedanke des § 13 traf daher für diesen Fall gar nicht zu. Es hat langer Verhandlungen bedurft, bis die Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privatfeuerversicherungsgesellschaften schließlich ihr Einverständnis damit erklärt hat, daß sie in Schadenfällen bei Ermittlung des Brandtagswertes die auf das beschädigte Getreide aufgewendeten Frühdruschkosten, ferner auch die angefallenen Lagergelder, Zinsen, Fuhr- und Trocknungslöhne berücksichtigen werde, wobei jedoch bedungen wurde, daß das vermahlene Getreide und die Abgänge vom Lager stets von den ältesten Eingängen abgeschrieben werden.

Diese zum Teil wenig erfreulichen Verhältnisse haben im Zusammenhalt mit den hohen Prämiensätzen auf den Gedanken gebracht, das ganze öffentlich bewirtschaftete Getreide durch die Landesgetreidestelle versichern zu lassen. In diesem Zusammenhalt ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Versicherung bei der Bayerischen Versicherungskammer, Abteilung für Brandversicherung, bzw. dem bei dieser ins Leben gerufenen Feuerversicherungsverband untergebracht werden könne. Versicherungsobjekt sollten alles in die öffentliche Hand gebrachte Getreide und die daraus hergestellten Erzeugnisse sein, gleichgültig, wer jeweils Eigentümer oder Besitzer dieser Vorräte war. Das Getreide hätte als versichert zu gelten gehabt von dem Augenblick an, wo es in die öffentliche Hand gebracht war, bis zu dem Augenblick, wo es im ursprünglichen Zustand oder nach Verarbeitung die öffentliche Hand wieder verlassen hat, also z. B. von dem Augenblick an, wo das Getreide vom Landwirt dem amtlich bestellten Aufkäufer übergeben war, bis zum Augenblick, wo es der Kommunalverband als Mehl an einen Bäcker oder Mehlhändler zur Abgabe an die Verbraucher verkauft und übergeben hat. Die Versicherung hätte alle Brandschäden, auch die mittelbaren durch Löscharbeiten oder Rauch verursachten zu umfassen gehabt. Bei der Ermittlung des Brandtagswertes hätten auch etwa verauslagte Frühdruschprämien, die Erfassungskosten, Fracht und sonstige Spesen, bei Mehl auch der Mahllohn, berücksichtigt werden müssen. Die Versicherungsprämien wären für alle in die öffentliche Hand gebrachten Getreidemengen zu bezahlen gewesen.

Die allgemeinen Vorteile einer solchen Versicherung liegen auf der Hand, wenn man sich die Nachteile der bisherigen Versicherungsart vergegenwärtigt. Das Getreide kommt unregelmäßig heran. Damit die Mühlen oder Lagerhalter auf alle Fälle gedeckt sind, müssen sie die Versicherung im vorhinein für die voraussichtlich zu erwartenden Höchstgetreidemengen nehmen. Diese Höchstgetreidemengen werden in vielen Fällen überhaupt nicht oder erst geraume Zeit nach dem Versicherungsabschluß erreicht und sind dann vielfach nur ganz vorübergehend auf Lager. Es werden daher Risiken versichert, die gar nicht bestehen oder es werden solche doch für eine längere als die tatsächliche Lagerdauer des Getreides versichert. Das Getreide wechselt nicht selten in der Zeit der kürzesten Versicherungsdauer den Besitzer und muß wiederholt versichert werden. Wird die Ver-

sicherung nicht frühzeitig beantragt, so besteht die Gefahr, daß die nötige Deckung im Augenblick des Eintreffens der Vorräte nicht vorhanden ist. Daß schließlich durch die Beteiligung einer großen Anzahl von Versicherungsgesellschaften an den Einzelversicherungen und den dadurch bedingten Abschluß zahlreicher Verträge erhebliche Verwaltungskosten entstehen, liegt auf der Hand. Bei Versicherung des ganzen öffentlich bewirtschafteten Getreides im Sinne der vorstehenden Ausführungen durch eine zentrale Bewirtschaftungsstelle oder den Staat kann es zunächst niemals vorkommen, daß Getreide oder Getreideerzeugnisse in der öffentlichen Hand auch nur für kurze Zeit unversichert wären. Es würde weiter die Versicherung von Leerrisiken in Wegfall kommen. Verwaltungskosten würden bei der großen Vereinfachung, die eine solche Versicherung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten würde, nur im allergeringsten Umfang entstehen. Der Umstand, daß in diesem Fall die Prämien aus dem ganzen Wert des im Laufe des Wirtschaftsjahres in die öffentliche Hand gebrachten Getreides zu bezahlen wären, während jetzt nur die Summe der Höchstmengen versichert zu sein braucht, die bei den einzelnen Eigentümern und Besitzern zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden sind, müßte durch eine entsprechend niedrigere Bemessung der Prämie ausgeglichen werden. Tatsächlich sind von dem während eines Wirtschaftsjahres erfaßten Getreide immer nur Teilmengen wirklich auf Lager, weil fortgesetzt Getreide erworben und gleichzeitig verbraucht wird. Im allgemeinen stiegen in der Zeit der Getreidebeschlagnahme in der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres die Vorräte an, weil die Erfassung größer war als der Verbrauch, während sie in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres mit dem Rückgang der Erfassung sich mehr und mehr minderten und insbesondere in den letzten Monaten stark abfielen. Durchschnittlich kam eine Lagerdauer von etwa 3 Monaten in Betracht. Die Prämie hätte demnach, wenn sie von dem ganzen während des Wirtschaftsjahres in die öffentliche Hand gebrachten Getreide erhoben worden wäre, auf etwa $\frac{1}{4}$ der sonst üblichen Prämie oder wenn man die oben gefundene Zahl von $6,45\text{‰}$ berücksichtigt, auf etwa $1\frac{1}{2}\text{‰}$ herabgemindert werden müssen. Das Umlageverfahren hat wenigstens in Bayern, wo die Umlage über Erwarten rasch aufgebracht wurde, eine Verlängerung der durchschnittlichen Lagerdauer auf etwa vier Monate gebracht. Demnach würde sich unter Angleichung an den oben gefundenen Durchschnittsprämiensatz ein Prämiensatz von $2-2\frac{1}{2}\text{‰}$ ergeben. Da die genannte Zahl aber nur die größeren Risiken umfaßt, würde wohl schon ein Prämiensatz von 2‰ für alles in die öffentliche Hand gebrachte Getreide genügen. Die Prämien wären beim Zustandekommen eines solchen Versicherungsvertrags zweckmäßig dadurch aufgebracht worden, daß für die erfaßte Tonne Getreide vom Kommunalverband oder der Erfassungsstelle der entsprechende Beitrag zu entrichten gewesen wäre. Bei Getreidelieferungen wäre dieser Beitrag dem Empfänger aufzurechnen gewesen. Für das von der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, erworbene Auslandsgetreide müßte der entsprechende Beitrag von dieser bezahlt und den Kommunalverbänden berechnet werden. Die Beiträge der Kommunalverbände könnten im Wege der Verrechnung z. B. mit der Aufkaufvergütung hereingeholt und an den Feuerversicherungsverband abgeführt werden.

Um über die Verhältnisse einigermaßen einen Überblick zu bekommen, wurde am 15. April 1921 bei insgesamt 256 größeren Mühlenbetrieben eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnis in der Tabelle XVI des Tabellenwerks zusammengefaßt ist. Auf volle Zuverlässigkeit kann dieses Material allerdings keinen Anspruch machen, weil die Beantwortung der gestellten Fragen vielfach lückenhaft erfolgt ist. Immerhin zeigt sich wenigstens soviel mit Sicherheit, daß das Getreideversicherungsgeschäft in Bayern für die Versicherungsgesellschaften in den letzten Jahren gewinnbringend war, und daß die Mühlen-Risiken bei den neuzeitlichen Einrichtungen der Mühlen offenbar doch nicht mehr so groß sind wie früher und wie von den Versicherungsgesellschaften immer betont wird. Es mag freilich richtig sein, daß die Risiken in Zeiten sinkender oder doch nach oben und unten

stark schwankender Getreidepreise wesentlich höher sind als in einer Zeit, wo die Getreidepreise ständig steigen, sog. Konjunkturbrände daher nicht denkbar sind. Der Gedanke des Übergangs zu einer neuen Versicherungsart des öffentlich bewirtschafteten Getreides hätte bei dieser Sachlage jedenfalls dann viel Berechtigung gehabt, wenn die Zwangswirtschaft in der früheren Form weiter bestanden hätte und daher wenigstens in den größeren Mühlen und den größeren Lagern nur öffentlich bewirtschaftetes Getreide vorhanden gewesen wäre. Gewisse Bedenken haben allerdings insofern bestanden, als die Tragfähigkeit des Feuerversicherungsverbandes für die immerhin schweren Mühlen-Risiken verhältnismäßig gering ist. Diese Bedenken hätten jedoch durch einen Rückversicherungsvertrag beseitigt oder doch gemindert werden können. Dadurch, daß die neue Regelung des Verkehrs mit Getreide die bisherige Getreidebeschlagnahme aufgeben und an dessen Stelle das Umlageverfahren gesetzt hat, traf der Gedanke, durch eine einheitliche Versicherung des ganzen öffentlich bewirtschafteten Getreides eine wesentliche Vereinfachung herbeizuführen, kaum mehr zu, da die Mühlen nunmehr neben öffentlich bewirtschaftetem Getreide auch freies Getreide verarbeiten und daher doch wieder mit den Privatversicherungsgesellschaften Verträge abschließen mußten. Die Absicht, wenigstens die eigentlichen Vorräte der Landesgetreidestelle beim Feuerversicherungsverband zu versichern, ist dagegen niemals völlig aufgegeben worden.

Der wiederholt aufgetauchte, bei der Reichsgetreidestelle auch verwirklichte Gedanke, eine Versicherung gegen Brandschaden überhaupt nicht zu nehmen, vielmehr nur entsprechende Rückstellungen zur Deckung allenfallsiger Schäden zu machen, hat an sich viel Berechtigung. Beim bayerischen System der Getreidebewirtschaftung ist dieser Weg jedoch kaum gangbar, einmal, weil die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, überhaupt nur die Gerste und das Auslandsgetreide erworben hat oder noch erwirbt, dann aber auch, weil die Schultern der Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, bei dem geringen Stammkapital hierfür nicht genügend tragfähig sind und das Risiko nicht ausreichend verteilt wäre. Bei dieser Sachlage mußte eine sog. „Selbstversicherung“ gegen Brandschaden für die Landesgetreidestelle ausscheiden. Denkbar wäre es dagegen gewesen, daß der bayerische Staat gegen Bezahlung gewisser Prämien die Schadloshaltung der jeweiligen Besitzer oder Eigentümer des öffentlich bewirtschafteten Getreides für Brandverluste übernommen hätte. Auch größere leistungsfähige Kommunalverbände hätten vielleicht daran denken können, das Feuer-Risiko in voller Höhe in sog. Selbstversicherung zu nehmen, wie dies da und dort bei größeren industriellen Unternehmungen durchgeführt wird¹⁾. Vom Standpunkt einer möglichst billigen Bewirtschaftung hätte eine solche Selbstversicherung viel für sich, weil hierbei zweifellos erhebliche Einsparungen an Prämien erzielt werden könnten. Immerhin läge darin aber auch insofern eine große Gefahr, als die örtliche und sachliche Risikoverteilung zu gering wäre, dadurch doch ganz erhebliche Verluste eintreten könnten und dann der Brot- und Mehlpreis im geschädigten Kommunalverband ungewöhnlich stark belastet werden müßte. Eine solche Selbstversicherung wäre allenfalls nur da zu rechtfertigen, wo große Vorräte auf zahlreiche Lager verteilt sind und so das Gesamtrisiko in viele Einzelrisiken zerlegt ist, so daß die Gefahr einer größeren Katastrophe unwahrscheinlich und etwaige Verluste durch Rückstellungen leicht gedeckt werden können. Vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt hat freilich ein Umsichgreifen solcher Bestrebungen insofern Nachteile, als ein Ausscheiden gerade der leistungsfähigeren Versicherungsnehmer aus dem allgemeinen Versicherungsmarkt dem auf Ausgleich der verschiedenartigsten Risiken gerichteten Betrieb der Feuerversicherungsanstalten abträglich wäre. Die Versuche der Großunternehmungen, die Risiken in sog. Selbstversicherungen zu nehmen, dürften aber insofern ihr Gutes haben, als sie geeignet sind, dem allzu starken Hinaufschnellen der

¹⁾ Vgl. z. B. die Notiz „Industrielle Selbstversicherung“ in der Frankfurter Zeitung Nr. 203 vom 16. März 1922.

Versicherungsprämien, das bei dem straffen Zusammenschluß der Versicherungsgesellschaften zu befürchten ist, entgegenzuwirken. Auch die Bestrebungen der bayerischen Mühlenindustrie, die Versicherung ihrer Getreidevorräte beim Bayerischen Feuerversicherungsverband unterzubringen, dürften nicht ganz ohne günstige Wirkung geblieben sein, wenn auch eine solche Versicherung vorerst nicht zustande gekommen ist.

Eine besondere Frage war noch die, in welcher Höhe das verbilligte Auslandsgetreide zu versichern sei. Die Landesgetreidestelle hat sich im Verlauf der Zwangswirtschaft dafür entschieden, daß es zur Sicherheit der Kommunalverbände genügt, wenn sie ihr Getreide zu ihrem Einstandspreis, also zum verbilligten Preis versichern, da die Verbilligungsbeträge endgültig vom Reich übernommen seien. Nach Einführung des Umlageverfahrens hat die Landesgetreidestelle sich zunächst auf den Standpunkt gestellt, daß als Versicherungswert der Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle zu gelten habe. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat jedoch erklärt, daß die Kommunalverbände Ersatz für verbranntes Getreide durch die Reichsgetreidestelle nicht zu erwarten hätten, vielmehr solchen auf dem freien Markt beschaffen müßten. Damit ergab sich die Notwendigkeit, das Getreide zu dem freien Marktpreise zu versichern. Mit den Mühlen wurde vereinbart, daß durch den Mahllohn die Versicherung insoweit abgegolten sein soll, als der Versicherungswert 1000 M für den Doppelzentner Weizen und 800 M für den Doppelzentner Roggen nicht übersteigt. Für die darüber hinaus verlangte Versicherung ist eine gesonderte Vergütung zu leisten. Die Versicherungswerte werden den Vertragsmühlen wöchentlich auf Grund einer besonderen Feststellung an der Münchener Samstagsproduktenbörse unter Hinzurechnung von 10% für Frachten und Spesen bekanntgegeben. Den Kommunalverbänden werden die Versicherungswerte ebenfalls mitgeteilt. Diese Regelung ist ein wenig befriedigender Notbehelf, weil bei den ständig schwankenden Getreidepreisen die Abrechnung mit den Mühlen schwierig ist. Daher ist der Gedanke, eine eigene Versicherung für die Landesrücklagenbestände zu nehmen, von neuem aufgegriffen und für das Wirtschaftsjahr 1922/23 auch durchgeführt worden.

Die sprunghaften Preissteigerungen auf dem Getreidemarkt haben weiter den Gedanken einer sog. „Vorsorgeversicherung“ reifen lassen. Damit hat es folgende Bewandnis: Nach den derzeitigen Versicherungsbedingungen wird Brandschaden in den Grenzen der Versicherungssumme nur auf der Grundlage des Brandtagswertes vergütet. In Zeiten sprunghafter Preissteigerungen reicht die Entschädigungssumme daher zur Ersatzbeschaffung nicht aus, zumal die Eindeckung nach einem größeren Brand selbst den Preis treibt und erst innerhalb eines längeren Zeitraums erfolgen kann. Aus diesem Grund sind mit der Deutschen Feuerversicherungsvereinigung Verhandlungen eingeleitet worden, daß gegen eine besondere Prämie auch die über den Brandtagswert hinausgehenden Wiederbeschaffungskosten erstattet werden sollen. Es handelt sich dabei um eine neue Versicherungsart, die — mit Vorsorgeversicherung bezeichnet — auf dem ganzen Gebiet der Sachschadenversicherung von weittragender Bedeutung werden kann und einem dringend wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht. Selbstverständlich müßte der Prämienatz dabei niedriger sein als bei der eigentlichen Feuerversicherung, weil ja auch im Brandfall noch nicht notwendig eine Belastung der Versicherungsgesellschaft aus dieser Versicherung eintritt, das Risiko für den Versicherer also geringer ist als bei der Hauptversicherung. Die Verhandlungen sind zur Zeit (Mai 1922) noch nicht abgeschlossen¹⁾. Einstweilen wurde wenigstens für das öffentlich bewirtschaftete Getreide eine Änderung der Versicherungsbedingungen dahin erreicht, daß als Brandtagswert der Wiederbeschaffungswert dann gilt, wenn die Eindeckung innerhalb der Zeit von 3 Wochen nach dem Ver-

¹⁾ Nach einer Notiz „Feuerversicherung und Verminderung des Geldwertes“ in der Nummer 285 der Münchner Neuesten Nachrichten vom 11. Juli 1922 hat die Deutsche Feuerversicherungsvereinigung inzwischen u. a. die sog. Ergänzungsversicherung geschaffen.

sicherungsfall auf der Grundlage der an der Münchener Börse in dieser Zeit notierten Börsenpreise zuzüglich Fracht und Aufkäuferkosten unter Beobachtung geschäftsüblicher kaufmännischer Vorsicht erfolgt. Einen ausreichenden Ersatz für die Vorsorgeversicherung bildet diese Änderung nicht. Sie ist auch deshalb nicht völlig befriedigend, weil sie — obwohl der Vorteil durch höhere Bemessung der Versicherungssumme und damit höhere Prämienzahlung erkauft werden muß — im Falle einer sinkenden Konjunktur zugleich zum Nachteil für den Versicherten sich auswirkt, der — ohne den Schadenfall — in der Zwischenzeit möglicherweise das Getreide zu einem über der ihm nunmehr zukommenden Entschädigung liegenden Preis veräußert hätte. Auch ist die Frist von 3 Wochen für die Wiederbeschaffung bei einem größeren Brandschaden in Zeiten knapper Märkte zu kurz bemessen. Immerhin darf diese Erklärung als ein gewisser Fortschritt in der Beachtung der wirtschaftlichen Belange der Versicherten gebucht werden.

Neben der Feuerversicherung des Getreides ist noch die Transportversicherung zu erwähnen, die die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, zur Sicherstellung gegen Schäden des von ihr von der Reichsgetreidestelle übernommenen Getreides während der Beförderung eingegangen hat. In dieser Beziehung ist — obwohl die Prämien hierfür von anfänglich 4 dann $4\frac{1}{2}$ ‰ allmählich auf den niedrigen Satz von $\frac{1}{4}$ ‰ herabgesetzt wurden — die Auffassung berechtigt, daß die Landesgetreidestelle dieses Risiko unbedenklich in sog. Selbstversicherung nehmen könnte, einmal weil das Transportrisiko in eine Unzahl verhältnismäßig kleiner Risiken (Wert eines Eisenbahnwagens Getreide) zerlegt ist (Schiffsrisiken kommen nicht in Betracht, weil das Getreide erst am Umschlagsplatz ab Eisenbahnwagen übernommen wird), dann aber vor allem deshalb, weil für den Regelfall bei Transportschäden die Eisenbahn aufzukommen hat (§ 456 HGB.). Im Wirtschaftsjahr 1921/22 sind die Transportversicherungsprämien, da die Landesgetreidestelle Zuschläge zum Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle nicht mehr erhoben hat, den Kommunalverbänden besonders berechnet und von diesen anstandslos getragen worden. Trotz des seit Januar 1921 auf $\frac{1}{4}$ ‰ ermäßigten Prämienatzes sind für Transportversicherung vom Januar 1920 bis Ende Mai 1921 bei einer Gesamtversicherungssumme von 2359 501 102 M 1217484 M an Prämien bezahlt worden. Demgegenüber sind die von den Versicherungsgesellschaften regulierten Schäden in keiner Weise nennenswert.

19. Mehl- und Brotpreise.

Die Grundlagen, wie sie für die Berechnung der Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände im Wirtschaftsjahr 1915/16 dargestellt sind vom damaligen Referenten der Landesvermittlungsstelle für Brotgetreide und Mehl Dr. Haselberger (Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1917 Seite 491 ff.), sind in der Hauptsache auch heute noch zutreffend. Wesentlich geändert hat sich dagegen die Höhe der einzelnen Posten. Um Wiederholungen zu vermeiden, beschränkt sich die folgende Darstellung der Mehl- und Brotpreise auf die seit dem Wirtschaftsjahr 1915/16 eingetretenen Änderungen. Auch diese können nur in den Hauptpunkten aufgezeigt werden. Insbesondere muß davon abgesehen werden, die fortlaufende Entwicklung der Mehl- und Brotpreise in allen bayerischen Kommunalverbänden für die ganze Zeit der öffentlichen Getreidebewirtschaftung darzustellen, obwohl hierfür bei der Bayerischen Landesgetreidestelle reiches Material vorliegt.

a) Die Grundlagen der MehlpPreisberechnung.

Die grundlegende Bestimmung, wonach die Kommunalverbände den Preis für das von ihnen abgegebene Mehl so festzusetzen haben, daß ihre Kosten gedeckt werden, ist für die ganze Dauer der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft beibehalten worden. Hinsichtlich etwaiger Überschüsse, die sich hierbei ergeben haben, war jeweils bestimmt, daß sie für die Volksernährung zu verwenden seien. Erst das Gesetz über die Regelung des Verkehrs

mit Getreide vom 21. Juni 1921 hat durch Einfügung des Wörtchens „nur“ vor „ihre Kosten“ eine nicht unwesentliche Änderung der genannten Bestimmung gebracht. Während die frühere Fassung mehr darauf abgezielt hat, die Kommunalverbände vor Schäden durch eine zu niedrige Mehlpriestsetzung zu bewahren, will die neue Fassung, wonach die Kommunalverbände den Preis für das von ihnen abgegebene Mehl so festzusetzen haben, daß nur ihre Kosten gedeckt werden, vor allem verhüten, daß die Kommunalverbände durch zu reichliche Berechnung des Mehlabgabepreises zum Nachteil der Verbraucher aus dem Mehlpriest sich Einnahmen für andere Zwecke — etwa zur Deckung von Verlusten auf dem Gebiete der Textilwirtschaft u. dgl. — verschaffen. Die jeweiligen bayerischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsgetreideordnung haben allerdings schon früher den Kommunalverbänden zur Pflicht gemacht, den Preis für das Mehl so festzusetzen, daß er die Selbstkosten einschließlich des besonderen Verwaltungsaufwandes des Kommunalverbandes nicht überstieg. Für Bayern hat daher die erwähnte Neufassung der Bestimmung über die Mehlpriestsetzung nicht die Bedeutung wie für andere Länder, in denen gleiche Anweisungen an die Kommunalverbände nicht ergangen waren. Immerhin ist den Aufsichtsbehörden durch die Einfügung des Wörtchens „nur“ das Einschreiten gegen eine zu reichliche Berechnung des Mehlpriestes erleichtert. Bei vernünftiger Handhabung des Gesetzes wird es indes auch im Wirtschaftsjahr 1921/22 nicht zu beanstanden sein, wenn die Kommunalverbände bei der Mehlpriestsetzung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu Werke gehen. Wollte man ein solches Verfahren nicht zulassen, so würden sich die Mehlpriestsetzungen noch öfter wiederholen, als dies bei der steigenden Entwertung der Mark ohnehin der Fall ist, weil dann auch bei geringfügigen Änderungen einzelner Berechnungsposten, z. B. einer Erhöhung des Mahllohnes, auch schon die Notwendigkeit einer Neufestsetzung des Mehlabgabepreises sich ergäbe.

Getreidepreis und Reichszuschüsse zur Deckung der Lieferprämien. Als hauptsächlichster Posten der Mehlpriestberechnung kommt der Getreidepreis in Betracht. Die Entwicklung der Getreidepreise wurde bereits in einem eigenen Kapitel aufgezeigt. Hierzu ist vor allem zu bemerken, daß der Mehilverkaufspreis der Reichsgetreidestelle und in Angleichung auch der der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände seit dem Wirtschaftsjahr 1917 nicht mehr auf den wirklichen Gestehungskosten des Getreides aufgebaut ist, vielmehr das Reich hierzu erhebliche Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln leistet, anderseits wieder Beiträge zu den Getreidekosten erhebt. Eine Art dieser Zuschüsse wurde bereits im Kapitel „Die Getreideablieferungsprämien“ erwähnt. Die Gesamtaufwendungen des Reichs für die sog. Frühdruschprämien sind in der Denkschrift des Reichsernährungsministeriums zum Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1920 in runden Zahlen für 1917 mit 127 Millionen Mark, für 1918 mit 191 Millionen Mark, für 1919 mit 242 Millionen Mark und für 1920 mit 260 Millionen Mark angegeben. Das Reich hat ferner die im Wirtschaftsjahr 1919/20 bezahlten sog. Ablieferungsprämien von 30 M für den Doppelzentner und die besonderen Schnelligkeitsprämien in der Pfalz, ferner die Kosten der Maisaustauschaktion im Wirtschaftsjahr 1920/21 auf allgemeine Reichsmittel übernommen.

Beiträge der Kommunalverbände zur Deckung der Ablieferungsprämien im Wirtschaftsjahr 1919/20. Zur Deckung des Aufwandes der Ablieferungsprämien für das Wirtschaftsjahr 1920/21 ist der Mehlpriest der Reichsgetreidestelle mit Wirkung vom 1. Januar 1920 um 46,50 M und ab 3. Mai 1920 um 148,50 M erhöht worden.

Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände wurden verpflichtet, als Beitrag zur Deckung der Ablieferungsprämien einen Durchschnittssatz von 28 M für den Doppelzentner des zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 31. Dezember 1919 und einen Durchschnittssatz von 120 M für den Doppelzentner des zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 2. Mai 1920 erworbenen Getreides an die Reichsgetreidestelle zu zahlen.

Die Durchführung dieser Verordnung ist wenigstens in Bayern großen Schwierigkeiten begegnet. Die Abrechnung der Beiträge hat sich weit in das Wirtschaftsjahr 1921/22 hineingezogen. Während der erste Beitrag von 28 M verhältnismäßig ruhig hingenommen wurde, (blieb er ja doch unter dem Höchstsatz der in der Reichsverordnung vorgesehenen gestaffelten Lieferprämie), löste die Erhöhung dieses Beitrages auf 120 M, die — wie äußerlich durch die Streichung der Worte „zur Deckung der Ablieferungsprämien“ zum Ausdruck gelangte — auch noch eine teilweise Abbürdung der dem Reich durch die Verbilligung des Auslandsgetreides erwachsenden Kosten auf die Kommunalverbände bezweckte, eine Flut von Einsprüchen aus. Die Beunruhigung weiter Verbraucherkreise durch diese gewaltige Erhöhung des Beitrages ist verständlich, wenn man bedenkt, daß dadurch ungefähr eine Verdoppelung des Brotpreises notwendig wurde. Insbesondere wurde bemängelt, daß die Beiträge eine Art Umlage auf den Brotpreis bedeuteten und deshalb unsozial seien, weil sie die Minderbemittelten — darunter wieder Familien mit mehr Köpfen — ganz besonders stark belasteten, während die Selbstversorger nichts zu den Aufwendungen beizutragen hätten, eine Folgerung, die deshalb nicht zutreffend war, weil trotz des hohen Beitrags die Getreidekosten immer noch nicht voll gedeckt wurden. Die Kommunalverbände haben die Bezahlung der Beiträge teilweise lange Zeit mit der Begründung verweigert, daß ihnen erhebliche Gegenansprüche gegen das Reich zustünden auf die rückständigen Frühdruschprämien, auf Reichszuschüsse, ferner aber auch für den Aufwand von Familienunterstützungen, auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge, der Kriegswohlfahrtspflege usw. Mit diesen Ansprüchen wurde aufgerechnet, obwohl die Frühdruschkosten nicht liquid waren, die Aufwendungen für Familienunterstützungen, Erwerbslosenfürsorge und sonstige Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege auf einem ganz anderen Gebiete lagen und ihre Aufrechnung daher nach § 185 BGB. unzulässig war. Es bedurfte eines ständigen Drängens der Landesgetreidestelle und wiederholter Einwirkung der Aufsichtsbehörden, um die Abrechnung vorwärts zu bringen.

In rechtlicher Beziehung ist für Bayern zunächst fraglich, wer dem Reich gegenüber Schuldner der Beiträge ist. Die Reichsgetreidestelle hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Landesgetreidestelle diese Beiträge schuldet, weil Bayern dem Reich gegenüber als ein einheitlicher selbstwirtschaftender Kommunalverband gilt. Diese Auslegung des Vertrags über die bayerische Selbstwirtschaft dürfte jedoch nicht zutreffen. Die Fiktion, daß Bayern als ein Kommunalverband zu gelten habe, läßt die grundsätzlichen Rechtsbeziehungen der bayerischen Kommunalverbände zum Reiche bzw. zur Reichsgetreidestelle unberührt. Der Schiedsspruch vom 8. April 1918 bezüglich des Frühdruschprämienersatzes stellt auch den Ersatz der Frühdruschprämien nicht auf Bayern, sondern auf die bayerischen Zuschußkommunalverbände ab. Auch auf anderen Gebieten, wie z. B. bei Vergütung der Gebühren für die Führung der Wirtschaftskarten, sind die unmittelbaren Rechtsbeziehungen der bayerischen Kommunalverbände zur Reichsgetreidestelle immer in die Erscheinung getreten. Die Auffassung der Reichsgetreidestelle, daß der Kommunalverband Bayern selbständiger Schuldner der Beiträge sei, widerspricht daher jedenfalls der bisherigen Praxis. Bayern dürfte die Beiträge nicht Kraft eigenen Rechts erheben, sondern gewissermaßen als Beauftragter der Reichsgetreidestelle. Wenn dies richtig ist, so hat es nur die Beiträge an das Reich abzuführen, die es von den Kommunalverbänden tatsächlich hereinbringt und etwaige Ausfälle allenfalls nur wie ein Beauftragter zu vertreten. Richtiger Kläger in einem Streitfalle gegen einen bayerischen Kommunalverband (ein solcher ist in Bayern zwar nicht anhängig geworden, aber immer noch möglich) könnte nur die in der Verordnung als Gläubiger bezeichnete Reichsgetreidestelle sein, die allerdings die Geltendmachung ihrer Ansprüche auf die Landesgetreidestelle übertragen könnte. Über etwaige Streitigkeiten zwischen der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden aus der einschlägigen Verordnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges das Reichswirtschaftsgericht endgültig.

Im einzelnen haben sich bei Durchführung der Verordnung folgende Streitpunkte ergeben:

Für die jeweilige Übergangszeit wurde die Bezahlung der Beiträge teilweise mit der Begründung verweigert, die einschlägigen Bestimmungen seien so spät bekanntgegeben worden, daß eine rechtzeitige Erhöhung der Mehl- und Brotpreise nicht mehr habe vorgenommen werden können.

Die Bekanntgabe der Beitragspflicht durch die Landesgetreidestelle ist jeweils kurz vor dem einschlägigen Termin erfolgt und einzelnen insbesondere pfälzischen Kommunalverbänden erst nach diesem Termin zugegangen, weil die Rundschreiben nach Eingang der Verordnung erst bearbeitet und in Druck gegeben werden mußten. Allein einer besonderen Bekanntgabe durch die Landesgetreidestelle bedurfte es nicht. Die Kommunalverbände konnten schon aus der Reichsverordnung ihre Beitragspflicht ersehen und sich hiernach einrichten. Zuzugeben ist aber, daß auch die Verordnungen vom 18. Dezember 1919 und 14. April 1920 reichlich spät erschienen sind und den Kommunalverbänden kaum die nötige Zeit ließen; die gebotenen Preisänderungen noch rechtzeitig vorzunehmen. Die Landesgetreidestelle konnte diesem Einwand nicht Rechnung tragen, vielmehr die Kommunalverbände in solchen Fällen nur darauf verweisen, die entstandenen Fehlbeträge in die Brot- und Mehlpreise einzurechnen, allenfalls den Ausfall anderweit zu decken. Verschiedene Kommunalverbände haben auch von Anfang an die durch die verspätete Erhöhung der Mehlpreise entstehenden Fehlbeträge bei der Preisfestsetzung berücksichtigt.

Einen besonderen Streitgegenstand bildeten die Bäckervorräte vom 1. Januar und 3. Mai 1920. Die Reichsgetreidestelle hat den Standpunkt vertreten, daß der Kommunalverband für die ganze zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 1. Januar bzw. ab 3. Mai erworbene Getreidemenge auch dann die Beiträge zu entrichten habe, wenn das Getreide an den Stichtagen bereits in Form von Mehl an die Bäcker und Mehlhändler abgegeben war. In einem gewissen Gegensatz dazu hat das Direktorium der Reichsgetreidestelle auf Anfrage der beteiligten Bäckerverbände den Bescheid gegeben, daß Nachforderungen der Kommunalverbände gegen die Bäcker und Mehlhändler für vor dem 3. Mai geliefertes und bezahltes Mehl unzulässig seien. Dieser Bescheid hatte zur Folge, daß die Bäcker und Mehlhändler, die vorher in vielen Fällen die Nachzahlung für ihre Vorräte an Mehl wenigstens aus Billigkeitsgründen leisteten, nunmehr unter Berufung auf diesen Bescheid, die Nachforderungen der Kommunalverbände heftig bekämpften. Die Reichsgetreidestelle hat später ihren Standpunkt in dieser Frage als hinfällig erklärt und im Gegensatz dazu ausgesprochen, daß die Bäcker und Mehlhändler verpflichtet seien, die entsprechende Nachzahlung zu leisten. Sie hat dies insbesondere damit begründet, daß es sich bei dem Verkauf des Mehles durch den Kommunalverband und seine Abgabestelle nicht um ein freies Geschäft handle, und daß Treu und Glaube und die Rücksicht auf die Verkehrssitte zu einer Auslegung der einschlägigen Kaufverträge führen müßte, die den Kommunalverband berechtige, in Fällen der Erhöhung der Verkaufspreise auch für die Bäckervorräte die entsprechende Nachzahlung zu fordern. Praktisch wurde damit die Wirkung des früheren gegenteiligen Bescheids nicht mehr beseitigt. Der Streitfall hat auch die ordentlichen Gerichte beschäftigt. Während einzelne amtsgerichtliche Urteile hierbei auf die Frage der Zulässigkeit des Rechtsweges überhaupt nicht eingegangen sind, andere sie bejaht haben, hat — soweit bekannt — zunächst das Amtsgericht Stadtsteinach den Antrag eines Kommunalverbandes auf Erlassung eines Zahlungsbefehls gegen einen Bäcker auf die nachgeforderte Mehlpriisdifferenz wegen Unzulässigkeit des Rechtsweges abgewiesen. Beachtung verdient ein Urteil des hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg, wodurch das auf Klage zweier Bäckermeister ergangene verurteilende Erkenntnis des Erstrichters gegen die Stadt B. auf Rückzahlung der unter Vorbehalt gezahlten Mehlpriisdifferenz im Anschluß an die Auffassung der Reichsgetreidestelle aufgehoben und die Klage wegen Unzulässigkeit des Rechts;

weges¹⁾ kostenfällig abgewiesen wurde. In der Urteilsbegründung ist betont, daß nach § 2 der Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide usw. vom 18. Dezember 1919 die Kommunalverbände verpflichtet sind, auch für die bereits vor dem 1. Januar 1920 erworbenen Mehlmengen die entsprechende Nachzahlung zu leisten, wenn das bereits früher erworbene Mehl erst nach dem 31. Dezember 1919 verbraucht werden durfte. Wenn die Kommunalverbände die ihnen hierdurch auferlegte Belastung auf die Bäcker abwälzen und den Preis so festsetzen, daß die Kosten gedeckt werden, so sei das eine nach § 60 der Reichsgetreideordnung zulässige Maßregel. Auch für das am 1. Januar 1920 bereits gelieferte Mehl sei das Recht der Nachforderung nicht zu bezweifeln. Bei Belieferung der Bäcker handle es sich nicht um ein freies Kaufgeschäft, sondern um ein Geschäft, das die Fesseln der Zwangswirtschaft trage. Die Bäcker sollen nur verdienen durch den im behördlich festgesetzten Brotpreis eingerechneten Backlohn. Bei Erhöhung der Mehlpreise könne dem Bäcker, der bereits zu einem niedrigeren Preis beliefert sei, nicht zum Schaden der Allgemeinheit ein höherer Verdienst zugewendet werden, vielmehr sei es billig, daß der Kommunalverband eine Nachforderung für das gelieferte Mehl stelle. Wenn er das tue, so regle er damit den Verbrauch gemäß § 60 RGO. Die Entscheidung hierüber müsse gemäß § 70 RGO. ausschließlich der höheren Verwaltungsbehörde überlassen bleiben. Dieses Urteil ist, obwohl es zur Klageabweisung lediglich wegen Unzulässigkeit des Rechtsweges kommt, über die Zuständigkeitsfrage hinaus deshalb von Bedeutung, weil es sich in den Gründen bereits mit dem Klageanspruch selbst beschäftigt und erkennen läßt, daß es den Anspruch der Kommunalverbände auf Nachzahlung auch materiell für begründet hält.

Diesen Ausführungen hinsichtlich der Zuständigkeit ist vorbehaltlos beizutreten, zumal eine Reihe von Bestimmungen der Reichsgetreideordnung zeigen, daß der Gesetzgeber bei Abgrenzung der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden vor einem Eingreifen in rein bürgerliche Verhältnisse nicht Halt machen wollte. Es seien hier nur die §§ 13, 13a Abs. 2, 48, 53, 71, 72 der Reichsgetreideordnung für das hier maßgebende Erntejahr 1919 angeführt. Die Entscheidung führt auch zu einem praktisch befriedigenden Ergebnis insofern, als dadurch die anfallenden Streitigkeiten rascher ihre Erledigung finden dürften als wenn die ordentlichen Gerichte damit befaßt werden.

In Bayern ist bisher die Entscheidung einer Kreisregierung, Kammer des Innern, in dieser Angelegenheit nicht bekannt geworden, da zumeist die Gerichte um Entscheidung angegangen worden sind. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß solche Streitigkeiten bei den Regierungen anhängig sind, oder noch anhängig werden.

Eine weitere grundsätzliche Streitfrage hat sich aus dem Umstand ergeben, daß verschiedene Kommunalverbände an den Stichtagen nicht mehr die Vorräte hatten, die sie auf Grund ihres zulässigen Bedarfs haben mußten, daß also ein Mehrverbrauch vorlag. Das Reichswirtschaftsgericht hat hierzu auf die Klage der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, gegen einen Kommunalverband auf Bezahlung der erhöhten Beiträge von 120 M für den in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 2. Mai 1920 eingetretenen Mehrverbrauch entschieden, daß der Kommunalverband verpflichtet sei, für diesen Mehrverbrauch den Beitrag von 120 M für den Doppelzentner abzüglich des bereits bezahlten Beitrags von 28 M zu entrichten und in der Begründung im wesentlichen ausgeführt: „Zur Selbstwirtschaft für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 2. Mai 1920 waren nur diejenigen Getreidemengen erworben, die den zulässigen Bedarfsanteil ausmachen. Diejenigen Mengen, die der Kommunalverband über diesen Bedarfsanteil hinaus aufgekauft hatte, durften erst nach dem 2. Mai 1920 Verwendung finden und waren also zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 2. Mai erworben. Sie bleiben der erhöhten Beitragspflicht unterworfen, selbst wenn der Kommunalverband das

¹⁾ Nach einer Notiz „Wer erhält den ersten Mehrerlös bei Brotpreiserhöhungen“ im Getreidehandel Heft 6 vom 25. Juni 1922 S. 136 hat neuestens auch das Reichsgericht die Unzulässigkeit des Rechtsweges ausgesprochen.

aus den Getreidemengen hergestellte Mehl schon für die Zeit vor dem 3. Mai 1920 über den Bedarfsanteil hinaus verausgabt hat“.

In Bayern hat die Erhebung der Beiträge für Mehrverbrauch zu besonderen Streitigkeiten nicht geführt. Wo zunächst ein Mehrverbrauch gegenüber dem zulässigen Verbrauch zu beanstanden war, ist dieser im allgemeinen dadurch gerechtfertigt gewesen, daß durch Übertritt von Teilselbstversorgern die Versorgungsberechtigten sich entsprechend vermehrt hatten. Es mußte daher der zulässige Bedarf nachträglich erhöht werden, wodurch der Mehrverbrauch entfiel. Für Bayern insgesamt ergab sich von Anfang an ein solcher nicht, da dem Mehrverbrauch einzelner Kommunalverbände entsprechende Einsparungen anderer Kommunalverbände gegenüberstanden.

Zu weiteren Meinungsverschiedenheiten hat die Belastung der Kommunalverbände für die Getreidemengen geführt, die in früheren Verbrauchsperioden erübrigt worden waren. Die Reichsgetreidestelle hat sich auf Grund eines Erlasses des Reichsernährungsministeriums auf den Standpunkt gestellt, daß auch Ersparnisse der Beitragspflicht nach der Verordnung vom 18. Dezember 1919 und 14. April 1920 unterliegen. Der Bayer. Landesgetreidestelle blieb nichts anderes übrig, als die Beiträge gleichfalls nach diesem Grundsatz zu erheben. Das Reichswirtschaftsgericht hat in einem einschlägigen Streitfall gegen die Reichsgetreidestelle erkannt. Begründet ist die Entscheidung vor allem damit, daß die Verordnung vom 18. Dezember 1919 die Beitragspflicht ausdrücklich auf das zur Selbstwirtschaft für die Zeit nach dem 31. Dezember 1919 erworbene Getreide abstelle und den Worten „für die Zeit nach dem“ um so mehr Bedeutung beigelegt werden müsse, als sie erst durch den Reichsrat eingefügt worden seien; aus der Ausführungsbekanntmachung vom 20. Dezember 1919, wonach der Beitrag von 28 M (ab 3. Mai 1920 120 M) für das in der Zeit vom 1. Januar bis 15. August 1920 zur Selbstwirtschaft verbrauchte Getreide zu zahlen sei, könne das Gegenteil nicht hergeleitet werden. Stehe diese Bekanntmachung im Widerspruch zur Verordnung, so komme nur die Verordnung in Betracht. Ein solcher Widerspruch brauche aber gar nicht angenommen zu werden, da die Ausführungsbekanntmachung nur den Regelfall betreffe.

Ob diese Entscheidung dem Willen des Gesetzgebers gerecht wird, erscheint zweifelhaft. Da dieser nicht sicher feststeht, im übrigen als Auslegungsbehelf nur da in Betracht kommt, wo der Wortlaut des Gesetzes einen klaren Sinn nicht ergibt, so wird man sich jedoch wohl der Auffassung des Reichswirtschaftsgerichtes anschließen müssen. De lege ferenda erschiene es freilich richtiger, auch die Ersparnisse der Beitragspflicht zu unterwerfen, einmal, weil sonst die Kommunalverbände finanziell sehr verschieden gestellt werden, je nachdem sie Einsparungen haben oder nicht und dadurch ein neues Moment für große Verschiedenheiten der Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Kommunalverbänden geschaffen wird, dann aber vor allem deshalb, weil solche Ersparnisse auf sehr verschiedene Weise zustande kommen, insbesondere vielfach davon herrühren, daß die Zahl der Versorgungsberechtigten höher angegeben ist, als der Wirklichkeit entspricht. In einem solchen Fall kann man von Einsparungen¹⁾ an sich nicht sprechen. Es ist aber für die mit der Einhebung der Beiträge befaßten Stellen nicht immer möglich, genau zu ermitteln, inwieweit die Einsparungen auf besonderen Sparmaßnahmen beruhen oder sonst zustande gekommen sind. Am einfachsten ist die Einhebung der Beiträge immer, wenn an die Bestände am Stichtage angebunden und hierauf die Beitragsberechnung aufgebaut werden kann.

Die Verordnung vom 21. Juli 1921 über die Mehlpriisdifferenz für die Bestände der Kommunalverbände vom 15. August 1921, auf die unten noch näher eingegangen werden wird,

¹⁾ Ob das Reichswirtschaftsgericht auch solche Einsparungen beitragsfrei erklären wollte, ist der Entscheidung mit Sicherheit nicht zu entnehmen. Es dürfte dieses zu verneinen sein; denn ein wirkliches Einsparen liegt nur dann vor, wenn durch besondere Maßnahmen nicht der ganze zulässige Bedarf verausgabt wird (Kürzung der Ration, Ausschluß einzelner vom Brotkartenbezug usw.), nicht dagegen, wenn bewußt oder unbewußt durch unrichtige Angaben die Zuweisung eines zu hohen Bedarfsanteils erreicht und dieser dann nicht vollständig verausgabt wird.

hat alle Einsparungen für beitragspflichtig erklärt. Dagegen sind bei der mit der Erhöhung der Getreideverkaufspreise der Reichsgetreidestelle zusammenhängenden Nachbelastung der Kommunalverbände für die Bestände vom 19. Februar 1922 die Einsparungen insoweit von der Nachbelastung freigelassen worden, als sie auf besonderen Sparmaßnahmen, wie insbesondere einer Kürzung der Ration beruhen.

Auch über die Behandlung des Getreideschwundes ergaben sich wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Eine Reihe von Kommunalverbänden hat die Beiträge nur für das tatsächlich zum Verbrauch gelangte Getreide abgeführt und den durch genaue Aufnahme festgestellten oder nach den bisherigen Erfahrungen angenommenen Getreideschwund dabei unberücksichtigt gelassen. Die Verordnung selbst stellt die Beitragspflicht auf das erworbene Getreide ab. Die Landesgetreidestelle hat im Hinblick auf den Wortlaut der einschlägigen Verordnung, und weil auch die Prämien, zu deren Deckung die Beiträge ursprünglich allein bestimmt waren, für die ganze erworbene Getreidemenge bezahlt werden mußten, mit Genehmigung des Staatsministeriums für Landwirtschaft bestimmt, daß auch für den Schwund des zur Selbstwirtschaft erworbenen Getreides die Beiträge zu entrichten seien. Dieser Standpunkt ist zweifellos richtig. Die Reichsgetreidestelle hat in Fällen, in denen sie ausnahmsweise Getreide geliefert hat, sofort den Beitrag mitberechnet. Das hat ebenfalls dazu geführt, daß der Beitrag nicht nur von dem im Zeitpunkt des Verbrauchs noch vorhandenen Getreide, sondern von dem Übergabegewicht zu zahlen war.

Bei richtiger Berechnung der Mehlpreise mußte der Beitrag von Anfang an zum Getreidepreis hinzugerechnet und der Schwund dann aus dem um die Beiträge erhöhten Werte des Getreides in Ansatz gebracht werden. Geschah dies, so holte der Kommunalverband in seinem Brot- und Mehlpriß von den Verbrauchern die Beiträge für den Schwund mit herein. Wenn freilich, wie da und dort verfahren worden ist, zunächst die Kosten des Getreides unter Berücksichtigung des Schwundes berechnet und dann die Beiträge nur für das Mindergewicht hinzugeschlagen wurden, so ist der Beitrag aus dem Getreideschwund nicht gedeckt. Die Überschußkommunalverbände können für den Schwund billigerweise nur insoweit mit Beiträgen belastet werden, als dies auf dem zum Selbstverbrauch erworbenen Getreide lastet. Das darüber hinaus erworbene, an andere Kommunalverbände weitergelieferte Getreide kann nicht als zur Selbstwirtschaft erworben gelten.

Die Beiträge der Kommunalverbände wurden zunächst nach einem besonderen Formblatt berechnet, in dem der Verbrauch nach der Zahl der Versorgungsberechtigten unter Berücksichtigung der Zulagen auszuweisen und etwaige Mehllieferungen der Reichsgetreidestelle oder Auslandsgetreidelieferungen abzusetzen waren. Zur richtigen Erfassung der Beiträge ergab sich bald die Notwendigkeit, eine Kontrolle der Berechnungen in der Weise durchzuführen, daß der tatsächliche Verbrauch aus den Vorräten am 1. Januar 1920, dem weiteren Zukauf von Getreide, den Weiterlieferungen an andere Kommunalverbände und den Beständen vom 15. August 1920 ermittelt wurde. Die Abstellung der Beiträge auf das Ergebnis dieser Nachprüfung führte bei den Überschußkommunalverbänden zunächst auch zu einer Belastung für den Schwund an Getreide, das nach dem 1. Januar 1920 (und soweit die Vorratsmeldungen vom 1. Januar 1920 die buchmäßigen Sollbestände und nicht die tatsächlichen Istbestände enthielten, auch für den Schwund an Getreide, das schon vorher erst nach Lagerung) an andere Kommunalverbände weitergeliefert wurde. In solchen Fällen blieb nur übrig, eine billige Ausscheidung des Gesamtschwundes auf den Eigenverbrauch und die an andere Kommunalverbände veräußerten Getreidemengen zu treffen. Hierbei war zu berücksichtigen, daß der Schwund für das weitergelieferte Getreide deshalb verhältnismäßig geringer anzunehmen ist als der Schwund auf das selbstverbrauchte Getreide, weil ersteres in vielen Fällen gar nicht oder doch nur für verhältnismäßig kürzere Zeit gelagert wurde. Der Hauptschwund für das weitergelieferte Getreide entsteht beim Zuschußkommunalverband und ist dort beitragspflichtig.

Verschiedene Kommunalverbände haben an die Teilselbstversorger für den Rest des Wirtschaftsjahres statt Mehl Getreide abgegeben. Daß auch für dieses Getreide die Beiträge geschuldet werden, kann um so weniger bezweifelt werden, als die Teilselbstversorger nach dem Aufbrauch ihrer eigenen Vorräte versorgungsberechtigt sind. Wenn ihnen ihre Ration, was an sich in der Reichsgetreideordnung nicht vorgesehen war, in Getreide geliefert wurde, so mußte ihnen dieses wenigstens so berechnet werden, daß sie im Mehlpreis den Versorgungsberechtigten gleichgestellt wurden. Das Getreide, das an sie abgegeben wurde, war zur Selbstwirtschaft des Kommunalverbandes erworben und daher beitragspflichtig. In einzelnen solchen Fällen haben die Kommunalverbände den Teilselbstversorgern das Getreide nur zum Höchstpreis berechnet. Sie haben dadurch erhebliche Ausfälle erlitten, die ihre Beitragspflicht nicht berühren konnten. Ob sie nachträglich mit Erfolg von den Landwirten die Bezahlung der Beiträge verlangen werden ist zweifelhaft. Denn, wenn auch die oben für die Nachzahlung der Bäcker und Mehlhändler entwickelten Rechtssätze auch für diesen etwas anders gelagerten Fall anwendbar sein dürften, so ist ihre Durchführung hier doch ungleich schwieriger, weil die Zahl der mit Getreide belieferten Landwirte in einem Kommunalverband sehr viel größer sein kann als die Zahl der Bäcker und außerdem das den Bäckern gegenüber mögliche Druckmittel der Einstellung der Belieferung den Landwirten gegenüber versagt. Die Kommunalverbände werden in solchen Fällen darauf angewiesen sein, die Beiträge von den mit Getreide belieferten Landwirten möglichst im Wege der gütlichen Verhandlung hereinzubringen und die dabei entstehenden Ausfälle im Mehlpreis zu decken — ein für die Verbraucher wenig erfreuliches Ergebnis.

Die Verordnung über die Zahl von Ablieferungsprämien vom 18. Dezember 1919 hat den Beitrag nur für Brotgetreide, nicht dagegen auch für die zur Brotbereitung verwendete Gerste bestimmt. Wegen der geringeren Ausmahlung hat jedoch die Gerste einen geringeren Verbrauchswert als das Brotgetreide; es mußte daher für sie, wenn die Zuweisung von Gerste nicht zu einer geldlichen Benachteiligung der Kommunalverbände führen sollte, ein niedrigerer Beitrag bestimmt werden. Die Landesgetreidestelle hat diesen Beitrag mit Genehmigung des Staatsministeriums für Landwirtschaft auf 26,⁵⁰ M bzw. 113,⁴⁰ M für den Doppelzentner festgesetzt. Die Reichsgetreidestelle hat später das Umrechnungsverhältnis 1 dz Gerste = 94,⁴⁴ dz Brotgetreide aufgestellt. Demnach errechnet sich für die Zeit vom 1. Januar bis 2. Mai 1920 genau ein Beitragssatz von 26,⁴⁴ M, für die Zeit vom 3. Mai bis 15. August 1920 ein solcher von 113,³³ M. Bayern hat hiernach durch die Aufrundung auf die nächsten 10 Pf. 6 bzw. 7 Pf. je Doppelzentner Gerste mehr eingehoben, als nach den späteren Bestimmungen der Reichsgetreidestelle sich ergeben hätte und hieraus eine Mehreinnahme von 76 303 M erzielt, die zur teilweisen Deckung der Kosten der Einhebung der Beiträge, insbesondere der Nachprüfung der Kommunalverbände, verwendet wurde.

Insgesamt sind von den bayerischen Kommunalverbänden an Beiträgen für das Wirtschaftsjahr 1919/20 bis Mai 1922 an die Landesgetreidestelle 164 182 345 M abgeführt worden, d. i. 3 313 906 M mehr als an Ablieferungsprämien verausgabt worden sind. Einzelne Streitfälle schweben noch, werden das Ergebnis aber nicht mehr wesentlich verschieben. Sehr viel ist demnach zur Verbilligung des Auslandsgetreides trotz des hohen Beitrags von 120 M ab 3. Mai 1920 nicht übrig geblieben. Dieses auffallende Ergebnis hat seinen Grund darin, daß die Ablieferungsprämien für alle Brotgetreide- und Gerstenmengen bezahlt wurden, die vom Beginn des Wirtschaftsjahres ab erfaßt worden waren, ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Brotbereitung Verwendung fanden oder nicht. Insbesondere wurde die Ablieferungsprämie auch für Saatgut und die Gerste bezahlt, die an Betriebe, vor allem an Brauereien geliefert wurde. Der hohe Beitrag von 120 M ab 3. Mai 1920 wirkte sich deshalb nicht mehr voll aus, weil die großen Verbraucherkommunalverbände in der Zeit vom 3. Mai bis 15. August 1920 überwiegend von Auslandsgetreide lebten, für das keine Bei-

träge, dafür aber — dem Mehlpreis der Reichsgetreidestelle entsprechend — erhöhte Kaufpreise zu bezahlen waren.

Reichszuschuß zu den Getreidekosten in der Übergangszeit vom Wirtschaftsjahr 1918/19 auf 1919/20. Im Wirtschaftsjahr 1919/20 hat das Reich den Kommunalverbänden in der Übergangszeit besondere Zuschüsse gewährt, und zwar für jene Mengen Brotgetreide neuer Ernte, die die Kommunalverbände bis zum 15. Oktober 1919 in den Grenzen des zulässigen Verbrauchs tatsächlich zur Brot- und Mehlstreckung ihrer versorgungsberechtigten Bevölkerung verwendet haben. Die Zuschüsse betrugen: 130 *ℳ* für die Tonne Weizen, 100 *ℳ* für die Tonne Roggen und 100 *ℳ* für die Tonne Gerste.

Für Weizen kam hierbei nach den von der Reichsgetreidestelle herausgegebenen Grundsätzen der höhere Zuschuß nur für 20 v. H. des zulässigen Gesamtverbrauchs in Betracht. Bei Gerste erhöhte sich der zulässige Verbrauch und damit der Zuschuß entsprechend der geringeren Ausmahlung.

Zweck dieser Reichszuschüsse war, eine Erhöhung der Brotpreise in der Übergangszeit zu vermeiden und zu verhüten, daß die Kommunalverbände für die Berechnung der Brot- und Mehlpreise verschieden gestellt waren, je nachdem sie noch Getreide aus der Vorjahrsernte zur Verfügung hatten, oder schon Getreide neuer Ernte verwenden mußten.

Die Bestimmung, daß der höhere Reichszuschuß von 130 *ℳ* nur für 20 v. H. des Gesamtverbrauchs gewährt werde, ist von der bayerischen Regierung nachdrücklich bekämpft worden. In den einschlägigen Erlassen des Reichsernährungsministeriums ist eine solche Einschränkung nicht enthalten. Die Reichsgetreidestelle hat sich darauf gestützt, daß als zulässiger Weizenverbrauch allgemein 20 v. H. bestimmt war und daher, da die Reichszuschüsse nur in den Grenzen des zulässigen Verbrauchs gewährt wurden, auch nur für 20 v. H. des zulässigen Gesamtverbrauchs der höhere Weizenzuschuß zustehe. In Bayern wurde eine solche Anordnung nicht getroffen und konnte bei den anders gearteten Anbauverhältnissen auch gar nicht getroffen werden. Der Aufkauf von Roggen und Weizen verhielt sich in der fraglichen Zeit ungefähr wie 1:1. Unter Berücksichtigung der zur Brotbereitung verwendeten Gerste betrug der tatsächliche Weizenverbrauch der bayerischen Kommunalverbände im Landesdurchschnitt rund 41% des Gesamtverbrauchs. Eine Möglichkeit, nur 20% Weizen zu verwenden, bestand nicht. Auch der Weg, Roggen gegen Weizen von der Reichsgetreidestelle einzutauschen, war schon wegen der dadurch bedingten höheren Frachtaufwendungen nicht gangbar. Bayern hat daher den Anspruch erhoben, daß ihm der höhere Zuschuß für den tatsächlichen Weizenverbrauch zuerkannt werde. Vom Direktorium der Reichsgetreidestelle ist dieser Antrag dahin befürwortet worden, daß den bayerischen Kommunalverbänden der höhere Reichszuschuß wenigstens für 25 v. H. des Gesamtverbrauchs zugestanden werden möge. Nach wiederholten Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen traf schließlich das Reichsernährungsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium am 25. Juli 1921 die Entscheidung, daß bei Berechnung des der Bayerischen Landesgetreidestelle zu gewährenden Zuschusses zum Getreidepreis des Erntejahres 1919 ein Weizenanteil von 30% des Gesamtgetreideverbrauchs unter der Voraussetzung zugrunde gelegt werden dürfe, daß der zu ersetzende Mehrbetrag die Summe von 250 000 *ℳ* nicht oder nur unwesentlich übersteige.

Bayern hat sich, um den Schwierigkeiten, die sich für die Reichsgetreidestelle aus der Vergütung des höheren Zuschusses für den tatsächlichen Weizenverbrauch ergeben konnten, Rechnung zu tragen, mit dieser Entscheidung zufrieden gegeben, obwohl es rechtlich wohl Anspruch auf den höheren Zuschuß für den gesamten Weizenverbrauch gehabt hätte. Auch die einschränkende Bestimmung eines Höchstmehraufwandes wurde, obwohl an sich ungerechtfertigt, zur Vermeidung von Weiterungen und, da sie praktisch eine Minderung des Zuschusses für Bayern nicht bedeutete, hingenommen.

Die bayerischen Kommunalverbände haben unter Zugrundelegung des höheren Zuschusses für nur 20% des zulässigen Verbrauchs insgesamt zunächst 5 829 603 M erhalten. Auf Grund der Entscheidung des Reichsministeriums erhöhte sich dieser Betrag um 115 427 M auf 5 945 030 M. Bei Zugrundelegung des tatsächlichen Weizenverbrauchs hätte sich ein Gesamtzuschuß von 6 067 072 M errechnet, also eine weitere Erhöhung um 122 042 M ergeben. Die Reichszuschüsse wurden mit 6% ab Oktober 1919 bis zur Auszahlung verzinst.

Verbilligung von Streckungsmitteln durch das Reich im Wirtschaftsjahr 1919/20. Eine Reihe insbesondere städtischer Kommunalverbände hat im Wirtschaftsjahr 1919/20, veranlaßt durch die damalige Unsicherheit der Versorgungslage, sich in erheblichem Umfange mit Brotsreckungsmitteln, wie Hülsenfrüchten, Reis u. dgl. zu hohen Preisen eingedeckt und hieraus durch das mit der späteren Höherbewertung der Mark zusammenhängende Sinken der Preise zum Teil recht erhebliche Verluste erlitten. Die beantragte Übernahme dieser wegen ungenügender Belieferung mit Getreide und Mehl beschafften Streckungsmittel hat die Reichsgetreidestelle abgelehnt. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, auf Antrag der Kommunalverbände eine Verbilligung der im Wirtschaftsjahr 1919/20 zur Brotbereitung verwendeten Streckungsmittel insoweit zu gewähren, als die Kommunalverbände nachweislich wegen nicht rechtzeitiger oder nicht ausreichender Belieferung mit Brotmehl durch die Reichsgetreidestelle genötigt waren zur Aufrechterhaltung der normalen Brotration als Ersatz für fehlendes Brotmehl Streckungsmittel zu verwenden. Die Grenzen der Verbilligung waren nach unten der tatsächliche Verkaufspreis, soweit dieser nicht etwa niedriger war als der Mehlverkaufspreis der Reichsgetreidestelle, nach oben der Gestehungspreis der Reichsgetreidestelle für ausländisches Mehl. Verschiedene bayerische Kommunalverbände haben durch Vermittlung der Landesgetreidestelle Zuschußgesuche an die Reichsgetreidestelle eingereicht, die zunächst mit der Begründung abschlägig verbeschieden wurden, daß die bayerischen Kommunalverbände nicht von der Reichsgetreidestelle zu versorgen gewesen seien und sich auch nicht an sie wegen Belieferung gewendet hätten. Diese Ablehnung verkannte die Sachlage. Die Gesuche wurden daher nach nochmaliger Prüfung unter nachdrücklicher Betonung des Standpunktes, daß die bayerischen Kommunalverbände nicht schlechter gestellt werden dürften als die des übrigen Reichs, und daß auch die nicht rechtzeitige Belieferung durch die Landesgetreidestelle mittelbar auf die Reichsgetreidestelle zurückgehe, die den bayerischen Fehlbedarf nicht ordnungsgemäß habe decken können, dieser abermals befürwortend zugeleitet. Diese wiederholte Vorstellung hat die Wirkung nicht verfehlt. Von insgesamt 12 Zuschußgesuchen bayerischer Kommunalverbände sind nach einer Mitteilung der Reichsgetreidestelle vom 4. April 1922 4 noch unerledigt, 1 zurückgezogen, 1 abgelehnt, 6 Kommunalverbände haben Zuschüsse im Gesamtbetrag von 1 085 765 M erhalten.

Beitrag der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21. Nach Art. 22 der Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 für die Ernte 1920 — RGBl. S. 1021 ff. — sind zum Ausgleich der durch die Einfuhr von Getreide aus dem Ausland entstehenden Mehraufwendungen Zuschläge zu den Mehlpreisen der Reichsgetreidestelle zu erheben. Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände haben einen entsprechenden Betrag auf den Doppelzentner des zur Selbstwirtschaft erworbenen Getreides an die Reichsgetreidestelle zu bezahlen. Die Beträge werden vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsminister der Finanzen festgesetzt. Sie sind so zu bemessen, daß die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände zu den Kosten im gleichen Umfange beitragen, wie die von der Reichsgetreidestelle belieferten Kommunalverbände.

Gegen die Absicht dieser Beitragserhebung hat u. a. der Bayer. Städtebund durch eine Eingabe vom 18. Oktober 1920 an den Herrn Reichsminister für Ernährung und

Landwirtschaft Protest erhoben. Die Landesgetreidestelle hatte schon zu Beginn des Wirtschaftsjahres in einer Reihe von Berechnungen dargetan, daß bei den neuen Getreidepreisen trotz des Wegfalls des Beitrags von 120 M für den Doppelzentner Getreide die bis dahin geltenden Brotpreise gerade noch gehalten werden könnten, und daß bei jeder Beitragserhebung die wiederholte Zusicherung der Reichsregierung, eine Brotpreiserhöhung komme nicht in Betracht, sich nicht mehr aufrechterhalten lasse. Die bayerische Staatsregierung hat sodann bei der Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums im Reichsrat den Antrag gestellt, daß von der Erhebung von Beiträgen gemäß Art. II der RGO. abgesehen werden solle, ist aber mit diesem Antrag nicht durchgedrungen. Es sind vielmehr 21 Millionen Mark als Einnahme aus diesen Beiträgen in den Haushaltplan eingestellt worden. Der Beitrag selbst ist durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erst am 19. März 1921 festgesetzt worden, und zwar auf 6,80 M für den Doppelzentner des Verbrauchs von Getreide der Ernte 1920 in der Zeit bis einschließlich 15. Oktober 1920. Für die Zeit ab 16. Oktober 1920 kam der Beitrag wieder in Wegfall. Der Höhe nach erklärt sich dieser Beitrag wie folgt: Der Mehlpreis der Reichsgetreidestelle überstieg nach den Berechnungen zu Beginn des Wirtschaftsjahres die Selbstkosten auf der Grundlage der Inlandsgetreidepreise um etwa 8 M für den Doppelzentner. Es wurde im Mehlpreis also ein, wenn auch geringer Teil der Kosten der Verbilligung des Auslandsgetreides abgedeckt. Damit die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände nicht besser gestellt waren als die von der Reichsgetreidestelle mit Mehl belieferten, wurde von ihnen ein Beitrag von 6,80 M für den Doppelzentner Brotgetreide verlangt. Mit Herabsetzung der Ausmahlung auf 85 % ab 16. Oktober 1920 blieb der Mehlpreis der Reichsgetreidestelle zunächst um rund 2 M für 100 kg hinter den Selbstkosten zurück. Der Beitrag ist daher von diesem Termin ab wieder weggefallen. Die notwendige Hinaufsetzung des Mehlpreises fand aus politischen Gründen nicht statt. Zur Deckung des Fehlbetrags sind im Nachtragsetat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 17 641 400 M angefordert und bewilligt worden. Nach der Denkschrift des Reichsernährungsministeriums zum Haushaltplan für das Jahr 1921/22 hat sich der Verlust von 2 M am Doppelzentner Mehl später durch die Notwendigkeit einer höheren Weizenverwendung und die allgemeine Steigerung der Unkosten, insbesondere der Frachten und Mahllöhne, auf 26,50 M erhöht. Zur Deckung des sich hieraus ergebenden Verlustes der Reichsgetreidestelle sind für die Zeit vom 1. April bis 15. August 1921 im Haushaltplan des Reichsernährungsministeriums 259 000 000 M in Ausgabe gestellt worden.

Bemerkenswert ist, daß bei den Verhandlungen über die Herabsetzung der Ausmahlung von 90 auf 85 % ein Vertreter der Reichsgetreidestelle Bedenken geäußert hat, da der Mehlpreis ohnehin gerade noch die Selbstkosten decke. Dieser Umstand spricht dafür, daß die Berechnung, wonach der Mehlpreis der Reichsgetreidestelle zu Beginn des Wirtschaftsjahres mit 8 M über den Selbstkosten stand, von Anfang an knapp aufgemacht war, und daß die bayerischen Berechnungen, wonach bei den neuen Getreidepreisen der alte Brotpreis gerade noch gehalten werden könne, im wesentlichen auch für das übrige Reich das Richtige getroffen hatten. Die Berechnung des Beitrags von 6,80 M für den Doppelzentner Brotgetreide ist später dadurch jedenfalls unrichtig geworden, daß die Reichsgetreidestelle einen Berechnungsposten, nämlich den Mahllohn, mit rückwirkender Kraft vom 15. August 1920 um 10 M für die Tonne Getreide erhöht hat. Dadurch haben die Selbstkosten des Mehles bei 90 %iger Ausmahlung in der Zeit vom 16. August bis 15. Oktober 1920 eine Erhöhung um 1,11 M für den Doppelzentner erfahren. Der Mehlpreis stand daher nicht mehr, wie ursprünglich berechnet, um ungefähr 8 M, sondern nur noch um etwa 6,80 M über den Selbstkosten. Der Beitrag hätte demzufolge ebenfalls herabgesetzt werden müssen, eine Folgerung, die vom Reich jedoch nicht gezogen wurde. Den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden wurde später auch ein Anteil an den erheblichen Reichszuschüssen nicht gewährt,

die zur Aufrechterhaltung des Mehlprieses der Reichsgetreidestelle im Wirtschaftsjahr 1920/21 in die Haushaltpläne des Reichsernährungsministeriums eingesetzt wurden.

Infolge der späten Festsetzung der Beiträge sind von den meisten Kommunalverbänden solche bei Berechnung des Mehlprieses nicht berücksichtigt worden. Einzelne Kommunalverbände dagegen haben den Beitrag in der ursprünglich genannten Höhe von 15,30 M für den Doppelzentner Brotgetreide eingerechnet und da sie diesen Ansatz auch nach dem 15. Oktober in ihrer Mehlpriesberechnung unverändert beibehalten haben, zu Lasten der Verbraucher erhebliche Gewinne gemacht. Die übrigen Kommunalverbände haben die von ihnen geforderten Beiträge erst nachträglich im Brot- und Mehlpries unterbringen müssen, ein wenig erfreulicher Zustand. Mehrere Kommunalverbände haben bei dieser Sachlage geltend gemacht, den Beitrag nicht leisten zu können. Die Gesamtbelastung der bayerischen Kommunalverbände mit dem genannten Beitrag von 68 M für die Tonne ist auf 2 753 047 M festgestellt worden. Die Erhebung ist im Wege der Verrechnung erfolgt und hat sich auf diese Weise schließlich noch verhältnismäßig glatt vollzogen. Nur ein großer Zuschußkommunalverband hat nochmals die Berechtigung der Forderung und damit der Aufrechnung bestritten und Zahlung des abgerechneten Beitrags verlangt, sich schließlich aber doch bei dem Bescheid, daß es bei der Aufrechnung sein Bewenden haben müsse, beruhigt. Der von der Reichsgetreidestelle Bayern gegenüber geltend gemachte Anspruch auf Verzinsung dieser Beiträge ab Oktober 1920 wurde von der Landesgetreidestelle mit dem Hinweis bekämpft, daß ein Zinsanspruch frühestens von dem Tage ab laufen könne, wo der Beitrag festgesetzt worden sei, also vom 19. März 1921 ab. Im Verhandlungswege kam schließlich Einigung dahin zustande, daß die Landesgetreidestelle die Berechnung von 4% Zins vom 20. März 1921 bis zum Tage der Bezahlung anerkannte.

Getreidepreiszuschlag in der Pfalz im Wirtschaftsjahr 1920/21. Wie bereits der Übersicht über die Getreidepreise auf Seite 101/102 zu entnehmen ist, sind im Wirtschaftsjahr 1920/21 im besetzten Gebiet (für Bayern in der Pfalz) mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Zuschläge zu den Getreidepreisen in Höhe von 12,50 M für den Doppelzentner Weizen, 11 M für den Doppelzentner Roggen und Gerste bezahlt worden. Das bedeutete für die Pfalz, wo für dieses Jahr erstmals der höhere Mannheimer Preis galt, einen Gesamtpreis von 161 M für den Doppelzentner Roggen, 176,50 M für den Doppelzentner Weizen und 156 M für den Doppelzentner Gerste. Ursprünglich war in Aussicht genommen, den Preiszuschlag für das besetzte Gebiet durch die Verbraucher tragen zu lassen. Es wurde dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Mehlpries dadurch nur eine geringfügige Steigerung erfahren würde und der Brotpreis auf der damaligen Höhe gehalten werden könnte. Da sich diese Voraussetzung als irrig erwiesen hat, ist durch Beschluß des Reichskabinetts vom 5. November 1920 in Aussicht genommen worden, die durch die Erhöhung bei den von der Reichsgetreidestelle belieferten Kommunalverbänden entstehenden Mehrkosten auf das Reich zu übernehmen. Der nötige Aufwand hierfür wurde auf 6 Millionen Mark berechnet. Auch denjenigen selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden, die mit den bis dahin festgesetzten Mehlpriesen nicht auskommen konnten, sollte der Preiszuschlag erstattet werden. Für die Rheinpfalz wurden in Anlehnung an den Schiedsspruch betr. Erstattung der Frühdruschprämien vom 8. April 1918 die Zuschußkommunalverbände den nichtselbstwirtschaftenden Kommunalverbänden im übrigen Reich gleichgestellt. Aber auch den zwei Überschußkommunalverbänden der Pfalz (Kirchheimbolanden und Rockenhausen) wurde nach einer im Einvernehmen mit der Landesgetreidestelle und unter ihrer Mitwirkung vorgenommenen Überprüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle durch Beauftragte der Reichsgetreidestelle — wenn auch in etwas anderer Form — der ganze Preiszuschlag ersetzt. Insgesamt wurden im Wirtschaftsjahr 1920/21 in der Pfalz aufgekauft und zur Brotbereitung verwendet: 49 899 dz Weizen, 156 413 dz Roggen und 30 286,36 dz Gerste = 186 699,36 dz Roggen und Gerste. Der Zuschlag wurde daher wie folgt festge-

stellt: 49 899 dz Weizen à 12,50 M = 623 737,50 M, 186 699,36 dz Roggen und Gerste à 11 M = 2 053 692,96 M, zusammen 2 677 430,46 M. Diese Beträge wurden an die pfälzischen Kommunalverbände nach Maßgabe des Verbrauchs an pfälzischem Getreide unterverteilt.

Mehlpreisdifferenz für die Mehl- und Getreidebestände am 15. August 1921. Nach einer auf Grund des § 47 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 erlassenen Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 21. Juli 1921 — RGBl. S. 737 — haben die Kommunalverbände im Hinblick auf die vom 16. August 1921 ab eintretende Erhöhung des Mehlpreises der Reichsgetreidestelle für Mehl aus Brotgetreide und Gerste, das ihnen im Rahmen ihres Bedarfsanteils für die Zeit bis zum 15. August 1921 zugewiesen und vor dem 16. August 1921 nicht verbraucht worden ist, einen Beitrag zu den durch Einfuhr von Auslandsgetreide entstehenden Kosten in Höhe von 125 M für den Doppelzentner Mehl zu zahlen. Das gleiche gilt für Mehl, das vor dem 16. August 1921 über den Brotbedarfsanteil hinaus verbraucht worden ist. Kommunalverbände, die vor dem 16. August 1921 selbstwirtschaftende Kommunalverbände im Sinne des § 32 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1921 gewesen sind, haben für ihre Bestände an Brotgetreide und Gerste alter Ernte oder an Mehl daraus den entsprechenden Beitrag zu bezahlen. Getreide wird dabei in Mehl umgerechnet.

Eine Reihe von bayerischen Kommunalverbänden hat unter Führung des Bayerischen Städtebundes diese Bekanntmachung als rechtsungültig bezeichnet und demzufolge die Beitragszahlung verweigert oder sie doch nur unter Vorbehalt geleistet. Die Angelegenheit hat das Reichswirtschaftsgericht, das nach § 4 für Streitigkeiten, die zwischen einem Kommunalverband und der Reichsgetreidestelle aus der Durchführung der genannten Bekanntmachung entstehen, unter Ausschluß des Rechtsweges zuständig ist, beschäftigt. Dieses hat die Verordnung für rechtsgültig erklärt und demzufolge den von der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, verklagten Kommunalverband zur Zahlung der Mehlpreisdifferenz von 125 M für den Doppelzentner Mehl verurteilt. Das Urteil ist vor allem auf der Erwägung aufgebaut, daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Übergangsbestimmungen nicht etwa nur für den Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1920, sondern auch für den Verkehr mit Erzeugnissen daraus treffen konnte. Er war ermächtigt vor allem die in den Absätzen 1—3 des § 47 geregelte Ablieferungspflicht für Getreide auf Mehl ausdehnen. Der § 47 Abs. 1 denke in erster Linie an die ablieferungspflichtigen Landwirte, gelte aber in zweiter Linie auch für die Kommunalverbände. Um da, wo die Ablieferung von Mehl von Bedeutung werden könnte, diese sicherzustellen, sei die ausdrückliche Ermächtigung des Abs. 4 gegeben, die sich auch auf Mehl erstrecke. Die Frage der Ablieferung von Mehl sollte im Wege der Übergangsbestimmungen geregelt werden. Hätte der Reichsminister die Ablieferung der Mehlvorräte bestimmt, so hätte er sich zweifellos im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung gehalten. Der Kommunalverband hätte seine Mehlvorräte zu den für die Ernte 1920 geltenden Höchstpreisen abliefern und die für die Versorgung nach dem 15. August 1921 notwendige Menge an Getreide und Mehl zu den höheren Preisen wieder erwerben müssen. Es diene der Erleichterung und damit der Regelung des Verkehrs, wenn der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft anstatt Ablieferung die Nachbelastung angeordnet habe. Die Bekanntmachung vom 21. Juli 1921 bewege sich daher innerhalb der im § 47 gegebenen Ermächtigung.

Die Kommunalverbände haben sich auch bei dieser Entscheidung nicht beruhigt, vielmehr beschäftigt der Streitfall jetzt auf die Feststellungsklage der Stadt P. gegen die Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, auch noch die ordentlichen Gerichte. Die Klage ist auf die prozeßhindernde Einrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges durch Urteil des Landgerichts III in B. vom 15. Mai 1922 kostenfällig abgewiesen worden. Der Begründung dieses Urteils, die im wesentlichen besagt, daß die Bestimmung des § 47 des Gesetzes über

den Verkehr mit Getreide vom 21. Juni 1921 und die darauf gestützte Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 21. Juli 1921 der Verbrauchsregelung diene, worüber nach § 41 des Gesetzes die höhere Verwaltungsbehörde oder das von ihr dazu aufgezogene öffentliche Gericht — das Reichswirtschaftsgericht — entscheide, erscheint allerdings wenig glücklich. § 41 dürfte nur Streitigkeiten im Auge haben, die innerhalb des Kommunalverbandes entstehen, nicht dagegen auch Streitigkeiten zwischen den Kommunalverbänden und der Reichsgetreidestelle. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist auch gar nicht höhere Verwaltungsbehörde und wenn er es wäre, so könnte er nach allgemeinen staatsrechtlichen Grundsätzen nicht seine Zuständigkeit an das Reichswirtschaftsgericht delegieren. Es hat den Anschein, als ob in diesem Urteil die Gedankengänge des hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg auf einen Tatbestand übertragen worden wären, auf den sie nicht zutreffen.

Die Streitsache wird auch noch die Obergerichte beschäftigen. Die Klägerin geht dabei von der Voraussetzung aus, daß es sich bei der Angelegenheit um eine bürgerlich rechtliche Streitigkeit handelt, zu deren Entscheidung bei Rechtsungültigkeit der Bekanntmachung vom 21. Juli 1921 die ordentlichen Gerichte zuständig sind.

Nach der Vorratserhebung vom 16. August 1921 betrugen die Bestände der bayerischen Kommunalverbände an Getreide und Mehl früherer Ernten (Getreide in Mehl umgerechnet) 126 665 dz Mehl. Die Nachprüfung aus Anlaß der Beitragserhebung hat einen Bestand von 137 702,91 dz Mehl ergeben; hierunter sind auch die Mengen inbegriffen, die am 16. August 1921 auf dem Transport waren. Hiervon waren abzusetzen

1. die Mehlmengen, die von den Mühlen vor dem 15. August 1921 vorschußweise an Kommunalverbände abgegeben wurden mit 10 993,09 dz Mehl
2. die nach dem 15. August 1921 als Ersatz für Vorverbrauch aus der neuen Ernte zum alten Preis gelieferten Auslandsgetreidemengen mit 5 144,00 „ „

zusammen also 16 137,09 dz Mehl,

so daß eine beitragspflichtige Menge von 121 565,82 dz Mehl verblieb und die Gesamtbeitragspflicht Bayerns sich auf 15 195 727,50 M berechnete.

Da die Kommunalverbände die Mehlpriisdifferenz zum Teil nur unter dem Vorbehalt der Rückzahlung bei obsiegendem Urteil der Stadt P. gegen die Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung, auf Freistellung von der Belastung mit der Mehlpriisdifferenz bezahlt haben, hat die Landesgetreidestelle ihre Zahlungen an die Reichsgetreidestelle unter dem gleichen Vorbehalt geleistet.

Praktisch ist die Einhebung der Mehlpriisdifferenz für die Bestände vom 15. August 1921 ein Gebot der Gerechtigkeit. Denn ohne diese Maßnahmen würden die Kommunalverbände ganz verschieden gestellt sein, je nachdem sie mit Beständen ins neue Wirtschaftsjahr hereingegangen sind oder nicht. Diese Verschiedenheit könnte dann allenfalls noch Berechtigung haben, wenn die Bestände eines Kommunalverbandes einer Einsparungspolitik zu danken sind. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall. Es ist nicht möglich, die Kommunalverbände immer ganz gleichmäßig zu beliefern. Der scharfe Kampf der Kommunalverbände gegen diese Belastung ist daher nicht recht verständlich. Aus praktischen Gründen müßte im Falle eines obsiegenden Urteils der Stadt P. die Bekanntmachung des Reichsernährungsministeriums vom 20. Juli 1921 wohl nachträglich gesetzlich sanktioniert werden. Zur Abschneidung der Streitigkeiten hätte sich dies, wie Bayern wiederholt beantragt hat, wohl von Anfang an empfohlen.

Verbilligung des Auslandsgetreides. Der hauptsächlichste Reichszuschuß hat darin bestanden, daß die Reichsgetreidestelle das Auslandsgetreide nicht zum Einstandspreis in die Mehlpriisberechnung eingestellt hat, sondern entweder zum Inlandsgetreidepreis oder zum Inlandsgetreidepreis einschließlich bestimmter Zuschläge. Die daraus ent-

stehenden Verluste werden auf allgemeine Reichsmittel übernommen. So sind z. B. im Wirtschaftsjahr 1921/22 zur Verbilligung des Auslandsgetreides 10,60 Milliarden Mark Reichszuschuß vorgesehen. Soweit bekannt, wird dieser Betrag hierfür nicht ausreichen, sondern noch um einige Milliarden erhöht werden müssen.

Laut Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 19. März 1920 sollte $\frac{1}{8}$ der eingehenden Auslandsgetreidemengen von der Reichsgetreidestelle an die Bayerische Landesgetreidestelle zur Deckung des bayerischen Fehlbedarfs geliefert werden. Der Kaufpreis, den die Landesgetreidestelle zu bezahlen hatte, wurde auf der Grundlage des Preises für das Inlandsgetreide wie folgt errechnet:

a) Roggen:		
Grundpreis für Inlandsroggen	415,00	ℳ für die Tonne
Beitrag zu den Getreidekosten	280,00	" " " "
2% für Mehrausbeute	13,90	" " " "
Ersparte Einkaufskosten	35,00	" " " "
zusammen		743,90 ℳ für die Tonne
b) Weizen:		
Grundpreis für Inlandsweizen	465,00	ℳ für die Tonne
Beitrag zu den Getreidekosten	280,00	" " " "
3% für Mehrausbeute	22,35	" " " "
Ersparte Einkaufskosten	35,00	" " " "
zusammen		802,35 ℳ für die Tonne

Die Preise verstanden sich Frachtparität München, bei Sendungen an die Ludwigs-hafener Walzmühle frachtfrei Mühle. Die Füllsäcke waren von der Landesgetreidestelle zu stellen. Als Übergabegewicht hatte bei Verladungen das ausgewogene Gewicht am Umschlagsplatz, bei Lagerware das in den Abgangsanzeigen des Lagerhalters von 2 eidbereiten Zeugen bestätigte Gewicht zu gelten. Beschaffenheitsbeanstandungen sind unzulässig. Auf Grund dieses Abkommens wurde für die Kommunalverbände zunächst ein Zuteilungspreis von 83,50 ℳ für den Doppelzentner Weizen frachtfrei Kommunalverband einschließlich Transportversicherung bestimmt. In Wirksamkeit ist dieser Preis nicht getreten, da bis zum Eintreffen der ersten angedienten Weizenmengen infolge der Mehlpriiserhöhung der Reichsgetreidestelle vom 3. Mai 1921 die Getreideeinstandspreise bereits eine Änderung erfahren hatten. Der neue Zuteilungspreis wurde unter Beibehaltung des aufgeführten Berechnungsschemas auf 1682,30 ℳ für die Tonne Roggen, auf 1749,95 ℳ für die Tonne Weizen bestimmt. Demzufolge wurde den Kommunalverbänden der Roggen fortan mit 178,50 ℳ für den Doppelzentner, der Weizen mit 185 ℳ für den Doppelzentner berechnet. Mit Wirkung vom 1. April 1921 sind diese Zuteilungspreise für die Kommunalverbände um je 5 ℳ für den Doppelzentner, also auf 173,50 ℳ bei Roggen, auf 180 ℳ bei Weizen ermäßigt worden. Die Möglichkeit hierzu hat sich u. a. dadurch ergeben, daß eine Herabminderung der Kosten der Transportversicherung erreicht worden war und auch sonst sich gezeigt hatte, daß die Landesgetreidestelle mit einem geringeren Zuschlag auskommen könne.

Die Zuteilungspreise der Reichsgetreidestelle für das Wirtschaftsjahr 1919/20 und die der Bayerischen Landesgetreidestelle für die Kommunalverbände wurden unverändert in das Wirtschaftsjahr 1920/21 herübergenommen, obwohl sich die Grundpreise für das Inlandsgetreide geändert hatten und der Beitrag von 120 ℳ weggefallen war. Die Landesgetreidestelle hat hiergegen erst Erinnerung erhoben, als der Beitrag auf Grund des Art. II der Reichsgetreideordnung 1920 auf 68 ℳ für die Tonne für die Zeit bis 15. Oktober 1920 festgesetzt und damit eine Grundlage für die Neuberechnung der Zuteilungspreise für das Auslandsgetreide gegeben war. Sie hat den Anspruch erhoben, daß der Preis für das Auslandsgetreide rückwirkend für das ganze Wirtschaftsjahr auf der Grundlage des Münchener Preises und des Beitrages von 68 ℳ unter Berücksichtigung der Einkaufsspesen von 44 ℳ für die Tonne neu berechnet, und daß der Preis vom 16. Oktober ab dann um den zu dieser Zeit wegfallenden Beitrag von 68 ℳ für die Tonne ermäßigt werde. Eine Anrechnung für

Mehrausbeute wurde deshalb nicht berücksichtigt, weil eine solche bei den bayerischen Mühlenverhältnissen nicht allgemein angeordnet werden konnte.

Der Weizenpreis betrug für den Hauptmarkort München 1585 M, hierzu Beitrag 68 M, ersparte Einkaufskosten 44 M, ergab zusammen einen Einstandspreis für Auslandsweizen von 1697 M, für die Zeit nach dem 15. Oktober wegen Wegfalls des Beitrags von 68 M einen solchen von 1629 M. Für Roggen errechnete sich der Preis auf 1557 M bzw. 1489 M. Es wären hiernach für die Zeit von Beginn des Wirtschaftsjahres bis zum 15. Oktober 1920 bei Weizen 52,95 M, bei Roggen 12,30 M, von da ab bei Weizen 120,95 M, bei Roggen 193,30 M zurückzuerstatten gewesen.

Gegen diese Berechnung ist von der Reichsgetreidestelle grundsätzlich eingewendet worden, daß der Zuteilungspreis für das Auslandsgetreide nicht aus dem Inlandsgetreidepreis, sondern wie der Preis für den Kochmehlweizen, aus dem Mehlpreis der Reichsgetreidestelle errechnet werden müsse. In einer Berechnung wurde dargetan, daß sich hiernach für die Zeit bis zum 15. Oktober für Roggen und Weizen eine Erhöhung der bezahlten Preise, für die spätere Zeit bei Roggen eine Ermäßigung des Preises um 34,25 M, bei Weizen dagegen eine Erhöhung um 13,35 M für die Tonne ergäbe. Bayerischerseits wurde an der Berechnung aus dem Inlandsgetreidepreis im Hinblick auf das ursprüngliche Abkommen festgehalten und gegen die Ausführungen der Reichsgetreidestelle eingewendet, daß die Berechnung aus dem Mehlpreis schon deshalb nicht angängig sei, weil dieser ja seit dem 16. Oktober 1920 auch die Kosten des Inlandsgetreides nicht mehr gedeckt habe. Nach wiederholten Verhandlungen kam schließlich ein Ausgleich dahin zustande, daß die Landesgetreidestelle ihren Anspruch bezüglich der Verladungen vom 16. August bis 15. Oktober 1920 fallen ließ und ihre Forderung für die Zeit vom 16. Oktober 1920 bis 15. August 1921 um 50 M für die Tonne ermäßigte. Für alle Verladungen vom 16. August 1920 bis 15. Oktober 1921 wurde demzufolge von der Reichsgetreidestelle eine Preisermäßigung von 70,95 M für die Tonne Weizen und 143,30 M für die Tonne Roggen zugestanden. Die Landesgetreidestelle hat den an sie zurückbezahlten Betrag von 12780258 M an die Kommunalverbände nach Maßgabe der Belieferung mit Auslandsgetreide in der Weise unterverteilt, daß für den Doppelzentner Weizen der Betrag von 7,00 M, für den Doppelzentner Roggen der Betrag von 14,00 M zurückvergütet wurde. Damit wurde nachträglich der Preis für das Auslandsgetreide ungefähr den Kosten für das Inlandsgetreide angepaßt. Für Kommunalverbände, die mit hohen Frachten für das Inlandsgetreide belastet sind, insbesondere aber für die pfälzischen Kommunalverbände, für die ein höherer Getreidepreis galt, stellte sich der nunmehrige Preis sogar günstiger als der Preis für das Inlandsgetreide bezüglich der Fracht und sonstigen Spesen.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß der von Dr. Haselberger für das Wirtschaftsjahr 1915/16 aufgestellte Satz „Der Einstandspreis des Getreides ist für sämtliche Kommunalverbände der gleiche“ vom Wirtschaftsjahr 1917/18 bis zum Wirtschaftsjahr 1920/21 einschließlich, insbesondere infolge der Regelung des Prämienersatzes einer wesentlichen Einschränkung bedarf, und daß damit schon die Hauptgrundlage des Mehlpreises für die einzelnen Kommunalverbände verschieden geworden ist. Erst vom Wirtschaftsjahr 1921/22 ab trifft der obengenannte Satz im wesentlichen wieder zu, weil jetzt ein einheitlicher Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle für In- und Auslandsgetreide gilt und dieser Getreideverkaufspreis sich zudem frachtfrei Bestimmungsstation des Kommunalverbandes versteht. In Bayern erfolgt der Ausgleich dadurch, daß zum Inlandsgetreide der Unterschied zwischen dem Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle und dem Preis für das Umlagengetreide als Beitrag erhoben wird, so daß praktisch auch für das Umlagengetreide der gleiche Preis zu bezahlen ist wie für das Auslandsgetreide.

Kommissionsgebühren. Zu den Preisen für das Inlandsgetreide traten jeweils noch bestimmte Zuschläge, auch Kommissionsgebühren geheißen. 1916/17 durften nach

§ 7 der Verordnung über die Höchstpreise für Getreide vom 24. Juli 1916 beim Umsatz durch den Handel dem Höchstpreis Beträge zugeschlagen werden, die insgesamt 4 M für die Tonne nicht überstiegen. Dieser Zuschlag umfaßte insbesondere Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren sowie alle Arten von Aufwendungen. Die Kommunalverbände und die Reichsgetreidestelle durften beim Verkauf den Zuschlag bis auf 6 M, die Kommunalverbände in Fällen besonderen Bedürfnisses mit Genehmigung der Reichsgetreidestelle bis auf 9 M für die Tonne erhöhen. Ähnlich war die Regelung auch in den folgenden Jahren. Da in Ländern mit überwiegendem Mittel- und Kleinbesitz die Erfassung des Getreides größere Mühe und Kosten machte als in Ländern, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, so wurden in Bayern jeweils die Höchstsätze bezahlt. Im Wirtschaftsjahr 1916/17 und 1917/18 durften die bayerischen Kommunalverbände bei der Weiterlieferung des Getreides auf den Erzeugerpreis 90 Pf. für den Doppelzentner zuschlagen; für das Wirtschaftsjahr 1918/19 wurde diese Höchstgrenze des Zuschlages auf 1,10 M, für das Wirtschaftsjahr 1919/20 auf 1,80 M¹⁾ und mit Wirkung vom 1. Januar 1920 auf 2,80 M für den Doppelzentner erhöht. Für das Wirtschaftsjahr 1920/21 wurde den Kommunalverbänden zunächst ein Zuschlag von 4 M für den Doppelzentner zuzüglich 40 Pf. Pauschale für Vorrachten und Verzinsung gestattet. Im Hinblick auf die zunehmenden Kosten der Getreideerfassung wurde zu diesem Zuschlag mit Wirkung vom 15. November 1920 zur Hebung der Erfassung für jeden aufgekauften Doppelzentner Brotgetreide und Gerste aus Mitteln der Landesgetreidestelle eine Vergütung von 2 M gewährt. Diese Vergütung sollte die Kommunalverbände, die aus den Zuschlägen auch ihre Aufkäufer zu entschädigen hatten, in die Lage versetzen, diesen eine höhere Vergütung zuzuwenden. Außerdem waren daraus die sonstigen erhöhten Spesen, wie Lagerkosten, Verzinsung, Schwund und Vorrachten zu decken. Der Gesamtaufwand der Bayer. Landesgetreidestelle für erhöhte Kommissionsgebühren betrug bei Brotgetreide 1 467 262 M, bei Gerste 499 059 M.

Im Wirtschaftsjahr 1921/22 erhielten die Kommunalverbände eine Aufkaufsvergütung von 13 M für den Doppelzentner. Im Brotpreis spielt diese Aufkaufsvergütung deshalb keine Rolle, weil der Brotpreis nicht mehr auf dem Umlagenpreis + Erfassungskosten, sondern auf einem Mittelpreis zwischen den Kosten des Inlands- und den Kosten des Auslandsgetreides aufgebaut ist, wobei das Reich noch erhebliche Zuschüsse leistet.

Frachten. Die Frachtkosten haben nach Einführung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung erstmals am 1. August 1917 eine Erhöhung durch die Einführung einer 7%igen Verkehrssteuer erfahren. Die erste eigentliche Frachterhöhung erfolgte am 1. April 1918 um 15%. Von da ab stiegen mit der fortschreitenden Geldentwertung die Frachtsätze rasch an. Am 1. April 1919 folgte eine Frachterhöhung um 16%, am 1. Oktober 1919 eine solche um 50%, am 1. März 1920 eine solche um 100%. Der 1. Dezember 1920 brachte die Einführung der Staffeltarife, der 1. April 1921 die Erhöhung dieser Staffeltarife, der 1. November 1921 eine Frachterhöhung von 30%, der 1. Dezember 1921 eine solche von 50%, der 1. Februar 1922 eine solche von 33%, der 1. März neuerdings eine solche von 20%, der 1. April eine solche von 40%. Die Erhöhung bezieht sich jeweils auf die vorausgegangenen Frachtsätze.

Die Einführung der Staffeltarife brachte für große Entfernungen zunächst eine Ermäßigung der Frachten. Für die kleineren Entfernungen, die für die bayerischen Kom-

¹⁾ Diese Kommissionsgebühr sollte nach der einschlägigen Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 200 vom 15. August 1919) wie folgt unterverteilt werden:
 1,00 M für den Doppelzentner an die Unterverkäufer als Pauschvergütung für Aufkauf und Lagerung,
 0,40 „ „ für die Tätigkeit des Hauptkommissionärs,
 0,08 „ „ als Leihgebühr,
 0,52 „ „ Entschädigung für den Kommunalverband.

Im weiteren Verlauf der Getreidebewirtschaftung sind solche ziffermäßige Anordnungen für die Verteilung der Kommissionsgebühr nicht mehr ergangen. Diese ist vielmehr den Kommunalverbänden überlassen worden.

munalverbände allein eine Rolle spielen, brachte auch die Einführung der Staffeltarife eine Frachterhöhung mit sich. Die Entwicklung der Getreidefrachten ist am besten aus den nachstehenden Beispielen ersichtlich:

				Landshut—München Hbf.		Aken—München Hbf.	
				Entfernung 76 km		Entfernung 545 km	
				Frachtsatz für 100 kg	Frachtbetrag für 1 Wagen zu 15 t	Frachtsatz für 100 kg	Frachtbetrag für 1 Wagen zu 15 t
				in Pf.	in M	in Pf.	in M
vor 1. August	1917			46	69,00	257	385,50
vom 1. August	1917 bis 31. März	1918		51	76,50	277	415,50
vom 1. April	1918 bis 31. März	1919		59	88,50	319	478,50
vom 1. April	1919 bis 30. September	1919		93	139,50	509	763,50
vom 1. Oktober	1919 bis 28. Februar	1920		140	210,00	764	1 146,00
vom 1. März	1920 bis 30. November	1920		280	420,00	1 528	2 292,00
vom 1. Dezember	1920 bis 31. März	1921		298	447,00	1 519	2 278,50
vom 1. April	1921 bis 31. Oktober	1921		523	784,50	2 666	3 999,00
vom 1. November	1921 bis 30. November	1921		680	1 020,00	3 470	5 205,00
vom 1. Dezember	1921 bis 31. Januar	1922		1 020	1 530,00	5 210	7 815,00
vom 1. Februar	1922 bis 28. Februar	1922		1 340 ¹⁾	2 211,00	6 540	10 791,00
vom 1. März	1922 bis 31. März	1922		1 610	2 656,50	7 850	12 952,50
vom 1. April	1922 bis 30. April	1922 ²⁾		2 280	3 762,00	11 120	18 348,00

Rechnet man mit einer durchschnittlichen Getreidefracht von 100 km, was für die bayerischen Verhältnisse, abgesehen vom Auslandsgetreide, annähernd zutrifft, so hat das Getreide Ende des Wirtschaftsjahres 1920/21 durch die Verfrachtung vom Erzeugungs- zum Verbrauchsort eine Preissteigerung um rund 7 M je 100 kg erfahren, d. i. bei einem Roggenpreis von 144,50 M eine Verteuerung von 4,8 %. Für die einzelnen Kommunalverbände stellt sich die Getreidefracht sehr verschieden. Überschusskommunalverbände haben für ihren Verbrauch Getreidefracht im allgemeinen nur dann aufzuwenden, wenn sie mangels leistungsfähiger Mühlen im eigenen Kommunalverband auswärts mahlen lassen müssen. Für die Zuschußkommunalverbände ist die Frachtaufwendung um so größer, je weiter sie vom Erzeugungsgebiet entfernt liegen. Die Größe des Verbrauchs spielt dabei insofern eine Rolle, als mit ihm die Entfernung wächst, aus der das Getreide zur Bedarfsdeckung des Kommunalverbandes herangeholt werden muß. Vom Wirtschaftsjahr 1919/20 ab ist in der Frachtbehandlung dadurch eine Änderung eingetreten, daß den Kommunalverbänden erstmals in größerem Umfang Auslandsgetreide geliefert worden ist und die darauf entfallenden Frachten die Landesgetreidestelle getragen hat. Im Wirtschaftsjahr 1921/22 wird den Kommunalverbänden auch für das zugewiesene Umlagengetreide die Getreidefracht bis zur Bestimmungsstation ersetzt. Die Getreidefracht spielt daher in den Mehlprijsberechnungen der Zuschußkommunalverbände keine Rolle mehr, tritt aber noch bei Überschusskommunalverbänden hervor, die das selbsterfaßte Getreide auswärts vermahlen lassen müssen. Die Ansätze für Getreidefracht bewegen sich in den Grenzen von:

1917/18	0,05 M	bis 2,80 M	für den Doppelzentner
1918/19	0,20 "	1,10 "	" " " "
1919/20	0,36 "	2,33 "	" " " "
1920/21	0,60 "	7,00 "	" " " "
1921/22 (15. November 1921)	0,50 "	20,00 "	" " " "

Lagerkosten. Hier ist zu unterscheiden die Lagerung des von den Überschusskommunalverbänden erfaßten, zur Ablieferung bestimmten Getreides und die Lagerung des zum Selbstverbrauch bestimmten Getreides der Überschuss- und Zuschußkommunalverbände. Die Lagerkosten für das erstere wirken sich im Mehlprijs deshalb nicht besonders aus, weil sie durch die sog. Kommissionsgebühr mit abgegolten sind. Für die Lagerung des

¹⁾ Für gedeckte Wagen wird jetzt ein Zuschlag von 10 % erhoben. Da für Getreideverfrachtung fast ausschließlich gedeckte Wagen in Betracht kommen, so muß also für 15 t Getreide tatsächlich die Fracht für 16,5 t bezahlt werden.

²⁾ Inzwischen sind die Frachten wiederholt stark erhöht worden. Der Frachtsatz für 100 kg Getreide beträgt ab 15. Februar 1923 für die Strecke Landshut—München Hbf. 2696 M, für Aken—München Hbf. 12 284 M; die Gesamtfracht für 15 t Getreide berechnet sich demnach für diese Strecken auf 444 840 bzw. 202 680 M.

zum Eigenverbrauch bestimmten Getreides werden in der Hauptsache die Mühlen herangezogen, denen es überlassen ist, im Bedarfsfalle Verträge mit Lagerhäusern zu schließen, sofern sie das Getreide nicht in eigenen oder gemieteten Räumen unterbringen können. Die Entschädigung für diese Lagerung ist im Lager- und Mahlvertrag geregelt und des Zusammenhangs wegen bereits im Kapitel „Die Vermahlung des Getreides“ behandelt.

Zinsen. Während die Kommunalverbände im Wirtschaftsjahr 1915/16 im allgemeinen noch mit 5% Zins auskommen konnten, ist der Zinssatz seit dieser Zeit bis Ende des Wirtschaftsjahrs 1921/22 auf 7 und mehr v. H. gestiegen. Von wesentlicher Bedeutung für den Zinsenaufwand ist neben den Einstandspreisen für das Getreide die Dauer der Lagerung. Je geringer ein Kommunalverband eingedeckt ist, desto niedriger bleibt sein Zinsenaufwand. Im großen und ganzen haben die Kommunalverbände jedoch die Sicherheit der Versorgung dem in der geringeren Eindeckung liegenden Geldvorteil vorgezogen. Nur im Wirtschaftsjahr 1921/22 ist es vereinzelt vorgekommen, daß Kommunalverbände ersucht haben, sie erst auf eigenen Abruf hin wieder mit Getreide zu versorgen. Bei den hohen Preisen wurde es für die Kommunalverbände schwierig, für die Bezahlung des Getreides für einen mehrmonatlichen Bedarf aufzukommen. Die Ansätze für Zinsen bewegen sich für den dz Getreide 1917/18 in den Grenzen von 10 Pf. bis 1,50 M, 1918/19 zwischen 10 Pf. und 1,15 M, 1919/20 zwischen 1,13 M und 1,60 M, 1920/21 zwischen 1 M und 6 M, 1921/22 zwischen 1 M und 11,20 M für den Doppelzentner.

Schwund. Der Getreideschwund ist verschieden, je nachdem das Getreide mehr oder weniger trocken hereingenommen wird. Bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen ist er verschieden nach der Dauer der Lagerung. Hierwegen wird auf die Ausführungen im Kapitel „Die Vermahlung des Getreides“ verwiesen. In den Mehlprijsberechnungen erscheint neben dem gewöhnlichen Vermahlungs- und Verstaubungsverlust ein Schwundansatz von $\frac{1}{2}$ —2%. Teilweise sind sogar 4% und mehr angesetzt worden. Die Landesgetreidestelle hat, wenn nicht ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorlagen, den Ansatz eines höheren als eines 2%igen Getreideschwundes neben dem gewöhnlichen Mahlverlust beanstandet, da nach ihren Erfahrungen neben einem Mahlverlust von 3—4% schon der Ansatz eines 2%igen Schwundverlustes für den Durchschnitt reichlich hoch bemessen ist. Nach dem Lager- und Mahlvertrag der Landesgetreidestelle wird ein 2%iger Getreideschwund neben dem gewöhnlichen Mahlverlust erst nach einer fünfmonatigen Lagerdauer des Getreides anerkannt. Der Getreideschwund wirkt sich geldlich um so mehr aus, je höher der Getreidepreis selbst ist.

Leihgebühren für die Getreidesäcke. Im Wirtschaftsjahr 1916/17 durfte für leihweise Überlassung der Säcke eine Sackleihgebühr bis zu 10 Pf. für den Doppelzentner berechnet werden. Wurden die Säcke nicht binnen 3 Wochen nach der Lieferung zurückgegeben, so durfte die Sackleihgebühr mit 25 Pf. für die Woche bis zum Höchstbetrag von 2,50 M angesetzt werden. Angefangene Wochen durften für voll berechnet werden. Im Wirtschaftsjahr 1917/18 betrug die Sackleihgebühr 20 Pf., die Erhöhung nach 3 Wochen ebenfalls 20 Pf. für die Woche, der Höchstbetrag 3 M. Im Wirtschaftsjahr 1918/19 wurde die Grundgebühr auf 40 Pf., 1919/20 auf 50 Pf., 1920/21 auf 80 Pf. erhöht. Der Höchstbetrag von 3 M ist unverändert beibehalten worden, ebenso 1918/19 und 1919/20 der Erhöhungsbetrag von 20 Pf. von der 4. Woche ab. 1920/21 trat an die Stelle dieses Betrags ein solcher von 30 Pf., 1921/22 beträgt die Leihgebühr ebenfalls 80 Pf. für den Doppelzentner. Nach Ablauf der 3. Woche erhöht sich der Satz um 2 Pf. für jeden Doppelzentner und Tag bis zum Höchstbetrag von 3 M. Ab 16. Dezember 1921 ist an die Stelle von 2 Pf. der Satz von 3 Pf. getreten.

Bei Hafer, Spelz, Emer und Einkorn tritt an die Stelle von 80 Pf. eine Grundgebühr von 1 M für den Doppelzentner.

Mahllohn und Mahlverluste. Der Mahllohn und die Mahlverluste wurden bereits in einem eigenen Kapitel behandelt, auf das, soweit hierher einschlägig, Bezug genommen wird.

Kleie. Die Höhe des Kleieanfalls richtet sich nach dem Grade der Ausmahlung und den zugestandenen Schwundsätzen. Bei 85% iger Ausmahlung und 3% Schwund- und Verstaubungsverlust entfallen z. B. auf 100 kg Getreide 12 kg Kleie.

Der Erlös für die Kleie ist in der Mehlprijsberechnung ein Abzugsposten. Je höher die Kleie bewertet wird, desto niedriger berechnet sich bei sonst gleichen Verhältnissen der Mehlprijs. Der Wert der Kleie selbst ist insbesondere abhängig von der Höhe der Ausmahlung. Je mehr das Getreide schon zur Mehlgewinnung ausgebeutet wird, desto minderwertiger wird die Kleie. Bis zum Wirtschaftsjahr 1921/22 mußten die Kommunalverbände ihren ganzen Kleieanfall an eine zentrale Verwertungsstelle, in Bayern an die Bayer. Futtermittelverteilung, zu bestimmten Übernahme-preisen abliefern. Sie erhielten

vom 11. Januar 1915 bis 17. Dezember 1917	13,00	ℳ	für den Doppelzentner
vom 18. Dezember 1917 bis 15. Januar 1920 (bei 94 % iger Ausmahlung)	10,00	"	" " " "
vom 16. Januar 1920 bis 16. September 1920	25,00	"	" " " "
von da ab bis 15. August 1921	37,50	"	" " " "

§ 51 Ziff. 5 des Getreideverkehrs-gesetzes vom 21. Mai 1921 hat die Kleiebewirtschaftung aufgehoben. Die Kommunalverbände wurden damit in der Verwertung der Kleie grundsätzlich frei. Sie können diese beliebig zu freien Marktpreisen veräußern. Die Landwirtschaft hat jedoch bei den stark gestiegenen Kleiepreisen die Forderung erhoben, daß ihr wenigstens die aus dem Umlagengetreide anfallende Kleie wieder zu einem mäßigen Preis zu überlassen sei. Theoretisch ist diese Forderung, wie überhaupt der Vergleich des Kleiepreises mit dem Preis für das Umlagengetreide, nicht berechtigt; denn die Verpflichtung des Landwirts, Getreide zu einem bestimmten Preis zu liefern, ist gesetzlich festgelegt. Der Landwirt hat keinen Anspruch darauf, für das Pflichtgetreide neben dem gesetzlich bestimmten Preise noch einen anderen Vorteil zu erhalten. Da die Kleie nicht mehr bewirtschaftet ist, kann ihr Preis nur mehr mit dem Preis für das freie Getreide verglichen werden. Hierbei bildet sich im allgemeinen von selbst ein entsprechendes Verhältnis heraus. Der Kleiepreis beträgt etwa die Hälfte des Getreidepreises. Bei der starken Nachfrage, wie sie sich im Wirtschaftsjahr 1921/22 aus der großen Futtermittelnot ergeben hat, ist der Kleiepreis freilich zum Teil über das natürliche Wertverhältnis hinausgegangen. Immerhin konnte der Forderung der Landwirtschaft praktisch nicht jede Berechtigung abgesprochen werden. Die meisten Kommunalverbände haben ihr im wesentlichen auch Rechnung getragen. So haben verschiedene große Zuschußkommunalverbände die dem gelieferten Umlagegetreide entsprechende Kleiemenge an die Lieferkommunalverbände zum Preise von 70—100 ℳ für den Zentner zurückgeliefert. Die Lieferkommunalverbände haben die bei ihnen anfallende Kleie fast durchweg unter dem Preis für das Umlagengetreide an die Landwirtschaft abgegeben. Eine befriedigende Regelung ist das freilich nicht. Denn einmal kommt es dabei immer auf den guten Willen des Kommunalverbandes an; dann sind die Kommunalverbände in ganz verschiedenem Verhältnis mit Umlagengetreide und Auslandsgetreide beliefert worden. Außerdem kommt der Kommunalverband bei jedem Entgegenkommen gegenüber der Landwirtschaft in Widerstreit mit den Belangen der Verbraucher, da der Kleierlös ja dem Brotpreis zugute kommt. Soweit bekannt, haben sich jedoch die Verbraucher überall mit der Abgabe der Kleie unter dem Marktpreis abgefunden. In den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände im Wirtschaftsjahr 1921/22 ist die Kleie mit 75—150 ℳ für den Zentner angesetzt. Die Kommunalverbände haben mit der Abgabe der Kleie unter dem Marktpreis auch andere, nicht auf dem Gebiete der Getreidebewirtschaftung liegende Zwecke, insbesondere die Milch-anlieferung und die Kleintierzucht gefördert. Wenn man nicht will, daß die Kleie überall zum freien Marktpreis veräußert wird, so sollte eine allgemeine Regelung dahin getroffen werden, daß alle aus dem bewirtschafteten Getreide anfallende Kleie an eine Kleiezentrale zu einem bestimmten Preis abzuliefern ist und jeder Landwirt, der Umlagengetreide abgeliefert, einen Bezugsschein auf eine entsprechende Menge Kleie zu einem billigen, unter dem Umlagenpreis liegenden Preis erhält. Dieser

Bezugsschein wäre durch besondere Abgabestellen der Zentrale zu beliefern. Die hierzu nicht benötigte Kleie aus dem für die öffentliche Brotversorgung auf dem freien Markt erworbenen Getreide könnte dann zum freien Preis veräußert werden, wobei zunächst die Belieferung der Bezugsscheine zu erfolgen hätte.¹⁾

Mehlsäcke. Eine gesetzliche Regelung der Leihgebühr für die Mehlsäcke ist während der ganzen Dauer der öffentlichen Getreidebewirtschaftung nicht erfolgt. Auch von der Landesgetreidestelle sind den Kommunalverbänden hierfür besondere Richtlinien nicht gegeben worden. Es war Sache der Kommunalverbände, mit ihren Mühlen die entsprechenden Vereinbarungen zu treffen.

Bei der Reichsgetreidestelle ist die leihfreie Stellung der Mehlsäcke für 4 Wochen im Mahllohn mit abgegolten. Im bayerischen Landesrücklagenvertrag ist hierwegen nur gesagt: „Für die Stellung der Mehlsäcke sowie wegen ihrer Rücklieferung bleibt der Mühle die Vereinbarung einer besonderen Vergütung mit dem Empfangsberechtigten vorbehalten.“ Viele Kommunalverbände haben sich für die Mehllieferung eigene Säcke beschafft. Die Vertragsmühlen der Reichsgetreidestelle konnten nach Ablauf der leihfreien 4 Wochen 1918/19 und 1919/20 für den 100 kg fassenden Sack in der ersten überschießenden Woche 1 Pf., in der zweiten Woche 2 Pf., in der dritten und den folgenden Wochen 4 Pf. für den Sack und Tag verlangen. Vom 15. Januar 1920 ab wurden diese Sätze verdoppelt. Nach den Geschäftsbedingungen für 1920/21 sind statt 8 Pf. in der dritten Woche 6 Pf. für den Sack und Tag zu bezahlen. 1921/22 wurde der Satz von 8 Pf. für den Sack und Tag von der dritten Woche nach Ablauf der leihfreien Zeit an wieder hergestellt. Durch Rundschreiben vom 12. November 1921 wurden die Sätze erhöht auf 3 Pf. in der ersten Woche, 8 Pf. in der zweiten und 12 Pf. in der dritten Woche.

Für die Stellung der Säcke war jeweils ein sog. Sackpfand zu leisten, das 1917 2,40 M., vom Wirtschaftsjahr 1918 ab bis 15. April 1920 5 M., von da ab 8 M. betrug und 1920/21 wieder auf 5 M. herabgesetzt wurde. Das Sackpfand war unverzüglich nach Rückkunft der Säcke zurückzuzahlen, allenfalls zu verzinsen.

Die Entschädigung der Mühlen für den Verlust von Säcken betrug für den 100 kg fassenden Sack von 1917 bis 15. Januar 1920 5 M., von da ab 10 M., vom 15. April 1921 ab 12 M. Mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1920/21 wurde die Entschädigung wieder auf 10 M., im März 1921 auf 4 M. herabgesetzt, im August 1921 auf 7 M., Oktober 1921 auf 14 M., im November 1921 auf 25 M. für jeden 100 kg fassenden Sack erhöht. Für kleinere Säcke galten niedrigere Entschädigungssätze. Neben dieser Entschädigung verfällt das Sackpfand und die Leihgebühr für 3 Wochen. Diese Sätze waren für die bayerischen Kommunalverbände und die bayerischen Mühlen nicht verbindlich, haben ihnen aber doch als eine Art Richtpreis gedient und sind insofern auch für Bayern von Bedeutung geworden. Die Entschädigung bei Verlust der Mehlsäcke hat den Wertverhältnissen nicht immer entsprochen. Dieser Umstand hat es mit sich gebracht, daß die Säcke da und dort — statt an die Mühlen zurückzuströmen — in den Schleichhandel gelangten. Die Landesgetreidestelle hat daher wiederholt, so mit Rundschreiben vom 21. April 1920 erklärt, daß sie keine Erinnerung dagegen hat, wenn bei Vereinbarungen der Mühlen mit den Kommunalverbänden höhere Sätze, so zu dieser Zeit statt 12 M. 25 M. als Entschädigung für den Verlustfall vereinbart werden. In den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände erscheint die Leihgebühr für Mehlsäcke häufig zusammen mit Mehlsackfrachten. Bei einzelnen Kommunalverbänden, die über eigene Mehlsäcke verfügen, erscheint anstatt eines Ansatzes für Mehlsackleihgebühren ein solcher für Sackverschleiß und Sackflicken.

¹⁾ Für das Wirtschaftsjahr 1922/23 ist die Verwertung der Kleie durch Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. September 1922 (RGBl. S. 735) geregelt worden. Ihr Vollzug wird sich bei der Verschiedenheit der Preise des Umlagengetreides für die einzelnen Lieferanten außerordentlich schwierig gestalten.

Mehlfrachten. Getreide- und Mehlfrachten stehen insofern in einer innigen Wechselbeziehung, als sie sich in ihrer Höhe gegenseitig bedingen. Wenn z. B. dem Kommunalverband München-Stadt Getreide vom Kommunalverband Landshut-Land zugewiesen wird, so kann er das Getreide in Landshut oder in München vermahlen lassen. Im ersteren Fall wird unter Umständen eine Getreidefracht überhaupt nicht anfallen, dagegen die Mehlfracht von Landshut nach München, im letzteren Falle ist die Getreidefracht von Landshut nach München zu bezahlen, dagegen keine Mehlfracht. Im allgemeinen spielt die Mehlfracht in der Mehlpreisberechnung bei den Kommunalverbänden die geringste Rolle, die leistungsfähige Mühlen in ihrem Bezirk haben. Je weiter die Vertragsmühle vom Sitz des Kommunalverbandes entfernt ist, mit desto höherer Mehlfracht hat der Kommunalverband zu rechnen.

Da Getreide und Mehl in der gleichen Tarifklasse sind, Kleie dagegen in eine niedrigere Tarifklasse fällt, so ist es vom Standpunkt der Frachtenersparnis aus vorteilhaft, das Getreide möglichst nahe dem Herkunftsort zur Vermahlung zu bringen und statt des Getreides dann die Erzeugnisse zu verfrachten. Im Juni 1920 betrug z. B. die Fracht für einen Wagen Kleie zu 15 t von Landshut nach München-Hauptbahnhof 394,50 M, gegenüber 784,50 M für einen Wagen Brotgetreide zu 15 t. Gesetzt den Fall, der Kommunalverband München-Stadt hätte zu dieser Zeit 100 Wagen Brotgetreide zu je 15 t ab Landshut zugewiesen erhalten, so hätte sich hierfür bei Verfrachtung des Getreides nach München ein Gesamtfrachtbetrag von 78450 M berechnet. Brachte er das Getreide in Landshut zur Vermahlung und verfrachtete er die Erzeugnisse daraus (85 Wagen Mehl und 12 Wagen Kleie) nach München, so errechnete sich hierfür ein Frachtbetrag von $(85 \times 784,50 \text{ M} + 12 \times 394,50 \text{ M}) = 71416,50 \text{ M}$, d. i. 7033,50 M weniger als die Getreidefracht nach München betrug. Tatsächlich ersparte der Kommunalverband nicht bloß diesen Betrag, sondern auch die Fracht für die Kleie mit 4734 M; denn diese wurde ihm in Landshut zu den gleichen Bedingungen abgenommen wie in München. Der Vorteil der billigeren Verfrachtung der Erzeugnisse kann freilich dann verloren gehen, wenn nach dem Zeitpunkt, wo das Getreide verfrachtet werden könnte, vor der Mehlverfrachtung eine Tarifierhöhung erfolgt.

Vom Wirtschaftsjahr 1921/22 ab ist für die Kommunalverbände insofern eine Änderung eingetreten, als ihnen für das zugewiesene Getreide die Fracht bis zur Bestimmungsstation von der Landesgetreidestelle ersetzt wird, wogegen die Mehlfrachten durchweg von den Kommunalverbänden zu tragen sind. Diese Regelung hat umgekehrt zur Folge, daß das Getreide zur Vermahlung möglichst zum Verbrauchsort oder doch in eine nahe gelegene Mühle verbracht wird. Kommunalverbände mit ungünstigen Mühlenverhältnissen sind dadurch wesentlich schlechter gestellt als Kommunalverbände mit leistungsfähigen Mühlen. Der letzte Grund für diese Härte liegt darin, daß in Bayern den Kommunalverbänden das in § 31 des Getreideverkehrsgesetzes den von der Reichsgetreidestelle belieferten Kommunalverbänden eingeräumte Wahlrecht, ob sie ihren Bedarfsanteil in Getreide oder Mehl zugewiesen erhalten wollen, nicht zugestanden worden ist, vielmehr nach den bayerischen Ausführungsbestimmungen die Landesgetreidestelle den Fehlbedarf der Kommunalverbände grundsätzlich in Körnern zu decken hat. Das vom Kommunalverband aus dem Getreide gewonnene Mehl ist bereits Eigentum des Kommunalverbandes und kann nur noch auf seine Kosten befördert werden. Mit zunehmender Steigerung der Fracht ist diese Regelung zu einer immer größer werdenden Härte für die besonders betroffenen Kommunalverbände geworden, die im Mai 1922 mit Mehlfrachten von 60 M und darüber für den Doppelzentner zu rechnen hatten, was den Mehlabgabe- und damit den Brotpreis schon sehr erheblich verteuert.¹⁾

¹⁾ Nachträglich wurde diese Härte auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle durch wenigstens teilweisen Ersatz der Mehlfracht erheblich gemildert.

In den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände erscheinen die Mehlfrachten 1920/21 mit 0—9 *M* für den Doppelzentner, am 15. November 1921 mit 0—16 *M*, am 1. Mai 1922 mit 1—66 *M*.

Kosten der Lagerung des Mehls. Bezüglich der Kosten der Lagerung des Mehles wird, da diese meist in den Mühlen erfolgt, auf die einschlägigen Ausführungen im Kapitel „Die Vermahlung des Getreides“ verwiesen. Einzelne Kommunalverbände nehmen das Mehl allerdings auch auf besondere Lager und bringen es von diesen aus zur Verteilung. Eine solche gesonderte Lagerung findet insbesondere für Mehl statt, das in auswärtigen Mühlen gemahlen und waggonweise an den Verbrauchskommunalverband herankommt. Es ist dabei nicht immer möglich, die Verfügung so zu treffen, daß dieses Mehl unmittelbar vom Eisenbahnwagen aus an die bezugsberechtigten Bäcker und Mehlhändler ausgefahren wird. Eine eigene Lagerung des Mehles erleichtert die Disposition, hat aber — d. i. die Kehrseite der Sache — notwendig auch höhere Spesen zur Folge.

Die Ansätze für Lagerkosten des Mehles in den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände bewegen sich im allgemeinen in folgenden Grenzen:

1917/18	von 0,25 <i>M</i> bis 1,10 <i>M</i> für den Doppelzentner
1918/19	0,20 „ „ 0,66 „ „ „ „
1919/20	0,20 „ „ 1,80 „ „ „ „
1920/21	0,50 „ „ 5,40 „ „ „ „
1921/22 (15. November 1921)	0,50 „ „ 5,00 „ „ „ „
1921/22 (1. Mai 1922)	1,00 „ „ 9,00 „ „ „ „

Kosten der Verteilung des Mehles an die Bäcker und Mehlhändler. Auch die Kosten der Mehloverteilung sind wesentlich dadurch beeinflusst, ob die Verteilung des Mehles unmittelbar von den Mühlen aus erfolgen kann, oder ob das Mehl erst noch über besondere Lager des Kommunalverbandes geht. In den städtischen Kommunalverbänden verstehen sich die Mehlprijs meist frei Bäckerhaus, in den ländlichen Kommunalverbänden frei nächster Bahnstation. In einzelnen Kommunalverbänden hat die Fracht von der Verteilungsstelle bis zum Bäckerhaus oder bis zur Bahnstation des Bäckers dieser selbst zu tragen, ein Verfahren, das die Bäcker je nach ihrer Lage sehr verschieden stellt und daher wenig empfehlenswert erscheint. In großen Verbraucherkommunalverbänden wird zur Verteilung auch der Mehlgroßhandel herangezogen:

Die Verteilungskosten sind in den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände angesetzt in den Grenzen:

1917/18	von 0,20 <i>M</i> bis 1,50 <i>M</i>
1918/19	0,20 „ „ 0,70 „ „ „ „
1919/20	0,30 „ „ 2,07 „ „ „ „
1920/21	0,20 „ „ 11,00 „ „ „ „
1921/22 (15. November 1921)	1,00 „ „ 15,00 „ „ „ „
1921/22 (1. Mai 1922)	0,50 „ „ 25,00 „ „ „ „

Verwaltungsaufwand. Unter dem Verwaltungsaufwand ist der gesamte auf den Mehl- und Brotverkehr entfallende Personal- und Sachbedarf des Kommunalverbandes zu verstehen. Dagegen fällt nicht darunter der Aufwand für den Getreideaufkauf. In der Praxis ist eine strenge Scheidung dieses verschiedenen Aufwandes freilich nicht immer möglich. Insbesondere wird das Personal der Geschäftsstelle für beide Zwecke verwendet. Große Überschusskommunalverbände decken auch die Kosten der Verbrauchsregelung teilweise aus den Aufkaufsvergütungen.

In den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände bewegt sich der Verwaltungsaufwand je Doppelzentner Mehl in den nachstehenden Grenzen:

1917/18	von 0,13 <i>M</i> bis 3,50 <i>M</i>
1918/19	0,20 „ „ 5,00 „ „ „ „
1919/20	0,13 „ „ 7,64 „ „ „ „
1920/21	0,25 „ „ 20,00 „ „ „ „
1921/22 (15. November 1921)	0,43 „ „ 40,00 „ „ „ „
1921/22 (1. Mai 1922)	2,00 „ „ 26,95 „ „ „ „

Reserve. Besondere Ansätze als Reserve oder Unvorhergesehenes finden sich in den Mehlprijsberechnungen der Kommunalverbände in den letzten Jahren nur noch vereinzelt. Die nötige Sicherheit der Kommunalverbände gegen Verluste wird dadurch erreicht, daß die einzelnen Posten der Mehlprijsberechnung nicht zu knapp angesetzt sind. Der Ansatz für Reserve oder Unvorhergesehenes dient da und dort auch lediglich dem Zweck, den berechneten Mehlprijs so zu gestalten, daß er im Zusammenhalt mit der Bäckerspannung einen für die praktischen Bedürfnisse brauchbaren Brotprijs ergibt.

b) Mischung des Brotmehles.

Da das Brotmehl in Bayern fast durchweg als aus verschiedenen Getreidearten hergestelltes Mischmehl abgegeben wird, die Preise für die Getreidearten aber verschieden sind, so ist für den Brotmehlabbgabeprijs von wesentlicher Bedeutung, in welchem Umfange der Kommunalverband mit Weizen, Roggen oder Gerste beliefert ist. Weizenmehl stellt sich wegen des höheren Weizenpreises höher als Roggenmehl. Der Prijs für das Gerstenmehl berechnet sich wegen der geringeren Ausbeute der Gerste für den Kommunalverband selbst dann noch ungünstiger als der des Roggenmehles, wenn der Gerstenprijs in gewissem Maße hinter dem Roggenprijs zurücksteht. Im Wirtschaftsjahr 1920/21 betrug der Grundprijs des Hauptmarkortes München bei Roggen 1445 \mathcal{M} , bei Weizen 1585 \mathcal{M} , bei Gerste 1395 \mathcal{M} für die Tonne. Wenn von den Spesen, die bei allen Getreidearten annähernd gleich sind, abgesehen wird, so kosteten

85 kg Roggenmehl
+12 kg Kleie
 \mathcal{M}
144,50

85 kg Weizenmehl
+12 kg Kleie
 \mathcal{M}
158,50

75 kg Gerstenmehl
+22 kg Kleie
 \mathcal{M}
139,50

Für die Kleie wurden erlöst bei einem Preise von 0,375 \mathcal{M} je Kilogramm bei

Roggen
 \mathcal{M}
4,50

Weizen
 \mathcal{M}
4,50

Gerste
 \mathcal{M}
8,25

Es stellte sich demnach das Kilogramm

Roggenmehl
 \mathcal{M}
1,65

Weizenmehl
 \mathcal{M}
1,81

Gerstenmehl
 \mathcal{M}
1,74

Gerstenmehl stellte sich demnach trotz des um 5 \mathcal{M} niedrigeren Gerstenpreises je Kilogramm um 9 Pf. höher als Roggenmehl, ist bei dieser Preislage jedoch billiger als das Weizenmehl. Dabei sind bei Gerste die Spesen eher höher als bei Roggen denn umgekehrt. Es trifft z. B. bei einem Mahllohn von 13,50 \mathcal{M} für den Doppelzentner bei Roggen

auf 100 kg Mehl der Betrag von $\frac{13,50 \mathcal{M} \times 100}{85} = 15,88 \mathcal{M}$, bei Gerste dagegen von

$\frac{13,50 \mathcal{M} \times 100}{75} = 18 \mathcal{M}$. Ebenso entfällt auf das Kilogramm Gerstenmehl bei sonst

gleichbleibenden Verhältnissen eine höhere Getreidefracht als bei Roggenmehl. Der Gerstenprijs stand während der Getreidezwangswirtschaft zum Teil aber auch über dem Roggenprijs.

Da sich eine gleichmäßige Belieferung der Kommunalverbände mit den verschiedenen Getreidearten niemals hat erreichen lassen und aus Gründen der frachtgünstigen Verfügung auch gar nicht wirtschaftlich gewesen wäre, so liegt hier eine weitere Ursache für die Verschiedenheit der Mehlabgabepreise in den einzelnen Kommunalverbänden. In der anderen Zusammensetzung des Brotmehles ist neben dem höheren Prijs für den Hauptmarkort München auch mit ein Grund dafür zu suchen, daß in Bayern der Brotmehlprijs und damit der Brotprijs vielfach höher stand als im Norden Deutschlands, wo überwiegend Roggen gebaut und abgeliefert wurde, während in Bayern Roggen und Weizen in der Ablieferung sich ungefähr die Wage gehalten haben und außerdem in hohem Maße Gerste zur Brotbereitung herangezogen werden mußte.

Die Mischung des Brotmehles selbst wird zumeist in der Vertragsmühle vorgenommen und im Mahllohn mit abgegolten. Vereinzelt erscheinen in den MehlpPreisberechnungen allerdings die Mischungskosten auch gesondert; insbesondere ist dies da der Fall, wo in auswärtigen Mühlen gemahlen oder der Bedarfsanteil teilweise in Mehl oder in Streckungsmitteln (vgl. hierwegen auch das Kapitel „Brotstreckung“) bezogen wird.

c) Abgabepreise für das Mehl.

Die Gestehungskosten für das Mehl sind nicht immer auch gleich dem Preis, zu dem dieses an die Bäcker und Mehlhändler abgegeben wird. Bei Bestimmung des Mehlabgabepreises wird vielmehr — wie bereits oben angedeutet — häufig schon auf den Brotpreis insofern Rücksicht genommen, als dieser aus praktischen Gründen so gestaltet zu werden pflegt, daß das Pfund oder das übliche Einheitsbrot einen für den Geschäftsverkehr brauchbaren, d. i. seit die Pfennige aus dem Geldverkehr ausgeschieden sind, einen durch 5 teilbaren Preis bekommt. Um das zu erreichen, wird bald zu dem errechneten Mehlabgabepreis noch ein gewisser Betrag hinzugeschlagen, bald werden Zuschüsse aus Erübrigungen geleistet und der Mehlabgabepreis unter den errechneten Selbstkosten bestimmt. Im ersteren Fall wird der Zuschlag da und dort nachträglich als Reserve oder Unvorhergesehenes in die MehlpPreisberechnung eingestellt. Außerdem ist, solange noch ein besonderes Haushaltungsmehl hergestellt wurde, dieses vielfach zugunsten des Brotmehlpreises höher belastet worden. In den letzten Jahren ist dieses Verfahren mehr und mehr abgebaut worden. Die Landesgetreidestelle hat den Kommunalverbänden durch ein Rundschreiben vom 28. April 1920 empfohlen, von der Höherfestsetzung des Preises für das Haushaltungsmehl zugunsten des Brotmehles abzusehen. Sie ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß bei den an sich hohen Preisen eine wesentliche Verbilligung des Brotmehles und damit des Brotes durch die höhere Belastung des Haushaltungsmehles nur erreicht werden kann, wenn bei Festsetzung des Abgabepreises für das Haushaltungsmehl erheblich über die Selbstkosten hinausgegangen wird. Auch hat sich mehr und mehr gezeigt, daß gerade das Haushaltungsmehl und die daraus hergestellten Semmeln mit wenigen Ausnahmen von den Verbrauchern besonders begehrt waren und daher der in der Verbilligung des Brotmehlpreises durch stärkere Belastung des Preises für das Haushaltungsmehl zum Ausdruck gebrachte soziale Gedanke sich kaum in der beabsichtigten Weise zugunsten der Minderbemittelten ausgewirkt hat, ferner daß allzu hohe Preise für das Haushaltungsmehl geeignet seien, Mißtrauen gegen die Kommunalverbände zu erzeugen.

Bezüglich der Höhe der Mehl- und Brotpreise bei Abgabe an die Verbraucher bestehen gesetzliche Vorschriften nicht. Den Kommunalverbänden ist nur in den jeweiligen Reichsgetreideordnungen die Verpflichtung auferlegt worden, Höchstpreise hierfür festzusetzen. Die Höchstpreise für Mehl sind im allgemeinen so bestimmt worden, daß den Verteilungsstellen zur Deckung ihrer Spesen und als Gewinn noch ein Verkaufsnutzen von etwa 10% zugestanden wurde.

d) Die Grundlagen der Brotpreisberechnung.

Mit Zunahme der Steigerung der Brotpreise hat sich die öffentliche Meinung mit ihnen immer mehr befaßt. Bei der erstmaligen starken Erhöhung des Brotpreises im Mai 1920 sind vereinzelt bei der Berechnung insofern grundsätzliche Fehler unterlaufen, als zu dem neu berechneten MehlpPreis einfach der bisherige Unterschied zwischen dem Mehlabgabe- und dem Brotpreis (die sog. Bäckerspannung) hinzugerechnet worden ist, ohne Berücksichtigung des Umstandes, daß mit Erhöhung des Brotpreises auch die Einnahmen des Bäckers aus dem gegenüber der verwendeten Mehlmenge sich ergebenden Brotmehrgewicht steigen. Die Kommunalverbände sind daher in den Vollzugsanweisungen zum Getreideverkehrsgesetz vom 21. Juni 1921 angewiesen worden, auch den Brotpreis jeweils völlig neu zu berechnen. Zahlreiche Angriffe gegen die Kommunalverbände wegen zu hoher Brotpreise

haben im Zusammenhalt mit dem Gedanken, eine gewisse Vereinheitlichung der Brotpreisberechnungen zu erreichen, Veranlassung gegeben zu einer Weisung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 9. Oktober 1920 (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 240 vom 14. Oktober 1920) an die Kommunalverbände, ihre letzten Mehl- und Brotpreisberechnungen sowie alle Änderungen in den Amtsblättern nach einem bekanntgegebenen Schema zu veröffentlichen.

Da teilweise Erhöhungen der Brot- und Mehlpreise vorgekommen sind, die nach dem Ergebnis einer Nachprüfung in diesem Umfange nicht notwendig gewesen wären, sind die Kommunalverbände durch eine weitere Entschließung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 30. Dezember 1921 angewiesen worden, vor jeder beabsichtigten Erhöhung der Brotpreise die Landesgetreidestelle unter Vorlage einer genauen Mehl- und Brotpreisberechnung gutachtlich zu hören und die endgültige Beschlußfassung hierüber zurückzustellen, bis das Gutachten vorliegt, dieses selbst als Material mitzuverwerten und tunlichst zu berücksichtigen. Diese Entschließung hat der Landesgetreidestelle maßgebenden Einfluß auf die Brotpreisfestsetzung gesichert. Die Kommunalverbände haben die Gutachten der Landesgetreidestelle im allgemeinen als willkommene Beratung gerne beachtet und mit ihnen nicht selten übertriebene Forderungen erfolgreich bekämpft. Einzelne Kommunalverbände haben freilich auch in der Begutachtung der Mehl- und Brotpreisberechnung durch die Landesgetreidestelle lediglich eine Aufsicht gesehen und sie als eine Art Bevormundung betrachtet, als die sie niemals gehandhabt wurde. Bei der allgemeinen Erhöhung der Getreideverkaufspreise der Reichsgetreidestelle am 19. Februar 1922 hätte die Einzelprüfung der Mehl- und Brotpreisberechnungen aller Kommunalverbände vor der Erhöhung diese selbst stark verzögern müssen und damit die Kommunalverbände in Geldverluste gebracht. Die Landesgetreidestelle hat daher selbst eine Brotpreisberechnung aufgemacht¹⁾ und auf Grund dieser Berechnung den Kommunalverbänden mit Genehmigung des Staatsministeriums für Landwirtschaft bekanntgegeben, daß von der vorherigen Vorlage der Mehl- und Brotpreisberechnungen abgesehen werden könne, wenn der Brotpreis auf höchstens 3,40 M für das Pfund erhöht werde. Diese Mitteilung hat zu einer gewissen Vereinheitlichung des Brotpreises geführt. Die Kommunalverbände haben das Bestreben gezeigt, auch unter ungünstigeren Verhältnissen mit dem gewissermaßen als Normalpreis aufgestellten Brotpreis von 3,40 M für das Pfund durchzukommen. Nur einzelne Kommunalverbände mit besonders ungünstigen Verhältnissen sind zu einem etwas höheren Brotpreis gekommen. Nicht ausgeschlossen ist freilich auch, daß Kommunalverbände mit besonders günstigen Verhältnissen ebenfalls den Brotpreis von 3,40 M übernommen haben, während sie ohne Hinausgabe einer Art Richtpreis vielleicht einen etwas niedrigeren Brotpreis festgesetzt hätten.

An Bäckerunkosten und Gewinn entfallen in München-Stadt auf 100 kg Brot, oder 75 kg Brotmehl:

	Sept. 1917	Aug. 1918	Okt. 1919	Mai 1920	Okt. 1920	Juni 1921
	M	M	M	M	M	M
Hiervon treffen:	17,00	20,72	32,63	66,52	72,10	83,50
auf Heizung . . . }	nicht aus- geschieden	1,65	5,00	14,82	14,70	14,70
auf Arbeitslohn . }		3,50	8,48	15,40	18,41	22,73
	Aug. 1921	Dez. 1921	Febr. 1922	April 1922	Juni 1922	
	M	M	M	M	M	
Hiervon treffen:	90,88	120,74	160,40	220,83	287,65	
auf Heizung . . .	14,75	21,60	28,52	40,40	60,69	
auf Arbeitslohn .	23,23	32,70	43,28	60,79	79,27	

e) Der Anteil der Kosten der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, der Landwirtschaft und der beteiligten Gewerbe am Brotpreis.

Seit die Einschränkung der Brotverbilligung aus Reichsmitteln mit Wirkung vom 19. Februar 1922 eine Steigerung des Brotpreises um etwa 75 % gebracht hat, hat in der

¹⁾ In gleicher Weise ist auch bei den folgenden Erhöhungen der Getreideverkaufspreise der Reichsgetreidestelle verfahren worden.

Tages- und in der Fachpresse ein lebhafter Meinungs- und Austausch über den Anteil der Landwirtschaft, der öffentlichen Bewirtschaftungsstellen und der beteiligten Gewerbe am Brotpreis eingesetzt.

Es sei hier nur ein Artikel in den „Mitteilungen der Bayer. Landesbauernkammer“ Nr. 12 vom 25. März 1922 „Zur Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte“ herausgegriffen. Der Verfasser Dr. Schwab hat darin unter Auswertung der Brotpreisberechnung des Kommunalverbandes München-Stadt zunächst ziffermäßig und dann bildlich durch Aufteilung eines Brotlaibes dargestellt, in welchem Verhältnis die Landwirtschaft (Umlagengetreidepreis), die Unkosten und Zuschläge der Reichsgetreidestelle, die Mülerei, der Mehlgroßhandel, das Städtische Mehllamt, die Bäckerei usw. am Brotpreis teilnehmen und dabei im wesentlichen ausgeführt, daß der Anteil der Landwirtschaft, der noch im Dezember 1921 46,73 % betragen habe, auf 27,33 % zurückgegangen sei. Für die Zeit vor dem Kriege sei dieser Anteil „auf Grund zuverlässiger Schätzungen von Sachverständigen“ mit 70 % anzunehmen. Dieser und ähnliche Artikel, insbesondere solche von Dr. Kaufhold im „Tag“¹⁾, die wenigstens teilweise den Zweck gehabt haben dürften, den Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis in ein besonders günstiges Licht zu rücken und die staatliche Getreidebewirtschaftung für die hohen Brotpreise verantwortlich zu machen, haben die öffentliche Meinung stark beunruhigt. Es erscheint daher veranlaßt, zu diesen Ausführungen kritisch Stellung zu nehmen. Hierbei ergibt sich folgendes:

Der Durchschnittsgetreidepreis betrug in München im letzten Friedensjahr 1913 für Weizen 19,40 \mathcal{M} ²⁾ für Roggen 16,60 \mathcal{M} ²⁾ je 100 kg. 100 kg Roggenbrot kosteten zu dieser Zeit 32 \mathcal{M} ³⁾. Zur Herstellung von 100 kg reinem Roggenbrot brauchte man unter Zugrundelegung einer 85 % igen Ausmahlung und einer Backausbeute von 3:4 88,2 kg Roggen im Werte von 14,64 \mathcal{M} . Genau genommen muß hiervon noch der Wert der Kleie abgesetzt werden, weil diese nicht ins Brot kommt und bei der Mehlp reisberechnung als Einnahmeposten erscheint. 100 kg Kleie kosteten 1913 etwa 8,40 \mathcal{M} ⁴⁾; auf 88,2 kg Getreide treffen 10,58 kg Kleie im Werte von 0,89 \mathcal{M} . Der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis zu 32 \mathcal{M} betrug daher (14,64 \mathcal{M} — 0,89 \mathcal{M} =) 13,75 \mathcal{M} = 43 %. Nimmt man an, daß das Brot je zur Hälfte aus Weizen- und Roggenmehl hergestellt worden ist, wie dies jetzt zum Teil geschieht, so kostete das Getreide (44,1 kg Roggen und 44,1 kg Weizen) 15,88 \mathcal{M} . Hiervon ist abzusetzen der Wert der Kleie mit 0,89 \mathcal{M} , so daß der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis in diesem Fall sich auf rund 15 \mathcal{M} oder 46,9 % beläuft. Geht man davon aus, daß das Friedensbrot aus reinem 70 % igen Roggenmehl hergestellt wurde, so brauchte man unter Beibehaltung der angenommenen Backausbeute von 3:4 zu 100 kg Brot 107 kg Roggen im Werte von 17,76 \mathcal{M} . Hiervon ab

für 12,8 kg Kleie	à 0,084 \mathcal{M} =	1,08 \mathcal{M} und
für 16,05 kg Nachmehl	à 0,12 \mathcal{M} =	1,93 \mathcal{M}
	zusammen	3,01 \mathcal{M}

Der Anteil der Landwirtschaft betrüge hiernach 14,75 \mathcal{M} = 46,1 %. Er würde sich wieder etwas höher berechnen, wenn man zur Brotbereitung je zur Hälfte 70 % iges Roggen- und Weizenmehl verwendet haben sollte. In solcher Güte ist jedoch auch das Friedenshausbrot nicht hergestellt worden. Es ergibt sich daher, daß, wie immer man die Berechnung aufmacht, der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis im Frieden niemals 70 %, ja nicht einmal ganz 50 % betragen hat.

Dr. Schwab hat hiernach schon beim Ausgangspunkt für den gezogenen Vergleich, nämlich bei dem Anteil der Landwirtschaft am Friedensbrotpreis stark daneben gegriffen. Mit dem Anteil der Landwirtschaft wird selbstverständlich auch die Summe der Anteile der Mülerei, der Bäckerei, der Handels- und Versandspesen unrichtig. Selbständig genauer nachprüfen läßt sich hier am ehesten der Anteil der Mülerei am Friedensbrotpreis. In den letzten Friedensjahren kann man einen Mahllohn von etwa 1,50 \mathcal{M} für den Doppelzentner Getreide annehmen. Auf 88,2 kg Getreide trifft demnach ein Mahllohn von 1,32 \mathcal{M} , d. i. 4,1 % des Brotpreises zu 32 \mathcal{M} . Wie der Friedensanteil der Landwirtschaft, so ist demnach auch der Friedensanteil der Mülerei mit 10 % zu hoch angenommen. Für die Bäckerei, die Handels- und Versandspesen am Friedenspreis verbleiben nach dieser Berechnung nicht 20 %, sondern annähernd 50 %.

Will man damit das Verhältnis im April 1922 vergleichen, so muß man sich zunächst darüber klar sein, daß weder der Preis für das Markenbrot und der Preis für das Umlagengetreide einerseits, noch der Preis für das freie Brot und das freie Getreide andererseits ein richtiges Bild geben. Würde man nur aus dem freien Brotpreis und dem freien Getreidepreis den Anteil der Landwirtschaft errechnen, so würde man dabei die Leistungen der Landwirtschaft an billigem Umlagengetreide unberücksichtigt lassen. Baut man dagegen, wie Dr. Schwab, auf dem Preis für das Markenbrot und dem Preis für das

¹⁾ Vgl. auch „Der Brotpreis“ in der München Augsburger Abendzeitung vom 14. Juni 1922 Nr. 161.

²⁾ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1914 S. 252.

³⁾ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1914 S. 263.

⁴⁾ Nach Auskunft des Ausschusses der Bayerischen Mülerei.

Umlagengetreide auf, so ergibt sich deshalb ein schiefes Bild, weil das Markenbrot nicht ausschließlich aus Umlagengetreide hergestellt wird, vielmehr die Umlage den Bedarf nur zu rund $\frac{5}{9}$ deckt, während der Restbedarf zu rund $\frac{4}{9}$ auf dem freien Inlandsmarkt oder auf den ausländischen Märkten beschafft wird. Der Brotpreis ist aber auch nicht auf dem Durchschnitt der Getreidekosten aufgebaut, vielmehr leistet das Reich immer noch Zuschüsse.

Den heutigen Anteil der Landwirtschaft am Preis des Markenbrotes wird man bei dieser Sachlage dann richtig ermitteln, wenn man berechnet, was ein Brot kosten würde, das zu $\frac{5}{9}$ aus Umlagengetreide und zu $\frac{4}{9}$ aus freiem Getreide hergestellt ist. Hierbei ergibt sich für Mitte April 1922, wenn man, wie das in München längere Zeit der Fall war, halb Weizen halb Roggen zur Brotbereitung verwendet, ein Preis für den Doppelzentner Getreide von $5 \times 220 \text{ M}$ (= Durchschnittspreis zwischen Umlagenweizen und Umlagenroggen) $+ 4 \times 1420 \text{ M}$ (= Durchschnittsbörsenpreis zwischen Roggen und Weizen im Vergleichszeitpunkt) : 9 = rund 753 M für den Doppelzentner Brotgetreide. Unter Zugrundelegung dieses Preises und der Spesensätze des Kommunalverbandes München-Stadt (Schwund, Zinsen usw. sind dabei entsprechend dem höheren Wert berücksichtigt) errechnet sich ein Brotpreis von ungefähr 9,20 M für das Kilogramm. Die zu 100 kg Brot benötigten 88,2 kg Getreide kosten 664,14 M. Hiervon ist abzusetzen der Wert der Kleie zum Preis von 3 M für das Kilogramm, wie sie vom Kommunalverband München-Stadt durchschnittlich verkauft wird, das ergibt für 10,58 kg Kleie 31,75 M. Der Anteil der Landwirtschaft mindert sich hiernach von 664,14 M auf 632,39 M, d. i. 68,7 % des Brotpreises.

Gegen diese Berechnung läßt sich einwenden, daß die $\frac{4}{9}$ des Getreides nicht lediglich dem Inlandsmarkt entnommen, und daß auch — soweit dies der Fall ist — nicht für alles Getreide der hohe Aprilpreis bezahlt worden ist. Der erste Einwand ist dadurch hinfällig, daß die Landwirtschaft für jeden Fall $\frac{4}{9}$ des zum Markenbrot nötigen Getreides auf dem freien Inlandsmarkt verkauft hat. Ob sie es gerade an die Reichsgetreidestelle, die davon erhebliche Mengen aufgenommen hat, oder an andere Abnehmer geliefert hat, ist für die hier aufgeworfene Frage gleichgültig. Aber auch der zweite Einwand schlägt nicht durch. Denn nimmt man einen früheren niedrigeren Marktpreis, so ergibt sich auch ein niedrigerer Brotpreis. Es kann in dieser Beziehung nur so vorgegangen werden, daß das Umlagengetreide gleichmäßig auf das ganze Wirtschaftsjahr verteilt und der Restbedarf jeweils hinzugekauft wird. Ohne die amtliche Regulierung würden die Brotpreise auch den jeweiligen Marktpreisen folgen, wie das ja am freien Brot, insbesondere der Semmel in die Erscheinung tritt. Zuzugeben ist freilich, daß der Börsenpreis nicht den Erzeugerpreis darstellt, sondern bereits Aufkaufsspesen in sich schließt. Eine wesentliche Verschiebung des Ergebnisses bedeutet dieser Mangel nicht.

Wenn man von dem Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle im April 1922 (525 M für den dz Roggen, 567,50 M für den dz Weizen) ausgeht, auf den sich der Preis für das Markenbrot in Wirklichkeit aufbaut und dann untersucht, wie z. B. am Münchener Brotpreis der Getreidepreis, die Mülerei, die Bäckerei usw. beteiligt sind, so ergibt sich folgendes Bild:

Das Mischungsverhältnis für das Münchener Brot ist ab April 1922 55 Teile Roggen und 45 Teile Weizen. In dieser Mischung kosten 88,2 kg Brotgetreide abzüglich 10,58 kg Kleie zu 3 M für das Kilogramm 448,17 M = 59,0 % ¹⁾ des geltenden Preises von 760 M für 100 kg Brot.

Der Mahllohn einschl. Lagergeld der Mühle stellt sich auf . . 34,95 „ = 4,6 % ²⁾

¹⁾ Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den Anteil des Getreidepreises am Brotpreis mit 64,02 % angegeben, wovon 29,22 % auf das inländische und 34,80 % auf das ausländische Getreide entfallen (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 118 vom 20. Mai 1922). Ob dabei die Verbilligung des Auslandsgetreides angesetzt und die für notwendig erachtete Berücksichtigung des Kleiewertes erfolgt ist, läßt sich den Ausführungen nicht entnehmen.

²⁾ Vgl. auch „Brotpreis und Mülerei“ in der Nr. 12 des „Süddeutschen Müllers“ vom 23. März 1922. Dort wird der Anteil der Mülerei am damaligen Münchener Brotpreis von 3,40 M auf 4,077 % berechnet.

die Verwaltungskosten des Kommunalverbandes stellen sich auf	13,65 M	=	1,8 0/0
die Verwaltungskosten des Mehllhandels auf	10,83 „	=	1,4 0/0
der Bäckerbruttozuschlag auf	220,83 „	=	29,1 0/0
für Fracht, Schwund und sonstiges verbleibt	31,57 „	=	4,1 0/0
	zusammen 760,00 M	=	100 0/0

Der Anteil des Getreideverkaufspreises wäre aber größer, wenn das Reich nicht immer noch Zuschüsse leisten würde. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Dr. Schwab ist hiernach der Anteil des Getreidepreises auch bei dieser Berechnung wesentlich größer als er in der Vorkriegszeit war. Das darf nicht besonders überraschen, denn Mahllohn, Frachten¹⁾, Bäcker- und Handelsspesen sind nicht im gleichen Maße gestiegen, wie der Getreidepreis. Die zu den Herstellungskosten des Brotes in der Vorkriegszeit noch hinzukommenden Kosten der öffentlichen Getreidebewirtschaftung sind an sich absolut genommen nicht gering. Sie spielen aber beim heutigen Brotpreis neben dem Getreidepreis und den sonstigen auch in der freien Wirtschaft anfallenden Kosten keine ausschlaggebende Rolle. Die Kosten der viel angegriffenen Reichsgetreidestelle betragen sogar nur 25 M für die Tonne Getreide, oder 1¹/₄ Pf. auf das Pfund Brot.²⁾ Die Kosten der Bayer. Landesgetreidestelle erscheinen, da sie Zuschläge irgendwelcher Art bei den Verfügungen von Getreide an die Kommunalverbände nicht erhebt, im Brotpreis nicht gesondert. Es dürfte eine trügerische Hoffnung sein, daß der Brotpreis bei gleichbleibendem Getreidepreis in der freien Wirtschaft zurückgehen werde. Der Wegfall der Kosten der öffentlichen Getreidebewirtschaftung dürfte, wie aus den Wahrnehmungen auf anderen Gebieten geschlossen werden kann, den Verbrauchern nicht zugute kommen, sondern durch höhere Gewinne der am Brotpreis beteiligten Gewerbe, die jetzt doch wesentlich eingedämmt sind, mehr als ausgeglichen werden.

f) Die Entwicklung der Mehl- und Brotpreise in den bayerischen Kommunalverbänden seit 1. Dezember 1919.

Die Entwicklung der Brotmehlabbgabepreise und der Höchstpreise für Schwarzbrot in den bayerischen Kommunalverbänden für die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis gegen Ende des Wirtschaftsjahres 1921/22 ist in der Tabelle XVIII festgehalten. Für die Beurteilung der Spannung zwischen dem Brotmehlabbgabepreis und dem Brotpreis ist zu beachten, daß das Ausbackverhältnis im allgemeinen 75 Teile Mehl = 100-Teile Brot ist. Der Bäckerbruttonutzen an 100 kg Brot ist daher gleich der Differenz zwischen dem Preis für 100 kg Brot und 75 kg Brotmehl. Die Entwicklung des Brotpreises für die ganze Dauer der öffentlichen Getreidebewirtschaftung für die bayerische und die Reichshauptstadt vergleiche man in der Tabelle XIX, die Entwicklung des Mehlsverkaufspreises der Reichsgetreidestelle für den Hauptmarktort München in der Tabelle XX.

Zusammenfassend sei kurz hervorgehoben, daß Deutschland während der ganzen Kriegszeit stets billiges Brot gehabt hat, und daß es auch heute (Ende des Wirtschaftsjahres 1921/22), gemessen an der Valuta, noch einen verhältnismäßig günstigen und wohl unter allen Kulturstaaen den niedrigsten Brotpreis hat. Diesem Umstand ist es zu einem großen Teil zu verdanken, daß die Industrie ausfuhrfähig und Deutschland vor Arbeitslosigkeit in dem Umfange, wie sie in anderen Staaten das Wirtschaftsleben schwer belastet, verschont geblieben ist. Die öffentliche Getreidebewirtschaftung hat — wie auch ihr ehrlicher Gegner wird zugeben müssen — segensreiche Arbeit geleistet und eine soziale und wirtschaftspolitische Fürsorge betätigt, wie sie bisher wohl noch auf keinem anderen Gebiete geleistet worden ist.

¹⁾ Die Frachten sind inzwischen allerdings bedeutend erhöht worden.

²⁾ Vgl. die Ausführungen des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Fehr zum Haushaltsplan im Reichstag, 215. und 216. Sitzung (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 118 und 119).

g) Besondere Brotverbilligungsaktion in Bayern.

Neben der allgemeinen Regelung zur Niedrighaltung des Brotpreises sind in Bayern im Wirtschaftsjahr 1921/22 durch den Landtag noch Staatsmittel zu einer besonderen Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte bereitgestellt worden. Nach EntschlieÙung des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 25. November 1921 und 17. Februar 1922, betreffend Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, erhalten Gemeinden, die Brot für Minderbemittelte und kinderreiche Familien aus gemeindlichen Mitteln verbilligen, für die Zeit vom 1. Dezember 1921 bis 28. Februar 1922 einen Staatszuschuß in Höhe der Hälfte des von der Gemeinde aufgewendeten Betrags, jedoch nicht mehr als 30 Pf. für das Pfund. Die Verbilligung darf dabei höchstens für 6 v. H. der versorgungsberechtigten Bevölkerung gegeben werden. Für die Zeit vom 1. März bis 15. August 1922 erhalten die Gemeinden oder Kommunalverbände zur Verbilligung des Brotes einen Zuschlag von 80 Pf. für das Pfund, sofern sie den gleichen Betrag für die Brotverbilligung aufwenden. Der staatliche Zuschuß bleibt auf 6% der Bevölkerung beschränkt. Die Gemeinden oder Kommunalverbände können jedoch einen größeren Teil der Versorgungsberechtigten an der Verbilligung dadurch teilnehmen lassen, daß der Brotpreis nach dem Grade der Bedürftigkeit abgestuft wird. Die Anforderungen des Zuschusses haben nach einem besonderen Formblatt durch Vermittlung der Regierungen, K. d. L., zu geschehen. Die Verbescheidung erfolgt durch das Staatsministerium für Landwirtschaft. Von dieser Verbilligung haben insbesondere die größeren Städte Gebrauch gemacht. Die Auswahl der für die Verbilligung des Brotes in Betracht kommenden Minderbemittelten ist dabei in der Hauptsache durch die Wohlfahrtsämter oder ähnliche Einrichtungen getroffen worden. Auch in dieser Beziehung hat Bayern eine Fürsorge betätigt, wie sie wohl in keinem der übrigen deutschen Länder durchgeführt worden ist.

II. Das Umlageverfahren.

1. Kurze Entwicklungsgeschichte des Umlageverfahrens.

Wie bereits erwähnt, sind die Getreideanbauflächen und der Ernteertrag während der Getreidezwangswirtschaft bedeutend zurückgegangen. Nach dem Ergebnis der statistischen Erhebungen steht im Reich einer Anbaufläche von Brotgetreide, Gerste und Hafer (ohne Gemenge) von 12684835 ha im Jahre 1913 eine solche von 10431704 ha im Jahre 1920 gegenüber. Der Ernteertrag hat im Jahre 1920 nur noch 14240481 t betragen, während er im Jahre 1913 auf 26584425 t geschätzt worden ist. Der Rückgang der Anbaufläche beträgt hiernach rund 18 v. H., der des Ertrags sogar 46 v. H. In Bayern betrug die Gesamtanbaufläche¹⁾ an Brotgetreide, Gerste und Hafer (ohne Gemenge), Sommerspelz und Wintergerste im Jahre 1913 1787972 ha, 1920 ohne Coburg 1360065 ha. Der Ernteertrag betrug 1913 3177747 t, im Jahre 1920 1331297 t. Wenn der statistisch ausgewiesene Rückgang der Ernteflächen und des Ertrags aus bekannten Gründen der Wirklichkeit auch nicht ganz entspricht, so war doch die tatsächliche Minderung der Erzeugung immer noch groß genug, um ernste Sorgen für die künftige Ernährung Deutschlands hervorzurufen. Es hat sich allgemein die Überzeugung gebildet, daß die letzte Ursache für den Rückgang der Produktion neben dem Mangel an Kunstdünger, Arbeitskräften usw. während des Krieges in der Getreidezwangswirtschaft zu suchen sei. Noch mehr als die Ernten sind in den letzten Jahren die Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle zurückgegangen. Während diese im Wirtschaftsjahr 1918/19 noch rund 4,7 Millionen Tonnen betragen haben, sind 1919/20 nur noch 2,4 Millionen Tonnen, 1920/21 bis Juni 1921 nur noch 1,14 Millionen Tonnen an die Reichsgetreidestelle abgeliefert worden. Der starke

¹⁾ Vgl. Tabelle III des Tabellenwerks.

Rückgang der Erzeugung und der immer geringere Erfolg der öffentlichen Getreidebewirtschaftung haben den Gedanken an eine Änderung des Systems reifen lassen. Die Kommission zur Erzeugungsförderung beim preußischen Landwirtschaftsministerium hat bereits am 17. Januar 1920 angeregt, zunächst einen Voranschlag zu entwerfen, der feststellt, welche Menge von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer aus der Ernte der heimischen Landwirtschaft mit Sicherheit erwartet und welcher Anteil der Ernte für die Versorgungsberechtigten in Anspruch genommen werden könne. Die fehlenden Mengen seien in Form von Getreide oder besser in Form hochwertiger Futtermittel (Maisölkuchen) aus dem Auslande einzuführen. Die eingeführten Futtermittel seien der Landwirtschaft im Austausch gegen nichtablieferungspflichtiges Getreide zuzuführen. Die von der Landwirtschaft zu liefernden Getreidemengen seien durch eine Umlage¹⁾ aufzubringen. Auszugehen sei von der Friedensanbaufläche und dem Friedensernteertrag unter Berücksichtigung der durchschnittlich eingetretenen Ernteminderungen. Der Preis für das Umlagengetreide müsse so hoch sein, daß die Erzeugungskosten auch unter ungünstigen Verhältnissen gedeckt werden und noch ein angemessener Gewinn bleibe. Das den Landwirten verbleibende Überschußgetreide solle durch Tausch gegen einzuführende Futtermittel oder durch Lieferungen zu Preisen, die wesentlich über die für die Pflichtlieferungen festzusetzenden hinausgehen, verwertet werden. Es wird dann berechnet, daß zur Versorgung der Bevölkerung mit dem notwendigsten Brotgetreide- und Mehlbedarf bei 81%iger Ausmahlung 5,4 Millionen Tonnen Getreide benötigt würden und demnach auf das Hektar eine Pflichtumlage von 419 kg zu legen sei. Die bisherige Erfassung habe auf das Hektar betragen 1916/17 687 kg, 1917/18 526 kg, 1918/19 561 kg. Aus den von der Umlage freibleibenden Mengen, die bei Zugrundelegung eines Ertrages von 1,2 t je Hektar rund 0,8 t, gleich etwa $\frac{2}{3}$ der durchschnittlichen Ernte betragen, müsse der Bedarf an Saatgetreide, für die Zugtiere und für die Selbstversorger gedeckt werden. Der Saatgutbedarf sei durchschnittlich mit 0,158 t, der tierische Bedarf mit 0,242 t je Hektar anzunehmen. Der Bedarf der Selbstversorger belaste das Hektar Getreideland um so stärker, je kleiner der Betrieb sei, in dem das Getreide gebaut werde. Ihre Zahl betrage auf das Hektar Getreideland durchschnittlich in den Betriebsklassen:

unter 0,5 ha	8,8 = 100	5 ha bis unter 20 ha	1,2 = 15
0,5 ha bis unter 2 ha	3,4 = 43	20 ha bis unter 100 ha	0,6 = 7
2 ha bis unter 5 ha	2,3 = 26	100 ha und darüber	0,4 = 4,5

Hiernach schwankten die für die Selbstversorger erforderlichen Mengen je nach Betriebsgrößen zwischen 1,795 t und 0,081 t je Hektar Getreideland. Berücksichtige man diese Tatsache, so ergäbe sich, daß alle landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 2 ha Gesamtfläche überhaupt kein Getreide oder doch nur eine so geringe Menge abgeben könnten, daß die öffentliche Erfassung die aufzuwendende Mühe nicht lohne. Das seien insgesamt 59% der landwirtschaftlichen Betriebe. Für den Ausfall müßten die übrigen Betriebe stärker belastet werden. Sollte die Belastung gerecht sein, so müsse die nach Deckung der Pflichtumlage und des notwendigen Selbstverbrauchs freibleibende Getreidemenge in allen Betriebsklassen gleich sein. Hiernach habe die Umlage zu betragen für das Reich und Hektar Getreideland:

Betriebsgröße	Pflichtumlage auf das Hektar Getreideland
2 ha bis unter 5 ha	0,15 t
5 ha bis unter 20 ha	0,38 t
20 ha bis unter 100 ha	0,50 t
100 ha und darüber	0,54 t

Dabei verbleibe der Landwirtschaft eine frei verfügbare Getreidemenge von 2,7 Millionen Tonnen. Die Landwirtschaft müsse das Recht haben, dieses Getreide im eigenen Be-

¹⁾ Der Reichstagsabgeordnete Dr. Rösicke hat den Gedanken, die Getreidezwangswirtschaft durch ein Umlageverfahren zu ersetzen, schon früher ausgesprochen (vgl. z. B. seine Ausführungen im Reichstag 1918, stenographischer Bericht XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 313 S. 5883 B.).

triebe zu verfüttern, zum Eintausch von einzuführenden Kraftfuttermitteln zu verwenden oder zu einem — den Preis für das Umlagegetreide wesentlich übersteigenden — Preise abzuliefern. Da die Berechnung auf Durchschnittserträge eingestellt sei, verbleibe den Wirtschaften, die über diese Erträge kämen, mehr Getreide für die eigene Wirtschaft zur Verfügung. Darin liege der produktionssteigernde Faktor.

Der Gedanke des Umlageverfahrens ist in einer Denkschrift der Reichsgetreidestelle „Material zur Neuordnung der Getreidebewirtschaftung“ aufgegriffen worden. Darin sind ausgehend von den Mängeln des bisherigen Systems (fortschreitender Rückgang der Getreideernte, zunehmende Verfütterung von Brotgetreide, Versagen der Exekutive) die verschiedenen Abänderungsmöglichkeiten besprochen. Grundsätzlich wird dabei gefordert, daß das neue System geeignet sein müsse, die Produktion zu heben, das Hinaufschnellen der Getreidepreise auf den Weltmarktpreis zu verhindern und die Abführung des Getreides aus den landwirtschaftlichen Betrieben in die öffentliche Hand zu fördern. Es werden dann unter Ablehnung der vollständigen Freigabe der Getreidewirtschaft im Inland und über die Grenzen oder der Einfuhr allein verschiedene Wirtschaftsformen erörtert, zunächst die Beschränkung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung auf die Verbilligung des Auslandsgetreides, dann vor allem das erwähnte Umlageverfahren unter gleichzeitiger Zentralisation der Einfuhr, wobei wieder zwei Abarten unterschieden werden. Entweder soll der Landwirt über sein umlagefreies Getreide frei verfügen können, oder er soll nur bezüglich seines eigenen Verbrauchs frei sein, alle seine Umlagenpflicht übersteigenden Mengen von Verkaufsgetreide dagegen ebenfalls in die öffentliche Hand liefern müssen, dafür aber einen höheren Preis erhalten. Der Landwirt werde dabei „die Überschüsse“ möglichst hoch zu gestalten bestrebt sein. Die Verfütterung von Inlandsgetreide soll dadurch verhindert werden, daß der Preis für das Überschußgetreide so bemessen wird, daß er den Weltmarktpreis für Futtermittel übersteigt und es daher für den Landwirt vorteilhafter wird, sein eigenes Brotgetreide abzuliefern und für Futterzwecke billigeres Futtergetreide insbesondere Mais zu beschaffen, der für Mastzwecke wegen seines hohen Gehaltes an Fett und Eiweiß besonders geeignet ist.

Die Denkschrift hebt bereits die ernsten Schwierigkeiten einer gerechten Verteilung der zu liefernden Getreidemengen auf die Kommunalverbände und die Landwirte hervor, glaubt diese Bedenken aber im wesentlichen mit dem Hinweis zerstreuen zu können, daß auch bei dem bisherigen Wirtschaftssystem die Unterverteilung des den Kommunalverbänden auferlegten Liefersolls vielfach in einer Weise erfolgt sei, die einer Umlageverteilung recht nahekomme, ferner daß man den Aufbringungsverbänden in der Unterverteilung möglichst freie Hand lassen könne, um ihnen dadurch die Benutzung aller nach den besonderen örtlichen Verhältnissen erforderlich erscheinenden Unterlagen und Verteilungsmethoden zu ermöglichen.

Das Reichsministerium hat schließlich trotz heftiger Bekämpfung des Umlageverfahrens von den verschiedensten Seiten einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Als Umlage waren darin (gegenüber ursprünglich 4,4, später 3,5 Millionen Tonnen) 3 Millionen Tonnen Getreide vorgesehen. Die Verteilung der Umlage auf die Länder sollte nach dem Durchschnittsernteertrag der Jahre 1906—1920 erfolgen. Die Länder mit viel Kleinbesitz sollten hierbei dadurch berücksichtigt werden, daß die aufzubringende Umlage für jeden Selbstversorger um 0,086 t erhöht, die so erhöhte Umlage (im folgenden Rohumlage geheißen) verteilt und dann bei den sich ergebenden Anteilen der Länder an der Umlage der gleiche Betrag für jeden Selbstversorger wieder abgezogen werden sollte.

•Bayern, für das allerdings die für eine Änderung der Getreidebewirtschaftung ins Feld geführten Gründe bei der wesentlich besseren Erfassung nicht in gleicher Weise zutrafen wie für das übrige Reich, hat das Umlageverfahren von Anfang an deshalb als eine wenigstens für die bayerischen Verhältnisse geeignete Bewirtschaftungsform nicht erachten können,

weil eine gerechte Verteilung der Umlage praktisch überall — insbesondere aber bei vorherrschendem Klein- und Mittelbesitz — außerordentlichen Schwierigkeiten begegne und selbst bei allseits gutem Willen und Verständnis nicht erreichbar sei, damit aber das Umlageverfahren von vornherein an einem so erheblichen Mangel leide, daß die Aufbringung der Umlage schwerlich gelingen werde. Da aber auch die Fortführung der Zwangswirtschaft in der früheren Form Bedenken begegnete, ist die bayerische Regierung — gestützt auf einen entsprechenden Landtagsbeschluß — mit den führenden Organisationen der bayerischen Landwirtschaft, insbesondere der Landesbauernkammer, für die freie Wirtschaft eingetreten. Sie hat dabei allerdings vorausgesetzt, daß die nötigen Getreidemengen für den Übergang im Lande seien, was vom Reichsernährungsministerium nicht bejaht werden konnte. Vorsorglich hat Bayern eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Hervorzuheben ist vor allem, daß der Ansatz von 0,086 t¹⁾ als Rechnungsposten für die Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs als völlig unzulänglich bekämpft und die Forderung erhoben wurde, diesen Ansatz auf 0,2 t zu erhöhen. Die Reichsregierung hat demgegenüber zunächst an dem Entwurf festgehalten und dies damit begründet, daß bei Berücksichtigung dieses Antrags die sich rechnerisch ergebenden Umlagen der einzelnen Länder zu sehr von der aus der bisherigen Ablieferung sich ergebenden Leistungsfähigkeit abweichen würden. Auch die Landesbauernkammer hat gegen die Oberverteilung heftig angekämpft; ihr Direktor Dr. Horlacher²⁾ hat die Berücksichtigung des bäuerlichen Besitzes mit einem Selbstversorgerverbrauch von nur 86 kg pro Kopf und Jahr als unhaltbar bezeichnet und verlangt, daß zum allermindesten eine ausreichende Selbstversorgerration von etwa 2,4 dz pro Kopf und Jahr zugrunde zu legen sei und darüber hinaus beachtet werden müsse, daß es beispielsweise in einzelnen Ländern, so in Bayern, weite Gebiete gebe, wo die landwirtschaftlichen Betriebe nicht unter die Selbstversorgung mit Brotgetreide fielen. Berücksichtige man den bäuerlichen Betrieb mit einer ungenügenden Selbstversorgerration, so würden Länder mit viel landwirtschaftlichen Betrieben, die keine Selbstversorgung an Brotgetreide haben, in noch unerträglicherem Maße benachteiligt. Dr. Horlacher hat dann weiter ausgehend davon, daß je Hektar Getreideanbaufläche gleichmäßig eine Umlage von 4 dz zu erheben sei, umfangreiche Berechnungen angestellt und gefunden, daß durchschnittlich alle Betriebsgrößen der Landwirtschaft von 5 ha aufwärts in Bayern 35,99, in Preußen 50,82, im Reich 52,82 % ihres Verkaufsgetreides umlagefrei hätten. Das Verkaufsgetreide ist dabei in der Weise berechnet, daß vom Ernteertrag für die innerhalb der einzelnen Betriebsgrößen beschäftigten Personen 240 kg Getreide je Kopf und Jahr und an Saatgutgetreide je Hektar bei Betrieben bis zu 20 ha 210 kg; bei größeren 150 kg abgezogen wurden. Dr. Horlacher hat sodann — wohl im teilweisen Anschluß an die Kommission zur Erzeugungsförderung — die Forderung gestellt, daß das Umlagegetreide und das umlagefreie Getreide nicht nur überall im gleichen Verhältnis zu stehen hätten, sondern darüber hinaus noch eine Staffelung in der Weise durchgeführt werden müsse, daß größere Betriebe von ihrem Verkaufsgetreide einen größeren Hundertsatz an Umlage aufzubringen hätten, als der Durchschnittssatz betrage, und dafür bei kleineren Betrieben der Hundertsatz ermäßigt, ferner daß eine Umlagegrenze nach unten festgelegt werde, damit die Betriebe mit verhältnismäßig wenig Verkaufsgetreide genau so umlagefrei blieben, wie die Betriebe, die überhaupt kein Verkaufsgetreide haben. Er führt allerdings selbst aus, daß eine solche Verteilung praktisch undurchführbar sei.

Auf die Verteilung der Umlage wird bei Besprechung des Umlageverfahrens selbst noch näher eingegangen werden.

¹⁾ Die 0,086 t stellen die Ration der Versorgungsberechtigten (200 g Mehl im Tage) in Getreide umgerechnet dar.

²⁾ Vgl. „Eine schlimme Botschaft“ von Dr. Horlacher in den Mitteilungen der Landesbauernkammer 3. Jahrgang Nr. 14.

2. Das Umlageverfahren selbst.

a) Allgemeines.

Das Umlageverfahren ist nach heftigen Kämpfen und verschiedenen Änderungen des ursprünglichen Entwurfs (insbesondere ist der Rechnungsfaktor für den Selbstversorgerbedarf von 0,086 t auf 0,144 t erhöht worden) durch das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 eingeführt worden.

Die grundsätzlichen Unterscheidungsmerkmale gegenüber der bisherigen Getreidezwangswirtschaft sind einmal, daß die Beschlagnahme des Getreides zugunsten der Kommunalverbände entfällt und nur eine bestimmte Menge Getreide (im Reich 2,5 Millionen Tonnen) an die öffentliche Hand abzuliefern ist, dann, daß der Landwirt in der Verwertung des Getreides — abgesehen von dem Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und dem Brennverbot — vollständig frei und nur verpflichtet ist, die auf ihn umgelegte Getreidemenge zu einem bestimmten Übernahmepreis (2300 M für die Tonne Weizen, 2100 M für die Tonne Roggen, 2000 M für die Tonne Gerste, 1800 M für die Tonne Hafer, wozu im besetzten Gebiete Zuschläge von 160, 150, 140 und 130 M für die Tonne kommen) an den Kommunalverband abzuliefern. Die Sicherstellung der Umlage erfolgt nicht mehr wie die der bisherigen Lieferpflicht durch kriminelle Strafbestimmungen, sondern durch eine dem Landwirt, dem Kommunalverband und dem Lande auferlegte Geldhaftung. Es ist dem Landwirt freigestellt, in welcher Getreideart er die Umlage erfüllen will. Er kann — wenn ihm dies günstiger erscheint — auch sein eigenes Getreide verkaufen und anderes Getreide erwerben und abliefern. Lieferungen von Hafer werden nur mit $\frac{3}{5}$ auf die Umlage angerechnet. Der angenommene Selbstversorgerbedarf von 0,144 t Getreide jährlich sowie die für den Verbraucher vom Direktorium der Reichsgetreidestelle festgesetzte Verbrauchsmenge von täglich 200 g Mehl für den Versorgungsberechtigten haben nicht mehr die Bedeutung einer Verbrauchsbeschränkung, vielmehr nur die eines Rechnungsfaktors bzw. einer Anwartschaft, diese Mehlmenge vom Kommunalverband zugewiesen zu erhalten. Wie der Selbstversorger über die genannten 144 kg hinaus beliebige Mengen Getreide für sich und die Angehörigen seiner Wirtschaft verbrauchen darf, so kann auch der Versorgungsberechtigte sich auf dem freien Markt Zusatzmengen an Brot und Mehl kaufen; er kann auch auf das Kommunalverbandsbrot verzichten und seinen ganzen Bedarf frei decken.

Die Umlage war zu einem Viertel zum 15. Oktober, zu einem weiteren Viertel zum 15. Dezember 1921 und mit dem Rest zum 28. Februar 1922 an die Reichsgetreidestelle abzuliefern. Die Verteilung auf die Länder hatte nach den bereits oben erwähnten Grundsätzen zu erfolgen. Dabei waren in gleicher Weise wie der Selbstversorgerbedarf die die Selbstversorgerrationen übersteigenden Deputatleistungen zu berücksichtigen.

b) Die Verteilung der Umlage.

Die Umlage ist von der Reichsgetreidestelle wie folgt auf die einzelnen Länder verteilt worden:

Preußen	1 709 633 t	Braunschweig	36 537 t
Bayern	254 146 t	Anhalt	27 314 t
Sachsen	164 896 t	Waldeck	7 120 t
Württemberg	15 904 t	Schaumburg-Lippe	2 082 t
Baden	11 255 t	Lippe	6 620 t
Hessen	50 217 t	Lübeck	2 321 t
Mecklenburg-Schwerin	96 745 t	Bremen	410 t
Thüringen	74 881 t	Hamburg	1 533 t
Mecklenburg-Strelitz	16 116 t		
Oldenburg	22 220 t		

Im ganzen 2 500 000 t

Die bayerische Umlage ist folgendermaßen errechnet:

Zur Reichsumlage von 2,5 Millionen Tonnen wurde der landwirtschaftliche Eigenbedarf (d. i. für 14 340 911 Selbstversorger je 0,144 t = 2 065 091 t + Mehrbedarf für

Deputatgetreide über die Selbstversorgerration hinaus, d. i. 247 969 t =) 2 313 060 t zugezählt. Die Summe von 4 813 060 t wurde sodann im Verhältnis der durchschnittlichen Ernteerträge der letzten 15 Jahre auf die einzelnen Länder verteilt. Hierbei entfielen auf Bayern 12,76 %, d. s. 614 146 t. An Selbstversorgern wurde Bayern 2 500 000 zugute gerechnet. Von dem Anteil Bayerns in Höhe von 614 146 t gingen folglich $2 500 000 \times 0,144$ t = 360 000 t ab. Es verblieben sonach 254 146 t.

Durch die Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs mit 0,144 t sind die Länder mit überwiegendem Klein- und Mittelbesitz gegenüber den Ländern mit ausgedehntem Mittel- und Großbesitz wesentlich entlastet worden. Die Reichsgetreidestelle hatte für die Umlage von 3,5 Millionen Tonnen, allerdings ohne Berücksichtigung von Deputaten den bayerischen Anteil bei Zugrundelegung eines Selbstversorgerbedarfs von 0,086 t auf 388 971 t = 11,1 %, bei Berücksichtigung eines Selbstversorgerbedarfs von 0,144 t auf 350 106 t = 10 %, bei Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs mit 0,2 t auf 312 580 t = 8,93 % errechnet. Für den Nachbarstaat Württemberg betrugen die entsprechenden Zahlen 67 308 t = 1,92 %, 25 292 t = 1,12 % und 12 242 t = 0,35 %. Daraus ist ersichtlich, wie auffallend die Verschiebung durch die Änderung des erwähnten Rechnungsfaktors schon bei Bayern, besonders aber bei Württemberg mit seinem noch mehr zersplitterten Besitz wird, das selbst bei einer Umlage von 3,5 Millionen Tonnen bei Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs mit 0,2 t nach § 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide nur 12 242 t Getreide aufzubringen hätte, d. i. nicht ganz $\frac{1}{25}$ der unter den gleichen Voraussetzungen auf Bayern entfallenden Umlage, während es am Durchschnittsernteertrag der Jahre 1906 bis 1920 mit 3,11 % beteiligt ist, d. i. nicht ganz mit $\frac{1}{4}$ des bayerischen Anteils zu 12,76 %.

Eine kritische Würdigung des Verfahrens der Oberverteilung nach § 2 des Gesetzes ergibt folgendes: Da die Rohumlage rund $\frac{1}{3}$ des Ertrages ausmacht, der Abzug des Selbstversorgerbedarfs also nicht vom gesamten Ernteertrag, sondern vom dritten Teil desselben erfolgt, so wird der Selbstversorgerbedarf bei diesem Verfahren — auf den ganzen Ertrag bezogen — in dreifacher Höhe berücksichtigt, also schon bei Zugrundelegung von 0,144 t mit 0,432 t, bei 0,2 t schon mit 0,6 t. Ein Beispiel wird das klarmachen. Angenommen die auf 2 Länder L 1 und L 2 zu verteilende Umlage ist $U = 24 000$ t, der Durchschnittsertrag der beiden Länder ist $E 1 = 60 000$ t und $E 2 = 30 000$ t, der Selbstversorgerbedarf $S 1 = 3 000$ t und $S 2 = 3 000$ t. Bei der Oberverteilung nach § 2 ergibt sich eine Rohumlage von $(U + S 1 + S 2 =) 30 000$ t. Diese ist von beiden Ländern aufzubringen im Verhältnis von $E 1 : E 2$ oder 2 : 1. Auf L 1 entfällt hiernach eine Rohumlage von 20 000 t, auf L 2 eine solche von 10 000 t. Hiervon ist abzusetzen der Selbstversorgerbedarf mit je 3 000 t, so daß L 1 eine Umlage $U 1 = 17 000$ t, L 2 eine Umlage $U 2 = 7 000$ t erhält, was zusammen $U = 24 000$ t ergibt. Wenn die aufgestellte Behauptung richtig ist, so muß — da die Rohumlage $= \frac{E 1 + E 2}{3}$ ist — die Verteilung nach dem Anteil am Ernteertrag abzüglich des

Selbstversorgerbedarfs dann zum gleichen Verteilungsergebnis führen, wenn der Selbstversorgerbedarf in dreifacher Höhe, also mit $3 \times S 1$ bzw. $S 2$ abgesetzt wird. $U 1$ muß sich also zu $U 2$ verhalten wie $E 1 - 3 \times S 1 : E 2 - 3 \times S 2$ oder wie 51 000 : 21 000 oder 17 : 7. Da $U 1 + U 2 = U = 24 000$ t ist, berechnete sich demnach $U 1$ wieder auf 17 000, $U 2$ auf 7 000 t. Je höher die Umlage ist, desto mehr fallen die beiden Verteilungsarten bei Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs in gleicher Höhe zusammen. Sie müssen zum gleichen Ergebnis führen, sobald $U + S 1 + S 2 = E 1 + E 2$ oder im angenommenen Falle sobald $U = 84 000$ t ist. Zu verteilen ist dann eine Rohumlage von 90 000 t. L 1 hätte $E 1 - S 1 = 57 000$ t, L 2 hätte $E 2 - S 2 = 27 000$ t aufzubringen, was zusammen $U = 84 000$ t ergibt. Zum gleichen Ergebnis kommt man, wenn U im Verhältnis von $E 1 - S 1 : E 2 - S 2$, d. i. in Zahlen ausgedrückt, im Verhältnis von 57 000 : 27 000 verteilt wird. Damit dürfte bewiesen sein, daß das im Gesetz über die Regelung des Verkehrs

mit Getreide vom 21. Juni 1921 aufgestellte System der Verteilung der Umlage schon deshalb nicht bedenkenfrei ist, weil die Zu- und Abrechnung des Selbstversorgerbedarfs mit 144 kg in der vorgeschriebenen Weise sich je nach der Höhe der Umlage ganz verschieden auswirkt, insbesondere bei der Umlage von 2,5 Millionen Tonnen eine wesentlich höhere Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs (nämlich = rund 432 kg) bedeutet, als bei der ursprünglich beabsichtigten höheren Umlage. Für Betriebe mit weniger als 432 kg Getreide für jeden Selbstversorger entstehen bei dieser Oberverteilung aus der Zu- und Abrechnung von 144 kg in der geschilderten Weise Minusposten, die ohne inneren Anlaß die Umlage des betreffenden Landes oder Kommunalverbands mindern. Es kann daher vorkommen, daß ein Land oder bei der Unterverteilung einzelne Kommunalverbände mit zahlreichen kleinen Betrieben umlagenfrei werden, obwohl sie eine Reihe größerer Betriebe haben. Wenn der Gesetzgeber durch die höhere Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs etwa einen Ausgleich dafür schaffen wollte, daß der Saatgut- und Futterbedarf außer acht gelassen worden ist, was seine Absicht nicht gewesen sein kann, so wäre diese Art der notwendigen Berücksichtigung des Saatgut- und Futterbedarfs nicht richtig; denn beide richten sich in keiner Weise nach der Zahl der Selbstversorger. Der aus diesem Bedarf sich ergebenden verschiedenen Leistungsfähigkeit kann in einer entsprechenden Weise nicht dadurch Rechnung getragen werden, daß der Selbstversorgerbedarf höher als er tatsächlich ist, angerechnet wird. Ganz verfehlt aber ist es, die Deputate — wie geschehen — in der Form der Zu- und Abrechnung zur Umlage zu berücksichtigen. Die Anrechnung der Deputate kommt ohnehin schon in der Wirkung darauf hinaus, daß Landwirte, die solche geben, anstatt einer höheren Geldentlohnung billigen Naturallohn auf Kosten ihrer Berufsgenossen leisten. Wenn vollends die Deputate in der Wirkung in dreifacher Höhe vom Ertrag abgesetzt werden, also z. B. wenn nach dem Tarifvertrag an einen Arbeiter für sich und seine Angehörigen ein Deputat von 52 Ztr. Getreide jährlich gegeben wird, wie dies in Norddeutschland vorkommt, mit $(3 \times 52 - 2,88 =) 147,36$ Ztr., so wird dadurch Ländern und Betrieben, wo in größerem Umfange Deputate gewährt werden, auf Kosten anderer ein völlig unberechtigter Vorteil verschafft. Daß eine solche Bestimmung trotzdem Gesetz geworden ist, kann nur daraus erklärt werden, daß der Gesetzgeber sich dieser Wirkung nicht bewußt war. Auch der bayerische Antrag, statt des im Gesetzentwurf vorgesehenen Rechnungsfaktors von 86 kg 200 kg zu setzen, hat — für sich allein betrachtet — mit Herabsetzung der Umlage von ursprünglich 4,4 Millionen Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen an Berechtigung verloren. Desgleichen sind die obenerwähnten Ausführungen von Dr. Horlacher in diesem Punkte insofern unzutreffend, als er den Ansatz von 0,086 t als Selbstversorgerbedarf im Gesetzentwurf als unzureichend bekämpft und einen Ansatz von 0,240 t verlangt, in seiner Berechnung diese 0,240 t aber vom Ertrag absetzt, was — wie gesehen, wenn diese Berechnung für sich allein genommen würde — nicht eine Verbesserung der Verteilung zugunsten Bayerns, sondern, wenigstens bei der Umlage von 2,5 Millionen Tonnen, eine Verschlechterung bedeutete. Nur nebenbei sei hier bemerkt, daß der Satz „Berücksichtigt man die bäuerlichen Betriebe mit einer ungenügenden Selbstversorgerration, so werden jene Länder, die viel landwirtschaftliche Betriebe aufzuweisen haben, die keine Selbstversorgung in Brotgetreide haben, in noch unerträglicherem Maße benachteiligt“ nicht stichhält, weil Betriebe ohne Getreidebau die Umlageverteilung in keiner Weise beeinflussen. Wenn hier ein Mangel der Oberverteilung aufgezeigt worden ist, der für Bayern einerseits vorteilhaft gewesen sein und die aus der Nichtberücksichtigung des Saatgut- und Futterbedarfs sich ergebende stärkere Belastung Bayerns etwas ausgeglichen haben mag, andererseits es aber durch die erwähnte Berücksichtigung der Deputate wesentlich geschädigt hat, so ist damit nicht gesagt, daß Bayern im Endergebnis etwa zu gut weggekommen ist, wie andere Länder behauptet haben, voran Sachsen, das sich lediglich deshalb zu stark belastet gefühlt hat, weil es je Hektar Anbaufläche eine größere Getreidemenge aufzubringen

hatte als Bayern. Das aus dieser Feststellung abgeleitete Verlangen, die Reichsumlage 1922 lediglich nach dem Ernteertrag ohne jede Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs zu verteilen, muß vielmehr als gegen die Forderung der Gerechtigkeit verstoßend bezeichnet werden und widerspricht auch den von der Kommission zur Erzeugungsförderung aufgestellten Verteilungsgrundsätzen. Begründet war dieser Antrag damit, daß die sächsische Landwirtschaft je Hektar Anbaufläche durch die Umlage einen Einnahme-Ausfall von 2000 M gehabt habe gegenüber einem solchen von nur 1464 M je Hektar in Bayern. Dem war entgegenzuhalten, daß, abgesehen von der ganz anderen Besitzverteilung in den beiden Ländern und im Reich, die Hektarerträge in Bayern immer niedriger waren als in Sachsen und im Reich, daß aber, je niedriger der Ertrag ist, einen desto größeren Hundertsatz hiervon schon ein gleicher Selbstversorger- und Saatgutbedarf in Anspruch nimmt. Selbstversorger- und Saatgutbedarf steigen aber je Flächeneinheit um so mehr, je zersplitterter der Besitz ist. Im Reich und in Sachsen ist auch von der landwirtschaftlich benutzten Fläche ein größerer Hundertsatz mit Getreide bestellt als in Bayern. Während in Bayern die großbäuerlichen Betriebe von der landwirtschaftlich benutzten Fläche 28,9, die großen Betriebe nur 2,2, beide zusammen nur 31,1% umfassen, sind diese beiden Betriebsklassen an der landwirtschaftlich benutzten Fläche in Sachsen mit 30,5 bzw. 13,8, zusammen mit 44,3% beteiligt. Dabei sind in Bayern nur 65,7, in Sachsen dagegen 79,1% der landwirtschaftlich benutzten Fläche Ackerland. In Bayern waren 1907 mit Getreide bestellt 62,8% des Ackerlandes = 41,3% der landwirtschaftlich benutzten Fläche, für Sachsen sind die einschlägigen Zahlen 63,5% bzw. 50,2%. Daß Bayern vor allem im Vergleich zu Sachsen immer noch zu stark belastet war, mag daraus ersehen werden, daß Sachsen bei einer Getreideanbaufläche von 424 777 ha und einem Ernteertrag von 8 381 850 dz (= 19,73 dz je ha) eine Umlage von 1 648 960 dz (= 3,88 dz je ha) aufzubringen hatte, während Bayern bei einer Getreideanbaufläche von 1 574 571 ha einen Ernteertrag von 23 842 530 dz (= 15,14 dz je ha) hatte und 2 541 460 dz Umlage (= 1,61 dz je ha) abliefern mußte. Sachsen verblieb demnach nach Ablieferung seiner Umlage noch ein Hektarertrag von $(19,73 - 3,88) = 15,85$ dz verfügbar, während Bayern nur 15,14 dz je ha geerntet hat.

Für eine richtige Oberverteilung muß als Mindestforderung verlangt werden, daß vom Ernteertrag der Selbstversorgerbedarf in ausreichendem Maße (etwa 240 kg je Kopf und Jahr) und der Saatgutbedarf mit etwa 175 kg je Hektar — für kleinere Betriebsgrößen mit entsprechenden Zuschlägen — abgesetzt, auch der Futterbedarf etwa nach dem Vorschlag der Kommission zur Erzeugungsförderung mit einem bestimmten Ansatz je Hektar (242 kg) in gleicher Weise berücksichtigt und die Umlage auf das verbleibende Verkaufsgetreide verteilt wird. Soweit statistisch möglich, wären dabei die Erträge und der Bedarf der kleinen von der Umlage freibleibenden Betriebe von vornherein auszuschneiden. Auch müßte tunlichst — entsprechend der Forderung von Dr. Horlacher — wie bei der Einkommensteuer — wenn auch in roher Form — noch eine gewisse Staffelung in der Belastung eintreten, die freilich, soll sie nicht produktionshemmend wirken, niemals soweit gehen dürfte, daß der durch bessere Bewirtschaftung erzielte Mehrertrag gewissermaßen „weggesteuert“ würde. Wegen der besonders starken Fehler der Ernteschätzung in den letzten Jahren der Zwangswirtschaft und der verschiedenen Auswirkung dieser Fehler auf die Verteilung war es ein guter Gedanke, für die Oberverteilung die Durchschnittserträge der Jahre 1906—1920 zugrunde zu legen. Dadurch dürften die Verteilungsfehler wenigstens gemildert worden sein. Andererseits läßt freilich diese Verteilungsart die besonderen Verhältnisse des betreffenden Erntejahres unberücksichtigt. Es ist aber zu erwägen, daß eine Oberverteilung nach dem Ausfall der neuen Ernte, die theoretisch zweifellos den Vorzug vor jeder anderen Verteilung verdienen würde, praktisch kaum rechtzeitig durchführbar wäre, weil der Ernteertrag mit einiger Sicherheit erst in einem Zeitpunkt feststellbar ist, wo jene längst beendet sein muß.

Die Unterverteilung der bayerischen Gesamtumlage auf die einzelnen Kommunalverbände wurde der Landesgetreidestelle übertragen. Sie erfolgte im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen wie die Verteilung der Reichsumlage auf die Länder. Nur konnten nicht die Durchschnittsernteerträge der Jahre 1906—1920, sondern nur die Durchschnittsernteerträge der Jahre 1915—1920 zugrunde gelegt werden, weil die Schätzungen der Saatenstandsberichterstätter vor dem Kriege nicht kommunalverbandsweise, sondern nach eigenen Saatenstandsbezirken erfolgten, die sich nicht durchweg mit den Kommunalverbänden decken. Die ursprüngliche Absicht, für die Unterverteilung entsprechend den bayerischen Anträgen für die Oberverteilung den Selbstversorgerbedarf mit 0,2 t zu berücksichtigen, was an sich nach § 3 des Gesetzes zulässig gewesen wäre, wurde aufgegeben, weil hierbei, ohne daß man sich zunächst über den Grund klar war, eine größere Anzahl von Kommunalverbänden mit teilweise leistungsfähigen Betrieben ganz ausgefallen wäre. Auch war dabei die Erwägung von Bedeutung, daß bei möglichst engem Anschluß an das Gesetz mit den geringsten Schwierigkeiten durchzukommen sei. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß — wie oben gesehen — bei den gewählten Verteilungsverfahren der Selbstversorgerbedarf schon bei einem Rechnungsposten von 0,144 t je Selbstversorger tatsächlich mit etwa 0,132 t berücksichtigt wird. Nun gibt es in den Kommunalverbänden eine Reihe von Betrieben, die bei zahlreichen Haushaltsangehörigen gerade noch ihren Eigenbedarf decken. Angenommen ein solcher Betrieb hat 10 Selbstversorger, so werden vom Ertrag des Kommunalverbandes für ihn ($10 \times 4,32 \text{ dz} =$) 43,2 dz abgezogen, obwohl dieser Betrieb vielleicht nur 24 dz geerntet hat. Es entsteht für ihn demnach ein Minusposten von 19,2 dz. Wiederholen sich ähnliche Fälle im Kommunalverband, so entstehen eine Anzahl solcher Minusposten, welche die Überschüsse der anderen Betriebe rechnerisch aufzehren. Je kleiner das Land ist, auf das verteilt wird, je zersplitterter sein Besitz und je höher hiernach die Zahl der Selbstversorger ist, desto mehr wirkt sich dieser Fehler aus. So würde Württemberg bei einer Umlage von 2,5 Millionen Tonnen und dem Rechnungsfaktor von 0,2 t je Selbstversorger umlagenfrei bleiben, obwohl es namentlich in den an Bayern anstoßenden Bezirken (z. B. Mergentheim) noch günstige Verhältnisse für den Getreideanbau und Betriebe hat, deren völlige Freilassung von der Getreideumlage nicht zu rechtfertigen wäre. Vermieden würde dieser Nachteil, wenn von Reichs wegen die Verteilung der Umlage bis auf den einzelnen Betrieb herab, erfolgen oder aber wenn bei der Oberverteilung von vornherein der Ertrag und der Selbstversorgerbedarf aller jener Betriebe außer acht gelassen werden könnte, die weniger als ihren eigenen Bedarf erzeugen oder diesen gerade noch decken. Während die erstere Verteilung praktisch schlechterdings unmöglich ist, wäre das letztere System an sich wohl durchführbar, wenn die statistischen Unterlagen hierfür ausreichten. Das ist aber zur Zeit nicht der Fall.

Die Landesgetreidestelle hat überall, wo ein Kommunalverband ausgefallen ist — entsprechend der Weisung des Staatsministeriums für Landwirtschaft in den bayerischen Ausführungsbestimmungen — die Verhältnisse unter Heranziehung aller verfügbaren Behelfsmittel (insbesondere der Statistik der landwirtschaftlichen Betriebe vom Jahre 1907) eingehend nachgeprüft und veranlaßtenfalls abweichend von dem rechnerischen Ergebnis eine Umlage festgesetzt. Solche Abweichungen mußten sich jedoch in bemessenen Grenzen halten. In Württemberg, bei dem die Umlage einen weit geringeren Teil des Ernteertrags ausmacht als in Bayern, ist der genannte Umstand noch mehr in die Erscheinung getreten. Es hat daher eine grundsätzlich andere Verteilungsart gewählt, indem es unter Zugrundelegung eines gewissen Selbstversorgerverbrauchs (300 kg) zunächst die Fläche berechnet hat, welche der Selbstversorger für den eigenen Verbrauch nach den Durchschnittshektarerträgen benötigt.

(Z. B. der Durchschnittshektarertrag ist 1200 kg. Der Selbstversorger benötigt hiernach zu seiner Ernährung $(300 : 1200 =)$ 0,25 ha. Durch Vervielfachung dieser Fläche mit der Zahl der Selbstversorger

wird die Gesamtfläche gefunden, welche zur Deckung des Selbstversorgerbedarfs im Lande nötig ist. Diese Fläche wird dann von der Gesamtanbaufläche abgezogen. Der Rest ist die sog. freie Fläche, auf welche die Umlage verteilt wird. Der Quotient von Umlagesoll und freier Fläche ergibt die Durchschnittshektarbelastung.)

Da der Durchschnittsertrag in den einzelnen Kommunalverbänden vom Durchschnittsertrag im Land nach oben und unten abweicht, wird dann in gleicher Weise für jeden Kommunalverband ermittelt, welche Anbaufläche der Selbstversorger zu seiner Ernährung braucht und welche Gesamtfläche für die Umlagenverteilung übrig bleibt. Die Durchschnittshektarbelastung der freien Fläche im Kommunalverband muß sich dann zur Durchschnittsbelastung der freien Fläche im Land verhalten wie der Durchschnittshektarertrag im Kommunalverband zum Durchschnittshektarertrag im Land. Die rechnerisch auch in Bayern angestellte Verteilung der Umlage nach diesem System hat ergeben, daß sich die dabei herauskommende Umlage bei allen Regierungsbezirken zwischen den Zahlen bewegt hat, die sich errechnet hatten, wenn bei der Verteilung nach dem Grundsatz des § 2 des Gesetzes der Selbstversorgerbedarf einmal mit 0,086 t, ein andermal mit 0,2 t berücksichtigt wurde. Nach dem oben gefundenen Grundsatz ist die Ursache für diese Erscheinung darin zu suchen, daß die Zahl 300 kg zwischen dem mit 3 vervielfältigten Selbstversorgerbedarf von 0,086 und 0,2 t liegt. Bei dem geschilderten württembergischen Verteilungssystem wird eben der Abzug für den Selbstversorgerbedarf — wenn auch in anderer Form — vom ganzen Ernteertrag und nicht nur von einem Teil desselben vorgenommen.

Bei Verteilung der Umlage hat Bayern, wie wohl fast alle Länder, von der Ermächtigung Gebrauch gemacht, der Umlage 10 v. H. hinzuzuschlagen. Dieser Zuschlag — zur Deckung von Ausfällen und notwendigen Nachlässen bestimmt — hat es der Landesgetreidestelle ermöglicht, außerordentliche Härten der Verteilung nachträglich auszugleichen. Bei der Verteilung hat sich ergeben, daß bei verschiedenen Kommunalverbänden die Rohumlage geringer war, als der rechnungsmäßige Selbstversorgerbedarf. Insgesamt blieb der Selbstversorgerbedarf dieser Kommunalverbände hinter ihrer Rohumlage um 84564 dz zurück. Zum Ausgleich dieses Minuspostens mußte die Summe der Umlage der übrigen Kommunalverbände die verteilte Reinumlage von 2541460 dz um die gleiche Menge übersteigen. Um die bayerische Umlage auf 2795606 dz, d. i. Umlage + 10%, zu bringen, brauchten und durften daher nur noch 6,461 % hinzugerechnet werden. Es ergab sich eine Gesamtumlage von 2795603 dz.

Das Ergebnis der Unterverteilung ist in der Tabelle XIII des Tabellenwerks, die zum Vergleich zugleich die Ablieferungen des vorausgegangenen Wirtschaftsjahres, ferner den Bedarf ersehen läßt, niedergelegt. Die Abänderungen, die insbesondere infolge von Hagelschäden und Notreife des Getreides bis Schluß des Kalenderjahres 1921 vorgenommen wurden, sind berücksichtigt.

Sache der Kommunalverbände war es, ihre Umlage auf die einzelnen Betriebe tunlichst gerecht zu verteilen. Betriebe von nicht mehr als 1 ha Getreideanbaufläche waren umlagenfrei zu lassen. Den Kommunalverbänden wurden verschiedene Verfahren gezeigt, die sie für die Unterverteilung wählen konnten, ohne daran gebunden zu sein (Verteilung nach den Getreideanbauflächen oder auf Grund der Ernteschätzungen, immer unter Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs oder nach Größengruppen unter durchschnittlicher Berücksichtigung der Selbstversorgerzahl dieser Größengruppe). In der Hauptsache haben die Kommunalverbände die Unterverteilung nach den Ernteflächen und den Ernteschätzungen unter Berücksichtigung des Selbstversorgerbedarfs durchgeführt. Einzelne Kommunalverbände haben auch besondere Anbauflächenerhebungen und Ernteschätzungen nach Maßgabe des § 5 des Getreideverkehrsgesetzes vorgenommen und ihr Ergebnis der Verteilung zugrunde gelegt. Das Fehlen einer allgemeinen Individualernteflächenerhebung hat sich als ein Mangel bei der Unterverteilung erwiesen. Die großen geldlichen Vor- und Nach-

teile, die mit einer geringeren oder stärkeren Heranziehung zur Umlage verbunden sind, haben zahlreiche Beschwerden gegen die Verteilung zur Folge gehabt. Die bayerischen Ausführungsbestimmungen sehen zur Verbescheidung dieser Beschwerden, die binnen 14 Tagen von der Eröffnung an zu erheben waren, eigene Beschwerdeausschüsse unter dem Vorsitz des Kommunalverbandsvorstandes vor, deren Entscheidung endgültig ist. Die Kommunalverbände wurden ermächtigt, bis zu 4% der Umlage zur Deckung von Ausfällen im Beschwerdeverfahren nachzulassen. Darüber hinausgehende Nachlässe mußten anderweit aufgebracht werden. In Ausnahmefällen wurden weitere Abschreibungen vom Umlagesoll des Kommunalverbandes vorgenommen. So mußten namentlich in Nordschwaben infolge Hagelschlags und in der Pfalz infolge Notreife des Getreides insgesamt 7739 t vom Umlagesoll nachgelassen werden. Bayern hat beim Reich den Antrag gestellt, es für diese durch außergewöhnliche Verhältnisse notwendig gewordenen Nachlässe aus der Haftung zu entlassen, ist damit aber nicht durchgedrungen.

3. Die Aufbringung der Umlage und die Verteilung des Getreides in Bayern.

Da bei dem Umlageverfahren schon wegen der Vertretbarkeit der einzelnen Getreidearten und, weil eine Belieferung der Betriebe nicht mehr in Betracht kam, für die bisherige besondere Erfassung der Gerste und des Hafers in Bayern kein Raum mehr blieb und keine Veranlassung mehr bestand, vielmehr auch diese beiden Getreidearten nur durch die Kommunalverbände erfaßt werden konnten, ergab sich die Notwendigkeit, den Handel, der für die Brotgetreideerfassung nicht in der gleichen Weise herangezogen worden war wie für die Gersten- und Hafererfassung, mehr als bisher in die Aufkaufstätigkeit der Kommunalverbände einzugliedern. Um dies zu erreichen, war vor allem die Beseitigung des vielfach bestehenden Zustandes notwendig, daß eine Genossenschaftszentrale zugleich als Geschäftsstelle des Kommunalverbandes tätig war. Es mußte überall eine neutrale Geschäftsstelle errichtet werden, unter der dann Genossenschaften und Handel als gleichberechtigte Aufkäufer tätig werden konnten. So war auch in Bayern, wo die für das Reich neu eingeführte Dezentralisation der Getreideerfassung bei Brotgetreide von Anfang mit Erfolg durchgeführt war, eine grundsätzliche Änderung in der Organisation veranlaßt. Die bayerischen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide für die Ernte 1921 schreiben daher vor, daß in allen Kommunalverbänden, auch da, wo die kaufmännischen Geschäfte bisher einer Genossenschaft oder einer Handelsfirma übertragen waren, eine neutrale Geschäftsstelle eingerichtet werden müsse. Angestellte dieser Geschäftsstelle dürfen nicht zugleich im Dienste der Genossenschaften oder des Handels stehen. Der Einkauf des Umlagengetreides hat durch Hauptaufkäufer zu geschehen, die ihrerseits verlässige, fachkundige Personen als Unteraufkäufer zu bestellen haben. Die Hauptaufkäufer handeln im Namen und für Rechnung des Kommunalverbandes. Sie erwerben Eigentum an dem Getreide nicht für sich, sondern für den Kommunalverband, den sie durch ihre Handlungen unmittelbar berechtigen und verpflichten. Die Unteraufkäufer treten in kein unmittelbares Rechtsverhältnis zum Kommunalverband. Im Verhältnis zum Kommunalverband sind die Hauptaufkäufer als Makler mit Abschlußvollmacht zu erachten. Damit kommt für sie eine Umsatzsteuerpflicht nur hinsichtlich ihrer Provision in Betracht, nicht auch hinsichtlich des Kaufpreises — eine Auffassung, die vom Reichsfinanzministerium anerkannt wurde.

Schwierigkeiten bei der hiernach notwendigen Neuorganisation der Aufkaufstätigkeit der Kommunalverbände ergaben sich zunächst daraus, daß die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften, mit deren Hilfe die Kommunalverbände bisher überwiegend die Erfassung des Brotgetreides durchgeführt hatten, für den Fall, daß das Umlageverfahren Gesetz würde, die Absicht der Niederlegung ihrer Kommissorien und jeder Aufkaufstätigkeit für die Kommunalverbände kundgegeben hatten. Erst den Bemühungen der Staatsregierung ist

es gelungen, die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften bei der Erfassung des Umlagengetreides wieder zu gewinnen. Auch die übrigen landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere die Landesbauernkammer, die mit der bayerischen Regierung das Gesetz bis zum letzten Augenblick bekämpft hatte, mußten sich erst auf die Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes einstellen. In diesen anfänglichen Schwierigkeiten dürfte der Grund dafür zu suchen sein, daß es zunächst schien, als ob in Bayern die Ablieferung von Umlagengetreide hinter der im übrigen Reich zurückbleiben sollte. Bei dieser schwierigen Lage muß es als besonderes Verdienst aller beteiligten Kreise anerkannt werden, daß es durch eifrige Zusammenarbeit schließlich gelungen ist, dem Gesetz trotz all seiner mit Recht bekämpften Mängel auch in Bayern den entsprechenden Erfolg zu sichern mit der Wirkung, daß dieses, wie in den Jahren der Zwangswirtschaft auch unter der Geltung des Umlageverfahrens hinsichtlich der Ablieferung gar bald mit an der Spitze der Länder marschierte und zum 31. Dezember 1921 bereits 588 951 dz Weizen, 1557 213 dz Roggen, 130 770 dz Gerste und 59 514 dz Hafer erfaßt hatte, was bei Berücksichtigung des Hafers zu nur $\frac{3}{5}$ eine Gesamterfassung von 2 312 600 dz = 91 % des bayerischen Anteils an der Reichsumlage ergibt.

Die Befürchtungen, daß als Umlagengetreide überwiegend Hafer und Gerste und nur schlechte Qualitäten abgeliefert würden, haben sich infolge der Gestaltung der Marktpreise für das freie Getreide und dank dem Umstande, daß die Ernte 1921 überall besonders gut geborgen wurde, glücklicherweise nicht bewahrheitet. Die abgelieferten Qualitäten waren im Gegenteil im allgemeinen recht gut, wie z. B. das in einer Vertragsmühle der Landesgetreidestelle ermittelte Hektolitergewicht verglichen mit dem der Vorjahre zeigt. (Vgl. Tabelle V des Tabellenwerks.) Die Spannung zwischen dem Umlagenpreis und dem freien Preis für Hafer und Gerste ist bei der starken Nachfrage nach diesen beiden Getreidearten, insbesondere von seiten der verarbeitenden Betriebe, fast durchweg höher gewesen als die gleiche Spannung für Roggen; die Spannung bei Gerste hat zeitweise die Spannung bei Weizen überstiegen. Bei Hafer kommt dem Landwirt diese Spannung zudem gegenüber der Ablieferung als Umlagengetreide infolge der geringeren Anrechnung des Hafers statt dreimal jeweils fünfmal zugute. Es ist für ihn daher insoweit vorteilhafter, Roggen statt Hafer abzuliefern, als die fünfmalige Spannung zwischen Umlagenpreis und freiem Preis bei Hafer höher ist als die gleiche dreimalige Spannung bei Roggen. Diese Verhältnisse haben dazu geführt, daß als Umlagengetreide vornehmlich Roggen (insgesamt 68,1 % bei 23,8 % Weizen, 6,1 % Gerste und 1,7 % Hafer) abgeliefert wurde, was um so mehr auffällt, als früher die Weizen- und Roggenlieferungen sich ungefähr die Wagschale gehalten und die Roggenlieferungen im Verhältnis zu den Gesamtablieferungen nur etwa $\frac{1}{4}$ betragen haben. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der Preisentwicklung, die in der Tabelle XVII des Tabellenwerkes und dem dazu gehörigen Diagramm im einzelnen des näheren verfolgt werden kann. Für den Landwirt erschien es am vorteilhaftesten, Roggen als Umlage abzuliefern, selbst wenn er sich ihn erst käuflich beschaffen mußte, und das übrige Getreide auf dem freien Markte zu veräußern. Das hat zu umfangreichen Tauschgeschäften zwischen den Landwirten und den Hauptaufkäufern geführt. Der Roggen ist dafür in großem Umfange in Norddeutschland beschafft worden.

Auch für die Kommunalverbände entstand die Versuchung, aus diesen Preisunterschieden durch Tausch Nutzen zu ziehen. Entsprechend dem gleichen Vorgang im Reich hat daher das Staatsministerium für Landwirtschaft solche Tauschgeschäfte ausdrücklich verboten. Das Reich selbst, das ja die Kosten der Beschaffung des Auslandsgetreides zu tragen hat, hat dagegen mit Recht in größerem Umfange Auslandsweizen gegen Roggen im Verhältnis von 100 : 130 vertauscht und so den durch Kauf auf dem freien Markte zu deckenden Fehlbedarf verringert.

Um die rechtzeitige Erfüllung des Liefersolls zu sichern, hat das Gesetz die Haftung der Erzeuger dem Kommunalverbände, dieser dem Land und der Länder dem Reich gegenüber eingeführt. Sie haben für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide den Betrag zu zahlen, der dem Unterschied zwischen Umlagenpreis für Weizen und dem Preis für ausländischen Weizen im Vormonat entspricht, zuzüglich eines Zuschlags von $\frac{1}{4}$ dieses Unterschieds. Als Preis für ausländischen Weizen ist dabei der Preis zugrunde zu legen, den die Reichsgetreidestelle für den Liefermonat auf Grund der Weltmarktpreise im Vormonat bekannt gibt. Für den Liefermonat Oktober 1921 wurde der Weltmarktweizenpreis auf 6 200 M, für den Liefermonat Dezember auf 12 000 M, für den Liefermonat Februar auf 13 000 M festgesetzt. Die Haftungsbeträge errechnen sich hiernach auf 4 875 M, 12 125 M, 13 375 M für die Tonne. Die Frage, ob ein Kommunalverband, wenn bis zur Inanspruchnahme der Geldhaftung bereits ein höherer Auslandsweizenpreis festgesetzt ist als der für den Liefertermin, auch für die aus der früheren Lieferperiode rückständigen Mengen die höheren Haftungsbeträge in Anspruch nehmen kann, hat das Reichsernährungsministerium verneint. Andererseits hat es sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kommunalverbände, die erst mit einer späteren Rate in Verzug kommen, sich nicht durch Abführung der von ihnen vereinnahmten niedrigeren Haftungsbeträge befreien können, sondern gegebenenfalls nach Maßgabe der inzwischen festgesetzten höheren Weizenpreise haften. Diese Auffassung ist in der Hauptsache damit begründet, daß das Gesetz in erster Linie die Erfassung in Natur bezwecke und daher die Kommunalverbände vor allem die Enteignung zu betreiben hätten. Soweit sie die Haftung in Anspruch nehmen, können sie sich vor Verlusten dadurch schützen, daß sie mit den Haftungsbeträgen rechtzeitig freies Getreide erwerben und dieses als Umlage abführen. Ob diese Auffassung dem Willen des Gesetzes entspricht, ist zu bezweifeln; denn aus der Bestimmung des § 22 Abs. 3 des Gesetzes, wonach die Haftung der Kommunalverbände erlischt, soweit sie nachweisen, daß der Geldbetrag nicht beigegeben werden kann, wird man den Grundsatz ableiten müssen, daß die Geldhaftung der Kommunalverbände von Haus aus nicht weiter geht als auf die Summe der Haftungsansprüche des Kommunalverbandes gegen den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer. Andernfalls könnte auch im Falle der Uneinbringlichkeit der Haftungsansprüche die Geldhaftung des Kommunalverbandes nur in der Höhe erlöschen, als sie gegen den Schuldner des Kommunalverbandes bestanden hatte, also, wenn z. B. der Landwirt, gegen den der Ersatzbetrag nicht beigegeben werden kann, mit der ersten Rate von 20 Zentner Getreide, der Kommunalverband selbst aber durch Mehrlieferung anderer Landwirte erst mit der letzten Rate säumig geworden wäre, nur in Höhe von 4 875 M, während der Kommunalverband mit dem Betrag von $(13375 \text{ M} - 4875 \text{ M} =) 8500 \text{ M}$ weiter haften müßte. Gesetzt den Fall, in einem Kommunalverband würden alle Landwirte genau ihr erstes Viertel zum ersten Liefertermin geliefert haben, nur ein Landwirt würde die ihm auferlegte Lieferung in Höhe von 1 t nicht erfüllt haben, der Kommunalverband hätte infolgedessen seinerseits eine Tonne zu wenig geliefert, so würde dieser auch nach Auffassung des Reichsernährungsministeriums nur mit dem Betrag von 4 875 M haften. Würde dagegen unter sonst gleichen Verhältnissen diese Minderablieferung von 1 t durch eine Mehrablieferung eines anderen Landwirts in gleicher Höhe ausgeglichen und der Kommunalverband dadurch in der Lage sein, seiner Lieferpflicht voll nachzukommen und erst zum letzten Liefertermin vom Februar mit 1 t in Lieferungsverzug kommen, so würde in diesem Falle, obwohl sein Geldhaftungsanspruch gegen den Landwirt der gleiche wäre, seine Geldhaftung nunmehr auf 13 375 M gehen, ein Ergebnis, das unbefriedigend ist und für die hier vertretene Auffassung spricht.

Übrigens hat gerade Bayern von Anfang an den Grundsatz in den Vordergrund gestellt, daß die Umlage tunlichst in Natur aufgebracht werden muß. Trotzdem ist in einzelnen Fällen auch die Geldhaftung in Anspruch genommen und der vereinnahmte

Betrag zum Einzug angeboten worden. Die Enteignung ist insbesondere dann undurchführbar, wenn der betreffende Landwirt sein Getreide bereits veräußert hat. Ein Aufkauf von Getreide durch die Kommunalverbände auf dem freien Markt wurde zunächst als unerwünscht bezeichnet. Erst die erwähnte Auffassung des Reichsernährungsministeriums gab Veranlassung, die bayerischen Kommunalverbände allgemein anzuweisen, zur Vermeidung geldlicher Nachteile die Haftungsbeträge möglichst rasch zum Ankauf von freiem Roggen zu verwenden. Weizen ließ sich zu dieser Zeit mit den Haftungsbeträgen zum ersten Liefertermin schon nicht mehr erwerben. Es wäre übrigens eine Preisentwicklung denkbar gewesen, bei der die Kommunalverbände schon am 15. Oktober 1921 unter Umständen mit den Haftungsbeträgen auch Roggen nicht mehr hätten erwerben können. Dies wäre dann der Fall gewesen, wenn der Roggenpreis im Oktober 1921 auf etwa 7000 M für die Tonne gestiegen wäre, eine Entwicklung, die — wie die sprunghaften Preissteigerungen Ende Februar und Anfang März 1922 gezeigt haben — beim Zusammentreffen des Steigens der Weltmarktpreise mit einer gleichzeitigen starken Markentwertung durchaus denkbar gewesen wäre. Auch diese Möglichkeit, bei der die Kommunalverbände selbst bei sofortiger Beitreibung und Verwertung der Haftungsbeträge zur Beschaffung entsprechender Getreidemengen auf dem freien Markt noch Verluste erleiden müßten, dürfte gegen die erwähnte Auffassung des Reichsernährungsministeriums sprechen.

Saatgutzüchter sind grundsätzlich ebenso lieferpflichtig wie andere Landwirte; nur können Erzeuger, die nachweisen, daß sie unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Originalsaatgut oder anerkanntes Saatgut abliefern müßten, um das Liefersoll zu erfüllen, sich von der Verpflichtung zur Lieferung durch Zahlung eines Betrags befreien, der dem Unterschied zwischen Umlagenpreis und dem Marktpreis für freies Getreide zur Zeit des Liefertermins entspricht. Der Marktpreis wird von der Reichsgetreidestelle festgesetzt. Auf Grund der Befugnis, an Stelle des Unterschieds zwischen Umlagenpreis und Marktpreis für freies Getreide einen festen Betrag zu bestimmen, hat das Reichsernährungsministerium für die Ablösung der Lieferpflicht von Originalsaatgut von Winterweizen, Winterroggen und anerkanntem Saatgut 1. Absaat von Winterweizen, Winterroggen und Wintergerste den Betrag von 1000 M für die Tonne, für Originalsaatgut von Wintergerste den Betrag von 400 M für die Tonne bestimmt. Für das besetzte Gebiet, in Bayern also für die Pfalz, ermäßigt sich der feste Betrag von 1000 M um die dort zum Umlagepreis zu zahlenden Zuschläge. Der Ablösungsbetrag von 400 M für Originalsaatgut von Wintergerste gilt auch für die Pfalz.

Die für die Ablösung der Lieferpflicht bei den übrigen Saatgutarten für die Liefertermine vom 15. Oktober, 15. Dezember und 28. Februar festgesetzten Marktpreise und die sich hieraus berechnenden Befreiungsbeträge sind aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen:

	Liefertermin 15. Oktober 1921			Liefertermin 15. Dezember 1921			Liefertermin 28. Februar 1922		
	Markt- preis	Befreiungsbetrag je Doppelzentner		Markt- preis	Befreiungsbetrag je Doppelzentner		Markt- preis	Befreiungsbetrag je Doppelzentner	
		für das rechtsrh. Bayern	für die Pfalz		für das rechtsrh. Bayern	für die Pfalz		für das rechtsrh. Bayern	für die Pfalz
	M	M	M	M	M	M	M	M	M
Weizen . .	475	255	229	699	469	453	972	742	726
Roggen . .	380	170	155	539	329	314	740	530	515
W.-Gerste .	455	255	241	—	—	—	—	—	—
S.-Gerste .	540	340	326	709	509	495	794	594	580
Hafer . . .	400	220	207	538	358	345	696	516	503

Aus dem doppelten System der Ablösung der Lieferpflicht für Saatgut und dem Umstand, daß die Lieferpflicht nicht auf eine bestimmte Getreideart, sondern auf Getreide schlechthin lautet, haben sich Schwierigkeiten in solchen Fällen ergeben, in denen ein Saatgutzüchter mehrere Arten von Saatgut gebaut hat. Da es in seinem Ermessen steht, welches Getreide er abliefern will, so muß ihm nach der Auffassung des Direktoriums der

Reichsgetreidestelle zugestanden werden, sich mit dem Betrag abzufinden, der für ihn am vorteilhaftesten ist. Dem Gesetzeswillen dürfte es mehr entsprechen, die dem Landwirt günstigere Ablösung erst dann zuzulassen, wenn der Nachweis geführt ist, daß der Landwirt bei Naturalablieferung gerade auf dieses Saatgut greifen müßte. Solange der Landwirt z. B. Saatgut 2. Absaat abliefern könnte, stünde ihm hiernach nicht das Recht zu, seine Lieferpflicht mit den festen Ablösungsbeträgen von 1000 M oder 400 M für die Tonne für von ihm gleichfalls gebautes Originalsaatgut von Winterweizen oder Wintergerste abzufinden.

Die niedrigen Abfindungsbeträge von 1000 M und 400 M für die Tonne haben bei anderen Landwirten mit Recht verstimmt. Sie stellen eine mit den Zwecken des Gesetzes nicht zu vereinbarende Subvention der Saatgutzüchter dar und haben den Erfolg der Bemühungen, auch von den Saatgutzüchtern Naturallieferungen zu erreichen, stark beeinträchtigt. Das Reichsernährungsministerium hat sich auch gegenüber den Anträgen der Beteiligten, für Originalsaatgut von Sommergetreide ebenfalls einen festen Abfindungsbetrag von etwa 1500 M für die Tonne festzusetzen, ablehnend verhalten. Im großen und ganzen ist in Bayern trotz der genannten Beeinträchtigung im allgemeinen gleichwohl von den Saatgutzüchtern Naturalablieferung erreicht worden. Ablösung ist nur für 997 t Getreide erfolgt.

Wie bereits kurz gestreift, ist auch im Reich mit der Getreideumlage an die Stelle der zentralisierten Getreideerfassung durch die Reichsgetreidestelle eine dezentralisierte Erfassung des Getreides und ein dezentralisierter Vollzug des Gesetzes getreten. Die Kommunalverbände mußten jedoch alles Getreide, auch die zur Deckung für den eigenen Bedarf notwendigen Mengen an die Reichsgetreidestelle verkaufen und dann ihren eigenen Bedarf zunächst mit einem Zuschlag von 600 M für die Tonne, also Weizen zu 2900 M, Roggen zu 2700 M, Gerste zu 2600 M zurück erwerben. Mit Wirkung vom 19. Februar 1922 wurden die Verkaufspreise der Reichsgetreidestelle für Weizen auf 5675 M, für Roggen auf 5250 M, für Gerste auf 5050 M für die Tonne erhöht. Dementsprechend mußte statt des Zuschlags von 600 M nunmehr ein Zuschlag von 3375 M für Weizen, 3150 M für Roggen und 3050 M für Gerste bezahlt werden. Die im Verkaufspreis liegenden Zuschläge zum Umlagenpreis werden zur Deckung der Aufkaufvergütung von 130 M für die Tonne, der Frachten sowie der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle verwendet. Der verbleibende Überschuß dient zur Verbilligung der im Ausland oder auf dem freien Inlandsmarkt erworbenen Getreidemengen, die zu den gleichen Preisen wie das Umlagengetreide an die Kommunalverbände geliefert werden.

Bayern hat auch im Umlageverfahren das bisherige bewährte System der Getreidevermittlung¹⁾ statt des Getreidekaufs und -verkaufs beibehalten. Es hat die Kommunalverbände zunächst auf die im eigenen Kommunalverband aufzubringende Umlage verwiesen. Überschüsse sind nach Weisung der Landesgetreidestelle an Zuschußkommunalverbände abzuliefern. Fehlbedarf deckt die Landesgetreidestelle durch Überweisung von Umlagengetreide aus einem Überschußkommunalverband oder durch Lieferung von Auslandsgetreide oder frei erworbenem Inlandsgetreide. Nach dem vorläufig aufgestellten Wirtschaftsplan für das Jahr 1921/22 hat sich der bayerische Gesamtbedarf wie folgt berechnet:

1. Für 5 000 000 Versorgungsberechtigte
je 200 g Mehl für 365 Tage = 3 650 000 dz Mehl (85 %) = 4 294 118 dz Getreide
2. Zulagen vom 16. August bis 15. September 1921
 - a) für Schwerarbeiter Monatspauschale 15 000 dz Mehl (85 %) = 17 647 " "
 - b) für Schwerstarbeiter $90\,000 \times 110\text{ g} \times 31\text{ Tage} = 3\,069\text{ dz}$
Mehl (85 %) = 3 611 " "
3. Aufwand für Militärurlauber $3\,000 \times 200\text{ g} \times 365\text{ Tage} =$
2 190 dz Mehl (85 %) = 2 576 " "

¹⁾ Mit dem öfteren Wechsel der Preise insbesondere im Wirtschaftsjahre 1922/23 hat dieses System allerdings an Brauchbarkeit erheblich verloren.

4. Militärpersonen $4\,000 \times 200 \text{ g} \times 365 \text{ Tage} = 2\,920 \text{ dz Mehl}$ (85 %)	=	3 435 dz Getreide
5. Fremdenverkehr	100 000 „ „	
6. Verbrauch an Getreide neuer Ernte vor dem 15. August 1921	16 137 „ „	
		<u>4 437 524 dz Getreide.</u>

Gegenüber der bayerischen Umlage von 2541 460 dz ergibt sich demnach unter Berücksichtigung der Vorräte alter Ernte vom 15. August 1921 zu 168 337 dz ein Fehlbedarf von 1 727 727 dz Getreide. Dieser Fehlbedarf erhöht sich um die den erfaßten Hafermengen entsprechenden Brotgetreidemengen, da der Hafer zugunsten der Reichsgetreidestelle zu mittleren Börsenpreisen an die Reichsverpflegungsämter und andere Abnehmer veräußert wird, außerdem — soweit Gerste als Umlage abgeliefert worden ist — um den Mehrbedarf, der dadurch entsteht, daß die Gerste nur zu 75 v. H. (gegenüber 85 v. H. bei Brotgetreide) ausgemahlen wird. Der Fehlbedarf wird wie bisher von der Reichsgetreidestelle im wesentlichen in verbilligtem Auslandsgetreide zu den allgemeinen Verkaufsbedingungen an die Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung, geliefert, die ihrerseits das Getreide nach den Weisungen der Verwaltungsabteilung vom Umschlagsplatze aus ohne förmliche Übernahme gleich an die Kommunalverbände zur Verteilung bringt.

Da Bayern die von ihm aufzubringende Umlage zur Deckung des Eigenbedarfs überlassen ist, hat es je Tonne verbrauchten Umlagengetreides den Unterschied zwischen dem Umlagenpreis seines Bezirks und dem Preis zu zahlen, zu dem die Reichsgetreidestelle Getreide der betreffenden Art liefert, also zunächst 600 M für die Tonne. Für die Pfalz ermäßigt sich dieser Beitrag um die dort zu bezahlenden Getreidepreiszuschläge von 150 M für die Tonne bei Roggen, 160 M bei Weizen, 140 M bei Gerste. Andererseits steht den bayerischen Kommunalverbänden für die Getreideerfassung nach § 27 des Gesetzes die von der Reichsgetreidestelle auf 130 M für die Tonne festgesetzte Aufkaufsvergütung zu. Die Reichsgetreidestelle hätte außerdem, wenn sie auch die bayerische Ernte bewirtschaften würde, die auf die Getreidelieferung anfallenden Frachtkosten und sonstige Spesen, wie insbesondere Zinsauslagen, Lagerkosten, Schwund und allgemein die Verwaltungsunkosten zu tragen. Es mußte daher im Wege der Verhandlung eine praktische Lösung für den finanziellen Ausgleich gefunden werden, wobei von dem Grundsatz ausgegangen wurde, daß einerseits Bayern in gleicher Weise zu den Getreidekosten beizutragen habe wie die übrigen Länder, andererseits die bayerische Selbstbewirtschaftung nicht zu einer geldlichen Schädigung Bayerns zugunsten des Reichs führen dürfe. In längeren Verhandlungen kam zwischen der Landesgetreidestelle und der Reichsgetreidestelle Einigung dahin zustande, daß auf den von Bayern je Tonne Umlagengetreide an das Reich zu zahlenden Beitrag von 600 M die Aufkaufsvergütung mit 130 M und ein Frachten- und Unkostenpauschale von insgesamt 110 M für die Tonne anzurechnen sei, so daß also an das Reich zunächst je Tonne Umlagengetreide 360 M abzuführen seien. Die Zahlung hatte vorläufig und vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung jeweils am 15. des Monats für 20 000 t zu erfolgen. Von dem Frachten- und Unkostenpauschale wurde später der Betrag von 50 M für die Tonne zur Deckung der Frachtkosten bestimmt und gleichzeitig vereinbart, daß dieses Frachtenpauschale beweglich sein, d. h. mit jeder Frachtänderung sich in gleichem Maße ändern solle. Demnach betrug das Frachtenpauschale infolge der Frachterhöhung von 30 % ab 1. November 65 M, der weiteren von 50 % ab 1. Dezember 97,50 M, nach der 33 %igen ab 1. Februar 1922 130 M, nach der 20 %igen ab 1. März 1922 156 M usw. Um die Erhöhung des Frachtenpauschales verminderte sich der an das Reich je Tonne abzuführende Betrag. Er betrug demnach ab Dezember 312,50 M, ab 1. Februar 1922 280 M, ab 1. März 1922 254 M usw. Zufolge der wiederholten nicht voraussehbaren Frachterhöhungen und in Berücksichtigung des Umstandes, daß das Getreide in der Hauptsache im ersten Wirtschaftshalbjahr bewegt wird, hätte die Durchführung dieses Abkommens

für Bayern von den Vertragsteilen nicht gewollte geldliche Vorteile zu Lasten des Reichs gebracht. Es wurde daher dem Vorschlag der Reichsgetreidestelle entsprechend eine Endabrechnung nach Maßgabe der tatsächlichen Aufwendungen vorgenommen.

Um die Einhebung der von den Kommunalverbänden zu leistenden Zuschläge für die Überschuß- und Zuschußkommunalverbände gleichmäßig zu gestalten, wurde die Beitragserhebung in der Weise durchgeführt, daß die Überschußkommunalverbände die ihnen zustehende Aufkaufvergütung von 130 M für die Tonne an die Zuschußkommunalverbände weiter berechneten. Es konnte dann von allen Kommunalverbänden für jede Tonne für den Eigenbedarf erworbenen Umlagengetreides (Hafer scheidet dabei aus) der Betrag von (600 M — 130 M =) 470 M erhoben werden. Aus den eingehenden Geldbeträgen wird der an das Reich abzuführende Beitrag gedeckt, außerdem werden daraus die auf die Getreidelieferung von Kommunalverband zu Kommunalverband anfallenden Frachtkosten nach Maßgabe der von den Empfangskommunalverbänden vorzulegenden Originalfrachtbrieftickets ersetzt und die sonstigen Spesen der Landesgetreidestelle gedeckt, die nach Wegfall der Gerstenbewirtschaftung selbständige Einnahmen im allgemeinen nicht mehr hat, da sie weder auf das Umlagengetreide noch auch auf das von der Reichsgetreidestelle gelieferte Getreide für sich Zuschläge erhebt. Die Prüfung der Originalfrachtbrieftickets für das Umlagengetreide und die Vergütung der Frachtauslagen erfolgt durch die Landesgetreidestelle, Verwaltungsabteilung. Erstere erstreckt sich auch darauf, ob die Frachten richtig berechnet sind. Es wurden dabei eine größere Anzahl von Fehlberechnungen nachgewiesen. In solchen Fällen wurde zunächst mit der einschlägigen Güterstation und, soweit veranlaßt, mit der Verkehrskontrolle in Weiden in Verbindung getreten. Nach Anerkenntnis der als zu hoch beanstandeten Beträge wurden diese abgesetzt und die Empfangskommunalverbände verständigt, daß die Eisenbahnverwaltung den zuviel berechneten Betrag ersetzen werde.

Der Ersatz der Fracht mußte grundsätzlich auf Getreide beschränkt werden, das von einem Kommunalverband zum andern Kommunalverband geliefert wird, da nur in gleichen Fällen die Reichsgetreidestelle die Fracht trägt. Mehlfrachten oder Getreidefrachten vom Aufbringungskommunalverband zur Mühle konnten nicht übernommen werden, da hierbei eine Eigentumsübertragung nicht stattfindet. Die Fracht wird ersetzt von der Abgangstation bis zur Bestimmungsstation, d. i. in der Regel die Vertragsmühle des Kommunalverbandes. Diese Bestimmung ist insbesondere von jenen Kommunalverbänden als Härte empfunden worden, die in ihrem Bezirk keine leistungsfähigen Mühlen haben und daher gezwungen sind, auswärts zu mahlen. Solche Kommunalverbände haben die Übernahme der Mehlfracht mit der Begründung verlangt, daß diese ja niedriger sei als die Getreidefracht, daß die Landesgetreidestelle also gegenüber der Verfrachtung des Getreides zum Kommunalverband dabei noch einspare. Dieser Forderung konnte nicht entsprochen werden. Auch der Gedanke, die Getreidefracht allgemein, statt bis zur Bestimmungsstation Frachtparität Kommunalverband, zu übernehmen, wurde schließlich fallen gelassen, weil dabei wieder andere, insbesondere nordbayerische Kommunalverbände zu Schaden gekommen wären, die ihr Getreide von Norden her zugewiesen erhalten haben, mangels genügender Leistungsfähigkeit der nordbayerischen Mühlen aber in Südbayern vermahlen lassen.

Die bayerischen Kommunalverbände sind bei dieser Regelung allerdings insofern ungünstiger daran als die Kommunalverbände des übrigen Reichs, weil sie nicht die Wahl haben, ob sie mit Getreide oder mit Mehl beliefert werden wollen. Würde ihnen diese zugestanden worden sein, so hätten Kommunalverbände mit ungünstigen Mühlenverhältnissen, statt der Belieferung mit Körnern die Belieferung mit Mehl gewählt. Ein billiger Ausgleich in dieser Beziehung ist angestrebt und nachträglich erreicht worden. Bei der Belieferung mit Mehl würden die Kommunalverbände allerdings des Vorteils verlustig gegangen sein, daß sie bei Belieferung mit Körnern auch die Kleie erhielten, die in der Mehlprijsberechnung der Reichsgetreidestelle verhältnismäßig niedrig angesetzt war. Der

in der Körnerbelieferung liegende Vorteil mag auch den Ausschlag dafür gegeben haben, daß im übrigen Reich sich insgesamt 540 Kommunalverbände für die Körnerbelieferung und nur 232 Kommunalverbände für die Mehlbelieferung entschieden haben. Im übrigen wurde der Kleieverwertung im Wirtschaftsjahr 1921/22 bereits oben bei der Behandlung der Mehl- und Brotpreise gedacht.

Da die Landesgetreidestelle zunächst mit einem knappen Frachtenpauschale auskommen mußte, bestand für sie schon aus diesem Grunde Veranlassung, mit dem geringstmöglichen Aufwand an Frachten durchzukommen. Sie mußte daher einmal darauf bedacht sein, daß durch volle Auslastung der Wagen Fehlfrachten vermieden blieben. Um dies zu erreichen, wurde den Lieferkommunalverbänden für jeden mit 15 Tonnen Getreide und darüber beladenen Eisenbahnwagen eine Prämie von 10 M. gewährt. Diese Vergütung hat, wenn sie auch mit der fortschreitenden Geldentwertung gering war, eine günstige Wirkung nicht verfehlt. Der Aufwand hierfür betrug bis September 1922 insgesamt 48 750 M. Wichtiger war jedoch, das Getreide im Rahmen des gesamten Wirtschaftsplanes so zu verfügen, daß an Fracht möglichst gespart wurde. Es mußte dabei nicht bloß auf das Umlagengetreide, sondern auch auf das Auslandsgetreide Rücksicht genommen werden, wenngleich die Fracht für dieses von der Geschäftsabteilung vergütet wurde. Da das Auslandsgetreide von Norden und Westen nach Bayern kommt, so mußte das Umlagengetreide von den Überschußkommunalverbänden tunlichst in südlich und östlich gelegene Bedarfskommunalverbände verfügt werden. Der Bedarf der nördlich und westlich gelegenen Kommunalverbände mußte daher mehr durch Zuweisung von Auslandsgetreide befriedigt werden. Die Bayerische Landesgetreidestelle hat auch in dieser Beziehung ihre wirtschaftlichen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen getrachtet. In Zeiten der Getreideknappheit mußten freilich mitunter Getreideverfrachtungen (z. B. aus dem rechtsrheinischen Bayern in die Pfalz) vorgenommen werden, die von dem aufgestellten Grundsatz aus unwirtschaftlich waren. Wenn daher nach Pressenachrichten Staatssekretär von Frank im Bayerischen Landeseisenbahnrat anfangs Januar 1922 ausgeführt hat, daß heute das Dreifache an Getreidetransporten zu leisten sei wie früher, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß es die zuständigen Stellen etwa an wirtschaftlichem Verständnis hätten fehlen lassen. Diese Erscheinung liegt vielmehr im Wesen der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides begründet, die immer möglichst Vorratswirtschaft sein und das Getreide rasch erfassen muß. Dadurch — insbesondere aber durch das Nebeneinanderbestehen von gebundener und freier Wirtschaft während der Geltung des Umlageverfahrens — ergeben sich vielfach Doppelverfrachtungen und Gegenfrachten, die in der völlig freien Wirtschaft durch entsprechende Verfügung, Tauschgeschäfte u. a. vermieden bleiben. Auch sonst mußte sich für Bayern eine Mehrleistung an Getreidefrachten notwendig daraus ergeben, daß zur Förderung der bayerischen Mühlenindustrie und um der bayerischen Landwirtschaft die Kleie zu sichern, auf Belieferung des bayerischen Fehlbedarfs in Getreide statt in Mehl gedrängt wurde.

Die Gesamterfassung an Umlagengetreide betrug in Bayern im Wirtschaftsjahr 1921/22 2620 602 dz. Hiervon sind 623 890 dz Weizen, 1 793 209 dz Roggen, 158 782 dz Gerste und 74 532 dz Hafer, die nur zu $\frac{3}{5}$ = 44 720 dz anzurechnen waren. Da die Umlage ursprünglich 2 541 460 dz betrug, hieran aber 3 740 dz für Haftungsentlassungen nach § 18 Ziffer 3 des Gesetzes, 5 530 dz¹⁾ für die Saarpfalz und 9 970 dz für Saatgutablösungen abgehen, so ist die in Getreide zu deckende Umlage noch 2 522 220 dz. Sie ist demnach infolge des 10 %igen Landeszuschlags um 98 382 dz überliefert worden. Diese Überschußmengen sind zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kochmehl durch die Kommunalverbände verwendet worden²⁾.

¹⁾ Da auf die Saarpfalz 8 700 dz Getreide umgelegt waren, hat Bayern beantragt, diese Menge statt der bisherigen 5 530 dz am bayerischen Umlagesoll abzuschreiben.

²⁾ Vgl. „Ausgabe einer Sonderration an Weizenkochmehl“ oben S. 64.

4. Die Verbrauchsregelung.

Die Verbrauchsregelung unterscheidet sich unter der Geltung des Umlageverfahrens, abgesehen von der grundsätzlich veränderten Bedeutung der Ration, nicht wesentlich von der bisherigen. Von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit, die Verbrauchsüberwachung lediglich durch Kundenlisten durchzuführen, ist nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden. Dadurch, daß die bisherigen Zulagen, insbesondere für Schwer- und Schwerstarbeiter, mit Wirkung vom 15. September 1921 ab in Wegfall gekommen sind, ist eine wesentliche Vereinfachung eingetreten. Als neu ist für Bayern hervorzuheben, daß den Kommunalverbänden die früher gestattete Herstellung von Haushaltungsmehl verboten wurde und nur noch ein einheitliches 85 v. H. ausgemahlenes Brotmehl hergestellt werden darf, das je nach der Eindeckung des Kommunalverbandes in verschiedenen Getreidearten zu einem bestimmten Verhältnis aus Weizen-, Roggen- und Gerstenmehl zusammengesetzt ist. Nur für die Krankenversorgung dürfen die Kommunalverbände noch Krankenmehl bis zur Höhe von $2\frac{1}{2}$ v. H. des Bedarfsanteils herstellen. Das hierzu erforderliche Getreide ist zu 70 v. H. auszumahlen. Neben der Ration von 200 g Mehl für den Kopf und Tag wurde den Kommunalverbänden zu Beginn des Wirtschaftsjahres noch zu 70 v. H. ausgemahlenes Mehl aus Auslandsweizen in Höhe von 800 g für den Kopf der Versorgungsberechtigten zugewiesen. Hierwegen wird auf die Ausführungen in dem Kapitel „Ausgabe einer Sonderration an Weizenkochmehl“ verwiesen.

Der hohe Preisunterschied zwischen bewirtschaftetem und freiem Getreide hat Anlaß zu der Bestimmung gegeben, daß ein Übertritt von Selbstversorgern zu den Versorgungsberechtigten während des Wirtschaftsjahres nicht angängig ist. Wenn ein Betrieb nur einen Teil seiner Angehörigen das ganze Jahr zu versorgen vermag, so muß er für die übrigen von Anfang an die Versorgung durch den Kommunalverband in Anspruch nehmen. Aus dem Nebeneinanderbestehen von freiem und Umlagengetreide, freiem Mehl und Umlagenmehl ergeben sich eine Reihe von Schwierigkeiten, insbesondere wird die Nachprüfung sehr erschwert. Bald da, bald dort tauchen Vorwürfe auf, daß das Kommunalverbandsmehl von den Betrieben in schlechteres Mehl umgetauscht werde. Auch diese Erscheinungen zeigen, mögen sie im Einzelfall zutreffen oder nicht, daß die Befürchtungen, die in dieser Beziehung von Anfang an wegen des Nebeneinanderbestehens von freier und gebundener Wirtschaft und zweier Preise für das gleiche Erzeugnis gehegt wurden, sich leider im großen und ganzen bestätigt haben.

Als eine Besonderheit verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Versorgung des Saargebiets (in Bayern der saarpfälzischen Kommunalverbände St. Ingbert-Stadt und -Land und Homburg), für welches das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1921 nicht in Kraft getreten ist, durch einen besonderen Vertrag zwischen der Reichsgetreidestelle und der Regierungskommission des Saargebiets geregelt wurde. Die Reichsgetreidestelle verpflichtete sich darin, das Saargebiet zu den allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Verkauf von Mühlenerzeugnissen im Rahmen des aus der Zahl der Versorgungsberechtigten und der Ration sich ergebenden Bedarfsanteils zunächst bis 15. November 1921 zu beliefern. $\frac{1}{3}$ des Bedarfsanteils wurde dabei zum Inlandspreis, $\frac{2}{3}$ zum Auslandspreis nach näher vereinbarten Bedingungen berechnet. Für die Erfüllung aller Verpflichtungen der saarpfälzischen Kommunalverbände aus diesem Vertrag hat die Regierungskommission des Saargebiets die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Der Vertrag ist jeweils verlängert worden. Der Auslandsmehlpreis wurde zunächst auf 601 M für den Doppelzentner Mehl brutto für netto bestimmt. Für die Zeit vom 16. Dezember 1921 bis 15. Januar 1922 betrug er 1030 M, von da bis 15. Februar 1922 1290,50 M, bis 15. März 1922 wieder 1030 M, bis 15. April 1922 1090 M, bis 15. Mai 1922 1755 M, bis 15. Juni 1922 2062,50 M, bis 15. Juli 1922 1985,90 M, bis 15. August 1922 2275 M für den Doppelzentner.

Die Belieferung der saarpfälzischen Kommunalverbände erfolgte auf Grund eines besonderen Abkommens zwischen der Reichsgetreidestelle und der Bayerischen Landesgetreidestelle durch diese, und zwar, wie die der übrigen bayerischen Kommunalverbände, in Getreide. Die geldliche Gleichstellung mit den übrigen Kommunalverbänden des Saargebietes wurde dadurch hergestellt, daß die saarpfälzischen Kommunalverbände zunächst den geltenden Getreideverkaufspreis zu bezahlen und dann den zwischen der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle und der Regierungskommission des Saargebiets vereinbarten Zuschußbetrag zu leisten hatten. Als Zuschuß war für $\frac{2}{3}$ des zulässigen monatlichen Verbrauchs der Unterschied zwischen dem jeweiligen Mehlpreis der Reichsgetreidestelle und dem besonders vereinbarten Preis für das Auslandsmehl zu bezahlen. Soweit der zulässige Verbrauch nicht voll beliefert wurde, waren zunächst $\frac{2}{3}$ der tatsächlich abgelieferten Getreidemengen (umgerechnet in Mehl) mit dem Unterschiedsbetrag zu erfassen; umgekehrt wurde der Mehrverbrauch vom Zuschußbetrag seiner Versorgungsperiode betroffen.

5. Die Verarbeitung von Getreide zu Branntwein.

Die gesetzliche Grundlage für die Regelung der Verarbeitung von Getreide zu Branntwein gibt § 43 des Getreideverkehrsgesetzes. Brotgetreide und Hafer sind grundsätzlich von der Verwertung zur Branntweinbereitung ausgeschlossen. Die Bestimmungen über Verarbeitung von Gerste sind in der Verordnung vom 17. August 1921 RGBl. S. 1243 enthalten. Darin ist angeordnet, daß bei Herstellung von Branntwein Gerste nur als Malzgerste, nicht aber als Maischmaterial verwendet werden darf. Eine Beschränkung für die Verarbeitung von Gerste bestand im übrigen nur in dem nicht überschreitbaren Brennrecht. Bezüglich der Verarbeitung von Brotgetreide und Hafer konnte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Ausnahmen zulassen. Bis Januar 1922 wurden ihm von der Landesgetreidestelle zehn an sie gerichtete Gesuche um Freigabe von 5–10 Ztr. Getreide zugeleitet, die sämtlich abgewiesen wurden. Durch Rundschreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. Juni 1922 sind die Landesregierungen ermächtigt worden, die dem Reichsminister aus § 44 Satz 2 des Getreideverkehrsgesetzes zustehende Befugnis auszuüben oder einer den Kommunalverbänden übergeordneten Landesbehörde zu übertragen. Das Staatsministerium für Landwirtschaft hat als solche Landesbehörde die Landesgetreidestelle bestimmt. Für die Genehmigung solcher Gesuche sind bestimmte Richtlinien aufgestellt; insbesondere darf das Getreide zur menschlichen und ohne besonderes Aufbereitungsverfahren auch zur tierischen Ernährung nicht mehr brauchbar sein. Eine wesentliche Bedeutung hat diese Angelegenheit nicht erlangt.

6. Kurze Würdigung des Umlageverfahrens.

Eine zusammenfassende Würdigung des Umlageverfahrens auf Grund der damit gemachten Erfahrungen ergibt, daß seine Nachteile, die der bayerischen Regierung Veranlassung zur nachdrücklichsten Bekämpfung gegeben haben, im wesentlichen voll in die Erscheinung getreten sind; insbesondere hat die Verteilung der Umlage auf die Länder, die Kommunalverbände und die einzelnen Betriebsinhaber viel Unzufriedenheit und Verärgerung hervorgerufen und namentlich die äußeren Verwaltungsbehörden mit einer Fülle von undankbarer Arbeit belastet. Wenn trotzdem Bayern wider Erwarten in der Aufbringung seiner Umlage 1921/21 einen vollen Erfolg erzielen konnte, so ist dies der durch die bayerische Regierung sofort in allen Regierungsbezirken betätigten Werbearbeit, der freudigen Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und der ersprießlichen Unterstützung durch die landwirtschaftlichen Organisationen, die Genossenschaften und den Handel zu danken, die ein um so größeres Verdienst darstellt, als sich Bayern als grundsätzlicher Gegner des Umlageverfahrens bekannt hatte und es den landwirtschaftlichen Organisationen kein Leichtes war, trotz ihres ablehnenden Standpunktes gegen das Gesetz nunmehr unter Hintansetzung aller Bedenken sich mit der

Regierung zu ehrlicher Zusammenarbeit zum Vollzug des Gesetzes zusammenzufinden. Nicht zuletzt ist der Erfolg der Presse, darunter der landwirtschaftlichen Fachpresse zu danken, die immer wieder zur Erfüllung der Umlage aufgemuntert hat. Die Gerechtigkeit erfordert es, hervorzuheben, daß das Umlageverfahren trotz vieler Mängel gegenüber der Zwangswirtschaft in den letzten Jahren für die Erzeuger und Verbraucher doch insofern auch einen wesentlichen Vorzug hat, als damit „die öffentliche Lüge“, daß mit den zugewiesenen Rationen auszukommen sei, endgültig verschwand und für jedermann die Möglichkeit geschaffen wurde, auf gesetzlich erlaubtem Wege seinen Vorräten die benötigten Zusatzmengen zu entnehmen bzw. diese sich durch Zukauf zu beschaffen. Hierin dürfte ein wesentlicher Fortschritt in der Wiederherstellung der Staatsautorität liegen, die bei Fortdauer der Zwangswirtschaft mit den ungenügenden Rationen immer weiter zerrüttet worden wäre. Auch dürfte der freie Preis für das den Eigenbedarf und die Umlage übersteigende Getreide den erwarteten Anreiz zur Förderung der Produktion nicht ganz verfehlt haben. Andererseits hat freilich der Umstand, daß eine gerechte Verteilung der Umlage selbst bei bestem Willen nicht überall gelungen ist und auch nicht gelingen konnte, und daß selbst da, wo etwa eine solche annähernd erreicht sein sollte, die Beteiligten sie doch schwerlich als gerecht empfinden oder gar anerkennen werden, auch wieder eine starke Belastung für die Vollzugsbehörden gebracht und ihrem Ansehen nicht immer genützt.

Für die Landwirtschaft liegt in der Heranziehung zur Getreidelieferung unter dem Marktpreis, obwohl diese, von Ausnahmefällen abgesehen, im Wirtschaftsjahr 1921/22 in erträglichen Grenzen geblieben ist, insofern eine Härte, als das Umlageverfahren in einem gewissen Sinne eine Sondersteuer für die Getreidebau treibende Landwirtschaft darstellt, während der übrigen Landwirtschaft, der Industrie und der sonstigen Bevölkerung eine gleiche Belastung nicht auferlegt ist und nur der städtische Hausbesitz durch die Beschlagnahme der Wohnungen und die zwangsweise Niedrighaltung der Mieten noch eine ähnliche, für ihn wohl noch schwerere Last zu tragen hat. Der Unterschied zwischen dem Übernahmepreis für das in Bayern abgelieferte Umlagengetreide und den durchschnittlichen mittleren Börsenpreisen in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahres bis Ende Februar 1922 berechnet sich auf etwas über 1 Milliarde Mark. Dabei geben die Börsennotierungen freilich nicht Erzeugerpreise, sondern Händlerpreise ab Station des Erzeugungsortes wieder. Auch sonst gibt die Ermittlung des Durchschnitts der Münchener Börsennotierung für die Zeit bis Ende Februar 1922 kein ganz zuverlässiges Bild, weil der Verkauf des Getreides sich schwerlich gleichmäßig verteilt hätte und insbesondere auch noch nach dem letzten Liefertermin Getreide zur Ablieferung kam. Nicht berücksichtigt ist bei dieser Berechnung des Einnahmenausfalls, daß die Landwirtschaft einen Teil der aus dem Umlagengetreide angefallenen Kleie wieder zu bedeutend ermäßigtem Preis geliefert und hierin ein teilweises Entgelt für das Umlagengetreide erhalten hat. Nicht ganz zutreffend ist die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Landwirtschaft durch das Umlageverfahren gezwungen worden sei, große Mengen Getreide unter den Selbstkosten abzugeben. Denn die Umlagenpreise sind auf den im Indexverfahren ermittelten Erzeugungskosten aufgebaut worden. Ein Korn Wahrheit liegt darin freilich insofern, als von der Preisfestsetzung bis zur Ablieferung eine starke Geldentwertung eingetreten ist und die Landwirtschaft in der inzwischen entwerteten Mark zwar nominell, nicht aber wirtschaftlich ihre Erzeugungskosten vergütet erhalten hat. Bei der Wertung des Opfers der Landwirtschaft ist indessen zu beachten, daß ein — wenigstens bei hohem Einkommen — nicht allzu geringer Teil des errechneten Einnahmenausfalls durch niedrigere Steuerleistung (Wegfall der Umsatzsteuer für den Mehrwert des Getreides und geringere Heranziehung zur Einkommensteuer) wieder ausgeglichen wird, ferner daß die infolge der Umlage niedrigeren Brotpreise in niedrigeren Preisen aller Bedarfsartikel auch der Landwirtschaft zugute gekommen sind. Auch bleibt zu erwägen, daß die Preisbildung verschiedener landwirtschaftlicher Produktionsmittel, z. B. des Kunst-

düngers und der Baumaterialien, noch staatlich beeinflusst ist und sich daher die starke Nachfrage nicht voll im Preis auswirken konnte, ferner daß auch die Ausfuhrindustrie eine besondere Ausfuhrabgabe zu entrichten hat. Grundsätzlich muß betont werden, daß gerade im Getreidepreis sich die Entwertung der Mark im Ausland voll auswirkt, weil bei dem großen Zuschußbedarf Deutschlands an Getreide der Inlandsgetreidepreis bei freier Preisbildung — wenn auch nicht immer sofort — notwendig dem Preis des die Spitzenbedarfsdeckung bildenden Auslandsgetreides folgt, während die Produktionskosten des deutschen Landwirts sich in der Hauptsache auf der immer noch höheren Kaufkraft der Mark im Inland aufbauen und deshalb niedriger sind als die Produktionskosten in den valutastarken Ländern, aus denen Deutschland seinen Getreidefehlbedarf deckt, zuzüglich der hohen Frachten, welche die Zufuhr zur Zeit kostet. Wenn der Landwirt für sein ganzes Getreide den vollen Weltmarktpreis erhielte, so würde er bei dieser Sachlage über große Gewinne erzielen, die bei der Verarmung weiter Kreise Deutschlands den sozialen Frieden erheblich gefährden müßten. Auch darf nicht vergessen werden, daß durch die Getreidezölle zu Lasten der Verbraucher der Getreidepreis zu einer Zeit künstlich hoch gehalten wurde, wo die deutsche Landwirtschaft unter dem Wettbewerb des billiger produzierenden Auslandes darniederlag und erdrückt zu werden drohte. Schon deswegen ist es berechtigt in einer Zeit, wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, von der Landwirtschaft auch ein Opfer zu erwarten, das u. a. Arbeiter, Angestellte und Beamte ebenfalls dadurch bringen müssen, daß sie ihre Arbeitskraft — an der Kaufkraft der Mark im Inland gemessen — zumeist bei weitem nicht zum gleichen Entgelt wie in der Vorkriegszeit, geschweige denn zur Gold- oder Dollarparität verwerten können, das ferner alle, die ihr oft in mühevoller Lebensarbeit für die Tage des Alters Ersparates nicht in Sachwerten, sondern in Pfandbriefen, Staatsschuldverschreibungen, Kriegsanleihen u. dgl. angelegt haben, dadurch gebracht, daß sie durch die in der Wirkung einer völligen Enteignung nahekommende Geldentwertung fast ihr ganzes Vermögen verloren haben, während die Landwirtschaft — freilich nicht sie allein — in der Lage war, nicht nur das Vermögen zu erhalten, sondern überdies die in Gold aufgenommenen Hypotheken in entwertetem Papiergeld zurückzuzahlen. Andererseits hat allerdings die Forderung der Landwirtschaft, daß nicht sie allein für die Brotverbilligung aufzukommen habe, sondern das Vermögen und Einkommen aller leistungsfähigen Kreise, insbesondere der Industrie, dazu herangezogen werde, viel Berechtigung.

Schluß.

1. Zusammenfassende Würdigung der bayerischen Getreidebewirtschaftung.

Zu einer vorurteilsfreien und gerechten Würdigung der Leistungen Bayerns auf dem Gebiete der Getreidebewirtschaftung ist es notwendig, noch näher auf die oben bereits kurz gestreiften landwirtschaftlichen Verhältnisse einzugehen. Von Bedeutung ist vor allem die Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes auf die verschiedenen Betriebsgrößen, der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich benutzten Fläche, ganz besonders aber die mit Getreide bestellte Fläche und der Gesamternteertrag.

Über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in Bayern und im Reich gibt die im Tabellenwerk beige nommene Tabelle I näheren Aufschluß. Hieraus ist zu ersehen, daß im Reich die Großbetriebe (100 ha und mehr) 0,4 v. H., in Bayern dagegen nur 0,1 v. H. betragen, und daß, was ganz besonders ins Gewicht fällt, die Großbetriebe im Reich von der landwirtschaftlich benutzten Fläche 22,2, in Bayern dagegen nur 2,2 v. H. umfassen. Im großbäuerlichen Betrieb steht zahlenmäßig Bayern dem Reich etwas voran, in bezug auf die Gesamtfläche liegen die Verhältnisse annähernd gleich, stehen aber für Bayern

etwas ungünstiger. Überwiegend ist in Bayern der mittelbäuerliche und der kleinbäuerliche Betrieb. Der Parzellenbetrieb (unter 2 ha) landwirtschaftlich benutzter Fläche bleibt dagegen in Bayern verhältnismäßig sowohl in der Zahl der Betriebe, als auch in dem Umfang der von diesen Betrieben bewirtschafteten Bodenfläche etwas hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, ist aber der Fläche nach von geringer Bedeutung. Von der landwirtschaftlich benutzten Bodenfläche sind im Reich 56,7 %, in Bayern nur 48,1 % Ackerland.

Es ist eine ernstlich wohl von niemand bestrittene Tatsache, daß der Großbetrieb bei sonst gleichen Verhältnissen höhere Getreidehektarerträge erzielt als der Kleinbetrieb. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß die Großbetriebe meist durch theoretisch und praktisch gut vorgebildete Fachleute geleitet werden und in höherem Maße als der Kleinbetrieb Kunstdünger und neuzeitliche Maschinen zur besseren Bodenbearbeitung und zur Aussaat verwenden. Dies vorausgeschickt darf es nicht wundern, daß der Ernteertrag in Bayern während der öffentlichen Getreidebewirtschaftung, aber auch nach den gewissenhaften Schätzungen der Vorkriegszeit erheblich hinter dem durchschnittlichen Ernteertrag im Reich zurückgeblieben ist (vgl. Tabelle IV des Tabellenwerks). Die Ursache für diese Erscheinung ist freilich nicht ausschließlich in der anders gearteten Besitzverteilung, vielmehr auch darin zu suchen, daß Klima und Bodenbeschaffenheit in weiten Gebieten Bayerns, insbesondere in den Höhenlagen dem Getreidebau wenig günstig sind. Der Kleinbetrieb ist aber — wie bereits erwähnt — abgesehen von dem geringeren Ernteertrage bezüglich der zum Verkauf verfügbaren Getreidemengen noch dadurch im Nachteil, daß er durch den Selbstversorgerbedarf an Getreide im Verhältnis sehr viel stärker belastet ist als der Großbetrieb. Es steht jenem daher schon bei gleichem Ertrag je Flächeneinheit weniger Verkaufsgetreide zur Verfügung als diesem. Das gleiche gilt für den Saatgut- und Futterbedarf. Daß kein noch so strenges Verbot die Verfütterung von Getreide völlig verhindern kann, muß jedermann ebenso zugeben wie, daß der Kleinbetrieb je Flächeneinheit größeren Saatgutbedarf hat als der Großbetrieb. Dabei ist die Notwendigkeit der höheren Verwendung von Saatgut infolge des rauheren Klimas ganz außer acht gelassen. Zahlenmäßig genau läßt sich dieser höhere Bedarf freilich schwer feststellen.

Nach der Zählung vom 1. Dezember 1920 hat sich die Viehhaltung im Verhältnis zwischen Bayern und Reich wie folgt gestellt:

Gattung	Reich	Bayern	Anteil Bayerns %
Pferde	3 581 380	365 026	10,2
Rindvieh	16 789 844	3 667 244	21,9
Schafe	6 139 299	741 483	12,1
Schweine	14 149 462	1 740 703	12,3
Ziegen	4 451 463	431 691	9,7
Federvieh	60 751 686	9 131 530	15,0

Da die Gesamtanbaufläche für Brot- und Futtergetreide nach der Bodenbenutzungsstatistik für 1913 in Bayern 1 822 900 ha, d. i. 11,8 % der gleichen Anbaufläche im Reich mit 15 475 800 ha betragen hat, und annähernd das gleiche Verhältnis auch heute noch richtig sein dürfte, so ergibt sich, daß die erlaubte und unerlaubte Verwendung von Getreide für die tierische Ernährung in Bayern bei sonst gleichen Verhältnissen größer ist als im Reich. Noch mehr tritt — wie beim Selbstversorger- und Saatgutbedarf — die höhere Belastung durch die Verfütterung in die Erscheinung, wenn nicht von der Fläche, sondern von dem in Bayern geringeren Durchschnittsernteertrag ausgegangen wird. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß die Erfassung des Getreides beim Kleinbetrieb sehr viel schwieriger und kostspieliger ist als beim Großbetrieb, für die Aufkäufer auch weniger lohnt, und daß der Kleinbetrieb als Ziel der Hamsterer und durch eine große Zahl in die Stadt abgewanderter Familienangehöriger und Verwandter stark zur unerlaubten Abgabe von Getreide und Mehl gedrängt wurde.

Die Tabelle XXII des Tabellenwerks stellt die Erfolge der Getreideerfassung in Bayern und im Reich während der letzten 4 Jahre der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft einander gegenüber. Beim Selbstversorgerbedarf sind dabei die Zahlen des Wirtschaftsjahres 1920/21 gleichmäßig für alle vier Vergleichsjahre zugrunde gelegt, weil genaue Angaben für das Reich nur für dieses Jahr zur Verfügung stehen. Man muß sich dabei bewußt sein, daß die Zahl der Selbstversorger seit der Demobilmachung stark angewachsen ist und der angenommene Selbstversorgerbedarf für die Jahre 1917/18 und 1918/19 zu hoch ist. Der Vergleichbarkeit halber mußte für Bayern ebenfalls der Selbstversorgerbedarf des Wirtschaftsjahres 1920/21 für alle vier Jahre gleichmäßig benutzt werden. Da die Verhältnisse in Bayern und im Reich sich in ungefähr gleicher Weise verschoben haben, kann dieser Ungenauigkeit ausschlaggebende Bedeutung nicht zukommen. Jedenfalls erschien es trotz dieses Mangels richtiger, den Erfolg von 4 Jahren einander gegenüberzustellen, als den Vergleich auf das Bayern besonders günstige Wirtschaftsjahr 1920/21 zu beschränken. Der Selbstversorgerbedarf ist mit 204 kg je Kopf und Jahr (d. i. 12 kg Brotgetreide und 5 kg Gerste monatlich), der Saatgutbedarf gleichmäßig mit 175 kg je ha angenommen. Es ist also die in Bayern im Wirtschaftsjahr 1920/21 gewährte höhere Selbstversorgung von 240 kg (15 kg Brotgetreide und 5 kg Gerste monatlich) ebenso außer acht gelassen, wie die notwendige Erhöhung des Saatgutbedarfs.

Die Gegenüberstellung zeigt, daß die Gesamterfassung (Aufkauf + Selbstversorgerbedarf + Saatgutbedarf) in Bayern — abgesehen von dem Wirtschaftsjahr 1918/19 — je Flächeneinheit und im Hundertsatz des Ertrags höher war als im Reich, daß aber weiter trotz der für Bayern in dieser Beziehung wesentlich ungünstiger gelagerten Verhältnisse die eigentliche Ablieferung von Getreide in die öffentliche Hand je Flächeneinheit 1917/18 und 1920/21 die im Reich überstiegen hat und im Durchschnitt der vier Jahre hinter ihr nur ganz unbedeutend zurückgeblieben ist, jedenfalls ihr auch nicht annähernd so viel nachsteht, als der Ertrag im Reich besser war wie in Bayern. Dieses hat also durch gute Ablieferung nicht nur den geringeren Ernteertrag, sondern auch die höhere Belastung durch den Bedarf für die Selbstversorger, an Saatgut und Futter wettgemacht und damit vorbildlich dazu beigetragen, die Ernährung des deutschen Volkes während der Zwangswirtschaft zu sichern.

Als Grund für diesen günstigen bayerischen Erfolg ist in erster Linie die oben näher beschriebene glückliche Organisation der bayerischen Getreidebewirtschaftung und die darauf beruhende freudige Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und Kreise zu erkennen. Wäre Bayern vom Reich aus bewirtschaftet worden, so wäre schwerlich der gleiche günstige Erfolg erzielt worden. Die Staatsautorität wäre kaum ebenso nachdrücklich eingesetzt worden, wenn die Verantwortung für den Erfolg zu einem großen Teil nicht bei Bayern, sondern beim Reich gelegen hätte. Daß aber die Staatsautorität von ausschlaggebender Bedeutung für das gute Gelingen jeder Getreidezwangswirtschaft ist, die nun einmal einen Massengehorsam gegenüber Anordnungen zur Voraussetzung hat, die dem Egoismus des einzelnen stark zuwider laufen, bestätigen auch die verschiedenen Erfolge der bayerischen Selbstwirtschaft in den einzelnen Vergleichsjahren. Im Wirtschaftsjahr 1917/18 bestand wenigstens in der Zeit der Getreideerfassung noch eine starke Staatsautorität, 1918/19 ist sie schon zu Beginn des Wirtschaftsjahres unterwühlt, in den Novembertagen zerschlagen und in der unheilvollen Zeit der Rätewirren völlig vernichtet worden. Es ist kein Zufall, daß gerade in diesem Wirtschaftsjahr Bayern hinsichtlich des Erfolges seiner Getreidebewirtschaftung hinter dem der übrigen Jahre wesentlich zurückgeblieben ist, ja auch den Erfolg im Reich nicht ganz erreicht hat, während mit der wieder gefestigten Staatsautorität im Wirtschaftsjahr 1920/21 Bayern wieder mit Abstand günstiger gearbeitet hat als das übrige Reich. Ob nach Beseitigung der Rätewirren in Bayern die Getreideablieferung im Wirtschaftsjahr 1919/20 noch durch

die Nachwirkungen der Rätezeit besonders stark gelitten hat oder ob und inwieweit sie etwa dadurch ungünstig beeinflusst worden ist, daß der Bauernbund zu dieser Zeit aus der Regierung ausgeschieden und in Opposition getreten war, ist eine Frage, die sich schwer mit Sicherheit beantworten läßt. Auf Grund von Wahrnehmungen, die zu dieser Zeit in dem für die Ablieferung besonders wichtigen Regierungsbezirk Niederbayern gemacht wurden, wo der Bauernbund wesentlichen Einfluß hat, läßt sich annehmen, daß die dort im Vergleich zu den übrigen Jahren geringe Ablieferung von Getreide im Wirtschaftsjahr 1919/20 zum guten Teil auch mit der Stellung des Bauernbundes als Oppositionspartei in Zusammenhang zu bringen ist; jedenfalls hat sich die Getreideablieferung mit dem Wiedereintritt des Bauernbundes in die Regierung wieder gebessert. Die verhältnismäßig besonders günstige bayerische Getreideerfassung im letzten Jahr der eigentlichen Getreidezwangswirtschaft ist auch darauf mitzurückzuführen, daß grundsätzliche Fehler in der Bewirtschaftung des Getreides im Reich in ihrer Wirkung für Bayern durch besondere Maßnahmen abgeschwächt worden sind. Es sei hier nur an die Freigabe des Hafers im Wirtschaftsjahr 1919/20 und die Zulassung der Gewährung von Deputaten an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in unbegrenzter Höhe im Wirtschaftsjahr 1920/21 im Reich erinnert, die eine starke Durchbrechung der Beschlagnahme- und aller Rationierungsvorschriften bei gleichzeitigem Festhalten an der nun einmal unzureichenden Ration der Selbstversorger bedeutet und eine erhebliche Lücke in die zwangsweise Bewirtschaftung des Getreides überhaupt gerissen hat.

Bayern hat durch seine Erfolge den Fehlbedarf des Reichs an Auslandsgetreide wesentlich verringern und damit Hunderte von Millionen sparen helfen. Das Mißtrauen, das anfänglich bei den Reichsstellen gegen die bayerische Selbstwirtschaft bestanden hat, im weiteren Verlauf freilich mehr und mehr geschwunden ist, hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen. Allerdings hatte, wie im Lauf der Darstellung mehrfach gezeigt, Bayern trotz seiner günstigen Erfolge, die nicht zuletzt auch dem Reiche zugute kamen, wiederholt nachdrücklich darum zu kämpfen, daß den Besonderheiten der bayerischen Selbstwirtschaft von den zuständigen Reichsstellen genügend Rechnung getragen wurde. Indessen war auch in dieser Beziehung die zähe Arbeit Bayerns in der Hauptsache erfolgreich, wobei das gute Einvernehmen zwischen der Reichsgetreidestelle und der Bayerischen Landesgetreidestelle sich sehr förderlich erwies. Dieses selbst dürfte nicht zuletzt auf der Erkenntnis beruhen, daß die Reichsgetreidestelle durch die bayerische Arbeit wesentlich entlastet worden ist, und daß Bayern — mag es auch manchen Sonderwunsch gehabt haben — niemals Unbilliges gefordert, was es verlangt, jederzeit mit durchschlagenden Gründen vertreten und über bayerischen Belangen niemals die Belange des Reichs verkannt oder gar vernachlässigt hat. Was schließlich noch die besonderen Belange der bayerischen Kommunalverbände betrifft, so geht wohl aus der vorstehenden Darstellung zur Genüge hervor, daß Bayern sich dieser jederzeit nachdrücklichst und mit Erfolg angenommen hat.

2. Ausblick in die Zukunft.

Durch den Übergang von der Getreidebeschlagnahme zum Umlageverfahren ist ein erheblicher Schritt in die Freiheit der Getreidebewirtschaftung geschehen. Deren vollständige Freigabe hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gelegentlich nur noch als eine Tempofrage bezeichnet. Da Getreide- und Mehllhöchstpreise nach den reichen Erfahrungen der letzten Jahre nur in Verbindung mit einer zwangsweisen Bewirtschaftung des Getreides Erfolg versprechen, bedeutet die Freigabe der Getreidebewirtschaftung praktisch auch die der Preisbildung. Zunächst ist die Preisbildung für das Umlagengetreide noch gebunden, aber auch für das übrige Getreide ist sie durch die öffentliche Brotversorgung noch insofern beeinflusst, als das Angebot an freiem Getreide durch die Verpflichtung, gewisse Mengen zu einem bestimmten Übernahmepreis an die öffentliche Hand zu liefern, eingeschränkt, in vielleicht noch höherem Maße jedoch die Nachfrage nach freiem

Getreide durch die gewährleistete Notversorgung gemindert ist. Die Getreide- und Mehlpreise und die darauf aufgebauten Brotpreise werden sich nach Freigabe der Wirtschaft wieder nach dem allgemeinen Preisregulator Angebot und Nachfrage richten. Das bedeutet für Deutschland im wesentlichen die Angleichung der Inlandsgetreidepreise an die Weltmarktpreise. Sie unterliegen damit auch den Schwankungen der Valuta. Nur wenn Deutschland seinen eigenen Bedarf selbst decken oder darüber hinaus Überschüsse erzeugen würde, also vom Ausland in der Getreideversorgung unabhängig wäre, könnte ohne eine öffentliche Getreidebewirtschaftung auf dem Wege einer Ausfuhrsperrre oder von Ausfuhrzöllen der Inlandsgetreidepreis dauernd unter dem Weltmarktpreis gehalten werden. In Ermangelung dieser Voraussetzung wird nach dem Grundsatz, daß der Preis sich nach dem teuersten zur Bedarfsdeckung noch notwendigen Erzeugnis richtet, der Inlandsgetreidepreis sich jeweils dem höheren Weltmarktpreis angleichen. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß, solange die Einfuhrmöglichkeit durch die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung beschränkt ist, der Inlandsgetreidepreis den Weltmarktpreis, und zwar nicht nur vorübergehend, übersteigt. Bayern ist entgegen einer weitverbreiteten Ansicht nicht Getreideüberschuß-, sondern ausgesprochenes Getreidebedarfsgebiet; es sind z. B. im Wirtschaftsjahr 1921/22 bei einer verhältnismäßig günstigen bayerischen Ernte neben einer Einfuhr von rund 170 000 t Brotgetreide für die öffentliche Versorgung durch den freien Handel und die Genossenschaften — nach einer bei der Landesgetreidestelle an der Hand von Mitteilungen der Eisenbahndirektionen geführten Verkehrsstatistik — rund 100 000 t Brotgetreide, 28 000 t Gerste und 32 000 t Mehl mehr eingeführt als ausgeführt, nur an Hafer sind rund 18 000 t mehr ausgeführt als eingeführt worden. Dabei stellen sich für Bayern im allgemeinen die Preise wenigstens für Brotgetreide um die größeren Frachtkosten vom Seehafen bis zum Verbrauchsort höher als für Norddeutschland, wie dies auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im wesentlichen der Fall war (vgl. Tabelle XVII¹⁾ des Tabellenwerks und das Diagramm „Durchschnittliche Getreidepreise an der Münchener und Berliner Börse, Auslandsgetreidepreise cif Seehafen und Devisenkurse der Berliner Börse (telegrafische Auszahlung Amsterdam und New-York) in der Zeit vom 6. August 1921 — 29. Juli 1922“. Nur für Hafer, für den Bayern Ausfuhrland ist, und teilweise auch für Gerste stand der Preis in München niedriger als in Berlin. Die weitere Verteuerung des Brotes wird neue Lohn- und Gehaltsforderungen und so eine weitere Belastung der Produktion im Reich und in noch höherem Maße in Bayern, damit aber zugleich große Gefahren für die Ausfuhrindustrie bringen, deren Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande nicht zuletzt darauf beruht, daß sie durch die niedrigeren Preise der Lebenshaltung der Arbeiter noch billiger zu produzieren in der Lage ist als ihr ausländischer Wettbewerb.

Die Angleichung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise ist aber auch aus einem anderen Grunde geeignet, das Wirtschaftsleben schwer zu gefährden. Die Weltmarktpreise sind bei der überall gesunkenen Kaufkraft des Geldes erheblich größeren Schwankungen unterworfen als in der Vorkriegszeit. Dazu kommt der ständige Wechsel des Wertes der deutschen Mark im Ausland, der selbst bei annähernd gleichen Weltmarktpreisen eine fortwährende Auf- und Abwärtsbewegung der Getreidepreise, in Mark ausgedrückt, zur Folge hat.

Genossenschaften und Getreidehandel werden bei den hohen Werten des Getreides und der Schwierigkeit der Kreditbeschaffung kaum in der Lage sein, neben der Finanzierung des Getreides der Inlandsernte auch noch die fehlenden Auslandsgetreidemengen zu beschaffen. Die Freigabe der Getreidewirtschaft läßt so nicht nur hohe Preise, sondern auch schwere Stockungen in der Versorgung selbst befürchten, wie sich dies — freilich nicht

¹⁾ Vgl. auch die Tabelle XXI des Tabellenwerks über „Mehlpreise im freien Handel beim Absatz an die Bäcker und Mehlhändler ab 23. Juli 1921 in Mark“.

in gleicher Weise fühlbar — z. B. auf dem Gebiete der Zuckerversorgung gezeigt hat. Die starken Preisschwankungen bedeuten für den Handel eine erhebliche Unsicherheit mit der Folge, daß er neben einem angemessenen Geschäftsnutzen noch besondere Risikoprämien beanspruchen wird. Während so zeitweise außerordentlich hohe, den Brotpreis verteuern und das Maß des Billigen oft wesentlich übersteigende Gewinne erzielt werden, können bei plötzlichen Preisrückschlägen selbst finanziell gut gestellte Firmen leicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten und dadurch das Wirtschaftsleben schwer gefährden.

Aber auch für die Landwirtschaft, die zunächst begreiflicherweise einen hohen Getreidepreis gerne hinnimmt, bergen diese Verhältnisse manche Gefahren in sich. Die hohen Getreidepreise ergeben eine hohe Grundrente; diese kommt in stark steigenden Bodenpreisen zum Ausdruck. Hebt sich dann — was vom Standpunkt der Allgemeinheit aus dringendst zu wünschen wäre — der Wert der Mark bei gleichbleibenden Weltmarktgetreidepreisen, oder trifft das Steigen der Valuta gar mit einem Sinken der Getreidepreise auf dem Weltmarkte zusammen, so kann leicht der Fall eintreten, daß der Getreidepreis die infolge der Preissteigerung von Grund und Boden stark erhöhten Produktionskosten nicht mehr deckt und landwirtschaftliche Betriebe, die zu den hohen Bodenpreisen erworben sind, zusammenbrechen. Solche Erwägungen erklären es, daß neben dem Verlangen nach freier Wirtschaft nicht nur von seiten der Verbraucher, sondern auch sonst immer wieder warnende Stimmen sich erheben, und daß insbesondere der Getreidehandel und die Getreide verarbeitenden Industrien, da und dort, freilich vereinzelt, auch Vertreter der Landwirtschaft der völlig freien Wirtschaft nicht ohne Besorgnis entgegensehen.

So sind verschiedene Vorschläge für eine Übergangswirtschaft entstanden, von denen hier nur einzelne, besonders wichtig erscheinende kurz gestreift seien.

Zunächst hat der Mühlenverband eine Übergangsform in der Weise vorgeschlagen, daß auch in der freien Wirtschaft den einzelnen Kommunalverbänden oder einer amtlichen Zentralstelle noch das Recht der Beschlagnahme und der Lieferungsanordnung im Notfalle zu gewähren sei, und daß der Preis des inländischen Getreides durch die Einfuhr genügender Mengen ausländischen Getreides geregelt werden solle. Dieses Auslandsgetreide solle in günstig gelegenen Mühlenbetrieben oder sonstigen Lagern eingelagert und, sobald die Inlandspreise eine gewisse Höhe übersteigen, zu einem bestimmten Preise den Mühlen käuflich überlassen werden. Dadurch soll der Inlandspreis auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. Er soll in dem verbilligten Preis des Auslandsgetreides die Grenze seiner Wettbewerbsfähigkeit finden. Der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis für das Auslandsgetreide und dem Preis, zu dem es im Inland abgesetzt wird, soll durch eine nach der Qualität der Erzeugnisse abgestufte Mahlsteuer aufgebracht werden. Die Mehl- und Brotpreise sollen durch Ausschüsse aus Erzeugern, Arbeitern und Verbrauchern oder durch Preisprüfungsstellen festgesetzt, die Rationierung aber aufgehoben werden.

Klar durchdacht ist der Gedanke der Erhaltung eines möglichst vom Weltmarkt unabhängigen Inlandsgetreidepreises unter Aufgabe der bisherigen Zuschußwirtschaft des Reiches in einer bisher nicht veröffentlichten Denkschrift über die künftige Getreidewirtschaft von Dr. Freiherr von Bechtolsheim¹⁾. Diese geht von dem Obersatz aus, daß zur Deckung des Inlandsbedarfes an Brotgetreide eine gewisse Menge Auslandsgetreide notwendig sei. Wo dieses zu einem bestimmten Preis auf den Inlandsmarkt komme, sei sichere Gewähr geboten, daß die Preise für das inländische Getreide ein bestimmtes Preisniveau nicht wesentlich verlassen, insbesondere es kaum übersteigen werden. Die Durchführung denkt sich Dr. Bechtolsheim etwa wie folgt:

Zunächst müsse auf Grund von Produktionskostenerhebungen ein Preis ermittelt werden, der die Produktionskosten decke und einen genügenden Anreiz zur Steigerung der Erzeugung bilde. Zu dem

¹⁾ Diese Denkschrift aus dem Jahre 1920 ist von der Südbayerischen Mühlenvereinigung überlassen worden.

diesen entsprechenden, wegen der besseren Qualität etwa 10%¹⁾ höheren Preis, wird allen Verarbeitern an den Hauptmarktplätzen Auslandsgetreide greifbar angeboten. Die Mittel zur Deckung des Unterschieds zwischen dem Beschaffungspreis und dem Abgabepreis sollen aus einer Zuschußkasse gedeckt werden, welcher die erforderlichen Gelder aus Ausfuhrabgaben für die Industrieerzeugnisse zufließen sollen. Den Gegenwert für diese Ausfuhrabgaben sollte die Industrie in den durch Niedrighaltung des Brotpreises niedrigeren Löhnen und Gehältern finden. Da jedoch diese Ausfuhrabgaben voraussichtlich nicht hinreichen würden, der Zuschußkasse die erforderlichen Mittel zur Verbilligung des Auslandsgetreides zuzuführen, sollte entweder beim Übergang des verarbeiteten Getreides an den Verbrauch oder bereits an der Erzeugungstätte eine Umlage erhoben werden (Mahlsteuer oder Getreideflächenumlage). Dadurch werde in dem einen Fall ein Mittelpreis für Mehl und Brot erzielt, der dem Preis für einheimisches Getreide und dem Beschaffungspreis für Auslandsgetreide im gegenseitigen Gesamt mengenverhältnis entspreche; im anderen Fall werde der Getreidepreis selbst auf diesen Mittelpreis gehoben. Die Umlage müsse so hoch gegriffen werden, daß auch noch bis zu einem bestimmten Grad der ungünstigen Gestaltung der Verhältnisse Deckung vorhanden sei. Werde infolge Verschlechterung der Valuta die Deckung des Unterschiedsbetrages zwischen Beschaffungspreis für Auslandsgetreide und dem vorgesehenen Inlandsgetreidepreis nicht mehr möglich, so müsse eine entsprechende Steigerung des Inlandsgetreidepreises in Kauf genommen werden, wenn nicht etwa für diesen Fall besondere Reichszuschüsse, vielleicht auch nur eine Garantieleistung des Reichs für allenfallsige Ausfälle in Aussicht genommen würden. Überschüsse der Zuschußkasse sollen Verbrauchern und Erzeugern in dem ihnen gebührenden Maße zuteil werden.

Die Getreideein- und -ausfuhr sei durch ein Bewilligungsverfahren zu regeln. Die Grundlage für die Ausstellung und Bewertung der Bewilligungsscheine solle der Abgabepreis für das Inlandsgetreide und der Beschaffungspreis für das Auslandsgetreide bilden, wobei nur zweckmäßig nicht ein absolut fester Preis, sondern nur eine obere und untere Preisgrenze für die Abgabe des Auslandsgetreides im Inlandsverkehr festzusetzen sei. Die Ausgabestelle für die Bewilligungsscheine solle Zuschußscheine ausgeben, auf denen der Vergütungssatz und die Getreidemenge verzeichnet werde, für welche der Zuschußschein als Einfuhrbewilligung diene. Die Einfuhr werde von den Zollstellen auf Grund des Zuschußscheines freigegeben. Auf diesem sei die erfolgte Einfuhr zu bestätigen, worauf der auf ihm bezeichnete Vergütungssatz, vervielfacht mit der Gewichtsmenge, von der Zuschußkasse an den Inhaber des Scheines bezahlt würde. Werden die Scheine nicht rechtzeitig verwertet, so verfallen sie. In diesem Falle hat der Inhaber, wenn sich der Vergütungssatz am Verfalltage höher stellt als am Ausstellungstag, den Unterschiedsbetrag an die Zuschußkasse zu bezahlen. Umgekehrt hat er nicht etwa den zu seinen Gunsten bestehenden Überschußbetrag zu fordern. Zuschußscheine werden nur inländischen Firmen, die entsprechende Sicherheit hinterlegt haben, gegeben. Terminhandel in Valuten soll den Importeur vor Schädigung durch Valutaschwankungen sichern. Als Voraussetzung für die Organisation werden genannt die Wiederbelebung des Marktes, die inzwischen erfolgte Wiedereröffnung der Produktenbörse und die Zulassung des Terminhandels in Getreide, zum mindesten jedoch der handelsrechtlichen Liefergeschäfte. An den Hauptbörsenplätzen sollen drei Preise notiert werden: Der Preis für Inlandsgetreide, der Preis für Auslandsgetreide im Inland und der Preis für Auslandsgetreide, für das noch kein Zuschußschein bezogen ist, cif deutscher Hafen.

Dem zu erwartenden Bedürfnis nach Ausfuhr, insbesondere im Veredelungsverkehr, will Bechtolsheim durch Ausfuhrbewilligung entgegenkommen, für welche Ausfuhrabgaben erhoben werden, die den jeweiligen Vergütungssätzen für die Einfuhr entsprechen müssen.

Durch das Zuschußscheinsystem glaubt von Bechtolsheim auch eine Sicherheit der Landwirtschaft gegen ein Sinken der Preise unter die Produktionskosten insofern zu erreichen, als das Zuschußscheinsystem bei Bedarf, insbesondere also bei einem plötzlichen und starken Anziehen unserer Valuta in sein Gegenteil verkehrt werden könne. Die Zuschußkasse wird in diesem Fall anstatt der Zuschußscheine Freigabescheine, die als Einfuhrbewilligung dienen, zu einem Preis abgeben, welcher dem jeweiligen Unterschied zwischen dem gewünschten Inlandspreis und dem Weltmarktpreis entspricht. Zur Durchführung seiner Gedanken schlägt Bechtolsheim die Gründung einer Getreidebank-Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Reichs, der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften, der Mühlenindustrie und des Getreidehandels vor, welche die erwähnte Zuschußkasse zu bilden und ihre Mittel entsprechend zu verwalten hätte.

Bechtolsheim erwartet sich von der Verwirklichung seiner Vorschläge eine starke Getreideeinfuhr unter voller Ausnützung der Privatinitiative und eine Ansammlung von Vorräten, gleichzeitig aber eine Befestigung unserer Mark und eine allmähliche Angleichung ihres Wertes im Ausland an den Inlandswert.

Neben diesen und anderen Vorschlägen — z. B. der Schaffung einer staatlichen Mühlenorganisation — ist da und dort mit verschiedenen Modifikationen wieder auf den

¹⁾ Diese Höherbewertung entspricht etwa dem Verhältnis des Auslandsweizenpreises zum Inlandsweizenpreis in der Vorkriegszeit.

schon 1895 im Reichstag eingebrachten Antrag Kanitz¹⁾ auf Einführung eines Getreideeinfuhrmonopols zurückgegriffen worden. Außerdem wird die Frage der Fortführung des Umlageverfahrens und der Einführung eines allgemeinen oder doch eines Brotgetreide-monopols viel erörtert. Es würde zu weit führen, hier auf die Entwicklung des Antrags Kanitz, die verschiedenen Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge hierzu und die Gedankengänge wegen Schaffung eines allgemeinen Getreidemonopols im einzelnen näher einzugehen. Wer sich darüber unterrichten will, sei auf die Abhandlung „Getreidemonopolfrage in Deutschland“ von Dr. Zeckendorf in der Zeitschrift „Der Getreidehandel“ 5. und 6. Jahrgang Heft Nr. 16/1921 ff. verwiesen. Nur eines sei hervorgehoben, daß das Getreidemonopol in der Landwirtschaft, von der ursprünglich der Gedanke ausgegangen ist, kaum noch viele Anhänger hat. Der Grund für diese Wandlung der Anschauungen mag zum Teil darin liegen, daß die Zwangswirtschaft bei den Landwirten eine starke Abneigung gegen jede behördliche Regelung der Getreidewirtschaft erzeugt hat. Ausschlaggebend dafür dürfte wohl die Erwägung sein, daß heute ein Getreidemonopol notwendig eine Niedrighaltung der Getreidepreise bezielen müßte und daher wenigstens dem augenblicklichen Vorteile der Landwirtschaft zuwiderlaufen würde.

Was die Fortführung der öffentlichen Getreidebewirtschaftung in der einen oder anderen Form betrifft, so konnte man insbesondere zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1921/22 recht wohl die Zeit für gekommen erachten, wo die volle Freiheit in der Getreidewirtschaft ohne allzu schwere Erschütterungen wieder hergestellt werden könne. Indessen muß auch der Anhänger der freien Wirtschaft zugeben, daß bei außergewöhnlichen Verhältnissen staatspolitische und allgemeine wirtschaftliche Gründe staatliche Eingriffe in die Freiheit der Wirtschaft rechtfertigen, ja notwendig machen können. So war die Aufrichtung der Getreidezwangswirtschaft in der damaligen Abschnürung vom Weltmarkt begründet; heute sind die ungewöhnlich hohen Getreidepreise, die Verelendung weiter Volkskreise, die Befürchtung, daß bei dem Risiko der Einfuhr von Auslandsgetreide und der Schwierigkeit der Kreditbeschaffung der Handel die nötigen Getreidemengen für den Verbrauch nicht rechtzeitig heranbringen wird, für den Staat zwingender Anlaß, Mittel und Wege zu suchen, das tägliche Brot zu erträglichen Preisen zu sichern.

Anlangend die Form, in der dieses Ziel fernerhin erreicht werden kann, so dürfte das Umlageverfahren, dessen Fortführung am nächsten läge, trotz des äußerlich glänzenden Erfolgs im ersten Jahre seiner Anwendung unmöglich für längere Dauer durchführbar sein. Die dabei zutage getretenen — übrigens im System gelegenen — Schäden und Ungerechtigkeiten sind derart erheblich, daß es größter Anstrengungen bedürfen wird, die Umlage im Wirtschaftsjahr 1922/23 nochmals wenigstens annähernd aufzubringen, zumal die Voraussetzungen für den Erfolg schon wegen des schlechteren Ernteausfalls wesentlich ungünstiger liegen²⁾. Auch die Rückkehr zur alten Zwangswirtschaft mit ihren ungenügenden Rationen und insbesondere der weitgehenden verbitternden Verbrauchsbeschränkung für den Selbstversorger wäre bei der stark gesunkenen Moral und der unzureichenden Staatsgewalt ein gewagtes Unternehmen. Die Regulierung der Inlandsgetreidepreise durch verbilligte Abgabe von Auslandsgetreide nach den Gedankengängen des Deutschen Mühlenverbandes kann für sich allein ebenfalls schon deshalb nicht zum Ziele führen, weil es bisher nicht gelungen ist und auch in der Folge schwerlich gelingen wird, rechtzeitig soviel Auslandsgetreidevorräte anzusammeln, daß damit allein der Inlandsgetreidepreis wirksam niedrig gehalten werden könnte. Die Überlassung dieses Auslandsgetreides an die Mühlen zu einem verbilligten Preis ohne Verbrauchsregelung ließe — insbesondere bei ungenügenden Vorräten —

¹⁾ Vgl. hierzu „Einige Worte zum Antrag Kanitz“ von Gustav Schmoller im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1895 S. 611, woselbst der Antrag auch im Wortlaut wiedergegeben ist.

²⁾ Im Wirtschaftsjahr 1922/23 haben sich überdies aus den wechselnden Preisen und der Regelung der Kleiebewirtschaftung erhebliche Schwierigkeiten für den Vollzug ergeben.

befürchten, daß die Verbilligungszuschüsse statt zu der beabsichtigten Entlastung der Verbraucher zu einer nicht gewollten Bereicherung der Mühlen führen könnten. Viele Vorzüge hat zweifellos der von Bechtolsheim'sche Vorschlag einer Stabilisierung des Inlandsgetreidepreises auf einer erträglichen Höhe ohne eine förmliche Getreidebewirtschaftung. Nur ist zu fürchten, daß der Handel aus den schon erwähnten, zur Zeit der Ausarbeitung der Denkschrift nicht in gleicher Weise zutage liegenden Gründen das zur Deckung des Fehlbedarfs nötige Auslandsgetreide in ausreichender Menge und rechtzeitig nicht beibringen und damit die beabsichtigte Wirkung auf die Inlandsgetreidepreise nicht eintreten würde, überdies schwere Versorgungsstockungen sich ergeben könnten. Auch gegen die zur Aufbringung der Mittel für die Zuschußkasse neben der Ausfuhrabgabe vorgeschlagene Mahlsteuer oder die Anbauflächenumlage bestehen Bedenken. Die Mahlsteuer wird, da sie das wichtigste Nahrungsmittel belastet und überdies als Kopfsteuer wirkt, schon großen politischen Schwierigkeiten begegnen. Immerhin ist die Möglichkeit, sie durchzubringen, deshalb nicht von der Hand zu weisen; weil sie ja lediglich dazu bestimmt sein soll, die Mittel zur Verbilligung des Auslandsgetreides und damit zur Niedrighaltung des Brotpreises zu schaffen. Die allgemeinen Bedenken gegen jede Zwecksteuer könnten dabei wohl zurückgestellt werden. Auch die Schwierigkeiten der Erhebung wären nicht unüberwindlich. Der Mahlsteuer dürfte immer noch der Vorzug vor einer Anbauflächenumlage zu geben sein, weil die Erhebung der letzteren noch ungleich schwieriger und kostspieliger, die Anbauflächenumlage selbst sehr viel roher als die Mahlsteuer wäre. Da überdies der Bechtolsheim'sche Vorschlag den Aufbau einer völlig neuen Organisation zur Voraussetzung hat und bei aller Logik, mit der der Gedankengang aufgebaut ist, doch einen Sprung ins Dunkle bedeutet, eignet er sich schwerlich zur Weiterverfolgung.

Es bliebe hiernach — wenn bei den veränderten Verhältnissen (Rückgang der Devisen und damit zusammenhängendes Sinken der Getreidepreise seit etwa Mitte Februar 1923) nicht schon jetzt auf jede öffentliche Bewirtschaftung des Getreides der kommenden Ernte verzichtet werden kann — noch das Getreidemonopol¹⁾, das selbstverständlich nicht ein Finanzmonopol sein dürfte. Wie ein solches im einzelnen aufzubauen wäre, wird wesentlich von der Beantwortung der Frage abhängen, ob es eine Dauereinrichtung oder eine Einrichtung für begrenzte Zeit sein soll. Da — wenn überhaupt — nur das letztere in Betracht kommen dürfte, wird man zweckmäßig die bestehenden Organisationen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände für das Monopol nutzbar machen. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle wäre dabei als Monopolverwaltung, die Geschäftsabteilung als Monopolgesellschaft, die nach den Weisungen der Monopolverwaltung zu arbeiten hätte, zu organisieren. Die Kommunalverbände könnten als Monopolaufkaufs- und -abgabestellen beibehalten werden, wobei eine schärfere Trennung von den äußeren Verwaltungsbehörden in Erwägung zu ziehen sein möchte. Inwieweit dabei zum Aufkauf Handel und Genossenschaften als Kommissionäre (dieses Wort hier nicht im strengen Rechtssinne gebraucht) oder besonders vorgebildete Beamte heranzuziehen wären, dürfte je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden zu regeln sein. Der Handel würde seine Mitwirkung kaum versagen. Freilich müßte ihm für seine Tätigkeit ein angemessenes

¹⁾ Der inzwischen bekannt gewordene preußische Entwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide der Ernte 1923, der den Austausch von Getreide und Stickstoff und eine Art Stickstoffmonopol der Reichsgetreidestelle vorsieht, hat bisher im wesentlichen eine ablehnende Kritik erfahren. Der Gedanke dürfte vor allem auf die Verhältnisse des Großbesitzes zugeschnitten und in Ländern mit vorherrschendem Mittel- und Kleinbesitz undurchführbar sein.

Neuerdings hat Reichs ernährungsminister Dr. Luther in der Sitzung des Reichstags vom 23. März 1923 bekanntgegeben, daß die Reichsregierung auch für das kommende Wirtschaftsjahr auf jeden Fall die Sicherung einer großen Brotreserve für erforderlich halte; sie rechne damit, daß 2 Millionen Tonnen Getreide aus dem Auslande bezogen und 1½ Millionen Tonnen im Inlande aufgebracht werden müßten; ¼ Millionen Tonnen wolle sie im freien Verkehr kaufen, das übrige müsse von der Landwirtschaft, den Genossenschaften, dem Handel und den Mühlen aufgebracht werden; sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen, so müßte trotz aller Bedenken dieser Teil wieder umgelegt werden,

Entgelt gewährt werden. Da das Getreide nur einmal im Jahr geerntet wird und lange Zeit lagerfähig ist, würde der Ausschluß anderer vom Einkauf, der das Wesen des Monopols darstellt, für sich allein nicht genügen, der Monopolverwaltung rechtzeitig die nötigen Getreidemengen zuzuführen. Spekulativem Zurückhalten gegenüber dürfte daher der Monopolverwaltung das Recht einzuräumen sein, Ablieferung innerhalb bestimmter Fristen zu verlangen, allenfalls Enteignung vorzunehmen. Es würde jedoch das Bestreben der Monopolverwaltung sein müssen, ohne diese Mittel durchzukommen. Das Getreidemonopol müßte — entgegen anderen Vorschlägen — das gesamte Inlandsgetreide umfassen und zugleich Einfuhrmonopol sein. Verfehlt wäre, ein Mühlenmonopol¹⁾ ins Auge zu fassen und es auf das Brotgetreide zu beschränken, Gerste und Hafer dagegen freizulassen; bei einer solchen Regelung würden wenigstens dann sich sehr schädliche Verschiebungen im Anbau der Getreidearten ergeben, wenn — was derzeit Voraussetzung für ein Getreidemonopol sein müßte — die Monopolgesellschaft Preise unter Weltmarktparität bezahlen würde. Die Übernahmepreise müßten so bemessen werden, daß zum mindesten die Produktionskosten auch der ungünstiger wirtschaftenden Betriebe, deren Heranziehung zum Getreidebau noch wirtschaftlich erschiene, gedeckt würden, anderseits der Brotpreis auf einer erträglichen Höhe gehalten werden könnte. Der von der Feststellung der Produktionskosten bis zum Verkauf des Getreides eintretenden Änderung des Geldwertes könnte durch Neuregelung der Übernahmepreise von Zeit zu Zeit (etwa nach einer Indexziffer) Rechnung getragen werden. Der Weltmarktgetreidepreis hätte dagegen als Bestimmungsfaktor für den Monopolpreis auszuschneiden. Der Abgabepreis müßte, wie das schon jetzt der Fall ist²⁾, zwischen dem Übernahmepreis für das Inlandsgetreide und dem Preis für das Auslandsgetreide gehalten werden, so zwar, daß Einnahmen und Ausgaben der Monopolgesellschaft sich ungefähr die Wagschale halten, jedenfalls Verluste nicht eintreten würden. Etwaige Gewinne müßten wieder für Zwecke des Getreidemonopols verwendet werden. Damit der Abgabepreis nicht in zu kurzen Zeitabschnitten geändert werden müßte, dürfte er von Anfang an nicht zu knapp gehalten werden. Für Getreide, das an die Industrie, z. B. an Brauereien u. dgl. abgegeben werden würde, könnte unbedenklich ungefähr der Weltmarktpreis, den diese auch bei freier Wirtschaft zu zahlen hätte, genommen werden können. Dafür könnte der Abgabepreis für das zur Brotversorgung bestimmte Getreide niedriger gehalten werden. Die Frage, ob es einer besonderen Verbrauchsregelung, insbesondere einer Rationierung bedürfte oder ob lediglich örtliche Höchstpreise für Mehl und Brot zu bestimmen wären, ist vor allem eine Vorratsfrage. Gelänge es soviel Vorräte bereitzustellen, daß der auftretende Bedarf an Mehl und Brot jederzeit ohne Schwierigkeiten befriedigt werden könnte, so würde bei der großen Anzahl von Bäckern und Mehlhändlern, die nach wie vor zum Verkauf heranzuziehen wären, der gegenseitige Wettbewerb die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkaufspreise genügend sichern. Da jedoch Zweifel bestehen, ob die Nachfrage jederzeit voll befriedigt werden könnte, dürfte vorerst die Rationierung nicht zu entbehren sein. Die Ration müßte jedoch auskömmlich hoch bemessen werden und auch sonst den normalen Bedürfnissen Rechnung tragen. Insbesondere müßte neben Schwarzbrot auch — etwa 70% durchgemahlenes — Kochmehl nach Wahl des Verbrauchers in Natur oder in Form von Semmeln gegeben werden. In dieser Beziehung lägen die Verhältnisse ja anders als während des Krieges, weil Deutschland jetzt der Weltmarkt wieder offen steht. Nur bei ausreichender Ration könnte der Schleichhandel mit Mehl möglichst unterbunden werden. Die Gefahr, daß sich dieser neuerdings breit machte, ist freilich deshalb nicht ganz von der Hand zu weisen, weil der Landwirt sein Getreide an die Monopolgesellschaft billiger verkaufen müßte, als

¹⁾ Vgl. „Ein Reichsgetreidemonopol“ von Dr. Freiherr von Bechtolsheim bei Steinebach 1918 S. 50 ff.

²⁾ Seit Festsetzung der Übernahmepreise für die zweite Hälfte der Umlage des Jahres 1922/23 deckt der unverändert beibehaltene Getreideverkaufspreis der Reichsgetreidestelle auch den Preis für das Umlagengetreide nicht mehr.

diese das Getreide verwerten würde. Diese Spannung könnte den Schleichhändler oder auch den Verbraucher anreizen, unerlaubt vom Landwirt Getreide oder Mehl zu höheren als den Übernahme-preisen der Monopolgesellschaft zu erwerben. Für den Landwirt würde das Aufgeld einen Anreiz zu unerlaubter Getreideabgabe bilden. Dieser Übelstand könnte nicht vollständig beseitigt, durch Gewährung ausreichender Rationen aber doch wesentlich gemildert werden, weil, wenn diese Voraussetzung gegeben ist, auch streng gegen solche Verfehlungen vorgegangen werden könnte.

Ein derartiges Getreidemonopol würde sich im wesentlichen an das Kriegswirtschaftsmonopol anschließen. Nur die Getreidebeschlagnahme würde fortfallen. An die Stelle der Höchstpreise würden bewegliche Übernahme-preise der Monopolverwaltung treten. Damit könnte auch die während der Zwangswirtschaft üblich gewordene Nachzahlung bei Erhöhung der Höchstpreise entfallen. Auch die Qualitätsbewertung könnte, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, wieder Platz greifen.

Daß ein solches Getreidemonopol sich im wesentlichen in den Geleisen des Kriegswirtschaftsmonopols bewegte, wäre kein Nachteil. Im Gegenteil, das Monopol würde um so besser funktionieren, je mehr es — allerdings unter Vermeidung grundsätzlicher Fehler und unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse — auf der im großen und ganzen doch bewährten Organisation der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände aufgebaut werden würde.

Möge es — falls eine öffentliche Getreidebewirtschaftung überhaupt noch in Betracht kommen sollte — gelingen, dafür eine Form zu finden, die einen billigen Ausgleich der verschiedenen Belange bringt, zur Wiederherstellung des inneren Friedens beiträgt und damit den ersehnten Wiederaufstieg Deutschlands fördert! Mögen aber auch recht bald die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder derart gesunden, daß Deutschland auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben möglichst verzichten und die völlig freie Wirtschaft auch in Getreide wieder herstellen kann!

Tabellenwerk.

Tabelle I. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1907.

(Zählung vom 12. Juni 1907.)

Größenklasse	Landwirtschaftliche Betriebe		Landwirtschaftlich benutzte Fläche		Von 100 ha der Gesamtfläche ist			
	Zahl	%	ha	%	Ackerland	Wiese, reiche Weide	Forstland	sonstiges Land
a) Bayern.¹⁾								
Parzellenbetriebe (unter 2 ha)	241 642	36,1	167 316	3,9	36,9	16,6	29,5	17,9
Kleinbäuerliche Betriebe (2—5 ha)	162 431	24,2	547 473	12,9	51,2	24,2	17,2	7,4
Mittelbäuerliche Betriebe (5—20 ha) . . .	224 640	33,5	2 209 924	52,1	50,0	24,6	19,8	5,6
Großbäuerliche Betriebe (20—100 ha) . .	40 663	6,1	1 221 320	28,9	47,1	23,7	24,5	4,7
Großbetriebe (100 ha und mehr)	535	0,1	93 204	2,2	31,0	19,7	41,4	7,9
Insgesamt	669 911	100	4 239 237	100	48,1	23,7	22,1	6,1
b) Deutsches Reich.²⁾								
Parzellenbetriebe (unter 2 ha)	3 378 509	58,9	1 731 311	5,4	49,1	13,1	20,8	17,2
Kleinbäuerliche Betriebe (2—5 ha)	1 006 277	17,5	3 304 878	10,4	54,6	19,5	15,2	10,7
Mittelbäuerliche Betriebe (5—20 ha) . . .	1 065 539	18,6	10 421 564	32,7	56,1	18,3	15,4	10,2
Großbäuerliche Betriebe (20—100 ha) . .	262 191	4,6	9 322 103	29,3	57,2	16,0	17,8	9,5
Großbetriebe (100 ha und mehr)	23 566	0,4	7 055 018	22,2	59,6	11,1	22,2	7,1
Insgesamt	5 736 082	100	31 834 874	100	56,7	15,8	17,8	9,7

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern 1915, S. 67.²⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 44—46.

Tabelle III.¹⁾ Anbauflächen in Bayern 1906 bis 1921.

Jahr	Weizen ha	Roggen ha	Spelz ha	Sommergerste ha	Hafer ha	Anbaufläche zusammen ha
1906	287 610	566 796	70 722	353 997	495 126	1 774 251
1907	286 825	568 164	66 995	353 726	497 644	1 773 354
1908	286 480	563 720	65 900	361 285	496 517	1 773 902
1909	283 312	563 984	64 985	363 044	498 227	1 773 552
1910	289 192	565 395	63 808	354 045	503 022	1 775 462
1911	287 061	550 557	61 363	369 480	512 203	1 780 664
1912	290 375	567 189	61 633	361 376	506 955	1 787 548
1913	287 868	562 442	60 851	374 496	502 315	1 787 972
1914	292 097	556 559	59 163	371 741	509 158	1 788 718
1915	301 711	540 294	59 357	366 815	527 558	1 795 735
1916	274 622	487 627	38 089	313 684	442 480	1 556 502
1917	259 977	443 040	36 503	323 341	444 299	1 507 160
1918	273 021	476 350	34 736	318 720	430 391	1 533 218
1919	265 026	455 841	30 113	304 909	432 440	1 488 329
1920	253 800	418 334	26 147	267 281	394 503	1 360 065
1921	287 467	473 883	32 586	315 415	444 440	1 553 791
Zusammen	4 506 444	8 360 175	832 971	5 473 355	7 637 278	26 810 223
Jahresdurchschnitt	281 654	522 511	52 061	342 084	477 329	1 675 639
Hierzu						
Coburg 1920 . . .	2 291	3 489	3	1 903	3 251	10 937
Coburg 1921 . . .	2 262	3 801	6	1 875	3 190	10 634

¹⁾ Tabelle II folgt aus Raumrücksichten auf Seite 206.

Tabelle IV. Durchschnittserträge vom Hektar nach Schätzung der Saatenstandsberichterstatte für Bayern und das Reich 1910 bis 1921.

Jahr	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Jahr	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz		Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz	Bayern dz	Reich dz
1910	14,4	19,9	14,7	17,0	14,9	18,5	14,3	18,4	1916	13,4	18,3	11,9	14,9	16,4	18,3	17,3	19,4
1911	15,0	20,6	13,9	17,7	18,2	19,9	14,5	17,8	1917	15,1	18,3	14,0	12,6	14,2	12,8	10,8	10,4
1912	16,9	22,6	16,4	18,5	18,5	21,9	14,7	19,4	1918	14,0	17,1	13,2	13,9	15,0	15,1	14,9	14,0
1913	17,2	23,6	16,7	19,1	18,7	22,2	18,7	21,9	1919	12,8	16,7	11,9	13,9	13,8	14,5	13,1	15,0
1914	15,3	19,9	12,7	16,6	16,6	19,8	17,8	20,6	1920	11,6	16,3	13,3	11,5	13,3	15,0	12,9	15,0
1915	16,2	19,2	13,4	14,3	14,8	15,3	12,8	13,0	1921	17,3	20,3	14,9	15,9	16,3	17,1	13,5	15,8

Tabelle II. Die landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Größe (Klein-, Mittel-, Großbetrieb) im Jahre 1907.
(Heft 81 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern.)

Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirk	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hiervon mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von						Landwirtschaftlich benutzte Fläche der Betriebe						Von 100 Betrieben entfallen auf die Größenklasse von						Von 100 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche treffen auf die Größenklasse von					
	überhaupt	2 bis 100 ha					überhaupt	2 bis 100 ha					unter 2 ha	2 bis 100 ha					unter 2 ha	2 bis 100 ha				
		2 ha	5 ha	20 ha	100 ha	und mehr		2 ha	5 ha	20 ha	100 ha	und mehr		2 ha	5 ha	20 ha	100 ha	und mehr		2 ha	5 ha	20 ha	100 ha	und mehr
1. Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Regierungsbezirken.																								
Oberbayern	92248	21855	19791	38210	12217	170	904227	15779	67287	999778	389049	32334	237	21,5	41,4	13,2	0,2	1,8	7,4	44,2	43,0	3,5		
Niederbayern	82520	21947	21926	29836	8751	60	680218	18413	73150	309438	269764	9453	26,6	26,6	36,1	10,6	0,1	2,7	10,7	45,5	39,7	1,4		
Pfalz	114781	72486	24442	16892	931	50	302881	44905	78664	146597	28105	4610	63,2	21,5	14,7	0,8	0,0	14,8	26,0	48,4	9,3	1,5		
Oberpfalz	64071	16718	17330	24214	5735	74	494929	13168	57842	248738	161558	13628	26,1	27,0	37,8	9,0	0,1	2,7	11,7	50,3	32,6	2,7		
Oberfranken	69177	25970	16230	24551	2405	21	385760	17757	55042	244725	65225	2952	87,5	23,5	35,5	3,5	0,0	4,6	14,3	63,4	16,0	0,8		
Mittelfranken	68775	22936	17434	24491	8868	26	430623	16089	59550	244765	106084	4185	83,4	25,4	35,5	5,6	0,0	3,7	13,8	56,9	24,6	1,0		
Unterfranken	97026	40163	25736	29291	1745	91	447077	30268	86570	266324	50124	15391	41,4	26,5	30,2	1,8	0,1	6,8	19,3	59,3	11,2	3,4		
Schwaben	81818	19547	19542	37155	5011	63	592922	10937	69368	350505	151411	10701	24,0	24,0	45,7	6,2	0,1	1,9	11,7	59,1	25,5	1,8		
Bayern insgesamt	689911	241642	162431	224640	40663	535	4239237	167316	547473	2209924	1221320	93204	36,1	24,2	33,5	6,1	0,1	4,0	12,9	52,1	28,5	2,2		
2. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Regierungsbezirk Niederbayern.																								
Kreisunmittelbare Städte.	178	108	40	26	4	—	585	86	128	239	132	—	60,7	22,5	14,6	2,2	—	14,7	21,0	40,8	22,6	—		
Deggendorf	282	126	56	92	8	—	1293	90	175	795	233	—	44,7	19,9	32,6	2,8	—	7,0	13,5	61,5	18,0	—		
Landshut	83	64	14	5	—	—	126	37	43	46	—	—	71,1	16,0	6,0	—	—	29,4	34,1	36,5	—	—		
Passau	285	81	98	93	11	2	1893	56	308	878	881	270	28,4	34,4	32,6	3,0	0,7	2,9	16,5	46,4	20,1	14,3		
Summe kreisunm. Städte	828	379	208	216	23	2	3897	289	654	1958	746	270	45,8	25,1	26,1	2,8	0,2	6,9	16,5	50,2	19,2	6,9		
Bezirksämter.	4648	1134	1542	1622	348	2	32226	1120	5096	15759	9960	261	21,4	33,2	34,9	7,5	0,0	3,5	15,5	49,0	30,9	0,8		
Bogen	4949	1228	1523	1868	327	3	33761	1133	5073	18365	10748	442	24,5	30,8	37,7	6,8	0,1	3,2	14,2	51,3	30,1	1,2		
Deggendorf	3264	775	802	1322	363	2	28661	560	2743	18260	11719	379	23,7	24,6	40,5	11,1	0,1	1,9	9,6	46,3	40,9	1,5		
Dingolfing	5349	1101	1413	2145	687	3	47944	889	4750	22959	18794	552	20,6	26,4	40,1	12,8	0,1	1,9	9,9	47,9	39,2	1,1		
Eggentfelden	2507	594	878	866	169	—	16448	536	2948	8576	4888	—	23,7	35,0	34,8	6,7	—	3,2	17,5	52,1	26,7	—		
Grafenau	4371	1376	1096	1267	630	2	38793	1006	3690	13510	20278	309	31,5	25,1	29,0	14,4	0,0	2,6	9,5	34,8	52,8	0,8		
Griesbach	4765	1716	1135	1529	381	4	33614	1242	3725	15141	12843	663	36,0	23,8	32,1	8,0	0,1	3,7	11,1	45,0	38,3	2,0		
Kelheim	3022	999	875	951	197	—	19264	987	2771	10163	5343	—	33,1	28,9	31,5	6,5	—	5,1	14,4	52,8	27,7	—		
Kötzting	3028	584	803	1252	384	5	29942	494	2769	12877	13666	636	19,3	26,5	41,3	12,7	0,2	1,7	9,3	41,3	45,6	2,1		
Landau a. I.	3939	842	932	1393	564	8	40094	596	3226	15814	19423	1035	21,4	23,7	40,4	14,3	0,2	1,5	8,1	39,4	48,4	2,6		
Landshut	2182	549	485	814	333	1	21440	440	1642	8353	10886	119	25,2	22,2	37,3	15,3	0,0	2,0	7,7	39,0	50,8	0,5		
Mallersdorf	3066	964	619	1144	336	3	27583	622	2075	12059	12341	436	31,4	20,2	37,3	11,0	0,1	2,3	7,5	43,4	44,8	1,6		
Passau	4842	1368	1397	1585	491	1	36428	1277	4592	17383	13010	166	28,5	28,9	32,7	10,1	0,0	3,5	12,6	47,7	35,7	0,5		
Pfarrkirchen	4329	1311	1134	1972	410	2	37933	1158	3755	21952	10848	220	27,2	23,5	40,8	8,5	0,0	3,0	9,9	57,9	28,6	0,6		
Regen	2770	988	846	763	171	2	16651	880	2714	7908	4769	380	35,7	30,5	27,5	6,2	0,0	5,3	16,3	47,5	28,6	2,0		
Rottenburg	2555	776	497	892	388	2	25381	498	1692	9262	13627	252	30,4	19,4	34,9	15,2	0,1	2,0	6,7	36,5	53,8	1,0		
Straubing	3068	508	660	1395	491	14	17499	966	2729	13958	18003	2747	16,6	21,5	45,5	16,0	0,4	1,0	6,2	37,3	48,1	7,4		
Viechtach	2780	900	853	836	191	—	17499	966	2729	13958	18003	2747	16,6	21,5	45,5	16,0	0,4	1,0	6,2	37,3	48,1	—		
Vilsbiburg	3693	625	810	1507	750	1	41667	556	2786	17450	20770	105	16,9	22,0	40,2	20,3	0,0	1,3	6,7	41,9	49,3	0,3		
Wilshofen	5672	1614	1583	1865	607	3	45192	1418	5252	19092	18949	481	28,4	27,9	32,9	10,7	0,1	3,2	11,6	42,2	41,9	1,1		
Wegscheid	2181	563	551	875	192	—	17034	525	1846	9632	5031	—	25,6	25,5	40,1	8,8	—	2,1	10,8	56,8	29,5	—		
Wolfsstein	4312	1053	1284	1557	318	—	29469	857	4317	15654	8641	—	25,6	30,3	37,0	7,5	—	2,7	14,7	53,1	29,3	1,3		
Summe Bezirksämter	81692	21568	21718	29820	8728	58	676321	18144	72496	307480	289018	9183	26,4	26,6	36,2	10,7	0,1	2,7	10,7	45,5	39,7	1,4		
Sa. Reg.-Bez. Niederbayern	82520	21947	21926	29836	8751	60	680218	18413	73150	309438	269764	9453	26,6	26,6	36,1	10,6	0,1	2,7	10,7	45,5	39,7	1,4		

Tabelle V. Gewichtsfeststellung für Weizen und Roggen der Ernten 1918 bis 1921 aus verschiedenen Bezirken Bayerns.

Landshut-Straubing-Regensburg			Erding-Schwaben-Mühlendorf			Dachau-Pfaffenhofen			München-Umgebung		
Ernte	hl Weizen	hl Roggen	Ernte	hl Weizen	hl Roggen	Ernte	hl Weizen	hl Roggen	Ernte	hl Weizen	hl Roggen
	kg	kg		kg	kg		kg	kg		kg	kg
1918	76,0 74,2 72,5 76,0 75,5 76,9 76,0 75,2 75,5 76,6 75,8 76,9 76,3	70,4 67,6 66,7 69,0 69,4 69,7 70,2 68,1 66,4 70,9 69,0 68,4 67,1	1918	78,4 75,5 76,0 77,2 76,0 74,6 75,2 76,6 76,9 75,5 74,6 73,5 74,1	69,4 68,4 68,1 69,0 66,4 69,4 69,1 67,6 68,4 66,9 69,7 70,2 —	1918	71,9 70,4 73,0 73,3 71,9 73,5 75,8 73,2 74,6 73,6 73,9 72,7	66,2 66,4 68,1 66,7 66,2 67,7 67,1 69,0 65,5 66,7 66,2 67,4 —	1918	69,7 74,2 72,2 75,2 78,4 73,5 74,2 76,9 75,5 76,3 74,0 72,7	70,2 69,0 66,0 68,1 65,8 63,8 61,0 68,4 67,4 64,5 70,4 —
Durchschnitt	75,8	68,7	Durchschnitt	75,7	68,5	Durchschnitt	73,2	66,9	Durchschnitt	74,4	66,9
1919	76,0 76,9 75,2 76,0 76,6 79,1 76,9 72,5 73,0 74,6	67,1 69,0 70,4 69,4 68,4 69,7 70,2 69,1 68,7 67,4	1919	74,2 76,0 74,6 73,0 74,6 76,9 76,0 76,3 75,2 75,9	68,4 66,2 69,7 70,4 68,1 67,9 66,1 71,4 69,4 70,2	1919	76,0 73,0 77,2 76,4 73,0 72,7 74,2 73,5 72,5 74,2	69,4 70,7 69,1 68,1 70,2 69,7 69,1 78,7 66,1 69,4	1919	74,2 76,0 73,0 74,9 75,2 75,0 76,3 74,6 74,2 75,5	71,4 69,0 70,2 73,1 71,9 69,7 70,2 70,7 66,1 68,7
Durchschnitt	75,7	68,9	Durchschnitt	75,3	68,8	Durchschnitt	74,3	70,1	Durchschnitt	74,9	70,1
1920	74,2 72,2 71,4 73,2 70,4 74,6 74,2 76,0 73,0 72,5	69,7 69,0 70,7 70,4 68,1 67,4 67,1 69,9 68,7 73,5	1920	75,8 74,2 72,5 71,4 73,0 73,2 71,2 72,7 71,9 72,5	69,1 68,4 68,1 70,4 69,9 68,7 66,4 70,2 69,7 68,1	1920	72,2 73,0 72,5 73,0 71,7 69,0 74,2 74,6 74,9 73,5	66,1 67,4 67,7 69,0 65,4 66,7 68,1 69,4 66,1 68,7	1920	74,1 73,5 74,2 73,0 70,4 72,2 72,7 70,2 72,2 73,7	69,0 65,4 68,1 69,4 66,1 67,4 66,7 68,4 65,4 66,4
Durchschnitt	73,2	69,5	Durchschnitt	72,8	68,9	Durchschnitt	72,9	67,5	Durchschnitt	72,8	67,2
1921	79,1 76,9 77,5 77,8 79,5 76,9 77,2 76,6 77,8 76,9 78,4 78,1	71,4 73,5 71,7 72,2 74,2 72,5 70,2 71,2 74,2 74,6 73,5 72,7	1921	77,2 76,9 77,5 77,8 78,1 75,5 77,2 76,6 77,8 76,9 76,0 77,5	72,2 71,2 70,9 71,4 72,5 70,7 71,9 71,2 73,5 74,2 73,8 72,9	1921	76,8 76,6 76,9 77,2 76,9 77,5 76,0 75,5 75,2 76,9 75,8 76,0	72,5 72,2 70,4 69,7 73,0 71,9 69,0 70,7 72,1 71,7 70,4 70,5	1921	73,2 71,5 74,3 76,0 79,1 78,7 77,2 78,4 71,5 76,9 78,1 76,8	71,2 67,4 71,4 70,4 64,6 73,5 75,5 72,5 71,5 72,8 70,4 69,4
Durchschnitt	77,7	72,7	Durchschnitt	77,1	72,2	Durchschnitt	76,4	71,2	Durchschnitt	77,0	70,6

Noch Tabelle VI. Brotgetreideaufkauf von 1917 bis 1920.

Kommunalverband	Kommissionär	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf	
			dz	%		dz	%		dz	%		dz	%
Regierungsbezirk Niederbayern.													
Kreisunmittelbare Städte.													
Deggendorf	—	Z. 517	229	44,2	Z. 612	256	41,8	Z. 314	188	59,8	Z. 179	153	85,4
Landshut	—	Z. 1 138	806	70,8	Z. 1 181	991	83,0	Z. 900	604	67,1	Z. 1 245	543	43,8
Passau	—	Z. 303	188	62,0	Z. 262	150	57,2	Z. 253	86	33,9	Z. 37	91	243,2
Straubing	—	Z. 3 801	5 173	136,0	Z. 2 917	4 779	163,8	Z. 2 956	2 874	97,2	Z. 1 445	2 885	199,5
Bezirksämter.													
Bogen	Z.D.	U. 35 163	20 767	59,8	U. 39 522	22 512	56,9	U. 31 996	10 239	32,0	U. 21 684	11 350	52,3
Deggendorf	R.	U. 51 450	31 249	60,7	U. 50 712	22 629	44,6	U. 29 502	16 422	55,6	U. 29 772	20 230	67,9
Dingolfing	Z.D.	U. 57 826	56 521	97,7	U. 60 830	48 664	80,0	U. 45 889	27 888	60,7	U. 37 585	30 951	82,3
Eggenfelden	R.	U. 67 877	59 485	87,6	U. 65 084	41 164	63,2	U. 63 958	24 110	37,1	U. 47 921	34 843	72,7
Grafenau	Z.D.	Z. 17 726	7 130	40,3	Z. 1 724	1 536	89,0	Z. 5 654	2 691	47,5	Z. 1 500	1 312	87,4
Griesbach	Z.D.	U. 65 116	56 155	86,2	U. 59 525	45 515	76,4	U. 50 403	25 997	51,5	U. 43 056	38 455	89,5
Kelheim	R.	U. 66 692	60 026	90,0	U. 69 970	56 349	80,5	U. 50 868	41 937	81,2	U. 36 785	25 825	70,2
Kötzting	Z.D.	Z. 11 216	7 604	67,7	Z. 8 933	9 043	101,2	Z. 6 296	5 746	91,2	Z. 6 466	3 708	57,2
Landau a. I.	Z.D.	U. 80 171	75 682	94,4	U. 80 580	55 033	68,3	U. 53 329	40 355	75,6	U. 50 000	41 463	82,4
Landshut	Z.D.	U. 82 577	70 562	87,8	U. 86 389	69 884	80,8	U. 75 478	54 161	71,7	U. 65 000	48 612	75,3
Mainburg	Z.D.	U. 26 007	21 947	84,3	U. 43 739	31 713	72,5	U. 25 753	19 452	75,7	U. 28 051	17 713	63,1
Mallersdorf	—	U. 88 662	85 766	96,7	U. 90 922	72 121	73,3	U. 71 587	59 328	82,8	U. 59 925	51 864	86,5
Passau	Z.D.	U. 32 789	24 204	78,8	U. 28 019	19 959	71,2	Z. 19 617	15 470	78,8	Z. 19 568	13 494	68,9
Pfarrkirchen	Z.D.	U. 49 887	37 739	75,6	U. 44 975	34 596	76,9	U. 37 809	14 607	38,6	U. 34 912	29 086	83,8
Regen	Z.D.	Z. 11 423	7 784	68,1	—	496	—	Z. 1 833	1 742	95,0	Z. 1 268	1 200	95,4
Rottenburg	Z.D.	U. 66 374	52 044	86,2	U. 64 519	50 935	78,9	U. 50 181	40 811	81,8	U. 43 051	35 138	81,6
Straubing	—	U. 156 313	130 496	83,4	U. 133 455	115 473	86,4	U. 101 950	79 108	77,5	U. 94 943	82 118	86,4
Viechtach	R.	Z. 10 988	7 156	65,1	Z. 2 761	2 788	100,9	Z. 1 598	2 010	125,4	Z. 2 300	1 881	94,4
Vilsbiburg	Z.D.	U. 114 892	53 087	46,2	U. 82 233	50 207	61,0	U. 54 967	37 514	68,1	U. 72 476	38 877	53,6
Vilshofen	Z.D.	U. 87 087	61 481	70,6	U. 72 783	39 738	54,5	U. 60 798	27 117	44,5	U. 37 737	28 490	75,4
Wegscheid	R.	Z. 6 914	2 454	35,5	Z. 2 664	1 132	42,4	Z. 148	897	606,0	Z. 1 000	662	66,2
Wolfsheim	Z.D.	Z. 13 932	9 371	67,2	Z. 3 092	2 578	83,8	Z. 4 663	2 794	59,8	Z. 3 000	2 198	73,2
Niederbayern		1 206 841	945 106	78,3	1 097 403	800 261	72,9	848 700	553 548	65,2	740 906	563 142	76,0
Regierungsbezirk Pfalz.													
Kreisunmittelbare Städte.													
Frankenthal	—	Z. 1 677	1 483	88,4	Z. 1 536	1 343	87,4	Z. 1 480	2 344	158,8	Z. 2 594	4 850	167,0
St. Ingbert	—	Z. 526	220	41,8	Z. 429	278	64,8	Z. 456	185	40,5	Z. 58	109	184,4
Kaiserslautern	—	Z. 2 824	1 847	65,4	Z. 2 514	2 468	98,1	Z. 1 352	1 681	124,3	Z. 1 550	1 187	76,5
Landau i. Pf.	—	Z. 611	352	57,6	Z. 291	277	95,1	Z. 546	236	43,2	Z. 546	215	39,5
Ludwigshafen a. Rh.	—	Z. 2 171	1 246	57,3	Z. 616	1 227	199,1	Z. 600	866	144,3	Z. 600	666	111,0
Neustadt a. H.	—	Z. 366	357	97,2	Z. 33	182	151,5	Z. —	154	—	Z. 100	81	81,0

Noch Tabelle VI. Brotgetreideaufkauf von 1917 bis 1920.

Kommunalverband	Kommissionär	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf	
			dz	%		dz	%		dz	%		dz	%
(Regierungsbezirk Pfalz.)													
Pirmasens	—	Z. 672	338	50,2	Z. 1 126	460	40,8	Z. 120	159	132,5	Z. 532	120	22,5
Speyer	—	Z. 1 637	1 918	117,1	Z. 3 401	2 801	82,3	Z. —	3 116	—	Z. 2 000	1 953	97,6
Zweibrücken	—	Z. 1 277	1 134	88,8	Z. 504	1 991	395,0	Z. 1 192	1 392	116,7	Z. 1 192	919	77,0
Landbezirke.													
Bergzabern	—	Ü. 4 397	11 407	259,4	Z. 11 075	11 049	99,8	Z. 6 000	7 458	124,2	Z. 6 000	6 096	101,6
Dürkheim	—	Z. 7 282	7 381	101,8	Z. 5 425	5 797	106,8	Z. 2 000	2 815	140,7	Z. 2 000	2 102	105,6
Frankenthal	—	Ü. 47 425	37 709	84,0	Ü. 43 899	37 709	85,9	Z. 28 906	29 118	100,7	Z. 28 906	23 622	83,4
Germersheim	—	Z. 15 190	12 769	84,0	Z. 29 049	12 206	42,3	Z. 5 400	6 633	122,7	Z. 7 400	7 341	99,2
Homburg	L.	Z. 36 342	43 176	118,7	Z. 50 347	46 968	93,2	Z. 31 863	29 169	91,8	Z. —	6 314	—
St. Ingbert	L.	Z. 4 295	2 891	67,8	Z. 5 362	4 093	76,8	Z. 1 834	2 830	154,8	Z. —	1 757	—
Kaiserslautern	—	Z. 27 156	17 055	62,8	Z. 22 188	22 288	100,4	Z. 16 300	16 782	102,9	Z. 16 300	11 413	70,0
Kirchheimbollen	—	Ü. 31 073	39 613	127,4	Ü. 35 406	36 381	102,7	Ü. 29 888	33 350	111,8	Ü. 29 888	26 338	88,1
Kusel	—	Ü. 36 792	33 641	91,4	Ü. 46 142	37 259	80,7	Z. 25 606	26 937	105,1	Ü. 25 606	25 314	98,8
Landau	C.P.	Z. 22 673	23 486	103,1	Z. 22 801	23 797	108,2	Z. 10 000	12 400	124,0	Z. 10 000	10 798	107,9
Landstuhl	—	—	—	—	—	—	—	Z. —	—	—	Z. 10 000	8 963	89,6
Ludwigshafen a. Rh.	L.	Ü. 20 335	24 314	119,8	Z. 16 365	18 524	113,1	Z. 10 000	11 836	118,8	Z. 10 000	10 567	105,6
Neustadt a. H.	C.P.	Z. 7 357	10 630	144,4	Z. 6 517	6 565	100,7	Z. 175	3 430	—	Z. 3 430	2 725	79,4
Pirmasens	C.P.	Z. 13 082	15 672	119,8	Z. 25 109	21 664	86,2	Z. 10 362	10 977	105,8	Z. 10 362	13 839	133,8
Rockenhausen	—	Ü. 23 085	26 705	115,6	Ü. 33 606	31 537	93,8	Z. 24 000	29 090	121,2	Ü. 24 000	22 658	94,8
Speyer	—	Z. 5 493	8 067	146,8	Z. 4 221	5 952	141,0	Z. —	3 161	—	Z. 3 000	1 838	61,2
Zweibrücken	L.	Z. 19 096	21 675	113,5	Ü. 29 873	22 307	74,6	Ü. 28 874	12 581	43,4	Ü. 18 219	15 032	82,6
Pfalz	—	332 834	307 377	92,8	397 835	355 123	89,2	236 954	248 700	104,8	214 283	206 317	96,2
Regierungsbezirk Oberpfalz.													
Kreisunmittelbare Städte.													
Amberg	—	Z. 1 969	1 950	99,0	Z. 1 682	2 228	132,4	Z. 1 046	1 327	126,7	Z. 489	864	176,7
Neumarkt Opf.	—	Z. 860	243	28,2	Z. 565	213	37,6	Z. 373	168	45,0	Z. 260	98	37,7
Regensburg	—	Z. 4 112	3 861	93,9	Z. 5 765	4 427	76,7	Z. 4 614	4 226	91,6	Z. 3 718	2 303	61,9
Schwandorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Z. 307	395	128,8
Weiden	—	Z. 2 884	3 015	104,5	Z. 2 424	2 176	89,7	Z. 2 301	2 153	93,4	Z. 2 668	1 342	50,1
Bezirksämter.													
Amberg	—	Ü. 24 264	25 486	105,0	Z. 34 939	26 987	77,8	Ü. 25 371	19 088	75,2	Ü. 18 975	11 404	60,7
Beilngries	—	Ü. 19 826	17 553	88,5	Ü. 17 793	15 222	85,5	Ü. 15 419	8 666	56,2	Ü. 18 359	8 100	44,1
Burgengenfeld	R.	Ü. 40 526	30 386	74,9	Ü. 42 340	27 838	65,7	Ü. 30 626	22 839	72,8	Ü. 18 565	13 054	70,8
Cham	R.N.	Z. 50 295	21 590	42,9	Z. 23 956	24 304	120,6	Ü. 19 705	13 517	45,4	Ü. 17 823	11 970	67,1
Eschenbach	R.	Z. 14 361	6 849	47,7	Z. 22 297	9 480	42,5	Ü. 11 027	7 495	67,9	Z. 12 427	5 101	41,0
Kemnath	R.	Z. 13 436	10 460	77,8	Z. 15 666	9 193	58,8	Ü. 15 411	7 460	48,4	Z. 8 928	4 405	49,8
Nabburg	R.	Z. 15 948	18 146	113,8	Ü. 31 826	21 904	68,8	Ü. 25 438	13 187	51,8	Ü. 15 975	9 139	57,2

Re Landr. d. d. Zentralgenoss. in Reg. (38 Kommunalverbände) Ü = Oberkreiskaufmannschaft Z = Zentralgenossenschaft

Kommunalverband	Kommissionär	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufssoll	Wirklicher Aufkauf	%	Aufkaufssoll	Wirklicher Aufkauf	%	Aufkaufssoll	Wirklicher Aufkauf	%	Aufkaufssoll	Wirklicher Aufkauf	%
		dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz
(Regierungsbezirk Oberpfalz.)													
Neumarkt	Z.D.	10 871	12 061	110,9	Z. 23 394	15 310	65,4	Ü. 9 756	8 699	89,1	Ü. 9 000	8 018	88,9
Neunburg v. W.	R.	16 106	15 096	93,7	Z. 25 039	18 481	73,8	Ü. 18 805	10 816	57,5	Ü. 13 000	9 593	73,7
Neustadt a. W.-N.	Z.D.	34 358	23 039	67,0	Z. 29 670	15 842	53,3	Ü. 28 999	15 818	54,5	Ü. 28 088	10 995	39,6
Oberveichtach	R.	9 738	8 405	86,3	Ü. 14 373	7 036	48,9	Ü. 9 823	4 667	47,4	Ü. 2 500	3 236	129,2
Parsberg	R.	48 609	43 982	90,5	Ü. 90 008	40 923	45,4	Ü. 49 844	35 176	70,5	Ü. 45 735	26 452	57,9
Regensburg	R.	117 314	106 247	90,5	Ü. 112 829	93 874	83,2	Ü. 119 313	80 063	67,1	Ü. 80 000	62 514	78,3
Riedenburg	R.	30 445	30 445	100,0	Ü. 32 926	25 849	78,5	Ü. 31 235	21 745	69,6	Ü. 22 612	13 455	59,4
Roding	R.	36 919	27 470	74,5	Z. 48 750	37 310	76,5	Ü. 33 587	23 458	68,9	Ü. 81 276	14 982	48,0
Stadtamhof	Z.D.	80 256	56 883	61,8	Ü. 91 677	67 764	73,9	Ü. 64 084	54 621	85,2	Ü. 65 015	33 783	52,2
Sulzbach	R.N.	12 060	8 144	67,5	Ü. 12 657	8 336	65,8	Z. 6 826	6 825	97,0	Z. 5 650	4 814	85,0
Tirschenreuth	R.	38 622	37 414	96,8	Z. 42 488	33 899	79,7	Ü. 22 523	26 417	116,8	Ü. 17 855	20 857	140,3
Vohenstrauß	R.	23 554	19 946	84,6	Z. 6 756	9 667	143,0	Ü. 13 750	11 932	87,0	Ü. 11 008	9 974	90,6
Waldmünchen	—	12 324	14 055	114,0	Z. 11 642	11 845	101,7	Ü. 9 812	9 488	96,6	Ü. 9 000	6 052	67,2
Oberpfalz	—	659 629	542 676	82,5	741 462	534 708	72,1	579 688	408 601	70,5	458 963	292 870	63,7

Regierungsbezirk Oberfranken.

Kreisnittelbare Städte.													
Bamberg	—	87	592	80,4	Z. 1 950	889	45,5	Z. 454	353	77,7	Z. —	152	—
Bayreuth	—	905	1 037	114,5	Z. 836	913	109,2	Z. 774	778	100,5	Z. 650	415	63,8
Forchheim	—	201	6 199	308,4	Z. 171	—	—	Z. 54	50	92,8	Z. 223	21	9,4
Hof	—	3 112	2 809	70,9	Z. 2 504	3 012	120,0	Z. 2 039	1 976	94,1	Z. 1 904	1 564	82,1
Kulmbach	—	688	598	86,9	Z. 749	626	83,5	Z. 364	375	103,0	Z. 47	192	408,5
Marktredwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Z. 268	233	87,5
Selb	—	1 644	640	38,9	Z. 825	561	68,9	Z. 601	508	84,5	Z. —	120	—
Bezirksämter.													
Bamberg I.	Z.D.	19 053	13 391	70,2	Ü. 35 770	29 389	82,1	Ü. 18 019	14 336	79,5	Ü. 10 000	10 901	109,0
Bamberg II.	R.	27 151	19 593	72,1	Ü. 31 464	35 734	113,5	Ü. 24 247	13 780	56,9	Ü. 14 999	12 274	83,5
Bayreuth	—	19 091	16 372	85,7	Ü. 27 549	21 262	77,1	Ü. 16 427	10 855	66,0	Ü. 7 565	5 185	68,4
Berneck	—	3 342	3 603	107,8	Z. 8 783	5 981	68,1	Z. 4 079	2 864	70,1	Z. 2 500	2 223	88,8
Coburg Vers.-Verb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Z. 14 611	17 151	117,9
Ebernannstadt	R.N.	5 037	5 372	106,6	Ü. 9 808	10 070	102,6	Ü. 5 704	5 236	91,7	Z. 5 200	2 875	55,2
Forchheim	R.	29 503	15 550	52,7	Ü. 35 742	17 386	48,6	Ü. 10 955	7 370	67,2	Z. 6 728	5 544	82,4
Höchstädt a. A.	Z.D.	51 683	32 215	62,3	Ü. 55 764	30 580	54,8	Ü. 45 849	16 731	36,4	Ü. 25 412	16 988	67,0
Hof	—	30 266	25 710	84,9	Z. 31 207	30 580	97,8	Ü. 26 370	23 065	87,5	Ü. 21 774	17 877	84,3
Kronach	Z.D.	5 853	4 378	74,8	Z. 16 258	11 020	67,8	Z. 6 887	6 932	100,6	Z. 4 814	4 252	88,2
Kulmbach	—	19 591	21 001	107,1	Ü. 28 828	27 227	94,5	Ü. 21 985	14 596	66,3	Ü. 12 500	9 992	79,9
Lichtenfels	Z.D.	23 984	20 425	85,1	Ü. 33 978	29 254	86,0	Ü. 17 976	13 106	72,9	Z. 7 500	9 842	140,6
Münchberg	—	8 756	10 734	122,5	Z. 12 196	11 050	90,6	Z. 5 284	6 917	131,9	Z. 4 300	4 709	112,5
Naila	—	9 707	4 063	41,9	Z. 9 608	6 016	62,6	Z. 2 336	2 712	116,0	Z. 1 000	1 660	166,0

Noch Tabelle VI. Brotgetreideaufkauf von 1917 bis 1920.

Kommunalverband	Kommissionär	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf	
			dz	%		dz	%		dz	%		dz	%

(Regierungsbezirk Oberfranken.)													
Pegnitz	—	Ü. 10 215	8 020	78,5	Ü. 15 758	9 980	63,0	Ü. 9 467	5 444	57,5	Z. 7 885	6 206	78,7
Rehan	—	Z. 13 071	8 741	66,8	Z. 14 434	7 745	53,8	Z. 7 295	6 543	89,6	Z. 6 000	6 223	105,1
Stadtsteinach	—	Z. 2 926	4 927	168,3	Z. 17 027	9 806	57,5	Z. 7 050	4 360	61,8	Z. 3 500	3 631	103,7
Staffelstein	Z.D.	Ü. 23 186	22 111	95,3	Ü. 84 293	37 253	108,8	Ü. 25 240	19 989	79,1	Ü. 18 000	16 534	92,4
Teuschnitz	Z.D.	Z. 5 557	511	14,3	Z. 5 589	2 893	51,8	Z. 1 773	1 292	72,8	Z. 1 200	898	74,8
Wunsiedel	R.N.	Z. 31 149	23 943	77,1	Z. 28 450	21 757	76,1	Z. 13 689	16 190	118,2	Z. 15 307	12 341	94,3
Oberfranken	.	343 763	272 535	79,2	459 541	332 396	83,2	274 978	196 353	71,4	193 887	170 003	87,3

(Regierungsbezirk Mittelfranken.)													
Ansbach	—	Z. 1 043	860	—	Z. 169	1 015	600,6	Z. 404	161	—	Z. —	218	—
Dinkelsbühl	—	Z. 848	1 327	127,2	Z. 966	1 056	109,8	Z. 724	332	82,1	Z. 23	321	1395,8
Eichstätt	—	Z. 4 350	1 285	63,9	Z. 729	419	57,5	Z. 696	320	44,2	Z. 298	224	75,1
Fürth	—	Z. 7 557	4 670	101,3	Z. 5 608	583	79,9	Z. 3 909	398	57,1	Z. 1 345	334	24,8
Nürnberg	—	Z. 2 852	6 753	89,4	Z. 6 940	5 452	97,2	Z. 4 935	3 497	89,4	Z. 2 212	2 826	105,1
Rothenburg o. T. . . .	—	Z. 1 273	8 694	304,8	Z. 3 635	6 870	98,9	Z. 1 679	4 543	92,0	Z. 2 339	3 532	151,0
Schwabach	—	Z. 1 273	1 499	117,7	Z. 1 104	3 285	90,3	Z. 536	1 660	98,8	Z. 1 414	1 294	91,8
Weidenburg i. B. . . .	—	Z. 918	928	101,0	Z. 1 001	1 560	141,3	Z. 298	533	99,4	Z. —	346	—
						927	92,8		395	132,5	Z. 346	327	94,5

(Regierungsbezirk Mittelfranken.)													
Ansbach	R.N.	Ü. 64 679	70 879	109,5	Ü. 86 999	71 800	82,5	Ü. 43 525	25 245	58,0	Ü. 41 233	25 450	61,7
Dinkelsbühl	Z.D.	Ü. 32 455	29 699	91,5	Ü. 40 797	23 460	57,5	Ü. 12 535	6 146	49,0	Ü. 9 389	9 748	103,8
Eichstätt	—	Ü. 41 998	47 403	112,8	Ü. 54 796	48 264	88,0	Ü. 44 126	26 016	58,9	Ü. 32 654	21 417	65,8
Erlangen	—	Ü. 17 992	13 867	74,3	Ü. 14 489	14 364	99,1	Z. 9 007	7 096	78,7	Ü. 6 942	5 439	79,2
Fenchwangen	A.	Ü. 40 729	47 906	117,8	Ü. 56 407	48 102	85,2	Ü. 18 224	13 800	75,8	Ü. 21 320	15 620	73,8
Fürth	A.	Ü. 56 323	61 596	109,3	Ü. 66 131	60 853	92,0	Ü. 49 277	27 585	55,9	Ü. 45 672	22 934	50,8
Gunzenhausen	A.	Ü. 43 746	36 865	84,2	Ü. 62 458	37 466	59,9	Ü. 27 274	11 343	41,5	Ü. 32 207	16 572	51,4
Hersbruck	—	Z. 11 103	4 630	41,7	Z. 13 118	4 739	26,1	Z. 5 743	3 180	55,3	Z. 2 927	2 696	92,1
Hilpoltstein	R.N.	Ü. 31 324	25 178	80,3	Ü. 43 787	22 148	50,5	Ü. 34 568	12 476	36,0	Ü. 20 863	13 035	62,4
Lauf	—	Z. 7 168	52 468	91,7	Z. 10 069	4 430	44,0	Z. 1 906	2 245	117,7	Z. 1 373	1 587	115,8
Neustadt a. A.	—	Ü. 57 176	4 669	70,2	Ü. 77 220	66 254	85,8	Ü. 36 836	25 648	69,9	Z. 5 064	1 737	34,1
Nürnberg	R.N.	Z. 6 647	44 830	91,9	Z. 9 369	5 721	61,0	Ü. 5 351	2 488	46,4	Ü. 33 596	27 582	82,5
Rothenburg o. T. . . .	—	Ü. 48 790	33 638	113,3	Ü. 52 016	47 094	90,5	Ü. 30 682	20 570	75,8	Ü. 15 036	14 840	98,8
Scheinfeld	Z.D.	Ü. 29 686	34 863	83,8	Ü. 22 775	34 150	149,9	Ü. 21 143	21 173	68,2	Ü. 17 566	17 777	77,7
Schwabach	—	Z. 41 573	52 466	98,5	Z. 50 832	35 274	69,3	Ü. 31 022	28 170	89,4	Ü. 40 780	34 535	85,8
Uffenheim	—	Ü. 53 207	41 982	99,3	Ü. 50 818	56 595	111,3	Ü. 31 465	17 166	78,3	Ü. 40 780	17 425	104,1
Weidenburg i. B. . . .	—	Ü. 52 269	632 321	96,3	Ü. 47 330	33 114	69,9	Ü. 21 901	278 226	63,5	Ü. 16 845	275 745	70,3
Mittelfranken	.	656 552	632 321	96,3	780 290	634 995	80,1	437 766	278 226	63,5	377 444	275 745	70,3

Kommunalverband	Kommissionär	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs-soll	Wirklicher Aufkauf	
			dz	%		dz	%		dz	%		dz	%
Regierungsbezirk Unterfranken.													
Kreisunmittelbare Städte.													
Aschaffenburg	—	Z. 1 871	1 170	62,5	Z. 1 047	1 061	101,3	Z. 204	584	193,5	Z. 134	232	173,8
Bad Kissingen	—	Z. 466	88	18,8	Z. 321	115	35,8	Z. 79	71	88,7	Z. 92	34	36,9
Kitzingen	—	Z. 732	—	—	Z. 1 134	1 178	103,8	Z. 1 266	619	48,8	Z. 778	581	74,8
Schweinfurt (siehe Land)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Würzburg	—	Z. 2 800	2 618	93,5	Z. 2 138	3 922	183,4	Z. 3 177	3 179	100,0	Z. 2 123	2 654	125,0
Bezirksämter.													
Alzenau	R.	Z. 9 970	3 440	34,5	Z. 6 113	5 402	88,3	Z. 3 435	2 349	68,3	Z. 1 500	2 180	153,8
Aschaffenburg	R.	Z. 14 291	11 465	80,2	Z. 15 463	14 136	91,4	Z. 6 736	5 251	77,9	Z. 4 500	4 809	106,8
Brückenau	R.	Z. 7 053	2 980	42,2	Z. 10 505	4 209	40,0	Z. 5 636	1 810	31,7	Z. 3 000	1 760	58,8
Ebern	—	Ü. 17 465	13 601	77,8	Ü. 35 016	24 532	70,0	Ü. 17 865	12 872	72,0	Ü. 14 410	13 406	93,4
Gemünden	R.	Ü. 14 221	7 646	53,7	Ü. 16 708	11 122	66,5	Ü. 8 135	5 448	66,9	Ü. 9 160	4 889	53,3
Gerolzhofen	—	Ü. 22 147	25 064	113,1	Ü. 45 125	45 845	101,5	Ü. 29 456	20 234	68,3	Ü. 17 865	21 938	123,2
Hammelburg	R.	Ü. 13 877	11 487	82,7	Ü. 23 420	12 875	54,9	Ü. 10 304	6 589	62,7	Ü. 5 574	4 493	80,5
Haßfurt	R.	Ü. 12 203	8 980	73,5	Ü. 22 866	16 340	71,4	Ü. 17 607	8 789	49,9	Z. 8 000	7 495	93,5
Hofheim	Z.D.	Ü. 5 237	9 069	173,1	Ü. 9 040	12 832	141,9	Ü. 15 666	10 164	64,8	Ü. 10 342	10 265	101,7
Karlstadt	Z.D.	Ü. 19 077	17 050	89,3	Ü. 40 427	30 617	75,7	Ü. 21 394	14 973	69,9	Ü. 15 029	13 112	87,2
Kissingen	R.	Ü. 23 583	14 546	61,6	Ü. 22 498	12 946	57,5	Z. 13 587	10 122	74,4	Ü. 13 458	6 842	50,8
Kitzingen	Z.D.	Ü. 42 277	45 722	108,1	Ü. 49 926	53 092	106,3	Ü. 35 805	35 644	99,5	Ü. 33 567	29 594	88,1
Königshofen	Z.D.	Ü. 15 624	12 896	81,4	Ü. 25 810	15 759	57,4	Ü. 15 167	11 659	76,8	Ü. 11 800	12 800	108,4
Lohr	Z.D.	Z. 6 671	2 432	36,4	Z. 6 517	3 547	54,4	Z. 3 461	1 794	51,8	Z. 2 715	2 297	84,5
Marktheidenfeld	Z.D.	Ü. 28 281	28 437	100,5	Ü. 33 165	33 032	99,6	Z. 16 056	18 831	117,2	Ü. 17 000	17 492	102,7
Mellrichstadt	—	Ü. 9 497	5 738	60,4	Ü. 7 902	7 874	99,6	Ü. 9 732	7 649	82,8	Ü. 5 000	4 776	95,3
Miltenberg	—	Z. 7 634	5 691	74,5	Z. 11 006	8 816	80,1	Z. 4 404	4 972	112,8	Z. 6 000	5 335	88,8
Neustadt a. S.	R.	Ü. 12 228	7 963	65,1	Ü. 11 499	8 610	74,8	Ü. 9 675	6 831	71,1	Ü. 8 000	6 381	79,7
Obernburg	Z.D.	Ü. 18 491	14 574	78,7	Ü. 22 951	17 335	75,5	Z. 12 678	7 043	55,5	Z. 9 000	6 077	68,1
Ochsenfurt	Z.D.	Ü. 31 170	27 084	86,8	Ü. 60 060	58 613	97,5	Ü. 32 146	30 974	96,3	Ü. 39 067	38 030	107,9
Schweinfurt (Vers.-Verb.)	R.	Z. 24 589	24 070	97,9	Z. 55 030	51 829	92,3	Z. 87 587	29 133	77,5	Ü. 50 920	28 215	55,6
Würzburg	R.	Ü. 32 368	22 916	70,7	Ü. 55 171	44 192	80,0	Z. 30 179	27 213	90,1	Ü. 34 036	28 679	73,5
Unterfranken	.	393 823	326 252	82,9	590 858	499 851	84,5	361 787	284 852	78,7	323 070	269 386	83,5
Regierungsbezirk Schwaben.													
Kreisunmittelbare Städte.													
Augsburg	—	Z. 3 267	2 950	90,2	Z. 2 921	2 627	83,0	Z. 1 866	1 962	105,5	Z. 1 517	1 482	97,6
Dillingen	—	Z. 663	426	64,2	—	88	—	Z. —	28	—	Z. 75	121	161,8
Donauwörth	—	Z. 688	113	16,4	Z. 473	215	45,4	Z. 29	98	338,9	Z. 141	115	81,5

Noch Tabelle VI. Brotgetreideaufkauf von 1917 bis 1920.

Kommunalverband	Kom- mis- sio- när	Ernte 1917			Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf		Aufkaufs- soll	Wirklicher Aufkauf	
			dz	%		dz	%		dz	%		dz	%

(Regierungsbezirk Schwaben.)													
Günzburg	—	Z. 1311	720	54,8	Z. 775	664	85,0	Z. 228	466	204,3	Z. 322	502	155,3
Kaufbeuren	—	Z. 144	105	72,8	Z. 228	154	67,4	Z. 132	161	121,9	Z. 53	53	—
Kempten	—	Z. —	—	—	Z. —	24	—	Z. —	—	—	Z. —	—	—
Lindau	—	Z. —	—	—	Z. —	—	—	Z. —	—	—	Z. —	—	—
Memmingen	—	Z. 603	256	42,4	Z. 223	225	100,0	Z. 1	137	—	Z. 199	58	29,1
Neuburg a. D.	—	Z. 865	858	99,1	Z. 1719	1868	108,6	Z. 1536	1583	103,0	Z. 1338	1049	78,4
Neu-Ulm	—	Z. 1588	1655	104,1	Z. 1120	1196	106,7	Z. 791	791	100,0	Z. 655	744	113,5
Nördlingen	—	Z. 3162	3121	98,7	Z. 2850	2120	74,3	Z. 839	1446	426,5	Z. 1411	1984	140,5
Bezirksämter.													
Augsburg	Z.D.	Ü. 21985	17031	77,4	Ü. 23493	14471	61,4	Z. 18470	12453	67,4	Ü. 17275	10408	60,8
Dillingen	W.	Ü. 68046	38911	57,1	Ü. 40377	26935	66,7	Z. 15795	15524	98,5	Ü. 23149	21782	95,2
Donauwörth	W.	Ü. 43417	29040	66,8	Ü. 44937	24068	53,5	Ü. 18829	10304	54,7	Ü. 12600	13388	113,1
Füssen	—	Z. —	—	—	Z. 1377	65	4,7	Z. 758	—	—	Z. —	—	—
Günzburg	R.	Ü. 40119	24814	61,8	Ü. 24000	18392	76,6	Z. 15103	14211	94,0	Ü. 14059	15225	108,2
Illertissen	W.	Ü. 24798	19798	79,8	Z. 18321	16102	87,8	Z. 8839	8924	100,0	Ü. 10354	9940	102,9
Kaufbeuren	Z.D.	Ü. 21027	23720	112,8	Ü. 23188	21824	94,1	Z. 7036	6705	95,2	Ü. 13759	9763	70,9
Kempten	Z.D.	Z. 3463	1024	29,8	Z. 1938	1112	57,3	Z. —	—	—	Z. —	—	—
Krumbach	W.	Ü. 22582	16345	72,3	Ü. 15285	14833	97,0	Z. 11039	11658	105,3	Ü. 9500	10554	111,0
Lindau	—	Z. —	250	—	Z. 153	183	119,6	Z. 50	102	204,9	Z. —	45	—
Markt Oberdorf	—	Z. —	774	—	Z. 2314	1545	66,7	Z. —	573	—	Z. —	109	—
Memmingen	W.	Z. 36290	31770	87,4	Z. 32541	28290	86,9	Z. 13742	15649	113,9	Ü. 15000	16537	125,8
Mindelheim	R.	Ü. 30133	30530	101,3	Z. 28330	25890	91,8	Z. 18015	11449	63,8	Ü. 16000	16815	108,2
Neuburg a. D.	Z.D.	Ü. 77141	58109	75,3	Ü. 69137	54358	78,6	Ü. 51731	40048	77,4	Ü. 45000	31032	69,5
Neu-Ulm	—	Ü. 29537	26918	85,0	Ü. 23069	24009	104,0	Ü. 14225	20470	143,9	Ü. 17914	16727	93,3
Nördlingen	R.N.	Ü. 46056	52172	113,2	Ü. 51528	36536	70,8	Ü. 16060	12743	79,8	Ü. 25316	25807	102,5
Schwabmünchen	R.	Ü. 28951	29171	100,7	Z. 17331	11513	66,4	Ü. 16111	9865	60,6	Ü. 20000	13906	69,7
Sonthofen	—	Z. —	—	—	Z. 92	—	—	Z. 144	—	—	Z. 158	—	—
Wertingen	—	Ü. 28131	21081	74,9	Ü. 22153	18980	85,6	Ü. 12593	11003	87,3	Ü. 12000	11415	95,1
Zusmarshausen	W.	Ü. 14156	9402	66,4	Ü. 11102	9669	87,0	Ü. 8413	6911	83,0	Ü. 6321	5236	82,8
Schwaben		548 123	441 064	81,2	460 975	357 956	77,6	251 897	215 264	85,4	264 063	234 857	88,9
Bayern		5 078 068	4 272 842	84,1	5 531 457	4 344 114	78,5	3 731 713	2 775 937	74,3	3 328 794	2 570 238	77,2

Tabelle VII. Brotgetreideablieferungen der Ernten 1918, 1919, 1920.

Aufgeführt sind nur jene Kommunalverbände, die wenigstens in einem der Berichtsjahre Getreide abzuliefern hatten oder tatsächlich abgeliefert haben.

Kommunalverband	Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
	Abliefe- rungssoll dz	Ablieferung		Abliefe- rungssoll dz	Ablieferung		Abliefe- rungssoll dz	Ablieferung	
		dz	%		dz	%		dz	%
Regierungsbezirk Oberbayern.									
Bezirksämter.									
Aichach	46 268	37 576	81,2	45 016	40 567	90,1	39 140	27 903	71,2
Altötting	30 331	32 951	108,6	24 271	14 155	58,3	32 267	9 271	28,7
Dachau	40 218	41 882	104,1	38 514	31 499	81,7	37 981	26 523	69,8
Ebersberg	19 702	9 991	50,7	15 965	4 263	26,7	18 119	4 311	23,7
Erding	80 751	44 448	55,0	55 518	32 006	57,6	59 887	37 133	62,0
Freising	81 114	63 273	78,0	55 827	41 456	74,0	53 112	33 563	63,1
Friedberg	17 656	8 104	45,9	17 707	13 968	78,8	18 573	13 483	72,6
Fürstenfeldbruck	20 670	14 743	71,3	26 743	14 306	53,4	19 970	15 645	78,3
Ingolstadt	53 494	28 593	53,4	38 367	23 259	60,6	33 736	17 333	51,4
Landsberg	25 258	17 327	68,6	13 062	9 352	71,5	17 844	9 687	54,2
Laufen	14 347	7 015	48,8	917	270	29,4	14 437	984	6,8
Mühlldorf	68 054	44 150	64,8	44 872	26 246	58,4	62 564	29 152	46,5
München	—	—	—	4 416	—	—	335	—	—
Pfaffenhofen	49 674	20 819	41,9	29 671	10 874	36,6	23 724	10 679	45,0
Schrobenhausen	46 126	34 431	74,6	28 469	21 087	74,0	25 875	21 400	82,7
Traunstein	17 275	10 289	59,5	12 607	797	6,3	20 624	1 991	9,6
Wasserburg	35 183	22 214	63,1	23 801	9 474	39,8	30 313	8 577	28,2
Wolfratshausen	658	2 151	326,8	—	—	—	—	—	—
Zusammen	646 779	439 957	68,0	475 743	293 579	61,7	508 501	267 655	52,8
Regierungsbezirk Niederbayern.									
Bezirksämter.									
Bogen	26 639	13 051	48,9	17 065	—	—	13 657	—	—
Deggendorf	26 070	9 797	37,5	13 078	985	7,5	14 664	1 378	9,3
Dingolfing	51 111	39 454	77,1	36 969	18 051	48,8	31 135	21 373	68,6
Eggenfelden	51 549	32 605	63,2	50 269	9 496	18,6	38 280	21 829	57,0
Griesbach	40 296	32 502	80,6	36 504	12 101	33,1	31 735	24 770	78,0
Kelheim	48 658	39 944	82,0	36 815	23 612	64,1	23 837	12 582	52,7
Landau a. L.	71 454	40 884	57,2	45 378	26 889	59,2	41 434	29 733	71,7
Landshut	74 633	55 712	74,6	62 965	46 068	73,3	53 870	33 914	62,9
Mainburg	37 282	25 428	68,2	20 402	11 119	54,4	25 106	10 469	41,4
Mallersdorf	77 240	62 174	80,4	62 604	48 175	76,9	51 052	39 450	77,2
Passau	5 310	4 738	89,2	—	—	—	4 722	—	—
Pfarrkirchen	20 829	18 597	89,2	18 561	1 037	5,5	18 518	10 122	54,5
Rottenburg	54 213	45 716	84,3	44 789	31 652	70,6	38 977	29 622	75,9
Straubing	125 217	101 535	81,0	95 648	70 911	76,2	89 896	75 631	84,4
Vilsbiburg	67 818	38 754	57,1	44 581	24 743	55,5	63 829	29 250	45,8
Vilshofen	51 242	24 250	47,3	39 924	8 803	22,0	23 864	10 869	45,5
Zusammen	829 561	585 141	70,5	625 552	333 642	53,3	564 576	350 992	62,2
Regierungsbezirk Pfalz.									
Landbezirke.									
Frankenthal	7 969	7 490	93,9	—	—	—	131	—	—
Kirchheimbolanden	17 736	16 271	91,7	14 968	13 443	89,8	16 201	9 201	56,7
Kusel	28 511	18 974	66,5	1 287	5 692	422,2	13 570	—	—
Rockenhausen	17 570	14 501	82,5	4 125	12 257	297,1	9 781	5 700	49,0
Zweibrücken	15 060	4 984	33,0	13 949	—	—	14 751	—	—
Zusammen	86 846	62 220	71,6	34 329	31 392	91,4	54 434	14 901	27,2
Regierungsbezirk Oberpfalz.									
Bezirksämter.									
Amberg	24 790	19 747	79,6	15 740	12 589	79,9	10 872	5 450	50,1
Beilngries	11 117	9 487	85,3	11 173	3 045	27,2	14 463	2 167	14,9
Burglengenfeld	21 171	10 328	48,7	11 870	3 000	25,2	7 665	3 000	39,4

Noch Tabelle VII. Brotgetreideablieferungen der Ernten 1918, 1919, 1920.

Kommunalverband	Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
	Ablieferungssoll dz	Ablieferung		Ablieferungssoll dz	Ablieferung		Ablieferungssoll dz	Ablieferung	
		dz	%		dz	%		dz	%
(Regierungsbezirk Oberpfalz.)									
Cham	8 693	18 101	208,2	17 090	3 889	22,7	8 061	1 188	14,7
Eschenbach	8 486	350	4,1	1 914	427	22,3	—	—	—
Kemnath	3 823	1 978	51,7	6 367	—	—	6 740	—	—
Nabburg	27 775	17 329	62,3	26 226	6 817	25,9	12 381	5 246	42,3
Neumarkt	16 441	9 454	57,5	3 299	1 979	59,9	3 123	3 662	117,2
Neunburg v. W.	19 957	15 505	77,6	13 794	7 184	52,0	9 874	5 719	57,9
Neustadt a. W.-N.	17 924	7 909	44,1	17 580	7 697	43,7	20 023	4 554	22,7
Oberviechtach	8 432	4 413	52,3	4 726	2 000	42,3	—	1 300	—
Parsberg	76 401	36 946	48,3	38 975	27 662	70,9	39 437	20 313	51,5
Regensburg	98 448	83 345	84,6	107 625	64 719	60,1	68 697	51 055	74,5
Riedenburg	28 063	21 371	76,1	25 237	15 369	60,8	18 140	8 805	48,5
Roding	39 734	30 043	75,6	25 221	21 030	83,3	23 794	7 903	33,3
Stadtamhof	62 132	37 176	59,8	39 501	23 994	63,2	42 324	10 674	25,2
Sulzbach	1 720	1 208	70,2	—	—	—	—	—	—
Tirschenreuth	20 642	21 609	104,6	5 078	9 541	187,8	5 648	7 580	134,2
Vohenstrauß	—	3 579	—	3 117	4 899	157,1	5 603	4 992	89,0
Waldmünchen	5 438	9 310	171,2	4 430	5 435	122,6	6 136	3 450	56,2
Zusammen	501 187	359 188	71,6	378 963	221 276	58,3	302 981	147 058	48,4

Regierungsbezirk Oberfranken.

Bezirksämter.									
Bamberg I	28 378	23 273	82,0	12 282	8 842	71,9	3 810	4 156	109,0
Bamberg II	23 349	30 388	130,1	15 700	7 979	50,8	7 506	5 662	75,4
Bayreuth	14 334	8 874	61,9	4 229	3 125	73,8	—	—	—
Ebermannstadt	3 749	4 572	121,9	900	721	80,1	—	—	—
Forchheim	27 634	13 373	48,8	3 797	2 212	58,2	—	1 456	—
Höchstädt a. A.	46 728	42 627	91,2	36 207	8 800	24,2	10 817	7 643	70,6
Hof	15 785	18 277	115,7	13 328	9 901	74,2	10 767	5 400	50,1
Kulmbach	15 926	15 602	97,9	12 230	6 540	53,4	3 077	1 900	61,7
Lichtenfels	11 568	8 741	75,5	303	650	214,5	—	290	—
Münchberg	—	785	—	—	—	—	—	—	—
Pegnitz	5 823	3 239	55,6	1 671	—	—	790	905	114,5
Rehau	1 607	—	—	—	—	—	—	—	—
Stadtsteinach	8 224	2 701	32,8	—	—	—	—	—	—
Staffelstein	29 451	32 228	109,4	20 835	14 188	68,0	13 332	10 818	81,1
Wunsiedel	—	2 652	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	232 556	207 332	89,1	121 482	62 958	51,8	50 099	38 230	76,3

Regierungsbezirk Mittelfranken.

Bezirksämter.									
Ansbach	77 124	61 781	80,1	34 193	18 979	55,5	32 152	19 121	59,4
Dinkelsbühl	35 333	17 761	50,2	5 846	1 440	24,6	4 354	4 307	98,3
Eichstätt	46 659	24 664	52,8	35 048	17 676	50,2	26 786	13 429	50,1
Erlangen	6 817	4 759	69,8	2 313	1 193	51,5	962	146	15,1
Feuchtwangen	47 803	41 832	87,5	13 699	8 760	63,9	16 583	11 729	70,7
Fürth	49 736	27 880	56,0	32 245	9 066	28,1	32 998	7 302	22,1
Gunzenhausen	51 124	29 116	56,9	18 625	3 534	18,9	33 026	8 578	27,2
Hilpoltstein	36 666	15 148	41,3	28 939	6 094	21,0	13 538	6 583	48,6
Neustadt a. A.	66 492	58 006	84,2	25 995	16 128	62,1	17 015	13 633	80,1
Rothenburg o. T.	48 346	42 815	88,5	27 417	19 060	69,5	30 847	24 893	80,6
Scheinfeld	17 000	27 227	160,1	16 251	5 901	36,3	8 821	9 732	110,3
Schwabach	29 466	21 252	72,1	12 227	7 106	58,1	2 615	798	30,5
Uffenheim	40 153	45 823	114,1	23 680	18 131	76,5	33 145	25 731	77,6
Weißenburg i. B.	35 411	23 056	65,1	11 556	8 565	74,1	7 321	7 750	105,3
Zusammen	588 130	441 120	75,0	288 034	141 633	49,1	250 163	153 732	61,3

Noch Tabelle VII. Brotgetreideablieferungen der Ernten 1918, 1919, 1920.

Kommunalverband	Ernte 1918			Ernte 1919			Ernte 1920		
	Ablieferungssoll dz	Ablieferung		Ablieferungssoll dz	Ablieferung		Ablieferungssoll dz	Ablieferung	
		dz	%		dz	%		dz	%

Regierungsbezirk Unterfranken.									
Bezirksämter.									
Brückenau	3 383	500	14,7	—	—	—	—	—	—
Ebern	28 826	22 053	76,5	13 636	8 096	59,3	9 949	8 155	81,9
Gemünden	9 141	4 500	49,2	1 401	148	10,5	3 091	750	24,2
Gerolzhofen	35 856	34 820	97,1	21 742	11 224	51,6	10 495	13 119	125,0
Hammelburg	15 360	7 663	49,8	2 430	1 100	45,2	1 115	—	—
Haßfurt	10 435	5 418	51,9	8 588	1 284	14,9	—	—	—
Hofheim	4 638	9 364	201,3	11 833	6 048	51,1	6 106	5 086	83,2
Karlstadt	26 142	22 863	87,4	10 365	5 071	48,9	6 445	3 050	47,1
Kissingen	11 866	3 753	31,6	1 557	773	49,9	1 630	183	11,2
Kitzingen	37 225	40 258	108,1	24 637	20 282	82,3	22 878	16 921	73,9
Königshofen	21 822	11 498	52,6	12 098	8 650	71,4	7 959	9 999	125,6
Marktheidenfeld	20 063	21 813	108,7	5 124	8 582	167,2	4 441	6 250	140,7
Mellrichstadt	1 670	2 300	137,7	4 201	2 950	70,2	142	800	563,3
Miltenberg	—	500	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt a. S.	4 411	3 150	71,4	1 463	960	65,6	1 675	1 550	92,5
Obernburg	11 863	9 350	78,8	739	—	—	—	—	—
Ochsenfurt	47 945	44 727	93,2	22 489	18 964	84,3	30 828	24 067	78,0
Schweinfurt (Versorg.- Verband)	34 203	6 950	20,3	875	—	—	14 542	—	—
Würzburg	24 823	13 518	54,4	6 287	5 572	88,6	13 106	2 776	21,1
Zusammen	349 672	264 998	75,7	149 465	99 704	66,6	134 402	92 707	69,4

Regierungsbezirk Schwaben.

Bezirksämter.									
Augsburg	3 833	1 450	37,8	1 113	511	45,9	3 285	—	—
Dillingen	25 511	16 042	62,8	3 826	5 120	133,9	12 975	11 425	88,5
Donauwörth	46 481	17 406	37,4	9 021	4 820	53,4	4 699	5 399	114,9
Günzburg	15 851	8 026	50,6	3 039	2 505	82,4	2 967	3 050	102,7
Illertissen	11 291	7 524	66,6	—	315	—	3 061	1 828	59,7
Kaufbeuren	17 432	16 001	91,7	—	—	—	8 475	3 849	45,4
Krumbach	8 889	7 077	79,6	1 376	1 400	101,7	793	2 000	252,2
Memmingen	22 933	18 128	79,0	1 005	3 750	372,9	5 457	5 000	91,6
Mindelheim	16 751	12 216	72,9	3 995	—	—	4 292	4 244	99,3
Neuburg a. D.	62 386	42 688	68,4	42 413	29 834	70,5	38 782	21 637	55,9
Neu-Ulm	17 872	15 343	85,8	7 699	11 602	150,6	11 020	9 519	86,3
Nördlingen	50 208	31 469	62,6	8 744	7 657	87,5	21 085	20 174	95,6
Schwabmünchen	7 870	4 250	54,0	3 753	3 065	81,6	14 572	5 300	36,3
Wertingen	17 097	14 152	82,7	5 983	5 501	92,0	8 566	7 462	87,1
Zusmarshausen	6 733	5 953	88,4	2 775	3 081	111,0	1 835	1 500	80,6
Zusammen	331 138	217 725	63,9	94 742	79 161	83,5	141 864	102 387	72,1
Bayern	3 565 869	2 577 681	72,2	2 168 310	1 263 345	58,2	2 007 020	1 167 662	58,2

Tabelle VIII. Wirtschaftsplan Bayerns für Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1917/18 und 1918/19.

Erntejahr	Ernteschätzung dz	Bedarf dz	Überschuß dz	Zuschuß dz
1917				
a) Vorschätzung	8 592 249	8 091 155	501 094	—
b) Nachprüfung	8 058 037	8 091 155	—	33 118
c) Nach neuerem Wirtschaftsplan	8 600 000	8 440 000	160 000	—
1918	9 404 608	9 986 480	—	581 800 ¹⁾

¹⁾ Dieser Zuschuß erhöht sich durch Ablieferungen an die Heeresverwaltung, an die Reichsgetreide-stelle usw. auf 843 850 dz.

Tabelle IX. Vorläufiger Wirtschaftsplan für Brotgetreide vom 16. August 1919 bis 15. August 1920.

(In Körnern berechnet.)

Vortrag	Vorrat an Brotgetreide dz	Vortrag	Bedarf an Brotgetreide dz
1. Ernteschätzung ¹⁾	7 454 039	1. Selbstversorger	3 240 000
2. Vorräte alter Ernte . . 73 475 dz		2. Versorgungsberechtigte	5 796 065
davon ab:		3. Saatgut	1 422 676
Verbrauch neuer Ernte		4. Zulagen für Schwerarbeiter	317 106
für Rechnung des Wirt-		5. Zulagen für Schwerstarbeiter	45 310
schaftsjahres 1918/19		6. Betriebe	5 000
(vor dem 16. Aug. 1919) 45 630 dz	27 845	7. Militärurlauber	15 076
3. 20 % Gerste zur Brotstreckung =		8. Fremde	94 130 ²⁾
1 309 300 dz Gerste =	1 207 650	9. Zulagen für Militärpersonen	4 790
		10. Freigabe von Hintergetreide	70 000 ³⁾
		11. Bewegungsbestand (12,7 % = $\frac{1}{8}$ des	
		Reichsbedarfs)	187 500
		12. Mehlszulage wegen Fehlens von	
		Kartoffeln	100 000 ⁴⁾
		13. Erntearbeiterzulage	8 519
Zusammen	8 689 534	Zusammen	11 306 172
Demgegenüber Bedarf	11 306 172		
Fehlbetrag insgesamt	2 616 638		

¹⁾ Die Erhöhung der Ernteschätzung gehört nicht in den Wirtschaftsplan hinein, da sie nur eine Maßnahme zur besseren Erfassung der amtlichen Ernteschätzung bedeutet, wirklich erfaßbare Vorräte aber nicht hinter ihr stehen.

²⁾ Wie im Vorjahr.

³⁾ Infolge des hohen Brandbefalls bei Weizen, der Schartigkeiten des Roggens und der vielfachen Hagelschäden erhöht sich dieser Posten gegenüber den Vorjahren.

⁴⁾ Der Ansatz von 100 000 dz Getreide dürfte mit Rücksicht auf den bestehenden Kartoffelmangel nicht zu hoch gegriffen sein.

Tabelle X. Wirtschaftsplan Bayerns für Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1920/21.**a) Vorrat.**

Vortrag	Brot- getreide dz
Ernteschätzung 1920	7 625 652
Davon ab:	
Bedarf der 2 500 000 Selbstversorger 3 600 000 dz	
Bedarf für Saatgut 1 345 454 dz	4 945 454
Verbleibt Aufkaufssoll	2 680 198
Dazu:	
Vorräte alter Ernte	190 000
Gerstenlieferungen an die Kommunalverbände	
zur Brotstreckung 195 330 dz Gerste = 173 805 dz Brotgetreide	
hiervon ab für Malzlieferungen Bayerns an	
außerbayerische Brauereien 133 000 dz Gerste = 109 530 dz Brotgetreide	64 275
Zusammen	2 934 473
Hiervon ab:	
Verbrauch neuer Ernte vor dem 16. August 1922	50 000
Vorrat	2 884 473
Demgegenüber Bedarf der Versorgungsberechtigten Bayerns	4 252 778
Ungedeckter Fehlbetrag	1 368 305
Bis zum 28. März 1921 erhalten	918 190
Restlicher Zuschußbedarf in Brotgetreide	450 115
Hierzu 10 % Streckungsmittel	167 304
Zuschußbedarf insgesamt	517 419

Noch Tabelle X. Wirtschaftsplan Bayerns für Brotgetreide im Wirtschaftsjahre 1920/21.

b) Bedarf.

Vortrag	Zeit	Bedarf		Hierunter 10% Streckungs- mittel		Restbedarf an Brotgetreide	
		in Mehl dz	in Ge- treide dz	in Mehl dz	in Ge- treide dz	in Mehl dz	in Ge- treide dz
1. 4 750 000 Versor- gungsberechtigte (nachträgl. erhöht auf 4 903 000)	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	579 500 1 586 500 1 301 500	643 889 1 866 470 1 531 176	— — 130 150	— — 153 117	579 500 1 586 500 1 171 350	643 889 1 866 470 1 378 059
2. Schwer- arbeiter- zulage	monatlich 16 450 dz Mehl monatlich 15 000 dz Mehl	32 900 8 225 75 000 67 500	36 333 9 676 88 235 79 412	— — — 6 750	— — — 7 941	32 900 8 225 75 000 60 750	36 333 9 676 88 235 71 471
3. Schwerstarbeiter- zulage für 99 626 Schwerstarbeiter	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	6 685 18 301 15 014	7 428 21 531 17 664	— — 1 501	— — 1 766	6 685 18 301 13 513	7 428 21 531 15 898
4. Sonstiger Bedarf							
a) Militäurlauber	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	793 2 171 1 781	881 2 554 2 095	— — 178	— — 209	793 2 171 1 603	881 2 554 1 886
b) Fremde	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	15 067 41 249 33 839	16 741 48 528 39 811	— — 3 383	— — 3 981	15 067 41 249 30 456	16 741 48 528 35 830
c) Militärpersonen	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	488 1 336 1 096	542 1 572 1 289	— — 110	— — 129	488 1 336 986	542 1 572 1 160
d) Sonstige Zulagen	16. Aug. 1920 bis 15. Okt. 1920 16. Okt. 1920 bis 31. März 1921 1. April 1921 bis 15. Aug. 1921	610 1 670 1 370	678 1 965 1 612	— — 137	— — 161	610 1 670 1 233	678 1 965 1 451
Insgesamt		3 792 595	4 420 082	142 209	167 304	3 650 386	4 252 778

Tabelle XI. Vorräte und Verbrauch an Brotgetreide und Mehl in Bayern 1917/18 bis 1920/21.

Vortrag	Wirtschaftsjahr							
	1917/18		1918/19		1919/20		1920/21	
	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz
Vorräte alter Ernte an Brotgetreide und Mehl am 16. August	—	147 375	—	145 730	—	73 475	—	212 142
Vorräte aus alter Ernte an Gerste am 16. August	—	(16. 8. 1917)	—	(16. 8. 1918)	—	(16. 8. 1919)	—	(16. 8. 1920)
Landesrücklage	—	—	—	31 154	42 297	38 247	63 922	60 371
Gesamtaufkauf an Brotgetreide . .	—	4 272 842	—	4 344 114	—	2 775 937	—	2 570 238
Lieferungen von Gerste zur Brot- bereitung	204 200	184 649	466 210	421 573	826 458	723 991	262 641	229 597
Lieferungen von der Reichsgetreide- stelle (Mehllieferungen in Getreide umgerechnet)	—	—	—	—	—	428 673	—	1 736 484
Zusammen	—	4 604 866	—	4 942 571	—	4 098 578	15 000	14 167
Davon ab:								
Vorräte der Kommunalverbände am 16. August des folgenden Jahres .	—	145 730	—	111 722	—	272 513	—	168 337
Landesrücklagevorräte am 16. August des folgenden Jahres	—	(16. 8. 1918)	—	(einschl. Gerste) (16. 8. 1919)	—	(einschl. Gerste) (16. 8. 1920)	—	(16. 8. 1921)
Verbrauch vor dem 16. August des jeweiligen Wirtschaftsjahres, für das die Feststellung getroffen wird	—	31 154	—	36 765	—	9 795	—	126
	—	(16. 8. 1918)	—	(16. 8. 1918)	12 636	11 934	3	3
	—	60 772	—	147 562	—	21 841	—	28 228
	—		—		3 031	2 740	4 503	4 253

Noch Tabelle XI. Vorräte und Verbrauch an Brotgetreide und Mehl in Bayern 1917/18 bis 1920/21.

Vortrag	Wirtschaftsjahr							
	1917/18		1918/19		1919/20		1920/21	
	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz	Gerste dz	Brot- getreide dz
Lieferungen an die Reichsgetreide- stelle	—	323 608	—	43 556	—	—	—	—
Lieferungen an die Heeresverwaltung	—	281 719	—	210 543	—	1 069	—	—
Lieferungen an die Weißbier- brauereien	—	3 813	—	2 443	—	652	—	2 878
Abgabe an Österreich	—	—	—	12 000	—	—	—	—
Verbleibt tatsächlicher Verbrauch	·	3 758 070	·	4 356 490	·	3 778 034	·	4 640 903

Tabelle XII. Brotgetreideaufkaufssoll und Brotgetreideerfassung im Wirtschaftsjahre 1920/21.

Regierungsbezirk bzw. Kommunalverband	Brot- getreide- anbau- fläche	Fest- gesetztes Aufkaufs- soll	Auf 1 ha Anbau- fläche trifft ein Aufkaufs- soll von	Bis Mitte Mai 1921 tat- sächlich auf- gekauft	% des Auf- kaufs- solls	Auf 1 ha Anbau- fläche trifft ein Aufkauf von	Zahl der Selbst- versorger	Auf 1 ha Anbau- fläche treffen Selbst- versorger
	ha	dz	dz	dz		dz		

1. In den acht Regierungsbezirken und in Bayern insgesamt.

Oberbayern	138 639	749 670	5,41	554 027	73,9	4,00	363 638	2,82
Niederbayern	127 676	738 859	5,78	560 010	75,8	4,39	340 057	2,66
Pfalz	42 703	213 000	4,99	204 789	96,1	4,80	248 607	5,82
Oberpfalz	97 087	450 441	4,64	290 729	64,5	2,99	269 703	2,78
Oberfranken	70 400	190 422	2,64	168 328	88,4	2,89	247 940	3,52
Mittelfranken	85 353	376 934	4,42	274 697	72,9	3,22	255 710	3,00
Unterfranken	65 804	316 036	4,80	267 445	84,6	4,06	294 138	4,47
Schwaben	76 939	259 455	3,37	233 116	89,8	3,03	291 914	3,79
Bayern insgesamt	704 601	3 294 817	4,68	2 553 141	77,5	3,62	2 311 707	3,38

2. In den niederbayerischen Kommunalverbänden.

Deggendorf-Stadt	48	179	3,78	153	85,4	3,19	250	5,21
Landshut-Stadt	116	1 245	10,73	543	48,6	4,68	367	3,15
Passau-Stadt	71	37	0,52	91	243,2	1,28	293	4,13
Straubing-Stadt	239	1 445	6,05	2 883	199,5	12,06	863	3,61
Bogen	6 115	21 684	3,55	11 295	52,0	1,84	18 118	2,96
Deggendorf-Land	6 115	29 772	4,87	20 193	67,8	3,80	20 979	3,43
Dingolfing	6 253	37 585	6,01	30 825	82,0	4,93	14 913	2,38
Eggenfelden	9 110	47 921	5,26	34 737	72,4	3,81	27 270	2,99
Grafenau	2 014	1 500	0,75	1 307	87,1	0,85	8 800	4,37
Griesbach	7 018	42 831	6,10	38 121	89,0	5,43	19 125	2,73
Kelheim	7 474	36 785	4,92	25 869	70,8	3,46	17 165	2,30
Kötzting	3 345	6 466	1,93	3 702	57,2	1,11	7 883	2,86
Landau a. I.	6 527	49 125	7,53	41 215	43,8	6,31	13 357	2,05
Landshut-Land	8 644	64 491	7,46	48 371	75,0	5,60	14 951	1,73
Mainburg	4 226	28 051	6,64	17 559	62,5	4,16	13 817	3,27
Mallersdorf	6 853	59 925	8,74	51 476	85,9	7,51	12 843	1,87
Passau-Land	5 209	19 568	3,75	13 441	68,6	2,58	19 663	3,77
Pfarrkirchen	6 403	34 912	5,45	29 009	83,0	4,53	17 264	2,70
Regen	2 128	1 138	0,53	1 194	104,9	0,56	7 000	3,29
Rottenburg	6 028	43 051	7,14	34 478	80,0	5,72	12 912	2,14
Straubing-Land	8 848	94 943	10,73	81 917	86,2	9,26	16 875	1,91
Viechtach	2 942	1 992	0,68	1 879	94,8	0,64	12 738	4,33
Vilsbiburg	8 663	72 476	8,37	38 433	53,0	4,43	18 527	2,14
Vilshofen	8 316	37 737	4,53	28 471	75,8	3,42	24 329	2,93
Wegscheid	1 662	1 000	0,60	650	65,0	0,39	6 236	3,75
Wolfstein	3 309	3 000	0,90	2 198	73,2	0,66	13 519	4,09
Reg.-Bez. Niederbayern	127 676	738 859	5,78	560 010	75,7	4,38	340 057	2,66

Tabelle XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuß und Zuschuß der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22.

Kommunalverband	Getreideaufkauf 1920/21				1921/22								
	Brot- ge- treide	Ger- ste	Hafer	zu- sam- men	Umlagensoll nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1921 ¹⁾	Zahl der Versorgungsberechtigten nach Feststellung der Kommunal- verbände vom 15. Juli 1921	Bedarf				Sohin		
							der Versorgungs- berechtigten in Mehl (200 g tägl.)	für Militärpersonen in Mehl	für Schwer- und Schwerstarbeiter vom 16. August bis 15. Sep- tember 1921 in Mehl	zusammen		Über- schuß-	Zu- schuß-
										in Mehl	in Getreide (Ausmahlung zu 85 %)		
dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz
Regierungsbezirk Oberbayern													
Kreisunmittelb. Städte.													
Freising	1113	17	528	1658	1000	15381	11228	—	64	11292	13285	—	12285
Ingolstadt	1553	42	276	1871	1270	26340	19228	33	67	19328	22739	—	21469
Landsberg	942	—	120	1062	900	6961	5081	83	19	5183	6098	—	5198
München	3354	864	433	4651	4000	660343	482050	1087	1739	484876	570443	—	566443
Rosenheim	85	—	—	85	100	17872	13047	—	79	13126	15443	—	15343
Traunstein	12	—	5	17	—	9168	6693	—	21	6714	7899	—	7899
Bezirksämter.													
Aibling	1747	411	1001	3159	3000	19059	13913	—	164	14077	16561	—	13561
Aichach	39931	11110	26904	77945	31076	9395	6858	—	30	6888	8103	22973	—
Altötting	38863	1193	10901	50957	28016	31228	22796	—	152	22948	26998	1018	—
Berchtesgaden	52	5	14	71	—	24611	17966	79	96	18141	21342	—	21342
Dachau	41300	10224	16203	67727	38802	15134	11048	—	60	11108	13069	25733	—
Ebersberg	15695	6066	4206	25967	24500	17326	12648	—	14	12662	14896	9604	—
Erding	59257	18347	16962	94566	59500	17700	12921	—	120	13041	15342	44158	—
Freising	46641	13401	20931	80973	58000	13000	9490	—	122	9612	11308	46692	—
Friedberg	22214	14074	19312	55600	25367	9759	7124	—	61	7185	8442	16925	—
Fürstenfeldbruck	30797	18992	17935	67724	32500	15600	11388	—	40	11428	13445	19055	—
Garmisch	—	—	—	—	—	22757	16618	19	93	16725	19677	—	19677
Ingolstadt	27644	30293	7450	65387	37800	14864	10851	—	51	10902	12826	24974	—
Landsberg	19124	17188	18034	54346	24377	11044	8032	—	51	8113	9557	14820	—
Laufen	19778	1501	9017	30296	12500	17859	13037	—	60	13097	15409	—	2909
Miesbach	11	—	—	11	—	38776	28306	—	254	28560	33600	—	33600
Mühlldorf	52529	20016	7373	79918	51000	23886	17437	—	122	17559	20657	30343	—
München	22203	12725	3832	38760	36956	46769	34141	—	184	34325	40382	—	3426
Pfaffenhofen	22963	6328	21473	50764	33500	16316	11911	—	61	11972	14085	19415	—
Rosenheim	5045	1861	2270	9176	1950	26956	19678	—	173	19851	23354	—	21404
Schongau	501	191	666	1358	550	15449	11278	—	76	11354	13358	—	12808
Schrobenhausen	28447	4037	19373	51857	23500	7672	5601	—	14	5615	6605	16895	—
Starnberg	5024	3019	6131	14174	9150	19165	13990	—	61	14051	16531	—	7381
Tölz	75	—	—	75	—	21860	15958	—	92	16050	18882	—	18882
Traunstein	25824	659	12320	38803	30974	29534	21560	—	86	21646	25466	5508	—
Wasserburg	22696	7703	18562	48961	26500	18004	13143	—	19	13162	15484	11016	—
Weilheim	210	—	479	689	500	32795	23940	—	256	24196	28466	—	27966
Wolftratshausen	2288	81	372	2741	900	11537	8422	—	31	8453	9944	—	9044
Oberbayern	557918	200348	263083	1021349	598188	1284120	937407	1301	4532	943240	1109696	309129	820637
Regierungsbezirk Niederbayern.													
Kreisunmittelb. Städte.													
Deggendorf	153	—	10	163	100	7152	5221	—	10	5231	6154	—	6054
Landshut	543	—	78	621	600	26144	19085	—	60	19145	22523	—	21923
Passau	91	53	4	148	—	22249	16242	54	66	16362	19250	—	19250
Straubing	2885	301	245	3431	1500	22325	16297	88	55	16440	19342	—	17842
Bezirksämter.													
Bogen	11350	6923	25137	43410	16867	12028	8780	—	50	8830	10388	6479	—
Deggendorf	20230	11695	20379	52304	26000	21139	15431	—	31	15462	18190	7810	—
Dingolfing	30951	25454	13000	69405	36463	10004	7303	—	23	7326	8619	27844	—
Eszenfelden	34843	9002	21471	65316	36000	14872	10857	—	37	10894	12817	23183	—
Grafenau	1312	—	5489	6801	2700	12009	8767	—	54	8821	10378	—	7678
Griesbach	38455	27527	7753	73735	34420	15869	11584	—	51	11635	13688	20732	—
Kellheim	25325	26526	10574	62925	35400	18000	13140	—	56	13196	15525	19875	—
Kötzting	3708	—	13472	17180	6000	18364	13406	—	52	13458	15833	—	9833

¹⁾ Das Umlagensoll hat später noch einige unbedeutende Abänderungen erfahren.

Noch Tabelle XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuß und Zuschuß der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22.

Kommunalverband	Getreideaufkauf 1920/21				1921/22								
	Brot- ge- treide	Ger- ste	Hafer	zu- sam- men	Umlagensoll nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1921 ¹⁾	Zahl der Versorgungsberechtigten nach Feststellung der Kommunal- verbände vom 15. Juli 1921.	Bedarf					Sohin	
							der Versorgungs- berechtigten in Mehl (200 g tägl.)	für Militärpersonen in Mehl	für Schwer- und Schwerstarbeiter vom 16. August bis 15. Sep- tember 1921 in Mehl	zusammen		Über- schuß-	Zu- schuß-
										in Mehl	in Getreide (Ausmahlung zu 85 %)		
dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz
(Regierungsbezirk Niederbayern.)													
Landau a. I.	41463	30601	5117	78181	48789	9384	6850	—	42	6892	8108	40681	—
Landshut	48612	28864	11993	89469	58721	16017	11692	—	30	11722	13790	44931	—
Mainburg	17713	8452	8478	34643	14425	7210	5263	—	30	5293	6227	8198	—
Mallersdorf	51864	40961	7000	99825	53467	12997	9488	—	44	9532	11214	42253	—
Passau	13494	3507	12336	29337	12000	25253	18435	—	89	18524	21793	—	9793
Pfarrkirchen	29086	6508	19082	54676	25945	23640	17257	—	58	17315	20370	5575	—
Regen	1200	—	2622	3822	1500	23479	17140	—	75	17215	20253	—	18753
Rottenburg	35138	25685	8913	69736	33750	6200	4526	—	11	4537	5337	28413	—
Straubing	82118	68556	6857	157531	79245	6637	4845	—	40	4885	5747	73498	—
Viechtach	1881	—	4343	6224	500	13650	9965	—	32	9997	11762	—	11262
Vilsbiburg	38877	13301	16876	69054	51000	13870	10125	—	18	10143	11933	39067	—
Vilshofen	28490	38612	23819	90921	44500	21439	15650	—	61	15711	18483	26017	—
Wegscheid	662	—	734	1396	300	14821	10819	—	60	10879	12799	—	12499
Wolfstein	2198	—	5336	7534	1000	19775	14436	—	71	14507	17066	—	16066
Niederbayern	563142	372528	252118	1187788	621192	414527	302604	142	1206	303952	357589	414556	150953
Regierungsbezirk Pfalz.													
Kreisunmittelb. Städte.													
Frankenthal	4350	2555	30	6935	1800	22496	16422	—	95	16517	19431	—	17631
St. Ingbert	109	—	—	109	—	17697	12919	—	162	13081	15389	—	15389
Kaiserslautern	1187	14	—	1201	480	58652	42816	—	275	43091	50695	—	50215
Landau i. Pf.	215	10	—	225	100	14342	10470	—	17	10487	12338	—	12238
Ludwigshafen a. Rh.	666	226	—	892	100	96091	70146	—	690	70836	83336	—	83236
Neustadt a. H.	81	—	—	81	—	20514	14975	—	38	15013	17663	—	17663
Pirmasens	120	—	—	120	100	40612	29647	—	141	29788	35043	—	34943
Speyer	1953	546	20	2519	1200	24689	18023	37	101	18161	21367	—	20167
Zweibrücken	919	59	580	1558	500	14174	10347	—	33	10380	12212	—	11712
Landbezirke.													
Bergzabern	6096	392	660	7148	500	27000	19710	—	29	19739	23221	—	22721
Dürkheim	2102	564	—	2666	300	22475	16407	—	18	16425	19323	—	19023
Frankenthal	23622	20392	340	44354	13400	38698	28250	—	284	28534	33569	—	20169
Germersheim	7341	975	200	8516	1800	25366	18517	—	53	18570	21848	—	20048
Homburg	6314	—	220	6534	8500	31314	22859	—	106	22965	27018	—	18518
St. Ingbert	1757	—	—	1757	200	22550	16462	—	100	16562	19485	—	19285
Kaiserslautern	11413	2224	600	14237	7000	26232	19149	—	67	19216	22607	—	15607
Kirchheimbolanden	26338	43572	2510	72420	23000	19005	13874	—	30	13904	16357	6643	—
Kusel	25314	5926	1630	32870	2600	31042	22661	—	116	22777	26797	—	24197
Landau	10798	2552	550	13900	1300	31831	23237	—	45	23282	27390	—	26090
Landstuhl	8963	140	—	9103	400	17316	12641	—	69	12710	14953	—	14553
Ludwigshafen a. Rh.	10567	5359	80	16006	2500	28603	20380	—	60	20940	24636	—	22136
Neustadt a. H.	2725	727	330	3782	300	25070	18301	—	60	18361	21602	—	21302
Pirmasens	13839	141	670	14650	1400	38869	28374	—	110	28484	33510	—	32110
Rockenhausen	22658	28782	2050	53490	15000	21000	15330	—	40	15370	18082	—	3082
Speyer	1838	1401	10	3249	400	14756	10772	—	31	10803	12709	—	12309
Zweibrücken	15032	518	210	15760	4500	21680	15826	—	45	15871	18671	—	14171
Pfalz	206317	117075	10690	334082	87380	752074	549015	37	2815	551867	649252	6643	568515
Regierungsbezirk Oberpfalz.													
Kreisunmittelb. Städte.													
Amberg	864	872	6	1742	400	25810	18841	527	69	19437	22867	—	22467
Neumarkt Opf.	98	—	143	241	70	7205	5260	—	20	5280	6212	—	6142
Regensburg	2303	1054	84	3441	2675	54633	39919	174	187	40280	47389	—	44714
Schwandorf	395	—	—	395	—	8636	6304	—	60	6364	7487	—	7487
Weiden	1342	—	373	1715	700	19202	14017	—	78	14095	16583	—	15883

¹⁾ Das Umlagensoll hat später noch einige unbedeutende Abänderungen erfahren.

Noch Tabelle XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuß und Zuschuß der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22.

Kommunalverband	Getreideaufkauf 1920/21				1921/22							
	Brot- ge- treide	Ger- ste	Hafer	zu- sam- men	Umlagensoll nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1921 ¹⁾ Zahl der Versorgungsberechtigten nach Feststellung der Kommunal- verbände vom 15. Juli 1921	Bedarf					Sohin	
						der Versorgungs- berechtigten in Mehl (200 g tägl.)	für Militärpersonen in Mehl	für Schwer- und Schwerverarbeiter vom 16. August bis 15. Sep- tember 1921 in Mehl	zusammen		Über- schuß-	Zu- schuß-
									in Mehl	in Getreide (Ausmahlung (zu 85 %))		
dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz

(Regierungsbezirk Oberpfalz.)

Bezirksämter.													
Amberg	11404	7658	2930	21992	14800	11176	8158	—	31	8189	9635	5165	—
Beilngries	8100	18010	3506	29616	13230	5185	3785	—	33	3818	4492	8738	—
Burglengenfeld	13054	8335	2640	24029	19000	14567	10634	—	196	10330	12741	6259	—
Cham	11970	2445	20438	34853	16000	16684	12179	—	40	12219	14375	1625	—
Eschenbach	5101	8409	4185	17695	10000	10932	7980	37	52	8069	9493	507	—
Kemnath	4405	5426	15920	25751	9000	13822	10090	—	34	10124	11911	—	2911
Nabburg	9139	1542	2155	12836	4737	6500	4745	—	48	4793	5639	—	902
Neumarkt	8018	10243	7778	26039	4100	9000	6570	—	44	6614	7781	—	3681
Neunburg v. W.	9593	1312	8600	19505	5200	5647	4122	—	20	4142	4873	327	—
Neustadt a. W.-N.	10995	698	16120	27813	11968	14356	10480	—	62	10542	12402	—	434
Oberviechtach	3236	395	8618	12249	4100	5720	4176	—	20	4196	4937	—	837
Parsberg	26452	27391	17699	71542	34500	8302	6060	—	40	6100	7176	27324	—
Regensburg	62514	43328	14577	120419	66200	15711	11469	—	71	11540	13576	52624	—
Riedenburg	13455	18298	2411	34164	19000	6470	4723	—	30	4753	5591	13409	—
Roding	14952	366	15320	30638	18500	9200	6716	—	28	6744	7934	10566	—
Stadtamhof	33783	27410	5983	67176	43820	35645	26021	—	118	26139	30751	13069	—
Sulzbach	4814	10399	3435	18648	9000	11793	8609	—	55	8664	10193	—	1193
Tirschenreuth	20857	940	43520	65317	28000	21845	15947	—	74	16021	18848	9152	—
Vohenstrauß	9974	67	18830	28871	11261	10000	7300	—	33	7333	8627	2634	—
Waldmünchen	6032	53	11464	17569	8400	9122	6659	—	14	6673	7850	550	—
Oberpfalz	292870	194651	226735	714256	354661	357213	260764	738	1457	262959	309363	151949	106651

Regierungsbezirk Oberfranken.

Kreisunmittelb. Städte.													
Bamberg	153	117	91	361	50	47412	34611	50	78	34739	40870	—	40820
Bayreuth	415	471	62	948	350	32996	24087	120	95	24302	28591	—	28241
Forchheim	21	57	112	190	50	9317	6801	—	18	6819	8022	—	7972
Hof	1564	41	154	1759	900	40539	29630	—	164	29794	35052	—	34152
Kulmbach	192	95	27	314	100	11240	8205	—	41	8246	9702	—	9602
Marktredwitz	233	—	—	233	100	7919	5781	—	35	5816	6843	—	6743
Selb	120	—	50	170	—	12750	9306	—	87	9393	11050	—	11050
Bezirksämter.													
Bamberg I	10901	20738	3831	35470	12987	8213	5995	—	30	6025	7088	5899	—
Bamberg II	12274	10147	4204	26625	6500	8863	6470	—	30	6500	7647	—	1147
Bayreuth	5185	15204	2585	22974	14000	13387	9773	—	36	9809	11540	2460	—
Berneck	2223	3441	4800	10464	2800	9340	6818	—	31	6849	8057	—	5257
Coburg (Versorg.- Verband)	17151	4976	1653	23780	7026	58868	42974	—	169	43143	50756	—	43730
Ebermannstadt	2875	21271	3026	27172	4000	5859	4277	—	28	4305	5065	—	1065
Forchheim	5544	19714	1013	26271	12489	10225	7464	—	30	7494	8816	3673	—
Höchstädt a. A.	16938	5774	5006	27768	20100	9500	6935	—	44	6979	8211	11889	—
Hof	17876	3983	19450	41309	17900	16372	12317	—	84	12401	14589	3311	—
Kronach	4232	2416	977	7645	3455	28060	20484	—	128	20612	24250	—	20795
Kulmbach	9992	15655	2302	27949	11459	11310	8256	—	35	8291	9754	1705	—
Lichtenfels	9842	14440	5112	29394	10704	24826	18123	—	77	18200	21412	—	10708
Münchberg	4709	50	20590	25349	6000	17836	13020	—	70	13090	15400	—	9400
Naila	1660	6	7550	9216	2500	18232	13309	—	92	13401	15767	—	13267
Pegnitz	6206	10133	1636	17975	4800	9400	6862	—	30	6892	8109	—	3309
Rehau	6223	37	10690	16950	5300	15625	11406	—	100	11506	13537	—	8237
Stadtsteinach	3631	5045	608	9284	6000	9473	6915	—	30	6945	8170	—	2170

¹⁾ Das Umlagensoll hat später noch einige unbedeutende Abänderungen erfahren.

Noch Tabelle XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuf und Zuschuf der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22.

Kommunalverband	Getreideaufkauf 1920/21				1921/22								
	Brot- ge- treide	Ger- ste	Hafer	zu- sam- men	Umlagensoll nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1921 ¹⁾	Zahl der Versorgungsberechtigten nach Feststellung der Kommunal- verbände vom 15. Juli 1921	Bedarf				Sohin		
							der Versorgungs- berechtigten in Mehl (200 g tägl.)	für Militärpersonen in Mehl	für Schwer- und Schwerstarbeiter vom 16. August bis 15. Sep- tember 1921 in Mehl	zusammen	Über- schuß	Zu- schuß	
													in Mehl
dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	Getreide dz	
(Regierungsbezirk Oberfranken.)													
Staffelstein . . .	16534	16711	5339	38584	20200	6450	4709	—	20	4729	5564	14636	—
Teuschnitz . . .	898	—	466	1364	1000	19449	14198	—	77	14275	16794	—	15794
Wunsiedel . . .	12341	6730	30620	49691	16500	37292	27223	—	90	27313	32133	—	15633
Oberfranken	170003	177252	131954	479209	187270	501303	365949	170	1749	367868	432789	43573	289092
(Regierungsbezirk Mittelfranken.)													
Kreisunmittelb. Städte.													
Ansbach . . .	218	116	77	411	100	20010	14607	15	64	14686	17279	—	17179
Dinkelsbühl . . .	321	18	192	531	100	3997	2918	—	16	2934	3452	—	3352
Eichstätt . . .	224	356	5	585	400	7237	5283	—	16	5299	6234	—	5834
Erlangen . . .	334	—	—	334	50	23935	17473	49	40	17562	20661	—	20611
Fürth . . .	2326	737	7	3070	1485	69422	50678	77	198	50953	59945	—	58460
Nürnberg . . .	3532	294	—	3826	1591	373579	272713	250	1271	274234	322628	—	321037
Rothenburg o. T. .	1294	1169	261	2724	1728	7917	5779	—	22	5801	6825	—	5097
Schwabach . . .	346	243	21	610	300	10680	7796	—	31	7827	9208	—	8908
Weißenburg i. B.	327	643	73	1043	500	6910	5044	—	25	5069	5963	—	5463
Bezirksämter.													
Ansbach . . .	25450	14908	5466	45824	35300	11412	8331	3	31	8365	9841	25459	—
Dinkelsbühl . . .	9748	9859	3702	23309	12600	6908	5043	—	33	5076	5971	6629	—
Eichstätt . . .	21417	37077	1755	60249	33784	10610	7745	—	36	7781	9154	24630	—
Erlangen . . .	5499	3231	10	8740	4700	8201	5987	—	21	6008	7069	—	2369
Feuchtwangen . .	15620	7271	10411	33302	11000	6800	4964	—	39	5003	5886	5114	—
Fürth . . .	22994	21926	1312	46232	34199	18200	13286	—	77	13363	15721	18478	—
Gunzenhausen . .	16572	25116	4200	45888	23900	10879	7942	—	45	7987	9397	14503	—
Hersbruck . . .	2696	3776	2014	8486	2200	12276	8961	—	59	9020	10611	—	8411
Hilpoltstein . . .	13035	18745	4204	35984	17900	8456	6173	—	35	6208	7303	10597	—
Lauf . . .	1587	1936	121	3644	400	19464	14209	—	50	14259	16775	—	16375
Neustadt a. A. . .	22442	8818	8995	40255	26100	13070	9541	—	30	9571	11260	14840	—
Nürnberg . . .	1727	847	4	2578	800	19993	14595	—	55	14650	17236	—	16436
Rothenburg o. T. .	27582	16899	24958	69439	32450	4184	3054	—	20	3074	3617	28833	—
Scheinfeld . . .	14840	4206	15359	34405	17500	6500	4745	—	24	4769	5610	11890	—
Schwabach . . .	13654	7137	26	20817	10100	22733	16595	—	59	16654	19594	—	9494
Uffenheim . . .	34535	60491	25000	120026	57200	10840	7913	—	33	7946	9347	47853	—
Weißenburg i. B.	17425	31519	2225	51169	24500	12900	9417	—	79	9496	11172	13328	—
Mittelfranken	275745	277338	110398	663481	350887	727113	530792	394	2409	533595	627759	222154	499026
(Regierungsbezirk Unterfranken.)													
Kreisunmittelb. Städte.													
Aschaffenburg . .	232	—	—	232	100	32341	23609	—	133	23742	27931	—	27831
Bad Kissingen . .	34	—	—	34	50	8761	6396	—	17	6413	7545	—	7495
Kitzingen . . .	581	156	221	958	400	9558	6977	—	16	6993	8226	—	7826
Schweinfurt (siehe Land) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Würzburg . . .	2654	1829	226	4709	1800	87436	63828	250	175	64253	75592	—	73792
Bezirksämter.													
Alzenau . . .	2180	200	239	2619	300	16048	11715	—	68	11783	13862	—	13562
Aschaffenburg . .	4809	1148	365	6322	700	24800	18104	—	81	18185	21395	—	20695
Brückenaue . . .	1760	100	50	1910	800	6848	4999	—	15	5014	5898	—	5098
Ebern . . .	13406	3107	10597	27110	7500	7265	5303	—	24	5327	6267	1233	—
Gemünden . . .	4889	3183	3153	11225	3700	8420	6147	—	16	6163	7250	—	3550
Geröhlhofen . . .	21958	35591	7980	65529	15700	11992	8754	—	46	8800	10353	5347	—
Hammelburg . . .	4493	10756	3504	18753	4000	6720	4906	—	25	4931	5801	—	1801
Haßfurt . . .	7495	7321	1966	16782	3485	16330	11921	—	50	11971	14084	—	10599

¹⁾ Das Umlagensoll hat später noch einige unbedeutende Abänderungen erfahren.

Noch Tabelle XIII. Getreideaufkauf, Umlage, Bedarf, Überschuß und Zuschuß der bayerischen Kommunalverbände für 1921/22.

Kommunalverband	Getreideaufkauf 1920/21				1921/22									
	Brot- ge- treide	Ger- ste	Hafer	zu- sam- men	Umlagensoll nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1921 ¹⁾	Zahl der Versorgungsberechtigten nach Feststellung der Kommunal- verbände vom 15. Juli 1921	Bedarf					Sohin		
							der Versorgungs- berechtigten in Mehl (200 g tägl.)	für Militärpersonen in Mehl	für Schwer- und Schwerarbeiter vom 16. August bis 15. Sep- tember 1921 in Mehl	zusammen		Über- schuß-	Zu- schuß-	
										in Mehl	in Getreide (Ausmahlung zu 85 %)			Getreide dz
dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz	dz
(Regierungsbezirk Unterfranken.)														
Hofheim	10265	8433	4037	22735	3800	5450	3979	—	20	3999	4705	—	905	—
Karlstadt. . . .	13112	31487	6630	51229	17500	12333	9003	—	30	9033	10627	6873	—	—
Kissingen	6842	8176	1573	16591	3039	12814	9354	—	40	9394	11052	—	7993	—
Kitzingen	29594	48733	11500	89827	36500	16275	11831	—	46	11927	14032	22468	—	—
Königshofen	12800	10107	2685	25592	11500	4303	3141	—	21	3162	3720	7780	—	—
Lohr	2297	652	1127	4076	800	17830	13016	—	27	13043	15345	—	14545	—
Marktheidenfeld	17492	5870	11246	34608	8100	16112	11762	—	53	11815	13900	—	5800	—
Mellrichstadt	4776	3530	2169	10475	2000	7239	5284	—	21	5305	6240	—	4240	—
Miltenberg	5335	185	1699	7219	500	15019	10964	—	24	10988	12928	—	12428	—
Neustadt a. S. . . .	6381	9035	4354	19770	2000	7573	5528	—	26	5554	6534	—	4534	—
Obernburg	6077	720	1831	8628	500	12475	9107	—	28	9135	10747	—	10247	—
Ochsenfurt	38030	70360	5416	113806	51560	13059	9533	—	36	9569	11257	40303	—	—
Schweinfurt (Ver- sorg.-Verband).	28215	71416	4504	104135	29300	44580	32544	—	270	32814	38604	—	9304	—
Würzburg	23679	340643	7923	372245	29000	32501	23726	—	125	23851	28060	940	—	—
Unterfranken	269386	672738	94995	1037119	234654	454082	331481	250	1433	333164	391955	84944	242245	
Regierungsbezirk Schwaben.														
Kreisunmittelb. Städte														
Augsburg	1482	1073	132	2687	1500	157429	114923	—	604	115527	135914	—	134414	—
Dillingen	121	—	18	139	100	5215	3807	—	10	3817	4491	—	4391	—
Donauwörth	115	—	3	118	100	4544	3317	—	11	3328	3915	—	3815	—
Günzburg	502	—	8	510	400	5015	3661	—	26	3687	4337	—	3937	—
Kaufbeuren	53	1	5	59	100	9335	6815	—	30	6845	8053	—	7953	—
Kempten	—	—	—	—	—	21494	15691	45	88	15824	18617	—	18617	—
Lindau	—	—	—	—	—	6167	4502	25	25	4552	5355	—	5355	—
Memmingen	58	—	6	64	50	13200	9636	—	52	9688	11398	—	11348	—
Neuburg a. D. . . .	1049	—	422	1471	864	6589	4810	—	15	4825	5677	—	4813	—
Neu-Ulm	744	860	67	1671	400	11039	8058	33	35	8126	9560	—	9160	—
Nördlingen	1984	1155	112	3251	1280	7780	5679	—	28	5707	6714	—	5434	—
Bezirksämter.														
Augsburg	10408	6942	5307	22657	13200	18101	13214	—	117	13331	15683	—	2483	—
Dillingen	21782	22720	15978	60480	26250	13800	10074	—	40	10114	11899	14351	—	—
Donauwörth	13388	22085	11260	46733	21575	9581	6994	—	53	7047	8290	13285	—	—
Füssen	—	—	—	—	—	21659	15811	—	94	15905	18711	—	18711	—
Günzburg	15225	6710	19458	41393	10039	24263	17712	—	50	17762	20897	—	10858	—
Illertissen	9940	4049	15259	29248	7735	13338	9737	—	31	9768	11491	—	3756	—
Kaufbeuren	9763	8009	2691	20463	10200	9117	6655	—	57	6712	7897	2303	—	—
Kempten	—	—	—	—	—	32997	24088	—	86	24174	28440	—	28440	—
Krumbach	10554	4617	17881	33052	7478	12885	9406	—	19	9425	11088	—	3610	—
Lindau	45	—	—	45	—	38316	27971	—	72	28043	32991	—	32991	—
Markt Oberdorf	109	—	—	109	100	15000	10950	—	40	10990	12929	—	12829	—
Memmingen	16537	4034	5037	25608	12270	14917	10839	—	51	10940	12871	—	601	—
Mindelheim	16815	6661	15479	38955	8500	25045	18283	—	59	18342	21579	—	13079	—
Neuburg a. D. . . .	31092	50209	9238	90539	39423	8663	6324	—	41	6365	7488	31935	—	—
Neu-Ulm	16727	10837	18527	46091	5731	14205	10370	—	20	10390	12224	—	6493	—
Nördlingen	25807	38457	6839	71103	23395	6500	4745	—	31	4776	5618	17777	—	—
Schwabmünchen	13906	6897	12410	33213	16900	11100	8103	—	40	8143	9580	7320	—	—
Sonthofen	—	—	—	—	—	42177	30789	88	332	31209	36717	—	36717	—
Wertingen	11415	13394	9503	34312	9300	7050	5147	—	19	5166	6077	3223	—	—
Zusmarshausen	5236	34064	8525	47825	4992	6102	4454	—	26	4480	5270	—	278	—
Schwaben	234857	242774	174165	651796	221882	592623	432615	191	2202	435008	511771	90194	380083	
Bayern	2570238	2254704	1264138	6089080	2656114	5083055	3710627	3223	17803	3731653	4390174	1323142	3057292	

¹⁾ Das Umlagensoll hat später noch einige unbedeutende Abänderungen erfahren.

Tabelle XIV. Ausgestellte Maisbezugs-scheine.**1. Von den Kommunalverbänden für Brotgetreide.**

Vortrag	Ablieferung von Brotgetreide dz	Ablieferung von Gerste und Hafer aus der Pfalz dz	Gesamt- getreide- menge dz	Zustehende Maismenge $\frac{1}{3}$ dz	Zugewiesene Maismenge dz	Solin weniger (—) bzw. mehr (+) als zulässig zugewiesen dz
Für Getreidelieferungen bis 20. März 1921 . . .	2 523 872, ¹⁰ ¹⁾	99 942, ¹⁰	2 623 814, ³⁸	874 604, ⁷⁰	872 255, ³³	— 2 349, ⁵⁶
ab 21. März 1921 . . .	35 105, ³³ ¹⁾	1 194, ⁰⁰	36 299, ³³	36 299, ³³	34 613, ⁵⁹	— 1 685, ⁷⁴

2. Von der Geschäftsabteilung der Landesgetreidestelle für Gerste.

Vortrag	Ablieferung von Gerste einschl. Eigenbau dz	Zustehende Maismenge $\frac{1}{3}$ dz	Zugewiesene Maismenge dz	Solin weniger (—) bzw. mehr (+) als zulässig zugewiesen dz
Für Gerstenlieferungen bis 20. März 1921	1 874 377, ⁰⁰	624 792, ⁰⁰	623 725, ⁰⁰	— 1 067, ⁰⁰
ab 21. März 1921	22 793, ³⁵	22 793, ³⁵	21 910, ⁹¹	— 882, ⁴⁴

3. Von der Landessaatstelle für Saatgetreide.

Vortrag	Aufgekauftes Saatgetreide dz	Zustehende Maismenge $\frac{1}{3}$ dz	Zugewiesene Maismenge dz	Solin weniger (—) bzw. mehr (+) als zulässig zugewiesen dz
Für Saatgetreide bis 20. März 1921	291 562	97 187	89 186	— 8001 ²⁾
ab 21. März 1921	22 595	22 595	22 595	—

4. Von der Landesfuttermittelstelle für Futter- und Saathafer.

Vortrag	Aufgekauft Hafermenge dz	Zustehende Maismenge $\frac{1}{3}$ dz	Zugewiesene Maismenge dz	Solin weniger (—) bzw. mehr (+) als zulässig zugewiesen dz
Für Futter- und Saathafer bis 20. März 1921	1 134 475, ⁸⁹	378 158	386 983	+ 8 825 ³⁾
ab 21. März 1921	39 601, ⁰⁰	39 601	41 366	+ 1 765 ³⁾

¹⁾ Die Summe des hier erscheinenden Aufkaufs von Brotgetreide durch die Kommunalverbände mit 2 558 977,⁵² dz bleibt hinter dem tatsächlichen Aufkauf mit 2 570 238 dz (Tabelle VI) deshalb zurück, weil hier nur die Getreidemengen erscheinen, für die Maisbezugs-scheine ausgestellt worden sind. Für die überschießende Menge ist die Ausstellung von Maisbezugs-scheinen offenbar auf Grund der Bestimmung unterblieben, daß bekannt schlechten Lieferern der Mais vorzuenthalten sei (vgl. II Abs. 1, Satz 3 der Min.-Entschl. vom 12. März 1921 Nr. 6419 a 72).

²⁾ Die Kommissionäre für Saathafer und für Futterhafer waren größtenteils die gleichen Personen und hat bei Maisbezugs-scheinausstellung häufig nicht unterschieden werden können, ob der im Bezugs-schein vorgetragene Hafer Futterhafer oder Saathafer sei. Die Kommissionäre haben die Maisbezugs-scheine vielfach statt bei der Landessaatstelle bei der Landesfuttermittelstelle zur Ausfertigung eingereicht. Dadurch erklärt es sich, daß die Landessaatstelle für 800 t (Saatgetreide für Brotgetreide und Hafer) zu wenig Maisbezugs-scheine ausgestellt hat, während sich bei der Landesfuttermittelstelle eine Mehrausstellung für insgesamt 1059 t Mais ergibt. Bei Vergleich liegt hiernach im ganzen bei den beiden Stellen nur eine Mehrausstellung für 259 t vor.

Noch Tabelle XIV. Ausgestellte Maisbezugschein.

5. Zusammenstellung.

Vortrag	Gesamt- getreide- menge dz	Zustehende	Zugewiesene	Sohin weniger (—) bzw. mehr (+) als zulässig zugewiesen dz
		Gesamtmaismenge dz		
Von den Kommunalverbänden für Brotgetreide einschl. Gerste und Hafer aus der Pfalz . .	2 660 114	910 904	906 869	— 4 035
Von der Geschäftsabteilung der Landesgetreide- stelle für Gerste	1 897 170	647 585	645 636	— 1 949
Von der Landessaatstelle für Saatgetreide . .	314 157	119 782	111 781	— 8 001
Von der Landesfuttermittelstelle für Futter- und Saathafer	1 174 077	417 759	428 349	+ 10 590
Insgesamt	6 045 518	2 096 030	2 092 635	— 3 395

Tabelle XV. Bayerns Anspruch auf verbilligten Mais nach der reichsrechtlichen Regelung.

Getreideart	Aufkaufssoll		Wirklich erfaßt		Sohin bayerischer Anspruch auf verbilligten Mais
	insgesamt dz	davon 70 % bei Brotge- treide und Gerste, 50 % bei Hafer dz	von	insgesamt dz	
Brotgetreide	2 680 198	1 876 139	den Kommunalverbänden bzw. der Landesgetreidestelle	2 570 238 ¹⁾	694 099
Gerste	1 668 131	1 167 692	den Kommissionären der Landes- getreidestelle. . 1858 550 dz ²⁾ , den pfälzischen Kom- munalverbänden für Brauer . . 117 075 dz ³⁾ , Eigenbau für Brenner 38 620 dz	2 014 245	846 553
Hafer	1 300 000	650 000	der Landesfuttermittelstelle a) an Futterhafer 1174 077 dz ³⁾ , b) an Saathafer einschl. Saat- getreide. . . 314 157 dz ⁴⁾	1 488 234	838 234
Zusammen	5 648 329	3 693 831	—	6 072 717	2 378 886

Maisbezugschein wurden ausgestellt auf insgesamt 2 092 635

Sohin weniger als nach der reichsrechtlichen Regelung zulässig 286 251 ⁵⁾¹⁾ Nach den Wochenanzeigen der Kommunalverbände.²⁾ Hierunter 13 490 dz Schwund, der in der Lieferung an die Betriebe usw. nicht erscheint.³⁾ Nach den Feststellungen der Landesfuttermittelstelle.⁴⁾ Nach den Feststellungen der Landessaatstelle.⁵⁾ Die geringere Ausstellung von Maisbezugscheinen erklärt sich einmal daraus, daß die bayerische Regelung, für alle Ablieferungen bis einschließlich 20. März 1920 $\frac{1}{3}$ Tauschmais, für alle weiteren Ablieferungen die gleiche Menge Tauschmais zu geben als Getreide weiter abgeliefert wird, von Anfang an zu Einsparungen führen mußte, da nach dem Stand der Ablieferungen vom 20. März 1921 bereits ein etwas höherer Anspruch als auf $\frac{1}{3}$ der bis dahin insgesamt aufgekauften Getreidemengen sich errechnet, weiter daraus, daß die Kommunalverbände angewiesen waren, bekannt schlechten Lieferern den Mais vorzuenthalten.

Tabelle XVI. Die Getreideversicherung in Bayern 1915/16 bis 1920/21.
(Erhebung vom 15. April 1921.)

Wirt- schafts- jahr	Gegen Brandschaden abge- schlossene Versicherung			Entrichteter Prämien- betrag (ein- schließlich etwaiger Unkostenzu- schläge und der Stempel- abgabe)	Entschädi- gungsfälle		Gesamte ver- mahlene Menge ¹⁾	Verhältnis der gesamten versicherten Menge zur ge- samten ver- mahlenden Menge	Auf 1 dz	
	für Brot- getreide, Gerste und Mais	Gesamtwert dieser Menge	Gesell- schaften, bei denen die Ver- sicherung genommen wurde		Zahl	Von der Versiche- rungsge- sellschaft bezahlter Entschädi- gungs- betrag			versich- ertes Ge- treide	der ge- samten vermah- lenen Menge
	dz	ℳ		ℳ		ℳ	dz	%	treffen Prä- mien (einschl. Unkosten usw.)	
									ℳ	
1915/16	969 214	28 826 960	1—55	148 738	2	17 926	3 622 296	26,8	0,15	0,04
1916/17	972 870	31 253 329	1—55	152 186	1	45 000	3 953 903	24,8	0,16	0,04
1917/18	1 235 079	40 694 101	1—55	212 228	2	8 735	4 030 887	30,8	0,17	0,05
1918/19	1 346 887	49 284 367	1—55	293 648	2	460 000	3 163 373	42,8	0,22	0,09
1919/20	1 519 799	86 134 749	1—55	532 555	—	—	3 617 031	42,0	0,35	0,15
1920/21	1 531 124	248 880 953	1—55	1 410 142	2	179 198	.	.	0,92	.
Insgesamt	7 574 973	485 074 459	1—55	2 749 497	9	710 859 ²⁾	.	.	0,36	.

¹⁾ Umfaßt nur die Vermahlungen derjenigen Mühlen, für die auch Angaben über die versicherten Getreidemengen bzw. Prämienleistungen vorliegen.

²⁾ Einschl. 312 994 ℳ für verbrannte Säcke und andere Materialien. 710 859 ℳ = 25,9% der Gesamtprämienleistung bzw. 17,3% bei Abzug der ausdrücklich für verbrannte Säcke und andere Materialien bezeichneten Entschädigungsbeträge.

Anmerkung: Von den Mühlen, deren versicherte Getreidemenge einen Vergleich zur eingelaagerten Höchstmenge zuläßt, kommen 179 in Betracht. Die für diese eingelagerte Höchstmenge betrug 3 688 113 dz, die gegen Brandschaden versicherte Menge 5 326 332 dz = 144,4% zur eingelagerten Höchstmenge. Unter den 179 Mühlen waren 32 = 17,9% mit Unterversicherung.

Tabelle XVII. Mittlere Getreidenotierungen der Münchener und Berliner Produktenbörse im Wirtschaftsjahre 1921/22.

Preise je 50 kg franko Verladestation.

Datum		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Tag	Monat	Mark je 50 kg				Mark je 50 kg			
Münchener Notierung. 1921.						Berliner Notierung. 1921.			
29. Juli . . .	} August . . .	Vom 15. Juli bis 12. August keine Notierung, da verlangte Preise nicht börsenmäßig				ohne Angebot	171,00	ohne Angebot	
6. August . .						239,00	181,00	ohne Angebot	191,00
13. " . .		220,00	167,50	235,00	165,00	224,50	175,50	248,50	178,50
20. " . .		205,00	165,00	222,50	160,00	212,00	168,50	243,75	169,00
27. " . .		197,50	162,50	205,00	153,50	201,00	167,50	232,50	171,50
3. September		197,50	162,50	210,00	159,00	203,00	167,50	227,50	172,00
10. " . .		205,00	167,50	217,50	164,00	210,50	169,50	230,00	175,00
17. " . .		225,00	172,50	227,50	169,00	220,50	174,00	237,50	178,50
24. " . .		232,50	180,00	242,50	169,00	225,50	179,00	250,00	181,00
1. Oktober .		240,00	ohne Angebot	245,00	172,50	234,50	182,50	258,50	188,50
8. " . .		250,00	ohne Angebot	255,00	177,50	234,00	185,00	262,50	193,50
15. " . .		262,50	ohne Angebot	270,00	185,00	242,50	194,00	275,00	205,50
22. " . .		ohne Angebot		292,50	205,00	264,50	212,00	290,00	219,50
29. " . .		ohne Angebot				313,00	242,50	ohne Angebot	241,00
5. November		Ruhetag				370,00	285,00	ohne Angebot	287,50
12. " . .		385,00	ohne Angebot	382,50	287,50	396,00	300,50	387,50	300,50
19. " . .		385,00	307,50	375,00	277,50	372,50	280,50	375,00	291,50
26. " . .		395,00	325,00	382,50	297,50	401,50	319,00	407,50	320,00
3. Dezember		385,00	317,50	370,00	285,00	380,00	ohne Angebot	375,00	280,00
10. " . .		385,00	295,00	365,00	272,50	350,00	270,00	355,00	274,00
17. " . .		377,50	290,00	355,00	262,50	345,50	280,50	364,50	277,00
24. " . .		377,50	290,00	360,00	270,00	356,50	295,50	359,50	281,00
1922.						1922.			
7. Januar . .		392,50	315,00	365,00	282,50	381,00	305,50	365,00	294,50
14. " . .		395,00	ohne Angebot	367,50	282,50	375,00	298,00	357,50	282,50
21. " . .		410,00	340,00	375,00	292,50	401,50	320,00	365,00	297,00
28. " . .		435,00	350,00	387,50	297,50	408,50	314,50	371,00	303,50
4. Februar .		440,00	355,00	395,00	302,50	424,00	326,50	372,50	311,00

Noch Tabelle XVII. Mittlere Getreidenotierungen der Münchener und Berliner Produktenbörse im Wirtschaftsjahre 1921/22.

Preise je 50 kg franko Verladestation.

Datum		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Tag	Monat	Mark je 50 kg				Mark je 50 kg			
		(Münchener Notierung 1922.)				(Berliner Notierung 1922.)			
11.	Februar	477,50	375,00	412,50	317,50	436,00	327,50	376,00	314,00
18.	"	522,50	—	432,50	350,00	516,50	400,00	417,00	362,50
25.	"	575,00	470,00	467,50	395,00	562,50	425,00	416,00	388,00
4.	März	635,00	520,00	502,50	450,00	642,50	500,00	480,00	454,00
11.	"	675,00	550,00	575,00	475,00	667,50	502,50	—	472,50
18.	"	705,00	580,00	565,00	515,00	727,50	543,00	615,00	545,00
25.	" ¹⁾	825,00	645,00	725,00	610,00	847,50	617,50	728,50	630,00
1.	April	835,00	640,00	732,50	620,00	830,00	597,50	700,00	607,50
8.	"	827,50	625,00	727,50	615,00	807,50	597,50	712,50	605,00
15.	"	keine Börse				keine Börse			
22.	"	755,00	585,00	672,50	562,50	—	527,50	645,00	564,00
29.	"	722,50	530,00	652,50	545,00	707,50	527,50	617,50	560,00
6.	Mai	727,50	560,00	652,50	575,00	727,50	532,50	632,50	590,00
13.	"	725,00	557,50	655,00	582,50	722,50	554,00	582,50	—
20.	"	735,00	562,50	655,00	585,00	722,50	572,50	635,00	612,50
27.	"	740,00	585,00	665,00	610,00	725,00	558,00	632,50	577,50
3.	Juni	keine Börse				keine Börse			
10.	"	745,00	577,50	677,50	607,50	—	559,00	637,50	605,00
17.	"	800,00	612,50	740,00	635,00	780,00	592,50	682,50	632,50
24.	"	875,00	670,00	820,00	700,00	835,00	604,00	735,00	646,00
1.	Juli	keine Preisfestsetzung für Getreide				970,00	697,50	842,50	732,50
8.	"	1140,00	862,50	1045,00	950,00	keine Börse			
15.	"	1155,00	855,00	1070,00	970,00	keine Börse			
22.	"	1210,00	897,50	1117,50	1027,50	keine Börse			
29.	"	1312,50	1010,00	1225,00	1140,00	keine Börse			
5.	August	1520,00	1212,50	1425,00	1390,00	1650,00	1260,00	1180,00	1525,00
12.	"	1715,00	1375,00	1625,00	1575,00	1712,50	1312,50	1700,00	—

¹⁾ Berliner Notierung vom 27. März.

Tabelle XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922.

Kommunalverband	Großverkaufspreis für Brotmehl für 100 kg					Brotpreis für 1 kg					Abgabepreis von 1 kg Brot höher (+) bzw. niedriger (−) als der Abgabepreis von 1 kg Brotmehl (sog. Bäckerspannung)				
	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M

Regierungsbezirk Oberbayern.

Kreisunmittelb. Städte.															
Freising	58,00	202,00	228,00	360,00	670,00	72,7	2,00	2,35	3,70	6,70	+15	− 2	+27	+10	—
Ingolstadt	60,00	213,00	220,00	375,00	704,00	78,1	2,40	2,40	3,70	6,80	+18	+27	+20	− 5	−24
Landsberg	50,00	185,00	195,00	365,00	720,00	70	2,20	2,26	3,70	7,30	+20	+35	+31	+ 5	+10
München	52,20	225,30	222,00	384,75	718,90	72	2,40	2,50	3,80	7,60	+20	+15	+28	− 5	+41
Rosenheim	60,45	215,00	215,00	385,50	711,10	79,3	2,46	2,46	3,80	6,67	+19	+31	+31	− 6	−44
Traunstein	66,00	220,00	220,00	360,00	680,00	86	2,60	2,60	3,80	6,80	+20	+40	+40	+20	—
Bezirksämter.															
Aibling	50,00	210,00	210,00	380,00	720,00	70	2,40	2,40	3,80	6,80	+20	+30	+30	—	−40
Aichach	79,25	196,00	196,00	350,00	680,00	75,8	2,00	2,10	3,50	6,40	− 3	+ 4	+14	—	−40
Altötting	68,00	210,00	210,00	370,00	700,00	88	2,40	2,40	3,80	6,80	+20	+30	+30	+10	−20
Berchtesgaden	52,00	230,00	230,00	386,00	727,00	80	2,60	2,70	3,80	7,40	+28	+30	+40	− 6	+13
Dachau	56,50	190,00	186,00	360,00	660,00	70	2,20	2,20	3,60	6,40	+14	+30	+34	—	−20
Ebersberg	60,00	200,00	200,00	360,00	700,00	76	2,30	2,30	3,80	6,80	+16	+30	+30	+20	−20
Erding	54,00	202,00	220,00	360,00	680,00	72,7	2,09	2,28	3,70	6,40	+19	+ 7	+ 8	+10	−40
Freising	58,20	202,00	235,00	354,00	680,00	72,7	2,09	2,55	3,70	6,70	+15	+ 7	+20	+16	−10
Friedberg	62,60	224,00	220,00	340,00	656,00	76	2,20	2,30	3,57	6,20	+13	− 4	+10	+17	−36
Fürstenfeldbruck	60,00	210,00	210,00	380,00	675,00	76	2,40	2,40	3,70	6,40	+16	+30	+30	−10	−35
Garmisch	60,45	225,00	236,00 ¹⁾	386,00 ²⁾	730,00	80	2,60	2,70	4,00	7,00	+20	+35	+34 ³⁾	+14 ⁴⁾	−30

¹⁾ Für auswärtige Bäcker 240 M.

²⁾ Für auswärtige Bäcker 390 M.

³⁾ " " " +30 M.

⁴⁾ " " " +10 M.

Noch Tabelle XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922.

Kommunalverband	Großverkaufspreis für Brotmehl für 100 kg					Brotpreis für 1 kg					Abgabepreis von 1 kg Brot höher (+) bzw. niedriger (-) als der Abgabepreis von 1 kg Brotmehl (sog. Bäckerspannung)				
	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922
	M	M	M	M	M	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
(Regierungsbezirk Oberbayern.)															
Ingolstadt	68,00	220,00	210,00	367,00	690,00	80	2,30	2,40	3,70	6,60	+12	+10	+30	+3	-30
Landsberg	76,00	190,00	180,00	368,00	708,00	76	2,20	2,04	3,00	6,60	—	+30	+24	-8	-48
Laufen	56,40	265,00	215,00	390,00	720,00	74	2,75	2,35	3,80	6,90	+18	+10	+20	-10	-30
Miesbach	52,70	212,00	209,00	380,00	717,00	70	2,40	2,40	3,80	6,80	+17	+28	+31	—	-37
Mühldorf	68,40	170,00	164,00	360,00	705,00	88	2,00	2,00	3,80	6,80	+20	+30	+36	+20	-25
München	52,50	225,30	222,00	385,80	716,00	72	2,40	2,50	3,80	6,80	+20	+15	+28	-6	-36
Pfaffenhofen	60,45	182,00	182,00	352,00	674,00	72	2,10	2,10	3,70	6,70	+12	+28	+28	+18	-4
Rosenheim	60,00	215,00	215,00	380,00	712,00	85,7	2,48	2,50	3,77	6,80	+26	+33	+35	-3	-32
Schongau	66,00	190,00	190,00	365,00	710,00	80	2,20	2,20	3,70	6,80	+14	+30	+30	+5	-50
Schrobenhausen	68,00	200,00	200,00	340,00	580,00	80	2,20	2,20	3,60	5,80	+12	+20	+20	+20	—
Starnberg	54,00	208,00	208,00	380,00	730,00	74	2,40	2,40	3,80	7,00	+20	+32	+32	—	-30
Tölz	52,00	192,00	210,00	380,00	717,00	70	2,20	2,40	3,80	6,80	+18	+28	+30	—	-37
Traunstein	66,00	220,00	220,00	360,00	690,00 ¹⁾	86	2,50	2,50	3,80	6,80	+20	+30	+30	+20	-10 ²⁾
Wasserburg	60,85	200,00	220,00	360,00	705,00	80	2,80	2,50	3,80	6,80	+19	+30	+30	+20	-25
Weilheim	60,20	188,00	218,00	385,00	740,00	80	2,20	2,50	3,80	7,60	+20	+32	+32	+5	+20
Wolftratshausen	50,00	204,00	204,00	380,00	740,00	70	2,40	2,40	3,80	7,60	+20	+36	+36	—	+20

Regierungsbezirk Niederbayern.

Kreisunmittelb. Städte.															
Deggendorf	60,00	220,00	202,00	360,00	670,00	76	2,50	2,30	3,80	6,40	+16	+30	+28	—	-30
Landshut	55,50	200,00	200,00	362,00	711,00	75	2,30	2,30	3,80	7,30	+20	+30	+30	-2	+19
Passau	65,50	244,00	244,00	400,00	735,00	82,8	2,80	2,76	3,90	7,00	+17	+36	+32	-10	-35
Straubing	62,00	220,00	220,00	368,00	703,00	80	2,40	2,40	3,80	6,70	+18	+20	+20	-8	-34
Bezirksämter.															
Bogen	62,00	220,00	220,00	368,00	700,00	80	2,40	2,60	3,60	6,80	+18	+20	+40	-8	-20
Deggendorf	80,50	230,00	210,00	360,00	680,00	88	2,67	2,30	3,60	6,80	+8	+37	+20	—	-20
Dingolfing	56,00	220,00	220,00	366,00	690,00	70	2,60	2,60	3,80	6,70	+14	+40	+40	+14	-20
Eggenfelden	68,50	220,00	210,00	364,00	680,00	83,8	2,40	2,40	3,75	6,42	+15	+20	+30	+11	-38
Grafenau	72,20	230,00	230,00	390,00	705,00	80	2,50	2,50	3,65	6,50	+8	+20	+20	-24	-55
Griesbach	60,45	210,00	210,00	360,00	584,00	72	2,40	2,40	3,80	6,20	+12	+30	+30	+20	+36
Kelheim	60,50	188,00	188,00	350,00	690,00	68,7	2,04	2,04	3,60	6,58	+8	+16	+16	+10	-32
Kötzting	58,20	200,00	200,00	360,00	700,00	70	2,80	2,30	3,64	6,80	+12	+30	+30	+4	-20
Landau a. I.	74,50	220,00	220,00	360,00	705,00	90	2,00	2,60	3,80	6,70	+16	+40	+40	+20	-35
Landshut	62,50	200,00	200,00	370,00	680,00	76	2,30	2,30	3,70	6,80	+14	+30	+30	—	—
Mainburg	62,00	184,00	180,00	340,00	630,00	70	2,00	2,00	3,60	6,50	+8	+16	+20	+20	+20
Mallersdorf	62,00	200,00	200,00	360,00	678,00	76	2,20	2,20	3,60	6,70	+14	+20	+20	—	-8
Passau	75,55	250,00	250,00	398,00	740,00	80	2,70	2,60	3,80	7,00	+4	+20	+10	-18	-40
Pfarrkirchen	60,00	200,00	200,00	370,00	660,00	75	2,30	2,30	3,80	6,80	+15	+30	+30	+10	+20
Regen	70,00	234,00	240,00	368,00	700,00	81,8	2,36	2,52	3,57	6,67	+12	+2	+12	-11	-33
Rottenburg	58,00	190,00	190,00	334,00	680,00	64	2,00	2,00	3,40	6,40	+6	+10	+10	+6	-40
Straubing	62,00	220,00	220,00	368,00	700,00	75	2,40	2,40	3,60	6,80	+13	+20	+20	-8	-20
Viechtach	71,00	190,00	240,00	380,00	700,00	81,6	2,10	2,60	3,80	6,40	+11	+20	+20	—	-60
Vilsbiburg	53,00	176,00	180,00	360,00	660,00	60	2,00	2,04	3,60	6,60	+7	+24	+24	+20	—
Vilshofen	65,70	215,50	208,00	350,00	710,00	80	2,40	2,40	3,80	6,70	+14	+25	+32	+10	-40
Wegscheid	80,00	230,00	222,00	434,00	750,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	—	+10	+18	-54	-70
Wolfstein	76,50	246,00	232,00	400,00	760,00	90	2,70	2,60	3,80	6,80	+14	+24	+28	-20	-80

Regierungsbezirk Pfalz.

Kreisunmittelb. Städte.															
Frankenthal	77,00	240,00	241,00	386,00	718,00	80	2,34	2,50	3,80	6,80	+3	-6	+9	-26	-38
St. Ingbert	68,00	234,00	276,00	445,00	1310,00	70	2,23	2,75	4,00	12,00	+2	-11	-1	-45	-110
Kaiserslautern	79,50	240,00	242,50	387,50	715,00	80	2,36	2,50	3,81	7,22	+1	-4	+8	-27	+7
Landau i. Pf.	81,60	239,00	240,00	385,00	695,00	90	2,33	2,44	3,80	7,13	+8	-6	+4	-25	+18
Ludwigshafen a. Rh.	74,55	243,50	241,00	381,50	718,00	80	2,40	2,50	3,60	6,80	+5	-4	+9	-22	-38
Neustadt a. H.	76,55	233,50	249,50	378,75	716,85	83,3	2,31	2,53	3,84	6,79	+7	-3	+4	-15	-38
Pirmasens	88,65	249,00	235,00	376,00	723,00	104	2,40	2,48	3,80	6,80	+15	-9	+13	-16	-43
Speyer	77,00	233,50	239,30	379,25	697,50	80	2,30	2,50	3,55	6,50	+3	-4	+11	-24	-48
Zweibrücken	74,00	239,00	239,00	385,00	718,00	80	2,34	2,54	3,60	6,80	+6	-5	+15	-25	-38

¹⁾ Ab Mühle, 691,50 ℳ ab Lagerhaus. ²⁾ Ab Mühle, -11 ℳ ab Lagerhaus.

Noch Tabelle XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922.

Kommunalverband	Großverkaufspreis für Brotmehl für 100 kg					Brotpreis für 1 kg					Abgabepreis von 1 kg Brot höher (+) bzw. niedriger (—) als der Abgabepreis von 1 kg Brotmehl (sog. Bäckerspannung)				
	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922
	M	M	M	M	M	℔	M	M	M	M	℔	℔	℔	℔	℔
(Regierungsbezirk Pfalz.)															
Landbezirke.															
Bergzabern . . .	80,00	249,00	244,00	375,00	682,00	90	2,40	2,50	3,50	6,50	+ 9	— 9	+ 6	—25	— 32
Dürkheim . . .	66,00	170,00	220,00	355,00	665,00	74	1,84	2,33	3,37	6,37	+ 8	+14	+13	—18	— 28
Frankenthal . . .	72,55	235,00	242,50	371,00	725,00	66,6	2,30	2,50	3,50	7,30	— 6	— 5	+ 8	—21	+ 5
Germersheim . . .	80,00	246,00	244,00	380,00	680,00	90	2,40	2,50	3,54	6,50	+10	— 6	+ 6	—26	— 30
Homburg . . .	81,20	226,00 ¹⁾	277,00	445,00	—	80,5	2,13	2,74	4,00	—	— 1	—13 ²⁾	— 3	—45	—
St. Ingbert . . .	75,50	234,00	277,00	451,00	1350,00	78	2,22	2,75	4,00	12,00	+ 3	—12	— 2	—51	—150
Kaiserslautern . . .	78,60	222,00	242,50	379,00	687,50	80	2,20	2,50	3,60	6,50	+ 1	— 2	+ 8	—19	— 38
Kirchheimbolanden	83,60	210,00	235,00	361,00	721,00	83,3	2,14	2,34	3,40	6,79	—0,3	+ 4	— 1	—31	— 42
Kusel . . .	76,70	213,00	230,00	380,00	710,00	76,8	2,13	2,40	3,50	6,67	—0,1	—	+10	—30	— 43
Landau . . .	74,55	249,00	246,00	372,00	683,00	82,5	2,40	2,50	3,50	6,50	+ 8	— 9	+ 4	—22	— 33
Landstuhl . . .	—	—	246,00	370,00	690,00	—	—	2,50	3,50	6,50	—	—	+ 4	—20	— 40
Ludwigshafen a. Rh.	66,50	235,00	241,00	370,00	677,50	73,3	2,30	2,50	3,50	6,50	+ 7	— 5	+ 9	—20	— 28
Neustadt a. H. . .	62,45	230,00	240,00	375,00	702,00	78,3	2,40	2,53	3,52	6,68	+16	+10	+13	—23	— 34
Pirmasens . . .	88,65	249,00	242,50	376,00	723,00	100	2,40	2,50	3,60	6,80	+11	— 9	+ 8	—16	— 43
Rockenhausen . . .	70,55	—	236,00	375,00	708,20	75	2,20	2,43	3,60	6,60	+ 4	—	+ 7	—15	— 48
Speyer . . .	82,60	234,00	242,00	370,00	670,00	80	2,26	2,50	3,50	6,30	— 3	— 8	+ 8	—20	— 40
Zweibrücken . . .	75,00	239,00	239,00	385,00	718,00	76,6	2,33	2,43	3,60	6,50	+ 2	— 6	+ 4	—25	— 38
Regierungsbezirk Oberpfalz.															
Kreisunmittelb. Städte.															
Amberg . . .	60,40	224,00	220,00	366,60	686,00	75	2,40	2,40	3,65	6,80	+15	+16	+20	— 2	— 6
Neumarkt Opf. . .	70,00	200,00	200,00	380,00	680,00	76	2,20	2,20	3,60	6,60	+ 6	+20	+20	—20	— 20
Regensburg . . .	58,45	225,00	220,00	364,00	692,00	76	2,40	2,40	3,60	6,80	+18	+15	+20	— 4	— 12
Schwandorf . . .	—	—	200,00	360,00	675,00	—	—	2,20	3,60	6,60	—	—	+20	—	— 15
Weiden . . .	64,00	225,00	220,00	360,00	695,00	70	2,40	2,40	3,60	6,80	+ 6	+15	+20	—	— 15
Bezirksämter.															
Amberg . . .	60,50	224,00	220,00	363,40	686,00	75	2,40	2,40	3,65	6,80	+15	+16	+20	+ 2	— 6
Beilngries . . .	66,00	162,00	162,00	360,00	690,00	76	1,80	1,80	3,60	6,60	+10	+18	+18	—	— 30
Burglengenfeld . . .	60,00	180,00	230,00	370,00	680,00	70	2,00	2,50	3,70	6,60	+10	+20	+20	—	— 20
Cham . . .	66,00	200,00	220,00	364,00	700,00	78	2,20	2,40	3,60	6,80	+12	+20	+20	— 4	— 20
Eschenbach . . .	62,00	195,00	240,00	372,00	702,00	75	2,10	2,60	3,80	6,60	+13	+15	+20	+ 8	— 43
Kemnath . . .	66,00	220,00	240,00	370,00	750,00	75	2,40	2,60	3,60	6,80	+ 9	+20	+20	—10	— 70
Nabburg . . .	84,00	180,00	220,00	360,00	670,00	72	2,00	2,40	3,60	6,80	—12	+20	+20	—	+ 10
Neumarkt . . .	70,00	206,00	200,00	376,00	676,00	76	2,20	2,20	3,60	6,60	+ 6	+14	+20	+ 4	— 16
Neunburg v. W. . .	50,00	184,00	204,00	364,00	680,00	60	2,00	2,20	3,60	6,50	+10	+16	+16	— 4	— 30
Neustadt a. W.-N.	68,00	225,00	225,00	360,00	680,00	75	2,40	2,40	3,60	6,60	+ 7	+15	+15	—	— 20
Oberveichtach . . .	62,00	220,00	220,00	360,00	630,00	70	2,20	2,20	3,60	6,00	+ 8	—	—	—	— 30
Parsberg . . .	56,00	180,00	180,00	350,00	680,00	66	2,00	2,00	3,60	6,60	+10	+20	+20	+10	— 20
Regensburg . . .	60,00	225,00	220,00	360,00	680,00	75	2,40	2,40	3,60	6,60	+15	+15	+20	—	— 20
Riedenburg . . .	78,00	230,00	200,00	370,00	700,00	84,6	2,40	2,30	3,70	6,80	+ 7	+10	+20	—	— 40
Roding . . .	67,20	198,00	226,00	380,00	695,00	75	2,18	2,50	3,60	6,80	+ 8	+20	+24	—	— 15
Stadtamhof . . .	51,00	240,00	220,00	364,00	692,00	76	2,40	2,40	3,60	6,80	+25	—	+20	— 4	— 12
Sulzbach . . .	60,00	220,00	220,00	370,00	660,00	70	2,35	2,35	3,70	6,50	+10	+15	+15	—	— 10
Tirschenreuth . . .	80,00	191,00	220,00	378,00	670,00	90	2,10	2,34	3,60	6,60	+10	+19	+14	—18	— 10
Vohenstrauß . . .	64,00	200,00	210,00	360,00	720,00	72	2,10	2,25	3,60	6,80	+ 8	+10	+15	—	— 40
Waldmünchen . . .	62,00	216,00	236,00	370,00	700,00	75	2,40	2,60	3,80	7,00	+13	+24	+24	+10	—
Regierungsbezirk Oberfranken.															
Kreisunmittelb. Städte.															
Bamberg . . .	74,00	204,00	216,00	386,00	727,00	84	2,40	2,40	3,80	6,80	+10	+36	+24	— 6	— 47
Bayreuth . . .	66,40	235,00	235,00	400,00	740,00	80	2,50	2,50	3,80	7,00	+14	+15	+15	—20	— 40
Forchheim . . .	68,00	238,00	208,00	362,00	660,00	78	2,40	2,20	3,70	6,20	+10	+ 2	+12	+ 8	— 40
Hof . . .	58,00	241,00	230,00	390,00	720,00	72	2,50	2,50	3,90	7,20	+14	+ 9	+20	—	—
Kulmbach . . .	68,00	216,00	218,00	376,00	714,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+12	+24	+22	+ 4	— 34
Marktredwitz . . .	—	—	220,00	390,00	720,00	—	—	2,40	3,90	6,80	—	—	+20	—	— 40
Selb . . .	62,00	239,00	239,00	390,00	693,00	75	2,50	2,50	3,90	6,80	+13	+11	+11	—	— 13

¹⁾ In pfälzischen Gemeinden, 234,00 M in Saargemeinden. ²⁾ In pfälzischen Gemeinden, —21 ℔ in Saargemeinden.

Noch Tabelle XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922.

Kommunalverband	Großverkaufspreis für Brotmehl für 100 kg					Brotpreis für 1 kg					Abgabepreis von 1 kg Brot höher (+) bzw. niedriger (—) als der Abgabepreis von 1 kg Brotmehl (sog. Bäckerspannung)				
	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922
	M	M	M	M	M	ℳ	M	M	M	M	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
(Regierungsbezirk Oberfranken.)															
Bezirksämter.															
Bamberg I . . .	84,00	218,00	220,00	380,00	720,00	90	2,30	2,40	3,80	6,80	+ 6	+12	+20	—	—40
Bamberg II . . .	78,00	220,00	220,00	376,00	720,00	86	2,40	2,40	3,80	6,80	+ 8	+20	+20	+ 4	—40
Bayreuth . . .	65,00	235,00	235,00	370,00	660,00	75	2,50	2,50	3,60	6,20	+10	+15	+15	—10	—40
Berneck . . .	60,00	230,00	236,00	380,00	720,00	70	2,40	2,50	3,80	6,80	+10	+10	+14	—	—40
Coburg . . .	—	—	242,00	387,50	730,00	—	—	2,46	3,55	6,80	—	—	+ 4	—33	—50
Ebermannstadt . . .	78,00	220,00	220,00	380,00	730,00	82,5	2,50	2,50	3,80	6,80	+ 5	+30	+30	—	—50
Forchheim . . .	79,60	220,00	220,00	380,00	720,00	86	2,40	2,40	3,80	6,80	+ 6	+20	+20	—	—40
Höchstädt a. A. . .	66,80	220,00	220,00	360,00	700,00	76,2	2,40	2,40	3,60	6,80	+ 9	+20	+20	—	—20
Hof . . .	61,00	236,00	224,00	370,00	720,00	72	2,40	2,40	3,70	6,80	+11	+ 4	+16	—	—40
Kronach . . .	64,00	230,00	230,00	380,00	720,00	70	2,50	2,50	3,80	6,80	+ 6	+20	+20	—	—40
Kulmbach . . .	70,00	224,00	216,00	356,00	720,00	80	2,40	2,40	3,60	6,80	+10	+16	+24	+ 4	—40
Lichtenfels . . .	72,00	226,00	226,00	380,00	720,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+ 8	+14	+14	—	—40
Münchberg . . .	64,25	231,00	233,00	381,00	720,00	75	2,40	2,50	3,80	6,80	+11	+ 9	+17	— 1	—40
Naila . . .	61,05	228,00	232,00	380,00	720,00	75	2,60	2,60	3,80	7,00	+14	+32	+28	—	—20
Pegnitz . . .	70,40	214,00	235,00	364,00	624,00	76,3	2,36	2,50	3,65	6,00	+ 6	+22	+15	+ 1	—24
Rehau . . .	62,00	218,00	220,00	380,00	696,00	72	2,40	2,40	3,80	6,80	+10	+22	+20	—	—16
Stadtsteinach . . .	62,40	200,00	222,00	375,20	696,00	70	2,40	2,40	3,80	6,80	+ 8	+40	+18	+ 5	—16
Staffelstein . . .	74,00	218,00	218,00	360,00	710,00	80	2,30	2,30	3,64	6,82	+ 6	+12	+12	+ 4	—28
Teuschnitz . . .	64,00	230,00	230,00	380,00	720,00	70	2,50	2,50	3,80	6,80	+ 6	+20	+20	—	—40
Wunsiedel . . .	60,00	220,00	220,00	390,00	720,00	70	2,40	2,40	3,80	6,80	+10	+20	+20	—	—40
(Regierungsbezirk Mittelfranken.)															
Kreisunmittelb. Städte.															
Ansbach . . .	60,00	230,00	230,00	370,00	660,00	70	2,50	2,50	3,80	6,50	+10	+20	+20	+10	—10
Dinkelsbühl . . .	82,00	232,00	228,00	376,00	692,00	92	2,40	2,40	3,80	6,80	+10	+ 8	+12	+ 4	—12
Eichstätt . . .	66,00	222,00	222,00	380,00	690,00	76	2,40	2,40	3,80	6,50	+10	+18	+13	—	—40
Erlangen . . .	67,00	224,00	220,00	358,00	700,00	80	2,40	2,40	3,60	6,80	+13	+16	+20	+ 2	—20
Fürth . . .	58,00	224,00	225,00	380,00	700,00	72	2,40	2,40	3,80	6,80	+14	+16	+15	—	—20
Nürnberg . . .	53,00	220,00	220,00	380,00	700,00	72	2,40	2,40	3,80	6,80	+19	+20	+20	—	—20
Rothenburg o. T. . .	68,00	204,00	224,00	380,00	661,00	80	2,50	2,50	3,80	6,50	+12	+46	+26	—	—11
Schwabach . . .	62,00	210,00	210,00	372,00	686,00	75	2,30	2,35	3,68	6,70	+13	+20	+25	— 4	—16
Weidenburg i. B. . .	61,00	238,00	226,00	370,00	682,00	72,7	2,60	2,60	3,78	6,60	+12	+22	+34	+ 8	—22
Bezirksämter.															
Ansbach . . .	64,00	220,00	236,00	360,00	680,00 ¹⁾	76	2,40	2,50	3,60	6,50	+12	+20	+14	—	—30 ²⁾
Dinkelsbühl . . .	80,00	240,00	230,00	370,00	690,00	90	2,60	2,50	3,80	6,80	+10	+20	+20	+10	—10
Eichstätt . . .	66,00	222,00	222,00	380,00	690,00	80	2,40	2,40	3,80	6,50	+14	+18	+18	—	—40
Erlangen . . .	77,60	220,00	220,00	360,00	700,00	80	2,40	2,40	3,60	6,70	+ 2	+20	+20	—	—30
Feuchtwangen . . .	70,00	240,00	210,00	350,00	650,00	80	2,70	2,40	3,80	6,80	+10	+30	+30	+30	+30
Fürth . . .	62,00	240,00	214,00	356,00	700,00	72	2,50	2,30	3,50	6,70	+10	+10	+16	— 6	—30
Gunzenhausen . . .	62,00	230,00	220,00	360,00	680,00	74	2,30	2,30	3,60	6,50	+12	—	+10	—	—30
Hersbruck . . .	61,00	236,00	236,00	360,00	700,00	70	2,40	2,40	3,50	6,60	+ 9	+ 4	+ 4	—10	—40
Hilpoltstein . . .	74,00	196,00	218,00	380,00	700,00	90	2,20	2,34	3,80	6,60	+16	+24	+16	—	—40
Lauf . . .	60,00	236,00	236,00	374,00	696,00	70	2,40	2,40	3,70	6,60	+10	+ 4	+ 4	— 4	—36
Neustadt a. A. . .	60,00	245,00	237,00	360,00	680,00	70	2,50	2,50	3,60	6,40	+10	+ 5	+13	—	—40
Nürnberg . . .	73,80	232,00	232,00	380,00	700,00	76	2,40	2,40	3,80	6,80	+ 3	+ 8	+ 8	—	—20
Rothenburg o. T. . .	66,00	192,00	210,00	360,00	676,00	76	2,20	2,40	3,60	6,50	+10	+28	+30	—	—26
Scheinfeld . . .	70,00	200,00	190,00	340,00	660,00	73,3	2,00	2,00	3,40	6,40	+ 3	—	+10	—	—20
Schwabach . . .	64,50	224,00	224,00	372,00	686,00	75	2,40	2,40	3,68	6,70	+11	+16	+16	— 4	—16
Uffenheim . . .	68,00	176,00	204,00	350,00	660,00	76	2,00	2,30	3,30	6,30	+ 8	+24	+26	—	—30
Weidenburg i. B. . .	62,00	228,00	208,00	335,00	680,00	71,9	2,50	2,30	3,46	6,26	+10	+22	+22	+11	—54
(Regierungsbezirk Unterfranken.)															
Kreisunmittelb. Städte.															
Aschaffenburg . . .	64,00	227,00	206,50	361,50	664,10	74	2,16	2,30	3,52	6,50	+10	—11	+14	—10	—14
Bad Kissingen . . .	60,00	210,00	210,00	370,00	700,00	70	2,20	2,20	3,66	6,80	+10	+10	+10	— 4	—20
Kitzingen . . .	62,45	200,00	210,00	350,00	683,00	76,6	2,07	2,20	3,50	6,70	+14	+ 7	+10	—	—13
Schweinfurt (siehe Land) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Würzburg . . .	57,45	211,00	212,00	362,00	689,00	71,2	2,10	2,27	3,50	6,70	+14	— 1	+15	—12	—19

¹⁾ An die Bäcker im Stadtbezirk 670,00 M. ²⁾ Für die Bäcker im Stadtbezirk — 20 ℳ.

Noch Tabelle XVIII. Die Mehl- und Brotpreise der bayerischen Kommunalverbände vom Dezember 1919 bis Mai 1922.

Kommunalverband	Großverkaufspreis für Brotmehl für 100 kg					Brotpreis für 1 kg					Abgabepreis von 1 kg Brot höher (+) bzw. niedriger (-) als der Abgabepreis von 1 kg Brotmehl (sog. Bäckerspannung)				
	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922	1. Dez. 1919	Anf. Mai 1920	1. Mai 1921	15. Nov. 1921	1. Mai 1922
	M	M	M	M	M	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ

(Regierungsbezirk Unterfranken.)

Bezirksämter.															
Alzenau	74,20	248,00	236,00	362,00	660,52	79,4	2,40	2,30	3,44	6,10	+	5	-	8	- 51
Aschaffenburg	73,80	227,00	216,00	360,00	676,00	72	2,16	2,20	3,40	6,40	-	2	-	11	- 36
Brückenau	74,00	240,00	238,00	376,00	684,00	75	2,20	2,20	3,50	6,00	+	1	-	18	- 20
Ebern	64,00	244,00	198,00	372,00	640,00	70	2,60	2,10	3,50	7,00	+	6	+	16	+ 64
Gemünden	74,00	230,00	230,00	356,00	642,00	73,3	2,10	2,10	3,34	6,00	-	1	-	20	- 42
Gerolzhofen	66,00	176,00	208,00	370,00	650,00	70	1,77	2,10	3,50	6,00	+	4	+	1	- 50
Hammelburg	70,00	220,00	220,00	360,00	650,00	73,3	2,10	2,10	3,50	6,17	+	3	-	10	- 33
Haßfurt	73,00	220,00	220,00	370,00	660,00	80	2,20	2,20	3,60	6,60	+	7	-	-	-
Hofheim	72,00	210,00	200,00	376,00	680,00	70	2,00	2,00	3,50	6,40	-	2	-	10	- 40
Karlstadt	74,00	226,00	218,00	378,00	696,00	73,3	2,10	2,10	3,50	6,27	-	1	-	16	- 69
Kissingen	68,00	220,00	220,00	370,00	708,00	72,9	2,29	2,20	3,65	6,00	+	5	+	9	- 48
Kitzingen	62,00	200,00	210,00	350,00	660,00	66,6	2,00	2,20	3,50	6,50	+	5	-	+	- 10
Königshofen	70,00	210,00	207,00	360,00	711,50	66,6	2,10	2,10	3,44	6,33	-	3	-	+	- 79
Lohr	56,00	234,00	230,00	368,00	652,00	60	2,20	2,13	3,46	6,20	+	4	-	14	- 32
Marktheidenfeld	62,00	220,00	224,00	360,00	652,00	63,3	2,00	2,10	3,33	5,77	+	1	-	20	- 75
Mellrichstadt	66,00	216,00	216,00	370,00	720,00	70	2,10	2,10	3,50	6,67	+	4	-	6	- 53
Miltenberg	66,20	220,00	206,00	340,00	665,00	68	2,00	2,00	3,30	6,00	+	2	-	20	- 65
Neustadt a. S.	60,00	220,00	220,00	360,00	720,00	70	2,20	2,20	3,50	6,67	+	10	-	-	- 53
Obernburg	60,00	220,00	214,00	344,00	670,00	60	2,00	2,28	3,30	6,00	-	-	20	+	- 70
Ochsenfurt	64,00	190,00	202,00	364,00	622,00	70	2,00	2,10	3,40	5,80	+	6	+	10	- 42
Schweinfurt (Versorg.-Verband)	55,50	210,00	210,00	363,18	698,50	70	2,10	2,20	3,50	6,60	+	15	-	+	- 39
Würzburg	66,50	212,00	224,00	367,00	682,00	71,6	2,10	2,27	3,50	6,67	+	5	-	2	- 15

Regierungsbezirk Schwaben.

Kreisunmittelb. Städte.															
Augsburg	66,00	227,00	220,00	380,00	725,00	80	2,40	2,40	3,70	7,60	+	14	+	13	+ 35
Dillingen	68,00	240,00	206,00	360,00	690,00	80	2,50	2,20	3,60	6,60	+	12	+	10	- 30
Donauwörth	72,00	206,00	206,00	370,00	660,00	86,6	2,30	2,30	3,60	6,70	+	15	+	24	+ 10
Günzburg	62,00	206,00	203,00	386,00	664,00	70	2,00	2,14	3,60	6,40	+	8	-	6	- 24
Kaufbeuren	51,60	210,00	208,00	360,00	718,00	65,4	2,20	2,20	3,50	6,60	+	14	+	10	- 58
Kempten	64,00	230,00	230,00	390,00	740,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+	16	+	10	- 60
Lindau	63,45	229,00	226,00	390,00	740,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+	17	+	11	- 60
Memmingen	62,00	205,00	202,00	375,00	715,00	75	2,20	2,20	3,60	6,60	+	13	+	15	- 55
Neuburg a. D.	62,40	204,00	204,00	360,00	720,00	76	2,30	2,30	3,80	7,20	+	14	+	26	-
Neu-Ulm	56,00	220,00	220,00	370,00	700,00	72	2,25	2,25	3,50	6,50	+	16	+	5	- 50
Nördlingen	62,00	210,00	210,00	364,00	652,00	76	2,40	2,40	3,60	6,60	+	14	+	30	+ 8

Bezirksämter.															
Augsburg	64,00	220,00	220,00	365,00	650,00	80	2,40	2,40	3,60	6,80	+	16	+	20	+ 30
Dillingen	70,00	240,00	210,00	370,00	690,00	80	2,40	2,20	3,60	6,60	+	10	-	10	- 30
Donauwörth	80,00	202,00	192,00	384,00	700,00	92	2,20	2,20	3,60	6,80	+	12	+	18	- 20
Füssen	63,45	226,00	228,00	390,00	740,00	80	2,30	2,40	3,80	6,80	+	17	+	4	- 60
Günzburg	61,00	206,00	203,00	386,00	657,00	66,6	2,00	2,14	3,60	6,20	+	6	-	6	- 37
Illertissen	60,00	215,00	215,00	370,00	710,00	75	2,20	2,20	3,60	6,60	+	15	+	5	- 60
Kaufbeuren	63,00	226,00	214,00	380,00	740,00	80	2,30	2,30	3,70	6,80	+	15	+	4	- 60
Kempten	66,00	232,00	232,00	390,00	740,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+	14	+	8	- 60
Krumbach	68,20	210,00	210,00	370,00	690,00	80	2,20	2,20	3,50	6,40	+	12	+	10	- 50
Lindau	64,00	228,00	226,00	394,00	740,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+	16	+	12	- 60
Markt Oberdorf	68,00	210,00	224,00	374,00	732,00	70	2,20	2,40	3,60	6,60	+	2	+	10	- 72
Memmingen	65,00	215,00	208,00	375,00	722,50	75	2,20	2,20	3,60	6,60	+	10	+	5	- 63
Mindelheim	57,20	210,00	226,00	380,00	760,00	72	2,40	2,40	3,60	7,20	+	15	+	30	- 40
Neuburg a. D.	62,20	204,00	204,00	356,00	740,00	76	2,30	2,30	3,60	6,60	+	14	+	26	+ 4
Neu-Ulm	56,00	215,00	215,00	370,00	700,00	66	2,20	2,20	3,50	6,50	+	10	+	5	- 20
Nördlingen	70,00	220,00	220,00	360,00	652,00	84	2,40	2,40	3,60	6,60	+	14	+	20	+ 8
Schwabmünchen	61,00	192,00	220,00	348,00	689,80	76	2,20	2,40	3,60	6,70	+	15	+	28	+ 11
Sonthofen	64,00	230,00	228,00	390,00	740,00	80	2,40	2,40	3,80	6,80	+	16	+	10	- 60
Wertingen	67,40	200,00	196,00	356,00	656,00	80	2,20	2,20	3,50	6,40	+	13	+	24	- 6
Zusmarshausen	72,00	215,00	215,00	350,00	640,00	80	2,20	2,20	3,60	6,00	+	8	+	5	+ 10

Tabelle XIX. Entwicklung der Höchstpreise für Mehl (Großverkaufspreis) und Brot in München und Berlin.

Tag der Festsetzung	Tag des Inkrafttretens	In München		In Berlin	
		Groß- verkaufspreis Brotmehl 100 kg	1 kg Brot	Groß- verkaufspreis Brotmehl 100 kg	1 kg Brot
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
22. Februar 1915	26. Februar 1915	38,00	0,44	—	—
25. März 1915	25. März 1915	42,50	0,48	—	—
27. April 1915	1. Mai 1915	—	—	39,25	0,48
2. Juni 1915	7. Juni 1915	—	—	37,25	0,41
30. August 1915	1. September 1915	37,00	0,44	—	—
19. Januar 1916	31. Januar 1916	—	—	—	0,41
9. Oktober 1916	16. Oktober 1916	—	—	27,50	0,34
17. Oktober 1916	1. November 1916	37,00	0,44	—	—
31. Januar 1917	4. Februar 1917	37,00	0,44	—	—
9. Februar 1917	19. Februar 1917	—	—	36,35	0,42
5. April 1917	16. April 1917	—	—	32,75	0,39
12. April 1917	13. April 1917	33,75	0,44	—	—
27. Juli 1917	13. August 1917	—	—	—	0,38
31. Juli 1917	31. Juli 1917	33,75	—	—	—
21. August 1917	26. August 1917	40,00	0,48	—	—
28. September 1917	30. September 1917	40,00	0,48	—	—
11. Oktober 1917	15. Oktober 1917	—	—	37,40	0,43
27. Oktober 1917	5. November 1917	—	—	39,75	0,45
13. März 1918	17. März 1918	34,40	0,48	—	—
30. März 1918	1. April 1918	40,00	—	—	—
12. April 1918	15. April 1918	31,50	0,48	—	—
31. Mai 1918	17. Juni 1918	—	—	—	0,46
6. August 1918	15. August 1918	35,20	0,48	—	—
10. August 1918	19. August 1918	—	—	47,15	0,52
27. September 1918	30. September 1918	—	—	—	0,53
27. November 1918	2. Dezember 1918	—	—	—	0,53
24. Dezember 1918	1. Januar 1919	36,40	0,52	—	—
25. März 1919	31. März 1919	—	—	—	0,57
11. Juni 1919	11. Juni 1919	36,40	0,56	—	—
9. September 1919	10. September 1919	36,40	0,60	—	—
14. Oktober 1919	16. Oktober 1919	51,80	0,72	—	—
17. Oktober 1919	27. Oktober 1919	—	—	65,50	0,80
29. Dezember 1919	5. Januar 1920	—	—	113,85	1,17
20. Januar 1920	21. Januar 1920	98,40	1,20	—	—
5. Februar 1920	9. Februar 1920	—	—	—	1,18
11. Februar 1920	16. Februar 1920	—	—	119,55	1,85
10. März 1920	15. März 1920	—	—	—	1,40
4. Mai 1920	10. Mai 1920	—	—	233,80	2,37
6. Mai 1920	6. Mai 1920	225,30	2,40	—	—
14. Oktober 1920	15. Oktober 1920	218,00	2,40	—	—
22. März 1921	22. März 1921	222,00	2,50	—	—
19. April 1921	25. April 1921	—	—	235,90	2,63
4. August 1921	15. August 1921	—	—	360,40	3,66
13. August 1921	16. August 1921	385,50	3,80	—	—
6. September 1921	8. September 1921	384,75	3,80	—	—
5. Oktober 1921	10. Oktober 1921	—	—	371,00	3,74
26. Oktober 1921	31. Oktober 1921	—	—	—	3,78
7. Dezember 1921	12. Dezember 1921	—	—	—	3,90
16. Dezember 1921	16. Dezember 1921	372,35	4,00	—	—
15. Februar 1922	20. Februar 1922	—	—	700,00	6,78
17. Februar 1922	20. Februar 1922	692,80	6,80	—	—
5. April 1922	10. April 1922	—	—	730,00	7,60
25. April 1922	27. April 1922	718,90	7,60	—	—
3. Mai 1922	8. Mai 1922	—	—	730,00	7,70
22. Juni 1922	22. Juni 1922	629,80	7,60	— ¹⁾	—
11. Juli 1922	12. Juli 1922	643,10	8,00	—	—
14. August 1922	16. August 1922	1496,00	16,40	—	—
21. September 1922	22. September 1922	1677,00	22,00	—	—
12. Oktober 1922	16. Oktober 1922	1677,00	24,50	—	—

¹⁾ Für Berlin stehen die neueren Zahlen nicht mehr zur Verfügung.

Tabelle XX. Mehlpreise der Reichsgetreidestelle für München¹⁾.

Zeit	Roggenmehl		Weizenmehl		Preis für 100 kg Brotmehl unter Außerachtlassung von Mischungskosten	
	Ausmahlung	Preis für 100 kg Roggenmehl	Ausmahlung	Preis für 100 kg Weizenmehl	im Mischungsverhältnis: $\frac{1}{2}$ Roggen- und $\frac{1}{2}$ Weizenmehl	im Mischungsverhältnis: $\frac{2}{3}$ Roggen- und $\frac{1}{3}$ Weizenmehl
					\mathcal{M}	\mathcal{M}
13. Februar 1915 bis 25. März 1915 . . .	82/85	39,00	80/82	42,00	40,50	40,00
26. März 1915 bis 15. Mai 1915	82	38,00	80	43,75	40,88	39,92
16. Mai 1915 bis 31. Juli 1916	75	35,50	75	38,75	37,18	36,58
1. August 1916 bis 14. Oktober 1917 . . .	82	34,50	80	38,75	36,68	35,92
15. Oktober 1917 bis 15. August 1918 . . .	82	38,20	80	42,35	40,38	39,58
16. August 1918 bis 15. Oktober 1919 . . .	82	45,60	80	49,55	47,58	46,92
16. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1919 . .	82	57,30	80	63,80	60,30	59,30
1. Januar 1920 bis 2. Mai 1920	90	103,80	90	109,80	106,80	105,80
3. Mai 1920 bis 15. August 1921	90	212,80	90	223,90	218,85	216,50
16. August 1921 bis 19. Februar 1922 . . .	85	330,00	85	355,00	342,50	338,33
20. Februar 1922 bis 14. August 1922 . . .	85	640,00	85	680,00	660,00	653,33
ab 15. August 1922	85	1400,00	85	1470,00	1435,00	1423,31

¹⁾ Für 100 kg brutto für netto einschl. Sack vom 13. Februar 1915 bis 25. März 1915 ab Mühlenstation; vom 26. März 1915 ab frachtfrei Bahnstation des Sitzes des Kommunalverbandes.

Tabelle XXI. Mehlpreise im freien Handel beim Absatz an die Bäcker und Mehlhändler ab 23. Juli 1921 in Mark.

Datum	Weizenmehl 70 %	Roggenmehl		Weizenmehl Nr. 4	Kleie
		70 %	80 %		
23. Juli 1921 . . .	650	—	480	—	—
28. " " . . .	650	—	480	—	—
6. August " " . . .	725	560	510	450	230
20. " " " . . .	715	550	500	400	200
27. " " " . . .	675	530	480	400	200
3. September " " . . .	650	510	480	375	200
10. " " " . . .	650	510	480	375	160
17. " " " . . .	700	530	500	415	180
24. " " " . . .	715	530	500	420	180
1. Oktober " " . . .	750	560	530	425	180
8. " " " . . .	750	620	585	425	180
15. " " " . . .	795	620	585	435	220
22. " " " . . .	825	635	605	455	220
29. " " " . . .	900	710	670	505	220
3. November " " . . .	950	745	705	545	240
9. " " " . . .	1 000	780	740	585	250
12. " " " . . .	1 100	845	805	665	270
19. " " " . . .	1 100	845	805	665	270
26. " " " . . .	1 125	870	830	680	275
3. Dezember " " . . .	1 125	870	830	665	280
10. " " " . . .	1 125	870	830	665	280
13. " " " . . .	1 110	845	805	655	260
17. " " " . . .	1 085	845	800	625	260—280
24. " " " . . .	1 085	845	800	625	260—280
31. " " " . . .	1 120	905	845	645	270—300
7. Januar 1922 . . .	1 160	905	860	675	285—300
14. " " " . . .	1 160	905	860	675	285—300
21. " " " . . .	1 185	955	905	695	295—320
25. " " " . . .	1 250	990	940	740	325
28. " " " . . .	1 260	990	940	750	325
4. Februar " " . . .	1 320	1 035	985	785	385
11. " " " . . .	1 360	1 035	985	815	400
18. " " " . . .	1 495	1 165	1 110	905	445
22. " " " . . .	1 560	1 255	1 195	955	470
25. " " " . . .	1 650	1 255	1 195	1 025	505

Noch Tabelle XXI. Mehlpreise im freien Handel beim Absatz an die Bäcker und Mehlhändler
ab 23. Juli 1921 in Mark.

Datum	Weizenmehl 70 %	Roggenmehl		Weizenmehl Nr. 4	Kleie
		70 %	80 %		
4. März 1922	1 710	1 320	1 270	1 085	585
8. "	1 785	1 385	1 330	1 145	615
11. "	1 810	1 385	1 330	1 165	625
15. "	1 835	1 395	1 345	1 185	635
18. "	1 900	1 395	1 345	1 235	660
25. "	2 200	1 645	1 585	1 475	860
1. April	2 270	1 645	1 585	1 525	875
13. "	2 250	1 645	1 585	1 505	800
15. "	2 200	1 590	1 535	1 470	785
22. "	2 175	1 590	1 535	1 445	775
25. "	2 020	1 440	1 385	1 330	725
29. "	2 045	1 440	1 385	1 340	725
6. Mai	2 070	1 525	1 470	1 360	740
13. "	2 070	1 525	1 470	1 360	740
20. "	2 070	1 525	1 470	1 360	740
27. "	2 150	1 555	1 495	1 230	745
10. Juni	2 150	1 555	1 495	1 230	745
17. "	2 275	1 680	1 615	1 330	795
24. "	2 480	1 830	1 765	1 495	880
28. "	2 500	1 900	1 830	1 555	920
1. Juli	2 655	2 050	1 975	1 675	980
5. "	2 860	2 235	2 155	1 835	1 060
8. "	3 225	2 360	2 275	2 055	1 170
15. "	3 185	2 360	2 275	2 075	1 180
22. "	3 420	2 660	2 475	2 275	1 285
29. "	3 655	2 670	2 580	2 455	1 380
2. August	3 855	2 885	2 790	2 615	1 460
5. "	4 165	3 250	3 150	2 855	1 580
9. "	4 360	3 440	3 335	3 005	1 655
12. "	4 585	3 680	3 565	3 255	1 780

Tabelle XXII. Die Erfolge der Getreidebewirtschaftung in Bayern und im Reich
1917/18 bis 1920/21.

Wirt- schafts- jahr	Getreide- anbau- fläche ha	Getreide- ertrag t	Ablieferung		Selbst- versorger- bedarf (204 kg pro Kopf und Jahr) t	Saatgut- bedarf (0,175 t je ha) t	Sohn Gesamt- erfassung		Abge- liefert in % des Ertrags	Ins- gesamt erfaßt in % des Ertrags
			ins- gesamt t	auf 1 ha t			ins- gesamt t	auf 1 ha t		

Bayern.

1917/18	1 507 739	1 992 292	869 183	0,57	510 000	263 854	1 643 037	1,08	43,63	82,47
1918/19	1 533 496	2 176 157	695 857	0,45	510 000	268 362	1 474 219	0,96	31,97	67,74
1919/20	1 482 357	1 896 789	618 006	0,42	510 000	259 412	1 387 418	0,93	32,58	73,14
1920/21	1 553 572	1 983 703	576 489	0,37	510 000	271 875	1 358 364	0,87	29,06	68,48

Deutsches Reich.

1917/18	12 254 348	15 068 259	5 257 242	0,43	2 941 508	2 144 511	10 343 261	0,84	34,89	68,84
1918/19	11 967 380	17 403 638	7 409 150	0,62	2 941 508	2 094 292	12 444 950	1,04	42,57	71,51
1919/20	9 952 717	14 578 614	4 619 715	0,46	2 941 508	1 741 725	9 802 948	0,93	31,69	63,81
1920/21	10 307 457	14 075 558	3 486 949	0,33	2 941 508	1 803 805	8 232 262	0,79	24,77	58,48

Deutsches Reich ohne Bayern.

1917/18	10 746 609	13 075 967	4 388 059	0,40	2 431 508	1 880 657	8 700 224	0,81	33,58	66,53
1918/19	10 433 884	15 227 481	6 713 293	0,64	2 431 508	1 825 930	10 970 731	1,05	44,87	72,04
1919/20	8 470 360	12 681 825	4 001 709	0,47	2 431 508	1 482 313	7 915 530	0,93	31,53	62,41
1920/21	8 753 885	12 091 855	2 910 460	0,33	2 431 508	1 531 930	6 873 898	0,79	24,07	56,84

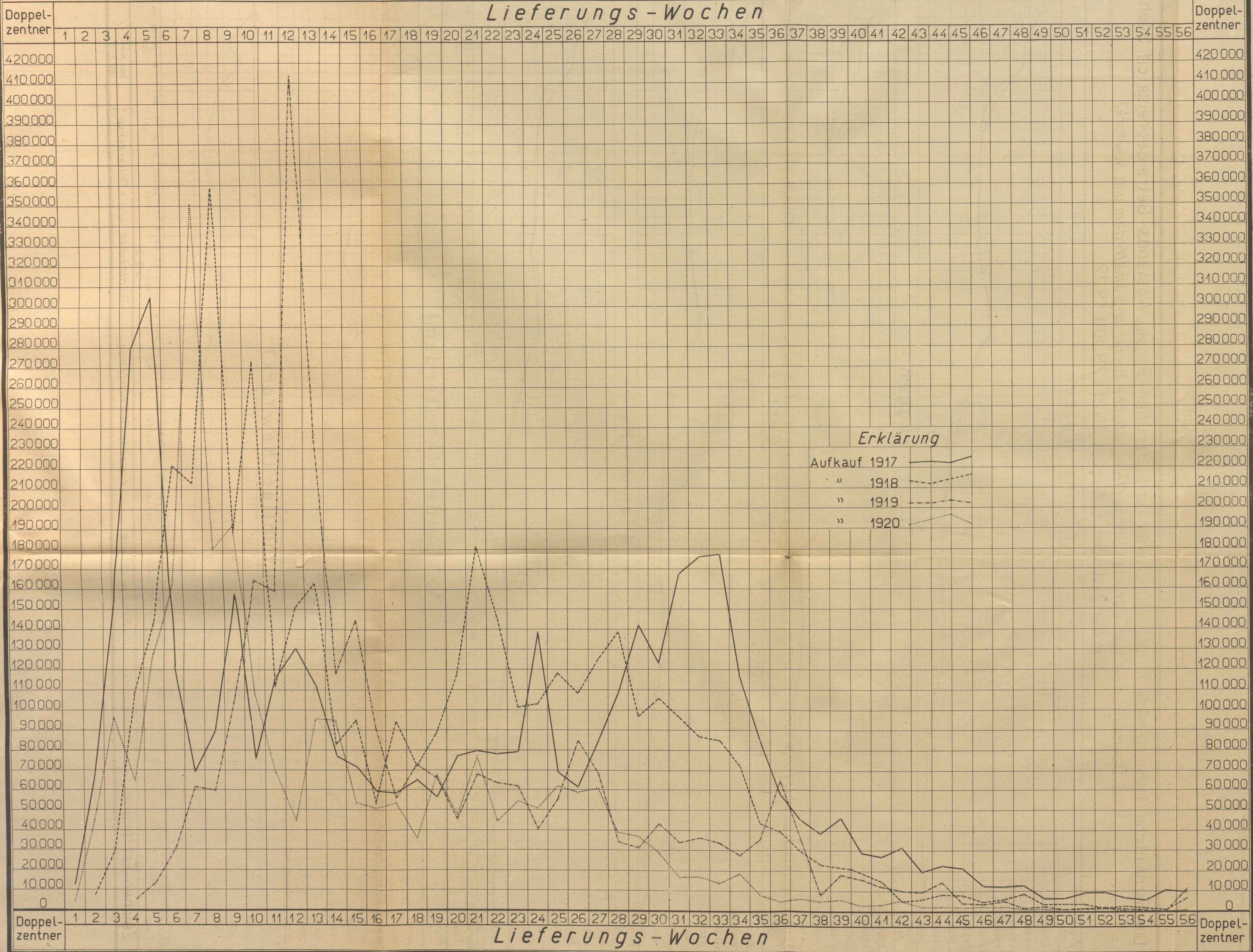
Tabelle XXIII. Entwicklung der monatlichen Gehälter der Vertragsangestellten der Landesgetreidestelle vom 1. April 1920 bis 1. August 1922.

Gehaltsklasse		Monatliche Gehälter ¹⁾ ab											
		1. 4. 1920	1. 7. 1920	1. 10. 1920	1. 1. 1921	1. 4. 1921	1. 7. 1921	1. 10. 1921	1. 1. 1922	1. 4. 1922	1. 7. 1922	1. 10. 1922	1. 1. 1923
Klasse I													
Männliche Angestellte													
unter 18 Jahren		400	450	520	580	580	710	830	1 170	1 640	2 170	2 540	4 060
über 18 Jahre		450	500	570	640	640	760	940	1 320	1 850	2 450	2 870	4 590
" 19 "		500	575	660	740	740	900	1 100	1 540	2 160	2 860	3 350	5 360
" 20 "		550	625	710	790	790	950	1 200	1 680	2 360	3 130	3 670	5 870
" 21 "		600	675	760	840	840	1 000	1 300	1 820	2 550	3 370	3 950	6 320
" 22-24 "		675	750	835	915	915	1 075	1 400	1 960	2 750	3 630	4 250	6 800
" 24-26 "		750	850	950	1 050	1 050	1 250	1 600	2 240	3 140	4 150	4 860	7 770
Weibliche Angestellte													
unter 18 Jahren		340	390	460	530	530	650	705	994	1 394	1 844	2 159	3 451
über 18 Jahre		382	432	502	572	572	692	799	1 122	1 572	2 082	2 439	3 901
" 19 "		425	500	565	635	635	775	935	1 309	1 886	2 431	2 847	4 556
" 20 "		467	542	607	677	677	817	1 020	1 428	2 006	2 660	3 119	4 989
" 21 "		510	585	650	720	720	860	1 105	1 547	2 167	2 864	3 357	5 372
" 22-24 "		573	648	713	783	783	923	1 190	1 666	2 387	3 085	3 612	5 780
" 24-26 "		637	737	812	897	897	1 067	1 360	1 904	2 669	3 527	4 181	6 604
Klasse II													
Männliche Angestellte													
20-22 Jahre		700	775	860	940	940	1 100	1 350	1 890	2 650	3 500	4 100	6 560
22-24 "		800	875	960	1 040	1 040	1 200	1 500	2 100	2 940	3 890	4 560	7 290
24-26 "		900	975	1 060	1 140	1 140	1 300	1 700	2 380	3 340	4 420	5 180	8 280
über 26 "		1 000	1 100	1 200	1 300	1 300	1 500	1 900	2 660	3 730	4 930	5 770	9 230
Weibliche Angestellte													
20-22 Jahre		560	635	700	770	770	910	1 080	1 512	2 120	2 703	3 485	5 576
22-24 "		640	715	780	850	850	990	1 200	1 680	2 352	3 000	3 876	6 196
24-26 "		720	795	860	930	930	1 070	1 360	1 904	2 672	3 408	4 403	7 038
über 26 "		800	900	975	1 060	1 060	1 230	1 520	2 128	2 984	3 808	4 904	7 845
Klasse III													
Männliche Angestellte													
bis 30 Jahre		1 200	1 300	1 400	1 500	1 500	1 700	2 100	2 940	4 120	5 450	6 380	10 200
über 30 Jahre		1 300	1 400	1 500	1 600	1 600	1 800	2 200	3 080	4 320	5 710	6 690	10 700
Weibliche Angestellte													
bis 30 Jahre		840	940	980	1 100	1 100	1 270	1 470	2 058	2 884	4 207	5 423	8 670
über 30 Jahre		910	1 010	1 050	1 170	1 170	1 340	1 540	2 156	3 024	4 411	5 686	9 095
Klasse I-III													
Verheiratete erhalten		10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %
Kinderzuschläge		—	25	50	50	50	100	250	350	490	590	770	1 240
		50	75	100	100	100	125	150	210	300	360	470	760
		100	125	150	150	200	250	300	420	600	720	940	1 520
		150	175	200	200	250	300	450	630	900	1 080	1 410	2 280

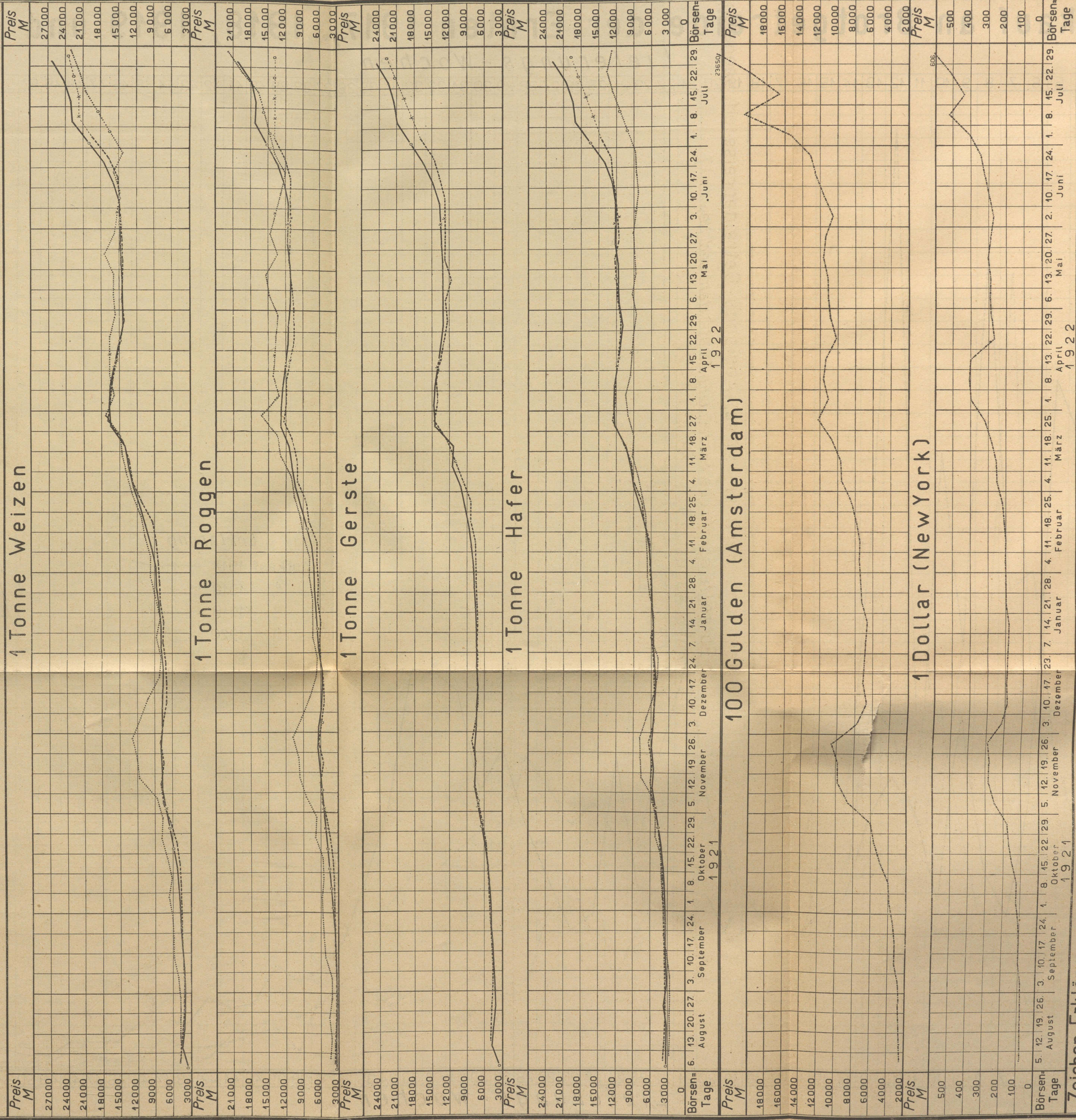
¹⁾ In den Gehältern sind die gewährten Teuerungszuschläge enthalten.

²⁾ Die Teuerungszuschläge sind nur mit dem Betrag angegeben, um den sie den Teuerungszuschlag der ledigen Angestellten übersteigen.
Anmerkung: Als Weihnachtsgartifikation wird ein Monatsgehalt gewährt.

Aufkauf an Brotgetreide der Ernten 1917, 1918, 1919 und 1920



Durchschnittliche Getreidepreise an der Münchener- und Berliner-Börse, Auslands-Getreidepreise cif Seehafen und Devisenkurse der Berliner Börse [telegrafische Auszahlung Amsterdam und New York] in der Zeit vom 6. August 1921-29. Juli 1922



Zeichen-Erklärung: — = Münchener-, ----- = Berliner-Preise, = Auslands-Getreidepreise, = Guldenkurse, = Dollarurse.

Ohne Angebot = 0
Keine Börse....= K